

GEMEINDEARBEITERSCHAFT, STADTVERWALTUNG UND
GEWERKSCHAFTLICHE ORGANISATION IN DEUTSCHLAND

1896 - 1921

vorgelegt von

WOLFGANG KÜGEL

Disbui. München

1988

GEMEINDEARBEITERSCHAFT, STADTVERWALTUNG UND
GEWERKSCHAFTLICHE ORGANISATION IN DEUTSCHLAND

1896 - 1921

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des Doktorgrades

der Philosophie

an der Ludwig-Maximilians-Universität

zu München

vorgelegt von

WOLFGANG KÜGEL

aus

Dachau

g b - Copy Shop GmbH

Amalienstraße 75
8000 München 40
Tel.: 089/28 47 34

Barerstraße 55
8000 München 40
Tel.: 089/272 32 34

Erscheinungsjahr 1989

Referent: Prof. Dr. Gerhard A. Ritter

Korreferent: Prof. Dr. Klaus Tenfelde

Tag der mündlichen Prüfung:

22. Februar 1988

GEMEINDEARBEITERSCHAFT, STADTVERWALTUNG UND

GEWERKSCHAFTLICHE ORGANISATION IN DEUTSCHLAND

1896 - 1921

Inhalt

Vorwort	IX
Einleitung	X
Teil A	
Entstehung, Struktur, Entwicklung	1
1. Die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit	1
2. Die Kommune als Arbeitgeber	10
I. Kommunalen Parlamentarismus, Öffentlichkeit .	10
II. Städtische Verwaltung, Betriebsleitung	19
III. Musterbetrieb, Gemeinnützigkeit, Soziales Prinzip	23
3. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse in kommunalen Betrieben	29
I. Arbeitsordnungen	29
II. Sicherheit des Arbeitsverhältnisses	40
III. Lohn	44
IV. Alters- und Hinterbliebenenversorgung	54
4. Die Rechtslage der Gemeindearbeiter: Koalitions- und Streikrecht vor dem Ersten Welt- krieg	66
Teil B	
Soziale Lage	80
1. Die Konfliktgruppenstruktur	80
I. Herkunft, Sozialisation	80
II. Altersaufbau, Familienstand	85
III. Wohnverhältnisse	90
2. Die Betriebsgruppenstruktur	98
I. Betrieb, Reparatur, Unterhalt	98
II. Ausbildungs- und Berufsstruktur	114
III. Anstellungsverhältnisse	121
IV. Vorgesetztenverhältnisse	127

3. Die Arbeitsbedingungen in ausgewählten kommunalen Betrieben	131
I. Löhnungsformen	131
II. Lohn	132
III. Lohnzahlung	134
IV. Arbeitszeit	135

Teil C

Gewerkschaftliche Organisation	138
1. Frühe Versuche der Organisierung	138
2. Organisationsgeschichte: Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter	143
I. Die Anfänge der Organisation	143
a) Die Gründungsphase 1896/97	143
b) Die ersten Jahre 1896-1900	149
II. Gewerkschaftliches Selbstverständnis	165
a) Programm, Aufgaben, Zielvorstellungen	165
b) Organisationsprinzip	169
c) Gewerkschaftliche Taktik	174
III. Der Ausbau der Organisation, Mitgliederentwicklung bis 1914	184
3. Gewerkschaftliches Konfliktverhalten, Arbeitskampf und Streik	194
I. Maßnahmen und Möglichkeiten der Konfliktregelung	194
II. Gemeindearbeiterstreiks vor dem Ersten Weltkrieg	197
4. Verbandskultur	226
I. Feste	226
II. Versammlungsleben, Veranstaltungen	234
III. Bildungsarbeit	236
IV. Gedichte, Erzählungen, Symbole	238

Teil D

Erster Weltkrieg und Revolution	248
1. Soziale Lage 1914-1918	248
I. Arbeitslosigkeit, Kriegsdienst	248

II. Frauenarbeit, Gefangenearbeit	251
III. Lohn- und Arbeitsbedingungen	256
2. Gewerkschaftliche Organisation und Stadtverwaltung 1914-1918	258
I. Koalitions- und Streikrecht	258
II. Kriegsfürsorge, Kriegssozialismus, Hilfs- dienstgesetz	262
III. Gewerkschaftsarbeit	267
3. Wandel 1918-1921	272
I. Rechtslage	272
II. Soziale Lage	279
III. Sozialer Konflikt, Arbeitskampf und Streik .	283
Anhang	300
Anmerkungen	300
Tabellen	336
Quellen und Literatur	397
1. Archivalien	397
2. Gedruckte Quellen	398
3. Sekundärliteratur	401

Verzeichnis der Tabellen

1. Lohn und Arbeitszeit	336
1 - Zusammensetzung der Gemeindearbeiterschaft nach Lohngruppen	336
2 - Zusammensetzung der gelernten Zeitlohnarbeiter der Gaswerke nach Lohngruppen	337
3 - Zusammensetzung der ungelernten Zeitlohnarbei- ter der Gaswerke nach Lohngruppen	338
4 - Zusammensetzung der gelernten Zeitlohnarbeiter der Wasserwerke nach Lohngruppen	339
5 - Zusammensetzung der ungelernten Zeitlohnarbei- ter der Wasserwerke nach Lohngruppen	340
6 - Zusammensetzung der gelernten Zeitlohnarbeiter der Elektrizitätswerke nach Lohngruppen	341
7 - Zusammensetzung der ungelernten Zeitlohnarbei- ter der Elektrizitätswerke nach Lohngruppen .	342

8 - Schlüssel für die Tabellen 2-7	343
9 - Zusammensetzung der gelernten Arbeiter der Gaswerke nach Lohngruppen	344
10 - Zusammensetzung der ungelernten Arbeiter der Gaswerke nach Lohngruppen	345
11 - Zusammensetzung der gelernten Arbeiter der Wasserwerke nach Lohngruppen	346
12 - Zusammensetzung der ungelernten Arbeiter der Wasserwerke nach Lohngruppen	347
13 - Zusammensetzung der gelernten Arbeiter der Elektrizitätswerke nach Lohngruppen	348
14 - Zusammensetzung der ungelernten Arbeiter der Elektrizitätswerke nach Lohngruppen	349
15 - Schlüssel für die Tabellen 9-14	350
16 - Zusammensetzung der gelernten Maschinisten, Heizer usw. nach Lohngruppen	351
17 - Zusammensetzung der gelernten Schlosser nach Lohngruppen	352
18 - Zusammensetzung der gelernten Feuerhausarbeiter der Gaswerke nach Lohngruppen	353
19 - Jahreslöhne der Fahrer und Schaffner der Straßenbahnen	354
20 - Zusammensetzung des Aufsichtspersonals der Gemeindebetriebe nach Lohngruppen	355
21 - Sommerarbeitszeit der kommunalen Zeitlohnarbeiter	356
22 - Durchschnittliche jährliche Arbeitszeit der Fahrer und Schaffner der Straßenbahnen 1910 ..	357
2. Betriebs- und Konfliktgruppenstruktur	358
23 - Zusammensetzung des Arbeiterpersonals der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke nach gelernten und ungelernten Arbeitern	358
24 - Zusammensetzung des Aufsichtspersonals der kommunalen Betriebe nach gelernten und ungelernten Arbeitern	358
25 - Zusammensetzung der Gemeindearbeiterschaft nach Tage-, Wochen- und Monatslöhnern	359
26 - Zusammensetzung der Gemeindearbeiterschaft nach Stundenlöhnern, Tage- oder Schichtlöhnern und Wochen- und Monatslöhnern	359
27 - Zusammensetzung der Zeitlohnarbeiterschaft der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und Straßenbahnbetriebe nach Tage-, Wochen- und Monatslöhnern	360
28 - Feuerhausarbeiter in Relation zu sämtlichen gelernten Zeitlohnarbeitern der Gaswerke ...	361
29 - Fahrer und Schaffner in Relation zur gesamten Zeitlohnarbeiterschaft der Straßenbahnbetriebe	362
30 - Fahrer und Schaffner in Relation zu den gelernten Zeitlohnarbeitern der Straßenbahnbetriebe	362
31 - Gesamtzahl der Maschinisten und Schlosser in allen kommunalen Betrieben	363
32 - Dienstalter der Gemeindearbeiter	364
33 - Lebensalter der Gemeindearbeiter bei der Ersteinstellung	365
34 - Zusammensetzung der Gemeinde- und Industriearbeiterschaft nach Altersgruppen	366

35 - Zusammensetzung der Gemeinde- und Industriearbeiterschaft nach Familienstandsgruppen	368
3. Gewerkschaftliche Organisation	370
36 - Mitgliederentwicklung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter	370
37 - Mitgliederentwicklung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1914-1918	372
38 - Mitgliederentwicklung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1919-1923	373
39 - Mitgliederentwicklung (männlich/weiblich) des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1917-1923	374
40 - Neuaufnahmen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1915-1918	375
41 - Mitgliederentwicklung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Berlin und München 1897-1923	376
42 - Mitgliederentwicklung (männlich/weiblich) des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Berlin und München 1918-1923	378
43 - Mitgliederstärkste Filialen/Gaue des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1905-1921 ..	379
44 - Zum Kriegsdienst eingezogene und arbeitslose Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1914-1917	381
45 - Vermögen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1897-1921	382
46 - Unterstützungsleistungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1905-1921	383
47 - Pro-Kopf-Leistungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1910 im Vergleich ...	385
48 - Organisation der Gemeindearbeiter Ende 1910 ..	386
49 - Zusammensetzung der Mitgliedschaft des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Ende 1910 ..	387
50 - Organisationsgrad des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in den Gemeindebetrieben Ende 1910	388
51 - Die Gewerkschaft. Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter - Auflage 1896-1920 ..	389
52 - Mitgliederentwicklung des Verbandes des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals	390
4. Sonstige	
53 - Tätigkeit der Münchener Arbeitsnachweiszentrale für städtische Arbeiter	391
54 - Bereitstellung von Gemeindearbeiter-Wohnungen durch die Städte	392
55 - Zusammensetzung des Staatsbahnpersonals in Bayern und Preußen-Messen nach Anstellungsverhältnissen	393
56 - Von der Erhebung im Jahr 1907 erfaßte Städte ..	394
57 - Von der Erhebung im Jahr 1913 erfaßte Städte ..	394
58 - Tarifverträge in Gemeinde- und Staatsbetrieben ..	394



Vorwort

Die vorliegende, im Sommer 1987 abgeschlossene Arbeit untersucht die soziale Lage der Gemeindearbeiterschaft, ihre gewerkschaftliche Organisation, ihre Rechtslage sowie die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dabei wurde versucht, eine Geschichte der Arbeitsbeziehungen zu schreiben, die die Gewerkschaftsgeschichte nicht isoliert behandelt, sondern die Haltung der Arbeitgeber und die Bedeutung der sozialen Lage und der Rechtsstellung der Arbeiter für ihr Konflikt- und Organisationsverhalten berücksichtigt. Im Mittelpunkt der Studie stehen die kommunalen Versorgungsbetriebe, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie die Verkehrsbetriebe, die Analyse der Konflikt- und Betriebsgruppenstruktur der Belegschaften im Zusammenhang mit der kommunalen Sozialpolitik und die Behandlung des 1896/97 in Berlin gegründeten freigewerkschaftlichen Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Dabei besteht das zentrale Erkenntnisinteresse der Arbeit darin, den Prozeß der gewerkschaftlichen Organisierung aus einer Untersuchung des Organisationspotentials herzuleiten.

Prof. Dr. Gerhard A. Ritter danke ich für die vielfältige Unterstützung, die mir jederzeit zuteil wurde.

Prof. Dr. Klaus Tenfelde verdanke ich wichtige Einweise. Für seine Hilfsbereitschaft bin ich Dieter Schneider vom Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) zu Dank verpflichtet.

Meine Eltern haben das Zustandekommen der Arbeit durch Rat und Zuspruch gefördert. Für ihre Unterstützung sage ich ihnen an dieser Stelle besonderen Dank.

Ilse und Max Andiel verdanke ich manche Arbeitserleichterung. Nora Jensen hat mir in vielen Situationen geholfen. Für den Rückhalt, den sie mir gab, danke ich ihr herzlich.

Dachau, im Herbst 1989

Wolfgang Kügel

Einleitung

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht die Untersuchung von Lage und Verhalten der Gemeindearbeiterschaft, ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen sowie der Entwicklung ihres Organisations- und Konfliktverhaltens von den 1890er Jahren bis zur Revolution 1918/19. Angesichts der eigentümlichen rechtlichen und sozialen Stellung der Gemeindearbeiterschaft vor 1914 wurde von einigen gängigen Interpretationsmustern Abstand genommen; zum einen wurde die Orientierung an der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und den Freien Gewerkschaften reduziert und statt dessen christliche, liberale und auch wirtschaftsfriedliche Organisationen mit einbezogen; zum anderen wurden Mentalität, Konflikt- und Organisationsverhalten, Loyalität und Solidarität aus den besonderen Arbeits- und Lebensbedingungen der Gemeindearbeiterschaft zu erklären versucht, ohne sie vorab getroffenen, aus der Beschäftigung mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gewonnenen Wertungen und Kategorien konflikt- und solidaritätshemmender bzw. -fördernder Faktoren zu unterwerfen. Erst mit der Entwicklung des freigewerkschaftlichen Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter¹ nach der Jahrhundertwende zur dominierenden Organisation mußte die Gemeindearbeiterbewegung an den von ihr selbst gesetzten, von der modernen Arbeiterbewegung übernommenen Maßstäben gemessen werden; gleichzeitig blieben in der Organisationsform des Gemeindearbeiterverbandes als Betriebsorganisation und in seiner auf soziale Sicherung, Integration und Privilegierung ausgerichteten Programmatik typische Wesenszüge der Gemeindearbeiterverhältnisse erhalten, auf deren Untersuchung in dieser Arbeit besonderes Gewicht gelegt wird.

Der Untersuchungszeitraum, der mit den ersten 25 Jahren des Gemeindearbeiterverbandes zusammenfällt, erklärt sich sowohl aus dem in den 1870er Jahren einsetzenden eigentlichen Urbanisierungsprozeß², der mit dem Ausbau der städtischen Leistungsverwaltung³ und dem Aufbau der technischen Versorgungssysteme, der hygienischen Einrichtungen und des Gesundheitswesens die Entstehung einer zahlenmäßig relevanten, gewerkschaftlich organisierbaren Gemeindearbeiterschaft

bewirkte⁴, als auch aus dem allgemeinen industriellen Aufschwung nach 1895, mit dem eine äußere Aufwärtsentwicklung und innere Festigung der Gewerkschaftsbewegung einherging⁵, die auch auf die Gemeindearbeiterschaft einwirkte. Der die Konflikt- und Betriebsgruppenstruktur der Gemeindearbeiterschaft prägende Prozeß der Urbanisierung und des Aufbaues der städtischen Leistungsverwaltung war 1914 im wesentlichen abgeschlossen⁶; der Zeitraum zwischen 1896 und 1914 bildet demnach auch den Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit. Der Erste Weltkrieg brachte eine Reihe von Veränderungen mit sich, die den in der Revolution 1918/19 vollzogenen Wandel vorbereiteten. Mit der sozialen und rechtlichen Neustrukturierung der Gemeindearbeiterverhältnisse 1918/19 wurden sowohl zurückliegende Entwicklungen abgeschlossen als auch die Grundlagen für zukünftige gelegt, deren sozial- und gewerkschaftsgeschichtliche Untersuchung mehr den Bereichen der modernen Dienstleistungsgesellschaft und der Entstehung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) zugerechnet werden mußte⁷.

Lage und Verhalten der Gemeindearbeiterschaft wurden in starkem Maße von der kommunalen Sozialpolitik und den auf sie einwirkenden Kräften geprägt⁸. Entsprechenden Raum nimmt die Behandlung des kommunalen Parlamentarismus⁹, der in der Öffentlichkeit vorherrschenden Interessenlagen¹⁰, insbesondere um die Begriffe der "Gemeinnützigkeit" und der "sozialen Musteranstalten"¹¹, sowie des Betriebsaufbaues, der Verwaltungsinstanzen¹² und der kommunalen Arbeiter- und Beamtenpolitik¹³ ein. Daran werden länderspezifische Unterschiede erkennbar, die in der auf "Arbeiterstabilisierung" und "Arbeiterverbeamtung" abzielenden süddeutschen kommunalen und staatlichen Arbeiterpolitik besonders deutlich hervortreten¹⁴. Gleichzeitig sind unterschiedliche Zeitphasen festzustellen, wobei die Jahre 1904/06 einen besonders wichtigen Einschnitt markieren¹⁵. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die Arbeit sowohl nach chronologischen als auch thematischen Gesichtspunkten zu gliedern und eine regionale und lokale Schwerpunktsetzung mit einem möglichst breiten Netz empirischer Daten zu verbinden.

Sowohl aus der Bedeutung Berlins als größtem kommunalen Arbeitgeber Deutschlands als auch als Geburtsstätte und Zen-

trum der freigewerkschaftlichen Gemeindearbeiterbewegung ergab sich eine besondere Betonung Berlins, ergänzt durch die Berücksichtigung der Gemeindearbeiterverhältnisse in den norddeutschen Städten, von denen vor allem Kiel aufgrund des zehnwöchigen Gemeindearbeiterstreiks im Jahre 1909 von besonderer Relevanz war¹⁶. Die im Vergleich zu den norddeutschen Städten konfliktarme, erstaunlich stabile Entwicklung der Gemeindearbeiterverhältnisse in Süddeutschland, Bayern und München spiegelt sich in dem Quellenmaterial wider, das kaum zur Klärung des Streik- und Konfliktverhaltens der Gemeindearbeiter vor 1914 herangezogen werden konnte. Dementsprechend fällt auch die Bedeutung Münchens gegenüber Berlin weniger ins Gewicht; statt dessen wurden die für die süddeutsche Gemeindearbeiterbewegung wichtigen Städte Mannheim, Ludwigshafen a. Rh. und Stuttgart stärker berücksichtigt. Über diese regionalen und lokalen Schwerpunkte hinaus halfen vor allem die Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes¹⁷ die im kommunalen Bereich stark ausgeprägten örtlichen Unterschiede in der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse durch die Bereitstellung von Vergleichsmaterial für eine Vielzahl von Städten zu relativieren.

Angesichts der Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit mußte unter den städtischen Betriebsverwaltungen eine Auswahl der zu untersuchenden Betriebsarten vorgenommen werden. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die städtischen Versorgungsbetriebe (Gas-, Wasser- und E-Werke), die Straßenbahnen und die Kanalisation und Straßenreinigung. Innerhalb dieser Betriebe und Verwaltungen wurde nach Berufsgruppen (Feuerhausarbeiter, Schlosser, Maschinisten, Fahrpersonal), Betriebszweigen (Fabrikbetrieb, Werkstätten, Unterhalt), Qualifikations- und Tätigkeitsmerkmalen (Ungelernte, Gelernte) sowie nach Sozialisation, Herkunft, Alters- und Familienstandsgruppen und den besonders wichtigen Anstellungsverhältnissen (Ständige und Nichtständige, Beamte) unterschieden, wobei das aus Arbeiterverhältnissen emporgestiegene untere Beamten- und Aufsichtspersonal mit berücksichtigt wurde. Besondere Beachtung erfuhren die Gasarbeiter, die sowohl für das Konflikt- als auch das Organisationsverhalten der Gemeindearbeiter von überragender Bedeutung waren und bis 1914 das Rückgrat der Gemeindearbeiterbewegung bildeten¹⁸.

Die in der zeitgenössischen Publizistik und zahlreichen Monographien vorgenommene Koppelung von Gemeinde- und Staatsarbeiterschaft, die auch die Namensgebung des Gemeindearbeitervverbandes und der Begriff der Gemeinde- und Staatsarbeiterschaft nahezulegen scheinen¹⁹, wurde in der vorliegenden Arbeit nicht beibehalten. Lediglich dort, wo eine Rück- bzw. Wechselwirkung von Staatsarbeiter- und Gemeindearbeiterverhältnissen zu verzeichnen ist wie in der Rechtslage, sowie bei signifikanten Ähnlichkeiten oder Gegensätzlichkeiten der in Lage und Verhalten unterschiedlichen Arbeitergruppen wurden die Staatsarbeiter, insbesondere die Eisenbahner, in die Untersuchung miteinbezogen.

Ein wesentlicher thematischer Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Untersuchung des Organisationswesens der Gemeindearbeiter. Angesichts der überragenden Bedeutung des freigewerkschaftlichen Gemeindearbeitervverbandes für die Gemeindearbeiterbewegung nach der Jahrhundertwende wurde die äußere und innere Entwicklung dieses Verbandes ausführlich behandelt. Dabei wurde versucht, anhand der Programmatik, des gewerkschaftlichen Konfliktverhaltens und der Verbandskultur Deutungsmuster zu erarbeiten, die Rückschlüsse auf die ansonsten weitgehend anonymen, empirisch kaum konkretisierbaren Bewußtseinslagen, Tugenden und Verhaltensdispositionen der nichtorganisierten Mehrheit der Gemeindearbeiter möglich und zulässig erscheinen ließen.

Die historische und sozialwissenschaftliche Forschung hat sich mit der beschriebenen Thematik bislang kaum auseinandergesetzt. In der jüngeren Sekundärliteratur zur deutschen Sozial- und Gewerkschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts blieb die Gemeindearbeiterschaft weitgehend unberücksichtigt. Vor allem ihre sozialgeschichtlichen Aspekte, ihr Organisations- und Konfliktverhalten und ihre Sozialstruktur wurden kaum berührt, obwohl der Kreis um dieses Forschungsfeld mit den Arbeiten zur Urbanisierung²⁰, zur Entstehung des sozialen Rechts- und Interventionsstaates²¹ und zur Kommunalpolitik im Deutschen Kaiserreich²² immer enger gezogen wurde und sich das Interesse über die zentralen Gruppen der Arbeiterschaft und die großen Gewerkschaftsorganisationen hinaus auf die Angestellten und Beamten und die kleineren, nicht mehr nur freigewerkschaftlichen Organisatio-

nen ausdehnte. Mit den Arbeiten von Klaus Saul²³ rückten das Verhältnis von Staat und Arbeiterschaft sowie die staatliche Arbeiter- und Beamtenpolitik in den Blickpunkt der Forschung, das Hauptaugenmerk blieb aber auf die eher "klassischen" Bereiche der Eisenbahner, des "Staats- und Gemeindesozialismus"²⁴ und der Beamten gerichtet oder wandte sich den Fragen der Entstehung von kommunaler Selbstverwaltung²⁵, städtischer Leistungsverwaltung, Städteplanung und Städtetechnik im Rahmen von Urbanisierung und Industrialisierung zu²⁶. Darüber hinaus entstanden einige sehr detaillierte berufsgruppen- oder ortsspezifische Untersuchungen, die jedoch schon aufgrund ihres Forschungsgegenstandes die örtlichen und strukturellen Unterschiede hinsichtlich der sozialen Lage der Gemeindearbeiterschaft nicht überbrücken konnten oder ihren Schwerpunkt auf die unternehmenspolitischen, betriebswirtschaftlichen, technischen und verwaltungsmäßigen Fragen legten²⁷. Die soziale und mentale Lage der Gemeindearbeiterschaft, ihr Organisationswesen sowie die Haltung der Kommunen gegenüber ihren eigenen Arbeitern und unteren Beamten blieben dabei weitgehend ausgespart.

Auch in der älteren Sekundärliteratur und der Publizistik des Deutschen Kaiserreichs traten bei der Beschäftigung mit den Gemeindearbeiterverhältnissen vornehmlich einige wenige Problemkreise in den Vordergrund. Dabei spiegelte sich die Sonderstellung wider, welche die Gemeindearbeiterschaft in sozialer und rechtlicher Hinsicht in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg einnahm. Das Interesse galt hauptsächlich dem Koalitions- und Arbeitsvertragsrecht der Arbeiter in öffentlichen Betrieben²⁸, der Erscheinung des "Munizipalsozialismus"²⁹, den Problemen der städtischen Leistungsverwaltung³⁰ sowie der Frage der Selbstverwaltung der Kommunen³¹. Von den verschiedenen Gemeinde- und Staatsarbeitergruppen interessierten in erster Linie die Eisenbahner und die Land- und Forstarbeiter, wobei rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fragestellungen Vorrang genossen³². Neben der bürgerlichen Sozialreform³³ war es vor allem das Kaiserliche Statistische Amt³⁴, das sich in seiner Arbeiterstatistik mit den Arbeits- und Lebensbedingungen und den Organisationen der Gemeindearbeiter beschäftigte.

Angesichts des fast vollständigen Fehlens einschlägiger

Sekundärliteratur wurde für die vorliegende Arbeit eine möglichst breite Quellenbasis gewählt, um zum einen die örtlichen und regionalen Unterschiede in den kommunalen Arbeiterverhältnissen auszugleichen und zum anderen die beiden Antipoden der Gemeindearbeiterschaft, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und die kommunale und staatliche Obrigkeit, in die Untersuchung miteinzubeziehen. Die Arbeit stützt sich im wesentlichen auf drei Quellengruppen: die dem kommunalen oder staatlichen Arbeitgeber oder der amtlichen Statistik zuzuordnenden Verlautbarungen und Archivalien wie Verwaltungsberichte, Ministerialakten, Protokolle der Etatheratungen, Personalamtsbestände und die Materialien des Kaiserlichen Statistischen Amtes und des Deutschen Städtetages; die Veröffentlichungen, Untersuchungen und Eingaben der bürgerlichen Sozialreform, vor allem die Soziale Praxis und das Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik; sowie die Verbandspresse der Gemeinde- und Staatsarbeiterorganisationen³⁵, insbesondere "Die Gewerkschaft", das Organ des Gemeindearbeiterverbandes³⁶, Rechenschaftsberichte, Protokolle der Verbandstage, Jubiläumsliteratur³⁷ usw.. Hinsichtlich der Quellenlage stellte sich vor allem der Mangel an schriftlichen Unterlagen seitens der kommunalen Betriebsverwaltungen über die Arbeiterverhältnisse in den frühen Jahren der kommunalen Tätigkeit als Hindernis heraus. Darüber hinaus erwies sich die Analyse des Verhaltens der Gemeindearbeiterschaft in Krieg und Revolution als problematisch. Demgegenüber bot sich für die Bereiche der kommunalen Arbeiterpolitik nach der Jahrhundertwende, der kommunalen Sozialpolitik und vor allem der gewerkschaftlichen Organisation ein so reichhaltiges Quellenmaterial, daß es für die vorliegende Arbeit lediglich in Ausschnitten ausgewertet werden konnte. So ist zu erwarten, daß bei einer weitergehenden Beschäftigung mit der Sozialgeschichte der Gemeindearbeiterschaft noch wesentliche Elemente zu dem hier entworfenen Bild hinzutreten werden.

Teil A

Entstehung, Struktur, Entwicklung

1. Die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit

Die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit ließ die Gemeindearbeiterschaft in den drei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg zu einer zahlenmäßig relevanten Gruppe innerhalb der Arbeiterschaft anwachsen. Anfang der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts umfaßte die Gemeindearbeiterschaft lediglich einige hundert großstädtische Gemeindearbeiter; im Jahr 1914 schätzte man die Gesamtsumme der Gemeindearbeiter, einschließlich derjenigen der Stadtstaaten auf circa 175.000¹.

Die Entwicklung der Städte zu Arbeitgebern, die einen größeren Stamm ständiger Arbeiter beschäftigten, beruhte im wesentlichen auf der Errichtung oder Kommunalisierung der Betriebe der Gas-, Wasser- und Stromversorgung, des Verkehrswesens, der Straßenreinigung und Kanalisation. Darüber hinaus spielten die Ausdehnung des Marktwesens, die Einrichtungen zur Gesundheitspflege und die Verwaltung öffentlicher Anlagen eine Rolle.

Der Ausbau der Gemeindebetriebe folgte im großen und ganzen den Phasen der Umformung des deutschen Städtewesens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts². Die Vorformen kommunaler Daseinsvorsorge reichen in Deutschland bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Trug im staatlichen Bereich der Ausbau des Eisenbahnwesens zur Entstehung einer größeren Staatsarbeiterschaft bei, so waren es in den Städten die Gaswerke, die auf die Struktur und Entwicklung der Gemeindearbeiterschaft besonders einwirkten.

Bis etwa 1845 waren Öllampen die vorherrschenden Beleuchtungsmittel; während Ende der 1850er Jahre in den privaten Haushalten die Kerze vom Petroleumlicht abgelöst wurde, prägte das Gaslicht ab 1845 die öffentliche Beleuchtung³. Die Geschichte der Gasbeleuchtung begann jedoch in Berlin wesentlich früher, als die Errichtung des ersten städtischen Gaswerks im Jahr 1847 vermuten läßt. Bereits am 19. September 1826 leuchteten unter den "Linden" die ersten

Gaslaternen auf. In Hannover und Hamburg hatte man bereits früher "illuminiert", Dresden folgte am 23. April 1828 anläßlich des Geburtstages des Thronerben⁴. Über die Auswirkungen der Straßenbeleuchtung auf die öffentliche Sicherheit gingen die Ansichten zunächst auseinander. So befürchtete die Dresdener "Königliche Zeitung" vom 28. 3. 1819, daß die nächtliche Straßenbeleuchtung weniger lichtscheues Gesindel fernhalten als die Nachtschwärmerei und den Kneipengang fördern könnte⁵. In dem Zeitraum zwischen 1855 und 1875 wurde jedoch die Gasversorgung gerade unter dem Gesichtspunkt einer Förderung der öffentlichen Sicherheit rasch erhöht.

Nach der Erfindung des Siemensschen Dynamos 1878 und der entsprechenden Bogenlampen setzte ab 1880 das Zeitalter der Elektrizität ein. Die Hamburger Gartenbauausstellung im Jahr 1880 wurde von 18 Bogenlampen illuminiert⁶. Ein Jahr später trat Edison mit der Kohlenfaden-Glühlampe an die Öffentlichkeit. Im Jahr 1882 beschloß Hamburg als erste deutsche Stadt die Einführung der Elektrizität für öffentliche Zwecke. In der Praxis waren jedoch Berlin und Nürnberg schneller; im Jahr 1885 wurde in Berlin das erste deutsche Kraftwerk in Betrieb genommen. Drei Jahre später errichtete Hamburg sein erstes städtisches E-Werk⁷.

Dennoch verdrängte die einsetzende Elektrifizierung nicht das Gaslicht. Um 1890 löste der Gasglühstrumpf die Petroleumlampe ab, und die Gasfernzündung verhalf der Gaslaterne zu einem neuen Aufschwung. Strom blieb ein Charakteristikum der Großstadt; die Elektrifizierung des flachen Landes durch den Bau von Überlandleitungen erfolgte "praktisch eine Generation später"⁸.

Die Gasbetriebe waren die ersten öffentlichen Einrichtungen der Städte, die einen gewissen Stamm ständiger Arbeiter benötigten, die sich nach Herkunft und Qualifikation von den ungelerten Tagelöhnern der traditionellen städtischen Einrichtungen unterschieden.

Der Ausbau der Abwässerbeseitigung und Trinkwasserversorgung erfolgte im allgemeinen erst später. In Berlin erhielten Ende 1852 zwei Engländer die Genehmigung zur Errichtung von Wasserwerken, die später unter hohem Kostenaufwand von der Stadt übernommen werden mußten. Erst in den 1880er Jahren entstanden die ersten Elektrizitätswerke, die im

Jahr 1915 in Berliner Besitz übergangen. Ebenfalls in den 1880er Jahren, 1883-86 und 1888, kam es zum Bau der Zentralmarkthalle und des städtischen Schlacht- und Viehhofes. Straßenbahn und Hoch- und Untergrundbahn wurden erst 1921 und 1926 in den Besitz der Stadt Berlin überführt⁹.

Anders als in Berlin ging in München das Straßenbahnunternehmen bereits im Jahr 1907 in die alleinige Regie der Stadt über; ein Jahr zuvor hatte das städtische Motoromnibus-Unternehmen seinen Betrieb aufgenommen¹⁰. Die Münchener Wasserwerksarbeiter wohnten und arbeiteten außerhalb der Stadt, in Talham, im Quellgebiet des südlich gelegenen Mangfalltales, dem Trinkwasserreservoir der Stadt München, das um die Jahrhundertwende durch einen umfangreichen Wasserleitungsbau nutzbar gemacht wurde¹¹. Die Gaswerke gingen Ende 1899 in den Besitz der Stadt München über¹². Die Markthalenfrage wurde lange Zeit kontrovers diskutiert, da sich der Münchener Großhandel gegen eine Verlegung der Einrichtungen vom Viktualienmarkt an die Peripherie wehrte; erst 1903 wurde der Bau der Großmarkthalle beschlossen, die Anfang 1912 eröffnet werden konnte¹³.

Die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit unterschied sich von Ort zu Ort, doch lassen sich übergreifende langfristige Entwicklungslinien ausmachen. Bis in die Mitte der 1850er Jahre, meist schon im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts, wurden mit den Städteordnungen die rechtlich-politischen Weichenstellungen geschaffen, die für die Kommunen als Arbeitgeber maßgeblich waren. Auf dieser Grundlage vollzog sich in einer zweiten Phase bis in die Mitte der 1870er Jahre der Ausbau der Gasversorgung. Gleichzeitig stellten die Trinkwasserversorgung, die Kanalisation und der Straßenbau die Gemeinden vor die Notwendigkeit eines zunehmend planvollen Handelns und einer effizienteren Verwaltung. So gewann zwischen 1855 und 1875 der örtlich und regional unterschiedliche Prozeß der Entwicklung von Städtetechnik, kommunaler Daseinsvorsorge und Leistungsverwaltung an Breite; seinen eigentlichen Durchbruch erlebte er jedoch erst in den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts.

Im Jahr 1895 zählte die Berufsstatistik in 1.642 Gemeindebetrieben rund 21.000 Personen¹⁴. Sie gibt allerdings ein äußerst unvollständiges Bild von der Größe und Zusammen-

setzung der Gemeindearbeiterschaft, da sie die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sowie alle anderen nicht gewerbsmäßig betriebenen Unternehmen unberücksichtigt läßt. Für das Jahr 1909 wird die Gesamtzahl der Gemeindearbeiter übereinstimmend mit rund 120.000 angegeben¹⁵. Zwischen 1902 und 1907 nahm die Zahl der städtischen Arbeiter in den von den Erhebungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes erfaßten Städten um 39,5 % zu. Dabei schwankte die prozentuale Zunahme zwischen 362,9 % in Essen und 1,7 % in München¹⁶.

Der Ausbau der Gemeindebetriebe, der zwischen 1880 und 1914 die Gemeindearbeiterschaft von wenigen hundert Arbeitern auf rund 175.000 anwachsen ließ, stagnierte im Verlauf des Ersten Weltkrieges; während des Krieges kam es weder zu Stellenhebungen noch zur Schaffung neuer Stellen; vor allem die beiden letzten Kriegsjahre brachten eine spürbare Einschränkung des Personals, das durch weibliche Arbeitskräfte und Kriegsgefangene aufgefüllt wurde¹⁷. Die Beschäftigung von Frauen an Stelle der Eingezogenen veränderte die Personalstruktur der Gemeindebetriebe erheblich. Nach dem Ersten Weltkrieg ließen die zurückkehrenden Soldaten und Kriegsgefangenen die Gemeindearbeiterschaft bis zu dem Personalabbau in den Jahren 1922/23 überproportional ansteigen; gleichzeitig dehnte sich die kommunale Tätigkeit, insbesondere im Dienstleistungsbereich, weiter aus. Trotz des Personalabbaus war Berlin im Jahr 1926 mit rund 42.000 Arbeitern und circa 37.000 Angestellten und Beamten - das Personal der städtischen Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. eingerechnet - nach der Reichsbahn und der Reichspostverwaltung der größte Arbeitgeber Deutschlands¹⁸.

Die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit seit den 1880er Jahren beruhte zum einen auf der Erweiterung bereits vorhandener und der Errichtung neuer städtischer Betriebe, zum anderen auf der Kommunalisierung bislang privater, oft ausländischer Betriebe. In beiden Fällen spielten dabei die alten Haupt- und Residenzstädte, die Hansestädte sowie frühindustrielle Zentren eine Vorreiterrolle, doch waren Klein- und Mittelstädte ebenfalls daran beteiligt.

Angesichts der chronischen Finanznot waren die Gemeinden daran interessiert, die profitträchtigen gemeinnötigen Betriebe in ihren eigenen Besitz zu überführen. Die Einnah-

men der städtischen Versorgungsbetriebe spielten, ähnlich wie die Eisenbahnen für den Staatshaushalt, bei der Deckung des Etats eine enorme Rolle. Neben traditionellen Motiven wie der Wahrung von öffentlicher Ordnung und Sicherheit, gesundheitspolizeilichen Überlegungen und Fragen des städtischen Renommees hatten die Stadtverwaltungen bei der Kommunalisierung privater gemeinnütziger Betriebe auch - und bei den Gaswerken in besonderem Maße - finanzielle Interessen im Auge.

So erwirtschafteten beispielsweise die beiden Charlottenburger Gaswerke im Geschäftsjahr 1898/99 trotz ihres zu den niedrigsten in Deutschland zählenden Gastarifs einen Reingewinn von rund 600.000 Mark¹⁹. Die Berliner städtischen Gaswerke erzielten in demselben Etatsjahr einen Überschuß von rund 6.200.000 Mark²⁰, und die Münchener Aktiengasfabrik konnte eine Dividende von 36 % ausschütten²¹.

Die umfassendsten Erfolge verbuchten die Kommunalisierungsbestrebungen bei den Gas- und Wasserwerken. In beiden Fällen spielten die guten Einnahmequellen, die diese Betriebe darstellten, eine wichtige Rolle; bei den Wasserwerken traten noch gesundheitspolitische Gründe hinzu; darüber hinaus wollten die Kommunen den für den Stadtausbau, die Vortortbildung und Eingemeindung relevanten Prozeß der Gas- und Wasserversorgung in eigene Regie bekommen. Der Zeitraum zwischen 1890 und 1910 bildete den Höhepunkt der Kommunalisierung sogenannter gemeinnütziger Betriebe. Abgesehen von Rheinland-Westfalen, wo noch 1908 ein Großteil der Gas-, Wasser- und E-Werke in privaten Händen lag²², befanden sich am Ende des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts die meisten Gas- und Wasserwerke in städtischer Regie.

Von den im Jahr 1910/11 in Deutschland existierenden 407 Gaswerken waren lediglich noch 36, von den 823 Wasserwerken noch 81 in privatem Besitz; bei den E-Werken lag der Anteil der Privatbetriebe mit 127 von insgesamt 271 Werken schon wesentlich höher; den höchsten Prozentsatz privater Unternehmen wiesen die Straßenbahnen auf: 150 von 273 Straßenbahnunternehmen wurden im Geschäftsjahr 1910/11 privat geführt²³.

So imposant die Ausdehnung der kommunalen Gasversorgung war, so machte sich doch nach der Jahrhundertwende die Kon-

kurrenz der privatkapitalistischen Elektrizitätswerke bemerkbar. Der Konflikt zwischen kommunalen und privatwirtschaftlichen Unternehmen verschärfte sich, und in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg setzte sogar eine rückläufige Bewegung ein, die vor allem in Rheinland-Westfalen mit der Ausbeutung des Zechengases und der Errichtung privater Überlandzentralen zum Privatbesitz zurückführte. Während die meisten Kommunen und Nationalökonomien sowie die bürgerlichen Sozialreformer für eine Kommunalisierung eintraten, wandte sich die wirtschaftsfriedlich-nationale Bewegung gegen eine weitere Kommunalisierung und favorisierte statt dessen sogenannte gemischt-wirtschaftliche Unternehmen. Ausgangspunkt dieser Entwicklung waren die entstehenden Energietrusts, die sich für die Gewinne der E-Werke interessierten. Allmählich entstand auch auf kommunaler Seite ein wachsendes Interesse an gemischt-wirtschaftlichen Betrieben, insbesondere im Hinblick auf die E-Werke und Straßenbahnen²⁴. Von der technischen Entwicklung, vor allem in der Beleuchtungsindustrie, gefördert und von liberal-kommunalen Theoretikern befürwortet, gewann die Tendenz in Richtung gemischt-wirtschaftlicher Betriebe schon 1912 wachsende Bedeutung²⁵.

So gelang es dem Rheinisch-Westfälischen-Elektrizitätswerk, nach und nach das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet zu beherrschen und ganze Kommunen in seine Abhängigkeit zu drängen. Seine Abnehmer waren vorwiegend Gemeinden und Städte, im Jahr 1913 schätzungsweise 50 an der Zahl²⁶.

Gewerkschaften und SPD traten nachdrücklich für städtische Regiebetriebe ein. Die Gewerkschaften befürchteten im Falle einer Reprivatisierung der Betriebe "wesentlich ungünstigere Bedingungen" und sahen die unter dem Motto "Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterinstitute sein!" geforderten und zum Teil realisierten sozialen Errungenschaften in Gefahr²⁷. Darüber hinaus war die Forderung nach städtischen Regiebetrieben Bestandteil des umfassenden Konzepts des "Kommunalsozialismus", in dem sich die Forderung nach Kommunalisierung mit der Vorstellung eines "sozialen Musterbetriebes", der "Gemeinhaftigkeit" der Betriebe, der Selbstverwaltung der Gemeinden, der Auskömmlichkeit für den Steuerzahler und eines allmählichen Hineinwachsens in den Sozia-

lismus verbanden²⁸.

Die Entwicklung gemischt-wirtschaftlicher Unternehmen wurde durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen. Die ersten Jahre der Weimarer Republik brachten schließlich eine erneute Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit infolge umfangreicher Notstandsarbeiten und weiterer Kommunalisierungen, insbesondere im Bereich des Verkehrswesens.

Die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit wirkte sich auf die Betriebsgruppenstruktur, mittelbar auch auf Lage und Verhalten der Gemeindearbeiterschaft aus. Die Art und Weise, wie sich der Aufbau und die Kommunalisierung gemeinnütziger Betriebe in den einzelnen Städten vollzogen, prägte die Zusammensetzung der örtlichen Gemeindearbeiterschaft, ihre berufliche und soziale Gliederung, ihr Organisationsverhalten und ihre Wohnverhältnisse. Die wesentlichen strukturierenden Elemente von Industrialisierung und Verstädterung hinsichtlich der Gemeindearbeiterschaft waren zum einen die quantitative Ausdehnung der kommunalen Betriebe, zum anderen deren veränderte Binnenstruktur.

Aus der relativ kleinen Gruppe ungelernter, meist nur mehr beschränkt arbeitsfähiger, von der Stadt häufig aus Gründen der vorbeugenden Armenpflege vorübergehend beschäftigter Arbeitskräfte entwickelte sich eine zahlenmäßig anwachsende Arbeiterschicht mit einem für die Aufrechterhaltung des Betriebs der modernen kommunalen Einrichtungen des Verkehrswesens, der Gas-, Wasser- und Stromversorgung zunehmend unentbehrlich werdenden Stamm ständiger Arbeiter.

Neben die wenigen traditionellen kommunalen Einrichtungen, die untereinander in keinem durch den Produktionsprozeß bedingten Zusammenhang standen und eine Vielzahl unterschiedlichster Tätigkeiten umfaßten, traten die zentralen öffentlichen Betriebe mit ihren großen, räumlich und organisatorisch gegliederten Belegschaften in den Bereichen Streckenunterhalt, Betrieb und Werkstätten, mit den zum Teil hochqualifizierten Berufen der Maschinisten, Feinmechaniker und Schlosser sowie des Fahrpersonals der Verkehrsbetriebe. Die Arbeitsbedingungen in den Zentralwerkstätten der Straßenbahnen, der Gas-, Wasser- und E-Werke waren denen der modernen Fabrikproduktion durchaus vergleichbar.

Spezialisierung und Mechanisierung machten nicht nur

einen festen Stamm von Facharbeitern notwendig, sondern benötigten einen ausgebildeten polytechnischen Ingenieur, der als Beamter in den Dienst der Stadt trat. Mit dem Ausbau der Leistungsverwaltung eröffneten sich im Gemeindedienst spezifische Aufstiegsmöglichkeiten, die zusammen mit der Arbeiterpolitik der Verwaltungen einen erheblichen Einfluß auf Mentalität und Verhalten der Gemeindearbeiter ausübten. Gleichzeitig wuchs durch die Kanalisation, die Straßenreinigung und den Wasser- und Straßenbau die Zahl der ungelernten Gemeindearbeiter an.

An den meisten Orten bildeten die Gasarbeiter die Avantgarde bei der in den 1890er Jahren einsetzenden gewerkschaftlichen Organisierung, während die Kanalisations- und Wasserwerksarbeiter die Basis abgaben; in den ersten Jahren des 1896 gegründeten Gemeindearbeiterverbandes gehörten die Kanalisations- und Wasserwerker zu den "treuesten Stützen" der jungen Organisation²⁹. Daneben kam es vor allem unter dem Krankenpflegepersonal zu frühen gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Die rechtlich-politischen Grundlagen, die für die Rolle der Gemeinden als Arbeitgeber maßgeblich waren, entstanden bereits bis Mitte des 19. Jahrhunderts. Wahlrecht, Steuerfragen, soziale Zusammensetzung der Gemeindekollegien sowie die sozialpolitischen Ansichten der Verwaltungsbeamten übten auf die Lage der Gemeindearbeiterschaft einen prägenden Einfluß aus. Die "Trägheit, Lauheit und Gleichgültigkeit der städtischen Arbeiter Münchens" erklären sich weniger aus der Struktur und Entwicklung der Münchener Gemeindebetriebe - immerhin zählte München bereits vor der Jahrhundertwende zu den größten kommunalen Arbeitgebern Deutschlands und führte, früher als manch anderswo, die zentralen Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge unter eigener Regie - sondern neben anderen Faktoren aus der "stabilisierenden" Arbeiterpolitik, die für die süddeutschen Gemeinde- und Staatsverwaltungen allgemein kennzeichnend war³⁰.

Mit der Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen, der Organisierung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, der Einführung des Tarifvertragswesens, der rechtlichen Gleichstellung der Gemeindearbeiter mit der privaten Arbeitnehmerschaft und der Nivellierung und Integration der Gemeindear-

beiterschaft zu Beginn der Weimarer Republik kam die Entwicklung von Gemeindearbeiterschaft und kommunaler Regie, die Mitte der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts begann, zu einem vorläufigen Abschluß. Es war dies ein langwieriger Prozeß, der sich sehr stark im Rahmen politischer Strömungen und öffentlicher Diskussionen entwickelte und seit den 1880er Jahren durch sein enormes Wachstum Aufsehen erregte.

Industrialisierung und Verstädterung bildeten die Grundlage und das Umfeld, auf der und in dem sich dieser Prozeß in steter Wechselwirkung mit Kommunalpolitik und Städtetechnik entwickelte. Er war Teil der stufenweisen Umformung des deutschen Städtewesens; er war Antrieb und Ausdruck jener Entwicklung, die schließlich zur modernen kommunalen Daseinsvorsorge führte; er war aber auch Grundlage und Ausdruck urbanen Lebensstils und jener Bereich, in dem die Fragen der Sicherung individueller Rechte gegenüber den Interessen von Staat und Gemeinschaft sowie der sozialen Verantwortung von Staat und Gemeinden oft geradezu leidenschaftlich diskutiert wurden - in den Worten der "Gewerkschaft", dem Verbandsorgan des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes: "Sie (die Gemeindearbeiter; W. K.) sind die Pioniere des sozialen Arbeitsvertrages."³¹

2. Die Kommune als Arbeitgeber

Mit der Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit veränderte sich die Rolle der Gemeinde als Arbeitgeber. Die daraus erwachsenden Besonderheiten im Vergleich zu den privaten Arbeitgebern übten einen prägenden Einfluß auf die soziale Lage der Gemeindearbeiter, ihre Mentalität und das Konfliktverhalten der Gemeindearbeiter-Organisationen aus.

Drei Faktoren waren es vor allem, die - jeder für sich und in Wechselwirkung untereinander - dabei von besonderer Bedeutung waren. Erstens, der eigentliche Arbeitgeber, die Gemeindekollegien, ging aus Wahlen hervor. Zweitens, die Leitung der Betriebe lag in der Hand kommunaler Beamter, die einerseits weitreichende Befugnisse besaßen, andererseits den Gemeindekollegien rechenschaftspflichtig waren. Drittens, Arbeiterschaft, Gewerkschaften und Öffentlichkeit erwarteten, "daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den städtischen und staatlichen Betrieben nicht nach kapitalistischen, sondern nach sozialen Grundsätzen zu gestalten sind."¹

I. Kommunalen Parlamentarismus, Öffentlichkeit

Für die Körperschaften, in deren Händen die Verwaltungsgeschäfte der einzelnen Orte lagen, gab es in Deutschland keine einheitliche Bezeichnung. Hier spiegelt sich die Buntscheckigkeit der Städteordnungen wider, die - noch aus dem Vormärz oder aus den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts stammend - bis zum Ersten Weltkrieg die rechtliche Grundstruktur der Gemeinden bestimmten². Im folgenden werden, der Ausdrucksweise der zeitgenössischen Publizistik entsprechend, die verschiedenen Verwaltungskörperschaften wie Stadtverordneten-Versammlung, Stadtrat, Bürgerschafts-Vertretung usw. unter der Bezeichnung Gemeindekollegien zusammengefaßt³.

Für die Gemeindearbeiter und ihre Organisationen war es von entscheidender Bedeutung, wie sich die Gemeindekollegien in sozialer und parteipolitischer Hinsicht zusammensetzten.

Aufgrund der restriktiven Bestimmungen des Gemeindebürgerrechts war der Kreis der Mitwirkungsberechtigten bei der kommunalen Selbstverwaltung sehr begrenzt. Schon die preußische Städteordnung von 1808 beschränkte die Mitbestimmungsmöglichkeiten schwerpunktmäßig auf das Besitzbürgertum. Maßgeblich für die Zeit der Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit war die preußische Städteordnung von 1853; sie löste die liberale Gemeindeordnung von 1850 ab, schränkte die Selbstverwaltungsmöglichkeiten der Kommunen ein und stellte sie unter eine stärkere staatliche Oberaufsicht.

Die Stadtverordneten wurden nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt. In Berlin und Leipzig kamen auf je 100 Einwohner gerade 7 Mitwirkungsberechtigte bei den Stadtverordnetenwahlen. Oft mußten die Hälfte oder zwei Drittel der Stadtverordneten aus Hausbesitzern bestehen; dementsprechend dominierten in den Gemeindekollegien das Besitzbürgertum und das reiche Honoratioren-Bürgertum⁴. Im Osten äußerten sich die Interessen von Adel und Junkertum in einem entsprechend reaktionären Charakter der Verwaltungen, der mit ausschlaggebend dafür war, daß dort - mit Ausnahme von Breslau und Königsberg - die gewerkschaftliche Organisation der Gemeindearbeiter bis zum Ersten Weltkrieg fast völlig brachlag. Im Westen, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, kam in den Stadtverwaltungen die Macht der Industriellen zum Ausdruck, was die gewerkschaftliche Arbeit ebenfalls erschwerte. Die Mitgliedschaften des Gemeindearbeiterverbandes konzentrierten sich im wesentlichen auf Groß-Berlin, Süd- und Mitteldeutschland und die Wasserkante⁵.

Die Haltung, die von den städtischen Behörden gegenüber dem Gemeindearbeiterverband eingenommen wurde, hing "in der Regel von der dominierenden politischen Partei innerhalb der Gemeinde ab"⁶. Während sich die Konservativen und National-liberalen direkt gegen den Verband stellten, waren Freisinn, Demokratie und Zentrum bereit, ihn zu dulden. Die SPD - neben den National-Sozialen die einzige Partei, die in ihrem Kommunalprogramm auf die Lage der Gemeindearbeiter einging - war die einzige verlässliche politische Stütze des Verbandes. Von ihr und in erster Linie den jeweiligen örtlichen SPD-Stadtverordneten gingen die wichtigsten Hilfen beim Aufbau und Überlebenskampf der jungen Verbandsfilialen aus, in we-

sentlich stärkerem Maße als von den örtlichen Gewerkschaftssekretariaten oder der Generalkommission der Gewerkschaften, die sich in der Regel passiv, teilweise ablehnend oder offen feindselig verhielten. Die SPD-Stadtverordneten waren aufgrund ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit und der Kenntnis der Verwaltungsbükratie eher in der Lage als die Freien Gewerkschaften, die besonderen Bedingungen der Gemeindearbeiterverhältnisse zu verstehen und die in den Augen der Zentralkommission reformistische Taktik des Gemeindearbeiterverbandes zu unterstützen. So waren es die sozialdemokratischen Stadtverordneten, die auch in der Organisationsfrage für die Forderung des Gemeindearbeiterverbandes nach einer einheitlichen Betriebsorganisation an Stelle mehrerer Berufsorganisationen eintraten. Eine besonders wichtige Rolle spielten die SPD-Stadträte im Falle festgefahrener Lohnbewegungen, drohender Disziplinarmaßnahmen seitens der Betriebsleitungen, gescheiterter oder abgelehnter Verhandlungen, kurzum im Konfliktfall zwischen Magistrat, Betriebsleitung und Gemeindearbeitern. Da sich die Betriebsleitung in aller Regel weigerte, mit den Organisationen der Arbeiter zu verhandeln, die Arbeiterausschüsse nicht in der Lage waren, Konflikte aus dem Arbeitsverhältnis beizulegen, und sich die Gemeinden oft dagegen sträubten, die Vermittlung der Gewerberichte anzunehmen, bildeten die sozialdemokratischen Stadträte häufig den einzigen Ausweg, auf dem eine Konfliktlösung unter Wahrung des Gesichts aller Konfliktparteien möglich war.

Für die Gemeindearbeiter war es jedenfalls dringend erforderlich, einige ihnen wohlgesonnene Vertreter in den Gemeindegremien zu besitzen. Da dies am ehesten durch SPD-Kandidaten gewährleistet war, gab der Gemeindearbeiterverband anlässlich der jeweils breit diskutierten Wahlen zu den Gemeindegremien mehr oder weniger deutliche Wahlempfehlungen zu Gunsten der SPD ab und bemühte sich darum, langfristig eigene Funktionäre in die Stadtverordneten-Versammlungen zu entsenden. Wenn dies gelang, erhöhten sich die Erfolgsaussichten des Verbandes beträchtlich.

Andererseits darf man die Einflußmöglichkeiten, die den SPD-Kommunalpolitikern offenstanden, nicht überschätzen. Sie waren allein zahlenmäßig hoffnungslos in der Unterzahl. Ihre

Bedeutung lag auch weniger in der Durchsetzungsmöglichkeit gewerkschaftlicher oder sozialpolitischer Forderungen - ihre Anträge wurden bis auf wenige Ausnahmen von der Stadtratsmehrheit abgelehnt - als in der langfristigen Wirkung auf die örtliche Öffentlichkeit, vor allem die Presse. So lassen sich die Erfolge des Münchener Gemeindebevollmächtigten Raith und seines Berliner Kollegen Schubert, der zugleich Verbandssekretär des Gemeindearbeiterverbandes war, nicht schwarz auf weiß dokumentieren wie beispielsweise die ihrer Parteigenossen in den SPD-beeinflußten Gemeindeverwaltungen von Mülhausen im Elsaß und Offenbach, sind jedoch in dem örtlichen "Klima" deutlich zu spüren⁷.

Was für die SPD und die Freien Gewerkschaften galt, traf in ebensolchem, bei Zentrum und Nationalliberalen viel effektiverem Maße für die anderen Parteien und die ihnen nahestehenden Organisationen zu. Christliche und Hirsch-Dunkersche Gewerkschaften verfolgten eine gezielte Personalpolitik und konnten den Verwaltungen aufgrund ihrer Mehrheitsverhältnisse in einigen Stadtparlamenten und Landtagen viel größere Probleme bereiten als die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften. Insbesondere das Zentrum konnte in Bayern mit seinem strikt anti-sozialdemokratischen Programm den Freien Gewerkschaften das Leben schwerer machen, als es die Betriebsleitungen und Stadtverwaltungen von sich aus hätten tun können.

Eine konservative, koalitionsrechtsfeindliche Stadtratsmehrheit konnte die Existenz freigewerkschaftlicher Verbände ständig in Frage stellen. Dabei spielte auch die Einflußnahme des Staates auf die Kommunen eine Rolle. So ist in Norddeutschland etwa ab 1904 eine deutliche Verschärfung der Magistratspolitik gegenüber dem Gemeindearbeiterverband festzustellen, die mit der verschärften Haltung Preußens gegenüber den Staatsarbeitern, insbesondere den Eisenbahnern, korrespondiert. Demgegenüber blieben die Verhältnisse in Süd- und Südwestdeutschland liberal und wurden auch später von der gegen die Eisenbahner gerichteten Reverspolitik der Zentrumsregierung weniger berührt.

Je nach den örtlichen Umständen konnten sich vereinzelte "Oasen" des sozialpolitischen Fortschritts herausbilden wie neben den erwähnten Mülhausen im Elsaß und Offenbach

auch Frankfurt a. M., Mannheim, Stuttgart, Mainz, Straßburg, Freiburg und das Städtchen Bad Reichenhall, das sich als eine der ersten deutschen Gemeinden überhaupt Ende 1907 bereit erklärte, mit dem Gemeindearbeiterverband "einen regelrechten, wirklichen und leibhaftigen Tarifvertrag abzuschließen"⁸.

Verglichen mit der sozialpolitischen Rückständigkeit Berlins oder dem aggressiven Vorgehen Kiels gegen den Gemeindearbeiterverband im Jahr 1909 kann auch die im Vergleich zu Frankfurt a. M. oder Stuttgart verhaltenere kommunale Arbeiterpolitik Münchens als fortschrittlich bezeichnet werden. Überhaupt war - anders als die Münchener Verbandsfiliale des Gemeindearbeiterverbandes glaubte - weniger "Süddeutschland im Verbands voran"⁹ als die Einstellung der Kommunen liberaler und koalitionsfreundlicher. Der Respekt, den die Organisationen im Süden genossen, und die Fortschritte auf dem Gebiet der kommunalen Sozialpolitik gingen weniger auf die Erfolge des Verbandes zurück als auf die größere kommunale Selbständigkeit und liberale Beamtentradition der Süddeutschen Stadt- und Landgemeinden¹⁰.

Neben Industrialisierung, Verstädterung und der Entwicklung der Städtetechnik waren für die Gemeindearbeiterschaft hinsichtlich ihrer sozialen Lage und mithin für ihr Verhalten, ihre Mentalität und gewerkschaftlich-politische Orientierung die langfristigen Entwicklungen der Verfassungsgeschichte, von Stadtrecht, Parlamentarismus und Parteienwesen ausschlaggebend. Hinzu traten die konkreten zeitlichen und örtlichen Ausformungen in den Gemeindekollegien, die eng mit der Zusammensetzung der Bürgerschaft, dem Städtetyp und seiner Region zusammenhingen.

Die Existenz der Gemeindearbeiter und die ihrer Familien war von der Auffassung der Stadtverwaltung in sozialen Fragen abhängig¹¹. Eine entsprechend große Aufmerksamkeit maßen die Organisationen der Gemeindearbeiter der Öffentlichkeitsarbeit zu. Während die Parteien von den verschiedenen Organisationen geradezu bedrängt wurden, sich der Forderungen der Gemeindearbeiter anzunehmen, in den Kollegien für Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Rechtslage einzutreten und die Öffentlichkeit günstig zu beeinflussen, kümmerten sich diese ihrerseits bis nach der

Jahrhundertwende sehr wenig um die sozialen Belange der Gemeindearbeiterschaft. Ihre Reaktion auf die Appelle und Petitionen war meist eine Mischung aus Selbstgefälligkeit und Pikiertheit, je nachdem, ob die Klagen der Gemeindearbeiter und ihrer Standesorganisationen ihr Prestigegefühl steigerten oder bereits als Belästigung empfunden wurden. Die Etatsberatungen beschäftigten sich mit den Sachposten, der Vergrößerung der Rohr- und Leitungsnetze der kommunalen Versorgungsbetriebe, der Menge der gelieferten Energie, den Tarifen für die Abnehmer und den erzielten Einnahmen. In den Verwaltungsberichten tauchen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter nur indirekt auf: in der Zusammenstellung der Ausgaben neben Gebäudeunterhalt, Streckenausbau, Reparaturaufwendungen usw.¹². Das Interesse der Parteien galt auch der Frage, welcher Betriebsdirektor eines städtischen Werkes es auf welche Weise verstanden hatte, in dem zurückliegenden Etatsjahr den größten Reingewinn zu erzielen; in diesem Zusammenhang spielte auch die Lohn- und Personalpolitik eine Rolle¹³.

Über diesen konkreten Sachinteressen - und von ihnen teils völlig losgelöst - stand der verbale Anspruch, daß die Gemeindebetriebe soziale Musteranstalten zu sein hätten. Dabei gingen die Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie ungeachtet der jeweiligen betrieblichen Realität davon aus, daß sie es bereits wären. Anspruch und Wirklichkeit klappten oft weit auseinander; dies wurde jedoch in den Etatsberatungen und sonstigen Verlautbarungen nicht als Widerspruch empfunden, solange man nicht auf dem Rücken der Gemeindearbeiter eigene partei- oder personalpolitische Interessen durchsetzen wollte.

Die Gemeindearbeiter waren auf das Wohlwollen der Parteien bei der Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen angewiesen; die bürgerlichen Parteien betätigten sich jedoch nur bedingt als Lobbyisten der Gemeindearbeiterschaft, in wesentlich größerem Maße wurde vielmehr diese von den wechselnden Parteiinteressen usurpiert und mußte als Staffage für allerlei Lokalpatriotismus herhalten¹⁴.

Das galt hauptsächlich für die Zeit vor der Jahrhundertwende. Etwa ab 1906 werden die Gemeindearbeiter zusammen mit den Staatsarbeitern zu einem Wählerpotential, das von

den Parteien stärker berücksichtigt wurde und aufgrund des gefestigteren Organisationswesens der Gemeindearbeiter nicht mehr nur mit verbalen Beteuerungen abgespeist werden konnte. Auch liberale und vaterländische Verbände stellten in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg auf dem Hintergrund sich verschlechternder Lebensbedingungen gerade für Festbesoldete eine verschiedenerorts hartnäckige Opposition dar¹⁵.

Dennoch blieben die National-Sozialen und die SPD die einzigen Parteien, die in ihren Kommunalprogrammen spezielle Forderungen für die Gemeindearbeiter aufstellten.

Im Jahr 1899 trat die National-Soziale Partei in dem Entwurf ihres Kommunalprogramms für eine nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelte Gehaltsskala, für Pensionsberechtigung, Hinterbliebenenversorgung, die Errichtung von Arbeiterausschüssen und eine Ausdehnung der Beamteneigenschaft auf Arbeiter nach einer gewissen Probezeit ein. Alle diese Forderungen waren Bestandteil des übergeordneten Konzepts der "sozialen Musterbetriebe"¹⁶.

Auf seiten der SPD traten Anfang desselben Jahres zum ersten Mal ihre Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg mit einem konkreten Programm an die Öffentlichkeit. Sie forderten den Acht-Stunden-Tag, die Einführung von Pensions- und Hinterbliebenenkassen, die Sicherung des Koalitionsrechts, die Einrichtung von Arbeiterausschüssen und die Unterstellung aller Gemeindearbeiter unter die Reichsversicherung¹⁷.

Im Jahr 1902 nahm die bayerische SPD in ihrem Entwurf eines Gemeindewahlprogramms auf die Lage der Gemeindearbeiter Bezug. Sie verlangte neben dem Acht-Stunden-Tag die Einführung eines Minimallohnes, die Unterstellung der Gemeindebetriebe unter die Gewerbeinspektion sowie hygienische Verbesserungen in den Betrieben¹⁸.

Während die örtlichen und regionalen Parteigremien konkrete kommunalpolitische Forderungen aufstellten, wurden auf dem SPD-Parteitag desselben Jahres in München zwar die üblichen Referate zur kommunalen Sozialpolitik gehalten, aber keine Beschlüsse gefaßt¹⁹. Auch zwei Jahre später, auf dem Bremer Parteitag 1904, blieb es bei einem, wenn auch ausführlichen Referat des Reichstagsabgeordneten Lindemann²⁰.

Abgesehen von den regionalen Parteigliederungen und einzelnen örtlichen Kommunalpolitikern beschäftigte sich die

SPD kaum mit der speziellen Problematik der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter. Ihr Augenmerk richtete sich mehr auf die Diskussion des Konzepts des "Gemeinde-sozialismus", des Wesens, der Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Gemeinde und Staat und der "Gemeinnötigkeit" öffentlicher Betriebe. Konkret, dafür umso heftiger, wurden die Fragen des Koalitionsrechts, insbesondere der Eisenbahner, sowie das Problem eines allgemeinen Staatsarbeiterrechts diskutiert. Hinzu kamen die Auseinandersetzung um das Wahlrecht und vor dem Ersten Weltkrieg die Abwehr privater Interessen, die auf eine Reprivatisierung öffentlicher Betriebe abzielten, und die Forderung nach einer Ausweitung der kommunalen Regie während des Krieges, vor allem in der Lebensmittelversorgung.

Das Zentrum entfaltete in Bayern eine rege anti-sozialdemokratische Agitation. Sein Hauptaugenmerk lag auf dem Bereich des Eisenbahnwesens; dort entwickelte es etwa ab 1910 in der Frage des Streikrechts für Eisenbahner eine immer aggressivere Politik gegenüber der bayerischen Regierung und dem Verkehrsministerium unter von Frauendorfer. Als die Landtagswahl von 1912 eine Zentrumsmehrheit erbrachte, bestimmten fortan die Sonderinteressen von Zentrum und christlichem Bayerischen Eisenbahner-Verband die bayerische Verkehrspolitik. Diese im wesentlichen interne bayerische Entwicklung zeigt, wie stark die Einzelinteressen von Parteien werden konnten, wenn sie sich an einem neuralgischen Punkt wie der Eisenbahnerfrage nicht nur auf Interessenlagen in der Öffentlichkeit, sondern zusätzlich auf eine gewerkschaftliche Basis stützen konnten.

Unter der Gemeindearbeiterschaft war der Einfluß von Zentrum und christlichen Organisationen wesentlich geringer als bei den Staatsarbeitern. Der "Verein Arbeiterschutz" mit seinen Sektionen der städtischen Arbeiter in München, 1896 gegründet, kam bis zur Jahrhundertwende nicht über rund 800 Mitglieder hinaus und verlor danach rasch an Einfluß²¹. Auch die um die Jahrhundertwende in mehreren bayerischen Städten gegründeten lokalen christlich-sozialen Vereinigungen städtischer Arbeiter, die vom Zentrum protegiert wurden, spielten nur eine untergeordnete Rolle²².

Einflußreicher als die christlichen und Hirsch-Duncker-

schen Organisationen, deren Schwerpunkt ebenfalls mehr bei den Staatsarbeitern, insbesondere den Eisenbahnern lag, waren die "Gelben". Vor allem im Osten und unter den Straßenbahnern besaßen "gelbe" Magistratsvereine eine große Bedeutung²³; diese Standesvereine waren, ähnlich wie die preußischen Eisenbahnvereine, eng mit der örtlichen und betrieblichen Beamtschaft verbunden und Teil der sozial disziplinierenden Arbeiterpolitik der Kommunen.

Ohne an dieser Stelle auf das Vereins- und Organisationswesen der Gemeindearbeiter näher einzugehen, soll vorausgreifend festgehalten werden, daß die Ausformung, Zusammensetzung und Zielsetzung der Gemeindearbeiterorganisationen, deren Konfliktverhalten und die von ihnen erzielten Erfolge eng mit den Interessen der in den Gemeindegremien vertretenen Parteien und Gruppierungen verbunden waren. Die örtliche Öffentlichkeit umfaßte wesentlich mehr als die Interessen der Parteien, obwohl die parteipolitisch gebundene Presse für das lokale Klima mitverantwortlich war. Hier traten die Verbraucherinteressen hinzu, die Abnehmer von Gas, Wasser und Elektrizität, die Hausbesitzer, die Aktionäre der privaten gemeinnützigen Betriebe, die Standortinteressen der Industrie und das Eigeninteresse großstadtnaher Gemeinden.

Aus all diesen verschiedenen Interessenlagen ergab sich ein zeitlich und örtlich unterschiedliches "Klima", das von den Gemeindearbeiterorganisationen bei ihren Petitionen, Lohnbewegungen und Streiks beobachtet werden mußte, um Fehlschläge zu vermeiden. Der Druck der Öffentlichkeit war sehr stark; vor allem für den Erfolg eines Streiks war die Sympathie der Öffentlichkeit unerläßlich. In Mainz brachen die Gasarbeiter ihren Streik im Jahr 1900 nach einem Tag ab, um das Gutenberg-Fest nicht zu stören und sich dadurch den Unmut der Öffentlichkeit zuzuziehen²⁴. Vor allem im Konfliktfall erwies sich die von den bürgerlichen Gruppierungen organisierte "Öffentlichkeit" als besonders labil und konnte bei einer Umgruppierung der Interessenlagen rasch umschlagen.

Einen konsequenten Verfechter ihrer Interessen in der Öffentlichkeit fanden die Gemeindearbeiter in der bürgerlichen Sozialreform. Aufgrund ihrer besonderen Lage, welche die Gemeindearbeiter viel stärker in die Interessen der Ver-

waltung und der Betriebe einband als die privaten Arbeiter und ein Konfliktverhalten förderte, das eine Konfliktrationalisierung und friedliche Konfliktlösung bevorzugte, waren die Gemeindearbeiter eher für die Impulse sensibilisiert, die von den Kathedersozialisten ausgingen. Die Bereitschaft, mit sozialreformerischen Kommunalpolitikern und Oberbürgermeistern zusammenzuarbeiten, war auf seiten der Gemeindearbeiterorganisationen von Anfang an gegeben. Schon sehr früh wurden die Gedanken der bürgerlichen Sozialreform vom Gemeindearbeiterverband rezipiert²⁵. Abgesehen von einer unterschwelligen Strömung innerhalb des Verbandes, die sich um 1906 gegen eine zunehmende kommunale Arbeiterfürsorge richtete, da sie davon eine Korruptionierung der Arbeiter befürchtete, bestand hinsichtlich der Ziele und Forderungen zwischen bürgerlicher Sozialreform und Gemeindearbeiterverband weitgehende Übereinstimmung in kommunalen Fragen.

II. Städtische Verwaltung, Betriebsleitung

Eine weitere Besonderheit des Arbeitsverhältnisses der Gemeindearbeiter lag in der Struktur des Arbeitgebers. Die städtischen Betriebe wurden nach dem Direktorialsystem geführt, die oberste Leitungsebene bildete der Betriebsleiter. Seine Führungskompetenz berührte im wesentlichen die unternehmens- und geschäftspolitischen Fragen, während die Regelung der grundlegenden Linien der kommunalen Arbeiterpolitik durch die Gemeindekollegien erfolgte. Das Direktorialsystem war einem Kollegialsystem untergeordnet, Führung und Leitung der städtischen Betriebe waren in den Verwaltungsapparat der Kommunen integriert. Dementsprechend besaßen die Gemeindebetriebe eine große Instanztiefe. Die Kompetenzen waren einerseits nach dem Liniensystem verteilt, d. h. der Befehlsweg führte von der obersten zur untersten Stelle, andererseits waren den Leitungen verschiedene Ausschüsse beigeordnet, die keine Befehlsgewalt besaßen, sondern die Kompetenzstellen berieten. Vielfach traten noch Spezialausschüsse hinzu. So waren zwar entsprechend der Linienorganisation Rechte und Pflichten deutlich abgegrenzt, es kam aber zu

Kompetenzüberschneidungen, und die Verkehrswege erwiesen sich als ebenso streng kanalisiert wie schwerfällig. Das führte zu einer Überlastung der Leitungsfunktionen. Die leitenden Personen waren rein fachlich nicht in vollem Umfang in der Lage, die einzelnen Arbeiten zu beurteilen, und standen damit einer möglichen Spezialisierung und Funktionalisierung der Organisation selbst im Wege. Die Verkehrswege, die Verbindung der verschiedenen Aufgabenträger zum Zwecke der Vermittlung von Befehlen, Anordnungen, Informationen, Beschwerden, Vorschlägen usw., waren lang und kompliziert. Da alle Verkehrswege über die Instanzen führten, waren diese zwar umfassend über das Betriebsgeschehen informiert, jedoch vielfach nicht in der Lage, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Das ganze Organisationssystem wurde sehr schwerfällig. In der Folge kam es zu einer Abkoppelung der oberen von den unteren Instanzen.

Dies betraf in erster Linie das Mit- und Gegeneinander von oberer Verwaltung und Betriebsleitung. De jure erfolgten die Festsetzung der Lohn tafeln, die Regelung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung und der Er laß von Arbeitsordnungen durch die Gemeindegkollegien. De facto besaß die jeweilige Direktion eines städtischen Betriebs jedoch nahezu absolutistische Vollmachten: Sie stellte die Arbeiter ein und entließ sie; sie bestimmte Arbeitsbeginn und Arbeitsschluß, regelte die Pausen und den Arbeitseinsatz; sie besaß die Strafkompentenz, bestimmte die Lohnhöhe, die Lohnvorrückung, verfügte die Berücksichtigung oder Nicht-Berücksichtigung von Anwartschaftszeiten für die Altersversorgung; ihr oblag es, für die hygienischen Bedingungen am Arbeitsplatz Sorge zu tragen, sie kontrollierte das untere Aufsichtspersonal; sie war die unmittelbar vorgesetzte Instanz bei Beschwerden der Arbeiter, sie überwachte die Arbeiterausschüsse, rief sie zusammen oder löste sie auf; sie versetzte Arbeiter von einer Tätigkeit zur anderen, erstellte schwarze Listen und duldete es, daß die Betriebsbeamten die Arbeiter schikanierten, beschimpften oder für private Erledigungen verwendeten.

Begünstigt wurde diese Art betrieblicher Herrschaft durch das späte Einsetzen gewerkschaftlicher Organisation, durch das Fehlen schriftlicher Arbeitsordnungen und die soziale Herkunft der Gemeindearbeiter. Sie war aber auch be-

dingt durch die kommunale Bürokratie, die zur Folge hatte, daß die letztliche Entscheidungsgewalt den unmittelbaren Vorgesetzten der Arbeiter zufiel. Führung und Leitung, unternehmerischer Bereich und organisatorischer Bereich arbeiteten getrennt nebeneinander, und der Einsatz und die Behandlung der Arbeiter erfolgten oft nach ganz anderen Führungsstilen, als sie von der obersten Ebene der hierarchischen Ordnung befürwortet wurden. Der unteren Leitungsebene fielen in der Praxis mehr Kompetenzen zu, als ursprünglich vorgesehen, zum Teil maßte sie sich diese auch an und wußte sie geschickt zu verteidigen. Lange Zeit wurde die Unfähigkeit oder der Unwille der oberen Verwaltung, regelnd in das Arbeitsverhältnis der Betriebe einzugreifen und ihre Oberaufsicht wahrzunehmen, mit dem Hinweis auf die "besonderen Verhältnisse" der einzelnen Betriebe sogar noch gerechtfertigt. Waren solche "betriebliche Eigentümlichkeiten" erst einmal entstanden, konnten selbst die Bestrebungen einer sozialpolitisch aufgeschlossenen Verwaltung an dem Führungsstil der Direktionen scheitern²⁶. Das Zahlenmaterial, das von den Direktionen für die Etatsberatungen zur Verfügung gestellt wurde, war, was die Arbeitslöhne und Arbeitszeiten der Arbeiter anbelangte, zum Teil bewußt manipuliert, in jedem Fall infolge der eigentümlichen Berechnungsmethoden ohne großen Aussagewert für die tatsächliche Arbeitsleistung und Arbeitsbeanspruchung²⁷.

Die Eigentümlichkeiten der betrieblichen Herrschaft führten dazu, daß die obere Verwaltung oft fortschrittlicher eingestellt war als die Betriebsdirektionen, ihre Anstrengungen aber durch die Betriebsbeamten wieder zunichte gemacht wurden²⁸.

Die Abkopplung der oberen von den unteren Instanzen betrafte auch die Verkehrswege und die Verkehrsformen. Während auf den unteren Ebenen die mündliche Form dominierte, erfolgte der Verkehr zwischen den oberen Ebenen schriftlich. Den einfachen Arbeitern waren jedoch die Verkehrs- und Instanzenwege ebensowenig vertraut wie die dort üblichen Verkehrsformen. Informationsfluß, Willensbildung und Veranlassungen der oberen Instanzen waren für die Arbeiter der Ausführungsebene kaum mehr transparent. Instanzentiefe und Instanzenbreite, die neben- und hintereinander geschalteten Instanzen, erreichten ein solches Ausmaß, daß sich bei den Arbei-

tern vor der Jahrhundertwende die Motive ihres Verhaltens nur mehr auf Zwang und Angst gegenüber den unmittelbaren innerbetrieblichen Vorgesetzten und eine ebenso vage wie idealisierte Loyalität gegenüber der Verwaltung reduzierten.

Die Struktur des kommunalen Arbeitgebers mußte von den Gemeindearbeiterorganisationen bei ihrer gewerkschaftlichen Taktik berücksichtigt werden. Eine Eingabe ging zunächst an die zuständige Direktion. Diese machte eine Vorlage an die höheren Instanzen. Das waren meist die aus ehrenamtlichen Mitgliedern bestehenden Deputationen; da diese nicht ständig versammelt waren, vergingen meistens mehrere Monate, bis die Vorlage der Direktion zur Verhandlung gelangte. Die Deputation wiederum mußte bei Lohnforderungen beim Magistrat vorstellig werden, der sich seinerseits zur Bewilligung der Gelder mit einer Vorlage an das Gemeindegremium wenden mußte. Selbst wenn alle zuständigen Stellen die Berechtigung der Eingabe anerkannten, verstrich schon oft ein Jahr oder mehr, bis die obersten Instanzen die Bewilligung ausgesprochen hatten²⁹.

In all diesen Instanzen spielten zudem die skizzierten Interessenlagen von Öffentlichkeit, Parteien usw. eine Rolle. Bei der Regelung von Arbeitslohn und Arbeitszeit drängten die örtlichen Privatunternehmer darauf, die Arbeitsverhältnisse in den Gemeindebetrieben nicht zu vorteilhaft zu gestalten. In der Frage des Koalitions- und Streikrechts hatte die preußische Staatsregierung ein Interesse daran, die Kommunen nicht zu sehr von ihrem restriktiven Kurs abweichen zu lassen.

Die Gliederung des kommunalen Arbeitgebers beinhaltete eine Mischung aus bürokratischen Strukturen und einem feinmaschigen Netz informeller Interessen. Die Verwaltung arbeitete einerseits präzise und effizient, andererseits bot sie hinsichtlich der Arbeiterverhältnisse der kommunalen Betriebe einen beträchtlichen Spielraum für Vetternwirtschaft, Herrschaftsdünkel und Betriebsdespotismus.

Die Selbsterfahrung der Gemeindearbeiter wurde davon ebenso geprägt wie die Erfahrung und Wahrnehmung von Obrigkeit. Der Aufbau des städtischen Verwaltungsapparats war für die Arbeiter wegen seiner geringen Transparenz kaum zu durchschauen. Die unmittelbaren innerbetrieblichen Arbeits-

verhältnisse, die Behandlung durch die Aufseher, der militärische Drill und die häufigen Schikanen standen in einem fühlbaren Gegensatz zu dem allgemein postulierten Anspruch, daß Gemeindebetriebe soziale Mustereinrichtungen zu sein hätten. Dieser Gegensatz war Ausdruck einer sowohl auf Fürsorge als auch Repression gegründeten Arbeiterpolitik, wie sie vor der Jahrhundertwende üblich war.

Die kommunale Sozialpolitik unterlag nach der Jahrhundertwende einem deutlichen Wandel und führte, örtlich und regional verschieden, über die ehemalige fürsorgerisch-repressive Haltung hinaus; damit änderten sich auch das Betriebsklima und die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter. Für die Entstehung und Entwicklung der Gemeindearbeiterschaft, gerade in mentaler Hinsicht, waren jedoch die vorab skizzierten Rahmenbedingungen maßgebend.

III. Musterbetrieb, Gemeinnützigkeit, Soziales Prinzip

Getreu dem Kaiserwort "Staatsbetriebe sollen Musteranstalten sein!" wurde in den 1890er Jahren von den Gemeindearbeitern und ihren Organisationen, der bürgerlichen Sozialreform und den Kommunalpolitikern aller Parteien gefordert, daß auch die Gemeinden für ihre Arbeiter mustergültige Einrichtungen zu schaffen hätten³⁰.

Gemeinde und Staat wurden dabei als wesensverwandt betrachtet: "Die Gemeinde (...) ist im Kleinen eigentlich das, was der Staat im Großen darstellt. Die Gemeinde ist namentlich in der Gegenwart ein Organ des Staates. Staat und Gemeinde sind also verwandte Körperschaften."³¹

Sowohl für Staats- als auch für Gemeindebetriebe gelte, daß sie aus "gemeinnützigen Gründen" betrieben würden. Von Anfang an leitete sich die Forderung nach öffentlichen Musterbetrieben von dieser Gemeinwohl-Eigenschaft ab. Wer wie die Gemeindearbeiter zum Wohle des "Volksganzen" arbeite, habe es verdient, einen "auskömmliche(n) Lebenslohn" zu erhalten³².

Beginnend mit der ersten Nummer des Jahres 1902 trug "Die Gewerkschaft", das Organ des Gemeindearbeiterverbandes,

in der Kopfleiste das Motto: "Staats- und Gemeinde-Betriebe sollen Musterinstitute sein."³³

Lange bevor von seiten der Gemeindearbeiterorganisationen ein solches Motto formuliert wurde, vertraten die Kommunen die Ansicht, städtische Betriebe als "Wohlfahrtseinrichtungen" begreifen zu dürfen³⁴. Diese Auffassung reichte in die Zeit vor der Entstehung der modernen Gemeindebetriebe zurück, in eine Zeit, als die Gemeinden nur wenige Arbeiten zu vergeben hatten, zu deren Verrichtung alte, invalidisierte oder der Armenpflege anheimfallende Personen aus Wohltätigkeits- und Zweckmäßigkeitsgründen herangezogen wurden. Von der Stadt Arbeit zu bekommen, stellte einen Akt der Fürsorge dar, eine aus freien Stücken gewährte Wohltat. Der so Privilegierte besaß keinen Rechtsanspruch auf die kommunalen Leistungen. Diesen Wohlfahrtscharakter behielten die Gemeinden bis zur Revolution 1918 hinsichtlich ihrer besonderen sozialen Vergünstigungen, die sie ihren Arbeitern gewährten, bei. Die Arbeiter besaßen keinen Rechtsanspruch auf die in den Lohnskalen vorgesehenen Lohnvorrückungen, die Alters- und Hinterbliebenenversorgung, die Teuerungszulagen, das Kindergeld und die preisgünstigen Betriebswohnungen. Alle diese Vergünstigungen wurden für Fleiß und Wohlverhalten gewährt.

Mit der Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit trat zu dem Aspekt der Wohlfahrtseinrichtung nach und nach der der Gemeinnützigkeit hinzu. Es waren die Gemeinden selbst, die zur "Stabilisierung" ihrer Arbeiter der Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit einen besonderen sittlichen und moralischen Stellenwert zuschrieben.

Ab den 1880er Jahren wuchs die Unzufriedenheit vor allem unter den Gasarbeitern, und in den 1890er Jahren breitete sich der Organisationsgedanke aus; lokale Vereinigungen begannen, ihre Interessen zu artikulieren. Der Umstand, eine für die Allgemeinheit wichtige, ja unentbehrliche Arbeit zu verrichten, verlieh den Forderungen der verschiedenen Standesvereine vordergründig ein besonderes Gewicht. Die Gemeindearbeiterschaft, vor allem aber die Staatsarbeiter und Beamten, trennten sich in rivalisierende Interessengruppen, die alle für sich in Anspruch nahmen, die unentbehrlichsten Glieder der Volksgemeinschaft zu sein³⁵.

Als die Gasarbeiter in den 1890er Jahren anfangen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, offenbarte die Argumentation mit der "Gemeinnützigkeit" der öffentlichen Betriebe ihren zwiespältigen Charakter. Die Gemeinde- und Staatsbetriebe waren nicht nur "nützlich" für die Gemeinschaft, sie waren "notwendig" für die Aufrechterhaltung der allgemeinen Wohlfahrt, Sicherheit und Ordnung. Aus dem Argument der "Gemeinnützigkeit" wurde das der "Gemeinnötigkeit", und als solches war es ein Kampfmittel in den Händen des Staates und der Gemeinden.

Es war das Eisenbahnwesen, das - wie schon in der Frage der Verstaatlichung und bei dem Konzept des sozialen Musterbetriebs - dabei eine Signalwirkung besaß, die nicht nur auf andere staatliche Unternehmen wie Post und Telegraphie, sondern auch auf die Gemeindebetriebe übergriff.

Die Rolle der Eisenbahnen wurde auf seiten des Staates aus fiskalischen, wirtschaftlichen und militär-politischen Gründen besonders hoch veranschlagt. Entsprechendes Gewicht legte man auf die Vorkehrungen zur Verhinderung etwaiger Streiks der Eisenbahner. Gingen zunächst die Gemeinden in der Frage des Koalitions- und Streikrechts der Gemeindearbeiter eigene Wege, so nahmen die Kommunen in Preußen etwa ab 1904 die vom Staat in der Eisenbahnerfrage vorgezeichnete restriktive Politik auf. Was dem Staat die Eisenbahnen, waren den Kommunen ihre "gemeinnötigen" Betriebe.

Die Frage, welche öffentlichen Betriebe im engeren Sinn als gemeinnötig angesehen werden sollten, fand in der zeitgenössischen Diskussion keine einheitliche Antwort. Vielfach wurde "Gemeinnötigkeit" einfach mit der Vorteilhaftigkeit eines Betriebes für eine möglichst breite Öffentlichkeit gleichgesetzt; Gemeinwohl und Gemeinnötigkeit waren für die interessierte Öffentlichkeit oft ein und dasselbe, so daß auch Straßenreinigung, Krankenpflege, Straßenbahn- und Lokalbahnverkehr, die staatlichen Salinen, die Militärbetriebe und die Post als gemeinnötig bezeichnet wurden³⁶.

Als weitere Eigenschaft eines gemeinnötigen Betriebes galt sein Monopolcharakter, seine Unersetzlichkeit. Für die Gemeindebetriebe bestand eine solche monopolähnliche Rolle lediglich für die Gas- und Wasserwerke ab etwa Mitte der 1880er Jahre. Straßenbahnen und E-Werke waren bis 1918 stark

mit Privatbetrieben durchsetzt. Abgesehen davon konnte die Monopolhaftigkeit nur jeweils für eine konkrete Stadt bestimmt werden.

Die Definition von Gemeinnützigkeit blieb daher entsprechend vage. Übereinstimmend sollte es sich bei gemeinnützigen Betrieben um solche Einrichtungen handeln, die "dem öffentlichen Wohle, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dienend, eine für die Befriedigung unerläßlicher Lebensbedürfnisse des Staates oder breiter Bürgermassen unentbehrliche, schier unersetzliche und darum monopolähnliche Rolle spiel(t)en"³⁷.

Die Gemeinde- und Staatsarbeiter argumentierten mit der "Gemeinnützigkeit" ihrer Tätigkeit für entsprechende Privilegien, Staat und Gemeinden mit der "Gemeinnützigkeit" für den Streikverzicht und die unbedingte Loyalität der Arbeiter. Auf seiten der Kommunen, insbesondere in Süddeutschland, erkannte man sehr früh den Zusammenhang von loyaler Pflichterfüllung und fürsorglicher Betreuung des Personals. So verstärkte die Diskussion um die "Gemeinnützigkeit" öffentlicher Betriebe auch den Druck auf die Gemeinden, ihre Betriebe im Sinne des Grundsatzes sozialer Musterbetriebe auszugestalten.

Die Forderung, daß die Gemeinden ihre Betriebe nach sozialen Prinzipien leiten sollten, stand in einem Zusammenhang mit dem Konzept des "Gemeindesozialismus". Auf seiten der Kommunen verstand man unter Gemeindesozialismus - man sprach auch von Kommunalsozialismus oder Munizipalsozialismus - zunächst lediglich die Verwirklichung der städtischen Regie an Stelle des Privatbetriebs. In diesem Sinne war der Gemeindesozialismus "eine Frage gesunder und notwendiger Fortentwicklung der Kommunen"³⁸. Die Kommunalisierung war eine finanzpolitische Notwendigkeit und berührte die Frage der Selbstverwaltung der Gemeinden. Die Vorstellung des "Gemeindesozialismus" geht zurück auf die Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Städteordnungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, fand ihre erste Ausprägung im Volksschulwesen und erfuhr auf dem Hintergrund von Steuerfragen und dem Ausbau der Städtetechnik mit der Kommunalisierung der Gas- und Wasserwerke, später der Straßenbahnen und E-Werke ihren eigentlichen Aufschwung.

Die Befürworter der kommunalen Regie betonten die Vor-

teile für den Steuerzahler infolge einer Verbesserung der Finanzlage der Gemeinden; schließlich wurde aus der Gemeinnützigkeit der öffentlichen Betriebe die grundsätzliche Schlußfolgerung gezogen, daß sie auch in die Hände der Gemeinschaft gehörten; darüber hinaus wären die Gemeinden eher in der Lage, ihren Arbeitern mustergültige Arbeitsbedingungen zu bieten, als dies private Arbeitgeber vermöchten. Während bei den zentralen öffentlichen Betrieben der Anspruch der Gemeinden auf eigene Regie ab den 1880er Jahren allgemeine Zustimmung erfuhr und nur vor dem Ersten Weltkrieg von seiten der Energiewirtschaft in Form der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen nochmals in Frage gestellt wurde, stieß das Ausgreifen der öffentlichen Tätigkeit in immer mehr Verwaltungs- und Dienstleistungsbereiche nach der Jahrhundertwende auf verstärkte Ressentiments. Die Kritik richtete sich gegen die Beschränkung der Eigeninitiative, des Eigenrisikos und des Wettbewerbs als Folge einer "unnötigen" Kommunalisierung und Bürokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft³⁹.

Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie verbanden mit dem Konzept des Gemeindesozialismus viel weitergehende Vorstellungen. Für sie war er ein Weg des allmählichen Hineinwachsens in den Sozialismus. Flankiert von der "Demokratisierung der politischen Einrichtungen", der "sozial-reformistischen Kommunalpolitik", dem "Genossenschafts- und Gewerkschaftswesen" bildeten der Munizipal-Sozialismus und die "staatliche Kontrolle über die Industrie" die "bedeutendsten Hebel einer allmählichen Sozialisierung des kapitalistischen Gegenwartsstaates"⁴⁰:

Die Arbeiterklasse erweitert dann das Kontrollrecht des Staates über die Produktion, sie erobert sich dank ihrer gewerkschaftlichen Organisationen ein Mitbestimmungsrecht in den kapitalistischen Unternehmungen, sie durchsetzt das heutige Wirtschaftssystem mit staatlich, kommunal und genossenschaftlich sozialistischen Betrieben. (Anm. 41)

Diese Ansicht Kampffmeyers, die an die in England gemachten Erfahrungen des "municipal socialism" anknüpfte, wurde von der Leitung des Gemeindearbeiterverbandes ausdrücklich geteilt⁴².

Die Argumentation ging noch weiter; infolge einer verstärkten Kommunalisierung sollten nicht nur die politischen und gewerkschaftlichen Bedingungen der Arbeiter verbessert, sondern die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus außer

Kraft gesetzt werden: "Mit den wachsenden wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnissen wandeln sich die Gesetze, die den Lohn des Arbeiters bestimmen, um."⁴³

Gemäß dieser Vorstellung waren schon die ökonomischen Kämpfe "direkte Sozialisierungsmittel des kapitalistischen Wirtschaftssystems"⁴⁴. Erst in diesem Zusammenhang wird die Forderung des 4. Verbandstages des Gemeindearbeiterverbandes verständlich, "daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den städtischen und staatlichen Betrieben nicht nach kapitalistischen, sondern nach sozialen Grundsätzen zu gestalten sind."⁴⁵

Die Vorstellung, daß der Wechsel vom Privatbetrieb zur kommunalen Regie einen Schritt in Richtung Sozialismus beinhalte, hing auch mit der Bedeutung zusammen, die dem Wahlrecht zu den Gemeindegremien beigemessen wurde. Wie sehr politische Mitbestimmung mit einer wirklichen Verfügungsgewalt über die Produktion gleichgesetzt wurde, geht aus folgender Bemerkung von Bruno Poersch, dem Gründer und langjährigen Vorsitzenden des Gemeindearbeiterverbandes hervor:

Dann soll man aber auch nicht vergessen, daß unsere Mitglieder bis zum bestimmten Grade ihr eigener Arbeitgeber sind, und zwar in ihrer Eigenschaft als wahlberechtigte Bürger. (Anm. 46)

In der praktischen Arbeit des Gemeindearbeiterverbandes führten die in diesem Kapitel skizzierten ideologischen Positionen zu der Bereitschaft, mit der städtischen Verwaltung zusammenzuarbeiten, Kompromisse einzugehen und sich den konkreten Aufgaben kommunaler Sozialpolitik zu stellen. Die in den ersten Jahren beinahe wirtschaftsfriedliche Taktik des Gemeindearbeiterverbandes, die Fortschritte in der kommunalen Sozialpolitik und die relativ friedliche Entwicklung der Gemeindearbeiterverhältnisse bis 1914 sind ohne den Wirkungszusammenhang dieser Handlungsmotivationen nicht denkbar. Bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter kamen die komplexe Struktur des Arbeitgebers, der Einfluß von Parteien, bürgerlicher Sozialreform und lokaler Öffentlichkeit, die Widersprüche zwischen kommunaler Verwaltung und Betriebsleitung sowie die um die Begriffe "Musterbetrieb", "Gemeinnützigkeit" und "Gemeindesozialismus" gruppierten Interessen deutlich zum Ausdruck.

3. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse in kommunalen Betrieben

I. Arbeitsordnungen

Die Regelung der Arbeitsverhältnisse in kommunalen Betrieben erfolgte bis zur Novemberrevolution 1918 durch einseitige Verordnungen des Arbeitgebers. Diese banden lediglich den einzelnen Arbeiter bis zum Ablauf der Kündigungsfrist und schlossen plötzliche Kollektivkündigungen nicht aus; der einzelne Arbeiter und dessen Familie waren demnach weitgehend von der Auffassung der Stadtverwaltung in sozialen Fragen abhängig¹.

Das Arbeitsverhältnis der Gemeinde- und Staatsarbeiter war im Deutschen Kaiserreich nicht einheitlich geregelt. Abgesehen von den Betrieben, die der Gewerbeordnung unterlagen, verblieben als einzige gesetzliche Grundlage für den Arbeitsvertrag die wenigen Regeln der §§ 611 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag. Insbesondere handelte es sich dabei um den § 616 (Anspruch auf Vergütung für die Zeit vorübergehender Dienstbehinderung), den § 618 (Schutz gegen Gefahr für Leben und Gesundheit) sowie die §§ 620 ff. (Kündigung). Diese Regeln blieben weit hinter den viel umfassenderen Bestimmungen des hier in Frage kommenden Titels VII der Gewerbeordnung zurück².

Die Frage, inwieweit die städtischen Arbeiter der Gewerbeordnung, der Gewerbeaufsicht und der gewerbegerichtlichen Rechtsprechung unterstanden, wurde juristisch nie eindeutig geklärt. In der Regel betrachtete man die Gas-, Wasser- und E-Werke als gewerbliche, die Straßenbahn- und Kleinbahnbetriebe als nichtgewerbliche Unternehmen. Mancherorts galten jedoch auch die Gas-, Wasser- und E-Werke nicht als gewerbliche Betriebe im Sinne der Gewerbeordnung. Bei der Kanalisation, den Desinfektionsanstalten, Marställen, dem Straßenbau, der Straßenreinigung und ähnlichen Betriebsarten wurde kein Erwerbszweck angenommen. Auch die städtischen Rieselfelder und Forsten sowie die meisten städtischen Gärtnereien fielen nicht unter die Gewerbeordnung. In beson-

derem Maße ungeklärt blieb die Zuordnung der Schlacht- und Viehhöfe, der Hafen- und Lagerhausbetriebe und der Park-, Garten- und Anlagenverwaltungen³. Da die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Jugendlichen und Frauen auf "Heilanstalten und Genesungsheime" keine Anwendung fanden, unterlag ferner das Krankenpflegepersonal keinerlei gesetzlichen Regelung⁴.

Die unterschiedliche Rechtsprechung in bezug auf die Gültigkeit der Gewerbeordnung für Gemeindebetriebe führte zu einer großen Rechtsunsicherheit hinsichtlich der rechtlichen Grundlagen des Arbeitsverhältnisses⁵. Bis zur Revolution 1918 vertrat in der Regel die Arbeitsordnung die Stelle eines zwischen der Stadtgemeinde und dem Arbeitnehmer geschlossenen Arbeitsvertrags⁶. Vorläufer der Arbeitsordnungen bildeten die Haus- oder Dienstordnungen, die vom Arbeitgeber einseitig aufgestellt wurden und lediglich die Pflichten der Arbeiter beschrieben. In ihnen spiegelten sich die betrieblichen Besonderheiten in einer Vielzahl eigenwilliger Bestimmungen wider⁷.

Mit der Novelle zur Gewerbeordnung von 1891 wurden Arbeitsordnungen ab dem 1. April 1892 obligatorisch. Die Unterschiedlichkeit der das Arbeitsverhältnis regelnden Bestimmungen und die Einseitigkeit bei deren Zustandekommen waren damit noch lange nicht behoben. Oftmals wurden die alten Hausordnungen lediglich in "Arbeitsordnung" umbenannt. Insgesamt gesehen lehnten sich die städtischen Arbeitsordnungen inhaltlich an die entsprechenden Dienst- und Arbeitsordnungen der staatlichen Verwaltungen an⁸.

Die Buntscheckigkeit der alten Hausordnungen und die Rechtsunklarheit bezüglich des Geltungsbereichs der Gewerbeordnung verzögerten viele Jahre hindurch das Entstehen allgemeiner, alle städtischen Betriebe eines Ortes umfassenden Arbeitsordnungen. Eine Reihe von Gemeinden beschränkte die Einführung von Arbeitsordnungen auf diejenigen Betriebe, die unzweifelhaft der Gewerbeordnung unterstanden. Daneben wurden für bestimmte, von der Gewerbeordnung nicht erfaßte Betriebe vielfach besondere Arbeitsordnungen eingeführt⁹. Relativ spät und nur bei einer Minderheit der Städte kam es zur Aufstellung einheitlicher, alle städtischen Betriebe der jeweiligen Gemeinde umfassenden Ordnungen.

Im Jahr 1897 erließ Frankfurt a. M. als erste deutsche Stadt eine allgemeine Arbeitsordnung¹⁰. Im Jahr 1907 hatten lediglich 39 von den insgesamt 101 von den Erhebungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes erfaßten Städten die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter aller ihrer Betriebe, ungeachtet des Geltungsbereichs der Gewerbeordnung, einheitlich geregelt¹¹.

Die Unterschiede in der Arbeiter- und Beamtenpolitik der einzelnen Regionen und Städte kamen in der Handhabung der Arbeitsordnungen deutlich zum Ausdruck. Während in Berlin die verschiedenartigsten Arbeitsordnungen erlassen wurden, schuf man in München und anderen süddeutschen Städten "mustergültige allgemeine Arbeitsordnungen"¹².

Eine Reihe von Städten richtete für die Beratung der Arbeitsordnungen wie für die Bearbeitung von Arbeiterfragen im allgemeinen Soziale Kommissionen ein, deren Vorlagen dem Magistrat und den Gemeindebevollmächtigten zur Beschlußfassung unterbreitet wurden¹³. Die Arbeiter und ihre Organisationen konnten auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch die Arbeitsordnungen nur mittelbar Einfluß nehmen. Grundsätzlich hielten die Städte bis 1918 daran fest, die Arbeitsregeln nicht durch eine paritätisch-kollektive Vereinbarung, sondern durch einseitigen Erlaß festzulegen. Die Arbeiter und ihre Organisationen waren darauf angewiesen, durch Eingaben, Petitionen und öffentliche Verlautbarungen die Gemeindegremien, die in ihnen vertretenen Parteien und Honoratioren und die örtliche Öffentlichkeit zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die Einflußnahme durch diese zum Teil heterogenen Gruppierungen schwächte die Einseitigkeit in der Regelung der Arbeitsverhältnisse ab, hob sie jedoch nie ganz auf. Auch die Anhörung der gegebenenfalls existierenden Arbeiterausschüsse änderte aufgrund deren beschränkten Befugnisse kaum etwas an dem Wesen der Arbeitsordnungen als einseitige Verordnungen¹⁴.

Der Erlaß von Arbeitsordnungen brachte die Notwendigkeit mit sich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter überhaupt einmal eingehender zu strukturieren. Vor allem die süddeutschen Städte begnügten sich Ende der 1890er Jahre nicht mehr damit, die vielfältigen Besonderheiten im Arbeitsverhältnis ihrer Arbeiter, die über die Jahr-

zehnte hinweg entstanden waren, lediglich neu zu kodifizieren, sondern waren bestrebt, ihren Spielraum, den sie bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen genossen, im Sinne eines verstärkten Arbeiterschutzes und eines Ausbaus des Versorgungswesens zu nutzen. Mit Hilfe der Arbeitsordnungen konnten sie nicht nur auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter Einfluß nehmen, sondern auch auf die Alters- und Familienstruktur, die soziale Zusammensetzung nach Herkunft und Ausbildung sowie auf die innerbetriebliche Hierarchie. Die Arbeitsordnung diente als Instrument zur Herausbildung und Lenkung einer loyalen Arbeiterschaft. Gleichzeitig waren die Kommunen an einer Vereinheitlichung der Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter interessiert, was primär den ungelernten Arbeitern zugute kam¹⁵.

Während in Berlin erst in den Jahren 1919 bis 1922 eine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen erzielt wurde¹⁶, trat in München am 1. Januar 1907 eine allgemeine Arbeitsordnung für sämtliche Arbeiter in Kraft, die durch gleichzeitig erlassene Ausführungsbestimmungen und Vollzugsvorschriften ergänzt wurde, in denen den besonderen Verhältnissen der jeweiligen Betriebe Rechnung getragen wurde¹⁷. Dieser allgemeinen Arbeitsordnung waren verschiedene Ordnungen der einzelnen städtischen Betriebe vorausgegangen, die anläßlich der Gründung der städtischen Versorgungskasse zunächst 1901 für die beim Stadtbauamt beschäftigten Arbeiter, später auch für die Arbeiter der übrigen städtischen Betriebe erlassen worden waren. Allmählich entstand sowohl auf seiten der Verwaltung als auch der Arbeiter ein Bedürfnis nach einer einheitlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse sämtlicher Arbeiter. Dementsprechend benutzte der Magistrat die von den Arbeitern an ihn gerichteten Petitionen zwecks Änderung der Bestimmungen der Arbeitsordnungen dazu, die "Soziale Kommission" mit der Vorberatung einer neuzuschaffenden allgemeinen Arbeitsordnung zu beauftragen. Diese setzte eine "Spezialkommission" ein, deren Entwurf einer "Arbeitsordnung für die Arbeiter der Stadtgemeinde München" von der "Sozialen Kommission" und am 24. Juli 1906 vom Magistrat gebilligt wurde. Am 9. August desselben Jahres erteilte das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten seine grundsätzliche Zustimmung, plädierte jedoch für einige Abänderungen. Nach

einer erneuten Überarbeitung durch die Kommissionen wurde die Arbeitsordnung mit Beschlüssen beider Gemeindekollegien vom 28. November und 6. Dezember 1906 erlassen und trat am 4. Januar 1907 in Kraft¹⁸.

Diese erste allgemeine Arbeitsordnung für die Gemeindearbeiter Münchens wurde in den folgenden Jahren durch die Arbeitsordnung von 1911, diese wiederum durch die Arbeitsordnung vom 20. Juni 1914 ersetzt. Während des Krieges kam es zu keinen wesentlichen Änderungen der Arbeitsordnung. Sie blieb gültig, bis sie durch den am 15. Juli 1919 rückwirkend vom 1. Juni 1919 abgeschlossenen ersten Tarifvertrag ersetzt wurde, den der Stadtrat mit dem Gemeindearbeiterverband, dem "Verband der Straßenbahner" und dem "Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands" abschloß¹⁹.

Ein früherer Versuch, die Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter Münchens tarifvertraglich zu regeln, war am 28. Februar 1913 an der Ablehnung des Magistrats gescheitert. In seiner Begründung wies der Magistrat darauf hin, daß noch keine größere Stadt Tarifverträge mit ihren Arbeitern abgeschlossen habe²⁰.

Tatsächlich findet sich vor 1918/19 kaum eine Tarifanerkennung durch eine Stadtverwaltung. Im Jahr 1913 gab es im ganzen preußischen Staat nicht eine einzige Gemeinde, die einen kollektiven Arbeitsvertrag mit ihren Gemeindearbeitern abgeschlossen hatte²¹. Die Gründe hierfür sind allerdings bis zu einem gewissen Grad unterschiedlich.

In Norddeutschland waren neben den "absolutistischen Neigungen"²² der Städte auch deren "Bevormundung durch den preußischen Staat"²³ ein Hindernis für Tarifgemeinschaften. Hinzu kamen wie im Falle Berlins die Auswirkungen des traditionellen örtlichen sozialpolitischen Klimas. So bildete Berlin seit jeher ein schwieriges Terrain bei der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen²⁴.

In Rheinland-Westfalen führte weniger der Herr-im-Hause-Standpunkt der Verwaltungen als vielmehr die Schwäche der Kommunen gegenüber den Interessen der Privatindustrie zu einer kommunalpolitischen Rückständigkeit und "Drangsalierung" der Arbeiter, die keinen Gedanken an tarifvertragliche Regelungen aufkommen ließen²⁵.

In Süddeutschland herrschte demgegenüber "gutes Einver-

nehmen" zwischen den Gemeindearbeitern und den Verwaltungen²⁶. Die Städte zeigten einerseits in der Regel ein größeres sozialpolitisches Entgegenkommen, beharrten jedoch andererseits auf dem Standpunkt, die Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter im Rahmen selbstgesetzter Normen in einem einseitigen Akt regeln zu dürfen. In der Praxis führte dies zu einem "System der Verhandlungen", mit dem der Gemeindearbeiterverband auch ohne Tarifverträge zufrieden war²⁷.

Die Ablehnung tarifvertraglicher Regelungen darf zumindest in Süddeutschland nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Grundsatz eines einseitigen Erlasses an Stelle einer paritätisch-kollektiven Vereinbarung oft nur noch formell aufrechterhalten wurde. Dennoch entstand der sich im kommunalen Arbeitsverhältnis herausbildende soziale Arbeitsvertrag in einem sehr vagen rechtlichen Rahmen, der den Arbeitern und Gewerkschaften nur die Möglichkeit von Eingaben, Petitionen und der Beeinflussung der Öffentlichkeit ließ und die Vertretung ihrer Interessen zu einem erheblichen Teil an die politischen Instanzen delegierte.

Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen waren die Gemeindekollegien im ganzen Reich nicht bereit, auf ihre Kompetenzen bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu verzichten. Und sie besaßen bei der Abwehr tarifvertraglicher Forderungen massive Drohmittel, bis hin zur Aufhebung der kommunalen Alters- und Hinterbliebenenversorgung²⁸. Hieran wird besonders deutlich, wie sehr die kommunale Arbeiterfürsorge als Kompensation für loyales, wirtschaftsfriedliches Verhalten verstanden wurde. Der Abschluß von Tarifverträgen hätte nach Auffassung der Verwaltungen bedeutet, auch Streik und Aussperrung als legitime Methoden zur Regelung der Arbeitsverhältnisse übernehmen zu müssen. Eine zeitweise Unterbrechung des Betriebs gemeinnütziger Unternehmen durch Streiks oder Aussperrungen käme jedoch angesichts der damit verbundenen Schädigung der Allgemeinheit nicht in Frage. Die Sicherung des Betriebs gemeinnütziger Unternehmen stand im Mittelpunkt der Politik der Verwaltungen. Sie wurde nicht so hoch veranschlagt wie im staatlichen Bereich, insbesondere dem Eisenbahnwesen, hatte aber dennoch Priorität gegenüber dem Interesse an tarifvertraglich gesicherter Kalkulation. Der Einwand, für den öffentlichen Arbeitgeber bestünde kaum

ein derartiges Interesse, war eher eine Schutzbehauptung²⁹. Die Verwaltungen waren vielmehr daran interessiert, die Löhne möglichst stabil zu halten und die sonstigen Arbeitsbedingungen einigermaßen einheitlich zu regeln. Dies umso mehr, als sich nach der Jahrhundertwende die Grenzfines zwischen städtischen und privaten Betrieben immer mehr auflösten und die Gemeindebetriebe und die Gemeindearbeiter hinsichtlich der Produktionsverhältnisse ihre Sonderstellung in der gewerblichen Arbeitswelt allmählich verloren.

Die Ansicht, Tarifverträge würden die Gefahr eines Streiks erhöhen, zeigt, daß das konflikt pazifizierende Wesen von Tarifverträgen noch nicht erkannt wurde. Zum anderen wird an der Ablehnung von Tarifvereinbarungen deutlich, wie sehr die Gemeinden an dem patriarchalen Wesen der von ihnen gewährten Fürsorge festhielten. Ihrem Selbstverständnis nach war den Verwaltungen im Gegensatz zu den Privatbetrieben nichts daran gelegen, durch schlechte Arbeitsbedingungen die Gewinne zu erhöhen und die Unzufriedenheit der Arbeiter herauszufordern. Sie seien vielmehr daran interessiert, im Sinne des Konzepts der sozialen Musteranstalten gute Arbeits- und Lohnordnungen zu schaffen; auf der anderen Seite müsse man von den Arbeitern erwarten, daß sie dies durch loyale Pflichterfüllung honorierten; die Prüfung aller auftretenden Beschwerden allgemeiner Art durch Magistrat und Stadtverordnete und der Ausbau der Arbeiterausschüsse seien geeignetere Mittel als Tarifverträge, die schwächere Partei im Arbeitsvertrag zu stärken.

Sowohl Berlin als auch München lehnten die Forderung nach einem Tarifvertrag fast zeitgleich mit diesen Begründungen ab - der Magistrat der Stadt München in seiner außerordentlichen Sitzung am 28. Februar 1913, die Berliner Stadtverordnetenversammlung am 13. März 1913³⁰.

In München wie in Süddeutschland im allgemeinen führte das historisch gewachsene System der Verhandlungen aufgrund der in der Tat oft mustergültigen Vereinbarungen zu einem friedlichen Einvernehmen³¹.

In Berlin, nach den Worten Adolf Wagners der "(i)n kommunalen Dingen (...) rückständigste(n) und rückschrittlichste(n) Stadt der Welt"³², war jedoch die Konfliktgefahr aufgrund der "Einsichtslosigkeit der Stadtverwaltung"³³ traditionell hoch.

Hinzu kam, daß sich in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg das Verhältnis zwischen Verwaltung und Arbeitern in den norddeutschen Städten spürbar verschlechterte und nicht nur das Streikrecht für gemeinnützige Betriebe verneint, sondern das Koalitionsrecht durch offene Angriffe auf den Gemeindearbeiterverband ausgehöhlt wurde.

Die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter blieb bis 1918 auf einige wenige Ausnahmefälle wie Jena, Oldenburg und Bad Reichenhall beschränkt³⁴. Bis 1905 spielte die Frage des Abschlusses von Tarifverträgen in gemeinnützigen privaten oder kommunalen Betrieben überhaupt keine Rolle. Zwischen 1906 und 1910 stieg schließlich die Zahl der Tarifverträge von 3 im Jahr 1906 auf 11 im Jahr 1910 an. Bei diesem Stand - auch hinsichtlich der beteiligten Betriebe und Personen - blieb es im wesentlichen bis Ende des Ersten Weltkriegs. Dabei muß man berücksichtigen, daß es sich bei diesen wenigen Abschlüssen in der Mehrzahl um Vereinbarungen mit Privatbetrieben handelte. Erst im Jahr 1909 kam es zu einem Abschluß mit einer kommunalen Betriebsverwaltung, der Direktion der Straßenbahn in München, die einem Tarifvertrag für das Streckenpersonal zustimmte³⁵. Im Jahr 1916 waren lediglich 7 der insgesamt 12 Tarifverträge mit Gemeindeverwaltungen abgeschlossen; ihre Zahl ging bis 1918 auf 3 zurück³⁶. Bei den Verträgen mit Gemeindeverwaltungen handelte es sich fast durchweg um kleine und kleinste Gemeinden, und der Geltungsbereich der Vereinbarungen war zudem nur auf einen Teil der örtlichen Betriebe beschränkt³⁷. Am ehesten konnte der Tarifgedanke in denjenigen Betrieben Fuß fassen, bei denen kein besonderes öffentliches Interesse im Sinne der "Gemeinnützigkeit" geltend gemacht wurde.

Die verschwindend geringe Zahl kommunaler Tarifverträge vor 1918 hängt auch mit der geringen Stärke der Gemeindearbeiterorganisationen zusammen. Diese hatten vor 1914 eher erneute Angriffe der Verwaltungen auf ihre Rechtslage zu gewärtigen als ein Entgegenkommen in der Frage der Tarifverträge. Eine starke Präsenz gewerkschaftlicher Organisation war jedoch angesichts des fehlenden Rechtsschutzes für Tarifverträge sowohl für deren Zustandekommen als auch deren Einhaltung unabdingbar.

Die Zäsur, die mit der Novemberrevolution 1918 für die Regelung der Arbeitsverhältnisse und die Rechtslage der Gemeinde- und Staatsarbeiter verbunden war, soll an dieser Stelle nur angesprochen werden. Auch auf die Entwicklung im Ersten Weltkrieg wird weiter unten, in dem entsprechenden historischen und chronologischen Zusammenhang eingegangen³⁸.

Formell wechselte 1918/19 die Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch einseitige Verordnungen des Arbeitgebers mit der paritätisch-kollektiven Vereinbarung mittels eines Tarifvertrages ab. Inhaltlich hatte sich jedoch seit 1892 aus der alten patriarchalen "Hausordnung" ein Netz von Arbeitsordnungen entwickelt, das von sich aus auf eine weitere Vereinheitlichung der Arbeitsregeln drang und allmählich in Form allgemeiner Arbeitsordnungen den einseitigen Erlass durch ein "System von Verhandlungen" ersetzte und immer mehr Elemente eines modernen sozialen Arbeitsvertrages in sich aufnahm, ohne daß die "absolutistische" Hülle abgestreift worden wäre.

Vielfach praktizierten die Kommunen bereits ein System von Vereinbarungen, das einem kollektiven Lohnabkommen entsprach, ohne sich dessen recht bewußt zu sein³⁹. Zumindest sträubten sie sich "aus historischen Gründen"⁴⁰ dagegen, die Teilhabe der Arbeitnehmerseite an der Festlegung der Arbeitsverhältnisse anzuerkennen.

Neben älteren, noch aus der Zeit patriarchal-fürsorgischer Beschäftigungspolitik stammenden Beweggründen dürften dabei jene Überlegungen eine Rolle gespielt haben, die sich um den jüngeren Begriff der "Gemeinnützigkeit" bewegten. Die Gemeinden lehnten sich hier an die Argumentation des Staates an und nahmen für sich im Kleinen in Anspruch, was der Staat im Großen behauptete: die Sicherung der Funktionen gemeinnütziger Betriebe unter allen Umständen garantieren zu müssen.

Die Antworten auf die Frage, wie das am wirkungsvollsten zu bewerkstelligen wäre, reichten von einer verstärkten Repression, Schwächung und Zersplitterung des Personals und seiner Organisationen, wie es vor allem in Norddeutschland der Fall war, bis zu dem süddeutschen Weg der "Arbeiterverbeamtung", der Einbindung des Personals in die Interessenlage der Betriebe und der Vereinheitlichung der Ar-

beitsverhältnisse. Zwei Momente waren jedoch beiden Wegen gemeinsam: zum einen das Festhalten an dem Souveränitätsanspruch der Gemeinden bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, zum anderen die kompensatorische Privilegierung der sogenannten ständigen Arbeiter durch spezielle Fürsorgemaßnahmen.

Anders als bei den Staatsbetrieben hatten es die Gemeinden jedoch mit Betriebsfeldern zu tun, die sich - vor dem Ersten Weltkrieg auch in Mischformen halböffentlicher Unternehmen - der privaten gewerblichen Wirtschaft immer mehr angeschlossen. Sowohl das Argument der "Gemeinnützigkeit" als auch der Souveränitätsanspruch der Gemeinden schlifften sich an den Erfordernissen des Betriebes moderner Versorgungseinrichtungen und den realen Machtverhältnissen im Arbeitsprozeß allmählich ab. Was verblieb, waren die zunächst zum Aufbau und Erhalt einer loyalen Stamarbeiterschaft und als Kompensation rechtlicher Unsicherheiten und Nachteile geschaffenen Vergünstigungen im Arbeitsverhältnis. Eingebunden in jenes Netz von Verhandlungen, an denen neben den Vertretern der Gemeindearbeiter, der Betriebsleitung und der städtischen oberen Verwaltung indirekt auch die Parteien, Vereine, Presse usw. beteiligt waren, konnten die Arbeitsordnungen zu Kristallisationspunkten auf dem Weg zu einem sozialen Arbeitsvertrag werden.

Die Erarbeitung einer allgemeinen Arbeitsordnung, die sämtliche Arbeiter einer Stadtgemeinde umfaßte, bedeutete eine klare Zäsur in der jeweiligen Entwicklung der kommunalen Arbeitsverhältnisse. Einigen der bürgerlichen Sozialreform nahestehenden, sozialpolitisch engagierten Oberbürgermeistern und Stadträten bot sich dabei ein erstaunlicher Gestaltungsspielraum. Von besonderer Wichtigkeit war außerdem, daß die Gemeindearbeiterorganisationen von Anfang an bereit waren, mit den städtischen Gremien zusammenzuarbeiten, und ihrerseits auf eine Ausarbeitung allgemeiner Arbeitsordnungen drängten.

Das öffentliche Interesse, das den Gemeinde- und Staatsbetrieben aufgrund ihrer "Gemeinnützigkeit" und der rapiden Ausdehnung der öffentlichen Tätigkeit entgegengebracht wurde und sich in der Diskussion um den Gemeinde- und Staatssozialismus und in der Musterbetriebs-Debatte zeigte, begünstigte

die Ausstrahlungskraft und Rezeption der Erfahrungen einzelner sozialpolitisch wegweisender Gemeinden.

Verglichen mit den 1890er Jahren, in denen teils "überhaupt kein gedrucktes oder geschriebenes Arbeitsrecht" für Gemeinde- und Staatsarbeiter existierte und beinahe für jeden Arbeiter "ein ganz durch Gunst und Willkür beeinflusstes besonderes Recht" bestand⁴¹, bedeutete eine allgemeine Arbeitsordnung einen enormen Fortschritt. Die Arbeitsordnung bildete den Rechtsboden, von dem aus die Ausgestaltung der Arbeiterrechte weitergeführt werden konnte; die von einer Stadtgemeinde beschlossene Arbeitsordnung stellte eine dauerhafte Rechtsgrundlage für die Ansprüche der Gemeindearbeiter dar; die auf eine Arbeitsordnung hin abgeschlossenen Arbeitsverträge wurden bei Streitfällen vor dem Gewerbe- oder Amtsgericht als unabdingbares Recht angesehen⁴².

In den Arbeitsordnungen waren die sozialpolitischen Auffassungen der Gemeindegremien kodifiziert, wie sie sich im Widerstreit der Interessen ergeben hatten. Jeder Konflikt, jede Lohnbewegung nahm auf die Arbeitsordnung Bezug. Die gewerkschaftlichen Ziele und Forderungen waren auf die Ausgestaltung der Arbeitsordnungen ausgerichtet. Vor allem aber bestimmte die Arbeitsordnung die Rahmenbedingungen der Arbeits- und zum großen Teil auch der Lebensbedingungen der Gemeindearbeiter. Hier muß allerdings der Unterschied zwischen den Arbeitsbedingungen, wie sie nach den Arbeitsordnungen und sonstigen Bestimmungen eine Regelung erfahren haben, und den tatsächlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen festgehalten werden. Anspruch und Realität klappten hier oft weit auseinander. Die Gründe hierfür liegen in dem bereits angesprochenen Widerspruch zwischen oberer Verwaltung und Betriebsleitung sowie den innerbetrieblichen Vorgesetztenverhältnissen. Die Bedeutung, die einer allgemeinen Arbeitsordnung als Grundlage oder erstrebenswertem Ziel einer Regelung der Gemeindearbeiterverhältnisse zukam, wurde dadurch jedoch nicht geschmälert, sondern eher erhöht.

Die Arbeitsverhältnisse in kommunalen Betrieben wiesen im wesentlichen drei Bereiche auf, in denen sie sich von der privaten Wirtschaft unterschieden und die Privilegierung der Gemeindearbeiter begründeten. Es waren dies die Dauer und Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Staffelung der Löhne nach

sozialen Gesichtspunkten und die Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Alle diesbezüglichen Bestimmungen waren in den Arbeits- und Dienstordnungen und den dazugehörigen Lohn- und Gehaltsverordnungen niedergelegt oder wie im Falle gesonderter Pensionskassen inhaltlich an sie gekoppelt. Die Arbeitsordnungen lösten dabei diese Vergünstigungen aus dem Bereich der bloßen Fürsorge heraus, machten sie nachprüfbar und transparent, ohne allerdings den Arbeitern einen Rechtsanspruch auf sie einzuräumen. Dennoch kann die Privilegierung der Gemeindearbeiter nur auf diesem Hintergrund der Verrechtlichung, wie sie mit den Arbeitsordnungen erzielt wurde, diskutiert werden.

II. Sicherheit des Arbeitsverhältnisses

Für die relativ hohe Sicherheit des Arbeitsverhältnisses in kommunalen Betrieben waren vier Punkte ausschlaggebend: die Einräumung einer bestimmten Kündigungsfrist, die Gewährung eines über eine bloße Kündigungsfrist hinausgehenden Kündigungsschutzes, die geringe Arbeitslosigkeit in kommunalen Betrieben sowie die Personalpolitik der Verwaltungen. An dieser Stelle sollen die beiden ersten Punkte, wie sie in den Arbeitsordnungen eine Regelung erfahren haben, untersucht werden.

Bereits vor der Entstehung der modernen Versorgungsbetriebe lagen sowohl Eintrittsalter als auch die Dienstzeiten der Gemeindearbeiter deutlich über denen der Arbeiter in der Privatwirtschaft. Man kann jedoch bei diesen frühen kommunalen Arbeitsplätzen noch nicht von einer eigentlichen Arbeitsplatzsicherung sprechen. Die hohen Verweilzeiten in städtischen Diensten rührten vielmehr von dem Fürsorgecharakter der kommunalen Arbeitsplätze her, die aus Gründen präventiver Armenpflege an alte, invalidisierte oder sonstwie bedürftige Arbeitskräfte vergeben wurden.

Eine eigentliche Arbeitsplatzsicherung wurde erst in dem Maße interessant, wie die kommunalen Betriebe auf einen ständigen Stamm qualifizierter Arbeiter angewiesen waren, wie das vor allem bei den gemeinnützigen Versorgungsbetrieben

der Fall war. Mit der Entwicklung von Städtetechnik und Daseinsvorsorge wuchs sowohl auf seiten der Kommunen als auch der Arbeiter das Interesse an einem möglichst gesicherten Arbeitsverhältnis⁴³. In dem Maße, wie die Intensivierung und Rationalisierung des Arbeitsprozesses zunahm und die kommunalen Arbeitgeber von den Arbeitern erhöhte Leistungen erwarteten, verlangten die Arbeiter gleichsam als Kompensation eine Vermehrung oder Absicherung ihrer Privilegien. Die Kommunen waren dazu mit gewissen Einschränkungen bereit, nicht zuletzt deshalb, weil die Einführung nach dem Dienstalter gestaffelter Kündigungsfristen eine Art "materiellen Fleißstimulus" für "zufriedenstellendes dienstliches Verhalten"⁴⁴ bildete.

Die Einräumung bestimmter Kündigungsfristen und eines gewissen Kündigungsschutzes kennzeichnet den Beginn einer kommunalen Arbeiterpolitik, die darauf abzielt, das Arbeitsverhältnis der Gemeindearbeiter der Beamtenstellung anzugleichen. Ziel dieser Politik war es, eine loyale Stammarbeiterschaft heranzubilden und die Gefahr eines Ausstandes bei den gemeinnötigen Betrieben zu vermindern. Dementsprechend wurden Kündigungsfristen und Kündigungsschutz nicht generell, sondern schrittweise für bestimmte Betriebe und besondere Gruppen des Personals eingeführt.

Die Bestimmungen hinsichtlich der Kündigung weisen große örtliche und betriebliche Unterschiede auf. Im wesentlichen richteten sich die Kündigungsfristen nach dem Anstellungsverhältnis, der beruflichen Qualifikation und dem Dienstalter. Nur in wenigen Städten galten für alle Gemeindearbeiter gleiche Kündigungsbestimmungen⁴⁵.

Wie die Politik der "Arbeiterverbeamtung" insgesamt ging die Einführung bestimmter Kündigungsfristen in den 1890er Jahren von den süddeutschen Kommunen aus⁴⁶. Die Kündigungsfristen galten vornehmlich für die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe und dort in erster Linie für die qualifizierten Arbeiter des Werkstätten- und Betriebsdienstes. Die weniger qualifizierten Arbeiter insbesondere der städtischen Freilandbetriebe blieben zunächst von entsprechenden Regelungen ausgenommen. Bei den Versorgungsbetrieben lag die eigentliche Bedienung der Maschinen durchgängig in der Hand des statusmäßigen Personals. Auch das Fahrpersonal der Stra-

Benbahnen setzte sich ausschließlich aus Beamten zusammen. Die eigentlichen Arbeiter besaßen bis zur Jahrhundertwende auch bei den großen Versorgungsbetrieben "durchgängig keine Kündigungsfrist"⁴⁷.

Kündigungsfristen tauchten zunächst in Verbindung mit einem besonderen Anstellungsverhältnis als ständiger Arbeiter oder etatsmäßiger Beamter auf. Erst gegen Ende der 1890er Jahre wurden die Kündigungsfristen meist unter Einführung einer Probezeit auf das Gros des Personals ausgedehnt und umfaßten im Jahr 1907 von wenigen Ausnahmen abgesehen das gesamte Personal der städtischen Versorgungsbetriebe⁴⁸. Gleichzeitig bestanden an einigen Orten unterschiedliche Regelungen für das ständige und das nichtständige Personal fort. Auch die Unterschiede von Betrieb zu Betrieb blieben in der Mehrzahl der Gemeinden bestehen. Gleiche Kündigungsfristen für alle Arbeiter galten nur in wenigen Städten mit allgemeiner Arbeitsordnung⁴⁹. Dabei sind ähnliche regionale Unterschiede feststellbar, wie sie bei der Frage allgemeiner Arbeitsordnungen deutlich wurden; in erster Linie waren es die süddeutschen Kommunen, die einheitliche Kündigungsfristen einführten.

Die unterschiedliche Haltung der nord- und süddeutschen Gemeinden wird in einem Vergleich von München und Berlin deutlich. Während in München nach der Jahrhundertwende eine 2jährige Probezeit üblich wurde, nach deren Ablauf eine 14tägige Kündigungsfrist galt⁵⁰, sahen die verschiedenen Berliner Arbeitsordnungen zum Großteil keinerlei Kündigungsfristen vor⁵¹. Besonders bemerkenswert ist dabei im Falle Münchens die mit zwei Jahren längste Probezeit aller vom Kaiserlichen Statistischen Amt erfaßten Städte mit Ausnahme von Rixdorf, das ebenfalls eine 2jährige Probezeit eingeführt hatte⁵².

Faßt man die verschiedenen Bestimmungen bezüglich der Kündigungsfristen zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: nach Ableistung einer meist 8-14tägigen Probezeit, während der das Arbeitsverhältnis in der Regel fristlos gekündigt werden konnte, galt in der Mehrzahl der Fälle eine 14tägige Kündigungsfrist, die verschiedenerorts nach 10 Dienstjahren in eine 4wöchige umgewandelt werden konnte. Darüber hinaus wurde den Arbeitern vielfach eine Kündigungsfrist zugestan-

den, ohne daß eine solche in der Arbeitsordnung niedergelegt gewesen wäre. In diesen Fällen handelte es sich entweder um ein stillschweigendes Entgegenkommen der Verwaltung oder um eine persönliche Vereinbarung auf Gesuch einzelner Arbeiter⁵³.

Über die Kündigungsfristen hinaus bestanden vielfach zusätzliche Bestimmungen, nach denen älteren ständigen Arbeitern nur mit Genehmigung einer höheren Instanz, beispielsweise des Magistratsdezernenten, des Oberbürgermeisters oder des Stadtrats gekündigt werden konnte. Dieser Kündigungsschutz näherte die Stellung des ständigen Arbeiters hinsichtlich seiner Unabsetzbarkeit derjenigen des statusmäßigen Beamten an. Insbesondere für ältere Arbeiter mit Anspruch auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung waren diese Vorkehrungen gegen Entlassung von besonderer Wichtigkeit. Vereinzelt galt ein ähnlicher Kündigungsschutz auch generell für die Mitglieder von Arbeiterausschüssen. Entsprechende Regelungen traten jedoch meist erst nach einer 5-10jährigen ununterbrochenen Beschäftigungsdauer in Kraft⁵⁴.

Neben diesen in den Arbeitsordnungen festgelegten Bestimmungen hinsichtlich der Kündigungsfristen und des Kündigungsschutzes waren es die in Gemeindebetrieben generell sehr geringe Arbeitslosigkeit und die Personalpolitik der Betriebsvorstände, die dem kommunalen Arbeitsplatz seine hohe Sicherheit verliehen. Darauf wird weiter unten näher eingegangen⁵⁵. Bereits an dieser Stelle soll jedoch betont werden, daß die Beständigkeit und damit verbundene größere Sicherheit der einmal erreichten Arbeitsstelle eine wesentliche Besonderheit des kommunalen Arbeitsverhältnisses darstellte. Die Politik der "Arbeiterstabilisierung", die auf die Schaffung eines besonderen "Arbeiterbeamtentums" hinauslief, bedeutete für die Gemeindearbeiter zum einen eine Sicherung des Lebensstandards, wie ihn die Arbeiter der Privatindustrie nicht kannten, zum anderen einen enormen Druck hinsichtlich eines loyalen Verhaltens in- und außerhalb des Dienstes.

III. Lohn

In dem folgenden Kapitel sollen lediglich die Besonderheiten der Lohnverhältnisse der Gemeindearbeiter behandelt werden, wie sie durch die Arbeitsordnungen, Lohn tafeln und sonstigen Bestimmungen geregelt sind und auf das Bewußtsein und Verhalten der Gemeindearbeiter Einfluß ausübten. Auf die tatsächlichen Lohnverhältnisse sowie die Lohnungsformen und die Lohnzahlung wird in Teil B dieser Arbeit eingegangen.

Zwei Besonderheiten stechen bei den Lohnverhältnissen der Gemeindearbeiter besonders hervor: die Staffelung der Löhne nach Alters- und Lohngruppen sowie Ortsklassen und das System der Lohnergänzungen in Form von Mietszuschüssen, Kinder- und Teuerungszulagen und besonderen Gratifikationen.

Die Versuche, das Lohnwesen in den kommunalen Betrieben zu vereinheitlichen und nach betriebspolitischen und sozialen Gesichtspunkten zu gliedern, nahmen erst um die Jahrhundertwende zu. Ursprünglich erfolgte die Festsetzung der Löhne in den Gemeindebetrieben durch freie marktorientierte Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wobei es den mittleren und unteren Beamten überlassen blieb, selbständige Anordnungen und Bestimmungen zu treffen. Solange die Lohnverhältnisse nicht durch Arbeitsordnungen oder gesonderte Lohn tafeln geregelt und die entsprechenden Bestimmungen öffentlich bekannt gemacht waren, konnten die Löhne je nach Ansicht der unteren Aufsichtsorgane gemäß der "Tüchtigkeit" der einzelnen Arbeiter festgesetzt werden⁵⁶. Das führte zu Bestechungen und einer "Gunst- und Willkürherrschaft":

Speckseiten, Eier usw. werden den Aufsichtsorganen zugesandt, bares Geld gegeben oder geborgt, in der Kneipe das Bier usw. für dieselben bezahlt, zu Festlichkeiten ladet man sie ein, und die Herren Aufseher revanchieren sich natürlich dafür. (...) Andere Aufsichtsorgane wieder fühlen sich dadurch besonders geschmeichelt, wenn sie von Arbeitern mit Titeln angeredet werden, die ihnen gar nicht zustehen (...).

(Anm. 57)

Um diesem Günstlingssystem Einhalt zu gebieten, forderte der Gemeindearbeitervverband neben Lohnerhöhungen die Festsetzung und Bekanntgabe von Lohnskalen, die nach dem Dienstalter gestaffelt werden sollten⁵⁸.

Neben der Bevorzugung oder Benachteiligung durch die Betriebsbeamten wirkte sich vor allem die Beschäftigung Ortsarmer in städtischen Betrieben auf das Lohnniveau der Gemeindearbeiterschaft aus. So führte der "Konkurrenzkampf" unter den Leitern der einzelnen städtischen Betriebe um den besten Abschluß eines Etatsjahres⁵⁹ dazu, daß die Löhne der Arbeiter an die der nur mehr teilweise leistungsfähigen Arbeitskräfte angepaßt wurden. Der Gemeindearbeiterverband forderte dementsprechend eine getrennte Beschäftigung der "Armen"⁶⁰.

Mit dem Anwachsen der modernen städtischen Versorgungsbetriebe gingen zunächst die Großstädte daran, das bunt-scheckige und unregelmäßige Lohnwesen der Gemeindearbeiter zu vereinheitlichen und bestimmte Richtlinien hinsichtlich der Entlohnung aufzustellen. Die Gründe hierfür lagen zum einen in kalkulatorischen und anderen betriebsbedingten Überlegungen, zum anderen in sozialpolitischen Erwägungen. Zunächst gingen die größeren Städte dazu über, absolute oder relative Mindestlohnsätze für ihre Arbeiter festzulegen, die oft zwischen voll und minder erwerbsfähigen Arbeitern unterschieden, beziehungsweise sich an den in vergleichbaren Beschäftigungen ortsüblichen Löhnen orientierten. Einige Städte bestimmten die Höhe des Mindestlohnes auch je nach Qualifikation, Alter und Geschlecht der Arbeitskräfte⁶¹.

An dem "Lohnabsolutismus der Gemeinden"⁶² änderte das zunächst kaum etwas. Das Überwiegen der ungelernten Arbeitskräfte, die heterogene Struktur der Gemeindebetriebe, die besondere Rolle des kommunalen Arbeitgebers, die geringe gewerkschaftliche Schulung und verspätete Organisierung der Gemeindearbeiter und ihre ungesicherte, unklare Rechtslage gaben den Kommunen bei der Festsetzung der Löhne weitgehend freie Hand.

Die Forderung nach kommunalen Musterbetrieben drängte jedoch darauf, auch den Lohn nicht nach Konjunktur, respektive Angebot und Nachfrage, sondern nach sozialen Gesichtspunkten festzusetzen und die Arbeiter für ihre Pflichterfüllung mit einem an einheitlichen Grundsätzen orientierten "auskömmlichen Lohn" zu entlohnen⁶³. Auch der Gemeindearbeiterverband unterstützte ausdrücklich diese an altständische Traditionen erinnernde Argumentation, wonach dem Gemeindear-

beiter für seine loyale Pflichterfüllung gegenüber der kommunalen Obrigkeit ein bedarfsdeckender Lohn zustünde⁶⁴.

Die Notwendigkeit, mehr und mehr auch qualifizierte Arbeitskräfte an städtische Betriebe zu binden, das rapide Anwachsen der öffentlichen Tätigkeit, die Verpflichtung, den Betrieb gemeinnötiger Unternehmen in jedem Fall sicherstellen zu müssen, und die in der oberen Beamtenschaft verankerten sozialreformerischen, zunächst noch obrigkeitsstaatlich-patriarchalisch geprägten Traditionen führten zusammen mit einer verstärkten gewerkschaftlichen Organisierung der Gemeindearbeiter um die Jahrhundertwende zu einer allmählichen Reform des städtischen Lohnwesens.

Nach der Einführung eines Mindestlohnes ging die Entwicklung dahin, bestimmte Lohnzulagen zu gewähren, die innerhalb gewisser Lohnklassen nach Dienstaltersstufen gestaffelt waren. Die meisten Städte legten die Lohnzulagen in gesonderten Lohn tafeln fest, wobei wie bei der Festsetzung der Mindestlöhne nach Qualifikation, Alter und Geschlecht differenziert wurde. Im großen und ganzen lehnte sich die Einteilung der Lohnklassen an die in der privaten Wirtschaft übliche Einteilung der Arbeiter in bestimmte Kategorien an. Im wesentlichen wurden 7, später bis zu 15 Lohnklassen unterschieden. Der jeweilige Endlohn wurde in 3 bis 10 Stufen nach 5 bis 15 Jahren erreicht. Die Höhe der Lohnvorrückungen wie die Zuordnung zu den jeweiligen Lohnklassen wiesen dabei starke örtliche und betriebliche Unterschiede auf⁶⁵.

Mit der Einführung von Lohn tafeln waren jedoch die Uneinheitlichkeit und Willkürlichkeit der Entlohnung nicht vollends beseitigt. Zum einen waren die Bestimmungen nach Qualifikation, Dienstalter, Familienstand, Betriebszugehörigkeit usw. in ihrer Mannigfaltigkeit bis zur Unübersichtlichkeit gestaffelt, zum anderen wurde den Arbeitern kein Rechtsanspruch auf die in den Lohn tafeln vorgesehenen Lohnsätze und Lohnvorrückungen zugestanden. Auch die Beamten konnten die ihnen in Aussicht gestellten Gehaltszulagen nicht einklagen. Vielmehr vermerkten fast alle Arbeitsordnungen, daß dem Arbeiter die entsprechenden Vergünstigungen nur bei "guter Führung und stetigem Fleiße" zugestanden werden konnten⁶⁶. Dies und der Umstand, daß es sich bei den Lohn tafeln nicht um bindende Vorschriften, sondern um Richtlinien handelte,

die den einzelnen Betrieben als Orientierung dienen sollten, die Löhne gemäß ihrer besonderen Bedingungen festzusetzen, führten dazu, daß es auch weiterhin bei der Entlohnung zu Mißständen kam, die von den Arbeitern als Günstlingssystem bezeichnet wurden. Nur wenige Städte hatten gewisse Schutzvorkehrungen gegen eine ungerechtfertigte Lohnvorenthaltung getroffen⁶⁷.

In der Regel handelte es sich bei der Staffelung der Löhne und der Festsetzung der jeweiligen Lohnvorrückungen um eine Lohnpolitik der Gemeinden, die eine bestimmte Elite unter den Arbeitern begünstigte. Nur wenige Städte, darunter München, sahen für alle Arbeiter gleichmäßige Zulagen vor⁶⁸. Den Gemeinden bot sich mit den Lohn tafeln wie schon bei der Staffelung der Kündigungsfristen und der Gewährung eines Kündigungsschutzes die Möglichkeit einer Steigerung der Kontrolle und der Arbeitsleistung. Gleichzeitig erhöhte die Erwartung gesicherter, stabiler Lohnverhältnisse bei zunehmendem Kündigungsschutz die Attraktivität kommunaler Arbeitsplätze. Dies galt insbesondere für ältere Arbeiter. Im Gegensatz zu der Privatwirtschaft erhöhten sich die Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Lebensstandard des Gemeindearbeiters mit zunehmendem Dienst- und Lebensalter. Insbesondere unter den süddeutschen Gemeinden finden sich ausdrückliche Bestimmungen, daß die Minderung der Leistungsfähigkeit im Alter keinen Entlassungsgrund darstellen darf. Darüber hinaus sollte das Einkommen Älterer, nicht mehr voll leistungsfähiger Arbeiter nicht geschmälert werden, selbst wenn eine Versetzung an eine weniger qualifizierte Arbeitsstelle nötig sein sollte⁶⁹. Verglichen mit den Risiken, die Arbeitslosigkeit und Dequalifikation für den älteren Arbeiter in der freien Wirtschaft darstellten⁷⁰, beinhaltete dies eine spürbare Privilegierung der Gemeindearbeiter, insofern von dem engeren Kreis der ständigen Arbeiter die Rede ist. Umgekehrt war die disziplinierende, zum Teil desolidarisierende Wirkung umso größer, da die Arbeiter entweder in den Genuß jener Vergünstigungen kommen oder ihrer nicht wieder durch unduldsames Verhalten, Streik oder Protest verlustig gehen wollten, zumal sie sie unter Verzicht auf die höheren Anfangslöhne, besseren Arbeitsbedingungen und Rechtsverhältnisse in der freien Wirtschaft erkaufte hatten.

Im Gegensatz zu den Arbeitern in Privatbetrieben erhielten die Gemeindearbeiter nicht nur den in den Lohn tafeln vorgesehenen Barlohn, sondern darüber hinaus eine Reihe von Lohnergänzungen in Form von Mietszuschüssen, Kinder- und Teuerungszulagen und besonderer Gratifikationen.

Während die Teuerungs- und Kriegszulagen lediglich die Lohnverhältnisse der Festbesoldeten, der Wochen- und Monatslöhner der allgemeinen Teuerung infolge von Inflation oder Krieg anpassen helfen sollten, beinhalten die anderen Lohnzuschüsse ein wirksames Instrument der Verwaltung, auf die soziale Zusammensetzung, Familienstand, Wohnverhältnisse usw. der Arbeiter Einfluß zu nehmen. Wie die Staffelung der Löhne nach Dienstalter richteten sich diese Lohnergänzungen nach sozialen Kriterien.

Die Frage einer Kinder- oder Erziehungszulage wurde verstärkt in den Jahren 1910 bis 1914 diskutiert. Das hing zum einen mit dem zunehmenden Geburtenrückgang nach der Jahrhundertwende, zum anderen mit der darauf reagierenden Bevölkerungspolitik des Staates zusammen. Auf seiten der Städte spielten in erster Linie kommunale sozialpolitische Beweggründe eine Rolle, wie sie auch bei der Alters- und Hinterbliebenenversorgung, der Staffelung der Löhne wie der allgemeinen Vereinheitlichung der kommunalen Arbeitsverhältnisse zum Tragen kamen. Zum einen sollte die Armenfürsorge entlastet werden, zum anderen die Arbeit des Gemeindearbeiters in einen "Lebensberuf" verwandelt und eine loyale, mit den Interessen der Verwaltung verbundene Stammarbeiterschaft herangebildet werden⁷¹.

Die amtliche Statistik weist für 1911 elf Städte aus, die besondere Kinderzulagen gewährten⁷². Auch diese Zulagen trugen caritativen Charakter, ein Rechtsanspruch bestand nicht. Für die Zulage kamen verheiratete, ständig angestellte Arbeiter mit ehelichen Kindern unter 16 Jahren in Betracht. Als eheliche Kinder galten dabei nur solche aus Ehen, die entweder vor Dienst Eintritt geschlossen und den Vorgesetzten zur Mitteilung gebracht oder nach Dienst Eintritt mit Erlaubnis der Vorgesetzten eingegangen waren⁷³. Geschiedene oder verwitwete Arbeiter, die Kinder zu versorgen hatten, waren den Verheirateten gleichgestellt.

Kinderzulagen wurden meist erst ab dem dritten Kind ge-

zahlt. Die Zulage betrug für 3 bis 4 Kinder in etwa 10-12 M, für 5 bis 7 Kinder circa 12,50-20 M im Monat oder 15-20 % des Grundlohns. Bei mehr als 7 Kindern wurden insgesamt 20-25 M monatlich gezahlt. Höhe und Staffelung der Zulagen differierten stark von Ort zu Ort, insbesondere in den Kategorien 1-2 und 5-7 und mehr Kinder⁷⁴.

Die Kriterien der Zulagenbewilligung blieben in den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg ziemlich dieselben. Während des Ersten Weltkriegs wurden bestimmte Einkommensgrenzen festgelegt, wobei die Höchstgrenze bei etwa 190 M Monatslohn lag. Weiter wurde die Altersgrenze der zulagenberechtigten Kinder auf 15 Jahre herabgesetzt⁷⁵.

Die Gewährung von Kindergeld nahm zum einen auf die Alters- und Familienstruktur der Gemeindearbeiter Bezug. Wie noch ausgeführt werden wird, lag das Eintrittsalter bei städtischen Betrieben relativ hoch, und die Verwaltungen gaben verheirateten Arbeitern und Familienvätern den Vorzug gegenüber jüngeren, ledigen Arbeitskräften. Zum anderen förderten die im Verhältnis zum Barlohn beachtlichen Kinderzulagen diese besondere Alters- und Familienstruktur, indem ältere, verheiratete Arbeiter mit Kindern einen vergleichsweise höheren Lebensstandard erzielten als ledige. Eine solche Lohnpolitik förderte die Seßhaftigkeit und Friedfertigkeit des Personals und stand ganz im Gegensatz zu der rein an der Arbeitsleistung orientierten Entlohnung in der privaten Wirtschaft. Genauso wie die Einführung nach Dienstalter gestaffelter Löhne sich erst nach und nach eingebürgert hatte, so waren auch die Kinder- oder Familienzulagen nicht von Anfang an ein Charakteristikum der Gemeindearbeiterverhältnisse. Sie waren jedoch ein naheliegendes Resultat einer Politik, die den Arbeiter an den Status eines Beamten heranführen sollte. Die Verwaltungen sahen darin eine Stabilisierung und Pazifizierung des Arbeiterpersonals, die Arbeiter und ihre Organisationen suchten über derartige Lohnzulagen eine gewisse Kompensation für die vergleichsweise niedrigen Barlohnsätze, und beide Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sahen darin einen Schritt hin zu einem sozialen, "mustergültigen" Arbeitsvertrag. Diese Vernetzung von Interessen blieb jedoch auf das Konfliktverhalten von Arbeitern und Gewerkschaften nicht ohne Einfluß.

Im Gegensatz zu den Reichs- und Staatsbeamten spielte das Wohngeld bei den städtischen Arbeitern und Beamten keine größere Rolle. Dies rührt daher, daß den Gemeindearbeitern anstelle von Mietszuschüssen in beträchtlichem Maße städtische Wohnungen zugewiesen wurden. Aufgrund der dort üblichen niedrigeren Mieten entfiel weitgehend die Notwendigkeit, mittels Wohngeld die Einkommen der Festbesoldeten an die jeweiligen örtlichen Lebens- und Teuerungsverhältnisse anzupassen⁷⁶. Gleichwohl stellte die Bereitstellung billigen Wohnraums eine beträchtliche, wenn auch indirekte Lohnzulage dar, die in erster Linie den ständigen Arbeitern der Versorgungsbetriebe, den Vorgesetzten und besser Qualifizierten zugute kam. Darauf wird im Zusammenhang mit der Behandlung des Wohnungswesens näher eingegangen. An dieser Stelle soll jedoch bereits festgehalten werden, daß es sich auch bei der Bereitstellung von Wohnungen oder der Zahlung von Wohngeld in gewissem Sinne um Familienzulagen handelte, da sich ihre Gewährung nach dem Familienstand der in Frage kommenden Arbeiter richtete⁷⁷.

Neben diesen unmittelbaren und mittelbaren Lohnaufbesserungen erhielten die Gemeindearbeiter in einigen Städten einmalige Zuwendungen aus kommunalen oder betrieblichen Spar- und Unterstützungskassen. Es handelte sich dabei meist um Weihnachtsgeld oder die Auszahlung vordem vom Lohn einbehaltener Spareinlagen bei Aussteuer- oder Alters-Sparkassen. In einigen Städten wurden auch die Dienstalterszulagen nicht mit dem Lohn ausbezahlt, sondern an Weihnachten in Form eines Sparkassenbuches ausgehändigt. Im wesentlichen lag diesem System von Spareinlagen die Absicht zugrunde, insbesondere die jüngeren ledigen Arbeiter zum Sparen anzuhalten. In manchen Fällen wurde auch ein Sparzwang ausgeübt, indem automatisch je nach Alter und Lohnklasse ein gewisser Betrag vom Lohn einbehalten und in die Sparkassen einbezahlt wurde⁷⁸.

Die Teuerungszulagen für Gemeindearbeiter waren nach Ortsklassen sowie Einkommens- und Familienstandsgruppen gegliedert. Einige Gemeinden gewährten die Teuerungszulagen nur verheirateten Arbeitern mit Kindern. Vor dem Ersten Weltkrieg beschränkte sich die Bewilligung von Teuerungszulagen nur auf eine Reihe von Städten; sie wurden in ziemlich

unregelmäßigen Abständen ausbezahlt⁷⁹. Von besonderer Bedeutung waren die Kriegsteuerungs-Zulagen, die mit Kriegsbeginn, hauptsächlich jedoch erst ab Frühjahr 1915 nach den verschiedensten Kriterien und in den unterschiedlichsten Ausmaßen gezahlt wurden⁸⁰.

Weiter kamen zu den Gemeindearbeiterlöhnen noch Entfernungszulagen, Prämien für besondere Leistungen bzw. sparsamen Materialverbrauch sowie Überstunden-, Sonn- und Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge hinzu.

Einige Städte gewährten Lohnzuschläge für besonders "schwierige, gefährliche, gesundheitsschädliche oder ekel-erregende Arbeiten"⁸¹. Darunter fielen Reinigungsarbeiten in den Kanälen der Abwasserbeseitigung, in den Kesseln und Schornsteinen der Gaswerke, die Arbeit an den Retorten der Öfen im Feuerhaus der Gaswerke, in den Pump- und Sickerschächten und der Fäkalienbeseitigung.

Nach den meisten Arbeitsordnungen waren die Gemeindearbeiter in bestimmten Ausnahmefällen zur Leistung von Überstunden-, Nacht- sowie Sonn- und Feiertagsarbeit verpflichtet, ohne dafür in allen Fällen besondere Vergütungen zu erhalten. Die Bestimmungen der Arbeitsordnungen waren zu allgemein gefaßt, um Mißstände bei der Entlohnung auszuschließen. Oft waren die entsprechenden Lohnzulagen, insbesondere für Akkordarbeit, den Arbeitern gar nicht bekannt⁸².

Aufgrund der mangelnden Angaben läßt sich das tatsächliche Ausmaß der Überstunden-, Sonn- und Feiertagsarbeit nicht feststellen⁸³. Im Gegensatz zu den Lohnzulagen in Form von Kindergeld, der Staffelung der Löhne nach Familienstands- und Dienstaltersgruppen und der indirekten Vergünstigungen infolge preisgünstiger städtischer Wohnungen bildeten Akkord- und sonstige Zulagen keinen Vorteil gegenüber den Arbeitern in der privaten Wirtschaft. Sie stellten im Gegenteil eine Möglichkeit dar, die Unübersichtlichkeit bei der Entlohnung und damit das Günstlingssystem auf der unteren betrieblichen Ebene zu erhalten. Das entsprach dem Wesen der kommunalen Lohnpolitik, nicht eine konkrete Arbeitsleistung zu entlohnen, sondern ganz allgemein eine zufriedenstellende Pflichterfüllung durch indirekte, nach sozialen Gesichtspunkten gegliederte Vergünstigungen zu vergüten, auf die der Arbeiter keinen Rechtsanspruch geltend machen konnte.

Die Willkürlichkeit und Unübersichtlichkeit bei der Entlohnung nahm in den 1890er Jahren mit der Einführung von Arbeitsordnungen und Lohn tafeln allmählich ab. Nach der Jahrhundertwende ging die Entwicklung in Richtung einer weiteren Vereinheitlichung der Lohnverhältnisse. Die kommunale Lohnpolitik blieb jedoch eine Elite-Politik, darauf ausgerichtet, einen Auswahlprozeß unter den Arbeitern in Gang zu halten und ihnen materielle Anreize zu bieten, sich hochzudienen. Das System der Staffelung der Löhne und der diversen Lohnzulagen stellte einen groß angelegten Umverteilungsprozeß dar, indem die den Älteren ständigen Arbeitern mit Familie gewährten Vergünstigungen ihnen vordem als junge Arbeitskräfte vom Lohn einbehalten wurden⁸⁴, beziehungsweise durch Strafgelder, Kautionen oder Zwangsspareinlagen aufgebracht wurden. Im Grunde wurden den Gemeindearbeitern, insbesondere der großen Masse der ungelernten Arbeitskräfte, in der Phase der Lebensarbeitszeit mit der höchsten Leistungsfähigkeit Teile des Lohnes vorenthalten. Die Barlohnsätze in den ersten zehn, fünfzehn Dienstjahren lagen deutlich niedriger als in der Privatindustrie. Diese Einsparung an Lohnkosten wurde später einem Teil der Belegschaft in Form von Alters-, Familien- und Kinderzulagen, Dienstaltersprämien, Weihnachtsbescherungen, preisgünstigem Wohnraum, verbilligtem Heizmaterial, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw. wieder zugeführt. Alle Anzeichen sprechen für eine derartige Umverteilung zugunsten der Herausbildung einer loyalen, lebenslänglich an die Stadt gebundenen und mit den Interessen des Betriebs verwobenen Arbeiterschicht. Der Gemeindearbeiter wurde, da ihm auf die diversen Vergünstigungen kein Rechtsanspruch zustand, weniger entlohnt als "versorgt", indem die Verwaltung an seiner Stelle die Verwendung eines Teiles seines Lohns "regelte": durch die Verwandlung eines Teiles des Lohns in indirekte, gewissermaßen "Naturallöhne". Die Verwaltung steuerte über ihre Lohnpolitik das Hauswirtschaften der Familien, indem sie vorgab, wieviel für Wohnung, Rücklagen usw. veranschlagt werden sollte. Der Gemeindearbeiter sah die Verfügung über einen nicht unbeträchtlichen Teil seines Lohnes in die Hand des Arbeitgebers gelegt, der ihn ihm unter bestimmten Voraussetzungen dienstlicher und außerdienstlicher Art für später in Aussicht stellte.

Diese Art von "Arbeiterfürsorge" ermöglichte zum einen gleichmäßige, stabile Arbeits- und Lebensbedingungen und minderte die Risiken für die Arbeiter und ihre Familien. Zum anderen übte sie jedoch einen erheblichen Druck auf die Arbeiter aus, trennte sie in verschiedene Interessengruppen je nach Dienstzeit, Anstellungsverhältnis und Familienstand, band sie langfristig an den Betrieb und minderte die Konfliktbereitschaft und Solidarität.

Die Vorteile des kommunalen Arbeitsplatzes kamen für den einzelnen Arbeiter erst nach Jahren zum Tragen. Demgegenüber waren die Anfangsjahre ein dürftiges Brot, mit geringen Löhnen, schlechter Behandlung, ungesicherter Rechtslage und einer Reihe persönlicher Schikanen durch die unteren Aufsichtsorgane. Schied der Arbeiter in den ersten Jahren aufgrund eigenen Verschuldens aus dem städtischen Arbeitsverhältnis aus, blieben ihm davon in der Regel nur Nachteile: seine Einlagen in die Versorgungs- und Sparkassen und die beim Arbeitseintritt entrichtete Kautions bekam er nur im Falle einer ordnungsmäßigen Auflösung des Dienstverhältnisses zurück, und in der Regel war er bereits zu alt, um noch in Privatbetrieben einen guten Arbeitsplatz zu erhalten. Mit dem Eintritt in städtische Dienste entschied sich der Arbeiter für einen "Lebensberuf", und die Verwaltungen ihrerseits waren an einer solchen Entwicklung des kommunalen Arbeitsverhältnisses zu einem "Arbeiterbeamtentum" interessiert⁸⁵.

Die Staffelung der Löhne und das System der Lohnzulagen bildeten trotz aller anfänglichen patriarchalen Überlagerungen einen entscheidenden Impuls für die Entstehung des sozialen Arbeitsvertrages. Die gewerkschaftliche Taktik des Gemeindearbeiterverbandes richtete sich von Anfang an auf eine solche Privilegierung der Gemeindearbeiter und forderte die Einführung bzw. den Ausbau derartiger sozialer Elemente im Arbeitsverhältnis. Mit einem jeden Schritt in diese Richtung vollzog sich eine Integration der Gemeindearbeiter und ihrer Organisationen in die Gesellschaft. Diese Integration und damit verbundene de facto wirtschaftsfriedliche Taktik des Gemeindearbeiterverbandes riefen das Mißtrauen der Generalkommission der Gewerkschaften und der anderen Freien Gewerkschaften hervor. Die Bereitschaft beider Seiten, der

Kommunen und der Gemeindearbeiterorganisationen, zur Zusammenarbeit entwickelte die anfänglich patriarchal-fürsorgerischen Elemente im kommunalen Arbeitsverhältnis im Rahmen einer kommunalen Sozialpolitik fort und führte sie über reine Fürsorgemaßnahmen hinaus. Die sozialpolitischen Errungenschaften, die in den Jahren zwischen der Jahrhundertwende und 1914 ausgehend von den süddeutschen und einigen anderen sozialpolitisch führenden Städten erzielt wurden, bildeten die Grundlage der Tarifverträge, die 1919/20 die kommunalen Arbeitsverhältnisse zunächst auf örtlicher, dann auch auf regionaler und Reichsebene vereinheitlichten und die Gemeindearbeiter im Vergleich zu anderen Arbeitergruppen eindeutig besserstellten.

Die auf Stabilisierung und Disziplinierung angelegte Lohnpolitik der Gemeinden besaß von Anfang an einen inneren sozialpolitischen Anspruch, der zum Teil von dem Einfluß der bürgerlichen Sozialreform auf die kommunale Verwaltungselite herrührte und auf eine Emanzipation und Integration der Gemeindearbeiter hinwirkte. Unter diesem Gesichtspunkt und auf dem Hintergrund der vor dem Ersten Weltkrieg anwachsenden Gemeindearbeiterbewegung müssen die Folgen der kommunalen Fürsorgemaßnahmen differenzierter gewertet werden. Sie haben nicht nur die Loyalität der Arbeiter gesteigert und ihre Konfliktbereitschaft und Konfliktfähigkeit reduziert, sondern langfristig die Organisation der Gemeindearbeiter zum Zwecke der Verteidigung oder Befestigung ihrer Privilegien gefördert.

IV. Alters- und Hinterbliebenenversorgung

Die Einführung einer regelmäßigen, sich nicht nur auf einzelne Notfälle beschränkenden Altersfürsorge für Gemeindearbeiter und deren Hinterbliebenen erfolgte im wesentlichen in den Jahren zwischen 1897 und 1908.

Wahrscheinlich als erste deutsche Stadt gründete München am 1. Juni 1868 eine Kasse zur Unterstützung kranker und erwerbsunfähig gewordener ständiger städtischer Arbeiter. Der Beitritt zur Kasse war freiwillig, die Leistungen

wurden zum Teil durch Eigenbeiträge der Mitglieder erbracht⁸⁶. Am 1. Juli 1901 trat neben diesen Verein eine Pensionskasse für dienstunfähig gewordene niedere Bedienstete und Lohnarbeiter und deren Hinterbliebenen. Die Leistungen waren einklagbar, die Mittel wurden zum Teil durch einen Eigenbeitrag der Mitglieder in Höhe von 3,5 - 4 % des Dienst Einkommens, zum anderen Teil durch Zuschüsse der Stadt aufgebracht⁸⁷.

Unter dem 11. September 1897 bestimmte Frankfurt a. M. die Einführung einer allgemeinen Alters- und Hinterbliebenenversorgung, ohne dafür Eigenbeiträge der Arbeiter zu erheben. Bis zur Jahrhundertwende folgten zwölf weitere, überwiegend süddeutsche Städte nach⁸⁸.

In Berlin wurde mit Magistratsbeschluß vom 12. Oktober 1900 für Arbeiter ohne Pensionsberechtigung eine Alters- und Hinterbliebenenversorgung eingeführt. Die Leistungen waren nicht einklagbar, Eigenbeiträge der Arbeiter wurden nicht erhoben⁸⁹.

Nach der Jahrhundertwende richteten immer mehr Kommunen eine eigene Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Gemeindearbeiter ein. Den Angaben des Kaiserlichen Statistischen Amtes zufolge bestand im Jahr 1908 in insgesamt 98 deutschen Städten eine Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Gemeindearbeiter⁹⁰.

Im wesentlichen gab es zwei Organisationsformen der Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Weitaus die meisten Städte sahen keine Beitragsleistungen der Arbeiter vor. In diesem Fall überwog der Versorgungscharakter, und die Regelung der Altersfürsorge lehnte sich dabei an die Staatsgesetze bzw. die Ortsstatuten bezüglich der Pensionierung von Staats- oder Gemeindebeamten an. Die benötigten Gelder wurden von der Gemeinde als Arbeitgeber bereitgestellt, wobei die Deckung entweder aus dem jeweiligen Etat oder eigens eingerichteten Fonds, in die auch Strafgelder u. ä. einflossen, vorgenommen wurde.

Demgegenüber hatten nach dem Stand von 1908 lediglich neun Städte Pensionskassen eingerichtet, deren Gelder bis zu 50 % durch zwangsweise vom Lohn einbehaltene Eigenbeiträge der Arbeiter, der Rest durch kommunale Zuschüsse, Zinsen und sonstige Einnahmen aufgebracht wurden. Neben Altona, Hamburg

und Bremen handelte es sich dabei um die süddeutschen Städte München, Nürnberg, Würzburg, Regensburg und Reutlingen⁹¹. In diesem Fall überwog der Versicherungscharakter, und die Organisation war dem Invalidenversicherungs-Gesetz bzw. den älteren Beamtenpensionskassen nachgebildet⁹². Überhaupt lehnten sich die Bestimmungen bezüglich der Alters- und Hinterbliebenenversorgung in formeller Hinsicht an die für Beamte geltenden Regelungen an. In materieller Hinsicht, also bezüglich der Höhe der gewährten Leistungen, bestanden jedoch bis 1918/19 erhebliche Unterschiede zwischen etatmäßigen Beamten und ständigen Arbeitern fort.

Von seltenen Ausnahmen abgesehen handelte es sich bei der Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Gemeindearbeiter um Fürsorgeeinrichtungen, auf deren Leistungen die Arbeiter keinen Rechtsanspruch erheben konnten. Lediglich Freiburg, Ludwigshafen und Straßburg gewährten einen Rechtsanspruch bis zur Höhe des $7\frac{1}{2}$ fachen Grundbetrags der Invalidenrente. Alle anderen Städte, die keine Eigenbeiträge der Arbeiter vorsahen, schlossen einen Rechtsanspruch meist ausdrücklich aus⁹³.

Zum einen wollte sich dadurch die Gemeinde entsprechenden Freiheiten bei der Bewilligung und Bemessung der Versorgungsleistungen erhalten, zum anderen eine eventuelle Kürzung der gesetzlichen Invalidenrente vermeiden. Aus demselben Grund wurde auch in denjenigen Fällen, in denen der Ruhe-lohn als klagbares Recht und nicht als jederzeit widerrufbare freiwillige Leistung gewährt wurde, ein Rechtsanspruch lediglich bis zur Höhe des 7,5fachen Grundbetrags der Invalidenrente zugestanden⁹⁴.

Im Falle der Einräumung eines Rechtsanspruchs auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung befürchteten die Gemeinden außerdem eine Reihe von Rechtsstreitigkeiten aufgrund der für viele dienstältere Arbeiter nicht mehr genau feststellbaren, jedoch für die Bemessung der Leistungen ausschlaggebenden Löhne und Dienstzeiten. Vielfach bildete nämlich erst die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung den Anstoß zur Aufstellung einheitlicher Arbeitsordnungen und zur Einführung genauer Personalbügen⁹⁵.

Trotz der Verweigerung eines Rechtsanspruchs konnte die Versorgung derjenigen Arbeiter, die sich eine Anwartschaft

auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung erworben hatten, in den meisten Städten als hinlänglich gesichert angesehen werden, insofern die Entscheidung über die jeweilige Bewilligung dem Magistrat oder besonderen Kommissionen oblag und den Arbeitern die Möglichkeit einer Berufung bei der Stadtverordneten-Versammlung zugestanden wurde.

Die Leistungen der kommunalen Alters- und Hinterbliebenenversorgung beinhalteten im einzelnen Ruhelohn sowie Sterbe-, Witwen- und Waisengeld. Der Ruhelohn galt dabei zugleich als Invaliditäts- und Altersversorgung.

Eine Anwartschaft auf Ruhelohn konnte in den meisten Fällen erst nach einer von einer bestimmten Altersgrenze ab gerechneten 10jährigen Dienstzeit erworben werden, falls der Arbeiter bei seiner Ersteinstellung nicht die für die Gewährung der Versorgungsleistungen festgesetzte Höchstaltersgrenze überschritten oder sich seine Erwerbsunfähigkeit aufgrund eigenen Verschuldens zugezogen hatte.

Die Mindestaltersgrenze lag dabei am häufigsten bei 21 oder 25 Jahren. Die Höchstaltersgrenze schwankte zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr.

Mit Erreichen des 66. oder 71. Lebensjahres konnten in 25 Städten die Arbeiter auf eigenen Antrag hin, auch ohne der Voraussetzung der dauernden Erwerbsunfähigkeit zu genügen, in den Ruhestand versetzt werden.

Im Falle einer in Ausübung des Dienstes, durch Krankheit oder Dienstunfall erlittenen Erwerbsunfähigkeit konnten meist auch denjenigen Arbeitern, welche die vorgeschriebene 10jährige Dienstzeit noch nicht erreicht hatten, Versorgungsleistungen in Höhe des ihnen zustehenden Mindestsatzes gewährt werden.

Grundvoraussetzung für den Erwerb der Alters- und Hinterbliebenenversorgung bildete in aller Regel die Anstellung auf Dauer. Allen nichtständigen, nur teilweise, saisonal oder aus Gründen der Armenpflege beschäftigten Arbeitern standen, abgesehen von wenigen orts- und berufsspezifischen Ausnahmen, keine Fürsorgeleistungen zu. Von den nichtständigen oder nur nebenbei beschäftigten Arbeitern wurden noch am ehesten den Laternenanzündern Versorgungsleistungen zugestanden⁹⁶.

Die Höhe des Ruhelohns richtete sich meist nach dem

Dienstalter und dem Dienst Einkommen, teils auch nach dem Lebensalter und dem Familienstand des Anwärters.

Die Mindestsätze schwankten zwischen 20-40 % des Durchschnittsbetrages der in den letzten 3 bis 5 Jahren erzielten Dienst Einkommen. Gewöhnlich stiegen die Ruhelöhne nach Erreichen der jeweiligen Mindestdienstaltersgrenze mit jedem weiteren Dienstjahr um $\frac{1}{60}$ des Dienst Einkommens bis zur Erlangung des jeweiligen Höchstsatzes an. In einigen Fällen trat nach dem vollendeten 30. Dienstjahr eine jährliche Aufstockung der Leistungen um $\frac{1}{120}$ des Dienst Einkommens ein. Die Höchstsätze beliefen sich auf 70-75 % des Dienst Einkommens, mehrfach lagen sie darunter. Die Reduzierung der jährlichen Aufstockung der Pension von $\frac{1}{60}$ auf $\frac{1}{120}$ des Dienst Einkommens, wie es in Berlin und anderen preußischen Städten der Fall war, lehnt sich an das preußische Pensionsgesetz vom 27. Mai 1907 an, das ebenfalls nach dem vollendeten 30. Dienstjahr nur mehr eine jährliche Aufstockung der Pension um $\frac{1}{120}$ des Dienst Einkommens vorsah⁹⁷.

Von den Leistungen der Gemeinden wurden die aufgrund des Invaliden- und des Unfallversicherungsgesetzes gezahlten Renten mehrfach ganz, zum Teil nur zur Hälfte abgezogen. Bei freiwilliger oder selbstverschuldeter Kündigung gingen die Arbeiter der erworbenen Versorgungsleistungen verlustig. Auch die von den Arbeitern im Falle der Pensionskassen selbst erbrachten Beiträge kamen in den meisten Fällen nicht oder nur zum Teil zur Rückzahlung, wenn das Arbeitsverhältnis vor Erreichen der Versorgungsberechtigung beendet wurde. Diese Einbehaltung geleisteter Beiträge bildete einen wiederholten Anlaß zu Kritik. Gerade die Drohung mit dem Entzug der Versorgungsanwartschaft stellte eine unglaublich scharfe Waffe gegenüber gewerkschaftlicher oder politischer Betätigung oder der Streikbeteiligung der Arbeiter dar⁹⁸.

Neben all diesen grundlegenden Bestimmungen galten hinsichtlich der Altersrente in den einzelnen Gemeinden und Betrieben noch viele weitere den Eigentümlichkeiten des Betriebs oder des Ortes Rechnung tragende besondere Regelungen⁹⁹.

Den Witwen ruhelohnberechtigter oder bereits Ruhelohn beziehender Arbeiter wurde in der Mehrzahl der Fälle eine Versorgung in Höhe von 40 % des Ruhelohns als Witwengeld zu-

gestanden. In vielen Fällen richtete sich die Festsetzung des Witwengeldes jedoch nach einer Reihe weiterer Kriterien, wie dem Lebensalter und der Bedürftigkeit der Ehefrau sowie nach dem Diensteinkommen des verstorbenen Ehemannes¹⁰⁰.

Nach der Höhe des Witwengeldes berechnete sich ferner das Waisengeld, das in Anlehnung an die staatliche Hinterbliebenenversorgung meist auf 20 % des Witwengeldes bei Halbwaisen und $\frac{1}{3}$ bei Vollwaisen festgesetzt war. In einigen anderen Fällen richtete sich das Waisengeld nach dem Diensteinkommen oder dem Ruhe Lohn oder nach eigens festgelegten Sätzen¹⁰¹.

Der Erwerb von Witwen- und Waisengeld war in der Regel an die Erfüllung einer Vielzahl von Voraussetzungen gebunden, die das Ehe- und Familienleben der Anwärter reglementierten. Zeitpunkt und Zweck der Eheschließung und die gesundheitliche Verfassung des die Ehe eingehenden Ruhe Lohnberechtigten spielten dabei ebenso eine Rolle wie der Altersunterschied der Eheleute und ihre persönlichen Verhältnisse.

So wurde verschiedenerorts das Witwengeld verweigert, wenn die Ehe zu dem Zweck eingegangen wurde, die Ehefrau im Falle der Verwitwung in den Genuß der Versorgungsleistungen zu versetzen; wenn die Ehe nach der Versetzung des Arbeiters in den Ruhestand, in einer Zeit akuter lebensbedrohender Krankheit oder kurze Zeit vor dem Tod des Ruhe Lohnberechtigten geschlossen wurde; wenn der Ehemann zum Zeitpunkt der Eheschließung ein bestimmtes Alter, meist 60 oder 65 Jahre, überschritten hatte; wenn die Ehe zu Lasten der Frau geschieden wurde; wenn die Witwe "einen unsittlichen Lebenswandel führt oder (...) wegen eines Verbrechens oder Vergehens bestraft wird, das geeignet ist, ihr die öffentliche Achtung zu entziehen"¹⁰²; wenn die Ehefrau 20 und mehr Jahre jünger war als der Ehemann oder sie sich erneut verheiratete¹⁰³.

Lediglich eine Kürzung des Witwengeldes erfolgte, wenn die Ehefrau mehr als 15 Jahre jünger als der Ehemann war. In diesem Fall wurde das Witwengeld vielfach für jedes weitere angefangene Jahr des Altersunterschiedes über 15 bis inklusive 25 Jahre um jeweils 5 % gekürzt; nach dem mindestens 5jährigen Bestehen der Ehe wurde das Witwengeld wieder jährlich um 5 % bis zur vollen Summe aufgestockt¹⁰⁴.

Die Zahlung des Waisengeldes wurde im Falle der Verheiratung oder der Erreichung des meist auf 15 oder 16 Jahre festgelegten Höchstalters eingestellt. Ähnlich der Regelung bei den Kinderzulagen stand lediglich den durch eine gültige Ehe legitimierten Kindern im Falle der Verwaisung Unterstützung zu¹⁰⁵.

Neben dem Witwen- und Waisengeld gewährten viele Städte den Hinterbliebenen von ständigen Arbeitern ein Sterbegeld in Form eines dem "Gnadenquartal" der Beamten verwandten "Gnadenmonats". In diesem Fall kamen für einen Zeitraum von ein bis zu drei Monaten die Ruhelohn- oder Dienstbezüge weiter an die Angehörigen zur Auszahlung. In vielen Fällen wurde jedoch nur ein einmaliges Sterbegeld ausbezahlt, dessen Höhe sich nach Dienstalter und Einkommen des Verstorbenen richtete¹⁰⁶.

+ + +

Hinsichtlich der Gründe, die zu der Einrichtung allgemeiner Versorgungsleistungen für das Arbeiterpersonal kommunaler Betriebe führten, ist eine Vielzahl verschiedener Motive zu nennen.

Mit der Übernahme gemeinnütziger Betriebe und der allmählichen Umstrukturierung der kommunalen Tätigkeit hin zu einer modernen Leistungsverwaltung wuchs das Interesse der Verwaltungen an einer loyalen Stammarbeiterschaft. Die Einführung einer Alters- und Hinterbliebenenversorgung band die Arbeiter infolge der Anwartschaftszeit, die für deren Erlangung nötig war, langfristig an den Betrieb. Sie bot darüber hinaus die Möglichkeit, die Arbeiter ähnlichen disziplinierenden Bestimmungen in bezug auf ihr dienstliches und außerdienstliches Verhalten zu unterwerfen, wie sie für die Beamten üblich waren. Weiter erwartete man, daß die Arbeiter angesichts gesicherter Versorgungsleistungen eher gewillt wären, die verhältnismäßig niedrigen Barlohnsätze, die in öffentlichen Betrieben gezahlt wurden, in Kauf zu nehmen und auf das Mittel des Streiks zu verzichten. Die Gemeinden waren ferner daran interessiert, ihre Arbeiter nicht in größe-

rem Maße der kommunalen Armenpflege zur Last fallen zu lassen. So wurden in einigen Städten die Versorgungsleistungen ausdrücklich in derjenigen Höhe gewährt, wie es notwendig erschien, um ein Eingreifen der Armenfürsorge zu vermeiden¹⁰⁷. Hinzu kam schließlich der in einigen Städten wie Freiburg, Frankfurt a. M., München oder Straßburg traditionelle Ehrgeiz, sich entsprechend dem Schlagwort von den "sozialen Musterbetrieben" auf dem Gebiet der kommunalen Sozialpolitik auszuzeichnen. Weiter bot die Einführung einer Altersversorgung auch Gelegenheit, nicht mehr voll erwerbsfähige Arbeiter ohne moralische Bedenken und das Risiko steigender Armenlasten aus den Betrieben zu entfernen und in Rente zu schicken.

Die Gewichtung dieser Motive zur Einführung einer Alters- und Hinterbliebenenversorgung ist unterschiedlich. Bei den Gemeinden überwogen betriebspolitische und soziale Gesichtspunkte. Die Einführung der Altersrente bedeutete für die meisten Städte eine erhebliche finanzielle Belastung, die erst durch die Entlastung der Gemeinden durch die Sozialversicherungsgesetzgebung der 1880er Jahre und die infolge der Kommunalisierung ehemals privater Versorgungsbetriebe erzielten Gewinne ermöglicht wurde. Zwar gewannen die Gemeinden durch die Ersetzung nicht mehr voll erwerbsfähiger Arbeitskräfte durch jüngere, zum Teil qualifizierte Arbeiter und durch die Entlastung der Armenfürsorge für alte und invalidisierte Gemeindearbeiter gewisse Vorteile, doch dürften diese die finanziellen Mehrbelastungen durch die Altersrente bei weitem nicht ausgeglichen haben.

Die Ausdehnung der öffentlichen Tätigkeit in den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und die wachsende Bedeutung der Städtetechnik stellten die Betriebe vor die Notwendigkeit, qualifizierte Arbeiter zu gewinnen. Dazu mußte der kommunale Arbeitsplatz attraktiver gestaltet werden. Ein Mittel bestand darin, die Arbeiter statusmäßig den Beamten anzunähern und ihnen ein Aufrücken in etatmäßige Positionen zu ermöglichen.

Der Einführung kommunaler Versorgungsleistungen lagen auch betriebswirtschaftliche Überlegungen zugrunde: Die Alters- und Hinterbliebenenversorgung führte zu einer Leistungssteigerung, zum einen durch die Heranführung leistungs-

fähigeren und qualifizierteren Personals, zum anderen durch den "Fleißstimulus", den die bei guten Leistungen in Aussicht gestellten Vergünstigungen darstellten. Die Renten waren nicht nur nach Qualifikation, Dienstalter und Familienstand gestaffelt, sondern beschränkten sich zunächst auf die zentralen Gruppen der ständigen Arbeiter. Die große Masse der ungelernten, nur vorübergehend oder saisonal beschäftigten Arbeitskräfte blieb von der Versorgung ausgeschlossen.

Mit der Entstehung sogenannter gemeinnötiger Betriebe wuchs die Bedeutung einer loyalen Arbeiterschaft. Die Gemeinden orientierten sich anfangs in ihrer Arbeiter- und Sozialpolitik am Vorbild des Reichs und der Einzelstaaten. Ausgehend von der für das Eisenbahnwesen angenommenen wirtschafts- und militärpolitischen Bedeutung wurden in Preußen, später auch in Bayern und anderen Ländern mit Staatsbahnbesitz rigide Vorkehrungsmaßnahmen gegen gewerkschaftlich organisierte, streikverdächtige Arbeiter getroffen, die in Preußen über das Streik- und Koalitionsverbot hinausgingen und sich auch gegen eine bloße sozialdemokratische Gesinnung des Personals richteten. Die Auseinandersetzung um das Koalitionsrecht der Eisenbahner blieb nicht ohne Auswirkung auf die Debatte über das Koalitions- und Streikrecht der Gemeindearbeiter in den sogenannten gemeinnötigen Betrieben.

Entstehung und Entwicklung der Gemeindebetriebe ließen jedoch eine Übernahme der staatlichen Argumentation und Repression in der Koalitionsrechtsfrage nicht ohne weiteres zu. Abgesehen von den Wasserwerken, der Trinkwasserversorgung und der Abwässerbeseitigung befand sich die Mehrzahl der kommunalen Versorgungsbetriebe anfangs in privater, zum Teil ausländischer Hand¹⁰⁸. Für die meisten kommunalen Tätigkeiten konnte keine Gemeinnötigkeit geltend gemacht werden. Die Streuung kommunaler und privater Unternehmen, das Fehlen einer starken Gemeindearbeitergewerkschaft sowie produktionsbedingte Besonderheiten, die beispielsweise bei der Gasproduktion ein völliges Erliegen der Versorgung unwahrscheinlich machten, ließen die Risiken eines Streiks kalkulierbar erscheinen. Ein "Angstmotiv"¹⁰⁹, wie es für den Obrigkeitsstaat in gewisser Hinsicht relevant war, ergab sich für die Gemeinden kaum.

Dennoch waren sie an einer möglichst friedfertigen, lo-

yalen Arbeiterschaft interessiert. Im Mittelpunkt ihrer Arbeiterpolitik stand die "Stabilisierung" der Arbeiter. Dabei hatte man nicht nur den einzelnen, fast ausschließlich männlichen Arbeiter im Auge, sondern dessen ganze Familie. Die kommunale Altersversorgung beinhaltete von Anfang an auch die Versorgung der Witwen und Waisen der Gemeindearbeiter.

Weniger die Pensionsberechtigung per se, als vielmehr das Bestreben der Arbeiter, nicht ihrer einmal erworbenen Ansprüche verlustig zu gehen, sorgte für eine Pazifizierung und Spaltung der Gemeindearbeiterschaft in unterschiedliche Interessengruppen. Gleichzeitig förderte jedoch die Alters- und Hinterbliebenenversorgung die Entwicklung einer Interessenvertretung der Gemeindearbeiter, die auf die Kommunen als die Garanten ihrer Privilegierung ausgerichtet war.

Die Alters- und Hinterbliebenenversorgung war in ein ganzes System von Vergünstigungen und Besonderheiten im kommunalen Arbeitsverhältnis eingebettet, das als Ganzes auf das gewerkschaftliche Konfliktverhalten und die politische Einstellung der Gemeindearbeiter einwirkte. Auf seiten der Kommunen überwog bei diesem System der Arbeiterfürsorge vor der Jahrhundertwende die fürsorgerisch-patriarchale Komponente. Die Stoßrichtung ging allerdings nicht explizit gegen die Freien Gewerkschaften, die Sozialdemokratie oder das Streikrecht der Gemeindearbeiter, wenn auch mit der Gewährung einer gesicherten, "auskömmlichen" Existenz die Hoffnung verbunden war, die Arbeiter enger an die Interessen der Betriebe, der Gemeinde wie überhaupt das bürgerliche Leben zu binden. Das Schwergewicht lag eher auf dem Grundsatz, loyale Pflichterfüllung durch eine entsprechende Versorgung der Arbeiter zu entlohnen und die Kompetenzen der Gemeinde als Arbeitgeber durch ein sozialpolitisches Entgegenkommen zu befestigen. Fürsorge und Repression waren dabei so eng miteinander verbunden, daß sie eine komplexe Motivationsgrundlage ergaben. Das "moralische Band (...) zwischen der städtischen Arbeiterschaft und der (...) Stadtverwaltung"¹¹⁰ ging auf eine Tradition zurück, die in älteren Formen der Wohlfahrtspflege und sozialen Kontrolle wurzelte.

Das fürsorgerisch-patriarchale Element trat nach der Jahrhundertwende zurück und bildete verstärkt nur mehr eine Hülle, unter der sich die sozial-rechtsstaatlichen Komponen-

ten entwickelten. Obwohl ein Rechtsanspruch auf die Alters- und Hinterbliebenenversorgung erst im Rahmen der Neuregelung der gesamten Arbeitsverhältnisse in den Jahren 1919 und 1920 eingeräumt wurde, war die Gewährung der verschiedenen Leistungen, ebenso wie die Ausgestaltung der Lohn tafeln und Arbeitsordnungen, nicht mehr dem freien Ermessen der Verwaltungen und Betriebsvorstände anheimgestellt, sondern durch ein Netz von Erlassen und Institutionen abgesichert und in ein System von Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen, zum Teil auch den Gemeindearbeiterorganisationen eingebettet.

Wenngleich die Versorgungsleistungen nur unter schwierigen Voraussetzungen zu erlangen waren, bildeten sie für eine Elite unter der Gemeindearbeiterschaft eine spürbare Privilegierung gegenüber den in der privaten Wirtschaft beschäftigten Arbeitern. Im Zusammenhang mit der größeren Sicherheit und Beständigkeit des Arbeitsplatzes waren die benötigten Dienstzeiten eher zu erreichen, als dies bei privaten Arbeitgebern der Fall gewesen wäre. Dennoch erreichte nur ein Teil der Arbeiter die jeweils höchsten Rentensätze, was auf das relativ hohe Lebensalter bei der Aufnahme in städtische Dienste zurückzuführen sein dürfte. So blieb selbst der Rente beziehende Gemeindearbeiter oft auf die Unterstützung durch Familienangehörige angewiesen, wenn er nicht nur noch gerade mit dem Allernotwendigsten auskommen oder die öffentliche Armenfürsorge in Anspruch nehmen wollte. Ferner waren die nichtständigen Arbeiter von den Versorgungsleistungen ausgeschlossen.

Auffälligerweise wird in der zeitgenössischen Diskussion über die kommunale Alters- und Hinterbliebenenversorgung kaum auf die Rolle der Sozialversicherungsgesetze der 1880er Jahre als Vorbild für die Kommunen eingegangen, obwohl diese in ihren ursprünglichen Entwürfen dem späteren Modell kommunaler Versorgungseinrichtungen ohne Beitragsleistung der Arbeiter nahe kamen¹¹¹. Im Mittelpunkt der Diskussion stand vielmehr die Aktualisierung der älteren kommunalen Tradition der Wohlfahrtspflege und Subsistenzvorsorge durch die neuen Aufgaben, welche die Kommunalisierung der modernen Versorgungsbetriebe an die Gemeinden stellten, sowohl hinsichtlich ihrer Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit, als auch bezüglich der Schaffung "mustergültiger",

nicht am Profitstreben orientierter Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

In Süddeutschland ging dabei das Bestreben der Verwaltungen dahin, die Stellung der Arbeiter an die der Beamten anzugleichen. Das kam zum einen in den Eigenbeiträgen der Arbeiter zu den Pensionskassen wie im Falle Münchens zum Ausdruck, zum anderen in den besseren Aufstiegsmöglichkeiten in den mittleren Dienst¹¹².

Unter den Besonderheiten des kommunalen Arbeitsverhältnisses stach die Alters- und Hinterbliebenenversorgung am meisten hervor. Sie war das Herzstück der kommunalen Arbeiterpolitik. Der Unterschied zu den Arbeitern der privaten Wirtschaft trat in der Frage der Altersversorgung besonders hervor. "Deutsch und treu und pensionsberechtigt"¹¹³ erweckten die Gemeindearbeiter das Mißtrauen, zum Teil auch den Neid der privaten Arbeiter. Hatten sich die Gemeinden von ihren Wohlfahrtseinrichtungen eine gewisse Handhabe gegen die Lohnforderungen und Organisationsbestrebungen der Arbeiter erhofft¹¹⁴, so bildete deren weiterer Ausbau bald eine der zentralen Forderungen des Gemeindearbeiterverbandes¹¹⁵. Sowohl die Motive, die zu der Einführung einer kommunalen Altersversorgung führten, als auch deren Auswirkungen auf die Gemeindearbeiterschaft sind heterogen. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit wird darauf wiederholt zurückzukommen sein, insbesondere bei der Behandlung der Konfliktfähigkeit der Gemeindearbeiter, der gewerkschaftlichen Taktik des Gemeindearbeiterverbandes und der kommunalen Arbeiter- und Sozialpolitik.

4. Die Rechtslage der Gemeindearbeiter:

Koalitions- und Streikrecht vor dem Ersten Weltkrieg

Hinsichtlich des Koalitions- und Streikrechts der Gemeinde- und Staatsarbeiter bestand vor dem Ersten Weltkrieg keine einheitliche Rechtslage. Soweit die Beamten in Frage kamen, existierte kein Streikrecht. Die Beamten konnten sich lediglich auf der Grundlage des Vereinsrechts betätigen. Ein ausdrückliches Verbot der Koalition lag nur für die Landarbeiter vor. Ansonsten waren keine positiven gesetzlichen Grenzen für die Ausübung des Streikrechts vorgesehen. Erste Ansätze einer Gesetzgebung stellten die Entschiede der Gewerbegerichte dar, theoretisch durchdachte Entwürfe eines Staatsarbeiterrechts bot der Verein für Sozialpolitik¹.

Latente Rechtsunsicherheiten in der Frage des Koalitions- und Streikrechts rührten zum einen von einer widersprüchlichen Rechtsprechung, zum anderen von Rechtsunterschieden zwischen den einzelnen kommunalen Betrieben her. Hinzu kam die praktische Handhabung dieses ohnehin vagen Rechtszustandes durch die Kommunen, wobei örtliche und regionale Unterschiede ebenso ins Gewicht fielen wie die Entwicklung des sozialen und politischen Klimas.

Zunächst war es von entscheidender Bedeutung, inwieweit die Reichsgewerbeordnung und damit die Koalitionsrechtsparagraphen 152 und 153 auf die Gemeindebetriebe Anwendung fanden oder nicht. Gerade diese Frage wurde jedoch juristisch nie eindeutig geklärt². In der Praxis zerfiel die Gemeindearbeiterschaft in drei Gruppen: die Arbeiter der Gas-, Wasser- und E-Werke unterstanden der Gewerbeordnung, die Arbeiter und Angestellten der Straßenbahnbetriebe und die Land- und Forstarbeiter nicht; alle sonstigen Betriebe bewegten sich in einer juristischen Grauzone³.

Die Straßenbahnbetriebe wurden nach der herrschenden Rechtsmeinung als Eisenbahnunternehmen angesehen. Infolgedessen zählten sie zu jenen Gewerben, die in § 6 der Gewerbeordnung aufgeführt und dem Geltungsbereich der Gewerbeordnung entzogen sind.

Mit dem Paragraphen 6 der Reichsgewerbeordnung hatte sich der Staat die juristische Handhabe verschafft, seine

besonderen staatlichen und dienstlichen Interessen gegenüber der Arbeiterschaft zu wahren, indem er eine Reihe öffentlicher Betriebe, darunter die Eisenbahnen, aus dem Geltungsbereich der Gewerbeordnung ausklammerte⁴. Nach allgemeinem bürgerlichen Recht war infolgedessen der Staat als Arbeitgeber in der Lage, das Koalitions- und Vereinsrecht der Arbeiter dieser Betriebe mittels des Arbeitsvertrages soweit zu beschränken, als es zur Erfüllung der Zwecke der einzelnen Betriebe und der Aufgaben des Staates notwendig erschien.

In erster Linie waren davon die Eisenbahner, das nicht-beamtete Personal der Post, das Arbeiterpersonal der Kaiserlichen Werften sowie die Arbeiter der Militärbetriebe betroffen⁵.

Doch auch die Angestellten der Straßenbahnen konnten ähnlichen Einschränkungen des Koalitions- und Streikrechts unterworfen werden. Das Reichsvereinsgesetz hatte die Frage, ob das Vereins- und Versammlungsrecht durch einen Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeschränkt werden kann, nicht entschieden, sondern sie dem bürgerlichen Recht überlassen. Dementsprechend konnte den Straßenbahnern, die nicht unter die Gewerbeordnung fielen, im Arbeitsvertrag Streikverbot und ein entsprechendes Organisationsverbot vorgeschrieben werden. Infolge der Konzessionspflichtigkeit von Straßenbahnunternehmen waren darüber hinaus die Staatsregierungen in der Lage, in der Frage des Koalitionsrechts für Straßenbahner auf das Verhalten der Gemeinden einzuwirken.

So veranlaßte im Frühsommer 1914 der bayerische Verkehrsminister Seidlein die Gemeinde Kaiserslautern, aus dem Vertrag zwischen der Stadt und der "Aktiengesellschaft Straßenbahn Kaiserslautern" den Passus, der die Gesellschaft zu der Gewährung der vollen Koalitionsfreiheit verpflichtete, zu streichen und statt dessen einen Revers in den Arbeitsvertrag aufzunehmen, der den Arbeitern das Streikrecht ausdrücklich untersagte. Das bayerische Verkehrsministerium stützte sich dabei neben § 6 der Reichsgewerbeordnung auf eine Königliche Verordnung vom 20. Juni 1855, wonach Eisenbahnunternehmen dem staatlichen Hoheitsrecht unterlagen und dementsprechend konzessionspflichtig waren. Die Gewährung der vollen Koalitionsfreiheit stand jedoch nach Ansicht des bayerischen Verkehrsministeriums im Widerspruch zu den Kon-

zessionsbedingungen⁶.

Für einen Teil der Gemeindearbeiterschaft, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte auf den städtischen Rieselfeldern, Landgütern und im Stadtforst, galten die nicht reichseinheitlich geregelten Vorschriften für landwirtschaftliche Arbeiter. Bezüglich der kommunalen Land- und Forstarbeiter in Preußen kamen dabei die Bestimmungen des Gesetzes vom 24. April 1854 zur Anwendung, wonach Landarbeiter wegen Verabredungen zu einem Streik mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden konnten. Dieses Streikverbot galt hauptsächlich in den alten Landesteilen. Die einzelnen Bundesstaaten hatten jedoch ähnliche Vorkehrungen gegen die gewerkschaftliche Organisierung der Land- und Forstarbeiter getroffen⁷.

Neben den Land- und Forstarbeitern und den Angestellten der Verkehrsbetriebe, für die Koalitionsbeschränkungen und Streikverbot bestanden bzw. erlassen werden konnten, gab es noch eine Reihe anderer Gemeindearbeitergruppen wie die Arbeiter der Park-, Garten- und Anlagenverwaltung, der Hafen- und Lagerhausbetriebe und die Schlacht- und Viehhofarbeiter, deren Zugehörigkeit zur Gewerbeordnung umstritten war⁸.

Die Frage, ob die Bestimmungen der Gewerbeordnung auf die jeweiligen Betriebe Anwendung fanden oder nicht, wurde für die einzelnen Titel der Gewerbeordnung oft anders beantwortet als für die Gewerbeordnung als Ganzes⁹. So entschied die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zur Gewerbeordnung nicht allein über das Koalitions- und Streikrecht der verschiedenen Gemeindearbeitergruppen¹⁰. Das galt vor allem für die praktische Handhabung des Koalitionsrechts durch die Gemeinden.

Mit dem Fehlen fester Rechtsnormen erhöhte sich die Rechtsunsicherheit insbesondere derjenigen Arbeiter, auf die § 152 der Gewerbeordnung keine Anwendung fand; für sie konnten die im Jahr 1906 noch in acht deutschen Staaten bestehenden landesgesetzlichen Koalitionsbeschränkungen geltend gemacht oder neue Beschränkungen erlassen werden¹¹. Die Handhabung des Koalitions- und Streikrechts fiel damit zu einem erheblichen Teil in das Ermessen des kommunalen Arbeitgebers, der sich wiederum in einem Geflecht kommunal- und landespolitischer Interessen und im Rahmen seines jeweiligen

politischen und sozialen Umfeldes bewegte. Daraus ergaben sich in der Praxis mancherlei Einschränkungen der Koalitions- und Streikfreiheit. Neben der dominierenden Stellung der Gemeinde als Arbeitgeber spielten dabei der gemeinnötige Charakter der Gemeindebetriebe und die Entwicklung des Koalitionsrechts der Staatsarbeiter, vor allem der Eisenbahner, eine Rolle.

In dem Maße, wie sich die öffentliche Tätigkeit zu einer modernen Leistungsverwaltung entwickelte, wurde der Sicherung der Funktionen gemeinnütziger Betriebe wachsende Bedeutung beigemessen. Staat und Gemeinden reagierten dabei auf die Problematik des Streikrechts in öffentlichen Betrieben unterschiedlich.

In Süddeutschland überwog sowohl bei den staatlichen als auch den kommunalen Verwaltungen die Tendenz, den Streikverzicht der Arbeiter nicht gewaltsam durchzusetzen, sondern durch die Gewährung geregelter Arbeitsverhältnisse und die Ausdehnung der Beamteneigenschaft auch auf die nur außeretatmäßig angenommenen Arbeiter zu kompensieren¹². Dieses "süddeutsche Modell" funktionierte so gut, daß sich Baden und Württemberg generell, Bayern bis 1910 jedem Versuch widersetzen, schärfer gegen die freigewerkschaftlichen Organisationen vorzugehen, wie es von Preußen gewünscht wurde¹³.

In Norddeutschland setzte man auf einen restriktiven Kurs. Im Bereich der preußischen Staatseisenbahnverwaltung reichen die Maßnahmen gegen freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie bis in die Zeit vor dem Sozialistengesetz zurück¹⁴. Seit 1888 wurden die preußischen Eisenbahnarbeiter anlässlich ihrer Aufnahme in den ständigen Dienst darauf hingewiesen, sich der Teilnahme an "ordnungsfeindlichen Bestrebungen und Vereinen" fernzuhalten¹⁵. Der im Januar 1897 in Hamburg gegründete freigewerkschaftliche Verband der Eisenbahner Deutschlands sah sich in der Folge umfassenden Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt¹⁶.

Nach der Jahrhundertwende verschärfte sich die Haltung Preußens in der Frage des Koalitionsrechts der Eisenbahner. Es handelte sich dabei um die generelle Bestrebung, das für den Staat in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht als bedeutend eingeschätzte Verkehrswesen fester in den Griff zu bekommen¹⁷. Bis 1911, der Verschärfung der Annahmeverausset-

zungen der preußisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung, und 1913, der Einführung des Eisenbahner-Reverses in Bayern, wurde die Rechtslage der Eisenbahner Schritt für Schritt verschlechtert.

Hatten zunächst die Arbeiterschutzbestimmungen der Koalitionsrechtsparagrafen der Gewerbeordnung auf das Personal der Eisenbahn-Nebenbetriebe, insbesondere der Reparaturwerkstätten, Anwendung gefunden, so rückten auf dem Hintergrund der Entscheidungen einiger preußischer Oberlandesgerichte, wonach Neben- und Hauptbetriebe der Eisenbahnen ein untrennbares Ganzes seien, immer mehr Bahnverwaltungen von ihrer früher geübten Praxis ab und klammerten auch die Nebenbetriebe aus dem Anwendungsbereich der Gewerbeordnung aus. Insgesamt konnten sich dabei die Verwaltungen auf Entscheide höher Gerichte stützen, wenngleich die Frage in der zeitgenössischen Diskussion und Rechtsprechung nie ganz geklärt wurde¹⁸. Die Ansicht der Experten und die Entscheidungen der Gewerbegerichte gingen in der Frage der Zuständigkeit der Gewerbeordnung für die Eisenbahn- und Straßenbahn-Nebenbetriebe oft auseinander.

Im Gegensatz zu den preußischen Eisenbahnbehörden, welche die Nichtzuständigkeit der Gewerbeordnung und damit der Gewerbeaufsicht, der Gewerbegerichtbarkeit und anderer wichtiger Arbeiterschutzbestimmungen für ihr Arbeiterpersonal bereits frühzeitig unterstrichen hatten, verneinte die bayerische Verwaltung erst auf dem Hintergrund wiederholter Auseinandersetzungen um das Koalitionsrecht der Eisenbahner in Bayern in einer Ministerialentschließung aus dem Jahr 1911 die Einbeziehung der Eisenbahnwerkstätten in die Gewerbeordnung¹⁹.

In Bayern forderte das Zentrum seit 1910 verstärkt Maßnahmen gegen den freigewerkschaftlich orientierten Verband des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals. Mit der zunehmenden Bedeutung des Zentrums und auf dessen politischen Druck hin setzte sich in Bayern gegenüber den nichtchristlichen Organisationen allmählich eine restriktive Haltung durch. Der Süddeutsche Eisenbahnverband versuchte, das drohende Koalitionsverbot durch einen freiwilligen Streikverzicht abzuwenden. Seine Taktik schlug jedoch fehl. Mit Verfügung vom 12. April 1913 wurde es den bayerischen Ver-

kehrsbendiensteten bei Androhung der Entlassung verboten, zu streiken oder den freien Gewerkschaften der Metallarbeiter, der Transportarbeiter oder dem Verband des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals anzugehören. Bei der Übernahme in den Dienst mußte jeder zur ständigen Anstellung kommende Arbeiter einen entsprechenden Revers unterzeichnen. Diese bayerische Revers-Politik war hauptsächlich eine Auswirkung der parlamentarischen Machtverschiebung zugunsten des Zentrums bei der Landtagswahl 1912²⁰.

In Preußen existierte ein ähnlicher Revers seit 1911. Mit der Verschärfung der Annahmeveraussetzungen am 16. Dezember 1911 erhielt § 2 Abs. 3 der "Gemeinsamen Bestimmungen für Arbeiter aller Dienstzweige der preußisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung" folgende Fassung: "Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich achtbar und ehrenhaft zu führen und sich von der Teilnahme an sozialdemokratischen und anderen ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten."²¹ Diese Vorschrift wurde dem Arbeitsuchenden sinngemäß dahingehend erläutert, daß er insbesondere dem Transportarbeiter-Verband/Reichssektion der Eisenbahner sowie Vereinen und Verbänden, welche die Arbeits-einstellung als zulässig erachteten, nicht angehören dürfe. Als Teilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen wurde dabei auch das Halten und Verbreiten sozialdemokratischer Zeitungen und sonstiger sozialdemokratischer Presseerzeugnisse sowie der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen angesehen. Zuwiderhandlungen konnten die Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben. Abschließend hatte der Anwärter in seiner Arbeitsannahmeverhandlung zu erklären: "Ich habe die mir gemachten Eröffnungen wohl verstanden, verspreche, sie zu befolgen und erkenne die 'Gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige' als Grundlage meines Arbeitsvertrages an."²²

Neben Preußen existierten ähnliche Vorkehrungen gegen Sozialdemokraten und freie Gewerkschafter bei den Staatsbahnen Sachsens, Hessens und Elsaß-Lothringens. Die Einföhrung eines Reverses nach bayerischem und preußischem Muster wurde jedoch lediglich von Mecklenburg nachgeahmt²³.

Im Anschluß an die Eisenbahner bekamen auch die Arbeiter der anderen großen Staatsbetriebe wie das nichtbeamtete

Personal der Post- und Telegraphenverwaltung in der Folge die Auswirkungen dieser Entwicklung zu spüren. In Bayern erging im Anschluß an die Einführung des Eisenbahner-Reverses eine ähnliche Anordnung für die bayerische Post- und Telegraphenverwaltung. Auch die Reichspost ahndete die Beteiligung an sozialdemokratischen oder freigewerkschaftlichen Bestrebungen²⁴. In den Bundesstaaten wurde das Streikverbot der Verkehrsarbeiter auch auf die mit einfachen Magazin- und Lagerarbeiten beschäftigten Militärarbeiter übertragen²⁵.

Die Auseinandersetzung über das Streikrecht der Eisenbahner blieb nicht ohne Auswirkung auf die Situation im kommunalen Bereich. Zwar änderte sich nichts an dem Rechtszustand selbst, doch die bestehende Rechtsunsicherheit wurde durch die Entwicklung bei den Staatsarbeitern erhöht.

Die meisten Städte nahmen zur Frage des Koalitions- und Streikrechts weder positiv noch negativ Stellung. Lediglich einige Gemeinden äußerten sich im Zusammenhang mit der Streikregelung bei Submissionsarbeiten auch zum Koalitionsrecht der Gemeindearbeiter²⁶. Dagegen findet sich in den Bestimmungen mehrerer Städte ein ausdrückliches Verbot der Agitation während der Arbeitszeit²⁷.

Vor der Jahrhundertwende kam es zwar zu wiederholten Maßregelungen von Mitgliedern des 1896 gegründeten Gemeindearbeiterverbandes, doch das Koalitions- und Streikrecht selbst wurde in der Praxis von den Verwaltungen nicht angetastet:

Die städtischen Arbeiter haben durchgängig ebensowenig ein gesetzlich gewährtes Koalitionsrecht wie die Straßenbahner. Die städtischen Betriebe werden nach der Indikatur unserer Gerichte als gemeinnützige Institute und nicht als gewerbliche Unternehmen betrachtet. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung sind für die städtischen Arbeiter auch nicht maßgebend. Trotzdem also die große Mehrheit der städtischen Arbeiter kein gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht besitzt, ist es unseres Wissens nach noch nie vorgekommen, daß die städtischen Behörden auf Grund dieses gesetzlosen Zustandes ihren Arbeitern die Koalition untersagten. (Anm. 28)

Anders lagen die Verhältnisse für den Gemeindearbeiterverband in den Staatsbetrieben, in denen der Verband erst nach der Novemberrevolution 1918 Fuß fassen konnte:

Wir müssen nun konstatieren, daß im Allgemeinen die städtischen Behörden unserer Organisation keine bedeutenden Hindernisse in den Weg gelegt haben; wenigstens nicht in sofern, daß es den Arbeitern direkt verboten

wurde, sich dem Verbands anzuschließen, wie dieses in den staatlichen Betrieben an der Tagesordnung ist. (Anm. 29)

Eine Verschärfung der Haltung der Kommunen trat erst im Zusammenhang mit den Angriffen der preußischen Staatsregierung auf das Koalitionsrecht der Eisenbahner ein. Hatten die Gemeinden bislang fast überall das Koalitionsrecht der Gemeindearbeiter de facto anerkannt, so machte sich etwa ab 1904 ein allmählicher Umschwung aufgrund des rigideren staatlichen Verhaltens bemerkbar³⁰.

In Anlehnung an die Argumentation Preußens, einen Streik des Verkehrspersonals aufgrund der damit verbundenen Bedrohung der Allgemeinheit und der Interessen des Staates unter allen Umständen und mit allen Mitteln verhindern zu müssen, wurden Stimmen laut, die auch für die kommunalen gemeinnötigen Betriebe Vorkehrungen gegen die Gefahr eines Arbeiterausstandes forderten.

Die Diskussion über die Sicherstellung der Funktionen öffentlicher Betriebe wurde durch einige Streiks der Eisenbahn- und Elektrizitätsarbeiter im benachbarten Ausland verstärkt. In den Jahren 1905 und 1906 waren die österreichischen Staats- und Privatbahnen von passiver Resistenz der Arbeiter betroffen. Vom 30. September bis 14./15. Oktober 1907 traten circa 70.000 Eisenbahnarbeiter der österreichischen Privatbahnen in den Ausstand. Im Frühjahr desselben Jahres streikten in Paris die Elektrizitätsarbeiter. Insbesondere in Österreich stellte sich das Fehlen gesetzgeberischer Vorkehrungen zum Schutz der Funktionen gemeinnötiger Betriebe als Mangel heraus. Der Regierung blieb nichts anderes übrig, als unter Vermittlung des Eisenbahnministeriums mit den Organisationen der Arbeiter zu verhandeln und Reformen in Aussicht zu stellen³¹. Dieses "fortgesetzte Kapitulation vor dem Druck der Organisationen"³² schien ein ebenso untaugliches Mittel wie die "einfache Zerstörung des Streikrechts"³³ durch die Besetzung der bestreikten Werke durch das Militär, wie es von Ministerpräsident Clemenceau im Falle des Pariser Elektrizitätsarbeiter-Streiks angeordnet wurde.

Allmählich kristallisierten sich in der Diskussion über das Streikrecht in öffentlichen Betrieben zwei unterschied-

liche Bereiche heraus: auf der einen Seite das Streikrecht der Beamten und Staatsarbeiter, auf der anderen das Streikrecht der in privaten oder kommunalen gemeinnötigen Betrieben beschäftigten Arbeiter³⁴.

Die Begriffe waren jedoch zunächst noch sehr verschwommen. Sowohl über die Definition "gemeinnötiger" Betriebe als auch das Ausmaß der zu ergreifenden streikverhütenden Maßnahmen gingen die Ansichten auseinander. Zunächst blieb das Streikrecht der Gemeindearbeiter nach der Jahrhundertwende unangetastet. Insbesondere auf seiten der Gemeindearbeiterorganisationen stand das Streikrecht außer Frage. Allmählich nahmen jedoch die koalitionsfeindlichen Bestrebungen zu. Eine Gesetzesvorlage über gewerbliche Berufsvereine vom 12. November 1906 sah die Sicherung der Funktionen gemeinnötiger Betriebe durch den Entzug der Rechtsfähigkeit eines gewerblichen Berufsvereins vor, der eine Arbeitersperrung oder einen Arbeiterausstand in gemeinnötigen Betrieben herbeiführte oder förderte³⁵. Der Entwurf wurde zwar später von der Regierung zurückgezogen und es blieb bei dem skizzierten Rechtszustand, wonach ein Koalitionsverbot nur für die Landarbeiter bestand, doch schwebte von nun an das "Damoklesschwert" des gesetzlichen Streikverbots über den Gemeindearbeiterorganisationen³⁶.

Hinzu kam ein verschärftes Vorgehen einiger norddeutscher Städte gegen den Gemeindearbeiterverband. Dies betraf insbesondere die größeren Filialen, "wo unsere Mitglieder nicht einmal das Wort zu irgend welchen städtischen Angelegenheiten ergreifen dürfen, da das ihre sofortige Entlassung zur Folge hat"³⁷. Vor allem in den Berliner Gemeindebetrieben kursierte bald eine wahre "Maßregelungsseuche"³⁸. In Dresden wurden Maßnahmen zum Schutz der arbeitswilligen getroffen: "Gegen wen solche brave Arbeiter geschützt werden müssen? Nun, gegen die Terroristen! Diese Terroristen sind nämlich eine neue Erfindung, eine sächsische Spezialität. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wird als Terrorist stigmatisiert."³⁹

Solche Erscheinungen blieben jedoch auf einzelne Städte beschränkt, und es gab deutliche regionale Unterschiede. Abgesehen von Karlsruhe i. Br., das in einer Bekanntmachung vom 8. August 1905 das Agitieren und Werben innerhalb der

städtischen Werke sowie während der Arbeitszeit unter Strafe stellte⁴⁰, beschränkte sich der schärfere Kurs der Stadtverwaltungen auf den norddeutschen Raum. Dort erreichte die Auseinandersetzung mit dem Kieler Streik im Jahr 1909 eine neue Qualität. Mit zehn Wochen Streik und Massenaussperrung war es der härteste und längste Kampf der Gemeindearbeiter vor 1914, der rasch als Abwehr der Angriffe der Stadtverwaltung auf den Gemeindearbeiterverband und das Koalitionsrecht verstanden wurde⁴¹.

Das Koalitionsverbot für Eisenbahner in Bayern und Preußen, die Koalitionsbeschränkungen für andere Staatsarbeitergruppen, die Verschlechterung der Rechtslage der Eisenbahnhandwerker, der "Abmarsch der Christlichen ins gelbe Lager"⁴² - die Christlichen Gewerkschaften verzichteten auf ihrem 8. Kongreß 1912 in Dresden offiziell auf das Streikrecht der Staatsarbeiter⁴³ - sowie die "devote und schwächliche Haltung des Eisenbahnhandwerkerverbandes sowie auch des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes"⁴⁴ blieben nicht ohne Einfluß auf die Rechtslage der Gemeindearbeiter. Darüber hinaus dehnten die Christlichen Gewerkschaften ihre Argumentation zugunsten eines Streikverzichts für Staatsarbeiter allmählich auf die Arbeiter der kommunalen gemeinnötigen Betriebe aus⁴⁵. So stand der Gemeindearbeiterverband bald "ziemlich allein" mit seiner Forderung eines unbegrenzten, freien Koalitions- und Streikrechts der Gemeinde- und Staatsarbeiter⁴⁶.

Der Druck auf das Koalitions- und Streikrecht nahm von zwei Seiten zu. Zum einen drohte ein Streikverbot auf dem Wege der Gesetzgebung, zum anderen waren immer mehr Arbeiterverbände bereit, bei einer Unterscheidung zwischen gemeinnötigen und nichtgemeinnötigen kommunalen Betrieben auf das Streikrecht bei den ersteren zu verzichten, wenn ihnen dafür als Kompensation günstigere Arbeitsverhältnisse gewährt wurden. Das Gewohnheitsrecht, das bislang den Gemeindearbeitern ein Recht auf Koalition und Streik zugebilligt hatte, drohte zu zerbrechen. Die Tendenz, den mit dem Vorrang des Gemeinwohls vor dem Einzelinteresse geforderten Streikverzicht in gemeinnötigen Betrieben durchzusetzen, nahm bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges zu; daß in der Diskussion über das Streikrecht in öffentlichen Betrieben

nach und nach zwischen Staatsbetrieben und Gemeindebetrieben unterschieden wurde und den Gemeindearbeitern wenigstens der alte gesetzlose Freiraum erhalten blieb, der weder ein gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht noch ein ausdrückliches Koalitionsverbot beinhaltete, lag nicht zuletzt an dem veränderten Konfliktverhalten des Gemeindearbeiterverbandes.

Mit der Verschärfung der Schikanen, Maßregelungen und Angriffe auf das Koalitionsrecht durch die Kommunen korrespondiert eine Kurskorrektur innerhalb des Gemeindearbeiterverbandes, der sich ab 1906 auch durch eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, den Ausbau des Unterstützungswesens und die Einführung eines Streikreglements gefestigter zeigte⁴⁷. Nach dem Übertritt des bisherigen Vorsitzenden des Verbandes, Bruno Poersch, zu den Hirsch-Dunckerschen um die Jahreswende 1905/06 und der Änderung der streikfriedlichen Taktik durch den 4. Verbandstag 1906 nahm die Konfliktbereitschaft sprunghaft zu⁴⁸. Die Sensibilität gegenüber Koalitionsrechtsverletzungen nahm zu, der Streik wurde als gewerkschaftliches Kampfmittel akzeptiert und in zunehmendem Maße eingesetzt. Spätestens der Kieler Streik 1909 zeigte, daß die Gemeindearbeiter im Gegensatz zu den Staatsarbeitern nicht gewillt waren, von sich aus auf das Streikrecht zu verzichten oder ein Streikverbot kampflos hinzunehmen.

Um die Frage des Koalitionsrechts für Arbeiter öffentlicher Betriebe sammelte sich vor 1914 ein zunehmender sozialer Zündstoff an. Dies galt insbesondere für Preußen, wo im Gegensatz zu Bayern nicht nur in der Streikfrage, sondern auch hinsichtlich der politischen Haltung der Staatsarbeiter eine strikte Loyalität gefordert wurde⁴⁹. So nahm in Bayern auch nach der Einführung des Eisenbahner-Reverses die Unterdrückung und Bespitzelung des Staatsdienstpersonals nicht jene krassen Formen an, wie es bei den preußisch-hessischen Staatsbahnen der Fall war⁵⁰.

Auch hinsichtlich der Gemeindearbeiterschaft ging die Tendenz in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg in die Richtung einer zunehmenden Einschränkung der Koalitions- und Streikfreiheit. Diese Aussage muß jedoch zusammenfassend in folgenden Punkten präzisiert werden.

Erstens: Diese Entwicklung betraf vornehmlich den nord-

deutschen Raum, insbesondere die Großstädte. Die Klein- und Mittelstädte waren eher bereit, die Organisationen ihrer Arbeiter anzuerkennen und mit ihnen anlässlich der Regelung der Arbeitsverhältnisse und im Konfliktfall zu verhandeln. Im Süden fielen die Maßnahmen zur Streikverhütung schwerpunktmäßig in den präventiven, sozial-fürsorgerischen Bereich im Sinne einer "Arbeiterstabilisierung" oder "Arbeiterverbeamtung". Einige Städte traten ausdrücklich für das Koalitions- und Streikrecht ihrer Arbeiter ein. Der Mannheimer Stadtrat verabschiedete anlässlich der Regelung der Streikfrage bei Submissionsarbeiten folgende Resolution: "Der Stadtrat erkennt die Koalitionsfreiheit der städtischen Arbeiter und Angestellten an und wird nach Möglichkeit dafür sorgen, daß auch die Firmen, denen die Stadtgemeinde Lieferungen aus städtischen Mitteln zuwendet, die gleiche Freiheit für ihre Angestellten und Arbeiter anerkennen"⁵¹. Mit derselben Einstellung war, wie bereits erwähnt, der Magistrat von Kaiserslautern in der Frage des Streikrechts der Straßenbahner an dem Veto des bayerischen Verkehrsministeriums gescheitert. In Breslau und Straßburg wurde ausdrücklich betont, daß eine politische oder gewerkschaftliche Betätigung nicht als Kündigungsgrund angesehen werden dürfe⁵².

Zweitens: Die Angriffe richteten sich fast ausschließlich gegen das Streikrecht in den gemeinnötigen Betrieben. Das Streikrecht in den gewerblichen Betrieben und das Koalitionsrecht blieben davon in der Regel unberührt. Ein ausdrückliches Koalitionsverbot gegen den Gemeindearbeiterverband scheint nur einmal im Jahr 1898 von der Altonaer Gemeindeverwaltung ausgesprochen worden zu sein⁵³. Ansonsten bestanden die Angriffe auf das Koalitionsrecht der Gemeindearbeiter in Schikanen, Benachteiligungen oder Maßregelungen, die oft auf das Konto der unteren Aufsichtsorgane oder der Betriebsleitung gingen⁵⁴. Die oberen Aufsichtsorgane betonten dagegen, wenn sie sich je konkret dazu äußerten, das Recht auf Koalitionsfreiheit auch der kommunalen Arbeiter⁵⁵. Da die zentralen kommunalen Betriebe, die Gas-, Wasser- und E-Werke, in der Regel zu den gewerblichen Unternehmen gerechnet wurden, besaßen die entsprechenden Arbeiter bis 1914 praktisch die volle Koalitionsfreiheit, einschließlich des gewohnheitsmäßigen Streikrechts. Erst nach der Jahrhundert-

wende wurde mit dem Argument der Gemeinnützigkeit dieser Betriebe die weitere Inanspruchnahme des Streikrechts in Frage gestellt. Diese Entwicklung erhöhte zwar die Rechtsunsicherheit und das mit einem Streik für die Gewerkschaften verbundene Risiko, ein ausdrückliches Streikverbot wurde jedoch nie ausgesprochen. Auch entschied die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zur Gewerbeordnung nicht ohne weiteres über das Koalitions- und Streikrecht der jeweiligen kommunalen Arbeitergruppen. So stand das Koalitions- und Streikrecht der Kanalisationsarbeiter, der Arbeiter beim Straßenbau und der Straßenreinigung trotz des fehlenden Erwerbszwecks dieser Betriebe außer Frage.

Drittens: Parallel zu der beschriebenen Einschränkung des Koalitions- und Streikrechts ab 1904 verlief eine tendenziell gegenläufige Entwicklung, in dem Sinne, daß viele - gerade kleine und mittlere - Stadtverwaltungen von ihren anfänglichen repressiven Maßnahmen gegen den Gemeindearbeiterverband abließen und statt dessen im Zuge einer Regelung der Arbeitsverhältnisse, des Ausbaus von Arbeiterausschüssen und der Anerkennung der Gewerbegerichte mit den Gemeindearbeiterorganisationen zusammenarbeiteten oder sie zumindest nicht mehr diskriminierten. Diese Entwicklung ging von Süddeutschland aus, und die dort gemachten guten Erfahrungen wurden nach und nach auch von anderen Kommunen nachgeahmt. Das führte gerade auf der unteren betrieblichen Ebene zu einer Lockerung des anfänglich gespannten Verhältnisses zwischen Betriebsleitung, Aufsichtsorganen und Gewerkschaften. So ist beispielsweise in Berlin, dessen Verbandsorganisation bis zur Jahrhundertwende mit der Geschichte des Gemeindearbeiterverbandes identisch ist, nach einer zunächst massiven Unterdrückung des Verbandes eine allmähliche Entspannung festzustellen, bis ab etwa 1904 wieder ein restriktiver Kurs einsetzte. Im Gegensatz zu der ersten Verfolgungswelle nach der Gründung des Verbandes im Jahr 1896 war jedoch diese neuerliche Unterdrückung nicht mehr in der Lage, die Organisation in ihrem Bestand zu gefährden.

Viertens: Ausgehend von der "Gemeinnützigkeit" und der "Gemeinnützigkeit" der kommunalen Betriebe waren in dem Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg die Christlichen und Teile der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften bereit, bei einer

entsprechend günstigen Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses auf das Streikrecht zu verzichten. Die im Bereich der Straßenbahnen stark vertretenen "gelben" Organisationen sowie die städtischen und betrieblichen Arbeitervereine waren ohnehin strikt wirtschaftsfriedlich. Von dem Dienst an der Allgemeinheit leitete sich ein besonderes Pflichtbewußtsein ab, das nicht nur in den staatstreuen, "gelben" oder vaterländischen Organisationen, sondern auch in den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften das Mittel des Streiks in gemeinnötigen Betrieben als unverantwortlich erscheinen ließ. Durch den schrittweisen Streikverzicht einflußreicher Arbeiterorganisationen wurde dem Streikrecht unterschwellig ein Teil seiner Bedeutung genommen; gleichzeitig wurden die Arbeiter für die Schmälerung ihrer Rechte durch einen Ausbau der kommunalen Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen entschädigt, welche die Arbeiter wiederum an die Betriebe banden, von der Ausübung des Koalitions- und Streikrechts abhielten oder es direkt behinderten.

Teil B

Soziale Lage

1. Die Konfliktgruppenstruktur

I. Herkunft, Sozialisation

Wer wurde Gemeindearbeiter? Wie wurde man Gemeindearbeiter? Angesichts der monopolartigen Stellung des kommunalen Arbeitgebers kam den jeweiligen Bestimmungen für die Annahme von Gemeindearbeitern eine besondere Bedeutung zu.

Vor der Einführung von Arbeitsordnungen erfolgte die Einstellung des nichtständigen, im Tagelohn beschäftigten Personals durch die Betriebsleitung, die unter den bei ihr vorstellig werdenden Arbeitern die geeignetsten auswählte. Diese Beschaffung der benötigten Arbeitskräfte durch Umschau war vor der Jahrhundertwende gang und gäbe. Nur verschiedentlich arbeiteten die Betriebsdirektionen bei der Arbeitereinstellung mit den mancherorts eingerichteten Fach- und Innungsnachweisen zusammen¹.

Mit der allmählichen Umstrukturierung der kommunalen Unternehmen mußte der Auswahl qualifizierter Arbeitskräfte mehr Beachtung geschenkt werden. So wurden zusammen mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse, der Löhne und Altersversorgungen auch Bestimmungen zur Arbeitsannahme in die Arbeitsordnungen aufgenommen. Diese Bestimmungen schrieben zum Teil bestehende Gepflogenheiten der Arbeitsannahme durch Umschau fest, zum Teil paßten sie diese den veränderten Betriebsverhältnissen an. Die Umwandlung der Armentätigkeit in kommunalen Diensten zu einem "Lebensberuf" als "Stadtarbeiter" wird an den neuen, an die Einstellung von Beamten erinnernden Bestimmungen deutlich.

Fast alle Arbeitsordnungen machten den Nachweis einer guten allgemeinen gesundheitlichen Verfassung und der für die jeweilige Tätigkeit notwendigen körperlichen Eignung zur Vorbedingung der Annahme in städtische Dienste. Dieser Nachweis konnte in der Regel nur durch eine ärztliche Untersuchung erbracht werden. Die Kosten dieser meist von einem

Krankenkassenarzt oder einem Vertrauensarzt der Stadt durchgeführten Untersuchung trug gewöhnlich die Stadt. Bei einer späteren Ernennung zum etatmäßigen Beamten wurde eine erneute Untersuchung durch den Amtsarzt notwendig².

Weiter galten für die Arbeitsannahme mehrfach Mindest- und Höchstaltersgrenzen. Die Mindestaltersgrenze schwankte zwischen 16 und 18 Jahren für die nichtständige und 20 bis 21 Jahren für die ständige Anstellung. Die Höchstaltersgrenze galt hauptsächlich für die ständige Anstellung und variierte im wesentlichen zwischen 35 und 45 Jahren. Mit der Einführung einer Höchstaltersgrenze sollte einer weiteren Erhöhung des traditionell hohen Eintrittsalters vorgebeugt und die Lebensarbeitszeit im Verhältnis zu den Versorgungsjahren (Alters- und Hinterbliebenenversorgung) verlängert werden³.

Neben diesen alters- und gesundheitsspezifischen Voraussetzungen war die Einstellung zumeist davon abhängig, ob sich "der Bewerber achtbar und unbescholten geführt"⁴ und "der Militärpflicht und im Falle der Aushebung der aktiven Dienstpflicht Genüge geleistet"⁵ hatte. Letztere Bestimmung galt im wesentlichen für die Anstellung zum etatmäßigen Beamten.

Abgesehen von diesen meist unerläßlichen Annahmebedingungen wurden darüber hinaus mancherorts Familienstand, Ortsangehörigkeit und Heimatberechtigung als Auswahlkriterien bei der Anstellung berücksichtigt. Im allgemeinen wurden verheiratete ortsansässige Arbeiter bei der Einstellung bevorzugt⁶. Für die ständige Anstellung mußte ferner der Nachweis der deutschen Reichsangehörigkeit erbracht werden⁷. Mit besonderen bürokratischen Hürden war der in der Regel notwendige Erwerb des Bürgerrechts verbunden⁸.

Mit der allmählich einsetzenden Verbreitung öffentlicher Arbeitsnachweise bemühten sich die Stadtverwaltungen darum, die Betriebsdirektionen dazu anzuhalten, bei Arbeitereinstellungen und Entlassungen mit den öffentlichen Arbeitsämtern zusammenzuarbeiten.

Für viele in- und ausländische Städte in mancher Hinsicht vorbildhaft in der Förderung des öffentlichen Arbeitsnachweises war Freiburg i. Br.⁹. In Berlin bestand seit dem 15. Februar 1903 ein besonderer Arbeitsnachweis für städti-

sche Arbeiter beim Zentralverein für Arbeitsnachweis¹⁰.

In München erfolgte bereits im Jahr 1906 die Vermittlung städtischer Arbeiter offenbar primär durch das Arbeitsamt¹¹. Am 1. März 1908 nahm eine eigens beim städtischen Arbeitsamt eingerichtete Arbeitsnachweiszentrale für städtische Arbeiter ihre Tätigkeit auf¹². In ihre Zuständigkeit fielen sämtliche städtischen Betriebe. Die offenen Stellen wurden im Warteraum ausgerufen, beziehungsweise an einer Tafel zur Kenntnis gebracht. Darüber hinaus wurden Vormerklisten für Arbeitsuchende und einstellende Betriebe geführt. Die Vermittlung der Arbeiter erfolgte nach der Reihenfolge ihrer Vormerkung. In der Regel wurden dabei nur in München beheimatete, vornehmlich bereits einmal bei der Stadt beschäftigte Arbeiter vermittelt. Verheirateten Arbeitern sollte gegebenenfalls der Vorzug gegenüber ledigen gegeben werden. Die Vermittlung geschah auf die Weise, daß ein dazu eingeteilter Beamter des Städtischen Arbeitsamtes die vorstellig gewordenen Arbeiter auf ihre berufliche und persönliche Eignung hin überprüfte und die Ausgewählten daraufhin den Betriebsleitungen zur weiteren Begutachtung überwies¹³.

Der fachkundigen Tätigkeit dieser Arbeitsnachweiszentrale dürfte es zuzuschreiben sein, daß ab 1908 bei den Münchener städtischen Betrieben so gut wie keine Arbeitereinstellungen mehr ohne Vermittlung des Arbeitsamtes erfolgten¹⁴.

Auch in Frankfurt a. M. und Straßburg hatten die städtischen Betriebe die kommunalen Arbeitsvermittlungsstellen bei der Einstellung von Arbeitern zu benutzen¹⁵.

Anders als bei den staatlichen Betrieben dürften in vielen Städten bereits vor dem Ersten Weltkrieg Vorschriften zur Benutzung der städtischen oder sonstigen Arbeitsnachweise an die Betriebsleitungen ergangen sein¹⁶.

Obwohl in München seit 1908 Arbeitereinstellungen fast nur mehr durch entsprechende Stellenausschreibungen sowie auf Vermittlung des Arbeitsamtes erfolgten, versuchten dennoch viele Bewerber in oft über Jahre hinweg zu verfolgenden Bemühungen, durch persönliche, direkt an den Magistrat gerichtete Bewerbungsschreiben in städtische Dienste zu gelangen. Vor allem nach dem Ersten Weltkrieg nahmen derartige Bemühungen zu. Mit Ausnahme einiger krasser sozialer Härte-

fälle wurden jedoch alle diese privaten Bewerbungen ablehnend beschieden¹⁷.

Die Einstellungspraxis der Kommunen bevorzugte alles in allem einen bestimmten Arbeitertypus, der sich idealtypisch folgendermaßen charakterisieren ließe: männlich, ortsansässig, zwischen 20 und 30 Jahren alt, verheiratet, Kinder, mit Arbeitserfahrung, politisch und gewerkschaftlich nicht auffällig geworden, körperlich gesund. Die berufliche Qualifikation spielte dabei gegenüber den sozialen Kriterien eine untergeordnete Rolle.

Die Masse der kommunalen Arbeitskräfte besaß keine abgeschlossene Berufsausbildung. Lediglich um auf einer der wenigen Facharbeiterstellen eingestellt zu werden, mußten die Bewerber den gültigen Nachweis einer bestandenen Lehr- und Gesellenprüfung in ihrem Beruf erbringen. Aus den Lebensläufen der Arbeiter sowie den Stellenplänen der verschiedenen Münchener Betriebe geht hervor, daß ein Großteil der städtischen Facharbeiter erst nach einer mehrjährigen Berufspraxis in der freien Wirtschaft in öffentliche Dienste überwechselte. Oft war der Anlaß anhaltende Arbeitslosigkeit oder die Aufgabe des eigenen handwerklichen Betriebs. In erster Linie handelte es sich dabei um Angehörige metallhandwerklicher Berufe wie Mechaniker, Monteure und Schlosser, doch sind auch ehemalige Schreiner, Sattler, Lackierer, Schuhmacher usw. anzutreffen¹⁸.

Nach einer Aufstellung des Statistischen Amtes der Stadt Karlsruhe befanden sich unter 660 Arbeitern 185 Tagelöhner, "die früher Handwerker oder sonstige Gewerbetreibende gewesen waren; von ihnen waren 20 Bäcker und Konditoren, 8 Metzger, 32 Schuhmacher, 18 Schneider, 8 Goldschmiede, 32 Maurer, Gipser, Pflasterer, Hafner, 8 Schmiede, Nagelschmiede, Schlosser, 6 Zimmerleute, 5 Dreher, Wagner, 10 Schreiner, Glaser, Tüncher, 8 Sattler, Posamentiere, Tapezierer, 9 Weber, Seidensticker, 19 selbständige Landwirte."¹⁹ In den Gemeindebetrieben fanden diese älteren Arbeiter je nach Vorbildung als Werkstätten- oder Betriebshandwerker, Maschinenführer, Betriebswarte, Heizer, Lastkraftwagenführer oder Helfer bei den Handwerkern Verwendung.

Nur ein Bruchteil der Arbeiter mit einer eigenen Berufsvorbildung konnte in den Gemeindebetrieben in seinem er-

lernten Beruf eingesetzt werden. Die meisten wurden neu angelernt und fanden dann in erster Linie bei den Werkstätten der verschiedenen Betriebe als Helfer bei den Handwerkern und Maschinenführern oder als selbständige Betriebs- und Betriebsunterhaltungs-Arbeiter Verwendung.

Die ungelernten Arbeiter rekrutierten sich oft aus ehemaligen landwirtschaftlichen Arbeitskräften der stadtnahen Gebiete oder der östlichen Reichsteile²⁰. So deckten die meisten städtischen Betriebe Berlins ihren Arbeitskräftebedarf unmittelbar durch die aus dem Militärdienst in den dortigen Garderegimentern entlassenen, meist aus den Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien stammenden Personen²¹.

Der Eintritt in städtische Dienste beinhaltete weniger eine Entscheidung für einen bestimmten Berufsweg als eine Entscheidung zugunsten des öffentlichen Arbeitgebers. Man ließ gleichsam seinen früheren Werdegang, seinen Beruf, seine Selbständigkeit, seine mißliche soziale Lage usw. hinter sich, um in den neuen "Lebensberuf" des Stadtarbeiters "einzutreten". Wer sich um eine Stelle bei der Stadt bewarb, tat dies in der Hoffnung, dort möglichst lange bleiben und zum ständigen Arbeiter, womöglich zum etatmäßigen Beamten aufsteigen zu können.

Nur ein Teil der Arbeiter betrachtete die Arbeit bei der Stadt als Saisonbeschäftigung. Dies traf in erster Linie auf die Arbeiter der Baubranche zu, die nur im Winter eine städtische Stelle annahmen, um im Frühjahr in ihren eigentlichen Beruf zurückzukehren. Daneben war in den Stadtforsten der Großteil der Arbeiter nur'saisonal beschäftigt. Hinsichtlich der gesamten Gemeindearbeiterschaft fielen diese Sondergruppen jedoch nicht ins Gewicht²².

In Berlin und anderen ostelbischen Städten spielte die Beschäftigung von Landarbeitern, Gütlern oder Nebenerwerbslandwirten eine größere Rolle. Dies traf insbesondere auf die Gaswerke zu, die in den Hauptlastzeiten während der Wintermonate auf zusätzliche Arbeitskräfte angewiesen waren: "In Berlin z. B. werden in den Gaswerken im Winter vielfach Leute zur Aushilfe eingestellt, die in den polnischen Gegenden ein kleines Gut besitzen, das sie im Sommer bewirtschaften."²³

Von einigen technischen Berufen und hochqualifizierten Facharbeiterstellen abgesehen, entschied man sich nicht von vorneherein bei der Berufswahl für den Eintritt in städtische Dienste, sondern erst in einer Krisensituation, sei sie familiär bedingt, durch Teilinvalidität, Arbeitslosigkeit oder das Scheitern als Selbständiger hervorgerufen.

Die Einführung bestimmter Höchstaltersgrenzen bei der Ersteinstellung ließ zwar das Durchschnittsalter der Gemeindearbeiterschaft absinken, doch waren die höheren Altersgruppen auch weiterhin stärker vertreten als in der privaten Wirtschaft. Bei den Münchener Gas- und E-Werken zeichnen sich zwei häufiger vertretene Altersgruppen bei der Ersteinstellung ab, die der 21-25jährigen und der 30-33jährigen Arbeiter²⁴. Insgesamt dürfte bei der Ersteinstellung die Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren am stärksten vertreten gewesen sein, doch lag der Prozentsatz der Altersgruppen zwischen 30 und 50 Jahren verhältnismäßig hoch²⁵.

Obwohl der Anteil der nicht mehr vollwerbsfähigen Arbeiter an der Gesamtzahl der Gemeindearbeiter infolge der Umstrukturierung des öffentlichen Betriebswesens zurückging, bildete der teilweise Verlust der Arbeitskraft nach wie vor einen der entscheidenden Anlässe, sich um eine städtische Stelle zu bewerben. Auch nach der Jahrhundertwende dürfte sich der Anteil der nicht mehr vollwerbsfähigen Arbeiter noch um die 10 Prozent bewegt haben²⁶.

Der vorab skizzierte Idealtypus des Gemeindearbeiters muß daher durch einen weiteren Typ ergänzt werden: über 30 und bis zu 50 Jahre alt und/oder nur mehr teilweise erwerbsfähig, mit nur mehr geringen Aussichten, in der privaten Wirtschaft unterzukommen, mit einem Erfahrungshintergrund, der von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, beruflichem Scheitern oder familiärer Not geprägt war.

II. Altersaufbau, Familienstand

Aus dem hohen Eintrittsalter der Gemeindearbeiter und ihren verhältnismäßig langen Beschäftigungszeiten ergab sich ein Altersaufbau, bei dem im Vergleich zu den Arbeitern in

der Privatindustrie die oberen Lebensaltersstufen im Durchschnitt stärker vertreten waren als die unteren.

Für eine Reihe von Städten liegen einigermaßen verlässliche Angaben über den Altersaufbau der Gemeindearbeiterschaft vor. Daraus ergibt sich folgende Verteilung: gut die Hälfte aller Arbeiter entfällt auf die Altersgruppe zwischen 20 und 40 Jahren; etwa 30 Prozent der Belegschaft rekrutieren sich aus den Altersgruppen zwischen 40 und 60 Jahren; die Gruppe der 60 bis 70jährigen liegt gerade in den Großstädten, die bereits seit längerem eine größere Anzahl Gemeindearbeiter beschäftigten, mit knapp 10 Prozent noch erstaunlich hoch; die unter 20jährigen fallen mit 2 bis 5 Prozent kaum ins Gewicht²⁷.

Bei einem Vergleich mit dem Altersaufbau in der privaten Wirtschaft ergeben sich signifikante Unterschiede: während die Gruppe der 20 bis 40jährigen ebenfalls in etwa die Hälfte aller Beschäftigten ausmacht, liegt die Gruppe der unter 20jährigen mit rund 29 Prozent erheblich höher als in den Gemeindebetrieben, während die Gruppe der 40 bis 60jährigen mit rund 18 Prozent weit zurückbleibt; mit etwa 30 Prozent ist die Altersgruppe der 40 bis 60jährigen in den Gemeindebetrieben in etwa so stark wie die der unter 20jährigen in der privaten Wirtschaft²⁸.

Zusammen mit der Bevorzugung verheirateter Arbeiter bei der Einstellung in städtische Dienste wirkte sich das relativ hohe Lebensalter der Gemeindearbeiter auch auf die Familienstandsverhältnisse der Arbeiter aus. So liegen im Vergleich zu der privaten Wirtschaft die Quoten der Verheirateten unter der Gemeindearbeiterschaft deutlich höher. Bei den Gemeindearbeitern waren annähernd drei Viertel verheiratet, gegenüber rund 40 Prozent bei den Arbeitern in der Privatindustrie. Aufgrund des höheren Anteils der Geschiedenen oder Verwitweten ist der Anteil der Ledigen bei der Gemeindearbeiterschaft noch geringer, als man es aus dem Prozentsatz der Verheirateten schließen könnte²⁹.

Sowohl das Verhältnis der Altersgruppen zueinander, als auch das der Ledigen und Verheirateten schwankte zwar von Ort zu Ort, doch ist die stärkere Vertretung der oberen Altersstufen und der Verheirateten unbestritten. Das gilt insbesondere für die älteren Großstädte, bei denen sich der Aus-

bau der Gemeindebetriebe über einen längeren Zeitraum erstreckte und keine forcierte Neueinstellung jüngerer Arbeitskräfte notwendig wurde, wie es bei den jüngeren Industriestädten der Fall war³⁰.

Hinsichtlich der Kinderzahl von Gemeindearbeiterfamilien liegen keine verlässlichen Angaben vor. Sowohl aufgrund des beschriebenen Altersaufbaus, als auch der Familienzulagen, die meist erst ab dem dritten Kind gezahlt wurden, kann jedoch mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß die Mehrzahl der Gemeindearbeiter Familienväter waren und die Kinderzahl eher über dem für den damaligen Arbeiterhaushalt üblichen Durchschnitt gelegen haben dürfte.

Aus Herkunft und Sozialisation, Altersaufbau und Familienstand ergaben sich verschiedene Momente, die auf das Konfliktverhalten und die Mentalität der Gemeindearbeiterschaft einwirkten.

Aus einer der kommunalen Anstellung vorausgegangenen anderwärtigen Berufserfahrung und dem relativ hohen Eintrittsalter kann nicht automatisch auf eine geringere Konfliktbereitschaft und Konfliktfähigkeit geschlossen werden. Wichtiger ist jedoch der Umstand, daß dem Eintritt in kommunale Dienste oft ein Dequalifikationsprozeß vorausging, der die Arbeit bei der Stadt als Zuflucht und Ausweg erscheinen ließ. Darüber hinaus handelte es sich bei den um städtische Dienste nachsuchenden Arbeitern nicht um politisch oder gewerkschaftlich engagierte, sondern größtenteils indifferente, unpolitische Menschen, deren früherer Arbeitsplatz nicht in der Fabrik, sondern im Handwerk oder der Landwirtschaft lag. So kamen keine gewerkschaftlich erfahrenen oder durch Arbeitskämpfe geschulten Arbeiter in die städtischen Betriebe, sondern eher individuelle Opfer der Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems, deren Schicksal die Anstellung bei der Stadt als sozialen Aufstieg erscheinen ließ.

Zwar nahmen mit der Ausdehnung und Technisierung der kommunalen Tätigkeit diejenigen Arbeitergruppen zu, die aufgrund ihrer Qualifikation und physischen Leistungskraft auch eine Arbeitsstelle in der Privatindustrie finden konnten, und die Betriebe bemühten sich darum, solche Arbeitskräfte durch besondere soziale Vergünstigungen an sich zu binden, doch blieben für die Masse der ungelernten Arbeiter die eben

beschriebenen Momente maßgebend.

Der Verlust des kommunalen Arbeitsplatzes bedeutete aufgrund der sozialen Vergünstigungen wie Lohnzulagen und Altersversorgung, die dadurch ebenfalls verloren gingen, einen empfindlicheren Schlag als der Verlust einer Arbeitsstelle in der privaten Wirtschaft; hatte ein auf dem Arbeitsmarkt kaum mehr konkurrenzfähiger älterer Arbeiter erst einmal die Hürden, die einer ständigen Anstellung bei der Stadt entgegenstanden, überwunden, lag die Hemmschwelle für solidarisches Verhalten im Konfliktfall sowie für die Vertretung der eigenen Interessen sehr hoch.

Diese pazifizierende Wirkung wurde durch die familiären Bindungen und Verpflichtungen noch erhöht. Wie bei der Behandlung des Witwengeldes deutlich wurde, unterlagen auch die Ehefrau und die Familie des Gemeindearbeiters einer sozialen Kontrolle, die durch die Wohnsituation in eigenen Stadtarbeitersiedlungen noch verstärkt wurde. Nicht nur von dem Gemeindearbeiter selbst, sondern auch von seiner Ehefrau und den größeren Kindern wurde ein besonderes Maß an Wohlverhalten erwartet. Die Gemeindearbeiterfamilie wirkte daher einem solidarischen Handeln der Arbeiter eher entgegen; so wurden Anfang 1908 bei einem Gasarbeiterstreik in Halle a. S. die Ehefrauen der Streikenden durch gezielte Hausbesuche der Polizei eingeschüchtert³¹.

Die Bedeutung der "Armen" und Invalidisierten sowie der oberen Altersgruppen, die noch in den 1890er Jahren das Lohnniveau in Gemeindebetrieben drückten und die gewerkschaftliche Organisierung erschwerten, nahm um die Jahrhundertwende ab. Allmählich traten die Unterschiede in der Betriebsgruppenstruktur zwischen den einzelnen Betrieben deutlicher hervor. Die traditionellen Personalgruppen wie Laternenanzünder, Straßenreiniger, Nachtwächter usw. spielten eine geringere Rolle, während sich bei den Gaswerken, den Wasser- und E-Werken und Straßenbahnen gewerkschaftlich organisierbare Arbeitergruppen konstituierten. Allein die hohe physische Belastung, der die Arbeiter im Feuerhaus der Gaswerke ausgesetzt waren, ließ nur den Einsatz jüngerer, gesunder Arbeitskräfte zu. Nach zehn, fünfzehn Jahren Ofenhausdienst waren die Arbeiter körperlich so zerrüttet, daß sie in der Regel an einen anderen Arbeitsplatz versetzt werden mußten³². In den

Werkstätten der Straßenbahnen, aus deren Facharbeitern das Fahrpersonal rekrutiert wurde, dürfte der Altersaufbau dem in einem vergleichbaren privaten Fabrikbetrieb entsprochen haben. In den Werkstätten und im Betriebsdienst waren eher jüngere, teils angelernte, teils gelernte Arbeitskräfte beschäftigt, während im Betriebsunterhalt und in den Freilandbetrieben die ungelernten Arbeiter, Alten und Invalidisierten überwogen. Je nach Betrieb und Arbeitsplatz war daher die Zusammensetzung der Arbeiter nach Herkunft, sozialer Lage, Altersaufbau und Familienstand verschieden; dementsprechend unterschiedlich gestalteten sich die Bedingungen für eine gewerkschaftliche Organisierung.

Aufgrund des geringen Anteils gelernter Arbeiter war es selbst bei den zentralen Versorgungsbetrieben möglich, die Produktion über einen gewissen Zeitraum hinweg nur mit dem Aufsichtspersonal, den Beamten und den von anderen Werken abkommandierten Arbeitern aufrecht zu erhalten. In diesem Zusammenhang bildeten die oberen Altersgruppen, die Armen und Invalidisierten sowie die ungelernten, nur vorübergehend angenommenen Arbeiter, etwa des Tiefbauamtes und der Straßenreinigung, eine latente Streikbrechertruppe.

Vor dem Ersten Weltkrieg näherten sich die Berufsfelder der öffentlichen und privaten Unternehmen einander an, und die Unterschiede in der Konfliktgruppenstruktur begannen zu verblassen. Mit den Einberufungen zum Kriegsdienst, der Beschäftigung von Frauen und Kriegsgefangenen, vor allem aber mit der Aufblähung der Gemeindebetriebe nach dem Ersten Weltkrieg kam das soziale Gefüge der Gemeindearbeiterschaft durcheinander. Auf dem Hintergrund der veränderten Rechtslage und des unterschiedlichen politischen und gewerkschaftlichen Umfeldes konnten die konflikthemmenden Faktoren, die bislang die auf Arbeiterstabilisierung ausgerichtete kommunale Arbeiterpolitik verstärkt hatten, nicht mehr so in Erscheinung treten wie vor 1914³³.

III. Wohnverhältnisse

Die freie Mietwohnung war die dominierende Wohnform der Gemeindearbeiter; hinsichtlich ihrer Wohnbedingungen und ihres Wohnverhaltens können daher ähnliche Merkmale angenommen werden, wie sie für vergleichbare Arbeitergruppen der privaten Wirtschaft galten. Unter den ständigen Arbeitern der zentralen kommunalen Betriebe spielten jedoch die Werkswohnung, die Werkskolonie und der genossenschaftliche Hausbesitz eine zunehmend wichtige Rolle.

Der Wohnungsfrage, insbesondere der Kleinwohnungsnot, schenkten vor der Jahrhundertwende sowohl die Stadtverwaltungen als auch die Gemeindearbeiterorganisationen wenig Aufmerksamkeit³⁴. Die Kommunen blieben in dieser Frage zunächst hinter den staatlichen Arbeitgebern zurück.

In Preußen wurden seit 1895 in regelmäßigen Abständen Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnverhältnisse der Arbeiter in staatlichen Betrieben und der gering besoldeten Staatsbeamten zur Verfügung gestellt. Diese Aufwendungen dienten hauptsächlich der Erstellung staatseigener Mietwohnungen und der Beleihung von Grundstücken der Baugenossenschaften sowie von Erbbaurechten und der Gewährung von Zusatzdarlehen auf Rentengüter kleinsten Umfangs³⁵.

Die Gesamtsumme der seit 1895 von Preußen bereitgestellten Mittel belief sich im Jahr 1912 auf 144 Mill. M ; davon hatten die Eisenbahnverwaltung über 88 Mill. M, die Verwaltung des Innern 27,5 Mill. M, die Bergverwaltung 24,25 Mill. M und die Bauverwaltung 1.486.000 M in Anspruch genommen; für Darlehen wurden verwendet: von der Eisenbahnverwaltung 38,75 Mill. M und mehr, von der Verwaltung des Innern circa 27,5 Mill. M, von der Bergverwaltung 22,5 Mill. M und der Bauverwaltung 2.000 M³⁶.

Mit zweiter Lesung vom 7. April 1913 bewilligte das preußische Abgeordnetenhaus weitere Staatsmittel "zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in staatlichen Betrieben und der gering besoldeten Staatsbeamten" in Höhe von 15 Mill. M³⁷. Unter dem 4. Juli 1914 wurden weitere 20 Mill. M zu Wohnungsfürsorgezwecken bereitgestellt³⁸. Im Jahr 1913 wurden darüber hinaus 238.000 M aus dem laufenden

Etat zur Vergabe von Einzelbaudarlehen in Höhe von 2- 6.000 M zur Verfügung gestellt; die Darlehen gingen meist an Angehörige der unteren Klassen der Eisenbahnbeamten und -arbeiter³⁹.

Die neu errichteten Eisenbahnerwohnungen im Stadtrandgebiet größerer Industriestädte bestanden gewöhnlich aus zwei geräumigen Stuben, einer Wohnküche, Flur, Bodenkammer und einer Stallung für Kleinvieh; außerdem gehörte zu jeder Wohnung wie zu den Wärterhäusern entlang der Strecke ein Stück Gartenland⁴⁰. Im Dezember 1913 wurden aufgrund einer Verfügung die Wärterhäuser ausgebaut und im Dachgeschoß weitere Räume mit geraden Fenstern untergebracht; die Wohnungen bestanden dann meist aus drei Zimmern, Küche und zwei Kammern⁴¹. Angesichts der chronischen Kleinwohnungsnot waren die Werkwohnungen sehr begehrt; die Einlieger waren meist Angehörige der unteren Gruppen der Eisenbahnbeamten wie Schaffner, Wagenmeister und Weichensteller sowie Werkstättenarbeiter und Bahnwärter.

Auch die bayerische Verkehrsverwaltung war bemüht, die Wohnverhältnisse ihres Personals durch den Bau bahneigener Wohnungen und die Unterstützung von Baugenossenschaften zu verbessern. Ende des Jahres 1907 war circa ein Drittel des verheirateten Eisenbahnpersonals in bahneigenen oder genossenschaftlichen Wohnungen untergebracht⁴². Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges kamen durch den Ausbau vorhandener Gebäude, die Zerlegung größerer Wohnungen in mehrere Kleinwohnungen und die Bereitstellung von Diensträumen für Wohnzwecke weitere 66 Wohnungen hinzu; ferner wurden 288 Neubauwohnungen fertiggestellt⁴³.

Ähnlich wie die anderen Staatsbahnverwaltungen bemühte sich die bayerische Verkehrsverwaltung, alle in der Umgebung von Bahnstationen oder in der Nähe von Eisenbahnerwohnungen gelegenen Freiflächen, die mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg bebaut werden konnten, als Gärten für den Anbau von Obst und Gemüse oder landwirtschaftlich zur Gewinnung von Getreide, Kartoffeln und Futtermitteln für Kleinvieh nutzbar zu machen; die Größe der einzelnen Parzellen sollte dabei nicht unter 40 qm oder erheblich über 100 qm liegen⁴⁴.

Während die Dienstwohnungen dem Personal gewöhnlich zu Zwecken der Repräsentation und Diensterleichterung zur Verfügung gestellt wurden, trug die Vermietung staatseigener

Wohnungen, zumindest im Bereich der Verkehrsverwaltung, ausschließlich einen Wohlfahrtscharakter. Die Auswahl der Bewerber richtete sich dabei nach den Kriterien der "Dürftigkeit" und "Würdigkeit" sowie nach der Größe der Wohnung und der Kopfzahl der Familie⁴⁵.

Die staatliche Wohnungsfürsorge ließ in begrenztem Umfang Werkskolonien entstehen. Ein Beispiel solcher Staatsarbeitersiedlungen bilden die Eisenbahnerwohnungen "An den Rampen" in Nürnberg. Diese Wohnungsanlage geht auf eine Initiative des unteren Eisenbahnpersonals zurück, das sich zu einer Genossenschaft zusammenschloß und auf Staatsgrund im Erbbaurecht einen Häuserblock mit ungefähr 65 Wohnungen à 3 Zimmer sowie eine Reihe weiterer Häuser mit 2-, 3- und 4-Zimmer-Wohnungen erbaute⁴⁶. Die Wohnungen wurden von niederen Beamten und Arbeitern mit durchschnittlich 2 bis 4 Kindern und einem Jahreseinkommen von etwa 1.500 M bewohnt. Die Durchschnittsmiete einer 3-Zimmer-Wohnung betrug 1912 circa 320 M im Jahr⁴⁷. Um diese Mieten aufbringen zu können, war es für viele Eisenbahner unumgänglich, trotz behördlichen Verbots Untermieter oder Schlafgänger aufzunehmen⁴⁸.

Das Untervermieten staatlicher Werkswohnungen war in der Regel verboten. Insbesondere das Schlafgängertum wurde von den Behörden als "unsittlich" untersagt und Verstöße mit Dienststrafen geahndet; für die Arbeiter bildete jedoch die Aufnahme von Schlafgängern oder Untermietern oft die einzige Gelegenheit, finanziellen oder sonstigen familiären Krisensituationen zu begegnen⁴⁹. So zwang insbesondere die Eisenbahnarbeiter ihr geringes Einkommen zu ständigem Wohnungswechsel, je nach dem Umfang der augenblicklichen Familien- und Haushaltsgröße bzw. nach Notwendigkeit und Möglichkeit der Untervermietung. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zogen fast 50 % der unteren Eisenbahnarbeiter in den Städten alljährlich um⁵⁰. Für die Masse der Eisenbahnarbeiter waren die staatseigenen bzw. genossenschaftlichen Wohnungen mit ihrer verhältnismäßig hohen Verweildauer irrelevant. Vielmehr bezeichnete die Deutsche Verkehrspersonal-Zeitung folgende Zuschrift eines württembergischen Bahnmeisters aus dem Jahr 1917 als zutreffend: "Losgelöst von der Mutter Erde, sind wir ein wanderndes Volk geworden. Nichts ist uns mehr lieb und wert, die Umgebung fremd, liebe Freunde eine Aus-

nahme (...) kann Heimatgefühl entstehen, wo alles fremd ist?"⁵¹

Auch die Wohnverhältnisse der Gemeindearbeiter waren, vor allem vor der Jahrhundertwende, wenig vorteilhaft. Die Wohnungen bestanden meist nur aus Stube und Küche⁵². In Berlin und wohl auch in den anderen Großstädten wohnten die meisten Gasarbeiter aus Betriebsstandortgründen in den Vororten oder an der äußersten Peripherie der Städte⁵³. Da der Weg zum Stadtzentrum für die meisten Arbeiter zu zeitraubend war, ging der Gemeindearbeiterverband dazu über, keine zentralen Ortsversammlungen mehr abzuhalten und statt dessen mehrere Bezirksversammlungen in der Wohngegend der Mitglieder durchzuführen⁵⁴.

Erst nach der Jahrhundertwende gingen einige Stadtverwaltungen dazu über, nicht nur Dienstwohnungen für Beamte, sondern auch preisgünstige Wohnungen für ständige Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Nach einer Erhebung des Kaiserlichen Statistischen Amtes aus dem Jahr 1909 über die kommunale Wohnungsfürsorge stellten 42 von insgesamt 106 Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern Wohnungen für ihre städtischen Arbeiter und unteren Angestellten bereit⁵⁵.

Die Mieten lagen durchwegs etwas niedriger, als sie sonst in der jeweiligen Gegend für gleich große Wohnungen üblich waren. Die Mietverträge, insbesondere die Bestimmungen der Mietzahlung und Kündigung, entsprachen den üblichen Bedingungen⁵⁶. Dennoch gewannen die Verwaltungen durch die Bereitstellung von Wohnungen eine zusätzliche Kontrolle über die Arbeiter. Diese blieben nun auch im Wohnbereich unter der Oberaufsicht derjenigen Behörde, "welcher der Wohnungsinhaber durch seine amtliche Stelle zunächst unterstellt ist, oder welcher diese Aufsicht organisationsmäßig oder durch den Magistrat zugeteilt ist"⁵⁷.

Ungeachtet anderslautender Kündigungsbestimmungen besaßen die Stadtverwaltungen im Konfliktfall in der Androhung der Einforderung überfälliger Mietzahlungen oder der Entlassung eine scharfe Waffe gegenüber den Arbeitern. Im Kieler Streik 1909 wurde vom Magistrat eine Reihe von streikenden Arbeitern aus den städtischen Wohnungen ausgemietet⁵⁸.

Der Gemeindearbeiterverband befürchtete daher von einer verstärkten kommunalen Wohnungsfürsorge eine Beschränkung

der Bewegungsfreiheit der Arbeiter: "Diese städtischen Arbeiterwohnungen werden also zu einer mächtigen Waffe der städtischen Organe gegen ihre Arbeiter. Sie schränken den Arbeitern erheblich ihre Koalitionsfreiheit ein"⁵⁹. Der Verband forderte daher, jede Koppelung von Bestimmungen bezüglich des Miet- und Arbeitsverhältnisses zu beseitigen⁶⁰.

Außer der Kündigung der Wohnung nach einer Entlassung aus dem kommunalen Arbeitsverhältnis befürchteten die Arbeiter eine Arbeitsverpflichtung über die Betriebsarbeitszeit hinaus, etwa in Form von Hausmeistertätigkeiten, Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten⁶¹.

Der Gemeindearbeiterverband wandte sich daher in Berlin gegen einen kommunalen Wohnungsbau für Gemeindearbeiter und forderte statt dessen Baugenossenschaften auf der Basis der Wohnungsvermietung⁶².

Entgegen diesem anfänglichen Widerstand seitens des Gemeindearbeiterverbandes nahm die kommunale Wohnungsfürsorge um die Jahrhundertwende an Umfang zu und stieß bei den unorganisierten Arbeitern auf zunehmendes Interesse. Bereits im Jahr 1899, als Gemeindegremium und Magistrat der Stadt Nürnberg die "Errichtung von Wohnungen für städtische Arbeiter und Bedienstete seitens der Stadt"⁶³ beschlossen, bewarben sich innerhalb kürzester Frist 700 Arbeiter, das entsprach 45 % der Gemeindearbeiterschaft Nürnbergs, um die insgesamt 108 veranschlagten Wohnungen⁶⁴.

Gemessen an der Zahl der zur Verfügung gestellten Wohnungen lagen von den vom Kaiserlichen Statistischen Amt erfaßten Städten Frankfurt a. M., Essen, Köln, Kiel und Düsseldorf an der Spitze. Insgesamt gesehen waren neben Erfurt und Kiel von den preußischen Kommunen insbesondere die Städte der Rheinprovinz auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge führend. In den süddeutschen Gebieten bemühten sich in erster Linie München, Augsburg und Fürth, Freiburg und Mannheim sowie die württembergischen Städte mit Ausnahme Eßlingens darum, die Wohnsituation ihrer Arbeiter zu verbessern⁶⁵.

In München entstand im Sendlinger Unterfeld an der Thalkirchner Straße ein Stadtarbeiterviertel. Es handelte sich im wesentlichen um 1- und 2-Zimmer-Wohnungen mit Kammer und Flur⁶⁶. Daneben waren noch eine Reihe von Wohnungen in gemeindlichen Anwesen, Herbergen, Betriebsgebäuden, Schul-

häusern usw. untergebracht, die teils als Dienstwohnungen verwendet, teils an bedürftige Personen in städtischen Diensten weitervermietet wurden. Dabei handelte es sich in der Mehrzahl um 2- bis 4-Zimmer-Wohnungen mit Küche und Nebenräumen⁶⁷.

Weitere Einzelheiten bezüglich der Bereitstellung von Wohnungen durch die Städte für ihre eigenen Arbeiter können der Tabelle 54 entnommen werden⁶⁸; dabei wurden nur diejenigen Städte aufgeführt, für die genauere Angaben über die Höhe des Mietpreises der Wohnungen und die Berufsart der Arbeiter, denen Wohnungen zur Verfügung gestellt wurden, vorliegen.

Diesen Angaben zufolge bildeten die Arbeiter der städtischen Versorgungsbetriebe, insbesondere der Gas-, Wasser- und E-Werke, der Straßenbahnen und der Schlacht- und Viehhöfe, die bei der Vergabe von Wohnungen bevorzugten Arbeitergruppen. Gemessen an der Zahl der zur Verfügung gestellten Wohnungen dürften danach die jeweils bessergestellten Arbeiter und Vorgesetzten wie Werkmeister und Werkführer weitgehend in städtischen Wohnungen untergekommen sein.

Diese Vergabe von Wohnungen sorgte für eine deutliche Differenzierung der Gemeindearbeiterschaft und förderte die Betriebs- und Ortsgebundenheit gerade der potentiell konfliktfähigen, gewerkschaftlich organisierbaren Arbeitergruppen. Die kommunale Wohnungsfürsorge ließ Werkskolonien für städtische Arbeiter und Bedienstete entstehen, deren preisgünstige Mieten und oft günstige Lage nahe des Arbeitsplatzes für eine hohe Verweildauer sorgten.

Angesichts der hierarchischen Struktur der Belegschaften kommunaler Betriebe drohten derartige Werkswohnungen nicht zu potentiellen Konfliktherden zu werden. Das Zusammenwohnen von Vorgesetzten, Beamten, Aufsehern usw. mit den privilegierten ständigen Arbeitern erhöhte vielmehr die gegenseitige soziale Kontrolle. Allein die Lage der städtischen Wohnungen in einzelnen Wohnhäusern oder wenigen Häuserblocks, die je nach Standort des Betriebs abseits der zentralen Wohngebiete, zum Teil außerhalb der Städte errichtet wurden, ließ im Gegensatz zum Werkswohnungsbau privater Unternehmen kaum klassen- oder berufsgruppenhomogene Wohngebiete entstehen. Die heterogene berufliche und soziale Zusammensetzung

der Gemeindearbeiterschaft und die verbreitete ständische und soziale Rivalität der verschiedenen Anstellungs- und Berufsgruppen untereinander wurden in den Wohnbereich hineingetragen und sorgten für eine gegenseitige Kontrolle im Sinne der Interessen des Arbeitgebers. Darüber hinaus wurden die stabilisierende Funktion der Familie und der Rückzug ins Private gefördert.

Bedeutender als die Errichtung von Neubauwohnungen durch die Städte selbst war die Förderung des Arbeiterwohnungsbaus durch Gewährung von Darlehen, Leistung von Bürgschaften und die Bereitstellung billigen Baugrunds⁶⁹.

Demgegenüber war die Zahl der Dienstwohnungen eher gering. Von der Gesamtzahl der ermittelten Dienstwohnungen entfielen im Jahr 1907 26,3 % auf die Schulverwaltung, 11,4 % auf die Krankenanstalten, 8,9 % auf die Gas-, Wasser- und E-Werke, 7,2 % auf das Feuerlöschwesen, 5,2 % auf die Vieh- und Schlachthöfe; der Rest verteilte sich auf die übrigen städtischen Verwaltungen⁷⁰.

Von den Beamtendienstwohnungen entfielen im Jahr 1907 4,55 % auf obere Beamte, 17,45 % auf mittlere Beamte, 38,77 % auf untere Beamte und 39,23 % auf sonstige Angestellte und Arbeiter⁷¹.

Aus Betriebsstandortgründen lagen 18 % der städtischen Dienstwohnungen im Jahr 1907 außerhalb der Städte⁷².

Nicht nur im Falle von Dienstwohnungen und sonstigen städtischen Gemeindearbeiterwohnungen gingen Arbeits- und Wohnbereich ineinander über. Das galt auch für jene Untermietsverhältnisse, bei denen Untergebene in den Häusern oder Wohnungen von Vorgesetzten wohnten⁷³. Private und dienstliche Belange wurden dabei oft nicht voneinander getrennt: "So ist ein Arbeiter wochenlang Morgens von 6 Uhr ab bis Abends um 6 Uhr, in dem Garten des Maschinenmeisters beschäftigt worden."⁷⁴

Daß derartige Eigentümlichkeiten nicht nur auf die frühen Jahre der Gemeindebetriebe beschränkt blieben, geht aus einer Zuschrift hervor, die 1920 an den Münchener Stadtrat gerichtet und von diesem an die Direktion der städtischen Gasanstalt weitergeleitet wurde:

Wie das Gerücht geht, wollen Sie Einsparungen in der Verwaltung erzielen. Ja, warum schaffen Sie die Gärtnerei in der alten Gasanstalt nicht ab. Drei Mann sind

jahrzehntelang beschäftigt, für einige Herren der Direktion und ihres Anhangs Gemüse und Blumen zu ziehen (...); Warmhäuser, Holz und Koks fuhrenweise, alles ist da. (Anm. 75)

Das Untervermieten von Wohnraum an Untergebene scheint eine verbreitete Erscheinung gewesen zu sein; das genaue Ausmaß dieser Verquickung von Arbeits- und Wohnbereich, von Begünstigung oder Diskriminierung ist jedoch anhand der Quellen nicht feststellbar. Obwohl die Masse der Gemeindearbeiter, alle nichtständigen sowie die meisten ungelernten Arbeiter, auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen waren, wurde ein beträchtlicher Teil der ständigen Arbeiter, der Aufseher und unteren Beamten von der städtischen Wohnungsfürsorge erfaßt. Das bedeutete angesichts der chronischen Kleinwohnungsnot, die sich vor allem nach dem Ersten Weltkrieg extrem verschärfte, einerseits eine deutliche Privilegierung, andererseits wurde die Kontrolle des außerdienstlichen Verhaltens, das für das berufliche Fortkommen mitentscheidend war, durch den Arbeitgeber erleichtert. Der einzelne Arbeiter unterlag der Beobachtung durch die Behörde, die nicht nur auf die Gestaltung seines Wohnbereichs, sondern auch seines Feierabends Einfluß nehmen konnte.

2. Die Betriebsgruppenstruktur

I. Betrieb, Reparatur, Unterhalt

Die zentralen städtischen Versorgungsbetriebe untergliederten sich in drei voneinander abgegrenzte Betriebszweige: den Betriebsunterhalt, die Werkstätten und den eigentlichen Fabrikbetrieb. Diese drei Betriebszweige differierten hinsichtlich der Arbeitsplatzverhältnisse und Arbeitsverrichtungen, setzten sich aus dementsprechend unterschiedlichen Arbeiterkategorien zusammen und beeinflussten mittelbar Lage und Verhalten der Arbeiter.

Der Betriebsdienst umfaßte jeweils die zentralen, für die typische Funktion der Betriebe wesentlichen Arbeitsverrichtungen.

Bei den Gas- und E-Werken umfaßte der Betriebsdienst die Arbeit an den eigentlichen Betriebsmitteln zur Strom- und Gaserzeugung und -lieferung. Hierzu zählen die Arbeiten an den Öfen und Retorten im Feuerhaus der Gaswerke, auch Retorten- oder Ofenhaus genannt, an den Dampfkesseln und Dampfmaschinen, den Batterien und Dynamos, in den Pumpschächten, der Ammoniakfabrik und an den Einrichtungen zur Koksförderung und -aufbereitung.

Angesichts der überragenden Bedeutung der Gasarbeiter für die Gemeindearbeiterbewegung¹ sollen im folgenden die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsverrichtungen in den Gaswerken näher untersucht werden. Von den speziellen Bereichen Lohn und Arbeitszeit² abgesehen, werden dabei auch die durch den Arbeitsplatz bedingten Arbeitsbedingungen analysiert.

Bei den Gaswerken ließen die hohen Temperaturen und die Schadstoffe in der Luft die Schichtarbeit im Feuerhaus zu der wohl gesundheitsgefährlichsten Arbeit aller städtischen Betriebe werden.

Die Öfen waren zu zwei gegenüberliegenden Ofenblöcken angeordnet. Jeder Ofen besaß mehrere, meist neun schrägliegende Retorten, die von dem Mittelgang zwischen den beiden Ofenblöcken aus bedient wurden. Die Arbeiter waren dabei der Hitze von beiden Seiten ausgesetzt³.

Die hauptsächlichen Arbeitsverrichtungen waren: das Schlacken der Feuer und Wegschaffen der Schlacke; das Herankarren der Kohle und das Schüren der Öfen; das Laden, Einsetzen und "Ziehen" der Retorten und das Ausbrennen der Steigrohre; das Herausfahren des heißen Koks und das Laden und Löschen des Koks.

Gearbeitet wurde im Team: Drei Mann bedienten zwei Öfen, vier Mann drei Öfen oder fünf Mann vier Öfen; zum Teil wurde die Arbeit des Schlackens und Schürens von eigenen Feuerschlackern und Schürern erledigt.

Man arbeitete im Turnus: eine Stunde Arbeit, eine Stunde Pause. Jede Retorte mußte vier Stunden "stehen", was dadurch erreicht wurde, daß beim "Ziehen" jeweils eine Retorte übersprungen wurde.

Die Arbeitsphase, die "Tour", wurde in der Praxis häufig in einer Dreiviertelstunde erledigt. Je nachdem wieviele Touren pro Tag gefahren werden mußten, verlängerte sich infolgedessen die Ruhepause. Meist wurden sechs Touren pro Tag gearbeitet, es gab jedoch auch Betriebe, die bis zu neun Touren pro Tag fahren ließen.

Die Ruhepausen nach jeder Tour wurden in dafür vorgesehenen Betriebsstuben mit Kartenspiel und Biertrinken zugebracht. Meist war keine gesonderte Mittagspause vorgesehen⁴.

Fast durchwegs wurde eine Zwölf-Stunden-Schicht gearbeitet: die Frühschicht von 6 bis 18 Uhr und die Spätschicht von 18 bis 6 Uhr. Je nach Arbeitsorganisation endete die Dienstzeit vor Ablauf der Schicht.

Die Wechselschicht betrug vor der Jahrhundertwende oft 24 Stunden, nach 1900 meist 18 Stunden, teilweise auch nur zwölf⁵.

Die Arbeitsbelastung war in den Wintermonaten aufgrund des höheren Gasverbrauchs zu Heizzwecken am größten, während in den Sommermonaten nur ein Bruchteil der Öfen in Betrieb war⁶.

Je nach dem Stand der Technik differierten die Arbeitsbedingungen und Arbeitsverrichtungen in den einzelnen Gaswerken. Es handelt sich dabei jedoch nur um geringfügige Abweichungen, die für den Zeitraum zwischen den 1890er Jahren und dem Ersten Weltkrieg vernachlässigt werden können⁷.

Im folgenden soll eine Zuschrift des Vorstandes der

Ludwigshafener⁸ Filiale des Gemeindearbeiterverbandes an die Gewerkschaft vollständig wiedergegeben werden, da sie zum einen eine exemplarische Arbeitsplatzbeschreibung leistet und zum anderen den Korpsgeist der Arbeiter zum Ausdruck bringt. Der Beitrag entstand anlässlich einer Kontroverse zwischen den Arbeitern der Mannheimer und der Ludwigshafener Filiale um die Frage, wer von ihnen die schwierigeren Arbeitsbedingungen zu meistern hätte:

Unsere Arbeitszeit beginnt früh 6 Uhr bis 6 Uhr Abends, also zehn Stunden. Es sind fünf Touren zu machen, drei Touren Vormittags, zwei Touren Nachmittags. Dann haben drei Mann zwei Oefen bezw. vier Mann drei Oefen à neun Retorten. Morgens nach der ersten Tour werden die Feuer geschlackt, was die an den Retorten beschäftigten Arbeiter selbst besorgen müssen, nicht wie in Mannheim, wo extra Feuerschlacker sind. Kohlen werden auch von den Feuerleuten vermittelt Schubkarren herbeigeschafft. Dann Retorten einsetzen, Steigrohre, sogenannte Pfeifen ausbrennen, was das schlimmste ist. Ferner die Schlacken, die es vom Feuerputzen giebt, in Körben fortschaffen. Der vierte Mann von an drei Oefen beschäftigten Leuten fährt den Coaks auf das Coakslager, wo er ihn mit blechernen Eimern auslöschen muß, was bei Sturm nichts angenehmes ist, da das Wasser weit getragen werden muß. Bei zwei Oefen besorgt dies der dritte Mann, welcher dann auch noch Retorten laden und Coaks aufeinander schaufeln muß. Unsere Retorten sind auch nicht besser, wie in Mannheim, zumal an den älteren Oefen. Ferner haben wir Sonntags 24stündige Schicht, während in Mannheim bloß 18stündige, und dieselbe Arbeit wie am Werktag. Wenn man Alles in Allem vergleicht, haben es die Ludwigshafener Kollegen härter als in Mannheim, trotz neun Touren.

Der Vorstand der Filiale Ludwigshafen.
(Anm. 9)

Nicht nur die Kohlenkarrer, Putzer, Schürer usw., sondern auch die Retortenarbeiter setzten sich aus ungelernten, teils angelernten Arbeitskräften zusammen, die im Konfliktfall leicht zu ersetzen waren:

Die Arbeit des Retortenarbeiters in Gaswerken erfordert so gut wie gar keine Lehrzeit; in wenigen Stunden sind die notwendigsten Dinge begriffen, und die Hauptanforderung wird nur an die physische Leistungsfähigkeit des Arbeiters gestellt. (Anm. 10)

Diese war allerdings enorm. Die hohen Temperaturen an den Öfen, die Temperaturschwankungen beim Verlassen des Feuerhauses, zumal im Winter und bei schlechter Witterung, die ohnehin schwere Tätigkeit des Kohle- und Koksladens und Schürens, die zusätzliche Belastung durch die Schichtarbeit, die insbesondere bei Schichtwechsel überlangen Arbeitszeiten, der infolge der Hitze und der körperlichen Belastung

gesteigerte Bierkonsum und das Einatmen der giftigen Dämpfe, des Kohlenstaubs und anderer Schadstoffe verschlissen die Arbeitskraft innerhalb weniger Jahre.

Angesichts des schmutzigen und gesundheitsschädlichen Arbeitsplatzes kam der Bereitstellung von Arbeitskleidung, von Dusch- und Waschräumen, sauberen Unterkünften für die Pausen sowie einer gesonderten Mittagspause besondere Bedeutung zu. Gerade in den 1890er Jahren war es darum jedoch sehr schlecht bestellt.

Meist war keine gesonderte Mittagspause vorgesehen. Das Essen wurde oft im Feuerhaus selbst eingenommen. Doch auch in den gesonderten Unterkünften klagten die Arbeiter über Staub und Schmutz im Essen¹¹. In der Berliner Ersten Städtischen Gasanstalt wurde die Koksasche bis an die Fenster des Unterkunftsraumes aufgefahren, Trinkwasser war keines vorhanden¹². Auch in den zum Teil privaten Kantinen waren die Bierflaschen etc. verschmutzt¹³. Die Stuben für die Ruhepausen glichen oft wahren "Räucherzimmer(n)": "Kohlendunst", "Schweiß", Teer, Wagenschmiere und der "Gestank aus der Reinigung"¹⁴ machten den Aufenthalt in den Unterkünften teilweise unerträglich.

Lungentuberkulose, Darmentzündung und Rippenfellentzündung waren typische Berufskrankheiten der Gasarbeiter. Bei den Reinigungsarbeiten kam es häufig zu CO₂-Vergiftungen¹⁵. Der Verschleiß der Arbeitskraft war vielfach bereits nach 5- bis 10jähriger Ofenhausarbeit so fortgeschritten, daß die Arbeiter in andere, teils niedriger bezahlte Arbeiten zurückgestuft werden mußten. Die Sterblichkeit unter den Feuerhausarbeitern lag überdurchschnittlich hoch, wobei Magen- und Lungenkrebs an erster Stelle rangierten¹⁶.

Neben der Austauschbarkeit der Arbeitskräfte aufgrund der geringen Qualifikationsanforderungen wirkten die Produktionsschwankungen konflikthemmend. In der Fünften Berliner Gasanstalt waren im Hochsommer nur noch 14 Öfen in Betrieb, gegenüber 40 Öfen im Dezember¹⁷. Angesichts des minimalen Gasverbrauchs in den Sommermonaten war ein Streik zu dieser Jahreszeit so gut wie aussichtslos. In den Wintermonaten konnten jedoch die streikenden Gasarbeiter aufgrund der höheren Winterarbeitslosigkeit unter den ungelernten Arbeitern der privaten Wirtschaft oder der kommunalen Saison- und Frei-

landbetriebe sehr leicht ersetzt werden. Die ersten spontanen Streiks der Gasarbeiter in Berlin und Hamburg verliefen daher ungünstig¹⁸. Auch die zusätzliche Beschäftigung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften und Gütlern aus den polnischen Gebieten und die vorübergehende Einstellung in anderen Gewerkschaften organisierter Hilfsarbeiter während der winterlichen Hauptlastzeiten reduzierten die Konfliktfähigkeit und Solidarität der Belegschaften¹⁹.

Darüber hinaus war die Verwaltung bei der Gasproduktion nicht unbedingt auf die Feuerhausarbeiter der Kohlengas-Anlage angewiesen. Normalerweise wurde dem Kohlengas in geringer Menge Wasserstoffgas beigegeben. Im Falle eines Streiks an den Öfen war es nun bei einer entsprechend ausgerüsteten Wasserstoffgas-Anlage möglich, große Mengen Wasserstoffgas mit verhältnismäßig wenig Streikbrechern zu produzieren²⁰. Im Gegensatz zu der Bedienung der Öfen und Retorten im Feuerhaus waren an den Maschinen und technischen Apparaten, Kesseln usw. "durchgängig Beamte"²¹ eingesetzt, die leichter zu Streikbrecherdiensten herangezogen werden konnten. Je länger ein Streik andauerte, desto eher konnte die Produktion anderweitig aufrechterhalten werden:

Ist ein Gasarbeiterstreik in 3 Tagen nicht siegreich beendet, so muß er als verloren betrachtet werden. Wenn in 3 Tagen kein Gasmangel eintritt, wurde der Beweis erbracht, daß die Verwaltung im Stande ist, die nöthigen Gasmengen zu produziren. (anm. 22)

In entscheidendem Maße konfliktfördernd wirkte sich dagegen die beschriebene Arbeitsorganisation aus. Die Feuerhausarbeiter hatten einen ortsgebundenen, allein baulich klar umrissenen Arbeitsplatz. Im Streikfalle diente ihnen das Feuerhaus als Versammlungsraum²³. Sie arbeiteten über Jahre hinweg an ein und denselben Öfen und Retorten und entwickelten zu ihnen einen persönlichen, beinahe besitzanzeigenden Bezug. Sie verfügten über einen eigenen Berufsjargon; sie waren gemeinsam und unterschiedslos den physischen Belastungen und gesundheitlichen Risiken ihres Arbeitsplatzes ausgesetzt; sie arbeiteten turnusmäßig und im Team und verbrachten fünf von elf Betriebsstunden mit gemeinsamen Erholungspausen. Jede Arbeitstour erforderte eine gemeinsame Verausgabung von Arbeitskraft. Zu der Teamarbeit trat der solidarisierende Effekt der Schichtarbeit hinzu. Die hohe

"Körperlichkeit" der Arbeit, Hitze, Ruß, Dunst, Schweiß, die gemeinsamen Wasch- und Aufenthaltsräume und die Geselligkeit während der Pausen sorgten für eine "Intimität" der Arbeit, wie sie bei keinem anderen städtischen Arbeitsplatz anzutreffen war. Die durch die Arbeitsorganisation bedingte große Kommunikationsmöglichkeit wurde noch dadurch erhöht, daß die vertikale soziale und berufliche Hierarchie im Feuerhaus so gut wie aufgehoben war. Darüber hinaus besaßen die Feuerleute aufgrund ihres Werkstoffes und ihres Produkts - Kohle und Licht - ein hohes Selbstwertgefühl:

Ihr mit der rauen Faust,
Die ihr aus Kohlen,
Den rußigen, schwarzen,
Das Licht uns zaubert
Und Wärme und Kraft. -

...
Seid uns begrüßt!

(Anm. 24)

Außerdem bildeten die Feuerhausarbeiter allein zahlenmäßig die dominierende Berufsgruppe innerhalb des Betriebsdienstes der Gaswerke²⁵.

Nach all dem ist es nicht verwunderlich, daß die Gasarbeiter - und darunter verstand man in erster Linie die Feuerhausarbeiter - sowohl bei der Gründung des Gemeindearbeiterverbandes die ausschlaggebende Rolle spielten²⁶, als auch in den folgenden Jahren die "Kerntruppen"²⁷ des Verbandes abgaben: "Von den einzelnen Arbeiterkategorien bilden die Gasarbeiter den Grundstock unseres Verbandes."²⁸ Ende 1910 stellten die Gasarbeiter 32,7 % der gesamten Verbandsmitgliedschaft²⁹. Dazu jedoch später³⁰.

Für das Konfliktverhalten und die Konfliktbereitschaft, das Organisationsverhalten und das Verhältnis von Loyalität und Solidarität entscheidend war das Ausmaß, in dem eine bestimmte ihrer beruflichen Qualifikation und sozialen Herkunft nach verwandte Arbeitergruppe an einem Arbeitsplatz vertreten war. Dies hing von der Arbeitsorganisation ab, die ihrerseits konflikthemmend oder konfliktfördernd sein konnte.

Eine solche soziale und berufliche Homogenität und eine die Interessenartikulation und Konfliktbereitschaft fördernde Arbeitsorganisation, wie sie für die Feuerhausarbeiter der Gaswerke gegeben war, existierte beim Betriebsdienst der E- und Wasserwerke nicht. Die Konfliktherde lagen dort eher

in den Werkstätten und dem Betriebsunterhalt, bei Rohrlegung und Installation.

Der Betriebsdienst der E-Werke war in hohem Maße technisiert. An das Dynamo-Apparaten- und Maschinenpersonal wurden sowohl physische als auch geistige Anforderungen gestellt, die nur von ständigen, gelernten Arbeitskräften erfüllt werden konnten³¹. Der Vorteil, den die höhere Qualifikation bei der Interessenartikulation und Interessenvertretung potentiell bedeutete, wurde durch die Beamteneigenschaft der Mehrheit des Personals wieder aufgewogen, die zusammen mit der damit verbundenen Privilegierung konflikthemmend wirkte. Hinzu kamen eine durch Technisierung und Spezialisierung bedingte Vereinzelung der Arbeitskräfte und eine entsprechend ausgeprägte vertikale Hierarchie. An das eigentliche Arbeiterpersonal, die Heizer, wurden nur physische Anforderungen gestellt³². Es war ohne weiteres zu ersetzen, quantitativ gegenüber dem gelernten, beamtenähnlichen oder verbeamteten Personal in der Minderheit und aufgrund der Arbeitsorganisation und der innerbetrieblichen Hierarchie nicht in der Lage, eine homogene Gruppe zu bilden. Dementsprechend konnte es - obwohl an den zentralen Betriebsmitteln tätig - nicht die Initial- und Führungsfunktion erfüllen, wie es den Feuerhausarbeitern der Gaswerke möglich war.

Bei den E-Werken kam außerdem ihre zeitlich spätere Entwicklung hinzu, die ihrerseits noch vor dem Ersten Weltkrieg aufgrund technologischer und industriepolitischer Veränderungen zur gemischt-wirtschaftlichen Betriebsform führte. Dementsprechend gering war die Bedeutung der Elektrizitätsarbeiter in der Gemeindearbeiterbewegung vor 1914. Mit einem Anteil von 3,7 % an der Mitgliedschaft des Gemeindearbeiterverbandes lagen sie Ende 1910 weit hinter den Arbeitern der Straßenreinigung und dem Heil-, Pflege- und Badepersonal³³.

Bei den Wasserwerkern kam zwar die Zusammensetzung nach gelernten und ungelernten Arbeitern mit einem - ähnlich wie bei den Gaswerken - deutlichen Überwiegen der ungelernten Arbeiter einer gewerkschaftlichen Organisation insofern entgegen, als die Spaltung der Belegschaft in Beamte und Arbeiter gegenüber den E-Werken zurücktrat, doch verhinderten andere Faktoren eine aktivere Rolle des Betriebspersonals

der Wasserwerke. Hierzu zählen zum einen die bereits erwähnte geringe Qualifikation, mithin leichte Austauschbarkeit des Personals, zum anderen Art und Umfang der "Produktion": die Anzahl der Wasserwerker war allein absolut gerechnet sehr gering³⁴; die einzelnen Arbeitsplätze waren über das Stadtgebiet und die Peripherie verteilt und die Trinkwasserversorgung und Abwässerbeseitigung durch Streikmaßnahmen nicht lahmzulegen: "In Wasser- und Kanalisationswerken ist jeder Streik von vornherein aussichtslos."³⁵ So zählten zwar die Wasserwerker und Kanalisationsarbeiter zu den ersten und treuesten Stützen des Gemeindearbeiterverbandes, ihr Konfliktpotential, zumindest was die Arbeiter an den eigentlichen Betriebsmitteln anbelangt, war jedoch gering. Ihr Mitgliederanteil von 5,0 % Ende 1910 an der Gesamtmitgliedschaft des Gemeindearbeiterverbandes bedeutete daher fast ausschließlich eine finanzielle Unterstützung³⁶.

Völlig anders lagen die Dinge im Betriebsdienst, d. h. im Fahrdienst der städtischen Verkehrsbetriebe. Ähnlich wie die Feuerhausarbeiter der Gaswerke konnte dort eine einzige Berufsgruppe, die Fahrer und Schaffner, durch einen Streik die Funktion des gesamten Betriebes empfindlich treffen. Wie die Gasarbeiter verfügten die Fahrer und Schaffner über genügend Kommunikationsmöglichkeiten, die zu einer Verabredung von Arbeitsk Kampfmaßnahmen notwendig sind. Zwar handelte es sich beim Fahrpersonal der Straßenbahnen durchwegs um Beamte, doch wurde die davon ausgehende pazifizierende Wirkung durch die Besonderheit des Spezialistentums abgeschwächt: Schaffner und Wagenführer wurden aus den Facharbeiterkreisen der Straßenbahnwerkstätten rekrutiert; darüber hinaus besaßen sie eine, wenngleich mangelhafte, theoretische und praktische Fahrausbildung; das Fahrpersonal konnte demnach nicht ohne weiteres ersetzt werden. Gleichzeitig stellten die Fahrer und Schaffner eine rein zahlenmäßig dominierende Berufsgruppe innerhalb der Verkehrsbetriebe dar³⁷.

Die Arbeitsbedingungen waren hart und stellten, insbesondere bei schlechter Witterung und im Winter, hohe Anforderungen nicht nur an die geistige, sondern auch die physische Leistungsfähigkeit des Personals. Lange Zeit kannte man keine verglasten Fahrererkabinen. Die Fahrer saßen mit Brille, Helm und Handschuhen bewehrt im Freien und waren nur unzu-

reichend gegen Witterungseinflüsse wie Schnee und Regen geschützt. Die technischen Einrichtungen, insbesondere die Bremsen, waren den Belastungen oft nicht gewachsen, schadhaft oder die Fahrer unzureichend an ihnen ausgebildet³⁸. Die Verkehrssituation selbst war in den Großstädten aufgrund des Verkehrsverhaltens der übrigen Verkehrsteilnehmer oft chaotisch und nervenaufreibend. Hinzu kamen die langen Fahrzeiten von über 10 Stunden pro 13 Stunden-Dienstschicht³⁹.

Gemessen an der Arbeitsorganisation waren die Voraussetzungen für Interessenvertretung und Konfliktfähigkeit im Fahrdienst der Straßenbahnen die besten neben denjenigen der Gasarbeiter. Wie die Feuerhausarbeiter unterlagen sie am Arbeitsplatz kaum irgendwelcher sozialen oder beruflichen Hierarchie. Das Vorgesetztenverhältnis beschränkte sich auf Fahrer und Schaffner. Daß es dennoch vielerorts zu keiner nennenswerten freigewerkschaftlichen Organisierung der Straßenbahner kam und in vielen Städten "gelbe" Betriebsorganisationen vorherrschten, lag an dem mit dem Spezialistentum und der Beamteneigenschaft verbundenen ständischen, elitären Denken des Personals. Die "blinkenden Knöpfe" der Uniform bewirkten mehr als nur eine optische Hervorhebung unter der übrigen Gemeindearbeiterschaft⁴⁰. Ein weiterer entscheidender Grund für die erst in der Revolution 1918 und später offenbar werdende bedeutende Rolle des Verkehrspersonals unter der Gemeindearbeiterschaft lag allein darin, daß vor dem Ersten Weltkrieg nur wenige Städte die Unternehmen in eigener Regie führten. Angesichts der ohnehin heftigen Grenzstreitigkeiten des Gemeindearbeiterverbandes hatte das zur Folge, daß Straßenbahner nur in geringem Maße vom Gemeindearbeiterverband reklamiert wurden⁴¹; in der Regel überließ man sie anderen Organisationen, insbesondere dem Transportarbeiterverband. Mit 3,1 % Mitgliederanteil lagen die Straßenbahner daher Ende 1910 trotz der günstigen innerbetrieblichen Voraussetzungen noch hinter den Elektrizitätsarbeitern und etwa gleich mit den Arbeitern der städtischen Garten- und Parkanlagen⁴².

Die Arbeitsorganisation im Werkstättendienst war stellenweise derjenigen in der modernen Fabrikproduktion vergleichbar. Kennzeichnend für den Werkstättendienst der zentralen städtischen Versorgungsbetriebe war ein relativ hoher Grad von Arbeitsteilung und Mechanisierung. Vor allem bei den Verkehrsbetrieben waren mehrere Einzelwerkstätten der Schlosserei, Dreherei, Schreinerei usw. in einer einzigen Zentralwerkstätte zusammengefaßt. Im Werkstättendienst existierte ein fester Kern von Facharbeitern, die im Gegensatz zu den auf die verschiedenen städtischen Einrichtungen verteilten Handwerkern die Möglichkeit zu gemeinsamer Aktion besaßen. Obwohl es sich bei den Werkstättenarbeitern in der Regel um ständige, quasi verbeamtete Arbeiter handelte, war eine Pensionärgesinnung kaum anzutreffen. Die Arbeiter orientierten sich bewußtseinsmäßig nicht an den Angestellten und Beamten, sondern an den Facharbeitern in der Industrie. Standes- und Beamtendünkel erwachte meist erst bei entsprechenden Beförderungen oder blieb auf die von den Arbeitern sozial und beruflich geschiedenen Ingenieure beschränkt⁴³. Die Werkstättenarbeiter waren aufgrund ihrer Qualifikation am ehesten in der Lage, dem Dienst bei der Stadt den Rücken zu kehren. Hochqualifizierte Arbeiter konnte die Stadt ohnehin nur durch die in Aussicht gestellten Vergünstigungen für Beamte an sich binden. Von einigen betriebsspezifischen Ausnahmen abgesehen, handelte es sich beim Werkstättendienst wie beim Betriebsdienst um einen ortsgebundenen Arbeitsplatz. Auch die Reparaturarbeiten und die Installation waren organisatorisch in den Werkstättendienst eingebunden. Je umfangreicher der Werkstättendienst war, desto günstiger gestalteten sich die Bedingungen für die gewerkschaftliche Organisation.

Die höchste Konzentration von Arbeitskräften und Produktionsmitteln wiesen normalerweise die Betriebswerkstätten der Straßenbahnen auf.

In den Straßenbahnwerkstätten wurden fast ausschließlich anfallende Reparaturen an den Motor- und Anhängwagen erledigt. In der Schlosserei wurden die Untergestelle der Motorwagen genietet, Bremsgestänge mit neuen Bolzen und Laschen versehen oder ganz ersetzt, defekte Radsätze ausgetauscht, neue Achsen- und Ankerzahnräder aufgezogen, neue

Federstützen und Federn sowie Schmierpolster in die Achsenleisten eingesetzt, schadhafte Achsenstützen und Kompressoranlagen ersetzt und die laufenden Reinigungsarbeiten an den Motoren und Kompressoren durchgeführt.

In der Dreherei wurden neue Radsätze hergestellt bzw. die ausgewechselten Radsätze repariert. In der Ankerwickerei erfolgte die Neuwicklung von Ankern. Schadhafte Feldspulen und Kollektoren wurden repariert, Ankerzahnräder ab- und aufgebraust sowie die Anker neu isoliert.

In der Schreinerei mußten Reparaturarbeiten an den Holzteilen der Motor- und Anhängwagen durchgeführt sowie neue Plattformbretter und Bodenleisten hergestellt werden. In der Lackierwerkstätte erfolgten anfallende Ausbesserungsarbeiten sowie die Neulackierung der Motor-, Anhäng- und Postwagen⁴⁴.

In den Münchener Straßenbahnwerkstätten waren für diese Tätigkeiten im Jahr 1907 132 Monteure und Helfer sowie 36 Lackierer und Hilfsarbeiter beschäftigt. In den folgenden beiden Jahren stieg die Zahl der beschäftigten Monteure und Helfer von 142 im Jahr 1908 auf 159 im Jahr 1909 an. Bis Anfang des Ersten Weltkriegs kam es anscheinend zu keinen wesentlichen Änderungen im Werkstättenpersonal mehr⁴⁵.

In den Werkstätten der Elektrizitätswerke wurden die Reparaturen der Betriebsmittel sowie die Vorarbeiten für Kabelverlegungen, Hausanschlüsse und die Reparatur der Straßenbogenlampen durchgeführt. Dem Werkstättendienst verwandt waren auch die Arbeiten im Laboratorium, wo die Reparatur von Stromzählern vorgenommen wurde⁴⁶. Beim Münchener E-Werk waren im Jahr 1905 150, im Jahr 1908 120 und im Jahr 1909 vorübergehend 300 Werkstättenarbeiter beschäftigt⁴⁷.

Bei den Gaswerken waren die Werkstätten mit den Arbeiten für Installation und Rohrlegung (Gasversorgung) sowie mit der Herstellung und Reparatur der Gasmesser beschäftigt⁴⁸. Wie die Feuerhausarbeiter im Betriebsdienst traten im Werkstättendienst die Metallarbeiter, insbesondere die Gasschlosser, als eigene Berufsgruppe hervor.

Sowohl bei den Gas- als auch den Wasserwerken wurde bei der Rohrlegung und den Reparaturen am Rohrnetz mit der Feldschmiede gearbeitet. Diese war ein schwerfälliger eiserner Kasten mit einem Schmiedefeuer zum Erwärmen und Abbiegen der

Gas- und Wasserrohre. Sie war auf vier kleinen eisernen Vollrädern befestigt und wurde mit Hilfe eines vorgespannten Pferdes bewegt: "Das kleine Kastenungethüm wird seit Jahrhunderten in der heutigen Klotzgestalt auf den vier Rädern durch die Straßen bewegt, die Räder sitzen starr und nothdürftig beweglich an diesem Rollfuhrwerk"⁴⁹. Die Feldschmiede besaß meist keine bewegliche Deichsel oder sonstige Lenkvorrichtung. Zum Steuern mußte in den Schraubstock ein Stück Gasrohr eingespannt werden, das während der Fahrt von einem Arbeiter mit großer Anstrengung, "gleichsam als Schwanzsteuer der Feldschmiede" hin und her gezogen wurde. Das vorgespannte Pferd war wegen der fehlenden Lenkvorrichtung nicht imstande, mit der Feldschmiede auszuweichen; deshalb mußte der Arbeiter das Gefährt "durch Rutschbewegung" lenken: "(T)heils rollend, theils rutschend" wurde die Feldschmiede durch die Straßen "getreidelt", von einem Arbeiter am "Schwanzsteuer" festgehalten, "um das vorgespannte Pferd nicht zu überrennen."⁵⁰

Obwohl technisch längst überholt wurde auch nach der Jahrhundertwende noch mit dieser Apparatur gearbeitet, wobei es immer wieder zu schweren Verletzungen, Quetschungen und Verbrennungen kam.

Der Werkstättendienst der städtischen Verkehrs- und Versorgungsbetriebe bot in der Regel günstige Voraussetzungen für eine kollektive Interessenartikulation und gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter; daß er im Gegensatz zu der bedeutenden Rolle der Eisenbahnwerkstätten im staatlichen Verkehrswesen in seiner Bedeutung hinter den Betriebsdienst zurücktrat, lag an dem effektiveren Konfliktpotential, über das die Fahrer und Schaffner der Straßenbahnen und die Feuerhausarbeiter der Gaswerke verfügten. Die Werkstättenarbeiter schlossen sich häufig einem Streik der Betriebsarbeiter an, während der umgekehrte Fall nur selten eintrat. Für die Betriebsarbeiter war jedoch das Verhalten der Werkstättenarbeiter von Bedeutung, da aus ihnen ein Teil des Streikbrecherpersonals rekrutiert wurde⁵¹.

Der Betriebsunterhaltungsdienst umfaßte die bei den verschiedenen städtischen Verwaltungen und Betrieben anfallenden Reinigungs-, Wartungs- und Bewachungsarbeiten. Das dort eingesetzte Arbeiterpersonal war zum überwiegenden Teil zu Arbeitseinsätzen im Freien und an wechselnden Orten eingeteilt und verrichtete seinen Dienst verhältnismäßig isoliert von den übrigen Arbeitskollegen.

Bei den Verkehrsbetrieben zählten zum Betriebsunterhaltungsdienst die Depotarbeiter und das zu Ausbesserungs- und Wartungsarbeiten eingesetzte Streckenpersonal. Weiter sind die für den Wagen-, Gleis- und Gebäudeunterhalt benötigten Arbeiter hierher zu rechnen, wie die Wagenwäscher, Wagen-schmierer, Schienenschleifer, Schienenputzerinnen, Hofarbeiter, Hausmeister, Nachtwächter usw..

Bei den Gas-, Wasser- und E-Werken kamen hier die für die laufende Wartung, Reinigung und Überwachung des Rohr- und Leitungsnetzes verwendeten Arbeiter in Frage, sofern diese Tätigkeiten nicht anderen städtischen Verwaltungen, etwa dem Tiefbauamt, der Kanal-, Siel- und Schleusenreinigung, dem Abfuhrwesen usw. übertragen waren. Weiter zählten dazu die für den Platz- und Gebäudeunterhalt eingeteilten Hilfs- und Hofarbeiter.

Eine besondere Berufsgruppe unter den Betriebsunterhaltungsarbeitern bildeten die Laternenwärter oder Laternenanzünder bei den Gaswerken. Obwohl bereits in den 1890er Jahren durch die Erfindung der Gasfernzündung die Tätigkeit der Laternenanzünder ersetzbar wurde, beschäftigten die meisten Kommunen auch nach der Jahrhundertwende Ortsarme, Invalide, Alte und sonstwie für das normale Erwerbsleben nicht mehr voll taugliche Arbeitskräfte als Laternenwärter. Sie waren in verschiedene Trupps eingeteilt, die sich an ihren jeweiligen Sammelorten einfinden mußten. Die Sammelorte lagen "unter Gottes freiem Himmel"⁵², nur selten standen geschlossene Räume in Gebäuden zur Verfügung. Da ein Zuspätkommen mit Geldstrafen, im Wiederholungsfalle mit einem Verweis geahndet wurde, kamen die Arbeiter lieber zu früh als nur eine Minute zu spät. Bei schlechter Witterung waren die dadurch entstehenden Wartezeiten ein oft beklagter Mißstand⁵³. Militärischer Drill, Antretenlassen, Beschimpfungen und ein Kasernenhofstil im Umgang mit dem Personal waren verbreitete

Erscheinungen. Die Laternenwärter waren zudem oft von den üblichen Vergünstigungen des städtischen Dienstes wie Lohnvorrückungen, Versorgungskassen usw. ausgeschlossen oder bei deren Vergabe benachteiligt. Neben den Hofarbeitern stellten sie die geringbesoldetste, beruflich und sozial auf der untersten Sprosse der Hierarchie stehende Arbeitergruppe dar. Dennoch zeigten sie ein verhältnismäßig hohes Zusammengehörigkeitsgefühl und waren für die gewerkschaftliche Organisation in weit höherem Maße zugänglich als das über die sonstigen städtischen Betriebe verteilte Unterhaltungspersonal. Sie zeigten für die Betriebsarbeiter im Konfliktfall häufig Sympathie und wurden umgekehrt von diesen und dem Gemeindearbeiterverband bei Lohnbewegungen berücksichtigt, was für die Hofarbeiter, die zweite große Gruppe der Unterhaltungsarbeiter der Gaswerke, nicht immer galt⁵⁴. Die Gründe für die im Vergleich zu anderen Arbeitergruppen des Betriebsunterhalts günstigere Selbst- und Fremdeinschätzung und entwickeltere Interessenartikulation und gewerkschaftliche Organisation dürften sowohl darin zu suchen sein, daß die Laternenwärter eine quantitativ relevante, hinsichtlich ihrer Tätigkeit klar definierte Berufsgruppe bildeten, als auch eine gewisse "Schicksalsgemeinschaft" verkörperten, die der sonst im Betriebsunterhalt verbreiteten Vereinzelung entgegenwirkte. Möglicherweise spielten auch traditionelle ethische Komponenten mit hinein, wie sie die Gesellschaft dem "Laternenmann", quasi als kulturelle Einrichtung, entgegenbrachte⁵⁵.

+ + +

Eine Unterscheidung nach Betriebs-, Werkstätten- und Unterhaltungsdienst ist selbstverständlich nur bei denjenigen städtischen Verwaltungen möglich und sinnvoll, bei denen diese Betriebszweige tatsächlich - und zwar in quantitativ hinlänglichem Maße - vorhanden sind. Eine ganze Reihe städtischer Verwaltungen beschäftigte beispielsweise Hofarbeiter, Reinigungskräfte, Pförtner, ebenso wie ein oder zwei Maurer, Schreiner, Lackierer usw., ohne daß man dabei von einer Un-

terscheidung nach verschiedenen Betriebszweigen sprechen könnte. Dieses auf die verschiedenen Einrichtungen verteilte teils ungelernte, teils qualifizierte Hilfs- und Handwerkerpersonal trat nicht als gemeinsam handelnde Gruppe in Erscheinung, ist vielfach nicht einmal statistisch exakt zu erfassen und gehörte, falls es gewerkschaftlich organisiert war, den verschiedensten Organisationen, je nach Tätigkeit oder Beruf, an. Es summierte sich zwar zu einer ansehnlichen Gruppe, doch trat es im Streikfalle erst bei den örtlichen Gesamtstreiks der Gemeindearbeiter in der Weimarer Zeit in Erscheinung. Bis 1914 trug es in einem nicht genau feststellbaren Maße zu einer finanziellen Kräftigung des Gemeindearbeiterverbandes bei. Da es jedoch zu keinen Filialen zusammengefaßt werden konnte, war die Fluktuation dieser Einzelmitgliedschaften besonders hoch und ihr Anteil am gewerkschaftlichen Leben ist, von örtlichen Ausnahmen abgesehen, kaum zu ermitteln.

Es gab jedoch auch große kommunale Dienstleistungsunternehmen, die über einen großen, für die Gewerkschaften relevanten Personalstamm verfügten, ohne daß man von einer Aufgliederung nach verschiedenen Betriebszweigen sprechen kann. Die für die typische Funktion der Betriebe kennzeichnende Tätigkeit, der Betriebsdienst, machte in diesem Falle sämtliche Tätigkeiten des Unternehmens aus. Reparatur- und Wartungsarbeiten waren sozusagen in den Betriebsdienst integriert. Hierzu zählen die Straßenreinigung, der Straßen- und Wegebau, die Heil-, Pflege- und Badeanstalten und die Garten- und Parkanlagenverwaltung, um die gemessen an ihrem Mitgliederanteil am Gemeindearbeiterverband wichtigsten Verwaltungen zu nennen⁵⁶.

Die Unterscheidung nach Betrieb - Reparatur - Unterhalt deckt sich zum Teil mit der Einteilung nach Produktion - Reparatur - Dienstleistung. In diesem Falle wäre der Betriebsdienst der Straßenreinigung, des Straßen- und Wegebbaus, der Krankenanstalten usw. als Dienstleistung klarer von dem Betriebsdienst der Gas- und E-Werke - der Gas- und Stromproduktion - getrennt, andererseits ginge die für die innerbetriebliche Struktur wichtige Rubrik "Unterhaltungsdienst" verloren. Beide Klassifizierungsmethoden bereiten Schwierigkeiten bei der Unterscheidung so verschiedener Be-

rufsfelder wie beispielsweise Krankenpflege und Straßenreinigung. Im einen Fall erschienen beide unter der Rubrik "Betriebsdienst", im anderen unter dem Titel "Dienstleistung". Je nach Fragestellung empfehlen sich daher darüber hinausgehende Unterscheidungskriterien, Umgruppierungen oder die Aussonderung spezieller Betriebsfelder. So sollten die städtischen Verkehrsbetriebe, die Krankenhäuser und die Theater besser gesondert behandelt werden. Unter den Gas-, Wasser- und E-Werken nahmen wiederum die Gaswerke eine herausragende Bedeutung ein. Von den verschiedenen Dienstleistungsunternehmen - verwaltungstechnisch oft im Tiefbau untergebracht - schälen sich Straßenreinigung und Kanalisation als eigene Gruppe heraus. Schließlich verbleiben die als diffuser Rest auf die verschiedenen Betriebe verteilten Arbeiter und Handwerker.

Auf der Verwaltungsebene bietet sich die folgende, flexibel aufzufassende Untergliederung an⁵⁷:

- a) Gaswerke, Wasserwerke, Elektrizitätswerke
- b) Kanalisation, Straßenreinigung
- c) Verkehrsbetriebe
- d) Baubetriebe, Rieselfelder, Parkverwaltung usw.
- e) Krankenhäuser, Badeanstalten, Heilstätten usw.
- f) Bühnen, Theater
- g) Handwerker, sonstige Arbeiter für alle städtischen Betriebe

Innerhalb der Gas-, Wasser- und E-Werke sowie der Straßenbahnen können mit der Unterscheidung nach Betriebsdienst, Werkstattendienst und Unterhaltungsdienst wichtige Merkmale sowohl hinsichtlich der Arbeitsplatzverhältnisse, der Anstellungs- und Berufsstruktur und der Vorgesetztenverhältnisse als auch des Konflikt- und Organisationsverhaltens der Arbeiter erfaßt und analysiert werden.

Bei den Gaswerken - Grundstock und Herzstück der Gemeindearbeiterbewegung im Kaiserreich - treten unter den genannten drei Betriebszweigen folgende dominierende Berufe hervor: die Feuerhausarbeiter (Betriebsdienst), die Gas Schlosser (Werkstätten und Rohrlegung) sowie die Hofarbeiter (Unterhalt).

Dazu kommen zwei Sondergruppen: die Laternenwärter als nicht ganztätig beschäftigte Arbeiter im Betriebsunterhal-

tungsdienst und die - bislang nicht erwähnten - Maschinisten im Betriebsdienst.

Die Maschinisten zählten nicht zu den Vorgesetzten der Arbeiter; sie rechneten sich jedoch selbst nicht zu den Arbeitern, waren festangestellt und besaßen mehr den Charakter von Beamten. Vielfach wurden sie jedoch kaum besser entlohnt und behandelt als die Arbeiter⁵⁸. Der Gemeindearbeiterverband versuchte sie in seinen Reihen zu organisieren, was u.a. auch in den frühen Namensgebungen des Verbandes zum Ausdruck kam⁵⁹.

Nach diesen - von der Arbeitsplatzbeschreibung der Feuerhausarbeiter und gelegentlichen Vorgriffen auf das Konflikt- und Organisationsverhalten verschiedener Arbeitergruppen abgesehen - mehr einleitenden Überlegungen sollen nun im folgenden die Ausbildungsstruktur, die Anstellungs- und Vorgesetztenverhältnisse sowie die Aufstiegsmöglichkeiten behandelt werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Untersuchung der Gaswerke und Straßenbahnen.

II. Ausbildungs- und Berufsstruktur

Allgemein können bei der Gemeindearbeiterschaft hinsichtlich der beruflichen Qualifikation der Arbeiter drei Gruppen unterschieden werden: die ungelernten Arbeiter, die angelernten Arbeiter und die gelernten Facharbeiter.

Trotz aller Unzulänglichkeiten der statistischen Erhebungen der Jahre 1902 und 1907, die vor allem in der unzureichenden, widersprüchlichen oder willkürlichen Beantwortung durch die befragten Gemeinden⁶⁰ sowie in statistisch nicht erfaßten Veränderungen innerhalb des kommunalen Betriebswesens⁶¹ begründet sind, lassen sich einige gesicherte Grundaussagen treffen.

Die ungelernten Arbeiter stellten sowohl 1902 als auch 1907 die weitaus dominierende Gruppe dar. Ihr Anteil an der gesamten Gemeindearbeiterschaft war allerdings rückläufig. Demgegenüber nahm der Prozentsatz der gelernten und angelernten Arbeiter zu: Zwischen 1902 und 1907 fiel der Anteil der ungelernten Arbeiter an der gesamten Zeitlohnarbeiterschaft

von 71,3 % auf 60,2 %, während derjenige der gelernten und angelernten Arbeiter von 28,7 % auf 39,8 % anstieg⁶².

Der Rückgang der ungelernten Arbeiter korrespondiert mit der Ausdehnung und Umstrukturierung der öffentlichen Tätigkeit, die in verstärktem Maße auf eine rationellere und technisch besser ausgerüstete Arbeitsorganisation angewiesen war, um der steigenden Nachfrage nach Energie, Transport und Dienstleistung gerecht zu werden.

Dennoch blieb die ungelernte Arbeit dominierend. Dies galt nicht nur für die traditionell mit ungelernten Arbeitskräften wirtschaftenden Betriebe wie Straßenreinigung, Abwasserbeseitigung, Kanalisation, Erd-, Wege- und Straßenbau, Anlagen- und Gartenverwaltung usw., sondern auch für die Gas- und Wasserwerke, in denen der Anteil der gelernten Arbeiter noch mit am höchsten lag. Lediglich bei den E-Werken und Straßenbahnen hatten die gelernten Arbeiter eine bedeutende, zum Teil überwiegende Rolle inne⁶³.

Ein Vergleich mit der männlichen Industriearbeiterschaft der privaten Wirtschaft macht die überragende, wenn auch rückläufige Bedeutung der ungelernten Arbeit in den Gemeindebetrieben deutlich: der Berufszählung von 1895 zufolge entfielen auf 100 gelernte Industriearbeiter 47,74 ungelernte Arbeiter⁶⁴.

Aus der unterschiedlichen Zusammensetzung der Betriebe nach gelernter und ungelernter Arbeit ergaben sich je nach der Repräsentanz der jeweiligen Verwaltungen örtliche Unterschiede im Verhältnis von gelernten und ungelernten Arbeitern.

Bei der Beurteilung des Zahlenmaterials für die einzelnen Städte müssen allerdings die vorab erwähnten Unzulänglichkeiten der Erhebungen berücksichtigt werden. Neben den genannten Faktoren spielten dabei auch personalpolitische Konzeptionen der Stadtverwaltungen eine Rolle. Hinzu kommt die unterschiedliche Auffassung des Begriffs der gelernten und ungelernten Arbeiter.

Um auf einer Facharbeiterstelle eingestellt zu werden, mußten die Arbeiter den gültigen Nachweis einer bestandenen Lehr- und Gesellenprüfung in ihrem Beruf erbringen. Als gelernte Arbeiter galten jedoch nicht nur diese Facharbeiter mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, sondern auch die

sogenannten angelernten Arbeiter. Als angelernte Arbeiter galten dabei Arbeitskräfte ohne eigentliche Berufsvorbildung, die sich im Laufe einer meist 5jährigen Dienstzeit in besondere Betriebsaufgaben eingearbeitet und dabei bewährt hatten⁶⁵.

Aufgrund des Ermessensspielraums der Verwaltungen bei der Zuordnung zu den Kategorien der gelernten oder ungelernten Arbeiter, die mit der Handhabung der Anstellungsverhältnisse zusammenhing, kam es zu Verschiebungen im Verhältnis von gelernter und ungelernter Arbeit von Ort zu Ort und zwischen 1902 und 1907, die nichts mit einer wirklichen Umstrukturierung des Personals zu tun hatten.

Wie aus einem Vergleich mit den Ergebnissen der Berufszählung von 1895 hervorgeht, dürften die angelernten Arbeiter unter den in den Erhebungen der Jahre 1902 und 1907 aufgeführten gelernten Arbeitern einen hohen Prozentsatz eingenommen haben. Während nach den Erhebungen von 1902 und 1907, bei denen die angelernten Arbeiter zu den gelernten gezählt wurden, die Gas-, Wasser- und E-Werke einen größeren Prozentsatz gelernter Arbeiter aufwiesen, arbeiteten nach der Berufszählung von 1895 auch diese Betriebe fast ausschließlich mit ungelerntem Arbeiterpersonal⁶⁶.

Ferner muß bei der Auswertung des Zahlenmaterials, das 1902 und 1907 ermittelt wurde, berücksichtigt werden, daß beispielsweise die Durchführung umfangreicher Baumaßnahmen - etwa bei einer Vergrößerung oder Neuanlage des Leitungs-, Rohr- oder Streckennetzes - die Zusammensetzung der gesamten örtlichen Gemeindearbeiterschaft nach gelernter und ungelernter Arbeit verzerren konnte.

All diese Komponenten sind dafür verantwortlich, daß aus den Zahlen von 1902 und 1907 kein einheitlicher Trend herausgelesen werden kann, der mit bestimmten Charakteristika der jeweiligen Städte verbunden wäre. Eine Zuordnung von Zu- oder Abnahme der gelernten Arbeiter zu bestimmten Städtetypen wie junge Industriestadt oder Residenzstadt, zu der Einwohnerzahl oder der Einwohnerentwicklung bestätigt nur auf den ersten Blick die Vermutung, daß gerade in den Städten mit einer raschen Bevölkerungsexpansion und einem entsprechend forcierten Ausbau moderner städtischer Versorgungsbetriebe die Zunahme der gelernten Arbeiter größer sein wür-

de als in den älteren Industriezentren und den Residenzstädten, die bereits seit längerem eine moderne Infrastruktur aufwiesen, mit einem eingespielten, stabilen Verhältnis von gelernter und ungelernter Arbeit, mäßigem Einwohnerwachstum und stetigen Arbeitsverhältnissen im kommunalen Bereich.

Tatsächlich dürfte ein solcher Trend auch existiert haben. Aus dem Zahlenmaterial zu erschließen ist er allerdings nicht. Zumindest müßten dazu noch weitere, zum Teil sehr differenzierte Kriterien eingeführt werden wie das Verhältnis von industrieller und privater Nachfrage nach Energie, der Stand der kommunalen Versorgungsleistungen im Jahr 1902, die Einwohnerzahl, von der aus ein weiteres Wachstum erfolgte, die Art des Städtewachstums, ob Eingemeindung oder Zuwanderung, die Größe und Zusammensetzung der Gemeindearbeiterschaft in absoluten Zahlen usw.. Beispielsweise scheint es gewisse kritische Phasen in der Stadtentwicklung gegeben zu haben, in denen sich das Einwohnerwachstum und die Industrialisierung verstärkt auf die Gemeindearbeiterverhältnisse auswirkten, während ab einer bestimmten quantitativen und strukturellen Konstellation sogar eine Abnahme der gelernten Arbeiter trotz weiteren Bevölkerungswachstums möglich wurde. Der Aussagewert einer solchen eingehenden Analyse stünde jedoch im Rahmen der hier interessierenden Fragestellung in keinem vertretbaren Verhältnis zu dem nötigen Aufwand.

Für München lassen die Kenntnisse der Gemeindearbeiterverhältnisse und der Arbeiterpolitik der Stadtverwaltung eine genauere Einschätzung der vom Kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlichten Zahlen zu. Das Material entspricht dabei den tatsächlichen Verhältnissen.

Die bereits mehrfach festgestellte Stabilität und Stetigkeit der Münchener Gemeindearbeiterverhältnisse kommt auch in der geringen Verschiebung von gelernter und ungelernter Arbeit zwischen 1902 und 1907 zum Ausdruck. Mit einem Zuwachs von nur 0,4 % bei den gelernten Arbeitern blieb die Zusammensetzung praktisch konstant⁶⁷.

Mit einem Verhältnis von 72,8 zu 27,2 % im Jahr 1902 und 72,4 zu 27,6 % im Jahr 1907 entsprach die Zusammensetzung von ungelernter und gelernter Arbeit sowohl dem bereits betonten Übergewicht der ungelernten Arbeiter als auch dem Kräfteverhältnis, das von den anderen Kommunen mit eher kon-

servativer Grundhaltung in der Arbeiterpolitik angesteuert wurde⁶⁸.

Da keine verlässlichen Daten für Berlin vorliegen, soll es bei dieser groben Einschätzung der Ausbildungsstruktur, bezogen auf die einzelnen Städte, belassen bleiben.

Bezogen auf die verschiedenen städtischen Betriebe interessiert im folgenden in erster Linie die Zusammensetzung der Gas-, Wasser- und E-Werke sowie der Straßenbahnunternehmen nach gelernter und ungelernter Arbeit.

Sofern nicht nach den unterschiedlichen Betriebszweigen Unterhalt, Reparatur und Betriebsdienst differenziert wird, ergibt sich für die Gas- und Wasserwerke ein ähnliches Kräfteverhältnis von gelernten und ungelernten Arbeitern, wie es für die Gemeindearbeiterschaft Münchens insgesamt festgestellt wurde.

Den Angaben des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte zufolge standen die gelernten Arbeiter im Jahr 1913 zu den ungelernten in einem Verhältnis von 29,0 zu 70,4 % bei den Gaswerken und 26,6 zu 73,4 % bei den Wasserwerken⁶⁹.

Eine ganz andere Zusammensetzung boten die E-Werke und Straßenbahnen. Bei den E-Werken standen 43,0 % ungelernten Arbeitern 55,6 % gelernte gegenüber⁷⁰.

Vollends das Übergewicht bekamen die gelernten Arbeiter bei den Straßenbahnunternehmen: dort betrug ihr Anteil 1907 83,5 % zu 16,5 % der ungelernten Arbeiter⁷¹.

Das Verhältnis von ungelernten und gelernten Arbeitern wechselte innerhalb der Betriebe mit dem jeweiligen Betriebszweig, und für die Bedeutung der verschiedenen Betriebe für die Gemeindearbeiterbewegung war weniger die totale Zusammensetzung ausschlaggebend als die Konzentration bestimmter Berufe oder Tätigkeiten innerhalb eines Betriebszweigs.

Bei den vorab genannten städtischen Betrieben konzentrierten sich die Arbeitsplätze für gelernte Arbeiter im großen und ganzen auf den Werkstättendienst, den Betriebsdienst und soweit vorhanden den Fahrbetriebsdienst. Darüber hinaus setzte sich auch das Aufsichtspersonal im wesentlichen aus gelernten Arbeitern zusammen. Der Werkstätten- und Betriebsdienst der Gas-, Wasser- und E-Werke sowie der Straßenbahnen stand demnach, was die Bedeutung der gelernten Arbeiter anbelangte, in einem deutlichen Gegensatz zu den üb-

rigen kommunalen Betrieben.

Den Arbeitsplatz der ungelernten Arbeiter bildeten hauptsächlich die Bau- und Betriebsunterhaltungskolonnen. Ungelernte Arbeiter wurden als Hofarbeiter, Hauswarte, Hilfsboten und als Helfer bei den Handwerkern in den Werkstätten eingesetzt.

Angelernte Arbeiter fanden in erster Linie bei den Werkstättenarbeitern als Helfer oder als Betriebs- und Betriebsunterhaltungsarbeiter Verwendung.

Frauenarbeit war vor dem Ersten Weltkrieg in den städtischen Betrieben so gut wie nicht anzutreffen⁷².

Unter der Vielzahl der in städtischen Betrieben vertretenen Berufe und berufsähnlichen Tätigkeiten traten einige besonders hervor, auf die in den meisten Gemeinden eine größere Anzahl von Arbeitern entfielen und die in besonderem Maße bei den Gas-, Wasser- und E-Werken sowie den Straßenbahnen vertreten waren.

Bei den gelernten Arbeitern handelte es sich dabei um die Maschinisten, die Schlosser und die Straßenbahn-Wagenführer und -schaffner.

Von den ungelernten Arbeitern spielten bei den Gaswerken die Feuerhausarbeiter eine zentrale Rolle.

Die Fahrer und Schaffner bildeten rein zahlenmäßig die dominierende Berufsgruppe innerhalb der Straßenbahnbetriebe⁷³. Sie besaßen sozusagen die absolute Mehrheit, sowohl hinsichtlich der gesamten Zeitlohnarbeiterschaft als auch der gelernten Arbeiter alleine⁷⁴.

Auch in bezug auf ihre Qualifikation stellten sie die Elite des Unternehmens dar. Sie wurden aus den gelernten Facharbeitern der Werkstätten, meist metallhandwerklichen Berufen, rekrutiert und in eigenen Schulungen auf ihre Tätigkeit als Fahrer und Schaffner vorbereitet.

Allerdings war es in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg um diese Fahrausbildung schlecht bestellt. Die im Laufe eines Gerichtsverfahrens anlässlich eines Straßenbahnunglücks am Rosenheimer Berg in München im Jahr 1912 bekanntgewordenen Mißstände in der Straßenbahner-Ausbildung erregten im ganzen Reich Aufsehen. Die Fahrdienststanwärter wurden nur in wenigen Worten theoretisch instruiert und vorübergehend einem Lehrfahrer als Betreuer zugewiesen. So hielt denn auch

das Gericht dem Straßenbahn-Aushilfswagenführer, der beschuldigt worden war, den Unfall am Rosenheimer Berg verursacht zu haben, in der Urteilsbegründung zugute, daß angesichts seiner mangelnden Ausbildung und daraus resultierenden Unkenntnis im Umgang mit der neuen elektrischen Bremse "der eigentlich Schuldige (...) die Leitung der städtischen Straßenbahn (sei)"⁷⁵.

Erst in den Jahren 1916/17 wurde eine Fahrschule eingerichtet, die 3- bis 4wöchige theoretische und praktische Kurse durchführte⁷⁶.

Die Feuerhausarbeiter der Gaswerke besaßen zwar nicht eine ebensolche numerische Stärke wie die Straßenbahner, bildeten jedoch eine auch rein quantitativ ansehnliche Gruppe⁷⁷.

Anders als die Straßenbahner oder die Werkstättenarbeiter und Maschinisten bezogen sie ihre Bedeutung nicht aus ihrer Qualifikation als vielmehr aus dem Arbeitsplatz. Daran wird eine Besonderheit der kommunalen Arbeitsverhältnisse allgemein deutlich. Der kommunale Arbeitsplatz ebnete die frühere Berufserfahrung und Qualifikation der Arbeiter weitgehend ein und formte statt dessen in einem informellen Anlernprozeß relativ vage, untereinander austauschbare Qualifikationsmerkmale, in die mit der Zeit betriebs- und arbeitsplatzspezifische Eigentümlichkeiten miteinfließen. Aus der Masse der ungelernten Arbeiter schälten sich einige Tätigkeitsgruppen heraus, die über ihre Arbeitsverrichtung und ihren Arbeitsplatz zu einer gewissen Konfliktfähigkeit und Solidarität gelangten. Dies galt für die Straßenreiniger, die Kanalisationsarbeiter, die Laternenwärter und in besonderem Maße für die Feuerhausarbeiter.

Das gewaltige Überwiegen der ungelernten Arbeiter in den städtischen Betrieben bedeutete einen konflikt- und organisationshemmenden Faktor, jedoch nicht in dem zu erwartenden Ausmaß.

Sobald eine gewisse numerische Stärke, eine gewisse Beständigkeit der Arbeitsverhältnisse und eine dadurch bedingte Homogenität bei einer Arbeitergruppe gegeben war, waren es gerade die ungelernten Arbeiter, die sich organisierten und für ihre Forderungen mit Streiks eintraten. Von den Sonderfällen der Krankenpflegerinnen und Bühnenarbeiter abgese-

hen, waren es die Gasarbeiter und Straßenreiniger, die den Gemeindearbeiterverband initiierten und trugen. Die Werkstättenarbeiter und Straßenbahner kamen erst viel später.

Dies dürfte damit im Zusammenhang stehen, daß beim städtischen Arbeitgeber die wenigen, für qualifizierte Arbeitskräfte vorgesehenen Stellen mit einer entsprechenden Privilegierung verbunden waren, welche die Inhaber dieser Stellen hinsichtlich ihrer Anstellungsverhältnisse, ihrer Rechtslage, ihrer Einkommensverhältnisse und zum Teil auch ihres Wohnverhaltens von der übrigen Arbeiterschaft abhob und ein loyales Verhalten förderte.

Entscheidender als die Ausbildungs- und Berufsstruktur waren daher für die Ausformung des Organisations- und Konfliktverhaltens der Arbeiter neben den Arbeitsplatzverhältnissen die jeweiligen Anstellungsverhältnisse.

III. Anstellungsverhältnisse

Im wesentlichen können drei verschiedene Anstellungsverhältnisse unterschieden werden: als nichtständiger Arbeiter, als ständiger Arbeiter sowie als etatmäßiger Beamter. Daneben gab es noch den polytechnisch ausgebildeten städtischen Angestellten, der jedoch im Rahmen dieser Untersuchung beiseite gelassen werden kann.

Während die Trennung nach etatmäßigem und nichtetatmäßigem Personal eindeutigen Kriterien folgte, war die Grenze zwischen der nichtständigen und der ständigen Anstellung nicht allerorts klar gezogen, und die Unterscheidungsmerkmale wechselten von Ort zu Ort. Dabei brachte die ständige Anstellung gegenüber der unständigen eine ganze Reihe einschneidender Unterschiede mit sich, sowohl hinsichtlich der Sicherheit des Arbeitsplatzes, der Lohnfortzahlung bei Urlaub, Krankheit und sonstigen kurzen Arbeitsunterbrechungen wie militärischen Übungen, als auch im Hinblick auf die Alters- und Hinterbliebenenversorgung sowie sonstiger betrieblicher Sozialleistungen. Darüber hinaus bildete der Aufstieg zum ständigen Arbeiter für das Gros der Gemeindearbeiter eine reelle Chance, während die etatmäßige Anstellung nur einem kleinen Kreis von Arbeitern vorbehalten blieb.

Die Ernennung zum ständigen Arbeiter war die zentrale Zäsur im Berufsleben des Gemeindearbeiters. Sie war der ausschlaggebende Grund für seine frühere Entscheidung, in städtische Dienste zu treten, sie endlich sicherte ihn und seine Familie vor Arbeitslosigkeit und Altersarmut.

Die meisten Städte trugen dieser Bedeutung auch äußerlich Rechnung, indem sie den Arbeitern bei ihrer Anstellung auf Dauer eine entsprechende vom Magistrat ausgestellte Urkunde, ein "Ehrendiplom" über die Ernennung zum "Stadtarbeiter" überreichten⁷⁸.

Für die Kommunen selbst bedeutete die Anstellung oder Nichtanstellung eines Arbeiters auf Dauer eine scharfe Waffe, mit der sie auf das dienstliche und außerdienstliche Verhalten der Arbeiter einwirken und eine loyale Stammarbeiterschaft heranbilden konnten. Insbesondere die vagen Kriterien, die zu der Ernennung zum "Stadtarbeiter" herangezogen wurden sowie die langen Anwartschaftszeiten übten eine starke disziplinierende Wirkung auf die noch unständigen Arbeiter aus:

Infolge dieser dehnbaren Bestimmungen ist es nun vorgekommen, daß in den städtischen Betrieben auch Arbeiter sind, die länger denn 10, 15 und noch mehr Jahre in städtischen Diensten stehen, trotzdem aber als nicht ständig angesehen und deshalb auch nicht der Altersversorgung und sonstigen für die ständigen Arbeiter geschaffenen Vergünstigungen teilhaftig werden. (Anm. 79)

Zu den nichtständigen Arbeitern zählten in erster Linie alle nur für bestimmte Arbeitsvorhaben vorübergehend eingestellten Arbeiter sowie die mit zeitlichen Unterbrechungen meist zu speziellen Sommer- oder Winterarbeiten herangezogenen Arbeitskräfte⁸⁰. Doch auch die das ganze Jahr über beschäftigten Vollzeitarbeiter begannen ihre Laufbahn bei der Stadt in der Regel als nichtständige Arbeiter und blieben es solange, als sie nicht gewisse anderweitige Voraussetzungen erfüllten.

Zum ständigen Arbeiter konnte normalerweise nur derjenige Arbeiter ernannt werden, der eine bestimmte Dienstzeit zur Zufriedenheit des Arbeitgebers abgeleistet hatte. Da die Zahl der ständigen Stellen oft nach einem im Etat festgelegten Stellenschlüssel für die einzelnen Betriebe vorgegeben war, konnte ein Aufrücken in eine ständige Stellung oft nur infolge des Ausscheidens eines ständigen Arbeiters erfolgen.

Bei den meisten Städten war eine in der Mehrzahl 1jährige, oft auch 2- bis 3jährige Probezeit vorgesehen. Verschiedenerorts mußte jedoch eine bis zu 7- oder gar 10jährige Probezeit abgeleistet werden⁸¹. Darüber hinaus mußten in einigen Fällen auch besondere Mindest- und/oder Höchstlebensaltersgrenzen eingehalten werden. Ein Rechtsanspruch auf die Übernahme in ständige Dienste wurde nicht gewährt, und nur wenige Städte hatten Vorkehrungen gegen eine willkürliche Behandlung der Arbeiter in Anstellungsfragen getroffen⁸².

Die Berechnung der für die ständige Anstellung notwendigen Dienstzeit erfolgte nach örtlich verschiedenen Bestimmungen. Kürzere unverschuldete Arbeitsunterbrechungen wurden meist nicht von der Dienstzeit in Abzug gebracht. Die Dauer der als zulässig erachteten Dienstunterbrechung schwankte je nachdem zwischen 1 und 6 Monaten. Auch bei einer ohne Verschulden des Arbeiters erfolgten Entlassung konnte mancherorts im Falle einer baldigen Wiedereinstellung in städtische Dienste die frühere Arbeitsdauer auf die Dienstzeit angerechnet werden⁸³.

Angesichts der örtlichen Unterschiede und der mangelnden Personalunterlagen sowie des relativ breiten Ermessensspielraums bei der Anstellung auf Dauer kann die genaue Zusammensetzung der Gemeindearbeiterschaft nach nichtständigen und ständigen Arbeitern nicht festgestellt werden. Eine Reihe von Faktoren läßt jedoch ziemlich sichere Rückschlüsse auf die Verteilung nach den verschiedenen Anstellungsverhältnissen zu.

Deutliche Indizien dafür, wo im Einzelfall die Grenze zwischen dem nichtständigen und dem ständigen Personal gezogen wurde, bieten die Bestimmungen der kommunalen Versorgungs- und Unterstützungseinrichtungen, da deren Leistungen in der Regel nur den Arbeitern mit ständiger Anstellung vorbehalten blieben.

In München wurde den nichtständigen Arbeitern die freiwillige Beitragsentrichtung zu der "Versorgungskasse für niedere Bedienstete und ständige Arbeiter" verwehrt. Diesen war es nur auf dem Gnadenweg möglich, Sustentationen von 1 % ihres Jahresverdienstes und derjenigen Arbeitsjahre zu erhalten, die auf Rechnung der Versorgungskasse gegangen wären. Faßt man die verschiedenen Bestimmungen der Versorgungs-

kasse zusammen, so handelte es sich bei den nichtständigen Arbeitern im wesentlichen um solche, die nicht eine ununterbrochene 7jährige Dienstzeit bei der Stadt aufweisen konnten⁸⁴.

Auch der für einige Städte vorliegende Dienstaltersaufbau der Gemeindearbeiterschaft⁸⁵ läßt Rückschlüsse auf die Anstellungsverhältnisse zu. Die starke Besetzung der höheren Dienstaltersgruppen dürfte bedeuten, daß sich die Mehrheit der städtischen Arbeiter in einem ständigen Anstellungsverhältnis befand. Eine 1- bis 2jährige Probezeit zugrundegelegt, war jedoch schätzungsweise gut ein Drittel der Arbeiter lediglich nichtständig beschäftigt. Insbesondere Frauen dürften nur selten über eine nichtständige Anstellung hinausgekommen sein.

Diese Einschätzung wird von der Arbeitslosenstatistik⁸⁶ und dem Gemeindearbeiterverband bestätigt: "Der größte Teil der städtischen Arbeiter befindet sich in beamtenähnlichen Verhältnissen, kennt keine Arbeitslosigkeit und hat ständige Beschäftigung."⁸⁷

Die ständigen Arbeiter waren hauptsächlich im Betriebsdienst und in den Werkstätten vertreten. Sie bildeten dort die qualifizierte Stammarbeiterschaft und wurden meist schon im Hinblick auf eine spätere ständige Anstellung aufgenommen.

Die etatmäßigen Beamtenstellen kamen für das Gros der Gemeindearbeiter nicht in Betracht. Sie waren in erster Linie dem Verkehrspersonal, dem Fahr- und Begleitpersonal der Verkehrsbetriebe sowie in den Werkstätten und dem Betriebsdienst den Werkführern, Werkmeistern und höheren Vorgesetzten vorbehalten.

Unter einer etatmäßigen Anstellung wurde die Berufung auf eine in der Gehaltsordnung vorgesehene, mit Pensionsberechtigung ausgestattete Stelle verstanden.

Zum etatmäßigen Beamten konnte ernannt werden, wer

- die deutsche Reichsangehörigkeit besaß,
- bei der ersten Anstellung auf Probe das 21. Lebensjahr vollendet und das 34. Lebensjahr noch nicht überschritten hatte,
- der Militärpflicht und im Falle der Aushebung der aktiven Dienstpflicht Genüge geleistet hatte,

- vom Amtsarzt gesund befunden wurde und
- einen tadellosen Leumund genoß⁸⁸.

In München wurden im Jahr 1910 die Bezeichnungen "engerer" und "weiterer" Gemeindedienst fallengelassen und im Einklang mit dem Staatsbeamtengesetz durch die Ausdrücke "etatmäßige Anstellung" und "außeretatmäßige Verwendung" ersetzt. Als außeretatmäßig verwendet galten fortan all jene Bediensteten, die keine etatmäßige Stelle innehatten und entweder im Tag- oder Monatslohn beschäftigt wurden. Die außeretatmäßige Anstellung untergliederte sich in das ständige und das nichtständige Arbeitsverhältnis, wenngleich eine besondere Unterscheidung nicht mehr getroffen wurde. Dabei sollten, wie seit 1902, alle städtischen Arbeiter, "welche im Sinne der Arbeitsordnung als nichtständig gelten, tatsächlich aber ständig beschäftigt werden"⁸⁹, der sozialen Vergünstigungen der ständigen Arbeiter teilhaftig werden. Gleichzeitig wurde das gesamte Betriebspersonal der städtischen Straßenbahnen, Kontrolleure, Werk- und Bahnmeister, Stationsmeister, Wagenführer, Lagermeister, Bürodienner, Stationswärter, Schaffner, Gehilfen usw. ungeachtet des Lebensalters etatmäßig angestellt⁹⁰.

Auch andernorts waren die Straßenbahner die einzige größere Gemeindearbeitergruppe, die in Beamtenstellungen vorrücken konnte. Neben der damit verbundenen Privilegierung unterlagen sie jedoch einer umso stärkeren Disziplinierung.

Die Haltung der Gemeindearbeiter und ihrer Organisationen gegenüber dieser auf Arbeiterstabilisierung abzielenden Personalpolitik der Kommunen war widersprüchlich. Einerseits galt das individuelle Interesse der Arbeiter explizit jener Sicherheit der Arbeits- und Lebensverhältnisse, die eine Anstellung auf Dauer beinhaltete, andererseits erkannte der Gemeindearbeiterverband die darin enthaltene Gefahr einer "Verspießbürgerlichung und Verphilisterung der Arbeiter"⁹¹, der "Gesinnungslumperei"⁹² und der Spaltung in divergierenden Interessenlager:

Die Stadtverwaltungen versuchen, durch 'Beamten'-Ernennungen, durch eine ganz besondere Art von 'Sozialpolitik', durch Trennung in 'Ständige' und 'Unständige' die Arbeiter gegenseitig auszuspielen. (Anm. 93)

Wenn man von den Aufstiegsmöglichkeiten der gelernten Werkstättenarbeiter der Straßenbahnbetriebe zu etatmäßigen Straßenbahnern absieht, bedeutete die Ernennung zum ständi-

gen Arbeiter die wichtigste - und meist einzige - Aufstiegs-möglichkeit. Innerbetriebliche Fortbildungsprogramme gab es keine; sie waren auch angesichts der ohne Vorkenntnisse zu erledigenden Arbeitsverrichtungen und der geringen technischen Anforderungen in den meisten städtischen Betrieben überflüssig. Allenfalls die Fahrschulen der Straßenbahnen können als innerbetriebliche Schulungs- und Fortbildungsmaßnahme angesehen werden.

Den ständigen Arbeitern bot sich die Möglichkeit, zu Aufsehern und sonstigen unteren Vorgesetzten, sogenannten niederen Bediensteten, aufzurücken. Die mit wirklicher Befehlsgewalt und Entscheidungsbefugnis ausgestatteten Vorgesetzten waren jedoch durchwegs Beamte. Die niederen Bediensteten waren in der Regel gelernte Arbeiter und wurden nur in geringem Maße besser entlohnt als diese. Der Sprung vom nichtständigen zum ständigen Arbeiter war der wichtigste berufliche Aufstieg im Leben eines Gemeindearbeiters. Alle weiteren Vergünstigungen wie Lohnvorrückungen, Steigerung der Altersrente, Bereitstellung städtischen Wohnraums usw. konnte er sich nur durch stete zufriedenstellende Pflichterfüllung im Laufe der Jahre erwerben, gemäß den in den Lohn- tafeln und Arbeitsordnungen vorgesehenen Zeitspannen.

Die Anstellung auf Dauer und die Verleihung eines besonderen Titels konnten die Selbsteinschätzung der Arbeiter und ihre Einstellung gegenüber ihren nichtständigen Kollegen sowie den Gewerkschaften ebenso beeinträchtigen, wie die Ausstaffierung mit Uniformen bei den Straßenbahnern zu einem elitären Bewußtsein beitrug. Die Interessendivergenz war besonders in den Betriebszweigen zu spüren, in denen die Anstellungsgruppen vermischt waren. Dies war in den Reparaturwerkstätten und Laboratorien sowie im Maschinenhaus der Fall, während im Feuerhaus, im Betriebsunterhalt und im Fahrdienst relativ homogene Anstellungsverhältnisse gegeben waren. Dort war der ständige Arbeiter der Normalfall, und entsprechend reduzierte sich der konflikthemmende Einfluß der ständigen Anstellung. Da die Verwaltung an stabilen Arbeiterverhältnissen interessiert war und die ständigen Arbeiter einen gewissen Kündigungsschutz besaßen, waren sogar die ständigen Arbeiter eher in der Lage, gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen, als die jederzeit kündbaren und leicht

ersetzbaren nichtständigen Arbeitskräfte. Der Argwohn des Gemeindearbeiterverbandes gegenüber der Personalpolitik der Arbeiterstabilisierung war eher in der befürchteten langfristigen psychologischen Wirkung begründet, die eine quasi unkündbare Stellung, verbunden mit den übrigen Sozialleistungen, mit sich brachte. Die stärkere Interessenidentität von Stadtgemeinde und ständigen "Stadtarbeitern" wirkte konflikt-hemmend. Dabei war das ständige Anstellungsverhältnis ein Glied in einer ganzen Kette fürsorgerischer, sozial disziplinierender Maßnahmen. Die ständige Anstellung konnte die Fähigkeit der Arbeiter zu solidarischem Handeln untergraben, wenn ein entgegenwirkender Einfluß seitens der Gewerkschaften fehlte; war jedoch ein solches Regulativ vorhanden, bildete die ständige Anstellung geradezu den Boden für eine erfolgreiche Interessenvertretung. Ein solches Regulativ konnte nicht nur in der Erziehungsarbeit der Gewerkschaften gegeben sein, sondern in der Arbeitsplatzsituation selbst. So war bei den mit schweren physischen Arbeiten betrauten Feuerhausarbeitern, Straßenreinigern und Kanalisationsarbeitern das Ausmaß der "ständischen" Infiltration im Denken und Handeln von vorneherein geringer als bei den Fahrern und Schaffnern der Straßenbahnen, den Dienstboten, Hausmeistern, Laboratoriumsgehilfen usw..

IV. Vorgesetztenverhältnisse

Auf der unteren Leitungsebene lassen sich Vorarbeiter, Werkführer, Werkmeister und Oberwerkmeister als die wichtigsten Vorgesetztenpositionen ausmachen. Dieses Aufsichtspersonal untergliederte sich in die ungelernten Aufseher und die gelernten Werkführer und Werkmeister. Der Anteil der ungelernten Arbeiter an dem gesamten Aufsichtspersonal nahm zwischen 1902 und 1907 deutlich ab⁹⁴. Dies dürfte vor allem in den stärker technisierten Betrieben der Fall gewesen sein. Das Aufsichtspersonal der unteren Leitungsebene bestand zum Teil aus ehemaligen Arbeitern, die in den Beamtentstand emporgehoben wurden, zum Teil aus Militäranwärtern⁹⁵. Militärischer Drill, Strammstehen, Antretenlassen waren häu-

fige Führungsmittel auf dieser Ebene⁹⁶. Ergänzt wurde dieser Führungsstil durch Bestechungen, Geld- und Zeitstrafen, ein individualistisches Günstlingssystem bis hin zu persönlichen Marotten einzelner Aufseher⁹⁷. In der Vierten Berliner Gasanstalt führte dieses Arbeitsklima ("schlimmer als im Zuchthaus"⁹⁸) Ende 1899 zu einem regelmäßigen Abgang von bis zu 10 bis 12 Arbeitern pro Woche⁹⁹. Ein solches System der Führungsformen auf der unteren Leitungsebene wurde dadurch begünstigt, daß bis zur Einführung von Arbeitsordnungen konkrete Führungsrichtlinien seitens der Betriebsleitung fehlten. Die unteren Aufsichtsorgane wandten demzufolge den ihnen in Schule und Kaserne vorgeführten Führungsstil gegenüber ihren untergebenen Arbeitern an.

Mit der Beförderung zum Oberwerkmeister waren die Aufstiegschancen des Arbeiterpersonals ausgeschöpft. Bis 1918 stand dem Aufstieg in den höheren Dienst eine "soziale Scheidewand"¹⁰⁰ entgegen, die lediglich in den süddeutschen Städten, namentlich München, durchbrochen wurde¹⁰¹. Während dort eine allmähliche Angleichung der Arbeiter an die Beamten stattfand, hob sich andernorts das verbeamtete Aufsichtspersonal der mittleren Leitungsebene wie Werkstätte-Inspektion, Abteilungsvorstand, Dienstvorstand, Amtsvorstand usw. nicht nur beruflich, sondern auch sozial von der Arbeiterschaft ab. Seine Anordnungen hatten die Arbeiter beim "Appell" oder in den Amtszimmern entgegenzunehmen¹⁰². Der soziale und berufliche Aufstieg der Arbeiter und unteren Beamten machte vor den Türen der Verwaltungsbürokratie wie vor einer "Chinesischen Mauer" halt¹⁰³.

Im Gegensatz dazu stand den Arbeitern theoretisch der Weg in die gewählten kommunalen Körperschaften offen. Franz Sebald, Leiter des Münchener Gaues des Gemeindearbeiterverbandes und seit 1912 Gemeindebevollmächtigter in München sowie Ersatzmann für den oberbayerischen Landrat, hatte seine Laufbahn bei der Stadtgärtnerei München begonnen¹⁰⁴.

Nach der Jahrhundertwende nahm der autoritäre Führungsstil der unteren Aufsichtsorgane allmählich ab. Die Klagen über Beschimpfungen, Tätlichkeiten, militärischen Drill und Kasernenhofton, die in den ersten drei Jahrgängen der Gewerkschaft regelmäßig wiederkehrten, wurden seltener. Dies stand in einem Zusammenhang mit dem allmählichen Abrücken

der Kommunen von einem rigiden Herr-im-Hause-Standpunkt, wie er für den staatlichen Arbeitgeber kennzeichnend war.

Für den Bereich der bayerischen Eisenbahnverwaltung lassen sich anhand der Ministerien Frauendorfer und Seidlein Auswirkungen des jeweiligen Führungsstils bis hinunter auf die Ebene der unmittelbaren Vorgesetztenverhältnisse ausmachen. Nachdem sich Frauendorfer in eigens dafür erlassenen "Richtlinien zur Behandlung des unteren Personals und der Arbeiter" gegen die Beschimpfung von Arbeitern gewandt und das "Günstlingssystem" bei der Entlohnung und Beförderung von Werkstätten- und Betriebsarbeitern angegriffen hatte, besserte sich in der Folgezeit das Verhältnis von Arbeitern und Vorgesetzten, und die Mißhandelten bekamen den Mut, sich zu beschweren¹⁰⁵. Die Klagen und Beschwerden versickerten nicht mehr auf dem Dienstweg, und allmählich wurden die Aussprachen auf den Betriebsversammlungen freier und offener. Demgegenüber blühte unter dem Ministerium Seidlein das Günstlingssystem wieder auf, und rohe Beschimpfungen der Untergebenen und das Verschleppen von Beschwerden rissen wieder ein¹⁰⁶.

Unterhalb der eigentlichen Vorgesetztenebene, auf der Ausführungsebene, richtete sich die Verteilung der Entscheidungsbefugnisse und Abhängigkeiten nach der Ausbildungs- und Berufsstruktur sowie den Anstellungs- und Arbeitsplatzverhältnissen. Allerdings sind diese informellen hierarchischen Strukturen quellenmäßig schwer zu erfassen. Eine deutliche Hierarchie ist bei den Gaswerken zwischen den Feuerhausarbeitern und den Hofarbeitern festzustellen; diese äußerte sich verschiedene Male in einem offen unsolidarischen Verhalten der Feuerhausarbeiter¹⁰⁷. Eine ähnliche Hierarchie ist für das Verhältnis der gelernten zu den ungelernten, der ständigen zu den nichtständigen, der Vollarbeiter zu den Invalidisierten und Armen usw. anzunehmen. Diesbezügliche Klagen in der Gewerkschaftspresse sind jedoch unter den Stichworten "Standesdünkel", "mangelnde Kollegialität", "unsolidarisches Verhalten" etc. nur allgemein erfaßt. Tradiert wurden diese Hierarchien durch den Vorgang des individuellen Einweisens und Anlernens neuer Arbeiter durch ältere Arbeitskräfte. Für die Feuerhausarbeiter kann aufgrund ihrer Arbeitsorganisation davon ausgegangen werden, daß sich dieser Anlernprozeß

unter Beteiligung des ganzen Teams, mittelbar auch der jeweiligen Schicht vollzog. Über diesen informellen Qualifikationsprozeß gibt es allerdings keinerlei schriftliche Unterlagen.

3. Die Arbeitsbedingungen in ausgewählten kommunalen Betrieben

In dem folgenden Kapitel sollen nicht die Arbeitsbedingungen wie sie in den Arbeitsordnungen und sonstigen Bestimmungen geregelt wurden, sondern die tatsächlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter behandelt werden. Die Untersuchung konzentriert sich auf die Löhne und Arbeitszeiten in den Gas-, Wasser- und E-Werken und Straßenbahnen. Darüber hinaus soll insbesondere auf die Berufe der Maschinisten, Schlosser, Feuerhausarbeiter und Straßenbahner eingegangen werden.

I. Löhnungsformen

Bei den Gemeindearbeitern bildete der Tagelohn die weit- aus häufigste Löhnungsform; 87,3 % aller Gemeindearbeiter bezogen im Jahr 1902 Tagelohn, im Jahr 1907 waren es noch 78,9 %¹. Darin kommt der überragende Anteil ungelernter Arbeiter in städtischen Betrieben zum Ausdruck. Der Rückgang der Tagelöhner zwischen 1902 und 1907 ist insbesondere auf eine Zunahme der Monatslöhner zurückzuführen, während der Anteil der Wochenlöhner an der gesamten Gemeindearbeiterschaft bei etwas mehr als 5 % verharnte.

Die Verdoppelung des prozentualen Anteils der Monatslöhner zwischen 1902 und 1907 von 7,7 auf 15,8 % dürfte zum Teil auf den Ausbau oder die Kommunalisierung der Straßenbahnen zurückzuführen sein, bei denen die Monatslohnform dominierte.

Die Verteilung der verschiedenen Löhnungsformen auf die vier großen Betriebe Gas-, Wasser- und E-Werke und Straßenbahnen entspricht in etwa der Verteilung von ungelernter und gelernter Arbeit sowie der Anstellungsverhältnisse. Danach muß für die Betriebszweige Werkstättendienst und Fahrdienst ein entsprechend höherer Anteil der Monatslöhner veranschlagt werden, als er sich aus den Zahlen für die Betriebe als Ganzes ergibt.

Während bei den Gaswerken die Wochen- und Monatslöhner kaum eine Rolle spielten, kam den Wochenlöhnern bei den Wasserwerken und den Monatslöhnern bei den E-Werken eine gewisse Bedeutung zu². Neben diesen vier Betrieben waren die Wochen- und Monatslöhner insbesondere bei der Straßenreinigung, der Straßenbeleuchtung, den Badeanstalten und Schlacht- und Viehhöfen sowie der Gartenverwaltung und dem Tiefbau vertreten³.

Die in den Jahren zwischen 1902 und 1907 in dem Anwachsen der Monatslöhner zum Ausdruck kommende Tendenz zum "Arbeiterbeamtentum" setzte sich in den Jahren bis 1913 nicht in dem Maße fort. Die Verteilung der verschiedenen Lohnungsformen hinsichtlich ihres prozentualen Anteils an der Gemeindearbeiterschaft stagnierte bei den für 1907 ermittelten Werten⁴. Auch an der geringen Bedeutung des Wochenlohns änderte sich kaum etwas, obwohl der Gemeindearbeiterverband und andere Organisationen wiederholt für Wochenlöhne anstelle der Tagelöhne eintraten⁵.

Dem Akkordlohn kam in den Gemeindebetrieben nur eine sehr geringe Bedeutung zu. Akkordarbeit war in stärkerem Maße lediglich beim Straßen- und Pflasterbau, bei sonstigen Erd- und Steinarbeiten und der Trichinenschau im Schlacht- und Viehhof vertreten; darüber hinaus wurden auch bestimmte Arbeiten in den Werkstätten sowie Installationsarbeiten im Akkord erledigt. Der Anteil der Akkordlöhner an der gesamten Gemeindearbeiterschaft betrug im Jahr 1902 4,9 %, im Jahr 1907 3,4 %⁶.

II. Lohn

Insgesamt gesehen läßt sich zwischen 1902 und 1907 eine starke Erhöhung der Gemeindearbeiterlöhne feststellen, an der in besonderem Maße die ungelernten Arbeiter beteiligt waren. Dieser Lohnanstieg der ungelernten Arbeitskräfte setzte sich jedoch, mit Ausnahme der E-Werke, bis 1913 nicht fort; wahrscheinlicher sind vielmehr Lohneinbußen der ungelernten Gas- und Wasserwerksarbeiter. Demgegenüber verzeichneten die gelernten Arbeiter der Gas-, Wasser- und E-Werke hohe Lohnsteigerungen, welche die bereits 1902 und 1907

deutlich fühlbaren Einkommensunterschiede zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern weiter verschärften.

Die jeweiligen Unter- und Obergrenzen der Mehrheitslöhne waren in den einzelnen Gemeinden sehr verschieden. In den östlichen Reichsgebieten wurden tendenziell geringere Löhne gezahlt als in den westlichen und südlichen Gegenden. Im großen und ganzen ist eine Abstufung der Gemeindearbeiterlöhne in demselben Verhältnis wie bei den jeweils üblichen Arbeiterlöhnen der einzelnen Orte festzustellen⁷.

Bei den Gas-, Wasser- und E-Werken stiegen die Mehrheitslöhne der gelernten und ungelernten Arbeiter zusammengenommen zwischen 1902 und 1907 um $\frac{1}{9}$ bis $\frac{1}{6}$.

Bei den Wasserwerken lag die am stärksten besetzte Lohngruppe im Jahr 1902 bei 300 bis unter 325 Pf., im Jahr 1907 bei 400 bis unter 450 Pf.

Bei den Gaswerken war die Lohngruppe von 400 bis unter 450 Pf. im Jahr 1907 ebenfalls die am häufigsten besetzte, gegenüber der von 350 bis unter 375 Pf. im Jahr 1902.

Bei den E-Werken war es ebenso. Es fand demnach eine Angleichung der Löhne statt, wobei die niedrigen Lohnsätze der Wasserwerker am stärksten angehoben wurden, während Gas- und E-Werker bereits 1902 besser entlohnt wurden; darin kommen die höheren Löhne der Feuerhausarbeiter, der Schlosser und Maschinisten zum Ausdruck.

Von den Feuerhausarbeitern gehörten im Jahr 1902 79,0 % den Lohngruppen von 350 bis unter 500 Pf. an, im Jahr 1907 80,2 % denjenigen von 400 bis unter 550 Pf.

Bei den Schlossern verdienten im Jahr 1902 91,8 % zwischen 300 bis unter 500 Pf., im Jahr 1907 90,1 % 350 bis unter 550 Pf.

Von den Maschinisten entfielen im Jahr 1902 81,1 % auf die Lohngruppen von 325 bis unter 500 Pf., im Jahr 1907 85,4 % auf die Gruppen 350 bis unter 550 Pf.

Bei allen drei Berufsgruppen trat demnach zwischen 1902 und 1907 eine Lohnerhöhung um circa 50 Pf. pro Tag ein, was in etwa mit dem für die Gesamtheit der gelernten Arbeiter der Gas-, Wasser- und E-Werke ermittelten Lohnanstieg übereinstimmt.

Die Löhne der Fahrer und Schaffner der Straßenbahnen wichen teils erheblich voneinander ab. Die Fahrerlöhne ent-

sprachen in etwa denen der gelernten Werkstättenarbeiter und dürften in entsprechendem Maße an dem Lohnanstieg nach 1907 beteiligt gewesen sein. Extrem schlecht bezahlt waren die im Laufe des Ersten Weltkriegs eingestellten weiblichen Arbeitskräfte. Ihre Stundenlöhne lagen im Durchschnitt bei 30 bis 35 Pf⁸.

Im Zusammenhang mit der Behandlung der Arbeiterlöhne interessiert ferner die Bezahlung des Aufsichtspersonals. Bei dem gelernten Aufsichtspersonal war sowohl 1902 als auch 1907 die am stärksten besetzte Lohngruppe diejenige von 500 bis 550 Pf; 94,1 % aller gelernten Aufsichtspersonen erhielten 1907 einen Tagelohn von 400 Pf und mehr. Die Aufseher verdienten demnach weit mehr als selbst die bessergestellten qualifizierten Arbeiter. Selbst der Lohn der ungelernten Aufseher lag mit 400 bis unter 450 Pf als stärkster Lohngruppe 1907 auf der Höhe der besserverdienenden Facharbeiter. Weiter wird daraus der wesentliche Unterschied in der Entlohnung des gelernten und des ungelernten Aufsichtspersonals deutlich.

III. Lohnzahlung

Von den 57 in diesem Zusammenhang von den Erhebungen der Jahre 1902 und 1907 erfaßten Städte zahlten 36 den Lohn wöchentlich, 21 vierzehntägig oder halbmonatlich. In Metz wurde monatlich entlohnt, jedoch konnten die Arbeiter wie in einigen anderen Städten auch während des laufenden Monats Vorschußzahlungen erhalten; andernorts waren Lohnvorschüsse grundsätzlich untersagt⁹.

Die meisten Arbeitsordnungen legten einen Wochentag zwischen Dienstag und Freitag als Lohntag fest; mehrfach war es ausdrücklich untersagt, an Samstagen oder Sonntagen Löhne auszubezahlen¹⁰.

Der genaue Ort und Zeitpunkt der Lohnzahlung ist aus den wenigen Angaben, welche die Arbeitsordnungen darüber enthalten, nicht generell auszumachen. In der Mehrzahl der Fälle dürfte jedoch die Lohnzahlung am Arbeitsplatz, während der Arbeitszeit oder direkt nach Arbeitsschluß und nicht an

einer von der Arbeitsstelle entfernt gelegenen Kasse erfolgt sein.

Die Nachtschicht der Feuerhausarbeiter bekam normalerweise den Lohn ebenfalls während der Schicht ausbezahlt. Dazu erhielt "der Polier, oder ein älterer Arbeiter den gesamten Lohn für die Nachtschicht" im voraus und bezahlte ihn aus, "wenn die Nachtschicht anwesend ist"¹¹. Ab und zu kam es jedoch zu Abweichungen im Auszahlungsmodus, die für die Arbeiter mit zusätzlichen Belastungen verbunden waren. So mußten die Arbeiter der Nachtschicht in der Dritten Berliner Gasanstalt "mittags um 12 Uhr antreten"¹², um ihren Lohn entgegenzunehmen. An Schlaf war bei einem solchen System kaum mehr zu denken. Derartige Erscheinungen verschwanden erst im Zuge der Vereinheitlichung des kommunalen Lohnwesens. Der Gemeindearbeiterverband forderte in seinem Verbandsprogramm von 1907, daß die Lohnzahlung generell wöchentlich freitags während der Arbeitszeit vorgenommen werden sollte¹³.

IV. Arbeitszeit

Die Arbeitszeit in den Gemeindebetrieben unterlag nicht in demselben Maße wie die Löhne den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten. Die Dauer der Arbeitszeit unterschied sich je nach Jahreszeit und Art der Betriebe. Alles in allem überwog in den beiden Erhebungsjahren 1902 und 1907 die 10stündige Arbeitszeit, wenngleich zwischen 1902 und 1907 eine gewisse Verschiebung zugunsten kürzerer Arbeitszeiten eintrat.

Besonders lange Arbeitszeiten wiesen die Badeanstalten, die Schlacht- und Viehhöfe, die Betriebe der Straßenreinigung und Kanalisation, der Fuhrpark sowie der Tief- und Straßenbau auf¹⁴. Längere Sommer- als Winterarbeitszeiten galten darüber hinaus in der Regel bei den Freilandbetrieben, insbesondere im Bauwesen, bei der Straßenreinigung und der Gartenverwaltung¹⁵.

In den Gas-, Wasser- und E-Werken, deren Funktionen Tag und Nacht gewährleistet sein mußten, kam der Schichtarbeit im Betriebsdienst eine besondere Bedeutung zu.

Im Feuerhaus der Gaswerke wurde meist 12 Stunden pro Schicht gearbeitet, doch nahm nach der Jahrhundertwende die 8-Stunden-Schicht allmählich zu. Nach einer von der Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke in Remscheid durchgeführten Untersuchung wurde im Jahr 1907 in 20 von insgesamt 30 Gaswerken in Rheinland und Westfalen 12 Stunden pro Schicht bei meist 24stündiger Wechselschicht und in den restlichen 10 Werken 8 Stunden pro Schicht bei in der Regel 12stündiger Wechselschicht gearbeitet¹⁶.

Den Angaben der Gewerkschaft zufolge wurde im Jahr 1897 in 200 Gaswerken mit 24stündiger Wechselschicht, in 76 mit 18stündiger sowie in 42 mit 12stündiger Wechselschicht gearbeitet¹⁷.

Außerhalb der Arbeit im Feuerhaus und an den sonstigen Betriebsmitteln betrug die tägliche Arbeitszeit in den übrigen Betriebszweigen der Gaswerke ohne Pausen 9,5 bis 10 Stunden. Enorm lange Arbeitszeiten hatten die Betriebskohlenkarrierer, mit einem Arbeitsbeginn um 5 Uhr morgens; Arbeitszeiten von bis zu 14 Stunden ohne Pausen waren bei ihnen keine Seltenheit¹⁸.

Bei den Wasserwerken betrug in der Mehrzahl der Fälle die tägliche Arbeitszeit nach Abzug der Pausen sowohl im Jahr 1902 als auch 1907 10 Stunden¹⁹. Längere oder kürzere Arbeitszeiten dürften wohl meist nur infolge von Schichtarbeit zu erklären sein, die jedoch hier keine so entscheidende Rolle spielte wie bei den Gaswerken.

Für die E-Werke sind aufgrund der unterschiedlichen Schichteinteilung lediglich Arbeitszeitspannen anzugeben, aus denen die jeweilige tatsächliche Arbeitszeit der einzelnen Arbeitergruppen nicht zu erkennen ist. Zwar bildete auch hier die Arbeitszeitgruppe von 10 Stunden pro Tag die am stärksten besetzte Kategorie, doch bestanden daneben viele andere Kombinationen aus Arbeitszeiten von $7\frac{3}{4}$ bis 11 Stunden pro Tag²⁰.

Die Arbeitszeit der im Akkord beschäftigten städtischen Arbeiter wich meist nicht von der jeweils üblichen Arbeitszeit der Zeitlohnarbeiter ab²¹.

Örtlich voneinander abweichende Arbeitszeiten wiesen die Schaffner und Fahrer der Straßenbahnen auf²².

Der Gemeindearbeiterverband forderte auf seiner 2. Ge-

neralversammlung im Jahr 1900 eine generelle Arbeitszeit von 9 Stunden pro Tag exklusive Pausen, das 3-Schicht-System für Gas- und Wasserwerke, um den Betriebsarbeitern dieser Werke einen 8-Stunden-Tag zu ermöglichen, sowie regelmäßig 36 Stunden Ruhe pro Woche²³. Erst kurz vor Ende des Ersten Weltkriegs forderte der Verband die generelle Einführung des 8-Stunden-Tages. Diese Forderung wurde schließlich 1919 in das neue Verbandsprogramm aufgenommen, um der inzwischen erfolgten Einführung des 8-Stunden-Tages durch die Kommunen Rechnung zu tragen²⁴.

Teil C

Gewerkschaftliche Organisation

1. Frühe Versuche der Organisierung

Die gewerkschaftliche Organisierung der Gemeindearbeiter setzte mit einer deutlichen Verspätung gegenüber anderen Arbeitergruppen ein. Erste Ansätze einer Organisierung fallen in die 1890er Jahre. Ab 1896 setzten schließlich an verschiedenen Orten und von den Freien Gewerkschaften, den Christlichen Gewerkschaften oder den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen ebenso wie von lokalen wirtschaftsfriedlichen Magistratsvereinen getragene Organisationsversuche ein, die Fuß faßten und die Grundlage für die Organisationsvielfalt unter den Gemeindearbeitern nach der Jahrhundertwende legten. Bei den Jahren 1896 bis 1900 handelt es sich sozusagen um die Startphase der Gemeindearbeiterbewegung.

Die Gründe für diese Verzögerung wurden bereits in den vorausgegangenen Teilen dieser Arbeit angesprochen: der Charakter der frühen kommunalen Tätigkeit als Wohlfahrtspflege und Armenfürsorge, das Übergewicht des Arbeitgebers, die Rechtslage der Gemeindearbeiter, ihre soziale Herkunft, die kommunale Arbeiter- und Beamtenpolitik sowie die Organisation des kommunalen Betriebswesens selbst. Entscheidende Voraussetzung für die Lebensfähigkeit von Gemeindearbeiterorganisationen waren schließlich das Anwachsen der kommunalen Tätigkeit und damit der Gemeindearbeiterschaft zu einer relevanten Gruppe und die damit verbundene Umstrukturierung der sozialen und betrieblichen Verhältnisse.

Die Organisationsgeschichte der Gemeindearbeiter in Deutschland beginnt im Grunde erst mit der Gründung des freigewerkschaftlichen Gemeindearbeiterverbandes 1896/97 in Berlin. Dies gilt nicht nur hinsichtlich der Freien Gewerkschaften, sondern überhaupt in bezug auf eine zahlenmäßig einigermaßen relevante Organisierung von Gemeindearbeitern, die über einen längeren Zeitraum hinweg Bestand hatte.

Zwar bestanden schon vor 1896 einige Vereine und Verei-

nigungen städtischer Arbeiter, etwa in Berlin unter den Kanalisationsarbeitern seit 1890, doch besaßen diese Vereinigungen mehr den Charakter von Vergnügungs- und Unterstützungsvereinen ohne eigentliche gewerkschaftliche Bestrebungen¹.

In Hamburg entstand 1890 eine erste lokale Vereinigung der Gasarbeiter, die jedoch noch in demselben Jahr "brutal niedergeknüppelt" wurde².

Auch verschiedene freie Gewerkschaften unternahmen in den 1890er Jahren den Versuch, Teile der Gemeindearbeiterschaft in ihren Reihen zu organisieren. Von wenigen Einzelmitgliedschaften abgesehen scheiterten jedoch alle diese Bemühungen³. Die große Mehrzahl der späteren Mitglieder des Gemeindearbeiterverbandes stand vordem jeder gewerkschaftlichen Organisation fern⁴.

Die Schwierigkeiten bei der Organisation von Gemeindearbeitern waren nicht nur auf die Freien Gewerkschaften beschränkt. Sowohl die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine als auch die katholischen Arbeitervereine und die Christlichen Gewerkschaften kamen zunächst nicht über vereinzelte Ansätze hinaus.

Es waren weniger die repressiven Maßnahmen der Städte, die diese frühen Organisationsversuche scheitern ließen, als die mangelnde Übereinstimmung der Organisationen mit den Arbeitsbedingungen und der Mentalität der Gemeindearbeiter. Dies betrifft sowohl die Organisationsform als auch die gewerkschaftlichen Ziele und die zu ihrer Erreichung vorgeschlagenen Mittel. Angesichts der Vielfalt von Berufen und Tätigkeiten im Gemeindedienst war die gewohnte Berufsorganisation ein völlig unzulängliches Organisationsprinzip. Die gewerkschaftliche Taktik mußte auf die Rechtslage der Gemeindearbeiter und ihre unterschiedlichen Anstellungsverhältnisse sowie auf die Instanzentiefe und die Verkehrswege des Arbeitgebers Rücksicht nehmen. Schließlich ergaben sich aus den besonderen Bedingungen der Gemeindearbeiter spezielle Forderungen wie Alters- und Hinterbliebenenversorgung, Kündigungsschutz, Lohnvorrückungen usw., die den traditionellen Organisationen wenig vertraut, wenn nicht gar suspekt waren.

So scheiterten die frühen, von außen initiierten Versu-

che schon an der für die Gemeindebetriebe völlig unzulänglichen Organisationsform in Gestalt von Berufsorganisationen. Die von den Organisationen verfolgten Bestrebungen und deren gewerkschaftliche Taktik erschienen der Masse der Gemeindearbeiter als untauglich zu der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse. Hinzu kamen eine grundsätzliche Scheu gegenüber jedweder Organisation, die Skepsis gegenüber den Erfolgsaussichten kollektiver Interessenartikulation, das Mißtrauen gegenüber den "fremden" Agitatoren.

Während die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die Christlichen Gewerkschaften unter den Staatsarbeitern, insbesondere den Eisenbahnern, Erfolge verbuchen konnten, war unter den Gemeindearbeitern der freigewerkschaftliche Gemeindearbeiterverband bald die größte und einflußreichste Organisation. Die Organisationsgeschichte der Gemeindearbeiter ist im wesentlichen die Geschichte dieses Verbandes, dem demzufolge das nächste Kapitel gewidmet sein wird.

Auf christlicher Seite spielten vor allem der Staats- und Gemeindearbeiterverband und der 1896 gegründete "Verein Arbeiterschutz" eine Rolle. Letzterer unterhielt Sektionen der städtischen Arbeiter in München und umfaßte um die Jahrhundertwende insgesamt etwa 1.000 Mitglieder⁵. Nicht zuletzt aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Münchener Rathaus konnte sich der freie Gemeindearbeiterverband in München nur mühsam und erst ab 1904/05 gegenüber den Christlichen durchsetzen⁶; dann allerdings überrundete er sie bis 1907 nicht nur in München, sondern in ganz Süddeutschland⁷.

Ganz im Gegensatz zu den Erfolgen des 1894 gegründeten Trierer Eisenbahnhandwerker und -arbeiterverbandes sowie den christlichen Eisenbahnerverbänden in Bayern (München 1896)⁸, Baden und Württemberg gelang den Christlichen unter den Gemeindearbeitern, von anfänglichen Erfolgen in München abgesehen, kein vergleichbarer Einbruch.

Die Versuche des christlichen Verbandes der Hilfs- und Transportarbeiter (München), Gemeindearbeiter in seinen Reihen zu organisieren, schlugen fehl⁹. Auch die in mehreren bayerischen Städten um die Jahrhundertwende gegründeten christlich-sozialen "Vereinigungen von städtischen Arbeitern und Bediensteten" konnten mit ihrem obrigkeitshörigen Programm keine nennenswerte Mitgliedschaft gewinnen¹⁰. Ebenso

geringen Erfolg verbuchten einige andere christliche Verbände wie der "Christliche Holzarbeiterverband" (München 1899) bei dem Versuch, spezielle kommunale Arbeitergruppen zu organisieren¹¹. Am Jahresschluß 1910 umfaßten der christliche Staats- und Gemeindearbeiterverband rund 1.400, sonstige christliche Organisationen circa 300 Mitglieder unter den Gemeindearbeitern gegenüber rund 39.000 Mitgliedern des freien Gemeindearbeiterverbandes¹².

In ähnlichen Größenordnungen wie die Christlichen bewegten sich die Mitgliedschaften der Hirsch-Dunckerschen Lokal- und Zentralverbände. Am Jahresschluß 1910 zählten sie insgesamt rund 1.100 Mitglieder¹³; vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren in circa 15 Ortsvereinen des Gewerkvereins der Gemeindearbeiter rund 1.600 Mitglieder organisiert¹⁴.

Gewichtiger als die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen waren die "Gelben", die Standes- und Anstaltsvereine, die Magistrats- und Werkvereine, die um und nach der Jahrhundertwende im Stile der auf ministerielle Anregung hin gegründeten Eisenbahnervereine von den Stadtverwaltungen ins Leben gerufen wurden. Sie gingen zum Teil auf frühere Formen des Vereinslebens zurück, mit dessen Hilfe die Städte loyale Gesinnung zu fördern versuchten. Ihr Schwergewicht lag im Osten sowie bei den Straßenbahnern, bei denen "gelbe" Vereine oft eine ältere lokale Tradition besaßen¹⁵. Am Jahresschluß 1910 waren rund 1.500 Gemeindearbeiter an 24 Orten in 29 "gelben" Vereinen organisiert¹⁶.

Die relative Schwäche der christlichen und vor allem der Hirsch-Dunckerschen Organisationen liegt zum Teil an ihrem verspäteten Auftreten. Lediglich in Bayern waren die Christlichen dem freien Gemeindearbeiterverband voraus. Umgekehrt erklärt sich die Stärke der "Gelben" aus der älteren Tradition¹⁷; selbstverständlich treten noch andere wichtige Gründe hinzu, die jedoch eigens behandelt werden müssen¹⁸.

Die gewerkschaftliche Organisation der Gemeindearbeiter, insbesondere der Gasarbeiter, war in den 1890er Jahren reif. So verspätet das Entstehen des Gemeindearbeiterverbandes zunächst anmuten mag, er war trotz allem mit der erste Verband, der sich die Organisation und Vertretung der Gemeindearbeiter zur Hauptaufgabe gesetzt hatte; vor allem aber vertrat er mit dem Organisationsprinzip der Betriebsor-

ganisation eine Organisationsform, die allein den Gemeindearbeiterverhältnissen angemessen war; daß er darüber hinaus nicht von außen initiiert, sondern von den "Kerntruppen" der Gemeindearbeiter, den Gasarbeitern, im Gefolge eines Streiks aufgebaut wurde und sich während der ersten Jahre politisch eher wie ein Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein verhielt, kam ihm bei der Mitgliederwerbung zustatten.

2. Organisationsgeschichte: Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

I. Die Anfänge der Organisation

a) Die Gründungsphase 1896/97

Die Anfänge des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter liegen in Berlin. Dort existierten seit Anfang der 1890er Jahre in einigen städtischen Betrieben, bei den Gaswerken und der Kanalisation, Unterstützungsvereine, die zum Teil regelmäßige Beiträge erhoben und Unterstützungen in Sterbefällen zahlten¹. Diese Unterstützungsvereine können als Vorformen, als Keimzellen der späteren gewerkschaftlichen Organisation angesehen werden. Eigentliche gewerkschaftliche Bestrebungen lagen ihnen jedoch fern.

Um 1895 nahm die allgemeine gewerkschaftliche Tätigkeit außerhalb der Gemeindebetriebe an Umfang und Intensität zu, und es kam zur Gründung einer Reihe von Organisationen, insbesondere der ungelernten Arbeiter². Unter den Berliner Gemeindearbeitern kam der gewerkschaftliche Gedanke zunächst nur sehr zaghaft voran. Die Gemeindearbeiterschaft Groß-Berlins zählte um 1895 circa 12.000 - 15.000 Arbeiter³. Mit 10 bis 11 Stunden Normalarbeitszeit und 12 Stunden Arbeit in den durchlaufenden Werken waren die Arbeitsbedingungen ähnlich denjenigen in anderen Städten. Die 24stündige Wechschicht der Feuerhausarbeiter der Gaswerke bedeutete jedoch sehr harte, allgemein nicht mehr übliche Belastungen⁴. Die Sterblichkeit unter den Feuerhausarbeitern lag sehr hoch, Magen- und Lungenkrankheiten forderten "ungeheure Opfer"⁵.

Die Voraussetzungen für eine gewerkschaftliche Organisation waren ungünstig. Die meisten der ungelernten Arbeiter stammten aus den Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien und wurden meist direkt nach der Entlassung aus dem Militärdienst bei der Stadt eingestellt. Arbeitskräftemangel bestand somit keiner. Alljährlich im Herbst lieferten die Garderegimenter "neues arbeitswilliges Menschenmaterial"⁶.

Anfang 1896 führte die Gasbetriebsgesellschaft die

18stündige Wechselschicht ein. Diese längst überfällige Maßnahme bewirkte das genaue Gegenteil der Absicht ihrer Initiatoren; die Gasarbeiter forderten nun ihrerseits den 12stündigen Schichtwechsel⁷. Die Bewegung war zu diesem Zeitpunkt, im Februar 1896, lediglich auf einige Dutzend Feuerhausarbeiter beschränkt. Ihnen war bewußt, daß sie ohne Rückendeckung durch eine Organisation keinerlei Erfolgsaussichten besaßen, eine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse und die Einführung der 12stündigen Wechselschicht durchzusetzen. Sie dachten jedoch noch nicht an eine eigene Organisation, aus Furcht vor Maßregelungen und aufgrund des Fehlens jeglicher gewerkschaftlicher Erfahrung. Statt dessen wandten sie sich an die "verschiedensten bestehenden Vereinigungen" und "fragten an, ob man sie nicht aufnehmen wolle. Die Holz- und Kohlenarbeiter, welche eine lokale Organisation besaßen, erklärten sich hierzu bereit. Aus dieser gemeinsamen Organisation entstand später der gegenwärtige Verband."⁸ Dennoch trifft es nicht den Kern, demzufolge die Holz- und Kohlenarbeiter als "die eigentlichen Gründer" des Gemeindearbeiterverbandes zu bezeichnen⁹. Die Initiative ging von den Feuerhausarbeitern aus, die sehr bald ihre eigenen Interessen in den Vordergrund schoben und über die lokale Organisation hinausdrängten.

Zunächst traten im Februar 1896 etwa 60 Berliner Gasarbeiter in die Lokalorganisation der Holz- und Kohlenarbeiter ein¹⁰. Die Gesamtzahl der Gasarbeiter in Berlin und Umgebung belief sich dabei auf rund 3.000¹¹. Der Kreis der Beteiligten war also zunächst sehr klein und kann auch auf Betriebsebene eingegrenzt werden: die Keimzelle der Organisation bestand aus den Feuerhausarbeitern des Gaswerks "Danziger Straße"¹².

Als erste Maßnahme forderten sie eine Verkürzung der Arbeitszeit und erkämpften durch einen Streik am 28. März 1896 tatsächlich eine Reduzierung der Schichtarbeit in den Sommermonaten von 18 auf 12 Stunden. Infolgedessen schlossen sich im Frühjahr und Sommer 1896 weitere Gasarbeiter der Organisation der Holz- und Kohlenplatzarbeiter an. Der Erfolg dieses ersten Streiks war jedoch zwiespältig. In Berlin waren zu dieser Zeit fünf Gaswerke in städtischer Regie, zwei Gaswerke gehörten der Imperial-Continental-Gasassociation.

Die Verbindung der Arbeiter der Werke untereinander war schlecht. Der März-Streik brachte lediglich für die städtischen Anstalten II und IV eine Reduzierung der Wechselschicht auf 12 Stunden, die übrigen fünf Berliner Werke, darunter die beiden englischen, hielten an der 18-Stunden-Wechselschicht fest¹³. Darüber hinaus wurde der Erfolg auf Kosten der Hofarbeiter erkaufte, die nach der Abschaffung der 18-Stunden-Schicht sechs Stunden Mehrarbeit zu leisten hatten. Dieses in der Zukunft noch öfter zu beobachtende unsolidarische Verhalten der Feuerhausarbeiter führte zu einer Uneinigkeit der Arbeiter untereinander¹⁴. Ferner bestand nicht einmal unter allen Arbeitern Einigkeit über die Forderung nach Abschaffung der 18stündigen Wechselschicht, da große Teile der Belegschaft einiger Werke den Lohnausfall von 3 Mark alle 14 Tage nicht akzeptieren wollten¹⁵.

Angesichts dieser Widersprüche war es der Direktion der städtischen Gaswerke im Herbst 1896 ein leichtes, für die Wintermonate wieder die 18stündige Wechselschicht in allen Anstalten einzuführen. Lediglich die Arbeiter der IV. Gasanstalt "Danziger Straße" weigerten sich, im September 1896 wieder zur 18-Stunden-Schicht zurückzukehren. Etwa 60 bis 70 Feuerhausarbeiter des Gaswerks "Danziger Straße" traten erneut in den Streik, während die Arbeiter der II. Anstalt die Wiedereinführung akzeptierten. Statt ihrer schlossen sich "einige Arbeiter der Anstalt V"¹⁶ aus Solidarität den "Danzigern" an. Die Direktion antwortete mit der Aussperrung von insgesamt 100 Arbeitern. Das entsprach dem Organisationspotential der Gasarbeiter: in allen Gasanstalten waren zu diesem Zeitpunkt zusammen "kaum 100 Mann" organisiert¹⁷. Ein Aufruf zum Generalstreik blieb angesichts der mangelnden Vorbereitung und Organisation sowie der widersprüchlichen Interessenlage der Arbeiter ergebnislos.

In dieser ausgewogenen Situation wandten sich die Gasarbeiter an das Gewerkschaftsbüro, das ihnen einen seiner Mitarbeiter, den Sattler Bruno Poersch, zur Verfügung stellte, damit er sich der Sache annähme¹⁸. Um die Person Bruno Poersch und seine politische Linie sollte es Jahre später heftige interne Auseinandersetzungen sowohl innerhalb des Verbandes als auch mit der Generalkommission der Gewerkschaften geben, die in den Verbandsveröffentlichungen nie

transparent gemacht wurden, sich auf den Verbandstagen in verdeckten Blockbildungen und Personalkämpfen äußerten und weder aus der Verbandsgeschichtsschreibung herausgehalten noch geklärt werden konnten. Für die einen war Poersch ein "unsicherer Kantonist"¹⁹, der wegen seines späteren Übertritts 1905/06 ins Hirsch-Dunckersche Lager der "Fahnenflucht" bezichtigt wurde²⁰, für die anderen war er der unbestreitbare Gründer und Vorsitzende des Verbandes. Tatsächlich war Poersch seit Gründung des Verbandes im Herbst 1896 bis zu seinem Rücktritt Ende 1905 Zentralvorsitzender des Verbandes; die Verbandszeitung wurde von ihm redigiert und expediert²¹. Selbst seine Anhänger getrauten sich jedoch nach 1906 nicht mehr öffentlich seine objektiven Verdienste zu würdigen, und die nachfolgenden Vorsitzenden und Redakteure setzten alles daran, dieses Kapitel der Verbandsgeschichte ruhen zu lassen. Auf all das wird weiter unten ausführlich einzugehen sein²². An dieser Stelle interessiert nur, daß aufgrund des offiziellen Vertuschens und Totschweigens der Person Poersch dessen Rolle bei der Beendigung des Ausstandes der Gasarbeiter im September 1896 im unklaren bleibt.

Jedenfalls verlief der Streik, nachdem sich die Streikenden zwecks Bereitstellung eines erfahrenen Streikführers an die Berliner Gewerkschaftskommission gewandt hatten, "da sie in den gewerkschaftlichen Dingen ohne jede Erfahrung wären"²³, zu Ungunsten der Arbeiter. Alle Streikenden wurden entlassen. In Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Vertretern der Gasarbeiter vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts konnte zunächst ein Vergleich erzielt werden: anstelle des bisherigen 18stündigen Schichtwechsels sollte eine 15-Stunden-Schicht treten; damit konnte jedoch die bisherige Berliner Regelung, wonach die Schichtarbeiter der Gas- und E-Werke jeden zweiten Sonntag mindestens 24 Stunden Sonntagsruhe bekommen sollten, nicht mehr eingehalten werden; dementsprechend lehnten die Arbeiter sämtlicher fünf städtischen Gaswerke das Vergleichsergebnis ab, "da sie dann überhaupt keinen ganz freien Sonntag mehr hätten"²⁴. Aufgrund dieses "fast einstimmig"²⁵ kundgegebenen Willens der Arbeiter zog der Magistrat die Einführung der 15-Stunden-Schicht zurück.

Dieses an der Arbeitsrealität und den Interessen der Feuerhausarbeiter völlig vorbei ausgehandelte Vergleichsergebnis legt die Vermutung nahe, daß die Verhandlungen von Bruno Poersch, der mit den Betriebsverhältnissen noch wenig vertraut war, alleine, jedenfalls von Betriebsfremden geführt wurden; belegen läßt sich dieser Verdacht allerdings nicht. Unklar bleibt auch, inwiefern eine mögliche Solidarisierung der Arbeiter der verschiedenen Werke unterlassen wurde. Sieben Jahre später, im November 1903, nach einem ebenfalls erfolglos verlaufenen, wiederum von den Feuerhausarbeitern des Gaswerks "Danziger Straße" initiierten spontanen Streik wurden zumindest Stimmen laut, die den Hauptvorstand und Poersch heftig kritisierten und dabei auch auf den 1896er Streik eingingen: "Von Poersch gar nicht zu reden. Der alte Bursche hat die Sache anno 96 schon gründlich verputscht, indem er es damals nicht zum Streik kommen ließ. Und später in Charlottenburg, wo alle Mann die Gasanstalt verließen, hat er es auch verschuldet, daß die Chose schief ging."²⁶ Das Pikante an diesen Ausführungen ist, daß sie wahrscheinlich aus der Feder Poersch's stammen und dem erklärten Ziel dienten, sogenannten "Quertreibern" den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem deren Kritik stellvertretend formuliert wurde, um sie anschließend abzuqualifizieren²⁷. Wenn man berücksichtigt, daß innergewerkschaftliche Kritik und Unstimmigkeiten erklärtermaßen aus dem Verbandsorgan herausgehalten werden sollten, kann man das Ausmaß der Erregung, das etwa in der "Danziger" Anstalt geherrscht haben mußte, abschätzen.

Genauere Rückschlüsse auf das Verhalten Poersch's im September 1896 lassen sich daraus jedoch nicht ableiten. Der Streik endete mit einer Niederlage der Arbeiter, obwohl gewisse Arbeitserleichterungen und die Einführung einer nicht näher bezeichneten Kündigungsfrist für Betriebsarbeiter nach einer mehr als 6monatigen Beschäftigungszeit erzielt wurden²⁸. Der eigentliche und grundlegende Erfolg, genauer das Ergebnis dieses verlorenen Streiks war jedoch der Art, daß sich der gewerkschaftliche Gedanke zum ersten Male auf breiterer Grundlage durchsetzte.

Die Gasarbeiter hatten mittlerweile in der lokalen Vereinigung der Holz- und Kohlenarbeiter die Mehrheit inne und

stellten auf einer Mitgliederversammlung im September 1896 den Antrag, die lokale Vereinigung aufzulösen und einen Zentralverband zu gründen. Der Antrag wurde angenommen und zur Beratung der Statuten des neu zu gründenden Verbandes eine Kommission gewählt. Ende September 1896 wurde auf einer Versammlung der neue Name des Verbandes angenommen: am 1. Oktober 1896 begann das erste Geschäftsjahr des "Verbandes der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstiger Arbeitsleute". Anfang Oktober 1896 wurden die Vorschläge der Statuten-Beratungskommission von der Generalversammlung angenommen, der Verbandsvorstand ernannt und Bruno Poersch mit der Leitung des Verbandes betraut. Diese Generalversammlung wurde später als der erste Verbandstag des Gemeindearbeiterverbandes angesehen²⁹.

Das im Frühjahr 1896 von den Gasarbeitern eingegangene Zweckbündnis mit den privaten Holz- und Kohlenplatzarbeitern beinhaltete von Anfang an divergierende Interessen. Die verschiedenen Berufsinteressen kamen bei den Statutenberatungen im September zum ersten Male deutlich zum Vorschein³⁰. Mit der Gründung des zentralen Verbandes traten noch Grenzstreitigkeiten mit anderen Verbänden hinzu; es existierten bereits Zentralverbände für Holz- und Kohlenarbeiter, so daß die Gasarbeiter, die bald zahlenmäßig dominierten, mit ihnen in Konkurrenz traten, wenn sie weiterhin Holz- und Kohlenarbeiter organisierten³¹.

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Arbeitergruppen erwies sich bald als unmöglich, und die Gasarbeiter drängten die Holz- und Kohlenarbeiter, in den Handels- und Transportarbeiterverband überzutreten. Im August 1897 traten denn auch die Berliner Holz- und Kohlenarbeiter zum "Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands" über³². Zu diesem Zeitpunkt hatte der ehemalige gemeinsame Verband bereits zu 90 % aus Gas- und anderen städtischen Arbeitern bestanden³³. Nach dem Ausscheiden der Holz- und Kohlenplatzarbeiter führte der Verband ab dem 15. September 1897 den neuen Namen "Verband der Arbeiter in Gasanstalten und in allen anderen städtischen Betrieben"³⁴. Bereits zu diesem Zeitpunkt war bei den leitenden Funktionären des Verbandes die Auffassung vertreten, daß der Verband später alle Gemeindearbeiter umfassen sollte³⁵. Dennoch blieb

der Charakter einer Betriebsorganisation bis 1899 nur vage umrissen; der Verband wies auch in seiner Namensgebung auf die Gasarbeiter als die Gründer und hauptsächlichen Träger der Organisation hin, bis am 15. April 1899 durch Urabstimmung das Statut erneut abgeändert wurde. Der Verband führte fortan den Titel "Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten"³⁶.

Neben der Gründungsphase des Jahres 1896 müssen auch die ersten Jahre des Verbandes von der Generalversammlung anfang Oktober 1896 bis zum 2. Verbandstag am 16./17. April 1900 in Berlin zu den Anfängen der Organisation gerechnet werden. Die Jahre 1896 bis 1900 sind auch Gegenstand des ersten Geschäftsberichtes des Verbandes. Im folgenden Abschnitt sollen daher zunächst die organisatorische Entwicklung des Verbandes in Berlin und seine Ausbreitung in anderen Städten und Regionen untersucht werden, ehe in den anschließenden Kapiteln das gewerkschaftliche Selbstverständnis wie Zielsetzung, Organisationsprinzip und gewerkschaftliche Taktik sowie der Ausbau der Organisation nach der Jahrhundertwende, der die eigentliche Konsolidierung des Verbandes einleitete, behandelt werden.

b) Die ersten Jahre 1896 - 1900

Das 1. Geschäftsjahr 1896/97. Die Geschichte des Gemeindearbeiterverbandes war bis zur Jahrhundertwende im wesentlichen identisch mit der Entwicklung der Organisation in Berlin. Zwar wurden bereits 1896 in Hamburg, im Januar 1897 in Königsberg und Erfurt Verwaltungsstellen gegründet, denen im März desselben Jahres Mannheim, im Sommer und Herbst Magdeburg, Ludwigshafen a. Rh. und Mainz, schließlich Anfang 1898 Pforzheim nachfolgten, doch blieb Berlin mit seinen Vororten das Zentrum der Organisation³⁷.

Der organisatorische Aufbau der Verwaltungsstelle Berlin wies große Mängel auf. Im Grunde spiegelte er die Buntscheckigkeit der Stadtverwaltung wieder:

(J)eder Betrieb bzw. jede Verwaltung bildete eine besondere Filiale mit eigenem Vorstand. Zur Erledigung gemeinsamer Angelegenheiten wurden von Zeit zu Zeit so-

nannte kombinierte Versammlungen aller Mitglieder einberufen. Die Leitung hatte die Kommission der vereinigten Filialen, später der Ausschuß. (Anm. 38)

So wie jede Berliner städtische Verwaltungsdeputation völlige Freiheit besaß, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Arbeiter nach eigenem Ermessen festzusetzen, so stellte auch jede Filiale ihre eigenen Forderungen in Lohn- und Arbeitsfragen auf. Ein einheitliches Vorgehen des Verbandes war dadurch so gut wie unmöglich. Erst am 1. Januar 1902 wurde ein gemeinsames Ortsbüro errichtet, doch verzögerte sich der Zusammenschluß der verschiedenen Filialen nochmals bis zum 1. Oktober 1903³⁹.

Das "hauptsächliche Bindeglied unter den Kollegen"⁴⁰ war bereits ab 1897 die Verbandszeitung. Die beiden Hauptaufgaben, welche die 1. Generalversammlung dem Verbandsvorstand zugewiesen hatte, waren die Agitation für den Verband und die Schaffung einer Zeitung.

Am 15. Dezember 1896 wurde die Probe-Nummer der Gewerkschaft in einer Auflage von 1.000 Exemplaren herausgegeben⁴¹. Am 1. Januar 1897 erschien die erste Nummer unter dem Titel: "Die Gewerkschaft. Organ für die Interessen der Arbeiter in städtischen Betrieben (Gasanstalten, Straßenreinigung, Kanalisations- Wasserwerke) auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstige Arbeitsleute"⁴².

Die Zeitung war vorerst Verlagseigentum des Verbandsvorsitzenden Poersch, der Redaktion, Verlag und Expedition innehatte⁴³. Sie erschien zunächst einmal, ab 1. Mai 1897 zweimal im Monat⁴⁴. Das Exemplar kostete 10 Pf, Mitglieder konnten sie unentgeltlich bei den Zahlstellen beziehungsweise den Verbandslokalen abholen oder sie sich ab 1. Juli 1897 zu den reinen Versandgebühren ins Haus senden lassen⁴⁵.

Ende 1897 erschien die Gewerkschaft in einer Auflage von 1.450 Exemplaren, Ende 1898 von 2.000 und Ende 1899 von 4.500 Exemplaren⁴⁶.

Die Hoffnungen, die der junge Verband - an dem Einschub in der Titelspalte der Gewerkschaft deutlich zu erkennen - auf die Arbeiter der Straßenreinigung setzte, erfüllten sich nicht. Zwar fehlte es nicht an Sympathie für den Verband, der Schritt zur Mitgliedschaft war jedoch etwas anderes. Die hauptsächlichen Gründe waren die "in der Berliner Straßenreinigung bestehende militärische Ordnung und Disziplin" und

das "Bestehen eines von der Direktion protegierten lokalen Vereins"⁴⁷, der "zeitweilig im Hirsch-Dunckerschen Fahrwasser segelte"⁴⁸. Erst 1904 gelang es, bei den Straßenreinigern Organisationserfolge zu erzielen.

Als sich der Verband nach dem Ausscheiden der privaten Holz- und Kohlenplatzarbeiter am 15. September 1897 als reiner Gemeindearbeiterverband konstituierte, existierte in Berlin nur eine einzige Filiale, die der Gasarbeiter. Sie besaß Ende des 1. Geschäftsjahres (30. 9. 1897) circa 120 zahlende Mitglieder⁴⁹. Die gesamte Verwaltungsstelle Berlin, ohne Vororte, umfaßte Ende des 1. Geschäftsjahres etwa 200 Mitglieder, das Vermögen der Ortskasse belief sich auf 44,30 M. Neben den Gasarbeitern waren hauptsächlich die Kanalisationsarbeiter stärker vertreten, der Rest verteilte sich auf die Wasserwerksarbeiter, die Markthallenarbeiter, die Schlacht- und Viehhofarbeiter und die Desinfektoren; von den Vororten waren lediglich Charlottenburg und Rixdorf erfaßt⁵⁰; ferner existierten noch Verwaltungsstellen in Schöneberg und Schmargendorf⁵¹. Die Gesamtzahl der Gemeindearbeiter Groß-Berlins betrug 1896/97 schätzungsweise 12.000 - 15.000 Arbeiter, die der Gasarbeiter für sich genommen rund 3.000⁵².

Die genannten Mitgliedszahlen und Kassenbeträge beruhen jedoch nur auf Schätzungen; insbesondere für Berlin sind die Angaben des Kassenberichtes aufgrund fehlender Abrechnungen unvollständig⁵³. So werden verschiedentlich auch höhere Zahlen genannt⁵⁴. Die Angaben des offiziellen Kassenberichtes dürften jedoch dem wahren Sachverhalt wesentlich näher kommen als eine reine Addition der von den Filialen gemachten Angaben. Nach den Aussagen des Hauptvorstandes waren die Angaben der Filialen bezogen auf die tatsächlichen zahlenden Mitglieder oft bis zu 50 % falsch⁵⁵. Am 1. Dezember 1897 mußte die Gewerkschaft auf ein einzelnes Faltblatt reduziert werden, da der Verbandsvorstand von Einnahmen ausgegangen war, die sich schließlich nicht bewahrheiteten⁵⁶.

Mit entsprechenden Vorbehalten müssen auch die Angaben zu den anderen Städten, in denen im 1. Geschäftsjahr Verwaltungsstellen eingerichtet wurden, behandelt werden. Unter ihnen fallen insbesondere Hamburg mit 187 Mitgliedern und Mannheim mit 210 Mitgliedern am Ende des 1. Geschäftsjahres

ins Auge⁵⁷.

Auch in Hamburg waren die Gasarbeiter die Hauptträger des Verbandes. Nachdem bereits Ende 1896 eine Verbandsfiliale gegründet werden konnte⁵⁸, die auf einer Mitgliederversammlung am 23. Januar 1897 180 Mitglieder aufwies⁵⁹, stagnierte die Entwicklung im Laufe des 1. Geschäftsjahres. Schon die Mitgliedszahlen des Kassenberichtes 1896/97 dürften nicht mehr der wirklichen Stärke der Organisation entsprochen haben. Nach einjährigem Bestehen⁶⁰, demnach bereits zu Beginn des 2. Geschäftsjahres 1897/98, ging die Verwaltungsstelle aus Mangel an Kräften ein⁶¹. Erst im Frühjahr 1900 konnte erneut eine Verbandsmitgliedschaft gegründet werden, die jedoch nur mit Mühe einem zweiten Zusammenbruch entging⁶².

Eine rasche Entwicklung nahm die Organisation in Mannheim. Wiederum waren die Gasarbeiter das Rückgrat der Bewegung. Anfang 1897 gegründet, umfaßte die Verwaltungsstelle im März mindestens 70 Mitglieder⁶³. Bereits im 1. Berichtsjahr festigte sich die Organisation, die sich im 2. Geschäftsjahr 1897/98 in zwei Filialen untergliedern konnte⁶⁴. Die Aufspaltung in immer mehr verschiedene Filialen behinderte allerdings die einheitliche Arbeit bis 1903⁶⁵.

Die übrigen Verwaltungsstellen in Erfurt, Königsberg und Magdeburg sowie in Charlottenburg, Rixdorf, Schmargendorf und Schöneberg verfügten Ende des 1. Geschäftsjahres nur über bescheidene Mitgliedschaften.

Insgesamt besaß der Gemeindearbeiterverband am Ende des 1. Geschäftsjahres 924 Mitglieder und ein Verbandsvermögen von rund 783 M⁶⁶.

Das 2. Geschäftsjahr 1897/98. Das 2. Geschäftsjahr (1. 10. 1897 - 30. 9. 1898) brachte zwar eine Verbreiterung der Verbandsorganisation in Berlin, aber alles in allem keine wesentliche Stärkung des Verbandes. In Berlin konnte im Oktober 1897 mit 47 Kanalisationsarbeitern eine zweite Filiale neben den Gasarbeitern gegründet werden⁶⁷. Im Laufe des Jahres 1898 kamen fünf weitere Filialen hinzu: als erstes im April die Wasserwerker von Friedrichshagen und Tegel, später die Filialen 4 bis 7 der Desinfektoren, der Markthallenar-

beiter, der Laternenwärter und der Schlacht- und Viehhofarbeiter⁶⁸. Demgegenüber ging die Entwicklung bei der Filiale 1 der Gasarbeiter zurück. Die Versuche, die Arbeiter der beiden privaten englischen Anstalten zu gewinnen, scheiterten an den Maßregelungen der Direktion⁶⁹; aber auch in den fünf städtischen Gaswerken brach die Organisation "bei jeder Schwierigkeit" zusammen⁷⁰. Ende des 2. Geschäftsjahres besaß die Gasarbeiter-Filiale nur mehr 74 Mitglieder mit einem Kassenbestand von 32,75 M. Die stärkste Filiale waren nun mit 265 Mitgliedern die Laternenwärter, gefolgt von den Schlacht- und Viehhofarbeitern (173), den Kanalisationsarbeitern (112) und den Wasserwerkern (100). Insgesamt umfaßte die Verwaltungsstelle Berlin ohne Vororte 856 Mitglieder mit einem Kassenvermögen von 582 M⁷¹.

Die neuen Verwaltungsstellen in den Berliner Vororten Tegel, Friedrichshagen und Lichtenberg bestanden im wesentlichen aus den dortigen Wasserwerkern⁷²; eingegangen war die Organisation in Schöneberg⁷³.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Verbandsvorstandes lag im 2. Geschäftsjahr auf Berlin; die andernorts durchgeführten Agitationstouren erwiesen sich als ungeeignet zur Gewinnung neuer Verbandsmitgliedschaften⁷⁴.

Außerhalb Berlins kamen 1897/98 Verwaltungsstellen in Mainz, Ludwigshafen a. Rh. und Pforzheim hinzu, während die Organisation in Hamburg und Erfurt wieder einging. Nach Berlin waren die Verwaltungsstellen Mainz und Mannheim die mitgliederstärksten⁷⁵. Eine Sonderrolle nahm die im Kassenbericht mit 34 Mitgliedern ausgewiesene Verwaltungsstelle Stuttgart ein. Genaugenommen handelte es sich dabei um keine Verbandsmitgliedschaft, sondern eine lokale Organisation, die am 19. März 1898 unter dem Namen "Verein der städtischen Arbeiter in Stuttgart" gegründet wurde. Die Initiative dazu ging zwar von Verbandsfunktionären aus, weshalb der Verband die Mitglieder auch für sich beanspruchte, doch wollten die Stuttgarter Gemeindearbeiter, ebenso wie die nach dem Stuttgarter Vorbild in der Folgezeit gegründeten Ortsvereine in Cannstatt, Eßlingen, Heilbronn und Göppingen, nichts von einer Angliederung an den Gesamtverband wissen. Ein Versuch der Angliederung im Frühjahr 1900 schlug fehl, und erst nach weiteren lokalen Umstrukturierungen kam es mit Wirkung

vom 1. Januar 1903 zur Verschmelzung mit dem Gesamtverband⁷⁶.

Insgesamt besaß der Gemeindearbeiterverband am Ende des 2. Geschäftsjahres 1.601 Mitglieder und ein Verbandsvermögen von rund 1.363 M⁷⁷.

Das 3. Geschäftsjahr 1898/99. Zu Beginn des 3. Geschäftsjahres, am 4. Dezember 1898, wurde der "Ausschuß der Berliner Filialen" gebildet. Er diente der Beratung gesamtstädtischer Fragen und sollte die bisherige Uneinheitlichkeit bei der Behandlung von Arbeiterfragen und den Mangel an einheitlichem Zusammenarbeiten der selbständigen Filialen einschränken⁷⁸. Das gelang ihm jedoch nur in begrenztem Maße, da die Filialen an ihrer Eigenständigkeit festhielten und auch die städtischen Verwaltungen bis 1918 bei der Regelung von Arbeiterfragen völlig freie Hand hatten.

Die Mitgliederentwicklung ging nur langsam vonstatten. Die Kanalisations- und Wasserwerksarbeiter blieben die "treuesten Stützen" der jungen Berliner Organisation⁷⁹. Bei den Gaswerken gelang es, Anfang 1899 über die Feuerhausarbeiter und Laternenwärter hinaus bei den Revierinspektionen und den Rohrlegern Mitglieder zu gewinnen, so daß zwei weitere Filialen gebildet werden konnten. Bereits im September 1898 waren die städtischen Kohlenplatzarbeiter als eigene Filiale hinzugekommen⁸⁰.

Außerhalb Berlins konnten 1898 in Darmstadt, 1899 in Karlsruhe, Leipzig und Bremen neue Verbandsmitgliedschaften errichtet werden. Bis auf Leipzig brachen allerdings die jungen Filialen bald wieder zusammen und konnten erst Jahre später dauerhaft neu gegründet werden⁸¹.

Die soziale Basis des Verbandes wurde allmählich breiter und griff insbesondere in Berlin über die Gasarbeiter hinaus. Der Charakter des Verbandes als einer Betriebsorganisation der Gemeindearbeiter trat immer deutlicher hervor, so daß in einer Urabstimmung über eine Statutenänderung am 15. April 1899 der Name des Verbandes abgeändert wurde. Der neue Titel lautete: "Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten"⁸².

Ende des 3. Geschäftsjahres (30. 9. 1899) besaß der Ge-

meineArbeitervverband 3.479 Mitglieder in insgesamt 32 Filialen⁸³.

+ + +

Bislang wurde lediglich die organisatorische Entwicklung des Verbandes in Berlin und den anderen frühen Verwaltungsstellen anhand der wichtigsten Daten skizziert, ohne auf die Inhalte der Gewerkschaftsarbeit, die Schwierigkeiten bei der Mitgliederentwicklung und das kommunalpolitische Umfeld einzugehen. Das soll im folgenden zusammenfassend behandelt werden. Zunächst interessieren jedoch einige statistische Bestimmungen, die für das Beitrags- und Unterstützungswesen des Verbandes ausschlaggebend waren.

Eine der Hauptschwächen des Verbandes bis zum 3. Verbandstag, Ostern 1903, war der im Verhältnis zu den Leistungen des Verbandes zu geringe Mitgliedsbeitrag von 15 Pf pro Woche⁸⁴.

Der Verband gewährte Kranken-, Sterbe- und Invalidenunterstützung. Nach 13 Wochen Mitgliedschaft wurden maximal bis zu 5 M pro Woche Krankengeld gezahlt⁸⁵. Die Auszahlung erfolgte jeweils freitags zwischen 20.30 und 22 Uhr im Verbandslokal⁸⁶. In Sterbefällen wurden 30 M, beim Tod der Frau 20 M und bei einem Kind unter 14 Jahren 10 M gezahlt⁸⁷.

In erster Linie die Krankenunterstützung überforderte die Finanzen des Verbandes, so daß bald den einzelnen Verwaltungsstellen das Recht eingeräumt wurde, Höhe und Bezugsberechtigung des Krankengeldes selbst festzusetzen. Zur Finanzierung der Krankenunterstützung standen den Verwaltungsstellen 50 % der Mitgliedsbeiträge zur Verfügung. Die anderen 50 % flossen an die Hauptkasse. Diejenigen Verwaltungsstellen, die mit dem Anteil an den Mitgliedsbeiträgen nicht auskamen, durften Extrasteuern erheben⁸⁸. Schließlich überließ man es den einzelnen Filialen, Höhe, Bezugsdauer und Bezugsberechtigung des Krankengeldes selbständig festzusetzen. In der Folge baute jede Filiale ihr eigenes Unterstützungswesen auf, was die Zusammenarbeit am Ort erschwerte und eine spätere Verschmelzung der Filialen behinderte⁸⁹. Das

Problem der Finanzierung der Krankenunterstützung sowie der zu seiner Behebung eingeführten Extrasteuern war von Anfang an vorhanden und belastete den Verband bis zum Münchener Verbandstag 1912.

Wie schon bei der Behandlung von Arbeiterfragen spiegelte sich die Unterschiedlichkeit der Gemeindearbeiterverhältnisse auch bei der Handhabung der Krankenunterstützung wider. Bis zu der Ausdehnung der Krankenversicherungs-Pflicht in Berlin auf sämtliche Gemeindearbeiter ab 1. April 1899 gehörten die Arbeiter den verschiedensten Orts- und sonstigen Krankenkassen an, an deren unterschiedlichen Sätzen sich die Unterstützungsleistungen der Filialen orientierten⁹⁰. Zwar drängte der Verband auf eine möglichst einheitliche Regelung der Krankenversicherung in den städtischen Betrieben, die mit der Bildung der "Betriebskrankenkasse für sämtliche in Kommunalbetrieben und im sonstigen Dienst gegen Gehalt oder Lohn Beschäftigten" am 1. April 1899 auch teilweise erreicht wurde - für die Arbeiter der Park- und Gartenverwaltung und der Straßenreinigung bestanden besondere Betriebskrankenkassen fort -, doch gelang es ihm nicht, das Durcheinander im eigenen Unterstützungswesen zu beseitigen⁹¹.

Bis zur Jahrhundertwende bestanden die Leistungen des Verbandes im Grunde nur aus der Krankenunterstützung. In den Jahren 1896 bis 1899 wurden insgesamt rund 7.000 M für Krankenunterstützung gezahlt. Die übrigen Leistungen, Gemaßregeltenunterstützung (253 M), Rechtsschutz (202,65 M) und Streikunterstützung (142,20 M), fielen kaum ins Gewicht⁹².

Die chronische Finanznot sowohl in der Hauptkasse als auch in den Ortskassen hätte nur durch eine entschiedene Beitragserhöhung bei gleichzeitiger Vereinheitlichung des Unterstützungswesens behoben werden können. Beides scheiterte an dem Widerstand der Filialen, die sich ihre Eigenständigkeit nicht nehmen lassen wollten und bei einer Erhöhung des Mitgliedsbeitrages weitere Schwierigkeiten bei der Mitgliederwerbung befürchteten, die ohnedies schon schleppend genug vor sich ging. Auf der einen Seite drängte der Verbandsvorstand, insbesondere Poersch, die mobilisierende Wirkung guter Unterstützungsleistungen nicht zu unterschätzen, auf der anderen Seite sträubte sich die Basis gegen eine Erhöhung des subjektiv bereits als hoch erachteten Mitgliedsbeitrags.

Objektiv lag der Verband hinsichtlich der Beitragshöhe relativ niedrig, vergleichbar den Organisationen der Hilfsarbeiter oder der Niedergangshandwerke⁹³.

Mit der Statutenänderung vom April 1899 wurde das Eintrittsgeld von bisher 25 Pf auf 50 Pf erhöht und eine Extrasteuer von 10 Pf im Vierteljahr eingeführt⁹⁴; die Eintrittsgelder flossen zu 100 % in die Hauptkasse. An dem finanziellen Engpaß änderte sich dadurch jedoch kaum etwas.

Neben dem Mißverhältnis von Beitrag und Leistung stellte sich in Berlin und anderen mitgliederstarken Verwaltungsstellen wie Mannheim die Aufgliederung nach Berufen als weiteres im organisatorischen Aufbau des Verbandes angelegtes Handikap heraus. Sobald in einem Betrieb oder unter einer Berufsgruppe mindestens 10 Mitglieder geworben waren, konnte eine eigene Filiale gegründet werden⁹⁵. Das störte solange nicht, als - wie an den meisten Orten - ohnehin nur eine einzige Filiale errichtet werden konnte, meist die der Gasarbeiter; sobald jedoch an einem einzigen Ort oder gar innerhalb eines einzigen Betriebs mehrere Filialen für verschiedene Berufe gebildet wurden, zerfiel die Organisation in unterschiedliche, zum Teil miteinander rivalisierende Interessengruppen.

Besonders nachteilig wirkte sich dieser organisatorische Aufbau in Mannheim, einer der ältesten Verwaltungsstellen aus. Bis 1903 existierten 6 verschiedene Filialen nebeneinander, "die sich zum Teil bitter bekämpften"⁹⁶.

Auch in Berlin war bis zum Zusammenschluß der mittlerweile 21 selbständigen Filialen am 1. Oktober 1903 ein einheitliches Vorgehen nicht möglich⁹⁷. Erst nach dem Berliner Verbandstag im April 1903 wurde mit dem Neben- und Gegeneinander mehrerer Filialen an einem Ort Schluß gemacht, so daß gemeinsame Orts- bzw. Gaubüros errichtet werden konnten.

Sowohl die geringen Finanzen als auch die Uneinheitlichkeit in der Organisation, bei den Extrasteuern, dem Unterstützungswesen und den Forderungen bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse berührten das Konfliktverhalten des Verbandes in entscheidendem Maße. Darauf wird später genauer einzugehen sein⁹⁸. Jedenfalls war der Handlungsspielraum des Verbandes in den ersten Jahren sehr begrenzt. Die alljährlichen Lohnbewegungen bestanden im Grunde aus Eingaben der

verschiedenen Verbandsorganisationen an die jeweiligen städtischen Instanzen. Allein aufgrund des langwierigen Entscheidungsprozesses, den beispielsweise eine Lohnerhöhung erforderte, konnte der Verband gegenüber seinen Mitgliedern, insbesondere aber bei den noch unorganisierten Kollegen, nur in geringem Maße auf konkrete aktuelle Erfolge verweisen. Die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Organisation bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter waren schwer deutlich zu machen.

Das einigende Band in den ersten Jahren waren neben dem Verbandsorgan vor allem die großen örtlichen Versammlungen, zu denen teilweise bis zu 2.000 Arbeiter mobilisiert wurden⁹⁹. Organisationserfolge konnten dabei jedoch kaum erzielt werden.

Die Gewerkschaftsarbeit stieß in den Jahren 1896 bis 1900 auf eine Reihe immer wiederkehrender Schwierigkeiten, die sich grob folgendermaßen gruppieren lassen: 1. lokale Besonderheiten, sei es betrieblicher, allgemein kommunalpolitischer oder verbandspolitischer, personeller Art; 2. Maßregelungen seitens der städtischen Verwaltungen; 3. Unerfahrenheit, lokalistische Tendenzen, Uneinigkeit unter den Arbeitern selbst.

Beispiele lokaler Besonderheiten sind die Straßenreinigung in Berlin, bei welcher der Verband wegen der bereits bestehenden "blaugelben Direktionstruppe"¹⁰⁰ organisatorisch nicht Fuß fassen konnte, und die Filiale Schöneberg, die im 2. Geschäftsjahr aufgrund des Verhaltens des Vorsitzenden einging, "dem man in moralischer Beziehung nicht viel Gutes nachsagte"¹⁰¹. In kommunalpolitischer Hinsicht spielten die Mehrheitsverhältnisse im Stadtparlament und vielfach die Person des Oberbürgermeisters eine einflußreiche Rolle. Während Maßregelungen oder die passive Duldung des Verbandes allgemeine Erscheinungen waren, stellten eine sozialdemokratische Rathausmehrheit oder sozialpolitisch vorwärtsweisende Kommunalpolitiker doch lokale Ausnahmen dar. Relevant wurden diese Besonderheiten allerdings erst nach der Jahrhundertwende in Straßburg und Mühlhausen i. Elsaß, Freiburg und Frankfurt a. M..

Hinsichtlich des Verhaltens der Betriebsleitungen und Verwaltungen gegenüber der Organisation war der Verband in

den ersten Jahren einem Wechselbad ausgesetzt.

In Berlin kam es in den ersten Jahren zu keinen Maßregelungen: "Von den leitenden Personen der Berliner Gaswerke hat man bisher den Verband als eine zu recht bestehende Institution angesehen, keine Maßregelungen sind vorgekommen und man ist mit demselben (...) in Korrespondenz getreten."¹⁰² Als im Frühjahr 1899 bei der IV. Gasanstalt ("Danziger Straße") der Vorsitzende und Schriftführer der Filiale entlassen wurden, betonten die oberen städtischen Behörden, daß sie keine Einschränkung des Koalitionsrechts der Gemeindearbeiter befürworteten¹⁰³.

Dennoch war es den Betriebsleitungen ein leichtes, organisierte Arbeiter, die für den Verband im Betrieb von Bedeutung waren, wie Vertrauensleute, Kassierer, Schriftführer usw., anläßlich der regelmäßig im Mai stattfindenden Sommerentlassungen "aus Arbeitsmangel" hinauszusüßern. Beim Gaswerk "Danziger Straße" wurden im Mai 1899 allein 24 Arbeiter entlassen; da war es schwer, die Kündigung von Verbandsfunktionären als Maßregelung bloßzustellen, obwohl es sich eindeutig um eine solche handelte¹⁰⁴.

Überhaupt genügte allein die Furcht vor Maßregelungen, um den Aufbau des Vertrauensmänner-Systems zu erschweren; dazu standen aber den unteren Aufsichtsorganen mannigfache Möglichkeiten zur Verfügung.

Bei einem mittleren Gaswerk wurde gewöhnlich für jede Schicht sowie für die Hofarbeiter ein Vertrauensmann ernannt; bei größeren Gaswerken sollte jede einzelne Kolonne einen eigenen Vertrauensmann besitzen. Bei der Kanalisation erhielt jede Pumpstation zwei Vertrauensleute, einen für die Stationsarbeiter, die Heizer, Putzer, Kohlenkarrer und Bassinarbeiter, einen für die außerhalb der Station eingesetzten Kanalarbeiter¹⁰⁵.

Angesichts der "Unsolidarität" und "Augendienerei" unter den Kollegen, der latenten Bespitzelung, die noch dadurch erhöht wurde, daß noch "einer den andern persönlich kannte", war es schwierig, die Position des Vertrauensmannes zu besetzen¹⁰⁶. Die Verbandsmitglieder stießen auf Mißtrauen und Ablehnung: "In den ersten Versammlungen wagte von den Arbeitenden niemand, das Wort zu ergreifen. Jede Berührung mit den Leitern des Verbandes wurde vermieden, weil jeder in

seinem Nebenmann einen Spitzel erblickte und Maßregelungen fürchtete."¹⁰⁷

So muß auch für Berlin, dessen Magistrat "den Kampf gegen die junge Organisation den nachgeordneten Stellen und Verwaltungen überließ"¹⁰⁸, ein koalitionsfeindliches Klima angenommen werden, das die Mitgliederentwicklung des Verbandes empfindlich behinderte. Vor allem bei den Straßenreinigern machte das Zusammenwirken von "gelber" Gesinnung und obrigkeitlicherseits verordneter Zwangsorganisation und Einschüchterung auf Jahre hinaus jeden Organisationsansatz zunichte, ohne daß konkrete Maßregelungen nötig gewesen wären¹⁰⁹.

Unter den Vororten Berlins kam es in Charlottenburg und Schöneberg zu Maßregelungen. Bei den Charlottenburger Gaswerken wurden 1897/98 der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassier entlassen, was bald zum Zusammenbruch der Organisation führte, die erst 1905 dauerhaft neu aufgebaut werden konnte¹¹⁰. Auch bei den englischen Gaswerken in Schöneberg wurden Vorsitzender, Schriftführer und Kassier entlassen und durch wiederholte Maßregelungen der Verband bis 1902 ferngehalten¹¹¹.

Wesentlich massiver als in Berlin waren die koalitionsfeindlichen Maßnahmen der Verwaltungen an der Wasserkante. In Hamburg wurden bei den Gaswerken 1896/97 "nach und nach an 40 Mann"¹¹² entlassen. In Altona scheiterte die Gründung einer Verwaltungsstelle an einem mündlichen Revers des Oberbürgermeisters¹¹³.

In Darmstadt hatte die Entlassung von drei Arbeitern gleich nach der ersten Versammlung dieselbe Wirkung¹¹⁴.

In Halle wurden die örtlichen Zahlstellen als selbständiger Verein angesehen und dementsprechend aufgefordert, ein Mitgliederverzeichnis "nach Namen, Stand und Wohnung der hiesigen Zahlstelle des Verbandes der städtischen Arbeiter nunmehr binnen drei Tagen der Polizei-Verwaltung einzureichen"¹¹⁵. Schließlich wurde ein Vertrauensmann entlassen.

Derartige Maßnahmen, verbunden mit polizeilichen Verfolgungen, Strafanzeigen wegen unerlaubten Verteilens von Flugblättern und der Überwachung selbst kleinster Versammlungen durch die Polizei, sorgten dafür, daß viele Filialen mehrmals zusammenbrachen und neu gegründet werden mußten.

Daß für diesen Berichtszeitraum keine Beispiele aus Ostdeutschland und Rheinland-Westfalen genannt wurden, liegt einzig daran, daß in diesen Regionen der Verband ohnedies erst nach der Jahrhundertwende vereinzelt Fuß faßte.

Die organisationshemmende Wirkung von Maßregelungen, polizeilichen Verfolgungen oder auch nur eines koalitionsfeindlichen Klimas ohne eigentliche Schikanen kam in den ersten Jahren aufgrund der Uneinigkeit und Unerfahrenheit der Arbeiter besonders zum Tragen. So lag der zweite Hauptgrund für die mühsame Entwicklung des Verbandes in den ersten vier, fünf Jahren im Verhalten der Arbeiter.

Der Verband war in der Gründungsphase und mehrheitlich auch in den darauffolgenden Jahren ein Verband der Gasarbeiter. Lediglich in Berlin mit seiner ausgedehnten kommunalen Regie traten die Gasarbeiter zeitweilig hinter andere Berufsgruppen zurück. Ansonsten waren auch bei der Gründung neuer Filialen in anderen Orten die Gasarbeiter die Initiatoren. Dies hing mit den Arbeitsplatzverhältnissen, der Betriebsgruppenstruktur der verschiedenen kommunalen Betriebe zusammen:

Solch große Arbeiterzahlen, wie heute in den Gemeinden beschäftigt werden, fanden wir damals nicht. Die städtische Regie war eben noch nicht so ausgebreitet wie heute. Meist war die Gasanstalt der einzige Betrieb, wo organisationsfähige Arbeiter zu finden waren. (Anm. 116)

Genauer waren es die Feuerhausarbeiter, die in den Gaswerken auf einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß drängten; demzufolge orientierten sich die Forderungen und Ziele der Basis an den Verhältnissen und Erwartungen dieser Arbeiter. Anders als die Verbandsführung kümmerten sich die Gasarbeiter zunächst wenig um die Interessen der anderen in der Gasanstalt oder gar in anderen städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Auch der Gemeindearbeiterverband trug anfangs den Charakter einer Berufsorganisation, wenn auch die dominierende Rolle, die der Arbeitgeber in allen Belangen ausübte, rasch eine Betriebsorganisation nahelegte.

Ansichts der Geschichte der kommunalen Betriebe, des Entstehens der Gemeindearbeiterschaft Ende des 19. Jahrhunderts unter den skizzierten Bedingungen war es nicht überraschend, daß sich die Vielgestaltigkeit kommunaler Arbeitsverhältnisse und die über Jahrzehnte hinweg gewachsene Mentalität der Gemeindearbeiter in dem jungen Verband wieder-

fand:

Es ist ja nun nicht zu verkennen, daß durch unseren eigenartigen Beruf und durch die Mißgunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Pflege der Kollegialität nicht so gedeihen konnte, wie dies wünschenswert erscheint. (Anm. 117)

Vielmehr herrschte ein durch die verhältnismäßig stabilen Arbeitsverhältnisse geförderter "Kastengeist"¹¹⁸, der die Solidarität verschiedener Berufsgruppen, Betriebe und Filialen untereinander schwächte. Die Zerrissenheit, Uneinigkeit, zum Teil auch Unsolidarität der verschiedenen Arbeitergruppen und Betriebsbelegschaften waren bereits in der Gründungsphase zutage getreten, und die spätere Verbandsge-schichtsschreibung beschäftigte sich in erster Linie mit den organisatorischen, statuarischen und sonstwie verfahrenstechnischen Fragen, kaum jedoch mit der Streikbewegung, die 1896 zu der Gründung des späteren Verbandes geführt hatte. Die ersten Erfolge der Gasarbeiter gingen auf Kosten der Hofarbeiter. Dieses "mangelhafte Solidaritätsgefühl der Gasanstalt-Arbeiter"¹¹⁹ kann in den folgenden Jahren noch öfters beobachtet werden. Im Jahr 1899 scheiterten die Versuche der Verbandsleitung, bei der Berliner Lohnbewegung der Gasarbeiter auch für die Hofarbeiter eine Lohnzulage zu erreichen an den Betriebsarbeitern "eines der größten Werke". Die Gewerkschaft bezeichnete denn auch die erlangten Zugeständnisse als "ungerecht"¹²⁰.

Unter den organisierten Arbeitern äußerte sich dieser Kastengeist in den bereits erwähnten Eigenbröteleien der verschiedenen Filialen. Er trat in der Frage der Krankengeldregelung und der Statuten, um die sich die innerverbandliche Diskussion in den ersten Jahren in erster Linie drehte, ebenso zutage wie in der Abschottung der verschiedenen Berufe bei geselligen Veranstaltungen. Jede Filiale feierte ihr eigenes Stiftungsfest und richtete ihre eigenen Faschingsbälle und Sommernachtsbälle aus¹²¹. Ein Großteil des Verbandsvorstandes wandte seine Arbeitskraft dafür auf, die regelmäßigen Streitereien unter den Kollegen zu schlichten¹²². Das Mißtrauen unter den Mitgliedern war groß¹²³. Die Verbandsleitung bemühte sich darum, die Kollegialität und Solidarität durch gemeinsame Feste, Tanzveranstaltungen, Vortragsreihen, Sport- und Lesezirkel und Familienveranstaltungen zu fördern, mußte sich jedoch mehrmals eingestehen,

kaum Fortschritte auf diesem Gebiet erreicht zu haben¹²⁴.

Unter den unorganisierten Kollegen äußerten sich diese Bewußtseinslagen zum einen in Bespitzelung, Denunziantentum und Liebedienerei, zum anderen in lokalistischen, teilweise spontaneistischen Tendenzen. In Süddeutschland, in Stuttgart und Umgebung, scheiterten die Versuche, die dort in lokalen Vereinen organisierten Arbeiter dem Zentralverband anzuschließen, jahrelang an dem Mißtrauen gegen jede Form von Zentralisation. In Hamburg scheiterte der erste Versuch einer Verbandsmitgliedschaft ebenfalls an lokalistischen Tendenzen sowie an persönlichen Streitigkeiten¹²⁵. In Bremen brach die Filiale nach einjährigem Bestehen auseinander, nachdem der erste Streik mit einer Niederlage endete¹²⁶. Auch in Berlin hatte die Verbandsführung Mühe, die Gasarbeiter von risikoreichen spontanen Streiks abzuhalten. So ergänzten sich lokalistische, eigenbrötlerische Tendenzen mit Unerfahrenheit und Kampagnenhaftigkeit.

Hinzu kam eine extreme Mitgliederfluktuation. Besonders deutlich wurde sie in der Filiale Mannheim, "die in kurzer Zeit nicht weniger als 1.125 Mitglieder aufnahm, aber nur 221 Mitglieder am 31. Dezember 1901 besaß. Hier wird es überhaupt wohl nicht viele städtische Arbeiter geben, die nicht schon unserem Verbands einmal angehört haben. So oder ähnlich sieht es aber in fast allen Orten aus!"¹²⁷

Mit all diesen organisationshemmenden Schwierigkeiten mußte der Verband so gut wie alleine fertig werden. Zwar wandte sich der junge Verband wiederholt an die Gewerkschaftskartelle um Unterstützung, doch blieben Antworten meist aus. Allenfalls wurde entgegnet, die Gemeindearbeiter könnten sich doch bereits bestehenden Organisationen anschließen. Hilfe erfuhr der Verband von seiten der örtlichen Gewerkschaftskartelle "so gut wie garnicht"¹²⁸.

Hier machten sich Differenzen bemerkbar, die nach der Jahrhundertwende, als der Verband sich auszudehnen begann, in massiven Grenzstreitigkeiten und Zerwürfnissen mit der Generalkommission enden sollten. Die schärfsten Konkurrenten waren die Fabrikarbeiter und Transportarbeiter. Bis 1900 kam es allerdings zu keinen nennenswerten Konflikten, "da keine andere freigewerkschaftliche Organisation in Gemeindebetrieben nennenswerte Mitglieder hatte"¹²⁹.

Es handelte sich jedoch nicht nur um eine Auseinandersetzung um die Organisationsform, sondern um ein zunächst unbewußtes Mißtrauen der privaten Arbeiter und ihrer Organisationen gegenüber den beamtenähnlichen Arbeiterverhältnissen der Gemeindearbeiter und ihrer verdächtig nach Wirtschaftsfrieden aussehenden Faktik bei Lohnbewegungen. Genährt wurde dieses Mißtrauen durch Äußerungen des Verbandsvorsitzenden Poersch, der sich bereits 1897 kritisch mit der Gewerkschaftsbewegung auseinandergesetzt und sich durch seine Mitarbeit bei der "Zeit" den Unwillen der SPD-Führung zugezogen hatte¹³⁰. Im Mai 1899 wurde Poersch als Delegierter des Verbandes zum Gewerkschaftskongreß zugelassen und mit dem 1. Juli 1899 trat der Anschluß des Verbandes - trotz Protestes der Fabrikarbeiter - an die Generalkommission in Kraft¹³¹.

Ganz anders als die örtlichen Gewerkschaftskartelle verhielten sich die sozialdemokratischen Stadtverordneten. Bereits der erste Geschäftsbericht des Verbandes (1896 - 1900)¹³² hob diese Unterstützung hervor:

Viele Filialen unseres Verbandes sind erfreulicherweise auf Veranlassung resp. durch die Unterstützung sozialdemokratischer Stadtverordneter ins Leben getreten.
(Anm. 133)

Ende der 1890er Jahre war der Verband alles andere als gefestigt. Die meisten Filialen waren bei den geringsten Schwierigkeiten vom Zusammenbruch bedroht. Wichtige Großstädte und Regionen hatten sich jedem Versuch der Organisation verschlossen. Ein Streik war mit den brüchigen Verbandsmitteln nicht durchzustehen, die Existenz des Verbandes vielerorts sowohl durch die Unerfahrenheit der Basis als auch durch Maßregelungen bedroht. Die Leitung hatte weder die personellen noch die finanziellen Möglichkeiten, die Anleitung der Filialen und die Schulung der Mitglieder den Erfordernissen gemäß durchzuführen. Die Statuten mußten in entscheidenden Punkten geändert werden, um eine Konsolidierung zu erreichen, die Mitgliederfluktuation zu bremsen und den finanziellen Bankrott abzuwenden. Bei alledem war der Verband ziemlich isoliert von der übrigen Gewerkschaftsbewegung und stieß auf zunehmende Grenzstreitigkeiten mit anderen Organisationen.

Dennoch hatte der Verband entscheidende Erfolge errungen. Allein die Tatsache, über punktuelle, zeitlich begrenzte

te Organisationsansätze hinausgekommen zu sein, unter den bislang völlig indifferenten Gemeindearbeitern eine zentrale Organisation über drei Jahre hinweg am Leben erhalten zu haben, war eine Erscheinung, die von der übrigen Gewerkschaftsbewegung gar nicht richtig erfaßt wurde. Sowohl beim Aufbau der Organisation als auch bei der Formulierung von Strategie und Taktik mußten neue Wege gegangen werden. Die von dem Verband gewährte Krankenunterstützung war vorwärtsweisend, was die Betonung des Unterstützungswesens im Rahmen der gewerkschaftlichen Arbeit anbelangte. Die Organisationsform der Betriebsorganisation stieß auf völliges Unverständnis und Ablehnung und mußte erst einmal formuliert und in der Praxis erprobt werden. Die Zusammenarbeit mit Kommunalpolitikern und die Betonung der gewerkschaftlichen Arbeit gegenüber der bisherigen Dominanz des politischen Klassenkampfes waren inhaltlich neue Konzepte genauso wie das Aufgreifen sozialpolitischer Forderungen, die auf eine Integration der Arbeiter in die Gesellschaft hinausliefen. Ohne diese neuen Ansätze hätte der junge Verband wahrscheinlich gar nicht überlebt. Die Bedeutung der Gemeindearbeiterbewegung, sofern sie von diesem Verband repräsentiert wurde, muß in diesen ersten Jahren nicht in Mitgliedszahlen und Lohnbewegungen gesucht werden, sondern in den Inhalten der gewerkschaftlichen Arbeit, die nach der Jahrhundertwende auch in organisatorische Erfolge umgesetzt werden konnten.

II. Gewerkschaftliches Selbstverständnis

a) Programm, Aufgaben, Zielvorstellungen

Als sich der junge Verband im Dezember 1896 mit der Probe-Nummer der Gewerkschaft zum ersten Mal an eine größere Öffentlichkeit wandte, bestimmte er auch in Ansätzen seine programmatische Grundlage. In einem historischen Rekurs wurden die allgemeine Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft nachgezeichnet und die Etappen der Gewerkschaftsbewegung erläutert. Die Ausführungen sind sehr zurückhaltend und betonen in erster Linie den Kampf um wirtschaftliche Verbesse-

rungen der Arbeiter. Als eigenes Ziel wird formuliert, "bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse" zu schaffen¹. Die einzigen Ausführungen, die sich auf eine besondere Aufgabenstellung unter den Gemeindearbeitern beziehen, gelten der Beseitigung spezieller Mißstände:

Die Behandlung muß eine würdigere werden, der vollständig überflüssige militärische Drill, welcher namentlich in den städtischen Betrieben herrscht, ist zu beseitigen und unzählige andere Mißstände müssen verschwinden. (Anm. 2)

Die Forderung nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen wird nicht näher erläutert, doch kommt in dem zum Schluß abgedruckten Gedicht der Leitgedanke, der in den folgenden Jahren programmatisch ausgearbeitet werden sollte, bereits deutlich zum Ausdruck: die Forderung nach einem gerechten, auskömmlichen Lohn und der Respektierung des "Menschenrechts"³.

In Inhalt und Diktion zurückhaltend wandte sich die Gewerkschaft von Anfang an auch an die bürgerliche Öffentlichkeit, die lokale Presse, die Parteien, die Mitglieder der städtischen Kollegien; gleichzeitig klagte man nicht nur an, sondern erklärte sich zur Zusammenarbeit bereit. Der Verband konzentrierte sich ausschließlich auf wirtschaftliche Forderungen und blendete den politischen Bereich völlig aus. Wenn Poersch 1897 in seiner Schrift "Woran krankt die deutsche Gewerkschaftsbewegung?" die Unterschätzung des gewerkschaftlichen Kampfes gegenüber dem politischen Klassenkampf kritisierte, so plädierte er im Grunde für die "Emanzipation der Gewerkschaftsbewegung von der Vormundschaft der politischen Parteien"⁴, genauer der SPD, die versuche, "die gewerkschaftlichen Organisationen für parteipolitische Zwecke auszunutzen"⁵. Infolgedessen war es erklärtes Prinzip der Gewerkschaft, aus "taktischen Gründen" keine Propaganda für die Sozialdemokratie zu machen⁶. So dauerte es nicht lange, bis andere Organisationen dem Verband "Versumpfung des proletarischen Kampfes"⁷ vorwarfen.

Die Zielvorstellung einer sozialistischen Gesellschaft war allenfalls noch als Ergebnis "einer allmählichen Sozialisierung des kapitalistischen Gegenwartsstaates"⁸ im Sinne der Gemeindesozialismus-Vorstellung vorhanden, in der Forderung nach der "Demokratisierung der politischen Einrichtungen"⁹, einer sozialreformerischen Kommunalpolitik und be-

trieblicher Mitbestimmung¹⁰. Besonders deutlich wurde die Reduktion der gewerkschaftlichen Ziele auf ökonomische Forderungen in den Artikeln zum Ersten Mai. Von 1897 bis 1906 wurde dazu meist nur in Gedichtform Stellung genommen. Einmal abgesehen von dem knappen historischen Rekurs zur Geschichte der Maibewegung durch Poersch anlässlich des Ersten Mai 1897 wurde der Maigedanke auf heidnische Ursprünge zurückgeführt und das Frühlingserwachen in der Natur mit einer allgemein verstandenen, Mensch und Natur umfassenden Freiheitsbewegung gleichgesetzt. Erst anlässlich des Ersten Mai 1907, nachdem Emil Dittmer im Vorjahr die Redaktion der Gewerkschaft übernommen hatte, erschien neben dem üblichen Gedicht ein Artikel, der auf die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter eingeht, die Forderung nach dem Acht-Stunden-Tag, Arbeiterschutz und Völkerfrieden erläutert und die Perspektive einer gewerkschaftlichen Organisation im Verband aufzeigt¹¹.

Hatte sich der Verband anfangs darauf beschränkt, "Schäden aufzudecken und Unrecht zu brandmarken"¹², so traten in den folgenden Jahren neben die allgemeinen Forderungen nach auskömmlichem Lohn, Reduzierung der Arbeitszeit und menschenwürdiger Behandlung spezielle, aus dem kommunalen Arbeitsverhältnis entspringende Forderungen wie die Pensionsberechtigung für sämtliche Arbeiter¹³, Festsetzung von Lohnskalen nach Dienstalter, Wochen- bzw. Monatslöhne, getrennte Beschäftigung der Ortsarmen¹⁴, eigene Krankenkassen für Gemeindearbeiter¹⁵ etc..

Der 2. Verbandstag, Ostern 1900 in Berlin, verabschiedete ein Programm, das neben den genannten Forderungen noch folgende Punkte enthielt: Beseitigung der Akkordarbeit, Normalarbeitszeit von 9 Stunden pro Tag exklusive Pausen, Dreischicht-System für Gas- und Wasserwerke (8-Stunden-Tag), 36 Stunden Ruhe pro Woche und Gewährung von Sommerurlaub; Einführung einer 4wöchigen Kündigungsfrist nach 1jähriger Beschäftigung, Einrichtung von Arbeiterausschüssen und die Einführung von Arbeitsordnungen, Regelung des Strafsystems gemäß der Reichsgewerbeordnung, Aufbau kommunaler Arbeitsnachweise für städtische Betriebe¹⁶.

Im Kern befürwortete der Verband in seinem Programm dieselben Ziele, die von seiten bürgerlicher Sozialreformer

und süddeutscher Kommunalpolitiker im Sinne einer "Arbeiterstabilisierung" oder "Arbeiterverbeamtung" angestrebt wurden: Alters- und Hinterbliebenenversorgung aus kommunalen Mitteln, gemeindliche Unfall- und Krankenversicherung, Kündigungsschutz, Monatslöhne, Staffelung der Löhne nach sozialen Gesichtspunkten¹⁷. Lediglich in der Frage des kommunalen Wohnungswesens wich der Verband von der gemeinsamen Linie ab, wohl aus Angst vor einer möglichen Koppelung der Bestimmungen des Miet- und Arbeitsvertrages.

Der Verbandstag nahm all diese vom Vorstand formulierten Forderungen en bloc und "in vollster Harmonie"¹⁸ an. Bereits in den ersten Jahren seines Bestehens, noch vor der Jahrhundertwende, formulierte der Verband ein Programm, dessen Zielvorstellungen weit über den zeitgenössischen Stand der Arbeitsverhältnisse hinausgingen und erst nach der Jahrhundertwende nach und nach von den Kommunen aufgegriffen wurden. Die Forderungen waren dabei nie Gegenstand kontroverser Diskussion. Eine Angleichung der kommunalen Arbeitsverhältnisse an die der privaten Arbeiter bei gleichzeitiger rechtlicher Gleichstellung wurde nie erwogen. Der patriarchal-fürsorgerische Charakter der kommunalen Vergünstigungen wurde zwar moniert, aber von Anfang an auf einen Ausbau der kommunalen Sozialpolitik gedrängt. Das Neuartige dieser Forderungen dürfte von der Basis kaum erkannt worden sein. Gewisse Privilegien wurden als Selbstverständlichkeit, als Ausdruck des "Standes" als "Stadtarbeiter" empfunden und auf deren Verfestigung und Erweiterung gepocht. Daß derartige Forderungen nur in einer langfristigen, auf einer Interessenidentität fußenden Zusammenarbeit mit den städtischen Kollegen zu verwirklichen wären und im Ergebnis auf eine stärkere Einbindung der Gemeindearbeiter in die Gesellschaft hinausliefen und das gewerkschaftliche Konfliktverhalten entsprechend modifizierten, dürfte ebenfalls nur den führenden Funktionären, vor allem Poersch, bewußt gewesen sein. Der Verband drängte - eher unbewußt - auf einen sozialen Arbeitsvertrag, wie er auf tarifpartnerschaftlicher Grundlage nach 1918 verwirklicht wurde. Zunächst setzte er sich mit seinen Forderungen und der dazugehörigen Taktik jedoch dem Argwohn und der Kritik der anderen freigewerkschaftlichen Organisationen aus, die seine "Pflaumenweichheit"¹⁹ geißel-

ten und seinen Charakter als freie Gewerkschaft in Frage stellten²⁰. Tatsächlich entwickelte sich unter Poersch ein Selbstverständnis, welches das Wesen einer Gewerkschaft allein darin definiert sah, "die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Mitglieder zu wahren und zu verbessern"²¹. In der Praxis näherte sich die Organisation einem reinen Interessenverband der Gemeindearbeiter an, dessen Arbeitsweise durch den öffentlichen Charakter des Arbeitgebers entscheidend mitbestimmt wurde:

Unsere gewerkschaftliche Taktik liegt daher mehr auf politisch-öffentlichem Gebiet; zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse müssen wir eine ähnliche Taktik befolgen, wie sie die politischen Parteien, der Bund der Landwirte und diverse Unternehmerorganisationen anwenden. (Anm. 22)

Die aus den kommunalen Arbeitsverhältnissen, der Rechtslage der Gemeindearbeiter und dem besonderen Arbeitgeber erwachsenen Zielsetzungen, Aufgaben und Programmpunkte prägten nicht nur das Selbstverständnis des Verbandes, sondern verlangten ein besonderes Organisationsprinzip, die Betriebsorganisation, und eine besondere gewerkschaftliche Taktik, die Beeinflussung der Öffentlichkeit und das Petitionieren. All dies mußte unter den Bedingungen des Kaiserreichs der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung suspekt und rückschrittlich erscheinen, enthielt jedoch moderne Elemente, die erst auf dem Boden von Tarifpartnerschaft und demokratischen Strukturen zum Tragen kommen konnten.

b) Organisationsprinzip

Der Verband konnte in der Organisationsfrage gewichtige Argumente zugunsten der Betriebsorganisation vorbringen. Zu allererst waren alle vor ihm unternommenen Versuche, die Gemeindearbeiter gewerkschaftlich zu organisieren, mehr oder weniger gescheitert. Bei den Grenzstreitigkeiten mit anderen freien Gewerkschaften, die nach dem 2. Verbandstag 1900 verstärkt einsetzten, konnte daher mit einigem Recht darauf hingewiesen werden, daß die Gemeindearbeiter im Falle einer Zerschlagung des Gemeindearbeiterverbandes sich nicht anderen Organisationen anschließen, sondern allenfalls lokal,

größtenteils jedoch gar nicht organisieren würden²³.

Tatsächlich waren von den am Jahresschluß 1910 insgesamt rund 55.000 organisierten Gemeindearbeitern lediglich 4.364 Mitglieder anderer freier Gewerkschaften²⁴, die sich zudem auf eine Vielzahl von Verbänden verteilten. Nach einer vom Gemeindearbeiterverband im Juni 1912 aufgenommenen Statistik verteilten sich die mittlerweile rund 5.600 anderweitig freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf 31 verschiedene Verbände²⁵. Obwohl diese Zahlen lediglich Anhaltswerte darstellen, zeigen sie doch die starke Zersplitterung der Gemeindearbeiterschaft, soweit sie nicht vom Gemeindearbeiterverband erfaßt war. Mit rund 47.000 buchmäßigen Mitgliedern Ende 1911²⁶ hatte sich der Verband und damit seine Organisationsform praktisch "in den Gemeindebetrieben glatt durchgerungen"²⁷.

Neben diesen Realitäten gab es verschiedene inhaltliche Gründe, die diesem praktischen Erfolg zugrunde lagen: der gemeinsame Arbeitgeber, die daraus resultierenden gemeinsamen Interessen und die Notwendigkeit, gemeinsam auf die Kommunalpolitik einzuwirken²⁸.

Die Frage der Organisationsform war von Anfang an mit der Frage nach der passenden gewerkschaftlichen Taktik verbunden. Eine Organisation, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, die kommunale Sozialpolitik mitzugestalten und dabei mit den Gemeindekollegen zusammenzuarbeiten, konnte das nur im Rahmen einer Betriebsorganisation, die alle Gemeindearbeiter eines Ortes, ungeachtet ihres Berufes oder ihrer Tätigkeit, zusammenfaßte und zu gemeinsamer Aktion führte.

Die Koppelung der Organisationsfrage mit der Diskussion um die Zielsetzung und das Selbstverständnis gewerkschaftlicher Arbeit verlieh den oberflächlichen Grenzstreitigkeiten erst die Brisanz, die in den Auseinandersetzungen mit der Generalkommission zwischen 1904 und 1906 zutage trat. Die Grenzstreitigkeiten und die Auseinandersetzung um die Legalisierung der Betriebsorganisation blieben dem Verband bis in die Weimarer Zeit erhalten, führten dann jedoch nicht mehr zu derart heftigen Polemiken und zu einer konkreten Bedrohung des Verbandes wie 1904/06.

Die hauptsächlichen Kontrahenten waren der Transportar-

beiterverband, der Steinsetzerverband und die Fabrikarbeiter. Die Wogen der Empörung wären jedoch nicht so hoch geschlagen, hätte nicht der Gemeindearbeiterverband nach einer unbefriedigend verlaufenen Konferenz im März 1904 mit der Generalkommission und dem Transportarbeiterverband auf einer Konferenz der Verbandsbeamten im Mai 1904 eine Resolution gefaßt, wonach sich "(d)ie gewerkschaftlichen Bestrebungen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten (...) wesentlich von den Forderungen der Arbeiter der Privatbetriebe (unterschieden)"²⁹.

In einem ausführlichen programmatischen Artikel ("Unsere Grenzstreitigkeiten und gewerkschaftliche Taktik"), den Bruno Poersch im Auftrag des Verbandsvorstandes schrieb und in der ersten Augustnummer der Gewerkschaft 1904 veröffentlichte, wurde diese Linie bestätigt und explizit ausgearbeitet³⁰. Darauf wird später noch einzugehen sein³¹. An dieser Stelle interessiert lediglich, daß dieser Artikel und die vorausgegangene Resolution der Verbandsbeamten von den anderen Organisationen und der Generalkommission als "Grundstein des Revisionismus" angesehen wurden, den es zu bekämpfen galt³².

Der von Legien auf dem 4. Verbandstag des Gemeindearbeiterverbandes 1906 geäußerte Verdacht, "der (...) in der Grenzstreit- und Taktikbroschüre vorgesehene Weg (führe) direkt zu den Hirsch-Dunckerschen"³³, erschien jedenfalls aufgrund des Übertritts des ehemaligen Verbandsvorsitzenden Poersch zum Jahreswechsel 1905/06 zu den Hirsch-Dunckerschen nicht aus der Luft gegriffen. Die Gewerkschaft begründete die schroffe Haltung Legiens in der Organisationsfrage u. a. damit, daß die Generalkommission um Legien die Befürchtung gehegt hätte, Poersch wolle den ganzen Verband allmählich ins Hirsch-Dunckersche Lager hinüberziehen³⁴.

Genaueres läßt sich darüber vorerst nicht sagen. Tatsache ist jedoch, daß die gewerkschaftliche Taktik des Verbandes zwischen 1904 und 1906 auch programmatisch ausgesprochen wirtschaftsfriedlich ausgerichtet war. Die Generalkommission versuchte dem gegenzusteuern, indem man dem Verband die Organisationsberechtigung absprach, insofern für bestimmte Berufskategorie ältere Organisationen vorhanden waren.

Ein erster derartiger Beschluß wurde 1904 in einer Konferenz der Vorstandsvertreter gefaßt; er wurde 1906 wieder-

holt und schließlich auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß 1908 im Rahmen einer Grenzstreitigkeits-Resolution konkretisiert.

Die Versuche des Gemeindearbeiterverbandes, eine Anerkennung seiner Organisationsform zu erlangen, schlugen allesamt fehl. Auf seinem Mainzer Verbandstag 1906 wurde ihm gar von Legien der Ausschluß aus der Generalkommission angedroht. Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß 1908 wurde der Verband "glatt ausgeschaltet, auch nur (seine) Gründe darzulegen"³⁵; dasselbe wiederholte sich 1911 auf dem 8. Deutschen Gewerkschaftskongreß in Dresden. Immerhin hatte sich die Auseinandersetzung inzwischen auf die Organisationsfrage konkretisiert, nachdem bereits der 4. Verbandstag 1906, nach dem Ausscheiden von Poersch, seine Taktik in der Streikfrage revidiert und - wenn auch halbherzig - die Position der anderen der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften anerkannt hatte³⁶.

Dennoch kam es 1914 auf dem 9. Gewerkschaftskongreß in München nicht zu der vom Gemeindearbeiterverband beantragten Anerkennung seiner Organisationsberechtigung in Gemeindebetrieben, sondern vielmehr zu einer Verschärfung der alten Hamburger Grenzstreitigkeits-Resolution. Gegen die Stimmen der Delegierten der Brauereiarbeiter, der Fabrikarbeiter und der Gemeindearbeiter nahm der Kongreß den von der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften im Mai 1914 neu formulierten Passus 6 der Hamburger Resolution an:

6. Gemeinde- und Staatsbetriebe, in denen Arbeiter verschiedener Berufsarten technisch unabhängig voneinander beschäftigt werden, gelten in ihrer Gesamtheit nicht als 'Betrieb' im Sinne der vorstehenden Bestimmungen. Für die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten beruflichen Arbeiter, für die eine Berufsorganisation besteht, ist ihre Berufsorganisation zuständig.
(Anm. 37)

Das bedeutete, daß der "Ausnahmезustand für die Gemeinde- und Staatsarbeiter"³⁸ noch verschärft wurde. Eine buchstabengetreue Verwirklichung dieser Resolution hätte in der Praxis zur Auflösung des Gemeindearbeiterverbandes geführt. Weder die Delegierten des Gemeindearbeiterverbandes um den neuen Vorsitzenden Heckmann noch die Delegierten der Fabrikarbeiter, die in der Organisationsfrage ähnliche Anträge gestellt hatten, fanden mit ihrer Argumentation zugunsten von Betriebsorganisationen bei der Masse der Anwesenden Gehör.

Die Diskussion auf dem Münchener Gewerkschaftskongreß läßt vermuten, daß die meisten Delegierten die Bedeutung einer einheitlichen Betriebsorganisation bei den Gemeindearbeitern und anderen Arbeitergruppen mit ähnlich besonderen Strukturen gar nicht begriffen³⁹. Nachdem die Resolution von der großen Mehrheit des Kongresses angenommen wurde, gab der Fabrikarbeiterverband eine Erklärung ab, daß er "die Verantwortung für alle Folgen dieser Beschlüsse" nachdrücklich ablehne⁴⁰. Dieser Erklärung schloß sich der Gemeindearbeiterverband an.

Wie schwer es war, die besonderen Bedingungen des kommunalen Arbeitsverhältnisses Außenstehenden zu verdeutlichen, zeigen die Ausführungen Legiens in seinem Schlußwort:

Was soll denn im Gemeindearbeiterverband alles organisiert werden von den Gasarbeitern, von den Arbeitern der Elektrizitätswerke bis zu den Straßenbahnern und den Straßenkehrern? Wo bleibt da überhaupt noch eine Organisation neben dem Gemeindearbeiterverband bestehen, die noch eine Berechtigung als Berufsorganisation hätte! (Anm. 41)

Liest man zwischen den Zeilen der Diskussionsbeiträge, so drängt sich einem der Eindruck auf, daß ein Teil der Delegierten dem Gemeindearbeiterverband wie den Gemeindearbeitern mit all ihren Privilegien und beamtenähnlichen Regelungen überhaupt neidisch-argwöhnisch gegenüberstand und es am liebsten gesehen hätte, wenn sich der ganze Verband auflöste.

In der Praxis hatte sich der Gemeindearbeiterverband an den Bestimmungen der Gewerkschaftskongresse nie gestört. Seine Agitation blieb davon weitgehend unberührt und die Resolution des Münchener Kongresses aufgrund des Ersten Weltkriegs ohnehin wirkungslos.

In der Folgezeit wuchs auf dem Hintergrund einer allmählichen Umgruppierung der Gewerkschaften zu Industrieorganisationen das Verständnis für die Organisationsform des Verbandes. Dazu trug vor allem die Vereinheitlichung der Eisenbahnerorganisationen während des Ersten Weltkriegs bei.

Der Nürnberger Gewerkschaftskongreß 1919 erkannte schließlich die Organisationsform des Verbandes an⁴². Im Gegensatz zur Vorkriegszeit wurden jedoch angesichts des durch die Revolution enorm gestiegenen Organisationspotentials die Grenzstreitigkeiten mit den Berufsverbänden, vor allem den Maschinisten und Transportarbeitern, nun in der Praxis zu

einem Problem, das zu harten Auseinandersetzungen führte⁴³. Hatten die Grenzstreitigkeiten vor dem Ersten Weltkrieg dazu gedient, auf den Verbandstagen von Mainz 1906 bis Hamburg 1914 immer wieder das Verhältnis zu den übrigen Verbänden und der Generalkommission politisch-inhaltlich zu diskutieren, so kehrte nun das Problem auf der Ebene der praktischen Arbeit zurück.

c) Gewerkschaftliche Taktik

In diesem Abschnitt soll nicht die praktische Tätigkeit des Gemeindearbeiterverbandes, sein konkretes Konfliktverhalten bei Lohnbewegungen, Streiks etc. untersucht werden, sondern seine gewerkschaftliche Taktik, wie sie in der Gewerkschaft diskutiert, auf Verbandstagen, Funktionärskonferenzen usw. formuliert wurde.

Von der Gründung des Verbandes bis zum Jahreswechsel 1905/06 wurde die gewerkschaftliche Strategie und Taktik maßgeblich von der politischen Linie des Verbandsvorsitzenden Poersch bestimmt. Von Anfang an orientierte er die Agitation des Verbandes auf eine Beeinflussung der jeweiligen örtlichen Kommunalpolitik:

Daher (aufgrund der Rechenschaftspflicht der Leiter der städtischen Betriebe gegenüber den Gemeindevertretern; W. K.) müssen die städtischen Arbeiter die Gemeinde-Vertreter zu beeinflussen suchen, für die Wahl solcher agitieren, welche ihre Interessen vertreten. Ihr ganzes Augenmerk ist daher auf die kommunale Politik gerichtet. (Anm. 44)

Eine solche Beeinflussung war nur bei einem verhältnismäßig friedlichen Vorgehen seitens des Verbandes möglich. So ist das Verständnis vom Streik als ultima ratio von Anfang an besonders ausgeprägt. Selbstverständlich ließen die Finanzen und die Mitgliedszahlen des Verbandes einen größeren Streik in den ersten Jahren ohnehin nicht zu, doch spielten weitere Gründe eine Rolle.

Da ist zum einen die Rechtsunsicherheit der Gemeindearbeiter, die sich um 1904 derart zuspitzte, daß ein generelles Koalitionsverbot für Gemeindearbeiter möglich erschien; weiter die heterogene Struktur der Gemeindebetriebe, die so-

ziale Lage der Arbeiter, ihr geringer Grad der gewerkschaftlichen Erfahrung usw.. Da ist zum anderen aber auch der Aspekt, über die fürsorgerisch-patriarchalen Abhängigkeitsverhältnisse hinauskommen zu wollen und nicht durch Konfrontation, sondern vermittels Zusammenarbeit mit den Kommunen und unter Ausnutzung der bereits bestehenden Interessenverflechtung den Boden für einen sozialen Arbeitsvertrag zu bereiten. So war es nicht das Resultat verschiedener Notwendigkeiten, sondern ein generelles Prinzip des Verbandes, "möglichst alle vorhandenen Differenzen friedlich im stillen zu erledigen"⁴⁵.

Für das Vorgehen bei Lohnbewegungen ergab sich aus dieser Position folgender Stufenplan: als erstes das Angehen der jeweiligen technischen Betriebsleitung (um sie nicht zu "kränken"⁴⁶); weiter das Angehen der jeweiligen städtischen Behörden über der Betriebsleitung, Deputationen, Magistrat usw.; dazu die Beeinflussung einzelner Mitglieder des Gemeindegemeinschafts und der Appell an die lokale Öffentlichkeit; schließlich die Anrufung des Gewerbegerichts in seiner Funktion als Einigungsamt⁴⁷.

Zusammengefaßt:

Das Petitionieren bei den einzelnen Gemeindebehörden, die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, dieses sind die Hauptwaffen der städtischen Arbeiter. Der Streik hat für sie eine viel geringere Bedeutung als für die Arbeiterschaft im Allgemeinen. (Anm. 48)

Dennoch unterscheidet sich eine solche Öffentlichkeitsarbeit wesentlich vom althergebrachten Petitionieren. Die Petition ist genaugenommen nur mehr die äußere Form, die der Verband bei seinen Lohnbewegungen beibehielt. Inhaltlich bediente er sich eines Instrumentariums, das eher dem einer Lobby, einer Partei oder eines Standesvereins glich.

Tatsächlich erreichte der Verband mit dieser Taktik verschiedentlich Erfolge, die vordem undenkbar gewesen wären. In vielen Fällen genügte die Anprangerung konkreter Mißstände, um deren Beseitigung zu erreichen. Gerade auf dem Gebiet der Behandlung durch Vorgesetzte konnte der alte militärische Stil eingeschränkt werden. Für die Vereinheitlichung der kommunalen Arbeitsverhältnisse, die Einführung von Lohn- und Alters- und Hinterbliebenenversorgung, für die Schaffung von Arbeitsordnungen und die Errichtung von Arbeits-

terausschüssen gingen von dem Verband wesentliche Impulse und konkrete Hilfestellungen, etwa in Form der Erhebung und Bereitstellung statistischen Materials, aus.

So konnte der Verband für das Geschäftsjahr 1897/98 durchaus auf Erfolge verweisen:

Ohne Streiks, ohne sonstige größere Differenzen sind den vorgehenden Kollegen oft bedeutende Zugeständnisse gemacht worden. (Anm. 49)

Auf der anderen Seite war das Instrumentarium, das dem Verband im Konfliktfall zur Verfügung stand, sehr schwerfällig. Je länger sich eine Bewegung hinzog, desto umfangreicher wurden die Vorkehrungen der Kommunen gegen einen eventuellen Streik, die vom vorsorglichen Anwerben von Streikbrechern aus entfernten Gegenden bis zum detaillierten Einsatzplan der Gestellung von Militär reichten.

Als die Gasarbeiter der Berliner Anstalten II, III und IV am Jahresschluß 1899 auf einen gemeinsamen Gasarbeiterstreik drängten und kurze spontane Arbeitsniederlegungen durchführten, wandte sich der Verbandsvorstand aufs energischste gegen einen solchen Streik und verurteilte das Vorgehen der Arbeiter:

Der Verbands-Vorstand steht ein- für allemal auf dem Standpunkte, daß er seine Zustimmung zu Streiks nur dann geben kann (...), wenn alle Mittel, die zu einer friedlichen Lösung der vorhandenen Differenzen eventuell führen können, vergeblich angewendet wurden. Dieses ist aber bei dem beabsichtigten Streik nicht der Fall gewesen, indem man zwar bei der Direktion, nicht aber bei den höheren Instanzen - Deputation, Magistrat usw. - vorstellig geworden war. (Anm. 50)

Diese Position beinhaltete mehr als die bloße Abwehr eines mit Sicherheit negativ verlaufenden Streiks. Sie kennzeichnet eine Entwicklung, die - wie bei den Eisenbahnern - sowohl auf kommunaler, respektive staatlicher als auch gewerkschaftlicher Seite die praktische Handhabung des Streiks in gemeinnützigen Betrieben als obsolet zu empfinden begann. Die Haltung des Verbandsvorstandes, vor einem unbesonnenen Streik zu warnen und seinen Charakter als ultima ratio herauszustellen, ging unmerklich in den Standpunkt über, einen Streik in öffentlichen Betrieben prinzipiell für unangebracht zu halten.

Zu dem Zeitpunkt, als der Verbandsvorstand wegen seiner ablehnenden Haltung gegenüber einem Berliner Gasarbeiter-

streik von den Arbeitern "heftigen Angriffen ausgesetzt"⁵¹ war, existierte immerhin schon ein Streikreglement, das Ende 1898 nach einem von der Verbandsleitung mißbilligten Streik der Gasarbeiter in Aschersleben ausgearbeitet worden war⁵². Vorher hatte der Verband die Möglichkeit eines Streiks in seinen Statuten und Unterstützungsregelungen praktisch gar nicht in Rechnung gestellt. Auch dieses Anfang 1899 per Urabstimmung angenommene Streikreglement war ein Provisorium, das der Vorstand zum Teil wörtlich bei anderen Organisationen abgeschrieben hatte⁵³. Ihm fehlte die Konkretisierung auf die Situation des Verbandes und der Gemeindebetriebe; vor allem aber blieb das Thema Streik in der Verbandsdiskussion in der Schwebe.

Der 2. Verbandstag 1900 bekräftigte noch einmal die bisherige Linie, "so viel wie möglich" auf dem Petitionsweg zu erreichen zu suchen⁵⁴. In den Betrieben ließ sich diese Taktik jedoch nicht ohne weiteres durchsetzen. Der zentrale Stamm der Mitglieder, die Gasarbeiter, neigten zu spontanen Aktionen; außerdem waren an vielen Orten lokalistische Tendenzen zu beobachten, die sich nicht daran stießen, ob eine Aktion von der Verbandsleitung genehmigt war oder nicht.

Der mißlungene Bremer Gasarbeiterstreik 1900 veranlaßte die Überarbeitung des Streikreglements, das in seiner neuen Fassung ab 15. Februar 1901 in Kraft trat⁵⁵. Die Kompetenz der Verbandsleitung, alleine über die Anwendung des Streiks zu entscheiden, wurde durch eine Reihe von Bestimmungen bekräftigt, die einen von der Verbandsleitung genehmigten Streik höchst unwahrscheinlich machten.

In den folgenden Jahren wurde der Streik als mögliches gewerkschaftliches Kampfmittel praktisch abgelehnt und die "Beeinflussung der Öffentlichkeit und der Gemeindekollegien" zur alleinigen Taktik erhoben⁵⁶. Als sich vor allem in Preußen aufgrund des rigideren staatlichen Vorgehens gegen Staatsarbeiter auch in den Kommunen eine stärker koalitionsfeindliche Haltung breitmachte, plädierte Poersch mehr oder weniger für einen stillschweigenden Streikverzicht, um einem möglichen Koalitionsverbot zuvorzukommen: "Die Arbeitseinstellung als gewerkschaftliches Kampfmittel kommt (...) für uns so gut wie nicht in Frage."⁵⁷

Bereits im Mai 1904 hatte eine Verbandsbeamtenkonferenz

in der erwähnten Grenzstreitigkeits-Resolution die Andersartigkeit der kommunalen Arbeitsverhältnisse betont und daraus den Schluß gezogen, auch eine andere gewerkschaftliche Taktik einschlagen zu müssen. Im Auftrag des Verbandsvorstandes schrieb schließlich Poersch einen zentralen Artikel zur Frage der Grenzstreitigkeiten und der gewerkschaftlichen Taktik⁵⁸. Er setzte sich darin hauptsächlich mit dem Vorwurf der "Pflaumenweichheit"⁵⁹ auseinander, der von seiten der Generalkommission und anderen freien Gewerkschaften wegen der streikfriedlichen Theorie und Praxis des Verbandes erhoben wurde. Sein Plädoyer, das im Grunde auf die Taktik hinauslief: petitionieren und auf Bescheid warten⁶⁰, stützte sich im wesentlichen auf vier Punkte.

Erstens: Bei den Gemeindebetrieben handele es sich um gemeinnützige Unternehmen, bei denen ein Streik aufgrund des für die Öffentlichkeit damit verbundenen Risikos aus rechtlich-moralischen Erwägungen ungeeignet erscheine. Zweitens: Im Gegensatz zu den Staatsbetrieben mache sich bei den Gemeindebetrieben eine Wandlung zu sozialen Musterbetrieben geltend; sie arbeiteten nicht nach kapitalistischen Grundsätzen, sondern nach einem noch zu verstärkenden sozialen Prinzip, und die Gehalts- und Dienstverhältnisse der Arbeiter und Beamten bestimmten sich nach den von ihnen geleisteten Diensten an der Allgemeinheit. Drittens: Die Verkehrswegen öffentlicher Betriebe mit ihrer Instanzentiefe ließen keine kurzfristigen Änderungen in der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu; somit bliebe den Arbeitern kaum eine andere Wahl als das Petitionieren bei den jeweils zuständigen Stellen. Viertens: Den Gemeindearbeitern stünden über die Beeinflussung der Öffentlichkeit und des Kommunalparlaments wirksamere Mittel zur Interessenvertretung zur Verfügung als ein Streik⁶¹.

Neben diesen prinzipiellen Erwägungen spielten noch weitere, mehr aktuelle Gründe eine Rolle. Die realen Machtverhältnisse ließen einen Streik in Gemeindebetrieben aussichtslos erscheinen; die Kommunen hätten ferner bislang den Verband "zwar nicht direkt anerkannt, aber doch geduldet"⁶²; im Falle größerer Streiks drohe jedoch ein Koalitionsverbot: "Sie (die kommunalen Behörden; W. K.) lauern zum Teil geradezu hierauf und sie würden dann auch in den Gemein-

deparlamenten eine Majorität für das Koalitionsverbot finden, was heute auf Grund unserer Taktik nicht der Fall ist."⁶³ Man dürfe daher den Behörden keine Handhabe zum Verbot bieten.

Die Drohung eines Koalitionsverbots war tatsächlich gegeben, allerdings nicht in dem hier und in späteren Verbandsveröffentlichungen angenommenen Maße. Wenn auf dem 4. Verbandstag 1906 zu der umstrittenen Mairesolution der Verbandsbeamten von 1904 und der streikfriedlichen Taktik des Verbandes in den vorausgegangenen Jahren ausgeführt wurde, die Resolution und ihre spätere Begründung, d. h. der programmatische Artikel von Poersch, seien "aus der allgemeinen Situation heraus im Jahre 1904 unter Einwirkung eines drohenden Koalitions- oder Streikverbots für alle Arbeiter in öffentlichen Betrieben"⁶⁴ entstanden, so ist das zumindest schief.

Die Hauptargumente Poersch lagen im sozialpolitischen, politisch-moralischen Bereich. Anders als etwa in Frankreich oder Österreich wurde in Deutschland ein Streik in sogenannten gemeinnötigen Betrieben überwiegend verurteilt. Die deutliche Ablehnung des Streiks als gewerkschaftliches Kampfmittel 1904 war das Ergebnis einer langfristigen Entwicklung, die durch das koalitionsfeindliche Klima beschleunigt wurde. Was Poersch und die Verbandsleitung beabsichtigten, lief im wesentlichen auf jene Vereinbarung hinaus, die im Ersten Weltkrieg zwischen den Staatsbahnbehörden und dem Deutschen Eisenbahnerverband getroffen werden sollte: Anerkennung der besonderen Dienstverhältnisse in öffentlichen, gemeinnötigen Betrieben durch die Gewerkschaften bei gleichzeitiger Anerkennung des Koalitionsrechts der Arbeiter durch die Behörden. Anders als 1915/16 handelte es sich 1904 jedoch um ein einseitiges Entgegenkommen des Gemeindearbeiterverbandes, der bei seinem Versuch, auf die Drohung der Behörden mit dem Angebot eines stillschweigenden Streikverzichts zu antworten, nicht auf eine entsprechende Gegenleistung der Kommunen im Sinne eines Ausbaus der sozialen Elemente im Arbeitsvertrag und in Form der Anerkennung des Verbandes zählen konnte.

Der einseitige Streikverzicht sollte zwischen 1904 und 1914 von Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, christlichen

Gewerkschaften und dem Süddeutschen Eisenbahnerverband für den Bereich der staatlichen Unternehmen mehrfach angewandt werden, ohne daß eine Anerkennung der Organisationen damit verbunden gewesen wäre, wenn man einmal von der Sondersituation des christlichen Bayerischen Eisenbahnverbandes in Bayern absieht.

Der Gedanke, in staatlichen und kommunalen Unternehmen auf das Mittel des Streiks zugunsten friedlicher Vorgehensweisen zu verzichten, war jedoch dem Gemeindearbeiterverband wie den genannten anderen Organisationen nicht nur aufgezungen worden, sondern entsprang den von Poersch geäußerten Ansichten in bezug auf die "Gemeinnötigkeit" öffentlicher Betriebe, ihren Charakter als soziale Musteranstalten und die Möglichkeit des Hineinwachsens in einen sozialistischen Zukunftsstaat über betriebliche Mitbestimmung, Wahlrecht und kommunale bzw. staatliche Regiebetriebe.

Im Falle des Gemeindearbeiterverbandes war Poersch unzweifelhaft der Vordenker in diese Richtung, wenn er sich auch auf eine, zumindest stillschweigende Duldung durch die Verbandsleitung und die Mehrheit der Funktionäre stützen konnte. Sein Bemühen, den Verband im Zuge der Auseinandersetzung mit der Generalkommission und anderen freien Gewerkschaften auf eine Taktik des reinen Petitionierens festzulegen, scheiterte an einer Reihe von Gründen.

Einmal waren vor allem in Preußen die kommunalen Behörden nicht bereit, ihrerseits friedliche Möglichkeiten der Konfliktregelung anzuerkennen und auszubauen. Die Anerkennung der Gewerbegerichte als Einigungsämter, der Ausbau der Arbeiterausschüsse zu wirklichen Interessenvertretungen der Arbeiter und die Bereitschaft, mit den Vertretern des Verbandes im Konfliktfall zu verhandeln, wären jedoch die Voraussetzung dafür gewesen, daß die von Poersch beabsichtigte Taktik des Petitionierens nicht einen Rückschritt in überkommene Verhaltensweisen, sondern einen ersten Schritt zu tarifpartnerschaftlicher Zusammenarbeit dargestellt hätte. Von wenigen Kommunalpolitikern und einigen süddeutschen Kleinstädten abgesehen fehlte auf kommunaler Seite das entsprechende Pendant für eine Tarifpolitik. Aufgrund der starren, sich zum Teil verhärtenden Haltung der Behörden wirkte die von Poersch eingeschlagene Linie nur mehr rein wirt-

schaftsfriedlich.

Entsprechend heftig war die Kritik aus der Generalkommission und von seiten anderer freier Gewerkschaften, insbesondere der im Transportarbeiterverband organisierten Eisenbahner, der Steinsetzer und der Hamburger Hafenarbeiter⁶⁵. Man warf dem Verband vor, seine Mitglieder zu Streikbrechern zu erziehen, und drohte mit dem Ausschluß aus der Generalkommission⁶⁶. Dieser Widerstand aus den Reihen der anderen freien Gewerkschaften war ein weiterer Grund für das letztendliche Scheitern von Poersch.

Dazu kam, daß im Verband selbst die Kritik an der friedlichen Taktik des Vorstandes zunahm. Gleichzeitig wuchs der Verband im Vergleich zu den Vorjahren rasch an. Von 1901 bis 1906 stiegen die Mitgliedszahlen von rund 5.000 auf etwa 23.000 an⁶⁷. Die reale Stärke des Verbandes wuchs und ermöglichte in einigen Städten mit hohem Organisationsgrad ein selbstbewußteres Vorgehen.

Die Kritik, die zwischen dem 3. und 4. Verbandstag 1903 und 1906 innerverbandlich laut wurde, kann aus den offiziellen Verlautbarungen nur punktuell erschlossen werden. So kam die Kündigung des Vorsitzenden des Verbandes für die meisten Mitglieder völlig überraschend. Die Verbandsleitung reagierte auf die Kündigung Poersch's lediglich mit einer Fußnote, es handele sich bei ihm um einen unsicheren Kantonisten⁶⁸. Erst Anfang Februar 1906, mehr als einen Monat nach dem Ausscheiden Poersch's, wird in einer Leserzuschrift Näheres über den Abgang des ersten Vorsitzenden des Verbandes laut. Vorher war lediglich der Abdruck einer Resolution erfolgt, welche die Stuttgarter Mitglieder auf ihrer Generalversammlung am 14. Januar 1906 angenommen hatten. Die Resolution verurteilte den Rücktritt Poersch's als "Fahnenflucht eines bezahlten Verbandsfunktionärs" und drückte ihm hierfür ihre "Verachtung" aus⁶⁹.

Ein einziges Mal wurde - in einer Leserzuschrift - öffentlich Kritik an der Verbandsleitung laut. Man frage sich, so der Schreiber, wie jemand wie Poersch "eine Reihe von Jahren Vorsitzender (...) sein konnte. Ebenso drängt sich die Frage auf, wie sich die anderen leitenden Personen unseres Verbandes zur modernen Arbeiterbewegung stellen. Eine offene und klare Antwort auf diese Frage ist im Interesse

unserer ganzen Bewegung unbedingt notwendig."70

Darauf antwortete der Verbandsvorstand mit folgender Erklärung:

Die Verbandskollegen sind wohl alle in der Lage, sich über die Vorstandsmitglieder, durch deren Auftreten und Wirken ein Urteil bilden zu können. Die aufgeworfenen Fragen zu beantworten, hält der Verbandsvorstand deshalb für überflüssig. (Anm. 71)

Der Grund für eine fehlende Stellungnahme der Verbandsleitung zu den angeschnittenen Fragen lag nur zum Teil an dem erklärten Konzept der Gewerkschaft, nicht zu internen Kritikpunkten Stellung zu nehmen, oder in der Furcht vor möglichen Repressalien seitens der kommunalen Behörden im Falle einer klareren Stellungnahme zur Sozialdemokratie, den Freien Gewerkschaften und zum Streikrecht. Der ausschlaggebende Grund dürften die Meinungsverschiedenheiten und die Unklarheit in der Leitung selbst gewesen sein - Differenzen, die sich während der nächsten Jahre unterschwellig bis 1914 fortschleppten.

Poersch selbst sprach in einer Erwiderung auf die Stuttgarter Resolution einen wichtigen Punkt an, der Rückschlüsse auf die Denkweisen innerhalb der Verbandsführung zuläßt:

In meiner neuen Stellung (als Redakteur bei der 'Westdeutschen Abendpost'; W. K.) werde ich nicht ein Wort anders schreiben noch sprechen, als wie in meiner bisherigen Tätigkeit innerhalb des Gemeindearbeiterverbandes. (Anm. 72)

Dabei muß man berücksichtigen, daß die Gewerkschaft in den ersten Jahren geradezu eine Privatzeitung von Poersch gewesen war; fast alle größeren Artikel sowie eine Reihe ungezeichneter Beiträge stammen aus seiner Feder.

Für den Verband markierte das Ausscheiden Poersch's eine deutliche inhaltliche Zäsur. Nach und nach drängten Kräfte nach, deren politischer Standpunkt deutlich von sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Ideen geprägt war.

Der 4. Verbandstag Mai/Juni 1906 gab der Kritik Legiens nach und zog die 1904 getroffene Resolution, wonach sich die gewerkschaftlichen Bestrebungen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter wesentlich von den Forderungen der Arbeiter in Privatbetrieben unterschieden, zurück. Statt dessen nahm er eine neue Taktikresolution an:

Der Verbandstag erklärt ausdrücklich, daß für den Verband dieselben Grundsätze zu gelten haben, wie sie in

den anderen der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften anerkannt sind. (Anm. 73)

Der Wechsel in Vorsitz und Redaktion brachte eine deutliche Kurskorrektur des Verbandes mit sich. Die Maifeier sollte in Zukunft "mehr beachtet" werden⁷⁴. Die Filialen waren bereit, den Streik verstärkt einzusetzen; seit Januar 1906 kam es zu Streiks in Halberstadt, Leipzig, Breslau, Gotha, Berlin, Hamburg, Nürnberg und Stettin und damit zu mehr Kämpfen als in dem gesamten Zeitraum seit Bestehen des Verbandes⁷⁵.

Dieser "Ruck nach links"⁷⁶ ging mit einer Verschärfung des Verhältnisses von Stadtverwaltung und Gewerkschaften einher. Der Verband seinerseits gab nun klar zu erkennen, daß er weder auf das Koalitionsrecht noch auf das Streikrecht verzichten würde⁷⁷.

Die Basis für diese Kurskorrektur gaben das Anwachsen der Mitgliedszahlen, die längst überfällige Beitragserhöhung und die Klärung der Unterstützungsleistungen wie die Einführung der Erwerbslosenunterstützung ab. Der 4. Verbandstag 1906 konsolidierte die Grundlagen, die der Berliner Verbandstag von 1903 für den planmäßigen Aufbau einer Zentralorganisation gelegt hatte. Zwischen 1906 und 1911 erlangte der Verband in etwa seine Vorkriegsstärke von rund 47.000 Mitgliedern; bis Kriegsausbruch 1914 stiegen die Mitgliedszahlen nur mehr auf rund 54.000 an⁷⁸.

Die wirtschaftsfriedliche Strömung innerhalb des Verbandes war mit den Beschlüssen des 4. Verbandstages 1906 noch nicht ganz ausdiskutiert. Sie äußerte sich wiederholt in den Auseinandersetzungen um die Vorsitzendenfrage, die erst auf dem außerordentlichen Hamburger Verbandstag 1914 mit der Wahl Heckmanns beigelegt werden konnte.

Nach der Konsolidierungsphase zwischen 1900 und 1906 erlebte der Verband in den folgenden Jahren den eigentlichen Aufschwung zu einer handlungsfähigen, gesicherten Organisation. Der Mainzer Verbandstag 1906 hatte in einem neuen Statut das Streikreglement ausgearbeitet und neben den Bestimmungen über das instanzenmäßige Vorgehen auf dem Verhandlungswege und der Frage der Berichterstattung an die Verbandsleitung auch das Vorgehen bei Streik und Aussperrung behandelt⁷⁹.

Der 5. Verbandstag, Dresden 1909, trennte das Lohnbewegungs- und Streikreglement ohne inhaltliche Änderungen vom Statut ab. Das Programm enthielt nun die grundsätzlichen Forderungen des Verbandes, das Reglement behandelte die Fragen der Durchführung. Stellte sich der Verband in Mainz 1906 auf den Boden der an die Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften, so sollte nun der Streik gezielter gegen die Angriffe der Stadtverwaltungen auf die Lebenslage der Arbeiter eingesetzt werden. Die neue Taktik umschloß sowohl den bisherigen Instanzenweg als auch die Anrufung der Gewerbebeurtheiler; der Streik sollte als letztes Mittel innerhalb einer den lokalen Verhältnissen variabel angepaßten Taktik eingesetzt werden.

An erster Stelle des Programms stand nunmehr die Forderung nach Anerkennung des Koalitionsrechts und des Verbandes anstelle der Arbeiterausschüsse als Interessenvertretung der Arbeiter; darüber hinaus forderte man die Einführung von Arbeiterausschüssen und Arbeitsordnungen, den 8-Stunden-Tag, wöchentliche Lohnzahlung, die Beseitigung aller Strafen und die Sicherung gegen Kündigung; außerdem hygienische Verbesserungen, einen verbesserten Versicherungsschutz und paritätische Arbeitsnachweise⁸⁰. Damit hatte sich der Verband in seinen programmatischen Grundlagen, seiner gewerkschaftlichen Taktik und dem allgemeinen Selbstverständnis zu einer modernen Gewerkschaftsorganisation entwickelt, die ihre vereinsähnlichen, ständisch anmutenden Anfänge abgestreift hatte.

III. Der Ausbau der Organisation, Mitgliederentwicklung bis 1914

In die Jahre nach der Jahrhundertwende fallen die Anfänge der Organisation in Süddeutschland. Die in der sogenannten "Freien Vereinigung der städtischen Arbeiter Württembergs" zusammengeschlossenen württembergischen Ortsvereine der Gemeindearbeiter waren seit 1901 mit einem Kartellvertrag an den Zentralverband angeschlossen. Dieser losen Form der Zentralisation folgte mit Wirkung vom 1. April 1902 zunächst die Gründung eines "Verbandes der städtischen Ar-

beiter Württembergs", der noch 1902 nach Verhandlungen mit dem Gemeindearbeiterverband auf einer Mitgliederversammlung beschloß, die Verschmelzung mit dem Zentralverband in die Wege zu leiten. Im November 1902 stimmte ein außerordentlicher Verbandstag der Vereinigung mit Wirkung vom 1. Januar 1903 zu. Gleichzeitig wurde in Stuttgart ein "Süddeutsches Sekretariat" unter der Leitung von Altvater gegründet. Sein Wirkungsgebiet umfaßte neben Württemberg die Filialen in Bayern, Baden, Hessen, Frankfurt a. Main, Wiesbaden, der Bayerischen Rheinpfalz und in Elsaß-Lothringen¹.

Auf der Konferenz der süddeutschen Filialen am 26./27. Dezember 1903 in Stuttgart waren folgende 14 Filialen vertreten: Cannstatt, Frankfurt a. Main, Fürth, Göppingen, Heilbronn, Mainz, Mannheim, Mühlhausen i. Elsaß, München, Nürnberg, Pforzheim, Stuttgart, Wiesbaden und Würzburg².

Nicht ganz zwei Jahre später, am 4./5. September 1905, waren 18 süddeutsche Filialen mit 4.580 Mitgliedern auf der Konferenz der süddeutschen Filialen vertreten; dieselbe Konferenz beschloß die Errichtung eines Zweigbüros für München. Insgesamt umfaßte das Süddeutsche Sekretariat zu dieser Zeit 23 Filialen mit rund 4.900 Mitgliedern³.

In München hatte sich der Verband lange Zeit sehr schwer getan. Die Arbeiter galten als "völlig indifferent"⁴. Der erste Versuch des Gemeindearbeiterverbandes, mit Hilfe einer "Großen öffentlichen Versammlung" am 20. Juni 1900, auf der neben Poersch auch ein SPD-Gemeindebevollmächtigter referierte, in München Fuß zu fassen, schlug fehl. Obwohl zu der Versammlung mit einer ganzseitigen Anzeige auf der Titelseite der Gewerkschaft eingeladen wurde⁵ - die erste Bezugnahme auf München überhaupt! - ,war der Widerhall unter den städtischen Arbeitern Münchens gering. Das Wort von der "Trägheit, Lauheit und Gleichgültigkeit der städtischen Arbeiter Münchens"⁶ machte die Runde. Im Herbst 1901, am 8. September, wurde mit einer erneuten Versammlung ein zweiter Versuch unternommen⁷. Diesmal gelang die Gründung einer Filiale, der ein Jahr später, am 2. September 1902, die Filiale II bei den Elektrizitätswerken folgte⁸. Mit nur 12 Mitgliedern hatte sie jedoch gerade die Mindestzahl von 10 Mitgliedern pro Filiale erreicht und konnte sich im folgenden Jahr nur "unter den größten Schwierigkeiten (...) über Was-

ser halten"⁹. Bis Ende 1903 umfaßten die beiden Münchener Filialen noch nicht einmal 100 Mitglieder¹⁰ bei insgesamt circa 6.000 städtischen Arbeitern im Jahr 1901¹¹.

Die Konkurrenz der verschiedenen christlichen Organisationen war zunächst das Haupthindernis bei der Organisation. Im Laufe des Jahres 1903 gelang es schließlich, Mitglieder der "Christlichen Vereinigung städtischer Arbeiter" zum Übertritt zu bewegen¹². Im September desselben Jahres löste sich die christliche "Vereinigung städtischer Arbeiter der Elektrizitätswerke" auf¹³. Dennoch blieben größere Organisationserfolge aus. Der Verband hatte, insbesondere beim E-Hauptwerk, mit Spitzeleien und Verleumdungen zu kämpfen, und die Masse der Arbeiter blieb "stockindifferent"¹⁴.

Erst allmählich erkannten die Münchener Verbandsmitglieder, daß sie bei der Agitationsarbeit auf religiöse Fragen Rücksicht nehmen mußten¹⁵. Nach den mühsamen Anfängen der Jahre 1902 und 1903 gelang es schließlich einem "Häuflein treuer Verbandskollegen"¹⁶, im Laufe des Jahres 1904 die Mitgliederzahl zu vervierfachen¹⁷. Bis Ende 1905 stieg sie auf rund 500 an¹⁸. Das nun errichtete Gaubüro übernahm Franz Sebald, unter dessen Leitung die Münchener Organisation ab 1906 einen unerwarteten Aufschwung nahm. Bis Ende 1910 stieg der Verband zur eindeutig dominierenden Organisation der Gemeindearbeiter in München auf und hatte den Einfluß der christlichen Organisationen, die um die Jahrhundertwende noch rund 1.000 Mitglieder besaßen, gebrochen¹⁹. Eine ganze Reihe ehemals christlich organisierter Arbeiter trat zum Verband über, so das Friedhofspersonal und das Personal des Gärtnerplatz-Theaters. Hinzu kamen ehemals in Lokalvereinen organisierte Arbeiter wie die Schulheizer, die Marstallkutscher, die Heizer im E-Werk, das Krankenpflegepersonal und das Personal der Königlichen Hoftheater²⁰. Den Grundstein der Organisation bildeten die Wasserbauarbeiter, wichtige Hilfen erfuhr der Verband von seiten der sozialdemokratischen Gemeindebevollmächtigten. Die Kassenverhältnisse waren gesund, und die Mitgliedschaft war verhältnismäßig stabil²¹.

Im 3. Quartal 1906 zählte München mit rund 1.000 buchmäßigen Mitgliedern zu den fünf mitgliederstärksten Filialen. Mit dem 3. Quartal 1907 rückte München zur drittstärksten Filiale hinter Berlin und Hamburg auf. Bis 1914 bildeten

diese drei Städte in eben dieser Reihenfolge die drei mitgliederstärksten Organisationen des Verbandes. Allerdings klaffte zwischen München und Berlin bzw. Hamburg ein deutlicher Abstand: Berlin umfaßte in etwa das Dreifache, Hamburg das Doppelte der Mitgliedschaft Münchens, das von Dresden, Stuttgart, ab 1911 auch von Frankfurt a. Main in seiner drittstärksten Position bedrängt wurde²².

+ + +

Verglichen mit dem raschen Anwachsen des Verbandes in München nach 1906 verlief die Mitgliederentwicklung des Gesamtverbandes eher verhalten.

In Berlin waren die Mitgliedszahlen 1906 sogar leicht rückläufig, um in den folgenden Jahren allmählich von rund 5.000 Ende 1906 auf circa 10.000 im 1. Quartal 1914 anzu- steigen²³. Dennoch blieb Berlin das Zentrum des Verbandes.

In Hamburg wurde nach dem Zusammenbruch der ersten Filiale im Jahr 1897 im Frühjahr 1900 ein zweiter Versuch unternommen, der nur knapp einem ähnlichen Schicksal entging. Nur mühsam setzte sich der Verband gegen die lokalistischen Tendenzen durch und gewann im Februar 1901 die Arbeiter des Vereins der Erd- und Steinarbeiter der Baudeputation für sich; auch die Arbeiter der Straßenreinigung und des Schlacht- und Viehhofes kamen hinzu. Anfang 1902 zählte die Filiale rund 700 Mitglieder. Im Laufe des Jahres 1903 wirkten sich die Neuregelung der Beitragssammlung, der Kassenverwaltung und Betriebsdelegierten-Organisation sowie die umfangreiche Agitation für die Einführung einer Alters-, Witwen- und Waisenversorgung positiv aus. Am 1. Juli 1903 wurde das Ortsbüro eröffnet; Ende 1903 zählte die Filiale bereits 1.450 Mitglieder²⁴. Ähnlich Sebald in München war Bürger in Hamburg der Organisator des Verbandes. In beiden Fällen muß in der organisatorischen Fähigkeit dieser Funktionäre ein Grund für die Überwindung der anfänglichen Schwierigkeiten gesehen werden. Ihre Arbeit reihte sich in die organisatorische Festigung des Gesamtverbandes im Gefolge des Verbandstages von 1903 ein²⁵. Ab 1903 schob sich Hamburg vor Dresden

auf Platz zwei der mitgliederstärksten Filialen und behielt diesen Rang unangefochten bis in die Weimarer Zeit²⁶.

Berlin, Hamburg und Süddeutschland bildeten ab 1906 die Zentren des Verbandes; ab 1907 überrundeten allmählich München und Stuttgart, später auch Frankfurt a. Main, die Städte Dresden und Leipzig²⁷.

Die Mitgliederentwicklung des gesamten Verbandes verlief zwischen 1900 und 1911, von saisonalen und konjunkturellen Schwankungen, die kaum ins Gewicht fielen, abgesehen, relativ kontinuierlich; erst 1912 ließ der Aufwärtstrend nach²⁸. Das Verhältnis von zahlenden und buchmäßigen Mitgliedern, das in den ersten Jahren oft bei 1:1 lag, besserte sich. Im 4. Quartal 1903 hatten 80 % der Mitglieder für volle 13 Wochen ihre Beiträge entrichtet²⁹. Auch die schlechte konjunkturelle Lage des Jahres 1908 nahm kaum einen Einfluß auf die Steigerung der Mitgliedszahlen; allerdings verlief die Entwicklung in den einzelnen Filialen überaus verschieden³⁰. Ende 1910 waren schätzungsweise 26 % aller Gemeindearbeiter im Verband organisiert, weitere 7 % entfielen mehrheitlich auf gegnerische, insbesondere "gelbe" und christliche Organisationen³¹. Damit lag der Gemeindearbeiterverband an 15. Stelle innerhalb der freien Gewerkschaften³².

Den Grundstock des Verbandes bildeten nach wie vor die Gasarbeiter, die alleine rund ein Drittel aller Verbandsmitglieder ausmachten. Etwa 45 % der Mitglieder entfielen auf die vier Betriebsarten Gas-, Wasser- und E-Werke und Kanalisation. Der Organisationsgrad bezogen auf die Betriebsbelegschaften betrug in diesen vier Kategorien zusammengerechnet 24,8 %. Bei der Straßenreinigung, dem Abfuhrwesen und der Müll- und Fäkalienverbrennung betrug der Organisationsgrad 30,1 %, bei der Garten-, Park-, Forst- und Waldanlagenverwaltung, den Friedhöfen und Tiergärten 15,8 %, bei den Badeanstalten 14,5 % und bei den Theaterarbeitern 5,8 %³³.

Die Ausbreitung des Verbandes erfaßte vor allem die Klein- und Mittelstädte. Bereits zwischen 1906 und 1908 erweiterte sich das Tätigkeitsgebiet um circa 50 %³⁴; dagegen fehlten 1910 von den Großstädten über 100.000 Einwohner noch Bochum, Duisburg, Gelsenkirchen und Mülheim a. d. R.; überhaupt kam der Verband in Rheinland-Westfalen kaum voran, ebenso wenig wie in Schlesien, Posen, West-Ostpreußen, Pom-

mern, Schleswig-Holstein und Mecklenburg³⁵.

So stetig die Aufwärtsentwicklung des Verbandes auch war, so blieb sie 1910 doch hinter dem mächtigen Aufwärtstrend, den die anderen großen Verbände verzeichnen konnten, zurück. Der erwartete Ruck nach vorne blieb aus, obwohl die Gemeindearbeiterschaft zahlenmäßig noch immer rapide anwuchs³⁶. Im Jahr 1912 wurde die Aufwärtsbewegung weiter gebremst, und besonders in den nord- und mitteldeutschen Städten blieb der Mitgliederzuwachs hinter den Erwartungen zurück. In Berlin waren von den etwa 30.000 Gemeindearbeitern im Dezember 1912 knapp 10.000 organisiert³⁷. Im 2. und 3. Quartal 1913 kam das Mitgliederwachstum fast zu einem Stillstand. Dies war zum Teil eine Auswirkung des wirtschaftlichen Niedergangs; gleichzeitig darf man jedoch nicht übersehen, daß in den traditionell starken Filialen bereits ein hoher Organisationsgrad erreicht war³⁸. Wie die Entwicklung der Mitgliedszahlen 1918/19 zeigt, gründete sich die Mitgliederzunahme ab der Novemberrevolution in den Zentren wie Berlin hauptsächlich auf das Einströmen bislang nicht organisierbarer Staatsarbeitergruppen. Der Organisationsgrad unter den Gemeindearbeitern war dagegen bereits 1914 erstaunlich hoch³⁹.

Überhaupt ist die in der Namensgebung des Verbandes seit dem 3. Verbandstag 1903 ("Verband der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten") sowie dem 4. Verbandstag 1906 ("Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter") vorgenommene Bezugnahme auf die Staatsarbeiter irreführend. Bis 1912, als in Berlin 24 Arbeiter der Reichsdruckerei dem Verband beitraten⁴⁰, waren genommen keine Staatsarbeiter im Verband organisiert. Lediglich der Umstand, daß es sich bei den Hamburger, Bremer und Lübecker Gas- und Wasserwerken nicht um Gemeinde-, sondern Staatseigentum handelte und die in diesen "Staatsbetrieben" beschäftigten Arbeiter als "Staatsarbeiter" bezeichnet sein wollten, brachte es zuwege, daß der zu fast 100 % aus Gemeindearbeitern bestehende Verband die Staatsarbeiter im Titel führte⁴¹.

Für die stete Aufwärtsentwicklung des Verbandes zwischen 1900 und 1911 sind mehrere verbandsinterne, organisatorische Gründe mitverantwortlich: Erhöhung des Mitgliedsbeitrages, Regelung des Beitrags- und Kassenwesens und der Ausbau des Unterstützungswesens. Dazu kamen die bereits skizzierten inhaltlichen Veränderungen wie die Ausarbeitung eines Lohnbewegungs- und Streikreglements, die Abkehr von der anfänglichen wirtschaftsfriedlich anmutenden Taktik, die Hinwendung zur Generalkommission und der Wechsel in Vorstand und Redaktion.

Die in den Jahren 1896 bis 1900 hohe Fluktuation wurde durch die Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung des Verbandes gefördert. Bis 1903 gab der Verbandsvorstand an die Filialen keine Kassenbücher aus; die einzelnen Mitglieder der Filialen wiederum besaßen keine Markenbücher:

Wer Beiträge entrichtet hat, wieviel er bezahlt hat, darauf wird gar kein Gewicht gelegt und sind daher aus dem Mitgliedsbuch auch gar nicht die zahlenden und restierenden Mitglieder zu ersehen (...); auf irgendeinen Zettel werden Notizen gemacht, die Beitragssammler entnehmen vom Filialenkassierer Marken und liefern das Geld für dieselben ab, wenn sie verkauft sind.

(Anm. 42)

Auch Eintrittsmarken existierten nicht:

Bisher war es nicht möglich, die Vertrauensleute (...) bezüglich der Neuaufnahmen zu kontrollieren (...).

(Anm. 43)

Die Unübersichtlichkeit im Kassenwesen sowie die generell zu niedrigen Mitgliedsbeiträge ließen den ersten Versuch des Verbandes, sein Unterstützungswesen, das bislang Sache der einzelnen Filialen war, zu vereinheitlichen, scheitern.

Die von der 2. Generalversammlung April 1900 beschlossene Krankenzuschuß- und Sterbekasse brach nach nur 1jährigem Bestehen gänzlich zusammen⁴⁴. Nachdem die häufigen und langen Krankenzeiten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht gedeckt werden konnten und die Leistungen der Kasse daher vermindert wurden, trat eine ganze Reihe von Mitgliedern aus Protest aus. Der Bankrott der Kasse war nicht mehr aufzuhalten. Aufgrund der heftigen Meinungsverschiedenheiten wurde eine geplante Urabstimmung zur Statutenänderung, die eine einheitliche und obligatorische Kranken- und Sterbeunterstützung sowie eine Beitragserhöhung vorsah, auf unbe-

stimmte Zeit verschoben⁴⁵.

Auch auf dem 3. Verbandstag 1903 wurde in der Beitragsfrage nur eine halbherzige Lösung erreicht. Der bisherige Wochenbeitrag von 15 Pf wurde auf 20 Pf für männliche Mitglieder angehoben; gleichzeitig wurde eine geringfügige Erhöhung der Sterbeunterstützung beschlossen⁴⁶.

Der eigentliche Markstein für die innere Festigung des Verbandes war der 4. Verbandstag 1906 in Mainz. Die ruckartige Erhöhung des Mitgliedsbeitrages auf 35 Pf machte einen einheitlichen Ausbau des Unterstützungswesens möglich. Erstmals wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1907 die Einführung einer Kranken- und Erwerbslosenunterstützung beschlossen. Das neue Statut sah jetzt Rechtsschutz, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung, Gemaßregelten- und Streikunterstützung und eine Sterbeunterstützung vor. Die Gemaßregelten- und Streikunterstützung beinhaltete außerdem einen Zuschuß für jedes Kind unter 14 Jahren, die Sterbeunterstützung wurde in Höhe von 50 % auch an die Ehefrauen von Mitgliedern gezahlt⁴⁷.

Der Ausbau des Unterstützungswesens wurde 1906 sogleich auf eine Bewährungsprobe gestellt. Das Jahr 1906 war das bis dahin konfliktreichste in der Geschichte des Verbandes. Allein rund 19.000 M Streikunterstützung wurden ausgezahlt - verglichen mit den Jahren davor eine geradezu astronomische Summe⁴⁸. Zwar nahmen die Streikbewegungen - 1906 nicht nur durch die veränderte taktische Linie des Verbandes, sondern auch durch die günstige Konjunktur gefördert - 1907 wieder ab, doch bereits 1908 wurden erneut rund 16.000 M Streikgelder gezahlt⁴⁹. Die Sterbeunterstützung nahm von 1906 auf 1907 um mehr als das Doppelte zu und vergrößerte sich 1908 aufgrund der Zahlungen an die Frauen von Mitgliedern auf circa 22.000 M⁵⁰. Den größten Anteil der Unterstützungsleistungen bildete nach wie vor die Krankenunterstützung, die ab Oktober 1907 mit der Erwerbslosenunterstützung gekoppelt war. Von den rund 61.500 M im Jahr 1908 entfielen circa 53.000 M auf die Krankenunterstützung⁵¹. Trotz dieser Unterstützungsleistungen festigte sich das Verbandsvermögen und wuchs von etwa 130.000 M 1906 auf rund 330.000 M 1908 an⁵².

Nach den Anfängen der Jahre 1896 bis 1900 und der Konsolidierungsphase von 1900 bis 1906 setzte nun ein Aufschwung des Verbandes ein, bei dem im wesentlichen diese verbandsin-

ternen Veränderungen in einem stabileren Mitgliederbestand und konsolidierten Finanzen zum Tragen kamen. Die besseren Finanzen gestatteten den Ausbau des Funktionärskörpers und die Errichtung einheitlicher Orts- und Gaubüros in Berlin, München und Hamburg. Diese Vereinheitlichung sorgte ihrerseits für ein systematisches Vorgehen bei Lohnbewegungen und der Werbearbeit des Verbandes. Selbst ein längerer, verlorengegangener Streik wie der 10wöchige äußerst harte Kampf in Kiel 1909⁵³ rührte nicht mehr an die Existenz des Verbandes.

In der verbandsinternen Diskussion kam es noch einmal auf dem Münchener Verbandstag 1912 zu Nachwehen bezüglich der "Streikaufgabetheorie" der Jahre 1904/06, doch ging es dabei im wesentlichen um eine Einschätzung der früheren Haltung von Poersch: "Was uns trennt, ist unseres Erachtens nur die Bewertung des Streiks für unsere Bewegung in der Vergangenheit."⁵⁴ Dennoch blieben unausdiskutierte politische Meinungsverschiedenheiten bestehen, die sich in der Vorsitzendenfrage und in einer Reihe formal-technischer Fragen, etwa der Anstellung von "Betriebsfremden" als Verbandsfunktionäre, äußerten und die Arbeit des Verbandstages lähmten; hinzu kamen Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Verbandsvorstand und dem 1906 eingerichteten Verbandsausschuß mit Sitz in Hamburg, welcher der Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes dienen sollte⁵⁵.

Die mittlerweile durch das Erstarken der süddeutschen Filialen eingetretene Zweipoligkeit des Verbandes äußerte sich in einer "ganz eigenartig gelagerten Situation"⁵⁶ auf dem Verbandstag, der schließlich die Verlegung des Verbandsausschusses von Hamburg nach Stuttgart beschloß und dessen Kompetenzen klarer umriß⁵⁷.

Die nach dem Münchener Verbandstag entstandene Unsicherheit und Ungewißheit, vor allem in personalpolitischen Fragen, konnte im Mai 1914 auf einem außerordentlichen Verbandstag in Hamburg beseitigt werden. Der Verbandsvorsitzende Mohs, Nachfolger von Poersch, verzichtete auf eine Wiederwahl, so daß der seit längerem vorgesehene Kandidat Heckmann alle Stimmen auf sich vereinigen konnte. Zum ersten Mal kam es zu einem einmütigen Beschluß bei der Zusammensetzung des Vorstandes. Damit war der durch die politische Li-

nie und den Abgang von Poersch ausgelöste "Richtungsstreit", der sich nach 1906 nur mehr bei der Wahl der Verwaltungskörper und der Statutenregelung offenbarte, auch formal und personell beigelegt⁵⁸. Vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges war der Verband personell, finanziell und intern gefestigt.

Die wichtigsten Entwicklungen, die dazu geführt hatten, sind mit dem 4. Verbandstag 1906 verbunden; sei es, daß alte Widersprüche durch ihn geklärt und anstehende Weichenstellungen getroffen wurden, sei es, daß von ihm Impulse und Leitlinien für die künftige Arbeit ausgingen. So ist es mehr als nur eine zufällige Koinzidenz, daß auf diesem Verbandstag die lange Kette von Namensänderungen, die der Verband seit 1896 durchlaufen hatte, zu Ende ging und mit dem Titel "Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter" jene Bezeichnung angenommen wurde, unter welcher der Verband in der Folgezeit allgemein bekannt wurde.

3. Gewerkschaftliches Konfliktverhalten, Arbeitskampf und Streik

I. Maßnahmen und Möglichkeiten der Konfliktregelung

Hinsichtlich der Möglichkeiten, Konflikte im Vorfeld offener Auseinandersetzungen zu rationalisieren und zu einer Regelung zu gelangen, bestand im kommunalen Arbeitsverhältnis eine eigenartige Situation. Einerseits boten die vielfältigen hinter- und nebeneinandergeschalteten Instanzen des Arbeitgebers und das Ineinandergreifen von gewählten Körperschaften, Stadtverwaltung und Betriebsleitung reiche informelle Möglichkeiten, Unstimmigkeiten und Beschwerden zu artikulieren und auf Veränderung zu drängen, andererseits waren institutionalisierte, von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern anerkannte Einrichtungen zur Konfliktregelung kaum vorhanden. Die verzweigten informellen Kanäle, deren sich auch die Arbeiterorganisationen bei ihren Lohnbewegungen bedienten, der vorgeschriebene Instanzenweg bei Eingaben etc. wurden bereits behandelt, so daß hier lediglich die Einrichtungen zur Konfliktregelung im engeren Sinne untersucht werden sollen.

Hierzu zählen in erster Linie die Arbeiterausschüsse, die nach dem Erlaß der Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 zunächst in staatlichen, nach der Jahrhundertwende auch in kommunalen Betrieben eingerichtet wurden. Die Einführung von Arbeiterausschüssen in kommunalen Betrieben ging nur sehr langsam vor sich. Um die Jahre 1903/04 hatten erst die allerwenigsten städtischen Betriebe Arbeiterausschüsse eingeführt. Mombert nennt insgesamt 13 Städte mit Arbeiterausschüssen, die jedoch zum Teil nur für einzelne Betriebe Geltung besaßen¹. Für das Jahr 1909 lagen dem Kaiserlichen Statistischen Amt Angaben über 57 Städte mit Arbeiterausschüssen vor². Trotz dieser "nicht unerhebliche(n) Wandlungen"³ nach der Jahrhundertwende waren die Arbeiterausschüsse dennoch rein zahlenmäßig kaum in der Lage, erfolgreich konfliktregelnd zu wirken. Nach wie vor fehlte es an gemeinsamen Arbeiterausschüssen für die gesamte Gemeindearbeiterschaft eines jeweiligen Ortes.

Es waren vor allem die Betriebsverwaltungen, die sich einer Einrichtung von Arbeiterausschüssen widersetzen⁴. Dort, wo es zu der Einführung von Ausschüssen kam, sorgten sie in der Regel dafür, daß sie nicht den Charakter von wirklichen Arbeitervertretungen annahmen, sondern als Unterstützungsorgane der Betriebsleitung fungierten. Dafür sorgte eine Reihe von Bestimmungen. Der erste grundsätzliche Mangel der meisten Ausschüsse bestand darin, daß es sich lediglich um Einrichtungen auf Betriebsebene handelte, denen nicht die Möglichkeit zugestanden wurde, gemeinsame Sitzungen mit den anderen am Ort existierenden Ausschüssen abzuhalten. Meist existierten nur vereinzelt Ausschüsse in den Gas-, Wasser- und E-Werken und einigen anderen gewerblichen Betrieben. Im Jahr 1909 bestanden Gesamtarbeiterausschüsse lediglich in Augsburg, Freiburg, Gießen, Heilbronn, Ludwigshafen, Schöneberg, Spandau und Stuttgart. In 15 weiteren, ebenfalls überwiegend süddeutschen Städten, durften gemeinsame Sitzungen der Ausschüsse abgehalten werden⁵.

Ein weiteres Handikap der Ausschüsse lag darin begründet, daß sie nur Wünsche und Beschwerden entgegennehmen und beraten durften, die "alle Bediensteten gemeinsam oder die Bediensteten einer Abteilung oder Gruppe" berührten⁶. Sämtliche Einzelangelegenheiten mußten jedoch gemäß dem in der Arbeits- oder Dienstordnung festgelegten Dienstweg den zuständigen Vorgesetzten zur Kenntnis gebracht werden. Gleichzeitig besaßen die Ausschüsse bei der wichtigsten gemeinsamen Interessenlage, der Festsetzung der Löhne, nicht die Befugnis, gehört zu werden. Schließlich kamen noch weitere statuarische Bestimmungen hinzu, die aus den als Arbeitervertretungen gedachten Ausschüssen ein "Überwachungsorgan"⁷ in den Händen der Betriebsleitung machten.

In vielen Fällen - vor allem in den frühen Jahren - waren die Betriebsleiter zugleich die Vorsitzenden der Ausschüsse. Selbst dort, wo die Vorsitzenden vom Ausschuß gewählt wurden, galt die Teilnahme von Betriebsbeamten an den Sitzungen in der Regel als zulässig. In einigen Städten, beispielsweise einigen Betrieben der Gas-, Wasser- und Stromversorgung in Altona, Bremen, Lübeck und Danzig, waren auch Betriebskrankenkassen-Vorstand und Arbeiterausschuß identisch⁸. Berücksichtigt man die weitreichenden Strafbe-

fugnisse und sonstigen Möglichkeiten, unliebsame Arbeiter zu schikanieren oder zu maßregeln, die den Betriebsbeamten, der Betriebsleitung und den unteren Aufsichtsorganen zur Verfügung standen, so ergab sich aus obigen Bestimmungen eine effektive Kontrollmöglichkeit der Leitung über die Arbeiter. Auch waren die Ausschußmitglieder in der Regel nicht ausreichend vor Schikanen und Maßregelungen geschützt.

Die meisten Bestimmungen legten ferner als Aufgabe der Ausschüsse fest, die Betriebsleitung zu unterstützen. Schon von den Statuten her wurde so die ursprüngliche Zielsetzung der Ausschüsse, zu Wünschen und Beschwerden der Arbeitnehmer Stellung zu nehmen, untergraben⁹.

Ferner engten die Bestimmungen bezüglich der Berechtigung zur Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts den Kreis der in Frage kommenden Arbeiter merklich ein. Die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Ausschüsse waren in den einzelnen Städten sehr verschieden¹⁰. Nicht überall, aber doch in den meisten Städten bestand ein aktives, geheimes Wahlrecht für alle volljährigen Arbeiter; dagegen konnte das passive Wahlrecht erst mit dem 30. Lebensjahr und nach einer mehrjährigen Betriebszugehörigkeit erlangt werden. Da es sich bei den meisten Tätigkeiten in städtischen Betrieben um Arbeitsverrichtungen handelte, die "in wenigen Tagen resp. Wochen"¹¹ erlernt werden konnten, forderte der Gemeindearbeiterverband die Ausübung des passiven Wahlrechts ab dem 25. Lebensjahr sowie nach einer 1jährigen Betriebszugehörigkeit¹².

Auch die meist lange Mandatsdauer der gewählten Ausschüsse, manchmal bis zu drei Jahren, und der Umstand, daß der Ausschuß je nach dem "Ermessen des Betriebschefs"¹³ und nicht auf Antrag etwa der Mehrheit der Ausschußmitglieder einberufen wurde, schränkten die Funktionsfähigkeit der Arbeiterausschüsse als Instrumente der Konfliktregelung ein.

Die Absicht des Gemeindearbeiterverbandes, die Ausschüsse zu Vermittlern zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszubauen, scheiterte bis 1914 an dem Widerstand der Betriebsleitungen. Dennoch sind verschiedenerorts mit den Ausschüssen gute Erfahrungen gemacht worden, wie überhaupt die Gemeinden - im Gegensatz zum Staat - eher bereit waren, bei Konflikten aus dem Arbeitsverhältnis nach Verhandlungs-

wegen zu suchen.

Zu diesen zählten in erster Linie die seit 1901 für alle Städte über 20.000 Einwohner obligatorisch eingerichteten Gewerbegerichte, die als Einigungsämter unverbindliche Schiedssprüche fällen oder die Konfliktparteien zu einer freiwilligen Einigung bewegen konnten¹⁴. Die Vorsitzenden der Gewerbegerichte waren meist selbst kommunale Beamte, welche die Besonderheiten im kommunalen Arbeitsverhältnis kannten, und die Tätigkeit der Einigungsämter stieß aufgrund der von ihnen getroffenen objektiven Entscheidungen bei Arbeitern und Gewerkschaften auf Anerkennung¹⁵. Der Weg vor das Gewerbegericht bildete einen festen Bestandteil des Konfliktverhaltens des Gemeindearbeiterverbandes. Manchmal rief auch der Magistrat das Gewerbegericht an, um Konflikte zwischen Betriebsleitung und Arbeitern beilegen zu lassen. In der Regel mußten jedoch Betriebsleitung und Magistrat von den Einigungsämtern deutliche Rügen gewärtigen, weshalb sich viele Städte weigerten, die Gewerbegerichtsbarkeit für ihre Betriebe anzuerkennen. Scheiterten die Verhandlungen vor dem Einigungsamt an der Halsstarrigkeit der Betriebsleitungen oder der uneinheitlichen Interessenlage der Gemeindegliedern, so konnte bestenfalls durch die private Vermittlungstätigkeit einzelner Bürgerschaftsmitglieder eine für alle Seiten akzeptable Lösung zuwege gebracht werden.

Die unterschiedliche Rechtsprechung bezüglich der Zuständigkeit der Gewerbegerichtsbarkeit für kommunale Betriebe wurde bereits behandelt, so daß hier nur noch auf diese zusätzliche Unsicherheit hingewiesen zu werden braucht¹⁶.

II. Gemeindearbeiterstreiks vor dem Ersten Weltkrieg

Bereits bei der Behandlung der Rechtslage der Gemeindearbeiter wurde die unterschiedliche Entwicklung skizziert, welche die Gemeinde- und Staatsarbeiterorganisationen in ihrer Stellung zum Streikrecht zwischen 1904 und 1914 nahmen. Auch die Motive des verschiedentlich erwogenen, teilweise vollzogenen Streikverzichts sowie die Beweggründe der kommunalen, insbesondere staatlichen Behörden, Streiks in öf-

fentlichen Betrieben zu verhindern, wurden bereits mehrfach erörtert. Schließlich wurde anhand des Gemeindearbeiterverbandes, der stärksten und einflußreichsten Gemeindearbeiterorganisation vor dem Ersten Weltkrieg, die Entwicklung des gewerkschaftlichen Konfliktverhaltens, soweit es programmatisch formuliert war, nachgezeichnet. Auch die Risiken und die durch das Arbeitsverhältnis und den Arbeitgeber bedingten Besonderheiten bei Streiks in kommunalen Betrieben wurden verschiedentlich angesprochen.

Ein weiterer wichtiger Faktor bei der Beurteilung des gewerkschaftlichen Konfliktverhaltens ist die Frage nach der Konfliktdisposition der Gemeindearbeiter selbst¹⁷. Die Konfliktbereitschaft der Gemeindearbeiter war generell sehr gering. Das ist zum einen auf die monopolartige Stellung des Arbeitgebers und dessen Einschüchterung und Repression aber auch Privilegierung der Arbeiter, zum anderen auf die Besonderheiten der Arbeitsbedingungen in kommunalen Betrieben sowie die persönlichen und politischen Verhältnisse der Arbeiter zurückzuführen.

Lebensalter, Familienstand und zum Teil auch Wohnbedingungen wirkten sich zusammen mit den betrieblichen Sozialleistungen konfliktthemmend auf das Verhalten der Gemeindearbeiter aus; Lohn tafeln, Alters- und Hinterbliebenenversorgung, Anstellungsverhältnisse und eine Reihe weiterer vorab geschilderter Besonderheiten des Arbeitsverhältnisses entfalteten ihre disziplinierende Wirkung. Die zahlreichen Berufsvereine und Verbände mit wirtschaftsfriedlich- oder christlich-nationalem, vaterländischem Charakter verschafften der Kritik der Arbeiter durch verbale Unmutsäußerungen Raum und lenkten sie in die Bahnen ständischer, loyaler Formen der Interessenartikulation. Darüber hinaus hemmten die politische und religiöse Spaltung der Gemeindearbeiterschaft in sich befehdende Organisationen und die heterogene Zusammensetzung nach sozialer Herkunft, beruflicher Qualifikation und sozialem Status die Herausbildung kollektiver Interessenlagen und solidarischen Verhaltens.

Angesichts all dieser konfliktthemmenden Faktoren kam das im Arbeitsverhältnis, in innerbetrieblichen Mißständen und in der Rechtslage der Gemeindearbeiter angelegte Konfliktpotential unter den Bedingungen des Kaiserreichs nur

punktuell zur Entladung.

Die Konfliktdisposition nahm in dem Maße zu, als die latent angelegten Konflikte mit einer aufgrund ihrer persönlichen wie sozialen und beruflichen Verhältnisse homogeneren und von dem System obrigkeitlicher Fürsorge und Repression weniger betroffenen oder empfänglichen Arbeitergruppe zusammenfielen. Neben den Arbeitern der Kanalisation und Straßenreinigung handelte es sich dabei in erster Linie um die Betriebsarbeiter der Gas-, Wasser- und E-Werke sowie das Fahrpersonal der Straßenbahnen. Hier konnten sich - oft aus ganz entgegengesetzten Gründen - unter den Arbeitern aufgrund der besonderen Binnenstruktur und Arbeitsplatzverhältnisse Trägerschichten herausbilden, die als soziale Basis gewerkschaftlicher Organisation in Frage kamen. Darüber hinaus schälten sich einzelne Berufsgruppen wie die Feuerhausarbeiter heraus, die innerhalb des Betriebs als politische und gewerkschaftliche Avantgarde auftraten und den Stand der Bewegung am Ort bestimmten.

Aus der Untersuchung der Petitionen, Lohnbewegungen und Streiks vor 1914 geht hervor, daß fast durchwegs Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen.

An zwei Konflikten, dem gegen die Behinderung der Ausübung des Landtagswahlrechts gerichteten Berliner Gasarbeiterstreik von 1903¹⁸ und dem rasch als Kampf um den Erhalt des Koalitionsrechts geführten Kieler Gemeindearbeiterstreik von 1909¹⁹, wird jedoch deutlich, wie eng ökonomische und politische Forderungen bei Gemeindearbeiterbewegungen miteinander verwoben waren. Genaugenommen spielte jede Lohnbewegung, schon allein aufgrund der von den Organisationen angewandten Taktik der Beeinflussung der Öffentlichkeit, in den politischen Raum hinein und empfing aufgrund der Auseinandersetzungen um das Streikrecht der Staats- und Gemeindearbeiter trotz ihres rein ökonomischen Charakters eine prinzipielle politische Bedeutung. Daß dieser Zusammenhang von beiden Konfliktparteien, insbesondere den Gemeindearbeiterorganisationen, tunlichst verschwiegen wurde, liegt daran, daß man nicht ungewollt an dem labilen status quo in der Rechtslage Veränderungen herbeiführen wollte, die in ihrer Langzeitwirkung unberechenbar schienen.

Neben der Forderung nach Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zielten die Bewegungen der Gemeindearbeiter auf die Einführung von Arbeitsordnungen, von Arbeiterausschüssen oder deren Kompetenzerweiterung sowie eine Verbesserung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung. In der Praxis griffen diese verschiedenen Forderungen ineinander, da ihre Verwirklichung von der Erfüllung der verschiedenen Forderungen abhängig war. Dem Kampf um die Einführung von Arbeitsordnungen kam dabei, vor allem in den Jahren vor der und um die Jahrhundertwende, eine Schlüsselrolle zu²⁰.

Überhaupt mündeten die einzelnen ökonomischen Forderungen sehr früh in ein umfassendes Konzept, das nicht so sehr die bloße Vereinbarung von Lohn und Arbeitszeit beinhaltete als die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse. Darin liegt meines Erachtens die wichtigste Besonderheit der Gemeindearbeiterbewegungen überhaupt:

Was in unseren Tarifen (die 1918/19 und später abgeschlossenen Tarifverträge; W. K.) in bezug auf die Gestaltung der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unseres Arbeitsrechtes verankert ist, das haben wir vor beinahe 25 Jahren in unserem ersten Programm mit geringen Abweichungen gefordert. (Anm. 21)

Entsprechend großes Gewicht legten die Gemeindearbeiter auf die Anerkennung des Koalitionsrechts - wobei die engere Frage des Streikrechts bis 1906 in der Schwebe blieb - und die Schaffung und den Ausbau von Mitbestimmungsmöglichkeiten. Die Forderungen nach einer entsprechenden Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse und der Hinzuziehung von Organisationsvertretern zielten im Kern auf das nach 1918 geschaffene Betriebsrätegesetz ab.

Untrennbar verbunden mit den Forderungen nach der Entwicklung allgemeingültiger Normen des Arbeitsrechts sind all die Bestrebungen, die man als die soziale Seite des Arbeitsvertrages oder als kommunale Sozialpolitik bezeichnen kann: Kündigungsschutz, Krankenlohn, Urlaub, Alters- und Hinterbliebenenversorgung.

Die Arbeit der Gemeindearbeiterorganisationen hob die vereinzelt, konkreten Forderungen der Arbeiter auf dieses viel abstraktere, rationalisierte Niveau. Auf betrieblicher Basis beinhalteten die Konfliktkerne viel konkretere, oft willkürlich erscheinende Mißstände: neben schlechter Bezah-

lung und überlangen Arbeitszeiten die rohe Behandlung durch Vorgesetzte, die willkürliche Bevorzugung oder Benachteiligung bei der Anstellung, Entlohnung und Beförderung, das Fehlen von Kantinen und Kleiderräumen, von Wasch- und Badegelegenheiten oder schlechtes Arbeitsgerät.

Die soziale Unzufriedenheit und Konfliktbereitschaft der Gemeindearbeiter nahmen in den Jahren 1906 bis 1914 zu. Die sich verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse - genauer das Zurückbleiben der Verbesserungen hinter dem Aufschwung der Jahre 1900 bis 1906/07 und den eigenen Erwartungen -, das Zurückbleiben der Löhne und Gehälter gerade der Festbesoldeten im Rahmen einer allgemeinen Teuerung und die zunehmend als ungerecht und bedrohlich empfundene Rechtsunsicherheit, die Einschränkung des Koalitions- und Streikrechts bei den verwandten Berufen der Staatsarbeiter, die allgemeine Gängelung, Überwachung und Bespitzelung förderten die Konfliktdisposition ebenso wie das Erstarken der eigenen Organisationen. Die Expansion und Konzentration der Organisationen zeigten sich nicht nur im Erstarken des Gemeindearbeiterverbandes, etwa dem Anschluß der württembergischen Gemeindearbeitervereine an den Zentralverband, dem Beitritt des im Zentralverband des Massage-, Bade- und Krankenpflegepersonals Deutschlands organisierten Personals zum Gemeindearbeiterverband²² und den Organisationsbestrebungen der Straßenbahner und Forstarbeiter, sondern in einer verstärkten Opposition liberaler, selbst "gelber" und vaterländischer Vereine. Die schärfere Interessenvertretung christlicher und Hirsch-Dunckerscher Staatsarbeiterorganisationen, insbesondere der Eisenbahner, reihte sich in diese Entwicklung ein. Der Organisationsgedanke drang in das immer noch anwachsende Heer von Gemeinde- und Staatsarbeitern ein, die allmählich rein quantitativ zu einer wahlpolitisch relevanten Gruppe emporstiegen.

So zersplittert die Gemeinde- und Staatsarbeiterschaft in organisatorischer Hinsicht war - allein beim Quellenstudium zu dieser Arbeit konnten über 70 verschiedene Organisationen insbesondere der Staatsarbeiter ausfindig gemacht werden - und so sehr sie in weltanschaulich und religiös unterschiedliche sowie ständisch-rivalisierende Gruppen zerfiel, so schuf die intensiviertere, gerade von Teilen der loyalen

Organisationen penetrant hartnäckige Interessenvertretung ein Klima, in dem die seit langem angelegten Konfliktherde aufbrechen konnten.

Dennoch gelang es der Obrigkeit, die latente Mißstimmung durch eine geschickte Politik der "positiven" Gegenmaßnahmen²³ zu kompensieren bzw. unter einem Teil des Personals gegen Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften als altbewährte Feindmarkierungen zu wenden.

Im Gegensatz zu den Staatsarbeitern kam es jedoch unter den Gemeindearbeitern vor dem Ersten Weltkrieg zu wiederholten, zum Teil erbittert geführten Streiks. Sie waren meist von kurzer Dauer und entzündeten sich hauptsächlich an den schlechten Arbeitsbedingungen. In der Regel blieben sie auf eine kleine Anzahl von Arbeitern der zentralen Betriebe beschränkt.

Bis 1906 handelte es sich bei den größeren Arbeitsniederlegungen fast ausschließlich um Streiks der Gasarbeiter, die meist ohne gewerkschaftliches Zutun von spontanen Aktionen der Feuerhausarbeiter initiiert und von lokalen Vereinigungen oder selbsternannten Streikleitungen angeführt wurden²⁴.

Die Streiks wiesen starke archaische Züge auf. Ein typisches - allerdings durch die Produktionsverhältnisse in den Gas-, Wasser- und E-Werken mitbedingtes - Merkmal der Streiks war ihre kurze Dauer von oft nur ein bis zwei Tagen. Vielfach besaßen die Arbeiter keinerlei gewerkschaftliche Schulung und Streikerfahrung²⁵.

Nach 1906 wurden von den Bewegungen auch andere städtische Betriebe, in erster Linie Wasser- und E-Werke, Kanalisation und Straßenreinigung, erfaßt. Daneben kam es zu kurzzeitigen Streiks der Bauarbeiter, der Arbeiter des Fuhrparks und der Park- und Gartenverwaltung²⁶. Demgegenüber standen die Rieselfeldarbeiter sowie die Beschäftigten in den städtischen Forsten bis zur Novemberrevolution abseits jeglicher Bewegungen²⁷.

Mit der Übernahme bislang privater Straßenbahnunternehmen durch die Städte kamen einige streikerfahrene Betriebe, die bereits an den großen Straßenbahnerbewegungen in der ersten Hälfte des Jahres 1900 in mindestens einem Dutzend deutscher Städte beteiligt waren, unter kommunale Regie²⁸.

Aufgrund des besonderen Charakters der Gemeindebetriebe waren vor 1918 kaum betriebs- oder gar ortsübergreifende Sympathiestreiks oder gleichzeitige örtliche Gesamtstreiks zu verzeichnen. Nur in wenigen Fällen breitete sich die Bewegung spontan auf eine Reihe verwandter Betriebe aus, brach dort jedoch oft wieder unvermittelt zusammen. Meist handelte es sich um Solidaritätsstreiks von Arbeitern anderer Betriebe, die in den bestreikten Werken Streikbrecherdienste leisten sollten. Ganz generell machten sich jedoch die mangelnde gewerkschaftliche Schulung sowie die Interessengegensätze in raschen Stimmungsumschwüngen und dem allgemein desolaten Zustand der Streikorganisation bemerkbar.

Interessendivergenzen der einzelnen Berufsgruppen untereinander, uneinheitliche Streikführung und gewerkschaftliche Kompetenzstreitigkeiten erleichterten es den Städten, die Bewegungen durch oft simple taktische Manöver, Massenaussperrungen oder die Herbeischaffung von Streikbrecherkolonnen niederzuringen.

Da es sich bei den bestreikten Betrieben meist um sogenannte gemeinnützige Einrichtungen handelte und die Streikenden nach spätestens ein, zwei Tagen die gesamte organisierte öffentliche Meinung gegen sich hatten, galt ein Streik in der Regel als verloren, wenn es nicht gelang, die Forderungen innerhalb weniger Tage durchzusetzen. Solche kurzfristig abgerungenen Erklärungen des Arbeitgebers hatten jedoch aufgrund des komplizierten Entscheidungsweges etwa in Lohnfragen nur papiernen, in erster Linie moralischen Wert. Wirklicher Verlaß war auf eine durch einen spontanen Streik erzwungene Zusage nicht. Oft wurden entsprechende Vereinbarungen Monate später von den Gemeindekollegien wieder gebrochen, wobei diese auf eine entsprechende Rechtslage verweisen konnten.

Da die Bewegungen mit Arbeitseinstellung meist mit einer Niederlage der Arbeiter und der Entlassung der Streikführer endeten, hielten sich die Gewerkschaften bei der Initiierung oder Führung von Streiks äußerst zurück und versuchten, ohne Arbeitseinstellungen auf dem Verhandlungsweg zu einem akzeptablen Ergebnis zu gelangen.

Die Erfolgchancen eines Streiks hingen, abgesehen von dem Grad der Solidarität und Interessenidentität der Arbei-

ter, hauptsächlich davon ab, wie das Stadtparlament zusammengesetzt war, inwieweit die Streikforderungen von einer breiteren Öffentlichkeit und den örtlichen Meinungsträgern unterstützt wurden und in welchem Maße die Stadtverwaltungen auf den Ausstand vorbereitet waren.

Die organisatorische Zersplitterung der Arbeiter machte eine straffe Streikführung oft unmöglich, und viele Streiks beruhten auf zweideutigen Absprachen der beteiligten, teils lokalistischen Verbände. Die Bewegungen waren in der Regel nur in denjenigen Fällen erfolgreich, in denen die Organisation eines einzelnen starken Berufsstandes die Führung innehatte oder sich die Arbeiter auf eine größere Zentralorganisation stützen konnten.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter war unzweifelhaft, im Grunde seit seiner Gründung, in jedem Fall ab 1906, die stärkste Organisation im Bereich der Gemeindearbeiterschaft. Anhand der von ihm geführten oder spontan, ohne seine Billigung, von Teilen der von ihm beeinflussten oder in ihm organisierten Arbeiter initiierten Streikbewegungen sollen im folgenden einige typische Merkmale der Gemeindearbeiterstreiks vor 1914 stellvertretend für die zahlreichen übrigen kleineren Bewegungen dargestellt werden. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die Frage, ob und inwieweit es zu Veränderungen in der Konfliktfähigkeit, im Verhältnis von Solidarität und Loyalität der Arbeiter kam und welchen Anteil daran die gewerkschaftliche Organisation nahm. Aufgrund der geringen Quellen, die authentisch über das soziale und politische Bewußtsein der Arbeiter berichten, soll die Analyse des Streikverhaltens auch dazu benutzt werden, auf allgemeine Denk- und Verhaltensweisen zurückzuschließen. Auf der anderen Seite interessiert das Verhalten der Kommunen gegenüber ihrer Arbeiterschaft und deren Organisationen, wie es im Konfliktfall besonders hervortrat.

+ + +

Bereits die ersten Streikaktionen, die Berliner Gasarbeiterstreiks 1896, die schließlich zu der Gründung des Ge-

meindearbeiterverbandes führten, machten eine generelle Schwäche der Gemeindearbeiterbewegung deutlich: die Uneinigkeit der Arbeiter untereinander, insbesondere die mangelnde Solidarität zwischen den Feuerhausarbeitern und den Hofarbeitern der Gaswerke²⁹. Eine weitere typische Erscheinung im Konfliktverhalten der Arbeiter war die - allerdings nicht nur für die Gemeindearbeiter zu verzeichnende - Tendenz, nach relativ kurzer Mitgliedschaft im Verband durch einen auf eigene Faust initiierten Streik Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse erreichen zu wollen. So traten im Oktober 1898 die Gasarbeiter in Aschersleben in einen Streik, nachdem sie gerade 14 Tage im Verband organisiert waren. Den Verbandsvorstand benachrichtigten sie erst hinterher in einem Brief³⁰. Meist endeten solche übereilten Streiks mit einer Niederlage, die oft den Zusammenbruch der Verbandsmitgliedschaft am Ort zur Folge hatte.

Beide Symptome - Ausnutzung der Verbandsmitgliedschaft zu einem selbständigen Streik und unsolidarisches Verhalten gegenüber weniger privilegierten Arbeitergruppen - wies der Bremer Streik von 1900 auf. Nach einjähriger Mitgliedschaft traten die Feuerhausarbeiter, die den Grundstock der Filiale bildeten, in einen Streik. Nach zwei Tagen schlossen sich die Hof- und Straßenarbeiter in einem Solidaritätsstreik an, da sie zu Streikbrecherdiensten an den Öfen eingesetzt werden sollten. Trotz ihrer Weigerung war es der Betriebsleitung möglich, die Gasproduktion mit Hilfe der Wasserstoffgas-Anlage aufrechtzuerhalten; die Niederlage des Streiks zeichnete sich ab. Poersch schaltete sich in die Verhandlungen mit der Verwaltung, dem Arbeiterausschuß und der Deputation ein, und gemeinsam gelang es, Maßregelungen bei den Feuerhausarbeitern zu verhindern. Ohne Lohnzugeständnisse wurden alle Feuerhausarbeiter wieder eingestellt, die Hof- und Straßenarbeiter jedoch wurden entlassen. Dieser Regelung stimmten die Streikkommission und eine Abendversammlung der Gasarbeiter zu³¹. Nach diesem Streik fiel der Verband in Bremen auseinander; erst nach jahrelangem Stillstand gelang es, neben den wenigen Gasarbeitern, die dem Verband treu geblieben waren, Arbeiter aus anderen Betrieben zu gewinnen³².

Mehr oder weniger spezifische Probleme herrschten bei den Berliner Gasarbeitern, vor allem der Vierten Städtischen

Anstalt "Danziger Straße". Weshalb es gerade die Arbeiter dieser Anstalt waren, die sowohl in der Gründungsphase 1896/97 als auch in den Jahren danach - trotz wiederholter Maßregelungen und zumindest branchenüblicher Fluktuation unter den Betriebsarbeitern - immer wieder als Vorreiter bei Konflikten auftraten und offensichtlich mit syndikalistischen Tendenzen sympathisierten, kann aus den vorliegenden Quellen nicht eindeutig erschlossen werden. Ein Grund war wohl personeller Art und beruhte auf der rigiden und wenig geschickten Art der Direktion, ihren Herrn-im-Hause-Standpunkt durchzusetzen. Ein weiterer Grund, ebenfalls personeller Art, lag in der Betriebszugehörigkeit konfliktbereiter, teilweise konflikt erfahrener Arbeiter schon vor 1896. Trotz Entlassungen, Umgruppierungen usw. muß von dieser "kämpferischen Tradition" eine Art Sogwirkung ausgegangen sein, die immer wieder "streikverdächtige" Arbeiter privater Betriebe bei einem Wechsel in städtische Dienste bewogen haben muß, gerade diese Anstalt zu bevorzugen. Auch einige der Gasarbeiter, die 1901 nach einem verlorengegangenen Streik bei den Charlottenburger Werken versprengt wurden, fanden sich auf der "Danziger Straße" in Berlin wieder ein³³. Trotz personeller Veränderungen muß es wohl zu einer Tradierung von Erfahrungen gekommen sein, die neben der erwähnten Sogwirkung, der "Zuwanderung" konfliktbereiter Arbeiter aus privaten und anderen kommunalen Betrieben, zu diesem besonders kämpferischen Klima auf der "Danziger Straße" geführt hat. Diese Vermutungen sind jedoch nicht explizit zu belegen.

Jedenfalls kam es 1903 auf der "Danziger Straße" zu einem Streik, der wegen seines politischen Charakters und der Auseinandersetzungen der Streikenden mit der Verbandsleitung sowie der Schärfe des Vorgehens der Verwaltung hohe und langanhaltende Wellen schlug.

Es ging bei dem Streik um die Frage, ob die Feuerhausarbeiter ihr Wahlrecht zur preußischen Landtagswahl am 12. November 1903 wahrnehmen durften oder ob dem betriebliche Gründe entgegenstanden. Bereits Anfang Oktober 1903 hatte sich die Berliner Verbandsfiliale mit der Bitte an den Magistrat gewandt, am Wahltag ab 12 Uhr Arbeitsruhe zu verfügen. Der Magistrat entsprach diesem Wunsch und sicherte für den Wahltag ab Mittag "Urlaub ohne Lohnabzug" zu³⁴. Am 6. November

veröffentlichten die Berliner Gaswerke jedoch eine Verfügung, wonach die Arbeiter "vor den Retorten, Maschinen und Kesselbetrieb" unabkömmlich seien³⁵. Daraufhin wandte sich der Filial-Vorstand in einem untertänig gehaltenen Schreiben vom 9. November an den Oberbürgermeister, der in seiner Antwort vom 11. November die widersprüchliche Haltung von Magistrat und Betriebsleitung erneut mit der vagen Versicherung bestätigte, "allen wahlberechtigten städtischen Gasarbeitern" stünde die Ausübung ihres Wahlrechtes zu, "soweit es der Betrieb irgend gestattet"³⁶. Damit war für den Wahltag alles offen und die konkrete Auslegung der Magistratserklärung in die Hände der jeweiligen Betriebsführung gelegt. Der Verbandsvorstand hätte es auch dabei bewenden lassen, nicht jedoch die Arbeiter auf der "Danziger Straße". Im Gegensatz zu den übrigen städtischen Gaswerken, die zumindest als entgegenkommende Geste einer größeren Anzahl von Arbeitern für den Urnengang Urlaub gewährten, erklärte die Betriebsführung des Werkes "Danziger Straße" am Wahltag alle Retortenarbeiter generell für unabkömmlich.

Die Verbandsführung befürchtete bereits daraufhin eine eigenwillige spontane Aktion der "Danziger" und wies den zuständigen Vertrauensmann an, deutlich zu machen, daß für eine eventuelle Arbeitseinstellung keine Genehmigung des Verbandes vorliege. Dieser berichtete daraufhin dem Vorstand, "daß seine Kollegen keine Neigung zeigten, den verbandsseitigen Rat zu befolgen"³⁷. Die Arbeiter stimmten vielmehr untereinander ab und beschlossen das "Verlassen der Arbeit zwecks Wahlbeteiligung"³⁸.

Daraufhin nahm alles zunächst einen völlig ruhigen Verlauf. Ab 12 Uhr gingen die Arbeiter - offenbar abwechselnd - zum Wählen, und der Betrieb funktionierte reibungslos weiter; die Nachtschicht trat ihren Dienst an, und auch die Frühschicht des darauffolgenden Tages blieb unbeanstandet. Schließlich berichtete der Betriebsdirigent der Direktion von dem Vorkommnis, die wiederum den Magistrat verständigte. Dieser beschloß in einer sofortigen Sitzung am 13. November die Entlassung all derjenigen Feuerhausarbeiter, die sich zwecks Wahlbeteiligung vom Arbeitsplatz entfernt hatten. Die Entlassung erfolgte an demselben Tag abends um 17 Uhr. Gleichzeitig traf der Magistrat Vorkehrungen gegen einen er-

warteten Generalstreik der Gasarbeiter. Als die Nachtschicht der "Danziger Straße" die Arbeit verweigerte, ließ der Magistrat die nächste Umgebung sowie die Anstalt selber mit einem größeren Polizeiaufgebot besetzen. Die Arbeiter besetzten ihrerseits das Retortenhaus³⁹.

Am späten Abend desselben Tages (13. November) verabschiedeten der Verbandsvorstand und der Berliner Filialvorstand eine Erklärung, in der sie das Verhalten der Arbeiter "auf das schärfste verurteilt(en)"⁴⁰. Sie gaben der Betriebsleitung eine Mitschuld an den Ereignissen, betonten jedoch, daß der Magistrat alles getan habe, "was er tun konnte", um den Arbeitern den Wahlgang zu ermöglichen. Schließlich sprachen sie die Hoffnung aus, daß "der Magistrat (...) den Fehler der Entlassenen milde beurteilen (...) wird"⁴¹. Die Arbeiter forderten sie auf, an die Arbeit zurückzukehren, und erklärten, keinerlei Streikunterstützung zahlen zu wollen.

Was nun folgte, kann nur als fortgesetzte Demütigung des Verbandes und der Arbeiter seitens der Berliner Behörden bezeichnet werden. Eine Delegation, bestehend aus einem Vertreter des Hauptvorstandes, des Filialvorstandes, des Arbeiterausschusses der "Danziger" Anstalt und einem Stadtverordneten, eilte zwischen der Direktion und dem Oberbürgermeister hin und her, um die Arbeiter "nicht so hart zu bestrafen"⁴². Dabei wurde sie jeweils auf die Zuständigkeit der anderen Seite verwiesen. Als sich der Schwarze Peter nicht mehr hin- und herschieben ließ, verwies man darauf, "durch Magistratsbeschluß gebunden zu sein"⁴³.

Nachdem all diese Bemühungen am Vormittag des 14. Novembers ergebnislos verlaufen waren, bekannten die Arbeiter auf einer Versammlung reumütig, daß ihre Arbeitseinstellung unüberlegt gewesen sei. Das folgende Wochenende hielt man still. Am 16. November hieß die Gas-Deputation nach einer zweistündigen Debatte bei nur einer Gegenstimme - es war derselbe Stadtverordnete, der sich in die Vermittlungsbemühungen eingeschaltet hatte - "(i)m Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin" die Entlassung der 93 Gasarbeiter gut und überließ es der Direktion, "diejenigen Arbeiter wieder einzustellen, welche sie für geeignet hält"⁴⁴.

Um 14 Uhr übermittelte der besagte Stadtverordnete, der wahrscheinlich der SPD angehörte, der Versammlung der Gasar-

beiter, "daß die Entlassenen mit dem Erreichten schließlich sehr zufrieden sein könnten"⁴⁵; immerhin habe ihm die Direktion zugesichert, in den nächsten Tagen "gegen 60 bis 70 Arbeiter"iedereinzustellen, "allerdings nicht wieder auf der Anstalt Danzigerstraße, sondern je nach Umständen würde eine Verteilung in den anderen drei Anstalten erfolgen"⁴⁶.

Tatsächlich wurden bis zum 19. November 65 Arbeiter wiedereingestellt⁴⁷, 26 blieben letzten Endes entlassen⁴⁸.

Mit diesem Ergebnis waren die verbandsinternen Auseinandersetzungen noch lange nicht beendet. Der Hauptvorstand und der Arbeiterausschuß des Werkes "Danziger Straße" wurden als Verräter verrufen und Poersch beschuldigt, einen allgemeinen Ausstand aller Berliner Gasarbeiter unterbunden zu haben. Einige drohten mit dem Austritt aus dem Verband und der Gründung einer eigenen Organisation⁴⁹.

Zweierlei wird an diesem Konflikt deutlich: Der kommunale Arbeitgeber ließ mit sich über vieles verhandeln, nicht jedoch über die Befolgung oder Nichtbefolgung einer einmal getroffenen Weisung. Daß sich - wie in diesem Falle - die Betriebsdirektion über eine Absichtserklärung des Magistrats und eine Zusicherung des Oberbürgermeisters hinweggesetzt oder sich zumindest die eigenmächtige Auslegung vorbehalten hatte, änderte nichts an der Position des Magistrats, daß die Arbeiter jegliche Weisung einer vorgesetzten Stelle zu befolgen hätten. Weiter zeigt das Verhalten der Verbandsführung, daß dieses System von Befehl und Gehorsam auch ihres Erachtens prinzipiell eingehalten werden mußte. Nirgendwo wird der Frage nachgegangen, daß auf der "Danziger Straße" - offenbar aus Prinzip und nicht etwa aufgrund tatsächlicher produktionsbedingter Unabkömmlichkeit - das Wahlrecht der Arbeiter von unteren Verwaltungsinstanzen beschnitten wurde. Das Augenmerk von Filial- und Verbandsleitung richtete sich lediglich darauf, durch eine möglichst untertänige Geste gegenüber den oberen Behörden die Maßregelungen seitens der Betriebsleitung so gering wie möglich zu halten. So verständlich ein solches Vorgehen im Hinblick auf die befürchteten Entlassungen erscheint, so unwirksam war es. Im Grunde erreichte der Verband mit seinen Vermittlungsversuchen nichts. Die Wiedereinstellung des Großteils der Betriebsarbeiter wäre so oder so erfolgt; niemals kam es in den Wintermonaten

zur Entlassung beinahe des gesamten Betriebsarbeiterpersonals. Worauf es der Betriebsleitung ankam, war die gezielte Säuberung des Betriebs von unliebsamen Arbeitern. Und das wurde erreicht. Dies geschah mit ausdrücklicher Billigung des Magistrats, der - wie die Verbandsleitung selbst eingestand - sich bewußt auf eine größere Auseinandersetzung eingerichtet hatte⁵⁰. Selbst wenn es der Verbandsleitung ausschließlich um Schadensminimierung gegangen wäre, so hätte deswegen noch kein ausreichender Grund vorgelegen, nicht wenigstens das Recht auf Wahlausübung zu verteidigen. Statt dessen ging es dem Vorstand um zwei prinzipielle Punkte: die Arbeiter hatten sich der Weisung des Vorstandes wie der Anordnung des Arbeitgebers widersetzt. Beides wurde ungeachtet der inhaltlichen Gründe verurteilt und die sibyllinische Haltung von Magistrat und Oberbürgermeister gelobt⁵¹. Daß der Verband eine so eklatante Verletzung des Streikreglements und der Statuten nicht hinnehmen konnte, ist verständlich. Dennoch drängt sich der Eindruck auf, daß das Verhalten des Vorstandes nur aus einer - vielleicht zum Teil unbewußten - Billigung des patriarchalen Verhältnisses zwischen kommunalem Arbeitgeber und Gemeindearbeitern zu verstehen ist. Die Sprache, in der von den Vermittlungsbemühungen des Vorstandes berichtet wird und in der wahrscheinlich auch die Verhandlungen mit den städtischen Behörden abliefen, bestätigt dieses an ein Eltern-Kind-Verhältnis erinnernde Schema. Da ist von Ungehorsam die Rede, von einer - hoffentlich milden - Strafe, von Fehlern der Arbeiter, von einem "Gang nach Canossa"⁵². So ist der Verdacht nicht ganz von der Hand zu weisen, daß Teile des Vorstandes insgeheim froh darüber waren, daß die aufsässigen "Danziger" einmal ordentlich gemäßregelt wurden. Jedenfalls wurden sie noch tüchtig ausgeschimpft, bis sie kleinlaut zugaben, falsch gehandelt zu haben⁵³. Diejenigen, die sich "erfrech(t)en", den Vorstand zu kritisieren, wurden als "zweifelhafte Elemente" und "Frevler" abgetan⁵⁴.

Angesichts der realen Machtverhältnisse war es sicherlich ratsam, die Idee eines allgemeinen Ausstandes zu verwerfen: "Und bisher sind noch alle umfangreichen Gasarbeiterstreiks verloren worden."⁵⁵ Dennoch sollte der Gemeindearbeiterverband sechs Jahre später in Kiel einen ebenso aussichtslosen Kampf aufnehmen und seine Niederlage zurecht

als moralischen und politischen Sieg werten. Natürlich waren die finanziellen und personellen Grundlagen des Verbandes 1909 andere als 1903, doch die devote, im Kern völlig loyale Haltung von 1903 erklärt sich hauptsächlich aus der damaligen Position des Vorstandes um Poersch in der Frage des Streiks und der gewerkschaftlichen Taktik.

Insofern ist der Berliner Streik von 1903 trotz seines Ausnahmecharakters als politischer Streik kennzeichnend für die Jahre 1900 bis 1906, als sich der Verband allmählich festigte und die Basis wiederholt gegen den Willen der Leitung zur Waffe des Streiks griff. Als Poersch 1904 angesichts der zunehmenden Angriffe preußischer Stadtverwaltungen auf das Koalitionsrecht darauf verwies, daß "(wir) bisher noch keinen von der Verbandsleitung genehmigten Streik aufzuweisen haben"⁵⁶, beschrieb er zum Teil nur mehr die Diskrepanz zwischen Leitung und Basis.

Begünstigt durch die äußeren Bedingungen sowie verbandsinterne Verbesserungen in organisatorischer und finanzieller Hinsicht brach nach seinem Ausscheiden eine regelrechte Flut von Bewegungen aus, von denen viele mit Arbeitsniederlegungen verbunden waren. Das frühere Argument, die Kommunen warteten nur darauf, eine Handhabe zu einem Streik- oder Koalitionsverbot zu bekommen, erwies sich zumindest 1906 als falsch; ob es für die Jahre 1904/05 zugetroffen hätte, ist Spekulation. Zumindest waren die Kommunen bis 1906 nicht gewillt, die de facto streikfriedliche Haltung des Verbandes irgendwie zu honorieren. Im Gegenteil, je deutlicher der Verband zu erkennen gab, daß er ohnehin nicht gewillt sei, den Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel in öffentlichen Betrieben einzusetzen, desto unverhohlener drängten die norddeutschen Behörden auf ein arbeitsvertraglich geregeltes Streikverbot.

Als der Verband 1906 bzw. 1907 auf der Ersten Internationalen Gemeindearbeiter-Konferenz⁵⁷ das Streikrecht als unverzichtbar erklärte, machte sich in der öffentlichen Diskussion über das Streikrecht in öffentlichen Betrieben ziemlich rasch die Unterscheidung nach Gemeindebetrieben einerseits und Staatsbetrieben andererseits geltend. Selbstverständlich wirkten hier mehrere langfristige Entwicklungen zusammen, doch der von der Gemeindearbeiterschaft und ihren

wichtigsten Organisationen ausgehende Druck, ihr - im Vergleich zu den Staatsarbeitern - klarer Standpunkt war eine Vorbedingung für die praktische Anerkennung des den Streik weder verbietenden noch anerkennenden Rechtszustandes durch die Gemeinden. Und eine solche Anerkennung war angesichts der Machtverhältnisse und der Entwicklung im staatswirtschaftlichen Bereich schon ein Erfolg. Ob den Staatsarbeitern, insbesondere den Eisenbahnern, bei einer entsprechenden Haltung ein ähnlicher Erfolg beschieden gewesen wäre, muß bezweifelt werden. Der Druck und die Machtmittel des staatlichen Arbeitgebers waren ungleich stärker, die Position der freien Gewerkschaften wesentlich schwächer. Die Öffentlichkeit plädierte im Falle der Staatsbetriebe fast einmütig für einen wie auch immer zu realisierenden Streikverzicht, während die Ansichten bezüglich der Gemeindebetriebe auseinandergingen. Die Wurzeln von staatlicher Repression - oder umgekehrt die Tradition einer loyalen Staatsdienerschaft, das obrigkeitsstaatliche Denken - waren in den Staatsbetrieben tiefer verankert als im kommunalen Bereich.

Jedenfalls zählten Gemeindearbeiterstreiks nach 1906 zunehmend als halbwegs "normale" Erscheinungen. Allein 1907 führte der Gemeindearbeiterverband zehn genehmigte Streiks. Bei acht von ihnen handelte es sich um Gasarbeiterstreiks, darunter ein gemeinsamer Streik der Gas- und Abfuhrarbeiter in Kiel. In Mannheim streikten Ende März 1907 die Elektrizitätsarbeiter, in Eisenach kam es am 29. Mai zu einem der seltenen Streiks, an dem sich Arbeiter aller städtischen Betriebe beteiligten. Ein solcher örtlicher Gesamtstreik war im Grunde nur in Kleinstädten möglich⁵⁸.

Der 18tägige Kampf der Gasarbeiter in Halle a. d. S. Anfang 1908 liest sich bereits wie ein Vorspiel der heftigen Auseinandersetzung in Kiel im darauffolgenden Jahr. Am 29. Januar 1908 traten die Gasarbeiter in den Streik, nachdem ihre Eingaben zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen (Wochenlöhne, 9stündige Arbeitszeit, Dreischichtwechsel) wiederholt verschleppt worden waren. Der Magistrat reagierte sofort mit einer Schärfe, die vom Verband nicht einkalkuliert worden war. Er kommandierte alle disponiblen Arbeitskräfte der anderen städtischen Betriebe zur Gasanstalt

ab und verlangte unter Androhung der Entlassung die Leistung von Streikbrecherdiensten. Von 38 abgestellten Wasserwerkern erklärten sich 15 mit den Gasarbeitern solidarisch; die restlichen Arbeiter sowie die Bauamtsarbeiter, die Straßenreiner und die Feuerwehrleute nahmen die Arbeit auf. Selbst im Verband organisierte Arbeiter ließen sich zu Streikbrecherdiensten zwingen. Die Belegschaften der anderen städtischen Betriebe hielten still. Als sich der Streik hinzog, kamen zu den "indifferenten(n) Arbeiter(n)" und dem Magistrat noch die Polizei und die bürgerliche Presse als Widersacher hinzu. Gegen Streikpostenstellen wurde mit Strafmandaten vorgegangen, Streikposten wurden auf der Polizeiwache festgehalten, die Frauen von Streikenden zu Hause von Polizisten aufgesucht und eingeschüchtert. Kollegium und Magistrat blieben abweisend. So wurde der Ausstand nach 18 Tagen seitens der Streikleitung resultatlos als beendet erklärt⁵⁹.

Der Indifferentismus der Gemeindearbeiter war nur ein Grund für die Niederlage der Gasarbeiter. Angesichts der massiven Drohungen seitens der Polizei und der Stadtverwaltung kann nicht einmal von unsolidarischem Verhalten der Arbeiter gesprochen werden. Der Fehler lag vielmehr in der mangelnden und fehlerhaften Einschätzung der Lage durch den Verband, der sich vorher weder der eigenen Mitarbeiter noch der Stimmung in den anderen städtischen Betrieben versichert hatte⁶⁰.

Das latente Mißtrauen zwischen den Feuerhausarbeitern und den "niederen" Arbeitern der Bau- und Straßenreinigungsbetriebe war auch hier zutage getreten; die Gasarbeiter hatten sich dieses Mißtrauen seit den 1890er Jahren nicht zu Unrecht eingehandelt. Um ihre Solidarität war es - was die berufs- oder betriebsübergreifende Solidarität anbelangte - nicht immer gut bestellt. Hier begann die Erziehungsarbeit der Gewerkschaft erst allmählich zu wirken; dabei darf nicht vergessen werden, daß die organisierte Arbeiterschaft nur einen geringen Teil der Gemeindearbeiterschaft ausmachte, und die "Unsolidarität", "Knechtseligkeit" und "Augendienererei"⁶¹ in dem Umfeld noch erheblich größer waren. Bis 1914 müssen die Uneinigkeit und Gleichgültigkeit der Arbeiter als ein wesentliches Merkmal des Konfliktverhaltens angesehen werden.

+ + +

Der wohl härteste, jedenfalls längste und umfassendste Streik der Gemeindearbeiter vor 1914 entzündete sich im Juni 1909 in Kiel an ganz geringfügigen Forderungen der Arbeiter der Müll- und Fäkalienabfuhr nach Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Er wuchs sich rasch zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung um das Koalitionsrecht und die Existenz des Gemeindearbeiterverbandes vor Ort aus und endete nach zehn Wochen mit einem Pyrrhus-Sieg des Magistrats. Er vereint in sich beinahe das gesamte Spektrum, das auf seiten der Arbeiter wie der Stadtverwaltung an Verhaltensweisen im Konfliktfall möglich war. Aus diesem Grund soll auf diesen Streik besonders eingegangen werden.

Bereits 1907 hatten die Gas- und Abfuhrarbeiter in Kiel versucht, durch einen Streik bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Abgesehen von einer geringfügigen Lohnerhöhung und einzelnen minimalen Zugeständnissen wurde jedoch nichts erreicht. Von 1907 bis 1909 standen die Arbeiter gewissermaßen in einer fortwährenden Bewegung, um auf friedlichem Wege die Realisierung ihrer Forderungen durchzusetzen⁶². Kernpunkte ihrer Forderungen waren die Einführung des 8-Stunden-Tages in den fortlaufenden Betrieben, also in erster Linie den Gaswerken, der 9-Stunden-Normalarbeitszeit für alle übrigen Arbeiter sowie kleinere Lohnerhöhungen⁶³. Nach wiederholten Vertröstungen seitens des Magistrats ermächtigte eine Gemeindearbeiterversammlung am 17. Mai im Gewerkschaftshaus den Gemeindearbeiterverband, bei einer nochmaligen Ablehnung ihrer Forderungen durch die Gemeindeg Kollegen Maßnahmen für einen eventuellen Streik zu treffen⁶⁴.

Aus der späteren raschen Reaktion der Stadtverwaltung kann geschlossen werden, daß sie ihrerseits Vorkehrungen für eine Auseinandersetzung traf. Als sich die Arbeiter nicht mehr vertrösten ließen, legten am Morgen des 8. Juni 99 von 104 Arbeitern der Müll- und Fäkalienabfuhr die Arbeit nieder. Der Gemeindearbeiterverband stand dem Streik eher skeptisch gegenüber, unterstützte ihn jedoch, da er einmal ausgebrochen war, ohne Vorbehalte⁶⁵.

Der Magistrat stellte unverzüglich die Arbeiter der

Straßenreinigung sowie der E- und Wasserwerke vor die alternative Entlassung oder Streikbrecherdienst. Zunächst sollten die Straßenreiniger abkommandiert werden. Alle hierfür vorgesehenen 28 Mann lehnten das Ansinnen des Magistrats ab und wurden daraufhin sofort entlassen. Nach diesen 28 Mann der Tagschicht wurden am Morgen des 9. Juni auch die 80 Mann der Nachtschicht entlassen, da sie sich ebenfalls geweigert hatten, Streikbrecherdienste zu verrichten. Daraufhin wandte sich der Magistrat mit folgendem vorgefertigten Schreiben an die Arbeiter der E- und Wasserwerke:

Herrn (...)

Der Magistrat sieht sich genötigt, da in den Betrieben der Straßen-Reinigungs-Anstalt, die im Interesse der Allgemeinheit unbedingt aufrecht erhalten werden müssen, Mangel an Arbeitern eingetreten ist, in den übrigen städtischen Betrieben Betriebseinschränkungen vorzunehmen, um hierdurch Arbeitskräfte für die Straßen-Reinigungs-Anstalt frei zu bekommen.

Wir entlassen Sie daher heute und stellen Ihnen anheim, sich umgehend bei der Straßen-Reinigungs-Anstalt zum Arbeitseintritt zu melden.

Kiel, den 9. Juni 1909.

Städt. Licht- und Wasserwerke.
Der Direktor.

(Anm. 66)

Auf diese Weise wurden 265 Arbeiter ausgesperrt⁶⁷. Nach den Straßenreinigern und den E- und Wasserwerkern wurden noch Arbeiter der Feld- und Forstkommission, der Ziegelei, Stadtgärtnerei und des Bauamtes entlassen.

Die Arbeiter dehnten daraufhin den Streik auf die E- und Wasserwerke und die Müll- und Fäkalienverbrennung aus, so daß weitere 124 Streikende hinzukamen. Bis zum 14. Juni umfaßte die Bewegung 488 Arbeiter. Sie waren allesamt freigewerkschaftlich organisiert: 408 waren Mitglieder des Gemeindearbeiterverbandes, 80 gehörten anderen freien Gewerkschaften an⁶⁸.

Ausstand und Aussperrung legten die betroffenen Werke fast vollständig lahm; völlig zusammen brachen die Straßenreinigung und Müllabfuhr. Da in Kiel die Fäkalien noch durch Kübelabfuhr beseitigt wurden, entstanden rasch verheerende hygienische Verhältnisse. In den E- und Wasserwerken, der Müll- und Fäkalienverbrennung arbeiteten 107 vor dem Streik dort beschäftigte Arbeiter weiter; sie wurden ab dem 16. Juni durch eigens herbeigeschaffte Streikbrecher ergänzt⁶⁹. Im Straßenreinigungs-Depot wurden Schlaf- und Speiseräume für

Streikbrecher eingerichtet; die Marine-Verwaltung lieferte hierfür 90 Matratzen. Die Streikbrecher stammten zumeist aus der Essener Gegend und wurden in Extrazügen herangeschafft. Bei ihrem Transport vom Bahnhof zum Depot, der zunächst per Straßenbahn, dann zu Fuß unter Polizeischutz erfolgte, kam es zu Ausschreitungen der Polizei, bei denen zahlreiche Personen verletzt wurden. Den Anlaß dürften einige Zurufe wie "Hier ist Streik!" geboten haben. Die Gegend um das Depot wurde gleichsam unter Belagerungszustand gestellt und von der Polizei patrouilliert⁷⁰. Insgesamt wurden innerhalb von zehn Tagen 130 Arbeitswillige zusammengezogen und im Depot untergebracht; auch auf dem Gaswerk wurden Streikbrecher einquartiert.

Das eilends herangeschaffte Streikbrecherpersonal konnte allerdings die alten Arbeiter nur teilweise ersetzen. Die zur Fäkalienabfuhr eingesetzten Wagen mußten mit Polizeischutz versehen werden; die Straßenbeleuchtung in den Vororten wurde eingestellt, um wenigstens in der Innenstadt einige Laternen in Betrieb halten zu können⁷¹.

Trotz zunehmender Engpässe in der Energieversorgung und verheerender hygienischer Verhältnisse, insbesondere in den Arbeitervierteln, wußten die streikenden Gemeindearbeiter die Arbeiterbevölkerung Kiels größtenteils hinter sich. Dies lag an der Unterstützung durch die anderen freien Gewerkschaften und das Gewerkschaftskartell. Etwa 10.000 Personen nahmen am 14. Juni an drei gleichzeitig vom Gewerkschaftskartell durchgeführten Versammlungen teil und drückten in einer Resolution den Gemeindearbeitern ihre Sympathie aus. Gleichzeitig protestierten sie gegen die wiederholten Schikanen der Polizei selbst gegenüber unbeteiligten Bürgern⁷².

Die Übergriffe der Polizei vor allem gegen Streikposten nahmen an Umfang und Schärfe zu. Ein Streikpostenstehen war kaum mehr möglich. Nach 14 Tagen waren etwa 400 Streikbrecher - von auswärts, aus der Gegend von Essen und Holstein herbeigeholt - in den bestreikten Betrieben eingesetzt. Zu ihrem Schutz wurden weitere Polizisten zusammengezogen und auf dem Gaswerk stationiert. Dennoch kam es immer wieder zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Streikbrechern, Arbeitern und Passanten, die zum Teil von den Streikbrechern und ihren Agenten sowie der Polizei bewußt provoziert wur-

den⁷³.

Die Versuche der Streikleitung, mit dem Magistrat zu einem Verhandlungsergebnis zu gelangen, schlugen fehl. Der Gemeindearbeitervverband wandte sich im Auftrag der an der Bewegung beteiligten Arbeiter an das Gewerbegericht als Einigungsamt, doch lehnte es der Magistrat ab, vor dem Gewerbegericht zu erscheinen. Eine Unterredung zwischen der von den Streikenden und Ausgesperrten gewählten 5köpfigen Kommission mit dem Oberbürgermeister am 19. Juni brachte ebenfalls kein Einvernehmen. Daraufhin beschlossen die Arbeiter in einer Versammlung am 21. Juni die Fortsetzung des Ausstandes⁷⁴.

Mittlerweile hatte sich der Streik zu einer prinzipiellen Machtprobe zwischen Magistrat und Arbeitern ausgewachsen, bei der es im Kern um das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter ging⁷⁵. Ende Juni entließ der Magistrat weitere Arbeiter, so daß sich die Zahl der Ausgesperrten auf 317 erhöhte. Insgesamt waren nach vier Wochen Streik damit 540 Arbeiter an der Bewegung beteiligt. In einer Bekanntmachung vom 28. Juni forderte der Magistrat die Arbeiter indirekt auf, bis 3. Juli bedingungslos an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren, andernfalls würden die Stellen fest an Arbeiter vergeben, die neu angeworben werden würden⁷⁶.

Neben den umfangreichen Aussperrungen, Strafmandaten gegen Streikposten, ständigen Polizeipatrouillen und Übergriffen seitens der Streikbrecher, die von den Aufsichtsorganen demonstrativ geduldet wurden, sahen sich die Arbeiter einer Maßnahme gegenüber, die so nur vom kommunalen Arbeitgeber eingesetzt werden konnte. Am 1. Juli mußten 25 Familienväter ihre städtischen Wohnungen räumen⁷⁷, einer Reihe von Arbeitern der Straßenreinigung wurden ihre Wohnungen zum 1. August gekündigt⁷⁸. Auch in den privaten Unterkünften mieteten einige Hausbesitzer Arbeiter bei Mietrückständen aus⁷⁹. Am 3. Juli drang die Polizei in das Streikbüro ein und beschlagnahmte die Liste der Ausständigen und Ausgesperrten⁸⁰.

Trotz all dieser Maßnahmen hielt die Streikfront weiterhin stand; keiner der 540 ausgesperrten bzw. streikenden Arbeiter kam der Aufforderung des Magistrats, sich zur Arbeitsaufnahme zurückzumelden, nach⁸¹. Selbst als der Magi-

strat die Ablieferung der Arbeitskleidung verlangte und den Arbeitern dabei noch ausstehenden Lohn ausbezahlte und ihnen ihre Papiere zurückgab, um die Kündigung augenfällig zu machen, nahm niemand die Arbeit wieder auf⁸².

Trotz finanzieller Unterstützungen aus den Filialkassen anderer Städte und selbst aus Frankreich und Luxemburg wurden jedoch die materiellen Engpässe immer gravierender. Bis Anfang August mußten 100 Arbeiter ihre städtischen Wohnungen räumen⁸³. Der entscheidende Schwachpunkt des Streiks war, daß der Magistrat mit Hilfe der angeworbenen Streikbrecher und einigen weiterarbeitenden Arbeitskräften den Betrieb der meisten Werke nach einiger Zeit wieder halbwegs aufrechterhalten konnte. Da Magistrat und Stadtverordnetenversammlung unnachgiebig blieben, drohte der Streik perspektivlos zu werden.

In der ersten Augustwoche verhandelte daher erneut eine Kommission der Streikenden und Ausgesperrten mit dem Magistrat. Dieser fühlte sich nunmehr in der Lage, die Bedingungen für eine Beilegung des Konflikts diktieren zu können. Anstelle der seit 1907 geforderten Lohnerhöhungen sollten Lohnkürzungen stattfinden. Darüber hinaus sollten die durch das Dienstalster erworbenen Vergünstigungen vorläufig aufgehoben und erst ab 1. April 1910 "bei einwandfreier Führung der Wiedereinzustellenden" von neuem zugestanden werden⁸⁴. Das bedeutete "für die alten städtischen Arbeiter die Zurückversetzung in die niedrigste Lohnklasse, d. h. eine Lohnkürzung von 20 - 70 Pf. pro Tag, sowie die Preisgabe ihrer Anrechte auf Zahlung des Lohnausfalles in Krankheitsfällen, bei militärischen Uebungen, der Gewährung von Sommerurlaub, Ruhesgeld, Hinterbliebenenversorgung usw."⁸⁵.

Für die Streikkommission waren diese Bedingungen unannehmbar. Das Zugeständnis, zu einem späteren Zeitpunkt Wochenlöhne und den Acht-Stunden-Tag für Feuerhausarbeiter einführen zu wollen, wog die Bestrafung der alten ausgesperrten Kollegen bei weitem nicht auf. Am 10. August beschloß daher eine Versammlung der Arbeiter mit 350 gegen 21 Stimmen die Ablehnung der Bedingungen und die Fortsetzung des Streiks⁸⁶. Gleichzeitig wurde die Streikkommission erneut aufgefordert, mit dem Magistrat zu verhandeln.

Dieser erklärte jedoch alle Verhandlungen für beendet

und gab am 12. August bekannt, die bislang noch freigehaltenen Stellen endgültig neu zu besetzen. Gleichzeitig sandte der Magistrat einer Reihe von Arbeitern eine schriftliche Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit. In den nächsten Tagen nahmen 70 Mann die Arbeit wieder auf; daraufhin beschloß die Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten am 16. August mit 210 gegen 75 Stimmen bei 4 Enthaltungen den Abbruch des Kampfes⁸⁷.

Der Magistrat hielt sich für die durch den Ausstand entstandenen Mehrkosten bei den Löhnen der Arbeiter schadloß. Allen wiedereingestellten Arbeitern wurde lediglich der Anfangslohnsatz gewährt; in Krankheitsfällen wurde der Lohn nur in beschränkterem Umfang weitergezahlt, der Urlaub gestrichen. Auf diese Weise sollten bei den E- und Wasserwerken bis zum Ende des Etatjahres nicht nur die Mehrkosten ausgeglichen, sondern rund 9.000 M eingespart werden⁸⁸. Bei der Wiedereinstellung wurden einzelne Arbeiter, die während des Streiks besonders hervorgetreten waren, "ausgelesen"⁸⁹; die ganze Streikkommission wurde nicht wiedereingestellt⁹⁰. Ein Arbeiter, der von Arbeitswilligen einen Schuß in die Brust bekommen hatte, wurde nach fünfwöchigem Krankenhausaufenthalt wegen Landfriedensbruchs angeklagt und zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt⁹¹.

Sowohl die Rigorosität und Unnachgiebigkeit, mit der der Magistrat auf den Streik der Arbeiter reagiert hatte, als auch die Art und Weise, wie er danach unverhohlen die "Rache des Siegers"⁹² auskostete, zeigten, wie sehr sich zumindest in Norddeutschland die Fronten im kommunalen Bereich verschärft hatten.

Der Anlaß des Streiks war die Unnachgiebigkeit des Magistrats, seine Gründe zunächst rein ökonomischer Art gewesen. Die Lebenshaltungskosten in Kiel lagen sehr hoch, die Gemeindearbeiterlöhne bewegten sich jedoch nur zwischen 3,40 und 3,60 M für nichtständige und um 3,80 M für ständige Arbeiter. Bei der Müll- und Fäkalienabfuhr wurden 4,70 M gezahlt⁹³. Der Acht-Stunden-Tag für Feuerhausarbeiter war zwar für 1909 in Aussicht gestellt worden, wurde jedoch nicht realisiert. Die Forderungen der Arbeiter hatten sich in den üblichen Grenzen bewegt: Lohnerhöhung um durchschnittlich 20 Pf pro Tag, Neuregelung der Arbeitszeit und des Sommerur-

laubs, generelle Regelung des Ruhelohns und der Witwen- und Waisenversorgung, Bezahlung der auf Werktage fallenden Feiertage, bessere Bezahlung der Überstunden sowie speziell für Laternenwärter und Ziegelbrenner die Gewährung mehrerer freier Tage⁹⁴. Allein bei einem Entgegenkommen in den Fragen der Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zwischen 1907 und 1909 wäre eine friedliche Lösung möglich gewesen.

Nach der Niederlage der Arbeiter wurde in der bürgerlichen Presse der Vorwurf erhoben, der Streik sei von der Sozialdemokratie und dem Gemeindearbeiterverband vom Zaun gebrochen worden, um als "Machtprobe der Sozialdemokratie" in Kiel "die Generalprobe und das Vorpostengefecht für allgemeine Streiks auch in anderen Städten" auszutragen⁹⁵. Die ganze Vorgeschichte und die Anfänge des Streiks widersprechen einer solchen Interpretation. Es kann als gesichert angesehen werden, daß der Streik ohne die Vermittlungsbemühungen seitens des Verbandes viel früher ausgebrochen wäre. Auf der Arbeiterversammlung am 17. Mai gelang es dem Verband, "den Ausstand der Kollegen noch hintanzuhalten"⁹⁶ und erneute Verhandlungen zu vereinbaren. Nachdem beide Kollegien am 1. Juni die Forderungen der Arbeiter erneut abgelehnt hatten, drängte eine daraufhin abgehaltene Versammlung auf einen sofortigen Streik:

Trotzdem wurde seitens der Organisationsleitung ein erneuter Versuch zu Verhandlungen gemacht; man wies sie aber brüsk zurück, verhandelte mit ihr überhaupt nicht, berief sich wieder auf die Arbeiterausschüsse, mit denen man allerdings auch jede Auseinandersetzung über die strittigen Fragen abgelehnt hatte, und so war ganz selbstverständlich für die Arbeiter kein Halten mehr. (Anm. 97)

Bereits in den Monaten vor dem Streik hatte sich die Haltung des Magistrats abzuzeichnen begonnen. Einerseits lehnte man jede Verhandlung mit dem Gemeindearbeiterverband ab, andererseits weigerte man sich, eine gemeinsame Sitzung der Arbeiterausschüsse einzuberufen⁹⁸. Im Grunde ging es dem Magistrat darum, "daß er die Lohn- und Arbeitsverhältnisse diktieren und seine Arbeiter von der Mitbestimmung über den Arbeitsvertrag ausschließen (wollte)."⁹⁹

Erst die Reaktion des Magistrats auf die Arbeitsniederlegung der Müllarbeiter verlieh dem Streik jenen prinzipiellen Charakter, der auf dem Hintergrund einer allgemein

schärferen Gangart der norddeutschen Kommunen und eines insgesamt gewerkschaftsfeindlichen Klimas als Angriff auf den Verband und das Koalitionsrecht angesehen wurde.

Sowohl mit der Aussperrung ständiger Arbeiter als auch mit der Weigerung, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzuerkennen, bewegte sich der Magistrat rechtlich in einer Grauzone¹⁰⁰. Auch die Ausmietung von Arbeiterfamilien aus Gemeindewohnungen war nach Arbeits- und Mietvertrag nicht abgesichert. Vor allem aber widersprach das Vorgehen des Magistrats jenen besonderen Verpflichtungen, die sich nach allgemeinem Konsens aus dem Charakter von Gemeindebetrieben als öffentliche Einrichtungen ergaben. Das "moralische Band zwischen der städtischen Arbeiterschaft und der Stadtverwaltung"¹⁰¹ wurde hier vom Magistrat durchtrennt. Neben polizeilicher Verfolgung und Aussperrung bediente sich die Verwaltung einer ganzen Palette von heimtückischen Tricks, psychologischer Einschüchterung und unverhohlener Drohung. Der quasi rechtlose Zustand, der während der zehn Wochen, vor allem nachts, auf den Kieler Straßen rund um die Gemeindebetriebe herrschte, die in Wildwest-Manier durchgeführten Plünderungen, Kneipen-"Besuche" usw. der Streikbrechertrupps, die Überfälle auf Passanten, die Razzien, Durchsuchungen und Festnahmen durch Polizei und mit polizeilichen Befugnissen ausgestatteten Ratsdiener wurden vom Magistrat offen toleriert.

Die Art und Weise, wie nach dem Streik durch Arbeitskräfte- und Lohneinsparungen die Mehrkosten von insgesamt rund 108.000 M wieder wettgemacht werden sollten, zeigt einen unverhohlenen Herrn-im-Hause-Standpunkt. Ziemlich unverblümt sollte den Arbeitern mit einem derartigen Vorgehen der Gebrauch des Koalitionsrechts abgewöhnt werden.

Ganz im Gegensatz zu der Argumentation in der bürgerlichen Presse kann dem Vorgehen des Kieler Magistrats eine Vorreiterrolle bei der Aushöhlung des Koalitionsrechts und des Arbeitsvertragsrechts zuerkannt werden, wie es wenige Monate später der Vorentwurf zum Strafgesetzbuch mit einem Streikverbot für öffentliche Betriebe vorsah¹⁰². Der liberale Kieler Magistrat - in Kiel regierte der Freisinn - beharrte auf einer Haltung, den Arbeitern bei der Ausgestaltung des Arbeitsvertrages jede Mitwirkung zu versagen. Eine solche Position wäre in Süddeutschland mit hoher Wahrschein-

lichkeit nicht eingenommen worden; überhaupt wären dort die Streitigkeiten auf die eine oder andere Weise im Vorfeld beigelegt worden. Insofern steht Kiel als Beispiel für die Verschärfung des Klimas in Norddeutschland.

Ein weiterer Gesichtspunkt beleuchtet jedoch die Situation der Gemeindearbeiterschaft in ganz Deutschland vor 1914. Die Niederlage der Kieler Arbeiter zeigte in einem nie dagewesenen Maße, daß der Magistrat bei einheitlicher Interessenlage der Gemeindekollegien die Macht - und damit eben auch das "Recht" - besaß, selbst einen allgemeinen Ausstand der Gemeindearbeiter niederzuringen. Dabei war es noch nicht einmal zur Besetzung der Werke durch das Militär gekommen, wie es mancherorts für den Notfall vorgesehen war. Von diesem Sachverhalt ausgehend, müssen daher die früheren Auseinandersetzungen innerhalb des Gemeindearbeiterverbandes über die gewerkschaftliche Taktik, insbesondere die ablehnende Haltung gegenüber einem allgemeinen Ausstand, wie er etwa 1903 von den Berliner Gasarbeitern gefordert wurde, neu überdacht werden.

Die Verbandsführung hätte sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch 1909 in Kiel nicht auf einen solchen Kampf eingelassen, wenn ihr die Tragweite und der Verlauf des Streiks im voraus bekannt gewesen wären. Der Magistrat hatte gleichsam die Initiative an sich gerissen und die Arbeiterschaft in einen letztendlich nicht zu gewinnenden Kampf getrieben. Diese Unausweichlichkeit einer Niederlage - die Entschlossenheit des Magistrats vorausgesetzt, ohne Rücksicht auf Kosten und das Rechtsempfinden der Arbeiter seinen Standpunkt mit allen Mitteln durchzusetzen - ist meines Erachtens aus den Quellen klar zu erkennen. Der Gemeindearbeiterverband wäre zwar 1909, anders als beispielsweise 1903, in der Lage gewesen, den Streik finanziell noch längere Zeit durchzustehen, die Aussicht auf einen Stimmungsumschwung bei den Gemeindekollegien war jedoch in jedem Fall sehr gering.

Auf den ersten Blick scheint die Niederlage durch das Ausscheren von 70 Arbeitern aus der Streikfront eingeleitet worden zu sein. Die Gewerkschaft fand so auch in der ersten Stellungnahme harte Worte:

Die Ursache im Umschwunge der Sachlage bildet die Wiederaufnahme der Arbeit durch 70 Mann aus den eigenen

Reihen. Sie sind zu Verrätern an der eigenen Sache geworden. Der größten Mehrzahl von ihnen hat der Magistrat die Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit zugehen lassen und dieser Verlockung sind sie erlegen. (...) Zehn Wochen hatten unsere Kollegen zusammengestanden wie ein Mann; der Ausgang des Kampfes war noch unentschieden, der Magistrat fand sich in größter Verlegenheit, da kamen ihm unsere eigenen Leute zu Hilfe. Wäre nicht durch eigene Kollegen die Wankelmütigkeit unter die Ausständigen getragen worden, so hätte der Magistrat sich wohl oder übel zu weiterem Entgegenkommen bereit zeigen müssen. Nachdem aber erst ein Teil der Kollegen die Fahne verlassen hatte, und damit dem Magistrat eine Rückenstärkung gegeben, war die Aufhebung des Kampfes ein Gebot der Notwendigkeit. (Anm. 103)

Diese erste Einschätzung ist sicherlich unvollständig; sie wurde auch in dieser Weise niemals wiederholt. Wahrscheinlich wäre es dem Magistrat tatsächlich schwergefallen, für die nach dem Auslaufen des Kontraktes verstärkt abziehenden Streikbrecher genügend Ersatz zu finden. Zumindest die Anstellung neuer ständiger Arbeiter, ohne die eine vollständige Wiederinbetriebnahme der Werke nicht möglich gewesen wäre, hätte geraume Zeit in Anspruch genommen. Aber der Winterbetrieb mit seinen Spitzenlastzeiten war noch weit, und an der Bereitschaft des Magistrats, Benachteiligungen der Kieler Bürger bei der Versorgung mit Dienstleistungen und Energie in Kauf zu nehmen, konnte nicht gezweifelt werden. Auf jeden Fall hätte eine Fortsetzung des Streiks die berufliche und soziale Existenz einer ganzen Reihe älterer Arbeiter in Frage gestellt, wenn die bislang freigehaltenen oder nur vorübergehend besetzten Stellen an neu angenommene ständige Arbeiter vergeben worden wären.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Frage nach der Solidarität der Streikenden anders zu bewerten. Vergleicht man das Streikverhalten der Kieler Arbeiter mit dem der Arbeiter bei früheren Streiks an anderen Orten, so sind gerade die außergewöhnliche Disziplin und Geschlossenheit, welche die Streikenden und Ausgesperrten an den Tag legten, das Augenfällige. Über zehn Wochen hinweg hielt die Streikfront sowohl aus Arbeitern der Straßenreinigung als auch der Gas-, Wasser- und E-Werke stand, ohne daß es zu den bekannten Interessendivergenzen zwischen ständigen und nichtständigen, qualifizierten und ungelernten Arbeitern gekommen wäre. In früheren Jahren waren Lohnbewegungen und Streiks schon unter

wesentlich geringeren Belastungen, als denen die Kieler Arbeiter ausgesetzt waren, auseinandergebrochen. Alles in allem offenbarte der Kieler Streik von 1909 ein wesentlich stärkeres Solidarverhalten und mehr gewerkschaftliche Disziplin und Erfahrung als die Kämpfe in früheren Jahren.

Die Einbußen, die der Kieler Magistrat in moralischer Hinsicht für seine unnachgiebige Haltung einstecken mußte, die hohen finanziellen Kosten und die noch lange Zeit nachwirkenden Schäden an Material, Betriebsmitteln, Arbeitskleidung usw. sowie die gründliche Zerstörung jeglicher Gemeinschaftsideologie, die lange Zeit als pazifizierendes Element im Arbeitsverhältnis gewirkt hatte - all diese "Wunden" lassen den Schluß zu, "daß es in diesem Kampfe keinen eigentlichen Sieger gibt"¹⁰⁴.

Anders als in all den Jahren zuvor hatten die Gemeindearbeiter nicht nach wenigen Tagen eingelenkt. Zwar hatte sich die These, wonach ein Streik in den zentralen Versorgungsbetrieben als verloren zu betrachten sei, wenn es nicht gelänge, binnen weniger Tage einen Erfolg zu erringen, bestätigt, doch allein die Tatsache, daß Basis und Gewerkschaftsführung willens und in der Lage waren, den aufgezwungenen Machtkampf anzunehmen, verschob die Gewichte unterschwellig eher zugunsten der Arbeiter: "Der Magistrat wird sich wohl hüten, in gleicher Weise in Zukunft zu operieren."¹⁰⁵

In der Frage des Koalitions- und Streikrechts, das für die Staatsarbeiter in den nächsten Jahren vollends verlorengehen sollte, hatte der Kieler Streik, ohne daß dies sein Anliegen gewesen wäre, für die Gemeindearbeiterschaft klare Fronten gesteckt. Für Staat und Kommunen war zu erkennen, daß eine "friedliche" Durchsetzung eines Streikverbots oder gar ein Revers nach dem Muster der späteren preußischen und bayerischen Eisenbahnerpolitik im kommunalen Bereich nicht möglich wären.

Bis 1914 kam es in Gemeindebetrieben zu keinen längeren Streiks und Aussperrungen mehr¹⁰⁶. Auch die Koalitionsrechtsfrage blieb - wie die gesamte Rechtslage der Gemeindearbeiter - in der Schwebe, wenngleich sich vor Kriegsausbruch 1914 das Klima noch einmal verschlechterte. Der Erste Weltkrieg veränderte schließlich das Kräfteverhältnis und

die Ausgangspositionen von Staat, Kommunen und Gewerkschaften in einer Weise, daß sich das beiderseitige Konfliktverhalten und die kommunale Arbeiter- und Beamtenpolitik an neuen Maßstäben orientieren mußten.

4. Verbandskultur

I. Feste

In den ersten Jahren des Gemeindearbeiterverbandes zählten die verbandsinternen Feste und Feiern neben dem Versammlungsleben und den öffentlichen Veranstaltungen zu den wichtigsten Formen der Verbandskultur. In ihnen kamen mittelbar Gefühle, Denk- und Verhaltensweisen der Arbeiter zum Ausdruck, die ihre Vorstellungen von Geselligkeit, Selbstdarstellung und Selbsterfahrung ausdrückten. Erst in den späteren Jahren wirkte sich die Organisationszugehörigkeit dahingehend aus, daß Werte, Tugenden und traditionelle Formen der sozialdemokratisch geprägten Arbeiterkultur auf die Gemeindearbeiter zurückwirkten und sich ihre Verbandskultur mehr und mehr derjenigen der anderen freien Gewerkschaften anglich.

Zu den wichtigsten und regelmäßig wiederkehrenden Festen zählten die Großen Wiener Maskenbälle, die alljährlich im Fasching sowohl von dem Gesamtverband als auch den einzelnen Filialen abgehalten wurden. Zum Teil dienten diese Bälle der Eintreibung ausstehender Mitgliedsbeiträge, da die hohen Eintrittspreise von 40 bis 50 Pf pro Billett aufgrund des Billettzwangs für Mitglieder in jedem Falle entrichtet werden mußten¹. Diese Funktion der indirekten Beitrags- oder Extrasteuer-Erhebung war jedoch nicht das Wesentliche. In erster Linie dienten diese Bälle dazu, einmal im Jahr die Arbeitskleidung und mit ihr die relativ geringe soziale Stellung abzustreifen und sich mit seiner Frau in möglichst vornehmer Umgebung zu zeigen. Gerade die bescheidenste, sozial schwächste Arbeitergruppe, die Laternenanzünder, bewies in der Wahl ihrer Ball-Lokale bürgerlichen Spürsinn. Keine Saalmiete war ihnen zu hoch, um in den renommiertesten Etablissements feiern zu können. Ihr beliebtestes Lokal war das Grand-Hotel am Alexanderplatz².

Jede Filiale, also in Berlin jede größere Gemeindearbeitergruppe, veranstaltete ihren eigenen Wiener Maskenball. Dasselbe galt für die nächste Kategorie alljährlicher Feste, die Großen Sommernachtsbälle um die Sommersonnwende. Bei ih-

nen standen neben Tanz allerdings auch gesellige Einlagen auf dem Programm, die zum Teil in der Tradition von Arbeitersport- und -sängerfesten verankert waren. So wurden in den Kaffeepausen "Lebende Bilder" dargestellt; Gesangsvereine, Musikkapellen und die "Freie Turngemeinde" gaben ihre Darbietungen; dazu kamen humoristische Einlagen und spezielle Beiträge lustiger Art für Kinder³.

Ab den Jahren 1897/98 wurden die Faschings- und Sommerachtsbälle durch die verschiedenen Stiftungsfeste der Filialen ergänzt, auf denen die Jahrestage der Filialgründung gefeiert wurden. Sie bestanden in der Regel aus Tanz, Musik- und Gesangsbeiträgen, verschiedenen geselligen Einlagen und Einrichtungen wie Glückshafen usw. und einem Festvortrag, der auf den eigentlichen Anlaß, die Gründung der Filiale, einging und die Entwicklung derselben beleuchtete⁴. Wenn der Gründungstag günstig lag, feierte man das Stiftungsfest gerne als Gartenfest mit Gesangsverein und Kapelle.

Neben diesen drei Arten regelmäßiger Feste, zu denen die Frauen, im Falle eines Stiftungsfestes auch die Kinder eingeladen waren, wurden etwa ab 1899 sogenannte "Kombinierte Verbands-Versammlungen" abgehalten, zu denen ein "gemütliches Beisammensein mit Tanz" gehörte und die Familienangehörigen sowie befreundete Arbeitskollegen eingeladen waren⁵.

In diese Reihe von Festen, die zum Teil wie die Stiftungsfeste unmittelbar mit dem Verbandsleben verbunden, zum Teil wie die Maskenbälle und Sommernachtsbälle den allgemeinen gesellschaftlichen Konventionen entlehnt waren, reihten sich bis 1906 auch die Erste-Mai-Veranstaltungen des Verbandes ein.

Der Erste Mai wurde vom Verband, wenn überhaupt, mit einem Maifest oder einem Maiausflug, wenn der 1. Mai gerade auf einen Sonntag fiel, begangen. Das Maifest wurde dabei als Großes Familien-Fest mit Tanz, komischen Vorträgen und Festrede gefeiert⁶. Wie weiter unten anhand einer knappen Analyse der obligatorischen Maigedichte gezeigt werden wird⁷, wurde der Erste Mai in erster Linie als eine Art neuzeitliches Frühlings- und Fruchtbarkeitsfest verstanden, zu dem sich naturrechtliche Freiheitsvorstellungen gesellten. Es handelte sich bei den Festen um eine Mischung aus Kirchweihfest, Rummelplatz, Tanzvergnügen und pseudo-sakralem

Fruchtbarkeitsritual; eine Mischung, die nicht nur aus den Gedichten, sondern auch den Erste-Mai-Bildern, die später ebenso obligatorisch waren wie die Gedichte, sowie den nach und nach beigegefügtten Mai-Artikeln sprach⁸.

Dabei handelte es sich keineswegs um eine Art Selbstzensur oder Verstellung, um den Behörden keine Handhabe zu Maßregelungen zu geben. Dieser Aspekt war zweifelsohne vorhanden und angesichts der alljährlich anlässlich des Ersten Mai getroffenen "staatlichen Bürgerkriegsvorbereitungen" und der Verfolgung von Teilnehmern an den Erste-Mai-Aktivitäten durch die, insbesondere staatlichen, Arbeitgeber mehr als verständlich⁹. Der Erste Mai wurde jedoch auch später, als von den meisten Kommunen keine unmittelbaren Repressalien mehr zu befürchten waren, solange es nicht zu einer Arbeitseinstellung kam, im Sinne eines Frühlings- und Fruchtbarkeitsfestes begangen. Zumindest der emotionale Kontext, in dem der Erste Mai erfahren wurde, blieb von diesen Stimmungen geprägt.

Nach der Jahrhundertwende kamen Abendveranstaltungen politischen Charakters hinzu. Für den Ersten Mai 1902 kündigte der Verband eine "gewaltige Versammlung" für abends 20 Uhr in einem Berliner Festsaal an, die jedoch nicht das vom Vorjahr her erwartete Echo fand¹⁰; am 1. Mai 1901 waren immerhin 2.000 Gemeindearbeiter auf der Versammlung erschienen¹¹.

Verglichen mit der Haltung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes und der anderen Staats- und Gemeindearbeiterorganisationen schenkte der Gemeindearbeiterverband dem Ersten Mai immer noch erstaunlich großes Interesse. In dem Organ des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes wurden die Erste-Mai-Feierlichkeiten mit keiner Silbe erwähnt. Lediglich 1910 beteiligten sich die Mitglieder der Ortsgruppe Neustadt a. H. des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes an dem Erste-Mai-Ausflug des Sozialdemokratischen Vereins von Neustadt nach dem Hambacher Schloß¹². Nachdem jedoch diese Aktivitäten von den Behörden genau registriert und als Belastungsmaterial gegenüber dem Verband verwendet wurden, hielt sich die Leitung zukünftig sehr zurück.

Die Gemeindearbeiter waren - von den norddeutschen Städten, insbesondere Hamburg abgesehen - nicht so rigiden Re-

pressalien ausgesetzt wie die Staatsarbeiter. Beginnend mit dem Ersten Mai 1907 nahm die Gewerkschaft in ihren Erste-Mai-Artikeln kein Blatt mehr vor den Mund¹³. Die Erste-Mai-Nummer diente fortan einer gründlichen Bestandsaufnahme der Gewerkschaftsbewegung, beleuchtete die Entwicklung des Verbandes im verflossenen Jahr, erläuterte die Forderungen der Freien Gewerkschaften und den Sinn der Mai-Bewegung und warb um neue Mitglieder. In der veränderten Haltung anlässlich des Ersten Mai kam die Kurskorrektur des Verbandes auf seinem 4. Verbandstag zum Ausdruck, der gefordert hatte, die Maifeier in Zukunft mehr zu beachten¹⁴. Die Mai-Agitations-Nummer der Gewerkschaft wurde nun von Jahr zu Jahr politischer. Neben der Frauenproblematik wurden auch Fragen der internationalen Solidarität und des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften behandelt¹⁵, die jeweils aktuellen Forderungen propagiert - so schob sich die Frage einer Klärung der Rechtslage der Gemeindearbeiter immer mehr in den Vordergrund - und vor der Kriegsgefahr gewarnt. Der Acht-Stunden-Tag, verstärkter Arbeiterschutz und der Erhalt des Völkerfriedens waren die zentralen Themen des Erste-Mai-Artikels 1914¹⁶.

Die Aktivitäten zum Ersten Mai umfaßten nach wie vor einen programmatischen Artikel, ein Gedicht, ab 1910 ein ganzseitiges Mai-Bild und eine Mai-Veranstaltung am Abend. Arbeitsruhe am Ersten Mai wurde zwar gefordert, jedoch nicht gegen den Willen der Stadtverwaltung durchgesetzt. Erstaunlicherweise erklärten sich einige süddeutsche Städte, etwa ab 1907, dazu bereit, den darum nachsuchenden Arbeitern den Ersten Mai freizugeben. Ein solches Vorgehen gehörte neben Bad Reichenhall auch in München zu einer alljährlichen Gepflogenheit, ohne daß den betreffenden Arbeitern daraus spätere Nachteile erwachsen wären¹⁷. Nichts macht die Diskrepanz zwischen den staatlichen und kommunalen Verwaltungen sowie zwischen den nord- und süddeutschen Städten deutlicher als dieses Verhalten des Münchener Magistrats.

Anders als der Gemeindearbeiterverband lehnten die christlichen Staats- und Gemeindearbeiterorganisationen die "Maifeierspielerei"¹⁸ als Relikte "aus einer Zeit, in der die Demonstration höher bewertet wurde als die positive Arbeit für die Arbeiterbewegung"¹⁹, ab. Beim Gemeindearbeiter-

verband hatte sich dagegen die Maifeier von einem anfänglich untergeordneten geselligen Beisammensein zu einem Seismographen der gewerkschaftlichen und politischen Entwicklung des Verbandes entwickelt. Nach 1906 reihte sich der Verband in die Tradition der Maifeier der Freien Gewerkschaften ein, ohne daß allerdings der heidnisch-germanische, naturreligiöse und naturrechtliche Kern verlorenging²⁰.

Mit den Faschingsbällen, den Maifeiern und den Sommerachtsbällen hatte der Festkalender des Verbandes die wichtigsten gesellschaftlichen Festlichkeiten übernommen. Als die Filialkassen besser gefüllt waren, wurden verschiedenerorts noch "Herbstvergnügen"²¹ veranstaltet, so daß mit Ausnahme des Winters alle Jahreszeiten ihr eigenes Fest besaßen. Mit der Wintersonnenwende hatte es seine ganz eigene Bewandnis. Das Weihnachtsfest sowie die beiden anderen großen christlichen Feste Ostern und Pfingsten wurden privat im Kreis der Familie begangen. Wahrscheinlich bewegte sich das Weihnachtsfest in den Gemeindearbeiterfamilien allmählich in ähnlichen Formen, Symbolen und Traditionen wie im Kleinbürgertum. Mit dem christlichen Hintergrund, so abgewandelt die einzelnen Attribute auch sein mochten, tat sich die offizielle Gewerkschaftspresse jedoch schwer. Selbst der Gemeindearbeiterverband, der aufgrund seiner religiösen Neutralität und der Rücksichtnahme auf die christlichen, insbesondere katholischen Arbeiter Süddeutschlands kaum ein scharfes Wort gegen Christentum und Kirchen verlor, bemühte sich, das Weihnachtsfest umzudeuten, bis dessen "bürgerlicher" christlicher Charakter in den Hintergrund gedrängt war. So wurde aus dem Weihnachtsfest, das der Gemeindearbeiter mit Tannenbaum und kleineren Geschenken, alles in allem jedoch eher profan, beging, das Julfest, das Fest der Wintersonnenwende: "Die organisierte deutsche Arbeiterschaft zündet ihre Julfeuer an wie einst die heidnischen Vorfahren"²².

In den alljährlichen Weihnachtsartikeln wurde versucht, von den Julfeuern und dem Julfest der "alten Germanen" einen inhaltlichen Bogen zu einer "Völkersonnenwende" zu schlagen, wobei der Sozialismus eine Art "Frühlingserwachen" abgab²³. Der Sozialismus beinhaltete gleichsam die "Neue(n) Heilsideen"²⁴, die den christlichen Glauben abgelöst und die Inhalte des Weihnachtsfestes ersetzt hatten.

Der Weihnachtsbaum wurde konsequenterweise als "Lichterbaum"²⁵ bezeichnet, Symbol jener Julfeuer, die den Arbeitern, der Menschheit und dem ganzen "Kulturleben"²⁶ in Gestalt des Sozialismus den Weg zu "Heilung", "Erlösung" und "Menschenliebe"²⁷ weisen sollten; dementsprechend galt der Lichterbaum auch als "Freiheitsbaum"²⁸.

Diese Umdeutung und neue Sinngebung stand in inhaltlicher Beziehung zu der Interpretation des Ersten Mai als einem "Heiligthum"²⁹, das der Feier des Frühlingserwachens diene. Die Ausdeutung des Ersten Mai setzte zunächst an dem "Frühlingswehen" an, um darin eine Art Auferstehung zu erblicken, die über das Aufbrechen des "Freiheitssaatenfeld(es)" aus Sklaverei und Tyrannei zu "Licht und Recht" führte³⁰. Auch bei der Maifeier wurden christliche Inhalte des Osterfestes umgedeutet. Auch hier ging es "althednisch"³¹ zu. Das Maifest war die frühere Walpurgisnacht, und wie am Julfest die Julfeuer so wurden zur Maifeier die Maifeuer entzündet:

Wie in alten Tagen der Volksglaube in der Walpurgisnacht ein weißes Weib mit feurigen Schuhen und goldner Krone von bösen Geistern verfolgt sah und an reiche Belohnung dessen glaubte, der der Bedrängten Schutz gewährte, so sieht die moderne Welt die Arbeiter in großer Bedrängnis und zu ihrem Schutze stehen Legionen kampfbereit da, ebenfalls von ihr Glück und frohe Zukunft hoffend. (Anm. 32)

Auch als sich der Charakter der Maifeier nach 1906 im Verband änderte und konkrete gewerkschaftliche und gesellschaftliche Forderungen diskutiert wurden, blieb der altgermanische, heidnische Kontext gewahrt; noch immer spukten die "Götter Walhalls" und kämpften nun Seite an Seite mit der modernen Arbeiterschaft "gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft"³³.

Speziell zu Ostern erschienen Gedichte, welche die christliche Auferstehungslehre im obigen Sinne umdeuteten. Wieder feierte man den Frühling, die "Auferstehung draußen im All", den "Föhnwind der Freiheit"³⁴. Da störte man sich auch nicht daran, Goethes "Osterspaziergang" auszugsweise als Zeugnis zu zitieren³⁵.

Diese Neuinterpretation christlicher Feste änderte jedoch nichts daran, daß das Weihnachtsfest - soweit man es sich finanziell leisten konnte - mit all den Zutaten gefei-

ert wurde, die im Kleinbürgertum nach und nach als "Deutsche Weihnacht" begriffen wurden. Die Gewerkschaft bemühte sich, wenigstens die Auswahl der Weihnachtsgeschenke in ihrem Sinne zu beeinflussen, die "verzierte Likörflasche" und das Kriegsspielzeug vom Gabentisch zu verdrängen und statt dessen Bebels "Die Frau und der Sozialismus", Schillers Werke in der Ausgabe von Franz Mehring und anspruchsvolle Steindrucke anstelle der so beliebten gerahmten Photographien hinzulegen; für die Kinder empfahl man Andersen, Grimm, Robinson Crusoe und Lederstrumpf³⁶.

Die Bemühungen, die anfänglich rein vergnüglichen Feste wie Gartenfeste, Sommernachtsfeste, Familienfeste sowie die vergnüglichen Feile der Stiftungsfeste, Maifeiern und öffentlichen Mitgliederversammlungen allmählich mehr mit aufklärenden und belehrenden Themen zu durchsetzen, blieben begrenzt. In den ersten Jahren war man schon froh, die Eigenbrötelei und Zurückgezogenheit, die das familiäre Leben der meisten Gemeindearbeiter, auch der Mitglieder des Verbandes, prägten, verschiedentlich aufzubrechen und das gesellige Beisammensein zu kultivieren. Es war schon ein Fortschritt, wenn sich die Mitglieder der verschiedenen Filialen mit ihren Frauen gemeinsam zum Tanzen, beim Sport oder im Gesangsverein trafen, ohne daß es zu Rivalitäten, Mißtrauen und Neid kam. Dennoch wurde in der "Pflege der Solidarität und Kollegialität"³⁷ nicht viel erreicht.

Nach 1906 bemühte sich der Verband, den verschiedenen Festen mehr den "Charakter wirklicher Arbeiterfeste"³⁸ zu verleihen. Die Feste, die "durchweg (...) noch viel zu sehr unter dem Gesichtspunkt des bloßen Amusements" verstanden würden, sollten durch Festreden und Chorlieder zu "bildenden und agitatorischen Darbietungen" ausgebaut werden³⁹. Man hoffte, daß "die gehobene Festesstimmung" ein "starkes Zusammengehörigkeitsgefühl" fördern würde⁴⁰. Hinter all diesen Bemühungen standen jedoch viel zu sehr schulmeisterliche Bestrebungen, so wenn die Mitglieder ziemlich barsch aufgefordert wurden, den Einladungen der Bildungsausschüsse von SPD und Gewerkschaftskartellen "Folge zu leisten"⁴¹. Der durchwegs kleinbürgerliche Charakter der Verbandsfeste wurde dadurch nicht verändert, sondern lediglich mehr "Klassenbewußtsein" verordnet. Durch erhobenen Zeigefinger wurde schlechtes

Gewissen erzeugt und die Mitglieder zu "Pünktlichkeit", "Nüchternheit und Ordnungsliebe", "Kameradschaftlichkeit", "Unerschrockenheit" und "klassenbewußte(r) Selbstsicherheit" erzogen⁴².

+ + +

Einen besonderen Stellenwert besaßen festliche Veranstaltungen in dem Vereinsleben der örtlichen oder betrieblichen Berufsvereine, die von der Stadtverwaltung oder der Betriebsleitung initiiert wurden. Sie dienten ohnehin vornehmlich der "Pflege des Standesbewußtseins und der guten Kameradschaft"⁴³. Der "Städtische Arbeiterverein Darmstadt", ein Werkverein, der am 13. Januar 1900 gegründet worden war, veranstaltete alljährlich zwei zentrale Feste, jeweils anläßlich der Geburtstage des Großherzogs und des Kaisers⁴⁴.

Auch die christlichen Organisationen, insbesondere in Bayern, pflegten die königstreue Gesinnung ihrer Mitglieder, indem sie die Geburtstage, Hochzeitstage und sonstigen Ereignisse am Hofe feierten⁴⁵. Die Verpflichtung auf das monarchische Prinzip, die nicht nur bei den Staatsbeamten, sondern auch den Gemeindearbeitern in einigen Arbeitsordnungen verankert war, dürfte bei einem großen Teil des Personals in keinem Widerspruch zur privaten politischen Meinung gestanden haben. In den 1880er und 1890er Jahren war es zudem "ganz selbstverständlich, daß die Gemeindearbeiter zu allerhand patriotischen oder lokalpatriotischen Anlässen als Staffage dienen mußten"⁴⁶.

Anders als in den Staatsbetrieben, in denen von den Betriebsleitungen an den großen christlichen Feiertagen und über das Jahr verteilt gesellige Veranstaltungen mit Tanz und Konzert durchgeführt wurden⁴⁷, hielten sich die Betriebsfeiern in den Gemeindegemeinschaften in Grenzen. Lediglich zu Weihnachten wurden Bescherungen, Belobigungen usw. im Rahmen einer kleinen Feier verteilt; ansonsten war die Durchführung betrieblicher Feste und Geselligkeiten Aufgabe der Standesvereine.

II. Versammlungsleben, Veranstaltungen

Das Versammlungsleben des Gemeindearbeiterverbandes umfaßte im wesentlichen drei Gruppen von Versammlungen oder Veranstaltungen: die öffentlichen Versammlungen, die etwa ein- bis zweimal im Jahr zu den Etatberatungen der Gemeindekollegien Stellung nahmen, sowie zwei oder drei weitere öffentliche Versammlungen aus ganz besonderen Anlässen; die Mitgliederversammlungen, die regelmäßig alle vier bis fünf Wochen abgehalten wurden; und die Betriebsbesprechungen, die möglichst regelmäßig gleich nach der Arbeit in nahegelegenen Gastwirtschaften stattfanden⁴⁸.

Die großen öffentlichen Versammlungen anläßlich der Etatberatungen nahmen in den ersten Jahren des Verbandes einen ganz besonderen Stellenwert ein. Sie waren, neben der Verbandszeitung, der wichtigste Hebel, um die Ziele und Forderungen des Verbandes einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen und neue Mitglieder zu werben. Sie bildeten mit das wichtigste Band zwischen der organisierten und der unorganisierten Arbeiterschaft. Immerhin mobilisierten sie 1899 und 1900 in Berlin jeweils 1.200 bzw. 2.000 Gemeindearbeiter, also weit mehr als die buchmäßigen Verbandsmitglieder⁴⁹ und etwa die Hälfte bzw. zwei Drittel der gesamten örtlichen Gemeindearbeiterschaft. Zu diesen Großveranstaltungen waren in der Regel Vertreter der befreundeten Parteien, insbesondere sozialdemokratische Stadtverordnete, als Gastredner eingeladen. Neben einer summarischen Würdigung der Gemeindearbeiterverhältnisse nahm man allgemein zu drängenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Gemeindearbeiterschaft Stellung und begründete die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation.

Diese Großveranstaltungen, die auch einen Widerhall in der bürgerlichen Presse fanden, wurden durch zwei oder drei weitere öffentliche Versammlungen ergänzt, die sich jeweils besonderen Anlässen oder speziellen Fragen widmeten. Diese kleineren Veranstaltungen boten die Möglichkeit, auf die Arbeitsverhältnisse, die Mißstände, die Besonderheiten bestimmter Betriebe, etwa der Gaswerke, der Kanalisation usw., konkret einzugehen⁵⁰.

Die Mitgliederversammlungen dienten neben der Behandlung verbandsinterner, organisatorischer Fragen der Schulung der Mitglieder. Zwecks Belehrung und Aufklärung sollten das ganze Jahr über systematische Vortragsreihen abgehalten werden, die sich neben kommunal- und sozialpolitischen Themen auch mit Naturwissenschaft, Geschichte und Kunst beschäftigen sollten. Größere Filialen luden dazu auch Referenten aus den Arbeitersekretariaten oder sozialdemokratische Stadtverordnete ein, den kleineren Filialen empfahl der Vorstand, etwa 20 bis 30 Minuten aus geeigneten Schriften vorzulesen und anschließend darüber zu diskutieren⁵¹.

Die Betriebsbesprechungen sollten nicht länger als ein bis zwei Stunden dauern. Sie waren das Bindeglied zwischen dem Betriebsvertrauensmann oder dem Sektionsleiter und den Arbeitern im Betrieb. Entsprechend dienten sie der Erörterung konkreter betrieblicher Angelegenheiten, der Vorbereitung der Arbeiterausschuß-Sitzungen und der Diskussion des persönlichen Verhaltens von Kollegen und Verbandsmitgliedern ("kann hier auch am besten die fehlende Solidarität irgendeines Kollegen gebrandmarkt werden"⁵²). Die Aufgabe der Mobilisierung zu diesen Betriebsbesprechungen fiel dem Betriebsvertrauensmann zu.

Ergänzt wurde dieses System von Veranstaltungen und Versammlungen durch die Mund-zu-Mund-Agitation an der Arbeitsstelle und vor allem die Hausagitation⁵³.

Neben den Behinderungen durch die Polizei und betriebliche Spitzel machten dem Verband die meist am Stadtrand gelegenen Wohnorte der Arbeiter Probleme. Aufgrund der langen Anfahrtswege konnten kombinierte Versammlungen mehrerer Betriebe bzw. Filialen nur gelegentlich durchgeführt werden. Mit der Einrichtung halboffener Mitgliederversammlungen mit Musik und Tanz versuchte man, aus der Not eine Tugend zu machen, den Anreiz der Versammlungen zu erhöhen und zugleich die Frauen der Mitglieder in das Verbandsleben miteinzubeziehen.

Das private Vereinsleben, insbesondere der unorganisierten Gemeindearbeiter, ist aus den Quellen schwer zu erschließen. Vieles deutet jedoch darauf hin, daß von einer regen Beteiligung an örtlichen Kriegervereinen, dem Kyffhäuserbund sowie der Mitgliedschaft vieler Jugendlicher aus Familien

der Gemeindearbeiter am Jungdeutschlandbund ausgegangen werden darf. So wollte 1903 der Kriegerverein einer Gemeinde in der Nähe Berlins die im Gemeindearbeiterverband organisierten Mitglieder ausschließen, als ihre Organisationszugehörigkeit zum Verband bekanntwurde⁵⁴.

Ansonsten dürften sich noch Musikkapellen einer besonderen Beliebtheit erfreut haben, vor allem aufgrund der Zuverdienstmöglichkeiten am Wochenende und Feierabend; die kommunalen und staatlichen Arbeitgeber schritten des öfteren dagegen ein, soweit es sich bei den Musikern um Beamte handelte.

III. Bildungsarbeit

Abgesehen von den bereits erwähnten Vortragsreihen und Lesungen im Rahmen der Mitgliederversammlungen entwickelte sich eine eigentliche Bildungsarbeit im Gemeindearbeiterverband erst nach der Jahrhundertwende, verstärkt nach 1905/06. Die Bildungsarbeit gruppierte sich um zwei Schwerpunkte: zum einen das Bibliothekswesen und zum anderen die Jugendarbeit, die allerdings erst 1913 gezielt angegangen wurde.

Das Leseverhalten der Arbeiter lag dem Verband von Anfang an am Herzen. In den ersten Jahren begnügte er sich allein aus finanziellen Gründen damit, den Mitgliedern und Lesern der Gewerkschaft Tips und Anregungen zu geben. Unter der Rubrik "Literarisches" wurden Sachbücher, Romane und Wochenzeitschriften vorgestellt; absoluter Spitzenreiter auf der Empfehlungsliste war die vom Vorwärts-Verlag herausgegebene illustrierte Wochenschrift "In Freien Stunden. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk", die neben etwa 24 Seiten Romantext und 2 Seiten Feuilleton auch ein "künstlerisches Vollbild" enthielt⁵⁵; weiter wurde noch die "Neue Zeit" vom Dietz Verlag empfohlen, der "Arbeiter-Notiz-Kalender" für das jeweilige Kalenderjahr (ebenfalls vom Verlag Vorwärts) sowie das im Ernst Verlag München 14tägig herausgegebene "Witzblatt"⁵⁶ "Süddeutscher Postillon", das die politischen und sozialen Verhältnisse "in humoristischer und satyrischer Weise"⁵⁷ beleuchtete.

Was die belletristische Lektüre und die Kinderbücher anbelangt, so wurden bereits bei den Weihnachtsgeschenken einige Titel genannt. Insgesamt verdächtigte die Gewerkschaft die Frauen der Arbeiter, für das in den Augen des Verbandes schädliche Leseverhalten verantwortlich zu sein:

Die Frau liest also den 'spannenden' Roman, der mit Gift, Dolch und weiß Gott was für widerwärtigen Sachen arbeitet und der gewissermaßen den Boden vorbereitet, auf den dann die berühmigten Hintertreppenromane, Nick Carter, Sherlock Holmes und sonstigen Detektivgeschichten fröhlich gedeihen (...). (Anm. 58)

Die Arbeiter interessierten sich nun, so die Gewerkschaft, insgeheim ebenfalls mehr für diesen - "man entschuldige den harten Ausdruck - literarischen Mist"⁵⁹ als für die Arbeiterpresse und lasen "(a)uf Wunsch" ihrer Frauen "die gesinnungslosen profithungrigen Annoncenblätter"⁶⁰, welche die Leser mit solchen Autoren köderten.

Selbst wenn man die Frage des literarischen Geschmacks, über den hier nicht gestritten werden soll, außer acht läßt, so drängt sich einem bei der Lektüre der Leseanweisungen der Gewerkschaft der Verdacht auf, ob hier nicht - unter dem Anspruch, ein "klassenbewußtes" Leseverhalten zu erzeugen - bürgerliche literarische Wertungen übernommen wurden und einem bürgerlichen Bildungsideal nachgeeifert werden sollte. Das Ganze läuft darauf hinaus, daß Lesen keinen Spaß machen dürfe, andernfalls handele es sich um Schund. Es wurde auch nicht zum Vergnügen gelesen, sondern "geistige Arbeit (ge)leiste(t)"⁶¹. Wie schon bei den Anweisungen, wie Feste abzuhalten seien, wurde auch hier mit dem schlechten Gewissen argumentiert, schwebten der erhobene Zeigefinger und der Ernst des Lebens über dem konkreten Verlangen der Arbeiter nach Unterhaltung. In der Praxis blieb das Leseverhalten der Arbeiter von diesen Erziehungsversuchen weitgehend unberührt. Es wurde insgesamt sehr wenig und in erster Linie das gelesen, was einem Spaß machte⁶².

Das Bibliothekswesen der verschiedenen Filialen entwickelte sich nur mühsam; doch auch in denjenigen Filialen, die über eine gut ausgebaute Bibliothek verfügten wie die mit über 1.000 Bänden mustergültig ausgestattete Berliner Filialbibliothek, die seit 1905 existierte, blieb die Leserzahl hinter den Erwartungen zurück: "Im Vergleich zu den Mitgliedern ist die Leserzahl noch immer viel zu gering"⁶³.

Die Gründe dürften neben dem erwähnten Defizit an Unterhaltungsliteratur vor allem in den überlangen Arbeitszeiten zu suchen sein, die den Arbeitern bei dem ohnehin weiten Nachhauseweg kaum mehr freie Stunden zum Lesen ließen⁶⁴.

In wesentlich stärkerem Maße als der Gemeindearbeiterverband beschäftigten sich die christlichen Organisationen mit populärwissenschaftlichen und berufsbezogenen Themen, die oft in eigenen Unterrichts- oder Unterhaltungs- und Familienbeilagen erörtert wurden. Neben Artikeln zur Gesundheitspflege, Kindererziehung und Haushaltsführung finden sich hier Abhandlungen über Technik und Wissenschaft, wobei sich vor allem astronomische Themen besonderer Beliebtheit erfreuten. Darüber hinaus kümmerte man sich in diesen Beilagen um die allgemeine berufliche Weiterbildung der Kollegen und um die Vermittlung von technischem und juristischem Fachwissen. Gerade aus diesen Unterrichts- und Familienbeilagen spricht eine vollständige Anpassung der Bildungsbestrebungen dieser Arbeitergruppen an die kulturellen und ethisch-moralischen Normen der bürgerlichen Gesellschaft⁶⁵.

Als SPD und Gewerkschaften im Frühjahr 1913 in Berlin ein Bezirksbildungssekretariat einrichteten, wählte der Gemeindearbeiterverband für die Berliner Filiale einen Bildungsausschuß und reaktivierte die Arbeit der Jugendsektion des Verbandes. Im Rahmen der Arbeit des Bezirksbildungssekretariats bot man "Lese- und Unterhaltungsabende", einen "Heiteren Abend (Rezitationen, Lieder zur Laute, Männerchöre)", "Turnspiele" sowie "Winterwanderfahrten" an die Havel an⁶⁶. Für die erwachsenen Mitglieder veranstaltete der Bildungsausschuß der Berliner Filiale ein Stiftungsfest sowie Vortragskurse über "Scotts Reise zum Südpol" und "Blick ins Weltall" (mit einem Besuch der Treptower Sternwarte); daneben bot man einen Kurs über die "Wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung" und den "Kommunalsozialismus" an⁶⁷.

IV. Gedichte, Erzählungen, Symbole

Vor allem in der Presse der christlichen Organisationen

waren Kurzgeschichten und Fortsetzungsromane sehr beliebt. Sie hatten meist die Mühen und Gefahren der verschiedenen Berufe zum Inhalt und vermittelten bestimmte ideelle und moralische Werte wie Pflichterfüllung, Ehrlichkeit, Mut, Opferbereitschaft, Kameradschaft usw.. Am anschaulichsten waren solche Novellen, Kurzgeschichten und Romane dann, wenn bestimmte Berufe mit einem eigenen Standesbewußtsein und Selbstwertgefühl erörtert wurden. Dies galt in erster Linie für die Eisenbahner. Auch der freigewerkschaftlich orientierte Süddeutsche Eisenbahnerverband veröffentlichte im Feuilleton seines Verbandsorgans regelmäßig belletristische Beiträge, die auf die Lebens- und Berufsverhältnisse der Eisenbahner Bezug nahmen⁶⁸.

In der Presse der Gemeindearbeiterorganisationen nahmen derartige Veröffentlichungen einen geringeren Stellenwert ein. Ein eigenes Berufsethos besaßen im kommunalen Bereich nur die Straßenbahner, in Ansätzen auch die Gasarbeiter. Die Bemühungen, sowohl von seiten der Kommunen als auch der loyalen Verbände, einen Berufsstand des "Stadtarbeiters" mit eigenem Wertehorizont zu begründen, blieben in ihrer Wirkung begrenzt. Die wenigen Erzählungen, die der Gemeindearbeiterverband in seinem Verbandsorgan veröffentlichte, befaßten sich nur ganz allgemein mit der Lage der Arbeiter und vermittelten entsprechend allgemeine Werte⁶⁹. Die Gewerkschaft verfügte in den ersten Jahren darüber hinaus kaum über die nötigen finanziellen Mittel, um längere literarische Beiträge veröffentlichen zu können; der Raum im Verbandsorgan war schon für die aktuellen Beiträge kaum ausreichend. So bot sich das Gedicht als mögliche Ausdrucksform an; die Arbeiter waren dabei in der Regel nur die Rezipienten, nicht die Verfasser der Gedichte. Dennoch kommt in ihnen etwas von der Gefühls- und Gedankenwelt der Arbeiter zum Ausdruck, insofern, als sich über die Jahre hinweg zwei, drei Lieblingspoeten heraus hoben, deren Arbeit am meisten geschätzt wurde.

Grob unterteilt lassen sich drei Gruppen von Gedichten unterscheiden: die sogenannten "heiteren" Gedichte, die unter der Rubrik "Heiteres" neben zwei, drei Witzen die soziale und politische Lage ironisch oder satirisch beleuchteten oder auch nur der Aufheiterung dienten; die allgemeinen Arbeitergedichte, die sich mit den Arbeits- und Lebensbedingun-

gen der Arbeiter, nicht nur der Gemeindearbeiter, beschäftigten; und die zu besonderen verbandsinternen Anlässen und den verschiedenen Festen veröffentlichten Gedichte.

Aus der Fülle der verschiedenen Gedichte sollen hier nur zwei herausgegriffen werden: das in der Probenummer der Gewerkschaft anlässlich der Gründung des Gemeindearbeiterverbandes veröffentlichte, leider ungezeichnete Gedicht "Was wir wollen"⁷⁰ und der "Willkommengruß zum fünften Verbandstag in Dresden!"⁷¹ von dem Hausdichter des Verbandes Ernst Klaar. Schließlich sollen noch die Erste-Mai-Gedichte, Weihnachtsgedichte usw. knapp auf ihre Metaphorik hin untersucht werden.

Das "Gründungsgedicht", wahrscheinlich aus der Feder eines Verbandsmitgliedes, weist auf zwei Merkmale hin, die in den ersten Jahren des Verbandes für das soziale und politische Bewußtsein und Verhalten typisch waren: das Appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl der Obrigkeit, der Stadtväter, der Besitzenden schlechthin und die Argumentation mit einem naturrechtlich verstandenen "Menschenrecht". Zwar unterstreicht das Gedicht die Abkehr von der untertänigen Petition früherer Tage ("Nicht woll'n wir bitten mehr, nein wir verlangen"⁷²), doch scheint der Autor noch kein rechtes Vertrauen in die eigene Courage zu haben, will sich sogleich in einer rhetorischen Frage der Zustimmung seines Gegenüber vergewissern, die Besitzbürger durch die Schilderung der Not der Arbeiter anrühren und moralisch bedrängen ("Ist es recht,/ Daß Ihr in unserm sauern Schweiß prasset?"⁷³).

Dieses Appellieren an die moralische Verantwortung der Obrigkeit, der Öffentlichkeit im allgemeinen und der Stadtverwaltung im besonderen gegenüber der Gemeindearbeiterschaft zieht sich in den ersten Jahren durch alle Eingaben des Verbandes. Wie in dem Gedicht zum Ausdruck gebracht, fühlte man sich unbehaglich bei der Vorstellung, die eigenen Forderungen klar und deutlich zu benennen. Statt dessen bediente man sich einer möglichst untertänigen Sprache:

Die ergebenst unterfertigten Arbeiter der städtischen Gasfabrik dahier (Ludwigshafen a. Rh.; w. K.) gestatten sich der verehrl. Direktion das Folgende in aller Ehrerbietung zur geneigten Prüfung und wohlwollenden Berücksichtigung zu unterbreiten. (Anm. 74)

Zu der Schilderung der Not der Arbeiter gesellte sich

der Appell an das soziale Gewissen der Stadtverwaltung. So wurde in einer Denkschrift zur Versorgungskasse vom 11. April 1907 der Magistrat der Stadt München u. a. vom christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband darauf hingewiesen, daß es "weder im Interesse, noch im Ansehen unserer fortschrittlichen Stadtgemeinde liegen dürfte", wenn ein großer Teil der städtischen Arbeiterrentner der öffentlichen Armenpflege anheimfiele⁷⁵.

An der den Gemeindearbeitern zugewiesenen Stelle innerhalb der Gesellschaft wollte der Gedichtschreiber nicht rühren ("Zur Arbeit, sagt Ihr, seien wir geboren./ (...) / Nun, darum sei kein unnütz Wort verloren"⁷⁶); was er forderte, war "unser gutes Menschenrecht"⁷⁷ ("wir sind Menschen und woll'n Menschenrecht"⁷⁸); er wollte "menschlich leben"⁷⁹.

In diesem Gedicht erfolgt keine Konstituierung der Gemeindearbeiter als Angehörige der Arbeiterschaft, eher eine Abgrenzung von der halbfeudalen Existenz des "Knechts"⁸⁰. Auf die Lohnfrage konkretisiert bedeutete eine solche Argumentation die vom Gemeindearbeiterverband wie allen anderen Verbänden und Vereinen der Gemeindearbeiter gleich welcher Couleur erhobene Forderung nach "gerechter Entlohnung" für geleistete Dienste ("Nur wollen wir für unsre Müh' und Schweiß,/ Was uns gebührt: Bezahlet unsern Fleiß!"⁸¹). Der "auskömmliche Lohn" ("Und das zu schaffen, ist der Lohn zu klein,/ Den Ihr uns zahlt, da muß er größer sein"⁸²) war lange Jahre die Richtschnur jeder Lohnbewegung des Verbandes.

In diesem programmatischen Gedicht kommt eine Haltung zum Ausdruck, die das Bewußtsein und die Selbstwahrnehmung der Gemeindearbeiterschaft vor der Jahrhundertwende charakterisierte. Der Gemeindearbeiter definierte und erfuhr sich in erster Linie als Objekt der Obrigkeit. Als hauptsächlichstes Merkmal seiner Existenz als Subjekt erschien ihm seine bedrückende materielle und soziale Lage. Diese Selbsteinschätzung trug von Anfang an Züge eines latenten Minderwertigkeitsgefühls in sich, das in sonderbarer Weise mit einem übersteigerten Selbstwertgefühl als Staatsdiener verknüpft war. Die Selbsteinschätzung stimmte weder mit der realen Situation noch mit der Fremdeinschätzung durch Obrigkeit oder Arbeiterbewegung überein. In den Augen der freien Gewerk-

schaften waren die Gemeindearbeiter eine Gruppe ohne genaue Klassenzugehörigkeit, teils durch Privilegien beamtenähnlicher Natur korrumpiert, teils in geradezu feudaler Weise geknechtet und entmündigt. Vom Standpunkt der Kommunen aus waren die Gemeindearbeiter in erster Linie Befehlsempfänger und Objekt patriarchaler Fürsorgemaßnahmen. Die bürgerliche Öffentlichkeit überfrachtete die Gemeindearbeiterschaft mit den ideologischen Vorstellungen um die Begriffe "Gemeindesozialismus" und "soziale Musteranstalten". Die Rolle des Staatsdieners, verbal hochbewertet, fand kaum eine Entsprechung in der materiell und rechtlich teils sehr bedrückenden Lage der Arbeiter⁸³. Als angesichts der zunehmenden Kommunalisierung Kritik an einer übermäßigen staatlichen und kommunalen Bevormundung sowie an der Pensionärgesinnung der Arbeiter aufkam, trat ein weiteres verunsicherndes Element zu dem ohnehin schon vagen Selbstwertgefühl der Gemeindearbeiterschaft hinzu. Das soziale und politische Bewußtsein der Gemeindearbeiter war bis nach der Jahrhundertwende heterogenen, konkurrierenden, teils unvereinbaren Einflüssen ausgesetzt, die eine Identität nur allmählich entstehen ließen.

Der "Willkommengruß zum fünften Verbandstag in Dresden!"⁸⁴ 1909 von dem neben Ludwig Lessen zum Lieblingspoeten des Verbandes aufgestiegenen Ernst Klaar macht deutlich, welchen Weg das Selbstbewußtsein der Gemeindearbeiterschaft und des Verbandes inzwischen genommen hatte. Sowohl das Gründungsgedicht von 1897 als auch der Willkommengruß von 1909 wenden sich an die Gemeindearbeiter. Der unmittelbare Adressat ist jedoch in den beiden Gedichten ein anderer: 1897 bezog sich die Anrede ("Ihr", "Euch" usw.) auf die Mitglieder der Gemeindekollegien und die Besitzbürger im allgemeinen; während des ganzen Gedichtes wendet sich der anonyme Verfasser an diese Obrigkeit; er beginnt sogleich mit einer Zurücknahme der eigenen Position, gewissermaßen einer Entschuldigung für die eigene Kühnheit, sich als gewöhnlicher Gemeindearbeiter zu unterstellen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Forderungen zu stellen⁸⁵. Ganz anders der Willkommengruß von 1909. Man könnte einwenden, die "Gesprächssituation", die Intention des Gedichtes sei 1909 eine andere als 1897; doch so unterschiedlich ist der Kontext nicht; beide Male waren die eigentlichen Ansprechpartner die Gemeindearbeiter

und zwar anlässlich der Gründung des Verbandes in nicht geringerem Maße als bei der Begrüßung der Delegierten zum Verbandstag. Der Aufbau des Gedichtes ist jedoch beide Male ein völlig verschiedener. Auch 1909 wäre - wie in dem Gründungsgedicht von 1897 - eine einleitende Anrufung, eine Anklage der Stadtväter denkbar gewesen ("Zur Arbeit, sagt Ihr, seien wir geboren"), um einige Verse weiter zum eigentlichen Zweck des Verbandstages zu kommen ("Wir kündens Euch!"⁸⁶). Der Willkommengruß wendet sich jedoch sogleich mit einem starken Pathos unmittelbar an die Arbeiter ("Ihr mit der rauhen Faust"⁸⁷).

Einen Monat vor dem erbitterten Kampf in Kiel definieren sich hier die Arbeiter aus ihrer Arbeit, ihrem Werkstoff - und sind stolz darauf. In den verschiedenen Versen des Gedichtes werden nach und nach die wichtigsten Berufe und Tätigkeiten der im Verband organisierten Arbeiter angesprochen, die Gasarbeiter, die Straßenreiniger, das Bade- und Massagepersonal, die Wasserwerker, die Straßenbahner und die Krankenpfleger, die Gärtnerei- und Forstarbeiter und die Salinenarbeiter⁸⁸. In den ersten Zeilen des Gedichtes klingt gleichsam das "Zum Lichte empor" an, das für die Feuerhausarbeiter eine reale, in den Arbeitsverhältnissen verankerte Bedeutung besaß. Die Feuer- und Lichtmetaphern, die in den Weihnachts- und Erste-Mai-Gedichten wiedererscheinen, haben hier einen konkreten, in der Arbeit im Feuerhaus begründeten Sinnzusammenhang.

Demgegenüber müssen die Beschreibungen der übrigen Berufe deutlich zurückbleiben. Aus dem Straßenfegen konnte eben, trotz aller Gemeinnützigkeit, kein besonderes Selbstwertgefühl abgeleitet werden - und den anderen Berufen und Arbeitsverrichtungen erging es nicht besser. So zeigt auch der Willkommengruß von 1909, welche generelle Problematik bei der Identitätsfindung der Gemeindearbeiter gegeben war: die heterogene Struktur der Gemeindearbeiterschaft wurde in erster Linie durch den gemeinsamen Arbeitgeber zusammengehalten, und so wie sich die besondere Form der Betriebsorganisation daraus ableitete, so definierte sich die Gemeindearbeiterschaft als Ganzes über ihre gemeinnützige Funktion und den öffentlichen Arbeitgeber.

Anders als die Staatsarbeiter hatten sich jedoch zumin-

dest die freigewerkschaftlich organisierten Gemeindearbeiter aus dem System von Befehl und Gehorsam, Fürsorge und Repression, das früher ihr dienstliches und außerdienstliches Leben bestimmte, gelöst. Dieser Emanzipationsprozeß, an dem der Gemeindearbeiterverband ebenso beteiligt war wie manche Stadtverwaltungen, führte in Norddeutschland zu einer fühlbaren Konfrontation, ohne jedoch die beiderseitigen Gemeinsamkeiten aufzulösen.

Die Untertanenmentalität war stark zurückgegangen und die Einbettung in die Arbeiterschaft im allgemeinen weiter vorangekommen. Abgesehen von den forst- und landwirtschaftlichen Arbeitern, die bis 1918 in nahezu halbfeudaler Untertänigkeit gehalten wurden, hob sich die Gemeindearbeiterschaft hinsichtlich ihrer Fähigkeit zu Solidarität, Interessenartikulation und Interessendurchsetzung wie in bezug auf die vorherrschenden Tugenden und Werte deutlich von den Staatsarbeitern ab. Vor allem die Gasarbeiter, die Kanalisations- und Straßenreinigungsarbeiter sowie Teile der E- und Wasserwerker hatten einen Emanzipationsprozeß durchlaufen, der die alten ständischen Inhalte ihres Denkens und Verhaltens weitgehend beseitigt hatte. Die für die Eisenbahner so typischen Erscheinungen wie "Liebedienerei" und "Sonderbündelei", der "Standesdünkel" der Fahrbeamten und die Rivalität der verschiedenen Personalgruppen untereinander⁸⁹ waren nur mehr beim Fahrpersonal der Straßenbahnen in größerem Ausmaß vorhanden⁹⁰.

Die Erziehungsarbeit des Gemeindearbeiterverbandes, bewußt geleistet durch entsprechende Aufklärungs- und Bildungsarbeit, unbewußt durch die allgemeine Schulung durch Lohnbewegungen, Streiks und gewerkschaftliche Arbeit, hatte dazu in erheblichem Maße beigetragen. Anders als bei den loyalen Berufs- und Standesvereinen, anders vor allem als bei den staats-treuen Verbänden der Staatsarbeiter, die ihre Mitglieder zur Pflichterfüllung gegenüber der Betriebsleitung, ihrem Berufsstand und der "Volksgesamtheit" erzogen⁹¹, lagen beim Gemeindearbeiterverband Kollegialität, Solidarität und Selbstbewußtsein an der oberen Werteskala; demgegenüber betonte selbst der Süddeutsche Eisenbahnerverband "Dienstetifer" und "Pflichttreue" als die wichtigsten Eigenschaften des Personals⁹². Gerade die Eisenbahner, die sich selbst gerne als

"Eisenbahnsoldaten"⁹³ bezeichneten, hoben die dem Militärdienst verwandte strikte Arbeitsdisziplin hervor und forderten, "daß mit militärischer Pünktlichkeit gearbeitet wird, daß ganz wie beim Militär von oben weise Anordnungen und Befehle ergehen, und daß unten militärische Disziplin, strenge Unterordnung und treue Pflichterfüllung zu finden ist. Was dort Führer und Truppe, sind hier Vorgesetzte und Untergebene."⁹⁴

Dieses die notwendigen Anforderungen eines reibungslosen Betriebsablaufs übersteigende System von Befehl und Gehorsam erkannten die Gemeindearbeiter anders als noch 1897 nicht mehr bedingungslos an. Die Durchsetzung eines Herrn-im-Hause-Standpunkts des Kieler Magistrats geschah nur mehr gegen den erbitterten Widerstand der Arbeiter, die sich moralisch im Recht wußten.

Auch die Gedichte, die anlässlich des Ersten Mai veröffentlicht wurden, gewannen mit den Jahren an konkretem Inhalt. Etwa ab 1907 wurde die bislang in den Maigedichten stark vertretene Frühlings- und Fruchtbarkeits-Metaphorik geringer; sie tauchte erneut auf, diesmal jedoch in speziellen "Frühlingsgedichten", die wirklich nur mehr dem Frühlingsanfang gewidmet waren⁹⁵.

Die Auferstehungsmetaphern, überhaupt das Motiv von Neugeburt, Wiedergeburt und Auferstehung, wurden ebenfalls auf spezielle Ostergedichte begrenzt⁹⁶, bei den Weihnachtsgedichten nahm die Feuer- und Lichtsymbolik etwas ab, traten das Altgermanische und das Altheidnische nicht mehr so sehr in den Vordergrund. Zwar blieb auch bei den Erste-Mai-Gedichten eine eigenartige Mischung aus griechischer Mythologie, französischer Aufklärung und moderner Arbeiterbewegung bestehen, doch traten die Saat- und Erntemetaphern und die Licht- und Erlösungsmotive allmählich zurück, um konkreteren sozialen und politischen Bildern Platz zu machen.

Eine eigenständige Arbeiterlyrik konnte dadurch allein noch nicht entstehen. Die Gefühlshorizonte blieben merkwürdig verschwommen, vieles gerann zu Sentimentalem und gerade deshalb Gefühlskaltem und Verzerrtem. Viele emotionale Äußerungen, sei es in Gedichten oder aufklärenden, erzieherischen Artikeln, zerflossen zu einem Wortbrei, einer Mischung aus Pflichtgefühl, Selbstmitleid, Opferung, Kasteiung und Heils-

erwartung. All das - selbst wenn eine konkrete Klassenlage dahinterstand - mutet beklemmend und düster an. Im Vordergrund stand eine Aneinanderreihung von Ängsten, Hoffnungen und Forderungen, die sich im Verbalen verloren, der konkrete Inhalt aber war kaum mehr zu greifen. Für viele Bereiche des sozialen und politischen Lebens scheint jene Äußerung Adolf Brauns zuzutreffen, die dieser auf den Ersten Weltkrieg bezogen traf: "Wir haben diesen Weltkrieg ebenso häufig und energisch vorausgesagt, als wir ihm unvorbereitet gegenüberstanden."⁹⁷

+ + +

Eine eigene Symbolik bildete sich unter der Gemeindearbeiterschaft nicht heraus; lediglich die Straßenbahner schmückten ihre Zeitschriften gerne mit dem Symbol eines geflügelten Rades aus⁹⁸. Dort wo bei anderen Gewerkschaftszeitungen bestimmte Symbole oder Embleme der jeweiligen Berufe erschienen, stand bei der Gewerkschaft bezeichnenderweise das Motto des Verbandes: "Staats- und Gemeinde-Betriebe sollen Musterinstitute sein."⁹⁹ Ansonsten begnügte sich der Gemeindearbeiterverband in seinen Veröffentlichungen mit der gewohnten Kalligraphie und einigen mit viel Liebe und Sorgfalt ausgeführten allegorischen Bildern. So viel Mühe man sich dabei auch gab und auf eine geschmackvolle Ausgestaltung Wert legte, eine einheitliche, aussagefähige, spezifische Symbolik entwickelte sich daraus nicht.

Besonders zu wünschen übrig ließen die ab 1910 erscheinenden ganzseitigen Erste-Mai-Bilder. Der Versuch, ein Bild von dem Gemeindearbeiter zu entwerfen, mußte an der Unzahl unterschiedlicher Berufe scheitern, so daß meist ziemlich allgemeine Darstellungen zustande kamen¹⁰⁰. Da die Verbandsmitglieder selbst diese Maibilder für wenig gelungen hielten¹⁰¹, eine Abhilfe jedoch offenbar nicht möglich war, soll auf sie nicht näher eingegangen werden.

Die Schwierigkeit, eine eigene Identität als Gemeindearbeiter zu erreichen und sie in Sprache und Symbolik auszudrücken, wirkte auch nach dem Ersten Weltkrieg fort. In der

Jubiläums-Ausgabe der Gewerkschaft zum 25jährigen Bestehen des Verbandes wählten denn auch die verschiedenen Filialen als Emblem für ihre lokalgeschichtlichen Beiträge die Wahrzeichen der jeweiligen Städte: die Berliner den Bären, München, Frankfurt, Hamburg und all die anderen Städte die Ansichten ihrer Rathäuser¹⁰².

Wie bereits bei der Behandlung von Arbeitskampf und Streik wurde auch in diesem Kapitel versucht, Denkweisen und Bewußtseinslagen der Gemeindearbeiterschaft anhand der von den Organisationen geprägten Verhaltensweisen indirekt deutlich zu machen. Die Subsumierung individueller Bewußtseinslagen unter die von den Arbeiterorganisationen ausgebildeten Inhalte und Formen von Verbandskultur soll nicht dahingehend verstanden werden, als ob eine eigenständige Alltags- und Vereinskultur der unorganisierten Arbeiter nicht existiert hätte oder deren Inhalte und Formen dieselben gewesen wären. Das individuelle, private Verhalten ist jedoch quellenmäßig nur andeutungsweise zu erfassen. Aufgrund dessen erschien es legitim, das, was gemeinhin als Mentalität bezeichnet werden könnte, als untergeordneten Aspekt im Rahmen der Verbandskultur zu bearbeiten, auf welche die verwendeten Quellen zum weitaus größten Teil Bezug nehmen.

Teil D

Erster Weltkrieg und Revolution

1. Soziale Lage 1914 - 1918

I. Arbeitslosigkeit, Kriegsdienst

Der Erste Weltkrieg brachte Veränderungen mit sich, welche die Konflikt- und Betriebsgruppenstruktur der Gemeindearbeiterschaft nachhaltig beeinflussten und sich mittelbar und unmittelbar auf die gewerkschaftliche Organisation auswirkten.

Noch am geringsten waren die Arbeitslosenzahlen in den ersten Kriegsmonaten. Die Arbeitslosigkeit in Gemeindebetrieben war generell nur ein Randproblem, das in erster Linie die Freilandbetriebe betraf. So lag die höchste Arbeitslosenquote jeweils im 4. Quartal und erreichte im Januar und Februar ihren Spitzenwert, um danach wieder rapide abzufallen. Im Juli war jeweils der niedrigste Stand erreicht. Arbeitslosigkeit in Gemeindebetrieben war darüber hinaus vornehmlich eine Erscheinung der Großstädte. Es war ein Strukturproblem der saisonal arbeitenden Freilandbetriebe, das von einer unterschiedlichen Kommunalpolitik kaum berührt wurde; so lagen die Arbeitslosenzahlen in München und Berlin vergleichsweise fast gleichauf¹.

Lediglich in den ersten Kriegsmonaten wurde die Arbeitslosigkeit in Gemeindebetrieben zu mehr als nur einem marginalen Problem, blieb jedoch weit hinter derjenigen in der privaten Wirtschaft zurück. Nachdem es zunächst zu Entlassungen und Kurzarbeit mit Lohnabzug kam², pendelte sich die Arbeitslosenzahl bereits 1915 wieder auf den Vorkriegsstand um die 0,6 % ein, und in einigen Betrieben machte sich bereits Arbeitskräftemangel bemerkbar³.

Entsprechend gering war die Belastung des Gemeindearbeiterverbandes infolge entlassener oder kurzarbeitender Mitglieder. In dem Berichtszeitraum vom 31. August bis 15. September 1914 fiel die Zahl der buchmäßigen Mitglieder des Verbandes von rund 54.500 auf 37.800; lediglich zwischen

500 - 1.000 Mitglieder waren jedoch arbeitslos⁴. Bis Oktober 1914 stabilisierte sich die Arbeitslosenzahl unter den Verbandsmitgliedern bei 500 bis 700; um ihnen eine ausreichende Unterstützung zukommen zu lassen, wurde die Arbeitslosen-Unterstützung des Verbandes um sechs Wochen ausgedehnt⁵. Eine empfindliche Mehrbelastung des Unterstützungswesens des Verbandes resultierte daraus allerdings nicht, zumal viele städtische Betriebe, die Anfang des Krieges eher prophylaktisch und übereilt Betriebseinstellungen und Arbeiterentlassungen vorgenommen hatten wie beispielsweise Berlin, diese Maßnahmen noch im September rückgängig machten⁶. Berlin führte darüber hinaus eine kommunale Arbeitslosenfürsorge nach dem Genter System ein⁷.

Der Gemeindearbeiterverband wandte sich von Anfang an gegen eine Schließung kommunaler Betriebe, war jedoch mit Arbeitszeitverkürzungen einverstanden, um den privaten Arbeitsmarkt durch Neueinstellungen zu entlasten; darüber hinaus forderte er kommunale Notstandsarbeiten⁸. Mit zunehmendem Arbeitskräftemangel wandte er sich gegen die Einführung von Überstunden und Überschichten.

Wenn es auch anfänglich in kommunalen Betrieben zu Entlassungen, später zu Halbtagschichten und Arbeitszeitverkürzungen kam, so blieb das Organisationsfeld des Verbandes selbst in den ersten Wochen und Monaten fast gleich groß, und Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit wie in der Privatindustrie kannte der kommunale Bereich nicht⁹. Statt dessen machte sich bereits 1915 verstärkt Arbeitskräftemangel, vor allem bei den nichtgewerblichen Betrieben wie Kanalisation, Abfuhrwesen, Straßenreinigung, Gartenverwaltung, Bauämter u. dergl., bemerkbar, da die dort beschäftigten schlecht bezahlten Arbeitskräfte zum Teil in die Privatindustrie abwanderten und die von den zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeitern hinterlassenen Lücken noch vergrößerten¹⁰.

Anders als die Arbeitslosigkeit wirkten sich die Einziehungen zum Kriegsdienst auf die Belegschaften der Gemeindebetriebe und die Mitgliedszahlen des Gemeindearbeiterverbandes aus. Bis Anfang September 1914 waren bereits circa 15.000 Mitglieder des Verbandes eingerückt¹¹. Das Versammlungsleben lag fast vollständig brach; der Vertrauensmännerkörper mußte ergänzt oder neugebildet werden¹². Dennoch hat

der Verband die ersten Kriegsmonate "verhältnismäßig gut überstanden"¹³. Obwohl die Zahl der Eingezogenen Anfang 1915 weiter anstieg und bis Ende 1915 die 25.000 überschritten hatte, konnte der Verband die Verluste durch Neuaufnahmen abschwächen. Verschiedenerorts kam es bereits ab Oktober 1914 zu einem - wenn auch minimalen - Mitgliederzuwachs¹⁴, und ab August 1915 konnten einige Gaue die Mitgliederabnahme durch Neuaufnahmen ausgleichen¹⁵; dieser Aufwärtstrend setzte sich am Jahresanfang 1916 fort.

Die Einziehungen wirkten sich nicht nur auf die Arbeitsbedingungen und die Zusammensetzung der Betriebsbelegschaften, sondern auch auf das Unterstützungswesen des Verbandes aus. Die Kommunen reagierten auf die neue Lage mit einiger Verzögerung. Während München bereits kurz nach Kriegsausbruch Regelungen für die Teilfortzahlung des Lohnes eingezogener Gemeindearbeiter traf, kamen in Berlin erst am 20. August 1914 entsprechende Beschlüsse zustande¹⁶.

Der Vorstand des Gemeindearbeiterverbandes wies am 7. August 1914 die Filialvorstände an, die Auszahlung von Gemeindefürsorge- und Streikunterstützung einzustellen¹⁷. Die Krankenunterstützung wurde gekürzt und anstelle der Sterbeunterstützung eine Gefallenenunterstützung eingeführt; weiter wurde den Familien der Eingezogenen eine monatliche Beihilfe gezahlt¹⁸; darüber hinaus wurde mit einem Grundstock von 100.000 M, an dem sich die Filialen lokal beteiligen sollten, eine Weihnachtsunterstützung für Arbeitslose und die Familien der Eingezogenen eingerichtet¹⁹.

Verglichen mit den Organisationen der privaten Arbeiter erlitt der Verband trotz der großen Unterstützungsleistungen, die vor allem auch eine Entlastung der kommunalen Kriegsfürsorge bedeuteten²⁰, relativ geringe finanzielle Einbußen. Aufgrund der geringen Arbeitslosenzahlen hielten sich auch die personellen Einbußen in Grenzen; bereits zur Jahreswende 1914/15 konnte sich der Verband konsolidieren und - etwa in Berlin und Hamburg - Mitgliederzuwächse erzielen.

Von geringen Einschränkungen der Krankenunterstützung abgesehen wurden ab 1. April 1915 die statutarischen Rechte der Mitglieder in allen Unterstützungszweigen wiederhergestellt²¹. Zwar mußte zur Absicherung der Verbandsfinanzen ab der ersten Juliwoche 1917 ein Kriegszuschlag von 10 Pf pro

Woche eingeführt werden²², doch blieb das "Gesamtgefüge" des Verbandes wie schon 1916 "gut intakt"²³. Ab 1. April 1918 mußten jedoch die Beiträge zur Sanierung der Finanzen nochmals um 10 Pf erhöht werden. Anders als in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, vor allem vor 1906, stieß die Beitragserhöhung bei der Basis auf keinen prinzipiellen Widerstand mehr. In einer Urabstimmung entschied sich die Mehrheit der Mitglieder für den Erhalt der bisherigen statuarischen Unterstützungsleistungen und die Anlage eines Reservefonds für Lohnbewegungen²⁴.

Gravierender als die Folgen für den personellen und finanziellen Apparat des Verbandes waren die Auswirkungen des Krieges auf die Betriebsgruppenstruktur der Gemeindearbeiter sowie ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen.

II. Frauenarbeit, Gefangenearbeit

Ende 1915 führten die Einberufungen zum Kriegsdienst, die Abwanderung von Arbeitskräften in die Privatindustrie und die gestiegene Nachfrage nach Gas- und Stromversorgung infolge zunehmender Petroleumknappheit zu einem Arbeitskräftemangel bei den städtischen Betrieben, der durch Überstunden und Sonntagsarbeit nur zum Teil wettgemacht werden konnte. In der Folge kam es zu "ganz erheblichen Einschränkungen der nichtgewerblichen Betriebe" und zunehmender Frauenarbeit, "wo man Frauenarbeit bisher nicht kannte"²⁵.

Frauenarbeit hatte vor dem Ersten Weltkrieg in den Gemeindebetrieben so gut wie keine Rolle gespielt, wenn man den Sonderbereich der Krankenpflege einmal außer acht läßt. Die Arbeitsordnungen, die Pensionskassen, die Satzungen der Alters- und Hinterbliebenenversorgung, die Annahmebestimmungen, die Hausordnungen, kurzum das gesamte geschriebene Recht, das auf die Regelung der Gemeindearbeiterverhältnisse Bezug nahm, hatte nur den männlichen Arbeiter zum Gegenstand. Frauen tauchten darin lediglich in den Verehelichungskonsensen, der Witwen- und Waisenversorgung sowie indirekt in den Familienzulagen als Ehegatten, Witwen oder sonstige Familienangehörige männlicher Arbeitskräfte auf. Die wenigen

Arbeitsplätze, bei denen Frauenarbeit möglich oder üblich war, umfaßten die am schlechtesten bezahlten und körperlich anstrengenden oder schmutzigen Arbeiten wie das Schienenschleifen und Schienensputzen bei den Straßenbahnbetrieben, das Koks- und Kohleschippen und -stapeln bei den Gaswerken, die land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeiten und die verschiedenen Reinigungs- und Wascharbeiten in den Schulhäusern, Dienstgebäuden, Rathäusern, Pflegeheimen usw.. Meist waren die Frauen nicht nur hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch in bezug auf ihre tatsächlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten und ihre Rechtslage schlechter gestellt als die männlichen Arbeiter.

Lediglich die Krankenpflegerinnen, die besonders schweren Arbeitsbedingungen, insbesondere überlangen Arbeitszeiten ausgesetzt waren, hatten sich relativ früh gewerkschaftlich organisiert, all die anderen Gruppen von Arbeiterinnen tauchten weder in der kommunalen Sozialpolitik noch in der Gewerkschaftsarbeit auf. Wie für die Stadtverwaltung die Frau nur als Ehefrau oder Witwe des männlichen Arbeiters relevant war, so spielte sie im Gewerkschaftsleben lediglich als Mutter und Erzieherin der Kinder, als Hausfrau und - vor allem - als die Gewerkschaftsarbeit und Beitragsleistung der Männer retardierendes Element eine Rolle: sie riet dem Mann davon ab, dem Verband beizutreten, sie verweigerte dem Kassier die Mitgliedsbeiträge, sie verleitete den Mann zu kleinbürgerlicher Lektüre und Häuslichkeit, sie fiel den Streikenden in den Rücken, sie säte Zwietracht im politischen Leben und drückte, wo sie arbeitete, den Lohn. Die Frauenfeindlichkeit im kommunalen Bereich war jedoch aufgrund des fast vollständigen Fehlens von Frauenarbeit geringer als in der privaten Wirtschaft und beruhte weitgehend auf Projektion. Der Gemeindearbeiterverband beachtete die Frau bis 1914 eigentlich nur als Erziehungsobjekt bei der gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsarbeit, hielt sie bei Hausbesuchen zur regelmäßigen Mitgliedszahlung und sparsamen Haushaltsführung an, widmete ihr anlässlich des Ersten Mai eigene Aufsätze und belehrte sie auf den Festen und Feiern des Verbandes über ihre Pflichten. Als Preisdrucker und Rivalin um einen Arbeitsplatz tauchte die Frau kaum auf, so daß innerbetriebliche Konflikte ausblieben.

Für die christlichen Organisationen spielte die Frau in erster Linie als Erzieherin eine Rolle und wurde in entsprechenden Familienbeilagen über die Reinlichkeitserziehung der Kinder, sparsame Haushaltsführung und die Pflichten als Ehefrau aufgeklärt. Für die Kommunen spielte die Frau, allerdings in nicht so explizitem Maße wie beim Staat, noch die Rolle der Gebärerin, welche die Grundlage für einen starken, volkreichen Staat abgeben sollte; vor allem eine Beamtenfamilie sollte aus mindestens drei, am besten vier Kindern bestehen.

An dieser traditionellen Rolle der Frau änderte sich im Laufe des Ersten Weltkrieges einiges. Zum ersten Mal drangen Frauen in die kommunalen Betriebe ein. In den Gas-, Wasser- und E-Werken wurden sie als Ständeaufnehmerinnen angelernt, das heißt, zum Ablesen der Zähler eingesetzt. Ihr Lohn war dabei für dieselbe Arbeit, wie sie die Männer verrichteten, "um fast 50 Prozent niedriger"²⁶. Bei der Straßenreinigung wurden verstärkt Frauen der eingezogenen Männer eingestellt²⁷. Die Straßenbahnbetriebe bildeten vor allem Schaffnerinnen aus; sie wurden ebenfalls wesentlich geringer entlohnt als ihre männlichen Kollegen²⁸; neben Schaffnerinnen wurden noch in größerem Umfang Hilfsarbeiterinnen für den Stations- und Unterhaltungsdienst eingestellt.

Sowohl die kommunale als auch die gewerkschaftliche Statistik nahmen von der Frauenarbeit erst verspätet Kenntnis, so daß deren Anfänge in kommunalen Betrieben sowie die Mitgliedschaft von Frauen in den Organisationen nur lückenhaft belegt sind. Späteren Angaben zufolge waren im Gemeindearbeiterverband am 1. Juli 1914 rund 1.700 Frauen organisiert; ihnen standen circa 52.700 männliche Mitglieder gegenüber²⁹. Ab 30. September 1917 unterschied der Gemeindearbeiterverband bei den Neuaufnahmen nach männlichen und weiblichen Mitgliedern. Bereits Ende 1917 lagen beide Gruppen beinahe gleichauf, mit einem leichten Übergewicht der männlichen Neuaufnahmen³⁰. Bezogen auf den gesamten Verband hatte sich der Anteil der Frauen zwar erheblich erhöht, lag jedoch Anfang 1918 noch weit hinter dem der Männer: von den rund 33.000 Mitgliedern waren circa 7.000 Frauen³¹. Ab September 1918 wurden schließlich mehr Frauen als Männer in den Verband aufgenommen. Am 1. November 1918 waren in den Gauen München und Berlin mehr als ein Drittel aller Verbandsmit-

glieder Frauen³². Nach dem 9. November 1918 erhöhte sich im Rahmen eines gewaltigen Zustroms zum Verband auch der Anteil der Frauen rapide; am 1. Februar 1919 kamen auf rund 89.000 männliche Mitglieder etwa 29.000 Frauen; am 1. Juli 1919 betrug der Frauenanteil mit rund 46.600 das 27fache der Zahl von 1914³³. Aufgrund der nach Hause zurückkehrenden Mitglieder und des allgemein gewaltigen Zustroms zur Organisation ging der Anteil der Frauen im Laufe des Jahres 1919 von einem Viertel auf etwa ein Fünftel zurück, stieg jedoch in den Großstädten 1920 wieder etwas an.

Damit hatte sich ab 1915 die Zusammensetzung der Betriebsbelegschaften und der Mitgliedschaft des Verbandes erheblich verändert. Die neuen weiblichen Arbeitskräfte wirkten jedoch keineswegs konflikt- oder organisationshemmend; sie waren im Gegenteil bald eine wichtige Stütze des Verbandes, der ohne die Neueintritte von Frauen in den beiden letzten Kriegsjahren erhebliche finanzielle Schwierigkeiten bekommen hätte. An dem allmählichen Ansteigen der Mitgliederzahlen etwa ab Mitte 1916 hatte die Neuaufnahme von Frauen erheblichen Anteil. Ganz im Gegensatz zu den anfänglichen Befürchtungen des Verbandes kam die zunehmende Frauenarbeit den Gewerkschaften zugute. So wurden die neuen Kolleginnen in der Verbandspresse bald einhellig gelobt³⁴; an der geringen Vertretung der Frauen in den aktiven Organen des Verbandes änderte sich jedoch nichts³⁵.

Hatten die Gemeindeverwaltungen die Frauen während des Krieges lediglich notgedrungenenmaßen eingestellt und damit nicht nur den Arbeitskräftemangel abgeschwächt, sondern auch erhebliche Lohnkosten eingespart, so ließen sich die Frauen nach dem Krieg nicht mehr ohne weiteres aus den Betrieben hinauswerfen. Die meisten Frauenarbeitsplätze, die während des Krieges geschaffen worden waren, waren befristet oder Teilzeitarbeitsplätze; die Stammpplätze blieben den eingezogenen ständigen Arbeitern vorbehalten. Als nach dem Krieg die Männer in die Betriebe zurückkehrten, fanden sie eine völlig veränderte Betriebsgruppenstruktur vor. Gleichzeitig hatte sich die Einstellung der Frauen verändert: "Die Vermehrung der Frauenarbeit ist allein keine Erklärung dafür (für den hohen Mitgliederanteil von Frauen im Gemeindearbeiterverband; W. K.); hier hat sich eine Revolution des Den-

kens vollzogen."³⁶

Die Männer waren jedoch keineswegs gewillt, diese Veränderung im Bewußtsein und Organisationsverhalten der Frauen gutzuheißen. Im Gegenteil, es kam zu massiven Angriffen der Männer, die sich - zum Teil unterstützt durch die Arbeiterausschüsse - für eine Vertreibung der Frauen aus den Betrieben einsetzten. Der Gemeindearbeiterverband sah u. a. in diesen Angriffen einen Grund dafür, weshalb sich Frauen verstärkt gewerkschaftlichen Organisationen anschlossen³⁷.

Neben Frauenarbeit versuchten die Betriebsverwaltungen den Arbeitskräftemangel durch den Einsatz von Kriegsgefangenen abzuschwächen. Vor allem die Aufrechterhaltung eines tüchtigen Stammes qualifizierter Facharbeiter für den Betriebsdienst, das Prüf- und Eichwesen sowie den Werkstättendienst stieß in der Kriegszeit auf große Schwierigkeiten. Die Konkurrenz der Privat- und Rüstungsbetriebe trat hier am lebhaftesten in Erscheinung, und aufgrund der niederen Lohnsätze der Arbeitsordnungen war es den kommunalen Betrieben kaum möglich, qualifizierte Feinmechaniker und Schlosser für sich zu gewinnen. Bereits Ende 1914 waren rund 60 % der Münchener Straßenbahnwerkstättearbeiter zum Heeresdienst eingezogen, und die Zahl der durchzuführenden Reparaturen mußte auf ein Minimum reduziert werden. Machte sich daher der Personalmangel im Werkstättendienst zunächst weniger bemerkbar als im Fahrdienst, so mußten dafür immer mehr kaputte Wagen aus dem Verkehr gezogen werden. Da aufgrund der auf Hochtouren laufenden Kriegsindustrie in den Jahren 1915 und 1916 keine gelernten Handwerker mehr für städtische Dienste zu bekommen waren, wurden der Direktion der Münchener Straßenbahn von Ende 1917 an etwa 50 italienische Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt, die bis Kriegsende im Werkstättendienst Verwendung fanden³⁸.

In Berlin wurden ab 1915 in der Zweiten Gasanstalt französische Kriegsgefangene als Arbeiter eingesetzt. Man verwendete sie als Spatenarbeiter auf den Kohlen- und Koks-halden und zum Beladen der Wagen. In Tegel und Spandau wurden auch russische Kriegsgefangene in den Gaswerken eingesetzt³⁹.

Der Einsatz von Kriegsgefangenen beeinflusste das Arbeitsklima, da die zur Bewachung der Gefangenen abgestellten

Landwehrleute quasi eine Besetzung der Betriebe bedeuteten: "Bei der unmittelbaren Nähe der Straße stehen hier beständig Landwehrleute mit umgehängtem Gewehr neben ihnen, um jeden Fluchtversuch zu verhindern."⁴⁰ Darüber hinaus wurde die Kommunikation am Arbeitsplatz durch den Einsatz von Kriegsgefangenen erschwert.

Neben der Frauenarbeit und dem Einsatz von Kriegsgefangenen wurden das Betriebsklima und die Konflikt disposition der Gemeindearbeiter durch die Auswirkungen der Lebensmittelteuerung und des Arbeitskräftemangels berührt; zu dem Wandel in der Zusammensetzung der Belegschaften traten Veränderungen bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzu.

III. Lohn- und Arbeitsbedingungen

Aufgrund der geringen Arbeitslosigkeit in kommunalen Betrieben, der Unterstützungsleistungen seitens der Gewerkschaften und der von den Kommunen eingerichteten Beihilfen und Lohnfortzahlungen für die Familien der Eingezogenen kam es zunächst zu keinen gravierenden Verschlechterungen der Lebensverhältnisse der Gemeindearbeiterschaft. Die Kriegsteuerungszulagen, die ziemlich wahllos und sporadisch bereits 1914 einsetzten, hauptsächlich jedoch erst ab Frühjahr 1915 gezahlt wurden, konnten allerdings die Lebensmittelteuerung nur zum Teil ausgleichen⁴¹. Hinzu kam, daß die Arbeitsbelastung des Personals aufgrund des Arbeitskräftemangels beständig zunahm und Überstunden, Mehrschichten und Sonntagsarbeit eingeführt werden mußten⁴². Vor allem in den Installationsabteilungen der Gas- und E-Werke stieg die Arbeitsbelastung überproportional an. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde trotz energischer Vorstöße des Gemeindearbeiterverbandes von den Kommunen verzögert⁴³.

Mit zunehmendem Lebensmittelwucher verschlechterte sich die Ernährungslage, die in den ersten beiden Kriegsjahren noch erträglich gewesen war, ab 1917 auch unter der Gemeindearbeiterschaft in nicht geahntem Maße⁴⁴. Dennoch war die Lebenslage der Gemeindearbeiter in der Regel besser als die der privaten Arbeiter. Dies lag daran, daß bei den Gemeindebetrie-

ben ein Teil des Lohnes sozusagen in "Naturalform" ausgegeben wurde, in Form von Heizmaterial, Mietzuschüssen, Weihnachtsbescherungen usw.. Teuerung und Lebensmittelwucher schlugen daher nicht so eklatant auf die Lebensverhältnisse der Gemeindearbeiterschaft durch. Dennoch hatte sich bis 1916 die Lage der städtischen Arbeiter "gewaltig verschlechtert"⁴⁵, und der Mißmut und die Unzufriedenheit unter den Arbeitern wuchsen. Im Mittelpunkt der Kritik standen vor allem die Mängel und Mißstände im Bereich der Lebensmittelverteilung und Preisfestsetzung⁴⁶. Besonders schlecht gestellt waren die neu aufgenommenen weiblichen Arbeitskräfte, die nicht nur auf die den ständigen Arbeitern zustehenden Vergünstigungen verzichten mußten, sondern oft nur den halben Lohnsatz der untersten Lohnstufe erhielten und zudem meist kurzarbeiteten. Für eine Annäherung der Löhne der Frauen an die der Männer bei gleicher Arbeit wurde seitens der Gemeindeverwaltungen nichts unternommen⁴⁷.

Besonders nachteilig wirkte sich die gestiegene Arbeitsbelastung aus; hinzu kamen die mit anhaltender Kriegsdauer durch die Abnutzung des gesamten Betriebsapparates und den Mangel an Betriebsmitteln erschwerten Arbeitsbedingungen. Obwohl die Belastungen im kommunalen Bereich geringer waren als etwa bei den Eisenbahnen, bei denen infolge von Überanstrengung und mangelhafter Ernährung in einzelnen Dienststellen Krankenraten bis zu 40 % des Gesamtpersonals eintraten und die Unfallzahlen aufgrund von Übermüdung und geringer Schulung des neu eingestellten Personals stark anstiegen⁴⁸, bildeten sie vor allem bei den zentralen Versorgungsbetrieben und den Straßenbahnen neben der schlechten Ernährungslage die wichtigste Konfliktursache.

2. Gewerkschaftliche Organisation und Stadtverwaltung 1914 - 1918

Hatte sich in den Jahren 1913 und 1914 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf dem Hintergrund einer "trostlosen Zeit politischen und sozialpolitischen Stillstandes"¹ das Verhältnis von Stadtverwaltung und Gemeindearbeiterschaft in den Fragen der Regelung der Arbeitsverhältnisse und des Koalitions- und Streikrechts durch wiederholte behördliche und gerichtliche Maßnahmen gegen die Gewerkschaftsorganisationen verschlechtert, so vollzogen sich im Laufe des Ersten Weltkriegs grundlegende Veränderungen, die unter den Rahmenbedingungen einer sich ändernden gegenseitigen Stellung von Sozialdemokratie, Freien Gewerkschaften und staatlicher wie kommunaler Verwaltung die Weichenstellungen für einen Wandel in der Rechtslage und den Arbeitsverhältnissen der Gemeindearbeiterschaft vornahmen.

I. Koalitions- und Streikrecht

War bereits seit Kriegsbeginn die praktische Handhabung des Eisenbahner-Reverses nicht mehr in Frage gekommen, so einigen sich Anfang November 1915 die Vertreter aller Regierungen mit Staatsbahnbesitz auf die Aufhebung des Reverses und die damit de facto verbundene Anerkennung der freigewerkschaftlichen Organisationen.

Die Nichtanwendung des Reverses in Bayern und Preußen seit Kriegsbeginn ist zunächst lediglich darauf zurückzuführen, daß seit Ausbruch des Krieges im Bereich der genannten Verkehrsverwaltungen weder Personal zur ständigen Verwendung neu aufgenommen wurde, noch Überführungen von Tagelohnbediensteten in die Beamtenstellung erfolgten, um den zum Kriegsdienst eingezogenen ständigen Arbeitern und Unterbeamten ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Das neu benötigte Personal wurde lediglich zur vorübergehenden Verwendung aufgenommen, was die praktische Anwendung des Reverses von sich aus überflüssig machte². An der die Revers-Politik grundsätzlich bejahenden

Haltung des bayerischen Verkehrs- und Zentralstaatsministeriums änderte die während der Mobilmachung und später zum Ausdruck gekommene Loyalität der Arbeiterorganisationen zunächst nichts³. Mit der Fortdauer des Krieges brachte jedoch die veränderte Einstellungspraxis neue Probleme mit sich. Allein in Preußen stieg die Zahl der nur vorübergehend eingestellten Arbeiter bis Anfang November 1915 auf rund 80.000 an⁴.

Auf der am 5. November 1915 in Berlin abgehaltenen Regierungskonferenz der Bundesregierungen mit Staatsbahnbesitz sprach sich jedoch von allen anwesenden Vertretern nur mehr der sächsische gegen die von Preußen initiierten neuen Bestimmungen aus. Den Bedenken des bayerischen Vertreters, die Aufhebung des Reverses bedeute eine eventuell gefährliche politische Konzession an die Freien Gewerkschaften, wurde entgegengehalten, die Gewerkschaften und die "nichtradikale Richtung" der Sozialdemokratie erwiesen sich zur Zeit als "wertvoll für die Regierung" und falls "die fraglichen Verbände sich später als ordnungsfeindlich, streikverdächtig erweisen (sollten), dann werde man in den neuen Bestimmungen eine genügende Grundlage haben, um gegen sie vorzugehen"⁵.

Auf der Konferenz wurde zusammengefaßt folgende Einigung erzielt. Erstens: Ein Streik kommt für die Verkehrsanstalten grundsätzlich nicht in Frage und muß auch weiterhin mit allen Mitteln verhindert werden. Zweitens: Dem Beitritt zu freien Gewerkschaften steht nichts im Wege, wenn diese die besonderen Pflichten der staatlichen Verkehrsbediensteten anerkennen, wie sie in den Dienstordnungen und Aufnahmebestimmungen festgelegt sind. Diese Pflichten bedingen die Preisgabe des Streikrechts⁶.

Dementsprechend entfiel in der daraufhin neu herausgegebenen Dienstordnung der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft der besondere Hinweis auf die Sozialdemokratie als ordnungsfeindliche Organisation, während an dem Streikverbot festgehalten wurde⁷. In der Folge wurden auch die im Bereich der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung nach dem Erlaß des Eisenbahner-Reverses ergangenen Bestimmungen einer Änderung unterzogen. Durch Ministerialerlaß vom 20. November 1915 erhielt der Paragraph 23, Satz 2, Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen für das Arbeiterpersonal der Königl-

lich Bayerischen Telegraphenverwaltung (analog § 8 Dienstordnung, § 8 Allgemeine Dienstvorschriften) folgende Fassung:

Die Teilnahme an Bestrebungen, die den staatlichen oder dienstlichen Interessen zuwiderlaufen, ist verboten; darunter fällt insbesondere die Teilnahme an Vereinen, deren Zwecke oder Bestrebungen die Gefahr eines Ausstandes herbeizuführen geeignet sind. (Anm. 8)

Die Berliner Regierungskonferenz trennte deutlich zwischen der Koalitionsfreiheit einerseits und dem Streikrecht andererseits. Die neue Haltung erinnert an die Arbeiterpolitik Bayerns vor dem Ersten Weltkrieg. Auch damals zielte der Eisenbahner-Revers mehr auf das Streikrecht als die politische und gewerkschaftliche Betätigung des Personals an sich. Wie sehr die staatlichen Stellen darauf bestanden, den Streikverzicht unter allen Umständen gesichert zu wissen, geht aus den Auseinandersetzungen um die Anerkennung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hervor. Obwohl bereits der Gründungssatzung des am 1. Juli 1916 auf Anregung der Generalkommission der Gewerkschaften gegründeten Deutschen Eisenbahner-Verbandes zu entnehmen war, daß der neue Verband das Kampfmittel des Streiks nicht in Anwendung zu bringen gedachte, erging am 24. Oktober 1916 durch den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten ein gegen ihn gerichtetes Koalitionsverbot, dem sich in der Folge weitere Staatseisenbahnverwaltungen anschlossen. Erst im Frühjahr 1917 wurde der Erlass zurückgezogen, nachdem der Verband den Streikverzicht ausdrücklich in seiner Satzung verankert hatte⁹.

Die Berliner Regierungskonferenz rückte zwar von einem gesondert erlassenen ausdrücklichen Koalitions- und Streikverbot ab, verlagerte jedoch das Streikverbot in das jeweilige Beamtengesetz, beziehungsweise die Dienstordnungen und Aufnahmebestimmungen. Sie nahm damit jene Kompetenz in Anspruch, die sich der Staat bereits in der Formulierung von Paragraph 6 der Reichsgewerbeordnung gesichert hatte, nämlich die zum Schutz seiner Interessen nötigen Maßnahmen über den Arbeitsvertrag durchsetzen zu können.

Gemessen an der gewerkschaftsfeindlichen Praxis der preußischen Behörden vor dem Ersten Weltkrieg stellten die neuen Bestimmungen eine entscheidende, grundlegende Verbesserung dar. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, daß sie

andererseits hinsichtlich der süddeutschen Gebiete eine in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg erfolgte Verschlechterung der Rechtslage der Staatsarbeiter festschrieben und den staatlicherseits geforderten Streikverzicht endgültig durchgesetzt hatten. Von der Forderung vollständiger Vereinigungs- und Streikfreiheit war keine Rede mehr. Nicht nur auf seiten des öffentlichen Arbeitgebers, sondern auch der Gewerkschaften hatte sich in der Frage des Koalitions- und Streikrechts in öffentlichen Betrieben die Unterscheidung zwischen kommunalen und staatlichen Unternehmen durchgesetzt, eine Unterscheidung, die im wesentlichen der Trennung in gemeinnützige und gemeinnötige Betriebe folgte. Die Position des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, den "besonderen Verhältnissen" der staatlichen Verkehrsanstalten Rechnung zu tragen, das heißt, auf das Streikrecht zu verzichten, war das Ergebnis nicht nur der realen Machtverhältnisse, sondern auch eines Wandels in der Einstellung von Staat und Freien Gewerkschaften.

Als der Gemeindearbeiterverband 1904 eine ähnliche Position in seiner gewerkschaftlichen Taktik eingenommen hatte, stieß er beim Transportarbeiter-Verband und anderen, ebenfalls Staats- und Gemeindearbeiter rekrutierenden Organisationen der freien Gewerkschaften auf heftigen Widerstand¹⁰. Der Streikverzicht des Süddeutschen Eisenbahner-Verbandes und der christlichen Gewerkschaften wurde 1912/13 vom Gemeindearbeiterverband scharf kritisiert¹¹. Die Erste Internationale Konferenz der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter vom 25. - 27. August 1907 in Stuttgart hatte zu der Frage des Koalitions- und Streikrechts in öffentlichen Betrieben noch mit folgender Resolution Stellung genommen:

Die Konferenz protestiert in jeder Weise und Form gegen die Schmälierung des Koalitions- und Streikrechts für die Arbeiter in öffentlichen Betrieben und betrachtet es als Ehrenpflicht aller hier in Frage kommenden Organisationen, mit allen Mitteln für ein freiheitliches Koalitions- und unbeschränktes Streikrecht für alle Arbeiter öffentlicher Betriebe einzutreten, da sie keineswegs auf das letzte, wenn auch schärfste Kampfmittel im wirtschaftlichen Kampfe Verzicht leisten kann.
(Anm. 12)

Die Anerkennung der Freien Gewerkschaften und der Streikverzicht des Deutschen Eisenbahner-Verbandes im Gefol-

ge der Berliner Regierungskonferenz bezeichneten einen Wandel, der nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte. Unabhängig von dem möglichen Ausgang des Krieges bildete sich der allgemeine Konsens heraus, daß den Gemeinde- und Staatsarbeitern die Koalitionsfreiheit nicht mehr vorenthalten werden dürfe. Einigkeit bestand auch weitgehend darüber, daß ein Streik in gemeinnötigen staatlichen Betrieben nicht in Frage kommen dürfe, während den Gemeindearbeitern die volle Koalitionsfreiheit einschließlich des Streikrechts gewährt werden müsse. Umstritten blieb lediglich das Streikrecht in den gemeinnötigen kommunalen Betrieben; hier war die Entwicklung noch weitgehend offen.

II. Kriegsfürsorge, Kriegssozialismus, Hilfsdienstgesetz

Für den unvoreingenommenen Beobachter war vor 1914 unschwer zu erkennen, daß auch die freien Gewerkschaften der Staats- und Gemeindearbeiter grundsätzlich keinen Zweifel daran gelten ließen, im Kriegsfall ungeachtet aller politischen und sozialen Gegensätze treu zur Sache des Reichs zu stehen. Auf der 4. ordentlichen Generalversammlung des Süddeutschen Eisenbahnverbandes am 25. Juni 1911 erklärte der Hauptvorstand, "es sei eine bodenlose Verleumdung, wenn verschiedentlich behauptet würde, daß die Verbandsmitglieder im Falle eines Krieges in einen Streik eintreten wollten. Sie wollten in ruhiger, friedlicher Weise an der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder arbeiten, so wie sie es auch bisher getan hätten, weiter aber nichts."¹³ Die grundsätzliche Loyalität der Gewerkschaften, wenn nicht gegenüber dem öffentlichen Arbeitgeber, so doch im Interesse der Allgemeinheit - eine Position, die sich zwar in der Begründung, nicht jedoch in der praktischen Schlußfolgerung unterschied -, wurde von den Stadtverwaltungen eher wahrgenommen als vom staatlichen Arbeitgeber. Ihr Verständnis vom Fürsorgeamt der Stadt enthielt in wesentlich geringerem Maße antigewerkschaftliche und antisozialdemokratische Elemente, als dies beim staatlichen Arbeitgeber oder der wirtschaftsfriedlich-nationalen Bewegung der Fall war.

Anders als im Staatsbahnwesen der verschiedenen Bundesstaaten, insbesondere Preußen, war die Sorge um einen eventuellen Generalstreik im Kriegsfall bei den Stadtverwaltungen nicht so ausgeprägt. Zum einen war der militärische Nutzen der Gemeindebetriebe im Gegensatz zu den für den Aufmarsch benötigten Eisenbahnen gering, zum anderen auch der Monopolcharakter der gemeinnötigen Betriebe nicht in dem Maße gegeben wie im staatlichen Bereich. Dementsprechend hatten sich die Vorkehrungen gegen mögliche Streiks, von den Stadtstaaten abgesehen, vor 1914 im großen und ganzen auf das übliche Maß beschränkt, mit dem Ziel, größere Streiks wenn möglich zu verhüten und die Einflußnahme der Arbeiter und ihrer Organisationen auf die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse einzudämmen.

Der Stimmungsumschwung, der sich im Laufe des Ersten Weltkriegs zunächst informell, ab 1915/16 auch in institutionalisiertem Maße in dem Verhältnis von Obrigkeit und Arbeiterbewegung vollzog, beinhaltete daher im kommunalen Bereich, vor allem in den Klein- und Mittelstädten und im Süden, nicht dieselbe gravierende Zäsur wie etwa im Staatsbahnwesen. Dennoch ergab sich im Verhältnis von Stadtverwaltung und Gemeindearbeiterschaft in der Frage des Koalitionsrechts von Kriegsbeginn an eine "völlig geänderte Situation"¹⁴. Die meisten Gemeindeverwaltungen waren zu einer "indirekte(n) Anerkennung"¹⁵ der Organisationen, auch des Gemeindearbeiterverbandes, bereit und stellten die bisherigen "Polizei- oder Gesetzesschikanen" ein¹⁶.

Die Haltung des Gemeindearbeiterverbandes in den ersten Kriegswochen bringt am prägnantesten ein Feldpostbrief des Verbandsvorsitzenden Heckmann vom 30. Dezember 1914 aus Frankreich zum Ausdruck:

Gewiß haben wir den Krieg nicht gewollt, aber nun er einmal gegen unseren Willen da ist, können wir nicht mit den Händen in den Hosentaschen zusehen, als ob uns die Sache nichts anginge, sondern wir müssen alles tun, um in dem uns aufgezwungenen Kampf Sieger zu bleiben! (...) Schließlich steht das Wohlergehen unseres eigenen Volkes und damit auch der Arbeiter höher als die Träume unverbesserlicher Träumer. (Anm. 17)

Der Gemeindearbeiterverband wurde verschiedenerorts in das entstehende System kommunaler Kriegsfürsorge miteinbezogen, so bei der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenfür-

sorge¹⁸. Der Begriff des Gemeindesozialismus ging nahtlos in den des Kriegssozialismus über. Kriegswirtschaftliche Maßnahmen wie die Festsetzung von Lebensmittelhöchstpreisen und die kommunale Lebensmittelversorgung wurden vom Gemeindearbeiterverband als eine Annäherung der Stadtverwaltungen an sozialdemokratisches Gedankengut interpretiert¹⁹. Der Gewerkschaftsapparat wurde von Anfang an von den Kommunen zur Bewältigung der Kriegsfolgen eingesetzt und eine erhebliche Last auf die Schultern der Arbeiterorganisationen abgewälzt. Damit verbunden waren die Einstellung der wirtschaftlichen Kämpfe und die rechtliche und wirtschaftliche Sicherung der Gewerkschaften.

Nach dem sozialpolitischen Stillstand der Jahre vor Kriegsausbruch begann man auf Gewerkschaftsseite in der neuerlichen Ausdehnung der kommunalen Regie, etwa in der Nahrungsmittelversorgung, und in den Kriegsfürsorgeeinrichtungen eine Verbesserung der sozialpolitischen Bilanz zu erblicken²⁰. Ab Mitte September 1914 begann die anfängliche Zurückhaltung und Skepsis der Gewerkschaft gegenüber dem Krieg, die in einem fühlbaren Gegensatz zu der Kriegsbegeisterung im allgemeinen gestanden hatte²¹, Vorstellungen Platz zu machen, die in ihm eine Art "Sozialreformatoren" zu sehen glaubten²². Kommunalisierung wurde als eine Art Hineinwachsen in den Sozialismus verstanden, ohne daß die Frage der tatsächlichen Verfügungsgewalt berücksichtigt worden wäre. Demzufolge begann in den Augen des Verbandes "(a)uch die Gemeinde (...) immer mehr ein sozialistisches Gepräge anzunehmen"²³.

Die Einbeziehung des Verbandes in die Organisation der kommunalen Kriegsfürsorge, die Aufhebung der "Verfemung" organisierter Arbeiter trugen dazu bei, daß die Arbeiter allmählich eine positive Einstellung gegenüber dem Krieg einnahmen²⁴. Hatte die Gewerkschaft anfangs den bürgerlichen Hurra-Patriotismus abgelehnt²⁵, so erschienen ab 1915 Artikel, die den Krieg auch in moralisch-ethischer Hinsicht durchaus begrüßten und in ihm ein "Erlebnis" erblickten²⁶. Besonders deutlich kommt dieser Stimmungsumschwung im Herbst 1914 in der Zeitung des Süddeutschen Eisenbahnverbandes zum Ausdruck²⁷. In einem Artikel "Der Krieg auch ein Segen" heißt es dazu:

Wir wollen es uns ehrlich gestehen: Auch in unserem Land war vieles reif für den Krieg. Manche waren zu wohllebig geworden. Eine allzuverfeinerte, übertünchte Kultur hatte sich mancherorts breit gemacht (...). Der 1. August hat uns wieder gesund werden lassen an Körper und Geist, er hat die eingebildeten und uneingebildeten Krankheiten hinweggefeigt und neue Kräfte hervorgezaubert. (Anm. 28)

Der Gemeindearbeiterverband wurde von den Stadtverwaltungen allerdings nur dort hinzugezogen, wo die Kräfte der Kommunen alleine nicht ausreichten. Die Versorgung der verkrüppelt von der Front zurückkehrenden Gemeindearbeiter wie die Kriegsbeschädigtenfürsorge überhaupt kamen bis 1915/16 nicht von der Stelle. Der Deutsche Städtetag äußerte sich nicht konkret, und eine Instanz wartete auf die Entscheidung der anderen. Die Forderung des Verbandes zur Schaffung paritätischer Kommissionen zur Beratung und Hilfe stieß bei den Kommunen auf "wenig Gegenliebe"²⁹.

Auch in den Fragen der Mitbestimmung und Konfliktregelung hielten sich die Stadtverwaltungen zurück. Bis Herbst 1916 wurden keine Arbeitsgemeinschaften in den Gemeindebetrieben gebildet³⁰; die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften war daher eine der Hauptforderungen des Verbandes³¹. Das Hilfsdienstgesetz wurde nach der Einbeziehung gewisser Einrichtungen zum Schutz der Interessen der Arbeitnehmer wie Arbeiterausschüsse und Schlichtungsstellen als "kleinere(s) Übel" gegenüber einer möglichen militärischen Besetzung der gemeinnötigen Betriebe akzeptiert, jedoch ziemlich reserviert beurteilt³². Das lag vor allem daran, daß die genannten arbeitnehmer- und gewerkschaftsfreundlichen Einrichtungen im kommunalen Bereich nicht zum Tragen kamen:

Das neue Hilfsdienstgesetz hat bislang irgend welche besonderen neuen Erscheinungen nicht gezeitigt in städtischen Betrieben. Wohl sind diese fast sämtlich dem Gesetz unterstellt, doch ändert das nichts Wesentliches am bisherigen Zustand. (Anm. 33)

Zwar wurden an einzelnen Orten Verbandsvertreter oder der General-Arbeiter-Ausschuß zur Mitentscheidung herangezogen, die Bildung von Arbeitsgemeinschaften oder paritätischen Kommissionen kam jedoch nur mühsam voran³⁴.

Von der Einbeziehung in die Paragraphen 11 und 13 des Hilfsdienstgesetzes grundsätzlich ausgeschlossen blieben die Eisenbahner. Dementsprechend groß war ihre Enttäuschung über

die Nichteinführung der Schlichtungsstellen³⁵. Dennoch erfolgte unter dem Eindruck des Hilfsdienstgesetzes ein weiterer Ausbau der Arbeiterausschüsse im Eisenbahnwesen. Zwar weigerten sich die Eisenbahnverwaltungen, der Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse und Schiedsstellen zuzustimmen, doch versprachen sie, die bestehenden Ausschüsse so auszubauen, "daß sie berechtigt sind, in Lohnfragen Anträge zu stellen"³⁶. Allmählich wurden neue Ausschüsse auf Bezirksebene eingerichtet und die Tätigkeit der Ausschüsse von bürokratischen Reglementierungen befreit. Anfang 1918 wurde im Bereich der sächsischen Staatseisenbahnen aus Mitgliedern der bestehenden 22 Arbeiterausschüsse ein 21köpfiger Landes-Arbeiter-Ausschuß gebildet, der auf fünf Jahre gewählt und berechtigt sein sollte, direkt mit der Generaldirektion zu verhandeln³⁷.

Dieses Entgegenkommen - wie die seit Kriegsbeginn unterbliebene Anwendung des Eisenbahner-Reverses, die Aufhebung desselben Anfang November 1915 und das Einlenken von Staat und Freien Gewerkschaften anlässlich der Gründung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes - wurde jedoch in den letzten beiden Kriegsjahren, vor allem ab Herbst 1917, durch eine erneute restriktive Politik einzelner Generalkommandos untergraben. So häuften sich die Klagen über eine Verschärfung des Vereins- und Versammlungsrechts, wie es unter den Bedingungen des Kriegsrechts von einigen Generalkommandos gehandhabt wurde³⁸. Die Nervosität, mit der einzelne Eisenbahnverwaltungen auf die geringsten Beschwerden über schlechte Behandlung und Entlohnung reagierten, ihre ständigen Warnungen vor der Streikgefahr und ihre demonstrative Machtentfaltung bei innerbetrieblichen Konflikten brachten den Behörden zuweilen von den Staatsarbeiterorganisationen selbst den Vorwurf ein, durch ihr schroffes Verhalten das bislang politisch eher apathische und völlig streikunverdächtige Personal erst für eine entsprechende Agitation zugänglich zu machen³⁹.

Im kommunalen Bereich kam es im allgemeinen nicht zu einer erneuten Verschärfung des Klimas. Dennoch kühlten sich die Erwartungen des Gemeindearbeiterverbandes, die dieser vor dem Hintergrund des Krieges in die "kriegssozialistischen" Maßnahmen der Stadtverwaltungen gesetzt hatte, 1916 spürbar ab.

III. Gewerkschaftsarbeit

Die praktische Arbeit des Gemeindearbeiterverbandes umfaßte während des Krieges drei Schwerpunkte: die Werbung neuer Mitglieder, die Hilfe für die Familien der Eingezogenen und die Abwehr einer allzu großen Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter.

Nachdem man im ersten Kriegsjahr schon aus psychologischen Gründen gar nicht erst agitiert hatte, wandte man sich 1915/16 wieder verstärkt der Mitgliederwerbung zu und initiierte entsprechende Kampagnen. Auch das Versammlungsleben zeigte allmählich wieder die alten Formen. Vor allem unter den Frauen gelang dem Verband ein erstaunlicher Organisationserfolg, doch lag die Fluktuation sehr hoch⁴⁰.

Die Lohnbewegungen - mit Ausnahme eines Abwehrstreiks allesamt friedlich - zielten auf Lohnzulagen, Teuerungs- und Familienzulagen ab. Mit 200 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung mit insgesamt rund 136.000 Beteiligten an 150 Orten konnten 1915 befriedigende Erfolge erzielt werden⁴¹; erst 1916 glichen die errungenen Zulagen die allgemeine Teuerung nicht mehr aus.

Den einzigen genehmigten und überhaupt registrierten Gemeindearbeiterstreik während des Krieges führten die Gasarbeiter von Kaiserslautern. Der Streik entzündete sich an der Kündigung eines Vertrauensmannes und endete nach anderthalb Tagen mit dessen Wiedereinstellung und der Gewährung einer Teuerungszulage. An dem Streik waren 26 Verbandsmitglieder beteiligt⁴².

War die Ernährungslage in den ersten sechs Monaten des Krieges weitgehend normal, so setzte im Sommer 1915 der Wucher der Agrarier und Händler ein. Die soziale Lage und die Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter verschlechterten sich. Die Maßnahmen im Bereich der Lebensmittelverteilung und Preisfestsetzung erschienen dem Verband als zu nachsichtig. Ab Juli 1916 gestand man sich allmählich ein, daß sich die militärische Lage Deutschlands verschlechterte; die Berichterstattung zur Gründung des Deutschen Eisenbahnverbandes fiel in eine Zeit, in der man sich in der Gewerkschaft zum ersten Mal mit einer möglichen Kriegsniederlage ausein-

andersetzte⁴³. Hinzu kam die Besorgnis über eine mögliche Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung. Die Verbandspresse wurde nüchterner und resignativer, der Jahresrückblick 1916 liest sich nur mehr wie ein Kommentar auf eine verlorene Zukunft⁴⁴.

Weder die revolutionären Ereignisse in Rußland noch die Munitionsarbeiterstreiks in Deutschland wurden in der Gewerkschaft mehr als nur marginal gestreift. Zu einer Beteiligung von Gemeindearbeitern an den Demonstrationen, Protesten, Hungerumzügen usw. kam es anscheinend nicht; auch machten sich unter den Gemeinde- und Staatsarbeiterorganisationen kaum Divergenzen zwischen Führung und Basis bemerkbar⁴⁵. Die große Mehrheit des Gemeindearbeiterverbandes hieß die Burgfriedenspolitik der Führung gut⁴⁶. Der zweite Vorsitzende des Verbandes, Lagodzinski, oppositioneller SPD-Gemeindevertreter in Wilmersdorf, wurde von der Berliner Filiale ausgeschlossen, ohne daß es zu Unstimmigkeiten im Verband gekommen wäre. Er gründete daraufhin im Schmargendorfer Gaswerk einen eigenen Werkverein, über dessen Größe und Zusammensetzung jedoch nichts weiter bekannt ist⁴⁷.

Auch die anderen Gemeindearbeiterorganisationen verhielten sich bis Kriegsende loyal und begnügten sich damit, die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Mitglieder einigermaßen erträglich zu gestalten. Im Laufe des Jahres 1918 wird die Verbandspresse immer trockener und allgemeiner; lediglich zu der preußischen Wahlrechtsfrage tauchen ab und zu engagierte Artikel auf. Die Friedenserklärung vom 5. Oktober 1918 und der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden werden gutgeheißen⁴⁸ und die Demokratisierung im Innern begrüßt; in ihrer Ausgabe vom 8. November 1918 hebt die Gewerkschaft hervor, daß man im Laufe des vergangenen Monats Ergebnisse erzielt hätte, für die sonst Jahrzehnte notwendig gewesen wären⁴⁹.

Offen enttäuscht über den Kronverzicht des Kaisers zeigten sich die christlichen bayerischen Staats- und Gemeindearbeiterorganisationen:

Die neue Regierung ist nun da, und die alte Gewalt hat kapituliert. Mit dieser Tatsache haben wir uns abzufinden. (...) Selbstverständlich braucht deswegen kein einziger Staatsbürger in Bayern seine politische und religiöse Überzeugung zu ändern. (Anm. 50)

Auch auf seiten des Gemeindearbeiterverbandes und des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals, wie sich der Süddeutsche Eisenbahnerverband nach der Gründung des Deutschen Eisenbahnerverbandes und seiner Ausdehnung auf Sachsen nannte, weckte der Wechsel von der Monarchie zur Republik, deren Entstehung mit ungläubigem Staunen zur Kenntnis genommen wurde, eher verhaltene Reaktionen. Die Erwartungen gingen zunächst lediglich dahin, "daß sich die Entwicklung weiter in ruhigen Bahnen vollziehen möge" und die Eisenbahner "nicht nur schöne Worte, sondern auch klingenden Lohn und Erleichterungen im Dienst und in der Arbeit" erhielten⁵¹.

Der Gemeindearbeiterverband empfahl seinen Mitgliedern, die Arbeit aufrechtzuerhalten, "um die lebensnotwendigen Dinge für die Allgemeinheit, Licht, Kraft, Wasser usw. sicherzustellen"⁵². Dieselbe Empfehlung richtete die Gewerkschaftskommission in Berlin auf Anfragen an die Arbeiter der städtischen Betriebe; ähnliche Anordnungen trafen die Arbeiter- und Soldatenräte in Kiel und mehreren anderen Orten⁵³. Auch von den anderen größeren Staats- und Gemeindearbeiterorganisationen ergingen in den ersten Tagen der Revolution Aufrufe an die Mitglieder, Ruhe und Ordnung zu bewahren und den dienstlichen Verpflichtungen in verstärktem Maße nachzukommen⁵⁴.

Anders als die christlichen Organisationen, die der Republik eher skeptisch und abwartend gegenüberstanden, begrüßte der Gemeindearbeiterverband die politischen Veränderungen; vor allem aber verfügte er in dem Konzept des Gemeindesozialismus über ein theoretisches Modell, das es ihm erlaubte, die während des Krieges in der Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen gesammelten Erfahrungen relativ bruchlos in ein breites Programm zur sozialen und wirtschaftlichen Besserstellung der Gemeindearbeiterschaft umzusetzen, um langfristig "Schritt für Schritt organisch die jetzige Volkswirtschaft in eine soziale und sozialistische um(zu)leiten"⁵⁵. Dabei setzte er von Anfang an auf einem so rationalisierten Niveau der Interessenvertretung und Konfliktregelung an, daß sich das an der Basis aufgestaute Konfliktpotential eigene, von der Verbandsführung und der Verbandsbürokratie kaum mehr kontrollierbare Artikulationsmöglichkeiten suchte. Nun erst machte sich im kommunalen und staatli-

chen Bereich die Gefahr bemerkbar, daß den Gewerkschaften die Führung über die unorganisierten Arbeiter und die eigene Basis entgleiten könnte.

+ + +

Das Verhältnis von Stadtverwaltung und gewerkschaftlicher Organisation während des Ersten Weltkriegs vermittelt kein einheitliches Bild. Die Verzögerung von Mitbestimmungsmöglichkeiten durch die Kommunen gehört ebenso dazu wie die Anerkennung des Koalitionsrechts und die Einschränkung der polizeilichen, gerichtlichen und diversen innerbetrieblichen Schikanen gegenüber den Gewerkschaften. Es enthält umgekehrt die Anerkennung der besonderen dienstlichen Verhältnisse in den öffentlichen gemeinnützigen Betrieben seitens der Gewerkschaften und damit deren freiwilligen Streikverzicht. Im kommunalen Bereich war dies lediglich eine stillschweigende, vorläufige Übereinkunft, die nur für die Kriegszeit Geltung besitzen sollte. Die Hinzuziehung der Gewerkschaften zu kommunalpolitischen Aufgaben beinhaltete sowohl eine Integration bislang als staatsfeindlich bezeichneter Organisationen und Arbeitergruppen in den bürgerlichen Staat als auch die Abwälzung sozialer Lasten auf die Arbeiterorganisationen. Handlungs- und Motivationsebene traten dabei oft auseinander. Der praktischen Anerkennung der Gewerkschaften entsprach kein entsprechender Gesinnungswandel der kommunalen oder staatlichen Obrigkeit; vor allem der Staat behielt sich bei seinen Entscheidungen die Option für eine neuerliche Repression vor und traf Vorkehrungen für den Fall, daß sich die unter den Kriegsbedingungen als nützlich erweisenden sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kräfte eines anderen besinnen und von der Burgfriedenspolitik abrücken sollten. Die Gewerkschaften ihrerseits entwarfen ihre eigenen Pläne zur Übergangswirtschaft und zukünftigen gesellschaftlichen Ordnung. Die Kampfansage des Machtstaates, die dieser vor dem Ersten Weltkrieg an die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie gerichtet hatte, wurde während des Krieges nicht mehr ausgetragen. Dieser soziale und politi-

sche Konflikt erfuhr jedoch keine offene, von den Konfliktparteien von sich aus, kraft besserer Einsicht forcierte Rationalisierung und Beilegung, sondern wurde von einem größeren, nationalen Konflikt überlagert, dessen Wesen kaum analysiert wurde. Zumindest auf seiten der Gewerkschaften bestand bei Kriegsausbruch eine erstaunliche Theorielosigkeit. Ebenso lapidar, wie sich der Gemeindearbeiterverband zu Beginn des Krieges dem aktuellen Tagesgeschehen zuwandte, um "in aller Ruhe"⁵⁶ anzupacken, was da war, ohne zu fragen, woher das kam und welche Wurzeln das hatte, kommentierte er vier Jahre später den Wunsch nach einem wie auch immer gearbeteten Frieden: soundsoviele Tote sind genug, Deutschland hat den Krieg nicht gewonnen, machen wir Schluß⁵⁷.

Dabei drängt sich die Frage auf, ob die Gewerkschaften ihr hohes Maß an Konfliktpazifizierung und Zusammenarbeit mit den traditionellen Gewalten nicht mit einem zu hohen Preis bezahlten. Sie waren 1918/19 weder in der Lage, die Konfliktdisposition an der Basis adäquat einzuschätzen und zu kanalisieren, noch auf friedlichem Wege eine fundierte Umwälzung im demokratischen Sinne herbeizuführen. Die Leitungen der Verbände waren in verblüffendem Maße theoretisch wie praktisch von dem realen Geschehen isoliert. Die Gemeindearbeiter befanden sich dabei in einer besonderen Situation. Unter den Bedingungen der Revolutionstage konnte der Gemeindearbeiterverband die Forderungen nach tarifvertraglicher Regelung der Arbeitsverhältnisse, der Angleichung der Lohn- und Dienstverhältnisse an die der Beamten und der Anerkennung des uneingeschränkten Koalitionsrechts ohne nennenswerte Widerstände durchsetzen. Diese Verhandlungserfolge konnten jedoch nicht verhindern, daß die Basis zu autonomen Formen des Protestes und der Interessenartikulation überging, die in ihrer Bandbreite von antisozialdemokratischen Beamtenstreiks bis hin zum Rätewesen die ganze Widersprüchlichkeit der Gemeindearbeiterbewegung deutlich machten.

3. Wandel 1918 - 1921

I. Rechtslage

Hinsichtlich der Rechtslage lassen sich drei Bereiche hervorheben, die nach dem 9. November 1918 einem deutlichen Wandel unterlagen: das Koalitions- und Streikrecht, die Möglichkeiten zur Konfliktregelung und Mitbestimmung und die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse.

Das uneingeschränkte Koalitions- und Streikrecht für Gemeinde- und Staatsarbeiter, wie es im November 1918 vom Rat der Volksbeauftragten und der preußischen Regierung ebenso allgemein wie interpretationsbedürftig verkündet wurde, sah sich bald einer Reihe von Maßnahmen gegenüber, welche die Sicherstellung der Funktionen gemeinnötiger Betriebe zum Ziel hatten.

Im Dezember 1918 beließ es das Reichsarbeitsministerium zunächst bei einer Verordnung, die sich als vorläufige Regelung bis zur Verabschiedung einer Schlichtungsordnung an die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes anlehnte. Die Kontinuität, die darin zum Ausdruck kam, fand ihre Entsprechung in dem Konfliktverhalten der großen Gemeinde- und Staatsarbeiterorganisationen, die ihre Mitglieder im November 1918 aufriefen, "nicht Politik zu treiben, sondern Dienst zu tun"¹ und die Interessen der Allgemeinheit bei allen Lohnbewegungen zu wahren². Noch schien der Konsens, der sich vor und während des Ersten Weltkriegs herausgebildet hatte, gewahrt: das Wohlergehen der Allgemeinheit und die Aufrechterhaltung wichtiger Funktionen des Staates dürften nicht durch die Verfolgung von Einzelinteressen, wie sie die Bestrebungen nach einer Besserstellung der Arbeiter darstellten, beeinträchtigt werden; die praktische Anwendung des Streiks als gewerkschaftliches Kampfmittel in gemeinnötigen, zumal staatlichen Betrieben verbot sich demzufolge von selbst.

Die Erfahrungen der Kriegszeit hatten diesen Konsens vor aller Augen geführt:

Die deutschen Eisenbahner haben samt und sonders ohne Ausnahme bewiesen, daß sie von höchstem vaterländischen Pflichtbewußtsein erfüllt sind. Diese Tatsache ist wiederholt von den maßgebenden Behörden öffentlich aner-

kannt worden. (...) Daß in Deutschland der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbetrieb nicht durch Streiks behindert werden darf, darüber herrscht unseres Erachtens im ganzen Volke, abgesehen von wenigen Querköpfen oder theoretischen Dogmatikern, vollste Einigkeit. (Anm. 3)

Die Leitungen der großen Gemeinde- und Staatsarbeiterorganisationen waren auch durchaus bereit, einer dementsprechenden Interpretation des von ihnen geforderten uneingeschränkten Koalitionsrechts zuzustimmen, und taten alles, um eine Politisierung und Radikalisierung der Anfang 1919 einsetzenden Bewegungen der Staats- und Gemeindearbeiter zu verhindern⁴. Die nach einer anfänglichen Phase des Zuwartens Anfang 1919 im ganzen Reich einsetzenden Streiks und Unruhen, Arbeitsverzögerungen und politischen Demonstrationen waren jedoch von den Gewerkschaften kaum mehr zu kontrollieren.

Die neuerlichen Maßnahmen des Staates zur Streikverhütung und Streikverhinderung richteten sich nicht mehr gegen die freien Gewerkschaften, wie sie das Kaiserreich gekannt hatte, sondern gegen die Gefahr wilder Streiks, die unter kommunistischer oder autonomer Führung ohne das Zutun der Gewerkschaften bzw. gegen deren erklärten Willen durchgeführt wurden. Die unterschiedliche Zielrichtung der staatlichen Maßnahmen, die es mit veränderten Formen des sozialen Konflikts, von Arbeitskampf und Streik zu tun hatten, besagte jedoch nichts über die neuerliche repressive Wirkung solcher Überlegungen.

Der bis Frühjahr 1919 ausgearbeitete Referenten-Entwurf einer Schlichtungsordnung stieß auf allen Seiten auf Kritik. Der Gemeindearbeiterverband beanstandete die neuerliche Einschränkung des Streikrechts und die Schwerfälligkeit des bürokratischen Apparats; sowohl der Vorstand des ADGB als auch der Gemeindearbeiterverband lehnten die Technische Nothilfe als staatliche Streikbrecherorganisation ab⁵. Die Gemeindearbeiterorganisationen gerieten 1919/20 in eine zunehmend prekäre Lage; einerseits wandten sie sich energisch gegen eine neuerliche Einschränkung des Streikrechts und stellten sich beim Kapp-Putsch an die Spitze des Generalstreiks, andererseits vertraten sie in der Praxis eine Linie, die den Streik in gemeinnötigen Betrieben nur unter Beachtung der Interessen der Allgemeinheit für zulässig erachtete; gleichzeitig waren sie kaum mehr in der Lage, ihre Strategie und

Taktik an der Basis durchzusetzen.

Auf dem Hintergrund eines "unter offener Umgehung der Gewerkschaften und unter kommunistischer Leitung angezettelt(en) Berliner Elektrizitätsarbeiterstreiks"⁶ erließ der Reichspräsident, gestützt auf den Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung, folgende Not-Schlichtungsordnung:

In Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, sind Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen (Streiks) erst dann zulässig, wenn der zuständige Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt hat und seit der Verkündung des Schiedsspruchs mindestens 3 Tage vergangen sind. (Anm. 7)

Zu widerhandlungen wurden mit Gefängnis oder Geldstrafe bis 15.000 M geahndet. Die Not-Schlichtungsordnung trat mit Wirkung vom 10. November 1920 in Kraft. Sie stellte das Reich und den Reichsinnenminister über die Stadtverwaltungen und ermöglichte eine gewaltsame Beendigung wilder Streiks durch den Einsatz der Technischen Nothilfe. ADGB-Vorstand und Gemeindearbeiterverband lehnten die Notverordnung ab und wandten sich in den Beratungen der Schlichtungsordnung, die dem Reichstag im Januar 1921 vorgelegt werden sollte, gegen jede Einschränkung des Koalitionsrechts. Die Position des Gemeindearbeiterverbandes war jedoch durch die Vorgänge der Jahre 1919/20 geschwächt; er hatte nicht nur an Autorität gegenüber der Basis verloren, sondern infolge der enormen Ausdehnung seiner Mitgliedschaften viel an gewerkschaftlicher Disziplin und Schulung eingebüßt.

Grundgedanke des Schlichtungsgesetzes war die Bildung freier, von den Tarifparteien vereinbarter Schlichtungsstellen, die eine friedliche Beilegung von Arbeitskämpfen durch Verhandlung, Vereinbarung oder Schiedsspruch ermöglichen sollten. Streik und Aussperrung blieben als letzte Mittel bestehen. Auf kommunaler Seite hatte bereits der im Jahr 1920 abgeschlossene Reichsmanteltarifvertrag die Errichtung von Schiedsstellen für gemeindliche Arbeitertarifsachen gebracht. Die Schiedsstellen waren für die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Betriebsleitungen und den Arbeitern zuständig. Die örtlichen Schiedsstellen umfaßten je zwei bis fünf Vertreter der Stadtgemeinde und der Arbeitnehmer sowie je nach Bedarf ein bis drei Unparteiische. Gegen die Entscheidungen der örtlichen Schiedsstellen war eine Be-

schwerdemöglichkeit beim Zentralausschuß für Arbeitertarifsachen in Berlin-Charlottenburg gegeben. Die Entscheidungen dieses Zentralausschusses waren endgültig⁸.

Sowohl die staatlichen als auch die kommunalen Schlichtungsstellen knüpften an Einrichtungen und Rechtstraditionen an, die in die Zeit des Ersten Weltkriegs und die beiden Jahrzehnte davor zurückreichen. Neben dem Hilfsdienstgesetz kommen hier vor allem die früheren Einigungsämter in Betracht, denen die staatlichen Schlichtungsstellen im wesentlichen nachempfunden waren⁹. Hinzu kam, daß in der breiten Diskussion über ein gesondertes Staatsarbeiterrecht, über das Koalitionsrecht der Eisenbahner und das Streikrecht der Arbeiter in gemeinnützigen Betrieben konkrete Vorschläge von seiten der Kommunalpolitiker, Staatsrechtler und bürgerlichen Sozialreformer vorlagen, auf deren Verwirklichung die Gemeindearbeiterorganisationen seit Jahren drängten. Insofern stellten die Umwälzungen im November 1918 hinsichtlich der Rechtslage keinen Bruch, sondern vielmehr eine Realisierung bereits vorstrukturierter Normen dar, die nun auf dem Boden einer endgültigen Anerkennung des Koalitions- und Streikrechts mit konkretem Leben gefüllt werden konnten. Der Anerkennung des Koalitionsrechts der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Ersten Weltkrieg hatte die Ausgestaltung auf innerbetrieblicher Ebene, die Verwirklichung von Mitbestimmungsrechten der Arbeiter und ihrer Organisationen gefehlt. In der Weimarer Republik waren es gerade die bis dahin von den Kommunen fast vollständig verweigerten Tarifabschlüsse und das Betriebsrätegesetz, die zusammen mit der Beseitigung der alten Rechtsunsicherheit eine völlig veränderte Rechtsbasis schufen¹⁰.

Der vom Gemeindearbeiterverband geforderte Ausbau der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Funktion der Arbeiterräte¹¹ wurde allerdings durch das Betriebsrätegesetz nicht erbracht. Zwar hielt sich der Verband in der Kritik des Gesetzes zurück, betonte aber, "daß dieses Gesetz in vieler Beziehung für die Arbeiter eine Enttäuschung ist"¹². Vor allem bedauerte man die zu geringe Betonung der "Verantwortlichkeit" und "Selbstverantwortung" der Räte, wozu eine breitere "Rechtsbasis für die Arbeiter" nötig gewesen wäre¹³.

Das Zurückbleiben der Errungenschaften der Revolution

hinter den gesteckten Erwartungen und das allmähliche Wiedererstarren der gegnerischen Kräfte, das sich nicht nur in der Streikrechtsfrage, sondern auch in den heftigen Angriffen der Arbeitgeberorganisationen der Privatindustrie gegen die Reichstarifverträge¹⁴ zeigte, waren durch die Führungsschwäche der Gewerkschaften in der Revolution mitbedingt.

Insgesamt konzentrierte sich die Arbeit des Gemeindearbeiterverbandes nach Kriegsende darauf, die ohne sein Zutun und meist gegen seinen Willen ausgebrochenen Streiks in geordnete Bahnen zu lenken und mit der Arbeitgeberseite zu einer Verständigung über den Aufbau konfliktregulierender Einrichtungen und einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu gelangen. Auf diesem gewohnten Gebiet der Verhandlungen, der Beratungen, des Dienstweges erreichte der Verband binnen kurzem die Verwirklichung von Programmpunkten, die er seit seiner Gründung gefordert hatte. Sowohl die Verhandlungen als auch die erzielten Ergebnisse spielten sich jedoch in einem Raum ab, der von der spontanen Bewegung an der Basis weitgehend abgeschottet war. Zwar prägten die von den Organisationen, zum Teil gemeinsam erreichten Tarifabschlüsse die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiterschaft, zwar hoben die erzielten Vereinbarungen den Lebensstandard der Gemeindearbeiter in nie gekannter Weise, doch fanden all diese Erfolge aufgrund des allgemeinen politischen Klimas, in dem sie erzielt wurden, nicht die adäquate Würdigung.

Ein Grund lag in der Zurückhaltung der Verbandsleitung hinsichtlich der von ihr erhobenen Forderungen; bereits 1904, als dem Verband in der Koalitionsrechtsfrage und der gewerkschaftlichen Taktik vorgeworfen wurde, ungeachtet unabdingbarer gewerkschaftlicher Grundsätze nur das Machbare zu fordern¹⁵, hatte sich der Verband den von der Obrigkeit vorgegebenen Rahmenbedingungen angepaßt. Dieses Reagieren auf Veränderungen, die ohne sein Zutun zustande kamen, war wiederum für die Haltung im Oktober und November 1918 kennzeichnend. Die Regierung unter dem neuen Reichskanzler Prinz Max von Baden wurde als "eine große Tat - denn das ist die plötzliche Demokratisierung im Innern"¹⁶ - gefeiert; man sah Deutschland bereits auf dem Wege vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat¹⁷. Das Ausmaß der politischen Neugestaltung ent-

sprach den Wünschen der Verbandsleitung, und es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sie sich damit zufriedengegeben hätte.

Nachdem die Revolution ausgebrochen war, paßte sich der Verbandsvorstand den veränderten Bedingungen an und forderte im kommunalen Bereich ähnliche Vereinbarungen, wie sie das Stinnes-Legien-Abkommen zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften beinhaltete¹⁸. Im November 1918 wandte sich der Verbandsvorstand mit dem Ersuchen an die Stadtgemeinden, den Abmachungen zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften beizutreten. Annähernd 200 Stadtgemeinden antworteten positiv. Daraufhin setzte der Vorstand des Deutschen Städtetages am 10. Januar 1919 eine Unterkommission ein, die am 30. Januar und 3. Februar 1919 mit Vertretern des Verbandsvorstandes des Gemeindearbeiterverbandes verhandelte. Dabei einigte man sich auf bestimmte "Richtlinien", die selbst keinen rechtsverbindlichen Tarifvertrag darstellten, sondern lediglich zu den wichtigsten Fragen des Gemeindearbeiterverhältnisses allgemein Stellung nahmen und einen Rahmen für örtlich abzuschließende Tarifverträge zwischen den einzelnen Stadtgemeinden und dem Gemeindearbeiterverband absteckten¹⁹. Der Geltungsbereich dieser am Stinnes-Legien-Abkommen orientierten "Richtlinien" umfaßte alle städtischen Arbeiter mit Ausnahme der Straßenbahner und der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, für die besondere Regelungen vorbehalten blieben. Der zu den "infolge der politisch gespannten Lage (...) sehr beschleunigten Beratungen" nicht hinzugezogene christliche Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner stimmte später den getroffenen Vereinbarungen zu²⁰. Diese "Richtlinien" beinhalteten die Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Vertretungen der Arbeiter und die Gewährung der Koalitionsfreiheit²¹.

Ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, schlossen noch im Verlauf des Jahres 1919 die meisten Städte mit den Gemeindearbeiterorganisationen örtliche Tarifverträge ab. Dieser Wandel in der Tarifvertragspolitik brachte zwar langfristige Veränderungen in der Haltung der Kommunen zum Ausdruck, war jedoch nur auf dem Hintergrund der realen Machtverhältnisse, wie sie die Revolution geschaffen hatte, durchführbar: "Es mußte erst eine Revolution kommen, um end-

lich die Frage der Tarifabschlüsse in Gemeindebetrieben in Fluß zu bringen."²² So hatte der Erste Weltkrieg zwar den Organisationsgedanken gefördert, die Zahl der Tarifverträge und der von ihnen erfaßten Personen war jedoch von 1914 bis 1917 zurückgegangen²³. Die im Laufe des Ersten Weltkriegs einsetzenden Bemühungen um einen organisatorischen und inhaltlichen Ausbau der Arbeiterausschüsse und die Hinzuziehung von Arbeitern zur Festsetzung der Dienst- und Fahrpläne bei den staatlichen Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltungen wiesen in die Richtung einer zunehmenden Anerkennung der Arbeitnehmerseite im Arbeitsverhältnis²⁴. Auch der Arbeitskammergesetz-Entwurf sah gemäß § 6 die Einbeziehung der gesamten Reichs- und Staatsarbeiterschaft vor²⁵. Doch an der strikten Gegnerschaft der Gemeindeverwaltungen gegenüber Tarifverträgen änderte sich deswegen nichts. Die Anerkennung der Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg brachte noch nicht die entscheidende Wende in der Ausgestaltung des kommunalen Arbeitsverhältnisses von einem Machtverhältnis zu einem wirklichen Rechtsverhältnis: "Erst die revolutionären Folgeerscheinungen des Weltkrieges brachten auf dem Gebiete für unsere Organisation grundstürzende neue Verhältnisse mit sich."²⁶

Vor allem bei den maßgeblichen Stellen des Reiches und der Gliedstaaten, die schon im Ersten Weltkrieg dem Tarifgedanken positiver gegenüberstanden als die Kommunen, setzte sich 1918/19 die Auffassung durch, daß der Abschluß von Tarifverträgen aufgrund der dadurch zu erzielenden Stetigkeit der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch für den Arbeitgeber von Vorteil wären. Auf einer am 14. Februar 1919 im Reichsarbeitsamt abgehaltenen Sitzung bezüglich der Regelung der Arbeitsbedingungen für Staatsarbeiter sprachen sich mit Ausnahme des Vertreters des Reichsschatzamtes alle anderen anwesenden Vertreter der einzelnen Ministerien und Ämter grundsätzlich für die Einführung tarifvertraglicher Regelungen aus. Im Gegensatz zu den Reichs- und Staatsbehörden Groß-Berlins trat insbesondere Reichsarbeitsminister Bauer, unterstützt vom Reichsministerium und der Reichsregierung, für den Abschluß von Tarifverträgen ein²⁷.

Insgesamt waren im Jahr 1920 481 Tarifverträge für rund 305.000 Beschäftigte in 739 Gemeinden und 103 Staatsbehörden

sowie einer Reihe von Kreis- und Provinzialverwaltungen, Reichsbehörden und gemeinnützigen Privatbetrieben in Kraft²⁸. Diese Tarifverträge waren in Form von Reichs-, Bezirks- oder Ortstarifen abgeschlossen und orientierten sich im wesentlichen an den Anfang 1919 abgeschlossenen "Richtlinien" des Deutschen Städtetages und des Gemeindearbeitervverbandes²⁹.

Damit hatten sich die Rechtsgrundlagen der Gemeindearbeiterschaft grundlegend verändert. Anders als die wenigen Tarifverträge vor und während des Ersten Weltkriegs besaßen die neuen Abschlüsse eine gesetzlich verankerte Rechtswirksamkeit. In der Vorkriegszeit war in erster Linie die von der Stadtgemeinde beschlossene Arbeitsordnung die Rechtsgrundlage für die Ansprüche der Gemeindearbeiter. Die auf der Grundlage einer solchen Arbeitsordnung abgeschlossenen Arbeitsverträge galten vor dem Gewerbegericht als unabdingbares Recht. Erst mit der Verordnung vom 23. November 1918 erhielt der Tarifvertrag einen rechtlichen Schutz.

Ein weiterer entscheidender Wandel berührte den Inhalt der nach 1918 abgeschlossenen Tarifverträge. Die bisherigen Arbeitsverträge und Tarifverträge hatten lediglich die Festsetzung der Arbeitszeit, des Verhaltens der Arbeiter und der Strafbestimmungen enthalten, die Löhne und Überstundenzuschläge geregelt und nur in geringem Maße die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse in rechtlicher und sozialer Hinsicht berührt. Demgegenüber schufen die Tarife nach 1918 nicht nur ein einheitliches Recht für alle bei einer Gemeinde beschäftigten Arbeiter, sondern verwirklichten die von den Gewerkschaftsorganisationen seit Jahrzehnten geforderten Mitbestimmungsrechte. Insofern kommt in den Tarifen von 1919/20 eine Kontinuität zum Tragen, die von den ersten Programmen des Gemeindearbeitervverbandes über die Er kämpfung von Arbeitsordnungen und der Einführung von Arbeiterausschüssen bis zur Anerkennung des Koalitionsrechts und der Verankerung von Mitbestimmungsrechten im Betriebsrätegesetz führt.

II. Soziale Lage

Die Veränderungen in der Rechtsgrundlage der Gemeinde-

arbeiterverhältnisse waren mit einem deutlichen Wandel in der sozialen Lage der Gemeindearbeiterschaft verbunden. Nachdem es im Ersten Weltkrieg weder zu Stellenhebungen noch zur Schaffung neuer Stellen kam, mußten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach Kriegsende den veränderten Bedingungen angepaßt werden. Neben der neugeschaffenen Rechtsbasis bildeten die erfolgreichen Lohnbewegungen von 1918/19 und die Einführung der generellen achtstündigen Arbeitszeit die wichtigsten Errungenschaften der Revolution³⁰.

Nach der Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen während des Ersten Weltkriegs standen die Wiedereingliederung der nach Hause zurückkehrenden Soldaten und die Sicherung eines auskömmlichen Lohnes für alle Gemeindearbeiter im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Bestrebungen³¹. So waren die allorts stattfindenden Lohnbewegungen des Gemeindearbeiterverbandes in den unruhigen Tagen um die Jahreswende 1918/19 gleichsam ein ruhender Pol, der die Kontinuität der Gemeindearbeiterbewegung inmitten sich verändernder Formen des sozialen Protests unterstrich. Die meisten dieser Lohnbewegungen standen unter der Leitung des Verbandes, verliefen ohne Arbeitseinstellung in dem gewohnten Rahmen von Eingaben und Verhandlungen. Für viele der bis dahin unorganisierten, oft in Apathie dahinlebenden Gruppen der Gemeindearbeiterschaft wie die Forst- und Landarbeiter bedeuteten die örtlichen Versammlungen den ersten Kontakt zum Verband und ihre ersten Erfahrungen in der Artikulation und Durchsetzung ihrer Interessen. Die konkreten Verhältnisse waren dabei sehr verschieden; hier spielten regionale und örtliche, aber auch betriebliche und sogar personelle Besonderheiten eine große Rolle. Insgesamt hatten sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bereits in den ersten zwei, drei Monaten nach der Revolution gebessert, der Lohnanstieg glich jedoch die Teuerung nicht aus³². Wie schon zu Beginn des Ersten Weltkriegs blieb die Zahl der Arbeitslosen in Gemeindebetrieben "erstaunlich gering"³³. Dazu kam, daß der Gemeindearbeiterverband aufgrund der durch den Mitgliederzustrom "gewaltig verbessert(en)"³⁴ Finanzen seine Unterstützungsleistungen in vollem Umfang aufrechterhalten konnte.

Die im Laufe der Jahre 1918/20 vom Gemeindearbeiterverband mit den Stadtverwaltungen in Anlehnung an die "Richtli-

nien" abgeschlossenen Tarifverträge brachten eine völlige Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die konkrete Ausprägung richtete sich nach regionalen und örtlichen Gegebenheiten. An einigen Orten, etwa in Rheinland-Westfalen und im Osten, wurden erst Filialen des Verbandes aufgebaut, an anderen verfügte der Verband über alte Mitgliedschaften und gewachsene Verbindungen zur Kommunalbürokratie. Im Süden waren die Ausgangsbedingungen aufgrund der traditionell fortschrittlicheren Sozialpolitik der Kommunen besser als im Norden und Westen des Reiches. All die verschiedenen Ausformungen der kommunalen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Orts- und Bezirkstarifen liefen jedoch auf einen gemeinsamen Nenner hinaus: die Angleichung der Löhne, der Altersversorgung und der sonstigen sozialen Vergünstigungen an die Einkommensentwicklung und Altersversorgung der Beamten. Die Arbeiterlöhne wurden vereinheitlicht und in Anlehnung an die Beamtengehälter gestaffelt; die Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeiter wurde den Pensionsbestimmungen der städtischen Beamten angeglichen³⁵.

Die Politik der Arbeiterstabilisierung und Arbeiterverbeamtung, die vor dem Ersten Weltkrieg in erster Linie rechtliche und ideologische Ziele verfolgt hatte, erfaßte nun auch die materiellen Verhältnisse der Arbeiter. Während einerseits die Lohn- und Arbeitsbedingungen und die soziale Seite des Arbeitsvertrages wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, Alters- und Hinterbliebenenversorgung, Arbeiterschutz etc. verbessert wurden, fielen andererseits die früheren rechtlichen Benachteiligungen fort. Die Gemeindearbeiterschaft verlor ihre rechtliche Sonderstellung gegenüber den Privatarbeitern und erfuhr gleichzeitig eine weitere beamtenähnliche Privilegierung: einerseits Angleichung an die Arbeiterschaft und Nivellierung der früheren vielgestaltigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, andererseits erneute Besserstellung und gesellschaftliche Integration. Arbeiter, Angestellte und Beamte näherten sich einander an, formten sich allmählich zum "Personal" im "öffentlichen Dienst" um. Gefördert wurde dieser Prozeß der Nivellierung und Integration durch die überproportionale Aufblähung des kommunalen Sektors in den Jahren 1919 bis 1922, welche die durch die Frauenarbeit ohnehin bereits aufgebrochene Personalstruktur

weiter veränderte. Eine erneute Ausdehnung der kommunalen Regie verwischte die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Sektor, die bereits vor 1914 durchlässig geworden waren, und relativierte die Bedeutung der traditionellen Berufsgruppen wie der Gasarbeiter sowohl innerhalb der Gemeindearbeiterschaft als auch der Verbände.

Eine weitere wichtige Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit zeigten die neuen Aufstiegsmöglichkeiten im kommunalen Bereich: "Freie Bahn dem Tüchtigen!"³⁶ war nicht nur ein Motto der staatlichen Verkehrsbediensteten, sondern brachte eine Aufbruchsstimmung unter dem Personal aller öffentlichen Betriebe zum Ausdruck. Gerade auf diesem Gebiet erfuhren die Arbeiter jedoch eine Enttäuschung, ebenso wie in der Frage der "Demokratisierung der Betriebe"³⁷. Sowohl der Ausbau der Arbeiterräte, den der Gemeindearbeiterverband befürwortete, da seiner Erfahrung nach das Nebeneinander von Gewerkschaften und Räten in Gemeindebetrieben von Nutzen war³⁸, als auch die Aufstiegchancen der einfachen Arbeiter und unteren Beamten in die mittleren Laufbahngruppen waren vorübergehende Erscheinungen, die durch das Betriebsrätegesetz und den Personalabbau seit 1923 auf ein von den Arbeitern subjektiv als enttäuschend empfundenen Maß begrenzt wurden. Die kommunale Bürokratie hatte die Wirren der Novembertage weitgehend unbeschadet überstanden. Die soziale und politische Einstellung der Verwaltungsbeamten blieb hinter der wirtschaftlichen und rechtlichen Entwicklung zurück, so daß unter den Arbeitern bald Klagen laut wurden, die Verwaltungen hätten "die Revolution verschlafen"³⁹.

Das Zurückbleiben der Mitbestimmungsrechte und Aufstiegchancen hinter den geweckten Erwartungen, die Beeinträchtigung der Lohnaufbesserungen durch die allgemeine Teuerung und das vage Gefühl, daß man mehr hätte erreichen können, ließen Teilen der Gemeindearbeiterschaft die erreichten Erfolge geringer erscheinen, als sie es verglichen mit anderen Arbeitergruppen und den Verhältnissen früherer Tage waren.

III. Sozialer Konflikt, Arbeitskampf und Streik

Der Gemeindearbeiterverband, der bereits vor 1914 zu der einflußreichsten und mitgliederstärksten Organisation der Gemeindearbeiter aufgestiegen war, erlebte nach dem 9. November 1918 eine "beispiellose Aufwärtsentwicklung"⁴⁰ und wurde binnen kurzem zur dominierenden Organisation unter den Gemeinde- und Staatsarbeitern. Ausnahmen bildeten nur noch die Eisenbahner, der staatliche Bergbau und die Straßenbahnen. Die zweitgrößte Organisation im kommunalen Bereich war der christliche Staats- und Gemeindearbeiterverband⁴¹. Die überragende Rolle des Gemeindearbeiterverbandes kam besonders deutlich bei der Entstehung der "Richtlinien" für örtlich abzuschließende Tarifverträge zum Ausdruck, als der Verband de facto als die Gemeindearbeiterorganisation anerkannt wurde.

Obwohl dem Verband seit Beginn des Ersten Weltkriegs keine Hindernisse bei der Mitgliederwerbung mehr in den Weg gelegt wurden, setzte der Mitgliederzuwachs erst im November 1918 ein: "Dabei hat sich die Entwicklung sozusagen über Nacht, nämlich seit den November-Revolutionstagen vollzogen!"⁴² Dafür waren mehrere Gründe ausschlaggebend. Zunächst einmal konnte das während des Ersten Weltkriegs veränderte Verhältnis von Stadtverwaltung und Gewerkschaften nicht ohne weiteres einen Niederschlag in der Mitgliederentwicklung finden; vor allem in den letzten beiden Kriegsjahren war die Zahl der zum Kriegsdienst Eingezogenen sehr groß; hinzu kamen die Abwanderung erfahrener Werkstätten- und Betriebsarbeiter in die Privatindustrie und die hohe Fluktuation unter den neu aufgenommenen weiblichen Mitgliedern. Schließlich darf man nicht vergessen, daß trotz der Anerkennung der Gewerkschaften das Organisationsfeld des Verbandes auf die Gemeindebetriebe beschränkt blieb; die Staats- und Reichsbetriebe und -behörden standen weiterhin abseits. Erst in den Revolutionstagen baute sich innerhalb des Verbandes eine Staatsarbeitergruppe auf, die vor allem aus den Berliner Reichsbehörden Zulauf erhielt. Ein weiterer Grund für das rapide Mitgliederwachstum ab November 1918 liegt in dem Zustrom vormals indifferenter Arbeiter. Für das Organisations-

verhalten dieser Arbeiter dürften kollektive Stimmungslagen ausschlaggebend gewesen sein, wie sie durch die Revolution hervorgebracht wurden. Die Bewußtseinslagen dieser neuen Mitglieder waren heterogen, entsprechend ihrer unterschiedlichen Herkunft und Sozialisation, ihrer beruflichen Tätigkeit und ihren bisherigen politischen, religiösen usw. Ansichten. Darüber hinaus bringt der plötzliche Zustrom zum Verband jedoch auch die Überwachung und Reglementierung zum Ausdruck, die vor 1914/18 die politische und gewerkschaftliche Gesinnung der Arbeiter in öffentlichen Betrieben an ihrer Artikulation gehindert hatten. Dies trifft allerdings in erster Linie auf die Staatsarbeiter zu; im kommunalen Bereich war der Organisationsgrad Anfang 1914, zumindest in den Hochburgen der Gemeindearbeiterbewegung, bereits sehr hoch, so daß eine organisationshemmende Wirkung des koalitionsfeindlichen Klimas nur bedingt anzunehmen ist. So betrug der Organisationsgrad in Berlin und einem Teil der Vororte Anfang 1914 mehr als 50 Prozent⁴³. Abgesehen von all diesen Gründen ist der Mitgliederzuwachs in den Jahren 1919 und 1920 auf eine Vergrößerung des Organisationsfeldes selbst zurückzuführen. Die Kriegsheimkehrer und die neuerliche Ausdehnung der kommunalen Regie führten zu einer Aufblähung der Staats- und Gemeindebetriebe, die sich in einem entsprechenden Mitgliederwachstum der Organisationen niederschlug; der starke Mitgliederrückgang in den Jahren 1923/24 war wiederum in erster Linie eine Folge des gewaltigen Personalabbaus in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben, der allein im Bereich der Berliner Ortsverwaltung des Gemeindearbeiterverbandes 22.000 Arbeitskräfte umfaßte⁴⁴.

Der Mitgliederzuwachs äußerte sich in den verschiedenen Städten und Regionen unterschiedlich. In Rheinland-Westfalen und im Osten des Reiches baute sich die Organisation erst auf, konnten zum ersten Mal selbständige Filialen gegründet werden. Die Ausdehnung des Organisationsgebietes des Verbandes setzte sich noch fort, als der Mitgliederzuwachs bereits stagnierte⁴⁵. In vielen der neugewonnenen Orte konzentrierte sich die Gewerkschaftsarbeit auf die traditionellen Aufgaben: Lohnfragen, Acht-Stunden-Tag, Tarifverträge und hie und da noch die Anerkennung der Organisation. Das gewerkschaftliche Konfliktverhalten zeigte die bekannten Formen der Be-

einflussung der Gemeindegremien, der Verhandlungen und Eingaben. Hauptsächlichste Form der Interessenartikulation war die Versammlung, wobei meist Funktionäre aus den erfahreneren Filialen hinzugezogen wurden. Die rege Versammlungstätigkeit, die Anträge an die Stadtverwaltung und die Organisation der jungen Filialen waren die vordringlichen Aufgaben der Bewegung. Praktische Schwierigkeiten standen im Vordergrund: der Aufbau des Funktionärskörpers, schlechte Verkehrsverbindungen, Mangel an Führungskräften, Arbeitsüberlastung sowie im Westen die Probleme infolge der Besetzung des Rheinlandes, die eine mehrmalige Umstrukturierung der Gaueinteilung notwendig machte.

Der Mitgliederzuwachs verteilte sich nicht gleichmäßig auf die verschiedenen kommunalen und staatlichen Betriebe. Hatte der Verband vor 1914 in erster Linie diejenigen Arbeitergruppen repräsentiert, die mechanische Tätigkeiten verrichteten, so gewann nach 1918 der Dienstleistungssektor an Gewicht. Vor allem zwei Sektionen waren an dem Mitgliederzuwachs nach 1918 besonders beteiligt, die Reichssektion Gesundheitswesen mit rund 50.000 Mitgliedern im Jahr 1921 und einem starken Frauenanteil sowie die Staatsarbeitergruppe, die mit 10.000 Reichs- und Staatsarbeitern allein in Berlin ein völlig neues Element im Verbandsleben darstellte⁴⁶.

Die "Hochkonjunktur des Verbandes"⁴⁷ hatte jedoch nicht nur positive Auswirkungen. Die neu hinzukommenden Massen besaßen nur eine geringe gewerkschaftliche Schulung; der alte Funktionärskörper war kaum in der Lage, die räumliche und personelle Ausdehnung des Verbandes organisatorisch in den Griff zu bekommen; Taktik und Disziplin ließen nach, Wirrnis und Planlosigkeit nahmen zu⁴⁸. Die interne Schulung der neuen Mitglieder und organisatorische Aufgaben wurden die Hauptziele der Vorstandsarbeit. Die erstaunliche Kontinuität in der Leitung des Verbandes stand jedoch in einem fühlbaren Gegensatz zu dem Umbruch, der sich in der Gemeindearbeiterschaft und in der Verbandsmitgliedschaft vollzog. Der redaktionelle Aufbau des Verbandsorgans war derselbe wie vor 1914. Die Artikel - schon seit den Kriegsjahren sehr vage gehalten - widmeten sich allgemeinen Themen wie der Ruhrbesetzung und dem Versailler Friedensschluß, der Finanzlage der Städte, dem Gesundheitswesen und der Frauenfrage. Auf

die Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht⁴⁹ und Kurt Eisner⁵⁰ wird jeweils mit einem Gedicht Bezug genommen. Eine Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit sind die wiederholten Versuche, eine Annäherung an die Beamten zu erzielen und diese im Verband zu organisieren.

Diesem Bemühen diente 1920 die Bildung der "Freigewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmer" (Faka), der neben dem Gemeindearbeiterverband auch der Zentralverband der Angestellten, der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der Deutsche Werkmeister-Verband und der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner angehörten⁵¹. Ziel dieser Arbeitsgemeinschaft war es, eine Einheitsfront aus Arbeitern, Angestellten und Beamten zu schaffen. Der Verband reagierte damit auf die noch weitgehend ungeklärte Organisationsform der Beamten sowie auf die Angleichung der Arbeiter- und Beamtenverhältnisse durch die neuen Tarife; gleichzeitig hatte sich durch die Hinzunahme der Staats- und Reichsbehörden das Organisationsfeld des Verbandes verschoben, wodurch die klassischen Stützen des Verbandes an Gewicht verloren. Weiter bekam man bereits 1920 die Auswirkungen der städtischen Betriebseinschränkungen, der Einstellung der Notstandsarbeiten und des Personalabbaus bei den Staatsbetrieben zu spüren; im Laufe des Jahres 1920 stagnierte der Mitgliederzuwachs, bis schließlich ab Oktober 1920 ein Rückgang einsetzte⁵².

Die weitgehende Neutralität, die sich der Verband in der redaktionellen Arbeit auferlegte, führte 1919 und 1920 zu einer deutlichen Diskrepanz zwischen der gesellschaftlichen Realität und ihrer Widerspiegelung im Verbandsorgan. Erst im Jahresrückblick 1920 wurde - nun eher resignativ - zur politischen Entwicklung Stellung genommen, bedauerte man die verpaßten Chancen des 9. November 1918 und die Spaltung der Arbeiterbewegung⁵³. Die Gewerkschaft blieb das Organ des Verbandsvorstandes, transportierte dessen Meinung und wirkte vornehmlich als Schulungs- und Aufklärungsorgan für den Funktionärskörper. Die Ansichten der einfachen Mitglieder, die tatsächlichen Bewußtseinslagen, die internen Spannungen, die Mentalität der Arbeiter, deren Radikalisierung kamen darin gar nicht zum Ausdruck. Die Zeitung diente als Sprachrohr der Verbandsbürokratie. Diese stand vollständig auf der Sei-

te der MSPD und bemühte sich um die Einheit des Verbandes, den maßvollen Aufbau der Wirtschaft und bürgerlich-demokratische Einrichtungen. Verglichen mit den Anfängen des Verbandes fällt in erster Linie die Herausbildung dieses sozialdemokratischen Selbstverständnisses auf. Dieser Wandel verblaßte jedoch angesichts des Umbruchs, der die Gemeindearbeiterschaft und die Gemeindebetriebe seit den Kriegsjahren und verstärkt in der Revolution 1918/19 erfaßte und sowohl die Konflikt- und Betriebsgruppenstruktur als auch das Konfliktverhalten und die politische Orientierung der Gemeindearbeiterschaft veränderte.

+ + +

Bei der Untersuchung des Verhaltens der Gemeindearbeiter in der Revolution 1918/19 muß berücksichtigt werden, daß sie von nahezu allen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen im Konfliktfall dazu angehalten wurden, den Betrieb der Werke im Interesse der Allgemeinheit aufrechtzuerhalten. Die Beteiligung der Gemeindearbeiter an den Bewegungen im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, Bremen und München fand daher andere Ausdrucksformen als den Streik. Die Quellenlage über die Beteiligung von Gemeindearbeitern an den revolutionären Ereignissen ist äußerst dürftig. Sowohl die Gewerkschaftspresse als auch die Verwaltungsberichte der Städte geben darüber kaum Auskunft; aus den Gerichts- und Polizeiakten ist wiederum die Betriebszugehörigkeit, vor allem aber die Repräsentativität einzelner Arbeiter für das Verhalten der Masse kaum zu ersehen, während die Tagespresse in so starkem Maße spezifischen Interessen diene, daß ihre Verlässlichkeit in Frage gestellt werden muß. Insbesondere das politische Verhalten der Gemeindearbeiter entzieht sich daher einer detaillierten Kenntnis. Im folgenden stehen diejenigen Streiks und Konflikte im Vordergrund, die meist als ökonomische Kämpfe begannen und unter Mitwirkung der Gewerkschaften geführt wurden, einige politische Bewegungen, die sich aus den ökonomischen ergaben, sowie der Kapp-Putsch, bei dem die Gewerkschaften die Führung der Widerstandsaktio-

nen übernehmen.

Insgesamt gesehen verhielt sich die Gemeindearbeiterschaft im Gegensatz zu den Eisenbahnern eher konform. Die Mehrheit folgte dem Gemeindearbeiterverband und der durch ihn vertretenen Mehrheits-Sozialdemokratie. Der Verband arbeitete von Anfang an darauf hin, den Verwaltungsapparat der Städte zu erhalten, die Beamten in ihren Stellungen zu belassen und durch Verhandlungen eine Durchsetzung seiner Forderungen zu erreichen. Dazu zählten die Durchführung umfangreicher Notstandsarbeiten der Städte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Ausdehnung der kommunalen Regie, die tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Verankerung der Räte im Tarifvertrag. Zwar wollte die Verbandsführung den Arbeiterräten mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung zubilligen, als es das Betriebsrätegesetz schließlich vorsah, doch waren die Räte in ihren Augen ausschließlich Interessenvertretungen ohne mitbestimmende und vollziehende Gewalt. Sowohl in der Frage der Befugnisse der Räte als auch in der Forderung nach weiterer Kommunalisierung und Planwirtschaft verzichtete der Verband auf jede Verankerung eines politischen Mitspracherechts, wie er überhaupt die Sphäre einer wirklichen Verfügungsgewalt in seiner Programmatik ausgeklammert ließ. Für die Arbeiter, vor allem die unteren Beamten, spielten jedoch gerade diese Fragen eine Rolle. Bei allen ökonomischen Forderungen tauchten das Verlangen nach innerbetrieblichen Entscheidungsbefugnissen der Räte und die Forderung nach mehr Aufstiegsmöglichkeiten der Arbeiter und unteren Beamten in den mittleren Dienst auf. In Süddeutschland hatten sowohl die Eisenbahnverwaltung als auch die Stadtverwaltungen die soziale Scheidewand zwischen Arbeitern und Beamten schon in der Vorkriegszeit durchlässiger gemacht⁵⁴. Die Konfliktkerne lagen in der Gemeindearbeiterschaft an anderer Stelle als in der privaten Wirtschaft. Obwohl sich die Lebensverhältnisse durch den Krieg verschlechtert hatten, war die materielle Lage der Gemeindearbeiter weit besser als die der privaten Arbeiter.

In den Jahren 1918/19 spielte dabei vor allem die geringe Arbeitslosigkeit eine Rolle. Die heimkehrenden Soldaten und Kriegsgefangenen wurden, sofern sie vor dem Kriegsdienst in kommunalen Diensten gestanden hatten, fast alle wieder-

eingestellt⁵⁵. Mit den nach den "Richtlinien" örtlich, später regional und 1920 auf Reichsebene abgeschlossenen Tarifabkommen erreichten die Gemeindearbeiter eine Ausgestaltung des sozialen Arbeitsvertrages und eine Altersversorgung, die - wie in München - zu den günstigsten im ganzen Reich zählten⁵⁶. Je besser die ökonomischen Verhältnisse ausfielen, desto stärker wurden die geringen Mitsprache- und Aufstiegsmöglichkeiten kritisiert.

Zu den ersten Kontroversen kam es in Berlin⁵⁷, wenn gleich es in den meisten Gemeindebetrieben noch ruhig blieb:

Und wir waren bisher mit Recht stolz darauf, daß in städtischen Betrieben niemand den falschen Propheten glaubte, die wähen, allein mit politischer Demonstrations- oder gar Maschinengewehrtaktik mit dem Kapitalismus und der Menschausbeutung fertig zu werden.
(Anm. 58)

Ende Februar, Anfang März 1919 wuchs der Einfluß von USPD und KPD auch in einigen Gemeindebetrieben Berlins an⁵⁹. Neben den Elektrizitätsarbeitern waren es in erster Linie die Straßenbahner, die sich an wilden Teilstreiks Anfang 1919 beteiligten. Die anfangs ökonomischen Bewegungen der Eisenbahner nahmen noch während der Verhandlungen der beteiligten Verbände mit der preußischen Regierung einen politischen Zug an und mündeten in wilde Teilstreiks in Schlesien, Thüringen und Groß-Berlin. Die Arbeiter forderten die Rücknahme von Entlassungen, Mitbestimmungs- und Kontrollrechte, Lohnerhöhungen und die Einführung des Rátesystems⁶⁰.

Die Verhandlungen der Verbände - im wesentlichen der Deutsche Eisenbahnerverband und der Allgemeine Eisenbahnerverband - zogen sich seit März 1919 in die Länge; MSPD und freie Gewerkschaften lehnten die Forderungen der Arbeiter aufgrund des drohenden Kostenaufwands von rund zwei Milliarden Mark ab⁶¹:

Wie stark sich die - meist der alten Sozialdemokratie - angehörenden Gewerkschaftsführer bemühten, die Eisenbahner zur Besinnung zu bringen, geht aus den Reden in den Versammlungen hervor, wo immer wieder an das Pflicht- und Verantwortungsgefühl dem Staate gegenüber appelliert wurde. (Anm. 62)

Die beteiligten Verbände konnten jedoch nicht verhindern, daß sich die anfänglich zum Teil von ihnen geführten Lohnbewegungen verselbständigten und sich die in mehreren mitteldeutschen und schlesischen Betriebsdirektionen auf-

flackernden Unruhen gegenseitig verstärkten. In Berlin führte der Verkehrsstreik bei der Elektrischen Straßenbahn und der Hoch- und Untergrundbahn im Juli 1919 zu einem völligen Erliegen des Stadt- und Vorortverkehrs, teilweise auch des Fernverkehrs⁶³. Mit der pauschalen Verurteilung der Streiks durch die Gewerkschaften⁶⁴ konnte die Unruhe unter den Arbeitern nicht beseitigt werden; vor allem aber argumentierten die Gewerkschaften an der Interessenlage der Arbeiter und Beamten vorbei. Einen Aufschluß über die unter dem Eisenbahnpersonal herrschende Stimmung, dessen Wünsche und Hoffnungen gibt die thüringer Eisenbahnerbewegung im Juni 1919, die im Regierungslager und der Öffentlichkeit als kommunistisch gesteuerter Putsch angesehen wurde⁶⁵, tatsächlich jedoch längere Zeit aufgestaute Spannungen zwischen der Verwaltung und der Arbeiterschaft zum Ausdruck brachte.

Schon seit längerer Zeit hatte sich im Erfurter Distrikt unter den Beamten und Arbeitern eine tiefgehende Unzufriedenheit über die Verschleppungstaktik einzelner Dezernenten bei der Behandlung von Eingaben und Beschwerden breitgemacht. Das Bekanntwerden des Entwurfs des Betriebsrätegesetzes verschärfte den vorhandenen Unmut, da die Arbeiter zu erkennen glaubten, daß aufgrund dessen "Zugeständnisse an die Beamten und Arbeiter wieder rückgängig gemacht" werden würden⁶⁶. Als schließlich der Eisenbahnminister sich in einem Erlass gegen die Vollmachten der Beamtenausschüsse und für die Wiederanwendung der alten Disziplinarmethoden wie Versetzung und Bestrafung auf die Arbeiter- und Beamtenausschuß-Mitglieder aussprach, trat die Stimmung unter dem Personal in ihr kritisches Stadium:

Die Beamten und Arbeiter erkannten, daß die von der Regierung versprochene Demokratisierung der Verwaltung nur ein papiernes Versprechen darstellte (...). Sie waren der Überzeugung, daß die geheimrätliche Bürokratie die guten Absichten der Volksminister zuschanden zu machen versuchte. (Anm. 67)

Die Arbeiter und Beamten baten in einem Telegramm vom 10. Juni 1919 um eine Besprechung mit dem Verkehrsminister. Als nach drei Tagen noch keine Antwort eintraf, kam es im Direktionsbezirk zu einer Anzahl von Protestversammlungen sowie am 15. Juni 1919 zu einer Demonstrationsversammlung von rund 15.000 Eisenbahnern in Erfurt. Aufgrund einer Ent-

schließung der Versammelten wurden sechs Dezernenten der Eisenbahnverwaltung von Erfurt ihres Postens enthoben. Gleichzeitig wählten die Arbeiter aus ihrer Mitte einen Eisenbahnpräsidenten, der die zu jener Zeit vakante Stelle einnehmen sollte, sowie entsprechende Nachfolger für die abgesetzten Dezernenten. Bei den Gewählten handelte es sich um Arbeiter und Beamte der unteren und mittleren Laufbahngruppen. Als Begründung für ihr Vorgehen gaben die Eisenbahner an, die Vorgesetzten hätten sich ihrer Positionen als unwürdig erwiesen und demzufolge das Vertrauen des Personals verloren. Gleichzeitig betonte die Versammlung, "daß Betriebe, Verkehr und Verwaltungsdienst keinerlei Stockung und Unterbrechung erleiden dürften"⁶⁸.

In einem an die Soziale Praxis eingesandten Brief betonte der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes Deutscher Eisenbahnbeamten, Friedrich Funk, daß wohl die weit überwindende Mehrheit der Beamten ihre Grundrechte gewahrt wissen wollte und daher die in Erfurt praktizierte Wahl von Vorgesetzten ablehne:

Auf der anderen Seite darf aber doch nicht übersehen werden, daß die Enttäuschung der Beamtenschaft, wie der Arbeitnehmerschaft überhaupt, über die Entwicklung der Dinge ungeheuer ist, daß das Mißtrauen immer größer wird und daß vor allem die Beamten durchaus triftige Gründe haben, ernstlich beunruhigt zu sein. Die Ursache liegt in jener Geheimratsbürokratie, die auch die Revolutionsregierung notgedrungen beibehalten hat, und die nun - nachdem sie sich von ihrem ersten Schrecken erholt hat - das Verwaltungsschiff in das Fahrwasser zurücklenkt, in dem man vor dem 9. November 1918 so beaglich dahinfuhr. (Anm. 69)

Die Bedeutung der Erfurter Vorgänge lag für Funk in erster Linie darin, daß es fortan möglich sei, auch als einfacher Arbeiter oder unterer Beamter in die mittleren und höheren Laufbahngruppen aufzusteigen:

Zum ersten Male ist wirklich Bresche geschlagen worden in die chinesische Mauer, die bisher den sozialen Aufstieg der wirklich Tüchtigen hemmte. Bald werden Beamte der mittleren und unteren Laufbahn, ja Leute im einfachen Arbeitskittel in die ehrwürdigen Räume frische Luft bringen (...). (Anm. 70)

Eine Einflußnahme der Arbeiter und unteren Beamten auf die Verwaltung oder gar die Umwandlung der Staats- und Gemeindebürokratie im Sinne einer Kontrolle durch die Arbeiterräte war jedoch der entscheidende Punkt, an dem Staat und

Gemeinden nicht mehr mit sich verhandeln ließen. Eine Kommission aus Eisenbahnbeamten und -arbeitern bemühte sich drei Tage lang vergebens, in Berlin oder Weimar mit dem zuständigen Minister zu verhandeln; währenddessen entsandte die Reichsregierung mehrere Freiwilligenverbände nach Erfurt, die den Bahnhof und die Eisenbahndirektion besetzten und die abgewählten Dezenten wieder in ihre Ämter einführten. Erst nach diesem Vorgehen der Regierung gegen den sogenannten "Kommunistenaufstand der Erfurter Eisenbahner" flackerten an verschiedenen Stellen im Direktionsbezirk Streiks auf, die zu einer teilweisen Stilllegung des Verkehrs führten⁷¹.

Am 19. Juni 1919 gelang es der Kommission der Eisenbahner, Kontakt zu dem Verkehrsminister herzustellen und sich auf folgender Grundlage zu einigen: sofortige Zurückziehung der Truppen; volle Wiederaufnahme des Betriebs und Herstellung geordneter Verhältnisse; keine Maßregelung der Beamten und Arbeiter; Entsendung eines Kommissars zwecks Untersuchung der gegen die Vorgesetzten vorgebrachten Beschwerden unter Hinzuziehung von Mitgliedern der Beamten- und Arbeitervertretungen sowie als wichtigster, unabdingbarer Punkt die Wiedereinsetzung der abgewählten Dezenten. Einem zukünftigen Einsatz von Beamten der mittleren und unteren Laufbahn und auch von Arbeitern in Stellen höherer Beamter sollten ferner keine grundsätzlichen Bedenken mehr entgegenstehen, falls die erforderliche Eignung und offene Planstellen vorhanden seien⁷².

Nach anfänglichem Mißtrauen und einer Fortdauer der Streiks trat nach dem Abzug des Militärs eine Beruhigung des Personals ein, vor allem nachdem sich der Verkehrsminister dazu bereiterklärte, einen präsidialen Kontrollbeirat bilden zu lassen, dem auch der von den Arbeitern ursprünglich zum Präsidenten gewählte Eisenbahner angehören sollte.

Das allmähliche Abklingen der Eisenbahnerstreiks und des Groß-Berliner Verkehrsstreiks war nicht so sehr die Folge der ausgehandelten Ergebnisse als vielmehr das Resultat der Zersplitterung der Kräfte der Arbeiter und der Niederlagen der verschiedenen Bewegungen und Aufstände im Reich seit Anfang 1919. Nachdem die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung nach einer öffentlichen Verurteilung der Streiks durch die Gewerkschaftsvorstände wiederauf-

genommen wurden⁷³, einigte man sich Anfang Juli 1919 auf der Grundlage, daß anstelle von Lohnsteigerungen die Preise für ausländische Lebensmittel erheblich gesenkt werden sollten. Die Regierung versprach ferner, bestimmte wöchentliche Lebensmittelmengen zuzusichern und die Frage der Betriebsräte und der Interessenvertretung der Eisenbahner so bald wie möglich zu regeln⁷⁴. Daraufhin wurde trotz überwiegender Ablehnung des Vergleichsvorschlags durch die Arbeiter auch der Berliner Verkehrsstreik vom Transportarbeiter-Verband abgebrochen, der die Wiederaufnahme der Arbeit durchsetzte, nachdem sich keine Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Fortführung des Streiks gefunden hatte⁷⁵.

Anders als die Verkehrsarbeiter fanden die Gemeindearbeiter in der Revolution 1918/19 nicht zu größeren kollektiven Aktionen, die über den Rahmen gewerkschaftlich orientierter Lohnbewegungen hinausgegangen wären. Überhaupt war das Spektrum der sozialen und politischen Kräfte unter der Gemeindearbeiterschaft heterogener. Die Gasarbeiter, der traditionelle Kern der Gemeindearbeiterbewegung, waren durch umfangreiche Betriebsstillegungen infolge des Kohlenmangels mehr oder weniger ausgeschaltet; im Januar 1919 waren 17 von 62 Gaswerken in Württemberg wegen der Kohlennot völlig stillgelegt⁷⁶. Die gemeinnötigen Betriebe wurden von den Gewerkschaften, den Arbeiterräten und den provisorischen Regierungen aufgefordert weiterzuarbeiten, die Beamtenschaft blieb fast überall unangetastet. Allenfalls kam es zur Besetzung von Amtsgebäuden, Bahnhöfen, Post- und Telegraphenstationen durch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte oder zur Unterstellung der Betriebe unter die Kontrolle spezieller Kommissionen; auch das betraf in erster Linie den Eisenbahn- und Straßenverkehr sowie das Post-, Telegraphen- und Telefonwesen. In München versahen die Beamten und Arbeiter weiterhin ihren Dienst, ungeachtet der während der Novemberrevolution und Räterepublik wechselnden Obrigkeiten.

Der am 8. November 1918 gebildeten Bayerischen Regierung gehörten der parteilose Frauendorfer als Verkehrsminister und das SPD-Mitglied Roßhaupter als Minister für militärische Angelegenheiten an. Frauendorfer hatte bereits von 1904 bis 1912 das bayerische Verkehrsministerium geleitet, bis er vom Zentrum gestürzt worden war; Roßhaupter war der

frühere Vorsitzende des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes. Frauendorfer gehörte auch dem am 1. März 1919 gebildeten provisorischen Ministerium als Verkehrsminister an und wurde am 17. März 1919 in derselben Funktion vom Landtag in das Kabinett Hoffmann gewählt.

Sowohl der Aufruf "An die Bevölkerung Münchens!" des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates vom 8. November 1918 als auch der Aufruf "An die ländliche Bevölkerung Bayerns" vom selben Datum betonten, daß die Beamten in ihren Stellungen verbleiben sollten; an sie erging die Aufforderung, die Amtsgeschäfte in der bisherigen Form durchzuführen⁷⁷. Auch die für den 7. April 1919 ausgerufenen Räterepublik unter Niekisch ließ den alten Apparat der Staats- und Gemeindebeamten trotz anderslautender Beschlüsse des Zentralrats im wesentlichen unangetastet⁷⁸. Unter der kommunistischen Räteregierung blieben die untere Beamtenschaft und die Gemeindearbeiter weiterhin bloße Befehlsempfänger und Ausführungsorgan der von außen verordneten Maßnahmen. Lebenswichtige Betriebe blieben vom Generalstreik vom 14. bis 22. April 1919 ausgeschlossen; hierzu zählten neben den Gas-, Wasser- und E-Werken auch das Abfuhrwesen und die Straßenreinigung.

Mehr als äußere Eingriffe in den Verwaltungs- und Beamtenapparat waren aufgrund der mehrheitlich königstreuen Gesinnung der bayerischen Beamten gar nicht durchführbar. Die christlich, vaterländisch oder liberal beeinflussten Kreise der Gemeinde- und Staatsarbeiterschaft verhielten sich ruhig und vertrauten den von ihren Verbänden geführten Verhandlungen. Einige Gruppen der Staatsarbeiterschaft verharrten in Passivität und bedienten sich zur Artikulierung und Durchsetzung ihrer Forderungen der hergebrachten Mittel des Petitionierens⁷⁹. Unter den christlich-nationalen Verbänden stieß die junge Republik in Bayern seit der Regierung Eisner auf passive Neutralität, Skepsis und Sympathien für eine separatistische Lösung. In den westlichen Gebieten und in Düsseldorf, Hamburg und Danzig nahmen die Proteste der national gesinnten Gemeinde- und Staatsbediensteten gegen die "spartakistische Bedrohung" teilweise die Form von Demonstrationstreiks von Beamten an⁸⁰.

Die christlich-nationalen und vaterländischen Organisationen behielten trotz der Anerkennung der Freien Gewerk-

schaften bis Kriegsende eine wesentlich günstigere Ausgangsposition für ihre Organisationstätigkeit als die freien Gewerkschaften. Das änderte sich erst mit dem Zusammenbruch der alten Gewalten und der Öffnung des Beamtenkörpers für die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. Jetzt erst zeigte sich in dem Zustrom von Staats- und Reichsarbeitern zum Gemeindearbeiterverband und anderen freien Gewerkschaften das widersprüchliche Verhältnis zwischen politischer Gesinnung und äußerer Haltung der Staatsarbeiter in den letzten Jahren des Kaiserreichs. Dennoch behielten die loyalen Organisationen einen bedeutenden Einfluß auf das Personal. Während unter der Gemeindearbeiterschaft die christlich-nationalen Organisationen nach 1918 eine untergeordnete Rolle spielten, konnten sie sich unter den Staatsarbeitern und Beamten, insbesondere in Bayern, eine maßgebliche Position bewahren: Ende 1923 zählte der Bayerische Eisenbahnerverband 30.000 Mitglieder, die Deutsche Postgewerkschaft innerhalb Bayerns 18.000 Mitglieder; demgegenüber brachte es der christliche Verband der Staats- und Gemeindearbeiter in Bayern nur mehr auf circa 2.000 Mitglieder⁸¹.

Die Sammlungsbewegung unter den Gemeinde- und Staatsarbeiterorganisationen, die von den unzähligen Verbänden und Berufsvereinen der Vorkriegszeit nur noch eine Reihe großer Einzelgewerkschaften übrig ließ, hatte die Widersprüche unter dem Personal zwar etwas geglättet, aber nicht beseitigt. An die Stelle der alten Rivalitäten traten neue Grenzstreitigkeiten und ein parteipolitischer Richtungsstreit. Gerade diejenigen Berufsgruppen, die vor 1914 in stärkerem Maße in gelben Organisationen oder elitären Standesvereinen organisiert waren wie die Straßenbahner oder hinsichtlich der Anstellungsverhältnisse, Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser gestellt waren als die übrigen Gemeindearbeitergruppen wie die Elektrizitätsarbeiter, ließen sich 1918/19 zu überrevolutionären Aktionen verleiten.

Innerhalb des Gemeindearbeiterverbandes, der generell kaum Straßenbahner in seinen Reihen organisierte, beschränkte sich die Opposition gegen die Richtung der Mehrheits-Sozialdemokratie im wesentlichen auf Berlin und Leipzig. Die politischen Gegner wurden über die verschiedenen Instanzen immer mehr in den Hintergrund gedrängt, so daß auf dem 8. Ver-

bandstag im September 1919 in Nürnberg nur mehr sieben "linke" Redner übrigblieben⁸². Diese Opposition gruppierte sich hauptsächlich um den früheren zweiten Vorsitzenden Lagodzinski und die von Nürnberg nach Leipzig übergesiedelte Hassel-Gruppe, die vordem versucht hatte, ihre Linie in der Filiale Nürnberg durchzusetzen. Insgesamt war die Opposition so schwach, daß sie allein durch Verfahrensfragen ausgeschaltet werden konnte⁸³. Die Anpassung des Verbandsprogramms an die veränderte wirtschaftliche und rechtliche Lage der Gemeindearbeiter und die Einführung neuer Beitrags- und Unterstützungssätze erfolgten ohne nennenswerte Diskussionen. Weiter standen die tarifliche Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sozialisierungsbestrebungen in Staat und Gemeinden im Mittelpunkt der Erörterungen; insgesamt kam es zu keiner grundlegenden Änderung des Programms⁸⁴.

Sowohl innerhalb des Verbandes als auch in der Gemeindearbeiterschaft tendierte die große Mehrheit zu den Positionen der Mehrheits-Sozialdemokratie. Gleichzeitig ließ an den Rändern, bei den Beamten und Straßenbahnern, die Integrationskraft der freien Gewerkschaften nach, machten sich rechtsnationale und syndikalistische Strömungen bemerkbar. Das Konfliktpotential entlud sich nicht nur in kollektiven Formen der Interessenartikulation, so spontan und widersprüchlich sie sein mochten, sondern auch in individuellen Arbeits- und Leistungsverweigerungen bis hin zur Demontage von Betriebsmitteln. Die Welle von Streiks und Unruhen, bei denen die Grenzen zwischen einer wirtschaftlichen oder politischen Streikbewegung und spontanen Lebensmittelunruhen nicht klar zu ziehen sind, verlief ohne Zutun des Gemeindearbeiterverbandes und blieb - von vorübergehenden Zugeständnissen abgesehen - wirkungslos. Die grundlegenden Veränderungen in der Rechtslage, den Arbeitsverhältnissen und Lebensbedingungen wurden entweder von den Organisationen, vor allem dem Gemeindearbeiterverband, auf dem Verhandlungswege erzielt oder waren das Ergebnis des gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozesses. Das einzige Vorkommnis, bei dem Gemeindearbeiterschaft und Verband gemeinsam agierten, war der zur Abwehr des Kapp-Putsches durchgeführte Generalstreik.

Der am Morgen des 13. März 1920 erfolgte Streikaufruf des ADGB wurde von den Gemeindearbeitern geschlossen befolgt.

Aus den Mitteilungen der einzelnen Filialen des Gemeindearbeiterversverbandes über den Streikverlauf, denen ein entsprechendes Rundschreiben der Gewerkschaft zugrunde lag, geht hervor, daß mit Ausnahme von Berlin Beginn und Ende des Streiks einheitlich und unter Führung des Gemeindearbeiterversverbandes erfolgten⁸⁵. Die Situation in den einzelnen Städten war jedoch unterschiedlich. In vielen Großstädten wurden die Gemeindebetriebe noch vor der Verkündung des allgemeinen Generalstreiks stillgelegt⁸⁶, in Berlin und den meisten anderen Städten standen die Gemeindearbeiter zumeist am 14. März geschlossen im Streik⁸⁷:

Unsere Kollegen (...) bildeten gewissermaßen die Avantgarde, und das Fehlen von Wasser, Gas und elektrischer Kraft mußte ohne weiteres das Signal bilden zum konsequent durchgeführten Generalstreik. Am 15. März kamen auch Post, Eisenbahn und Industrie völlig zur Ruhe (...). (Anm. 88)

In vielen mittleren und kleineren Orten wurden allerdings die Gas-, Wasser- und E-Werke als lebenswichtige Notbetriebe von der örtlichen Streikkommission vom Streik ausgenommen; auch die Kranken- und Heilanstalten blieben geöffnet⁸⁹. In München waren die Wasserwerke und die Krankenhäuser vom Streik ausgenommen, in den Gas- und E-Werken wurde der Betrieb nur in dem Maße fortgeführt, um eine notdürftige Gas- und Stromversorgung zu gewährleisten. Von den rund 1.000 Gasarbeitern befanden sich etwa 900 im Streik, die Technische Nothilfe wurde von den Betrieben ferngehalten. Am umgehendsten wurde der Streik von den Straßenbahnern befolgt, die noch am Tag der Streikproklamation im Streik standen. Am 17. März wurde der Streik abgebrochen, und die Arbeitsaufnahme ging glatt vonstatten. Die städtischen Beamten und die christlichen Organisationen hatten eine Streikbeteiligung abgelehnt⁹⁰.

Die "hervorragende Rolle des Verbandes"⁹¹ bei der Abwehr des Kapp-Putsches zeigte ebenso wie die zahlreichen vom Verband durchgeführten Streiks in Königsberg, Bremen, Berlin, Breslau, Stettin, Stuttgart und Sachsen im Jahr 1920, daß die Gemeindearbeiterschaft bei einer entsprechenden Zusammenfassung und Koordination ihrer Kräfte ein ganz anderes Gewicht besaß als noch 1909 in Kiel. Bei allen Lohnbewegungen mit Arbeitseinstellung, die vom Gemeindearbeiterversverband an-

geführt wurden, konnte mit einer gezielten Streiktaktik ein rascher Erfolg erzielt werden. Als nach dem Ablauf des Lohntarifs in Sachsen mit dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden keine Einigung erzielt werden konnte, genügte ein Teilstreik in den Gas- und E-Werken von Leipzig und Dresden am 11. Oktober 1920, um am 15. Oktober unter dem Vorsitz des Arbeitsministeriums zu neuen Vereinbarungen zu gelangen⁹².

Solange sich die Bewegungen im Rahmen der vom Verband gesteckten programmatischen Forderungen hielten und sich der Verband für einen Streik aussprach, konnte er der Unterstützung durch die Basis sicher sein. Das Auftreten der Arbeiter war in solchen Fällen geschlossen und diszipliniert, und die Kämpfe konnten "von Beginn bis Ende" konsequent durchgeführt werden⁹³. Mangelnden Einfluß besaß der Verband lediglich bei den Beamten und Angestellten. Dagegen hatte sich sein Gewicht bei einigen früher abseits stehenden Arbeitergruppen wie den Forstarbeitern sowie bei den Frauen erhöht; gemessen an dem Vorkriegsstand war auch sein Einfluß unter den Angestellten und Beamten sowie dem technischen Personal der Werkstätten gestiegen, hatte sich seine soziale Basis verbreitert⁹⁴.

Anläßlich seines 25jährigen Bestehens konnte der Gemeindearbeiterverband 1921 auf eine Entwicklung zurückblicken, die in vieler Hinsicht beispiellos ist. Die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit hatte zu dem Aufbau eines engmaschigen Netzes der sozialen Absicherung und Konfliktrationalisierung geführt, das sowohl Ausdruck als auch Grundlage einer weitgehenden Integration der Gemeindearbeiterschaft in die Gesellschaft darstellte. An diesem Prozeß der sozialen Emanzipation hatte der Gemeindearbeiterverband entscheidenden Anteil. Als einer der jüngsten Verbände in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte hatte er nicht nur eine erstaunliche innere und äußere Entwicklung genommen, sondern gleichzeitig mit seiner gewerkschaftlichen Taktik und Organisationsform die Voraussetzungen für die tarifvertragliche Regelung der kommunalen Arbeitsverhältnisse und eine erfolgreiche Mitbestimmung geschaffen. Die Kommunen waren bei ihren sozialpolitischen Initiativen auf diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit angewiesen. Stadtverwaltung und Gemeindearbeiterschaft waren dabei einer Reihe von Belastungen ausgesetzt, die aus

dem problematischen Verhältnis von Arbeiterschaft, gewerkschaftlicher Organisation und Staat in Deutschland entsprangen. Loyalitätskonflikte der Arbeiterschaft zwischen sozialdemokratischer Arbeiterbewegung und einer - erst zu schaffenden - sozialstaatlichen Ordnung, Aus- und Abgrenzungen der verschiedenen Arbeiterorganisationen untereinander und Probleme bei der Definition eines eigenen Selbstverständnisses zählen ebenso hierzu wie ein Festhalten an obrigkeitsstaatlich-patriarchalischen Methoden und Motiven der "Sozialdisziplinierung"⁹⁵ seitens einiger Kommunen. Neben dem hohen Maß an sozialer Sicherheit und Daseinsvorsorge, das mit den Tarifen 1919/20 erreicht wurde, und dem Rechtszustand, der das im Jahr 1896 noch geradezu patriarchale Arbeitsverhältnis der Gemeindearbeiter abgelöst hatte, beinhalteten die neuen sozialstaatlichen Errungenschaften jedoch auch eine Anfälligkeit für Radikalisierung und Polarisierung, sobald die Funktionsfähigkeit der geschaffenen Einrichtungen zur Interessenartikulation und Konfliktrationalisierung durch gesamtgesellschaftliche Krisen außer Kraft gesetzt wurde.

Anmerkungen

Zur Einleitung

- 1 Im folgenden Gemeindearbeiterverband genannt.
- 2 Vgl. Horst Matzerath, Urbanisierung in Preußen 1815-1914, Stuttgart 1985, S. 9 ff.
- 3 Dazu bes. Wolfgang R. Krabbe, Kommunalpolitik und Industrialisierung. Die Entfaltung der städtischen Leistungsverwaltung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Fallstudien zu Dortmund und Münster, Stuttgart u. a. 1985 (= Krabbe, Kommunalpolitik), bes. S. 77-101; angesichts umfangreicher Textkürzungen nach wie vor grundlegend ders., Kommunalpolitik und Industrialisierung. Die Entfaltung der städtischen Leistungsverwaltung in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg, dargestellt am Beispiel der Städte Dortmund und Münster, Habil. Schrift Dortmund 1982; vgl. auch Matzerath, Urbanisierung, S. 336-340.
- 4 Vgl. Krabbe, Kommunalpolitik, S. 96.
- 5 Vgl. Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900, Berlin-Dahlem 1959, S. 150-175.
- 6 Vgl. Krabbe, Kommunalpolitik, S. 6 f. u. Matzerath, Urbanisierung, S. 9 ff.; auch Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a. M. 1985, hier S. 9.
- 7 Dazu demnächst die Berliner Dissertation von Curt Garner, Die Entstehung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) 1945-1949, deren Ergebnisse hier nicht mehr berücksichtigt werden konnten.
- 8 Dazu Rüdiger vom Bruch, Bürgerliche Sozialreform und Gewerkschaften im späten deutschen Kaiserreich. Die Gesellschaft für Soziale Reform (GSR) 1901-1914, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (= IWK) 15, 1979, S. 581-610; Ilse Fischer, Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Augsburgs 1840-1914, Augsburg 1977; Merith Niehuss, Arbeterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Schichtung und Lage der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910 bis 1925, Berlin 1985; zur kommunalen Sozialpolitik Hildgard Schröder, Kommunale Sozialpolitik, in: Hans Peters (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd. II, Berlin u. a. 1958, S. 265-282 u. Hans K. Weitensteiner, Karl Flesch - Kommunale Sozialpolitik in Frankfurt a. M., Frankfurt a. M. 1976.
- 9 Dazu Helmuth Croon, Die Stadtvertretungen in Krefeld und Bochum im 19. Jahrhundert, in: Festschrift Fritz Hartung, Berlin 1958; Wilhelm Henning, Geschichte der Stadtverordnetenversammlung von Essen (1890-1914), phil. Diss. Köln, Essen 1965 u. Wolfgang Hofmann, Die Bielefelder Stadtverordneten. Ein Beitrag zur bürgerlichen Selbstverwaltung und sozialem Wandel 1850-1914,

- Lübeck 1964.
- 10 Vgl. Helmuth Croon, Wolfgang Hofmann und Georg-Chrystoph von Unruh, *Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung*, Stuttgart u. a. 1971 (Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften, Bd. 33).
 - 11 Dazu Hans-Ernst Maute, *Die Februarerlasse Kaiser Wilhelms II. und ihre gesetzliche Ausführung*, unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Internationalen Arbeiterschuttkonferenz von 1890, Bielefeld 1984.
 - 12 Grundlegend Krabbe, *Kommunalpolitik*; ferner Hendrik Gröttrup, *Die kommunale Leistungsverwaltung. Grundlagen der gemeindlichen Daseinsvorsorge*, 2. Aufl. Stuttgart u. a. 1973 (Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften, Bd. 37); zu speziellen Betriebsarten Erich Filter, *Die Entwicklung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswirtschaft in der Stadt Düsseldorf*, wirtschaftswiss. Diss. Köln 1960; Wolfgang Leiner, *Anfänge und Grundlagen der Elektrizitätsversorgung in Württemberg*, phil. Diss. Stuttgart 1977 u. John von Simson, *Kanalisation und Städtehygiene im 19. Jahrhundert*, Diss. Berlin 1980.
 - 13 Bes. Klaus Saul, *Konstitutioneller Staat und betriebliche Herrschaft. Zur Arbeiter- und Beamtenpolitik der preußischen Staatseisenbahnverwaltung 1890-1914*, in: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt und Peter-Christian Witt (Hrsg.), *Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum siebzigsten Geburtstag*, Bonn 1978, S. 315-336; ferner Hans Fenske, *Preußische Beamtenpolitik vor 1918*, in: *Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte*, Berlin 12, 1973, S. 339-356.
 - 14 Vgl. Walther Lotz, *Der Fiskus als Arbeitgeber im deutschen Staatsbahnwesen*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* (= AfS) 21, 1905, S. 612-658.
 - 15 Dazu auch vom Bruch, *Sozialreform*, S. 591.
 - 16 Zum Kieler Streik vgl. S. 214-224.
 - 17 Bes. Kaiserliches Statistisches Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, *Die Regelung des Arbeitsverhältnisses der Gemeindearbeiter in deutschen Städten*, I. Erhebungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit 1902 und 1907, Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 9, Berlin 1908 (= Beiträge Nr. 9); ders., *Die Regelung des Arbeitsverhältnisses der Gemeindearbeiter in deutschen Städten*, II. Die Arbeitsordnungen und sonstigen Bestimmungen zur Regelung des Arbeitsverhältnisses, Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 10, Berlin 1909 (= Beiträge Nr. 10).
 - 18 Vgl. u. a. Tabelle 49, S. 387.
 - 19 Siehe dazu S. 189.
 - 20 Karlbernhard Jasper, *Der Urbanisierungsprozeß dargestellt am Beispiel der Stadt Köln*, Köln 1977; Wolfgang Köllmann, *Bevölkerung in der industriellen Revolution*, Göttingen 1974; Reulecke, *Urbanisierung*; ders. (Hrsg.), *Die deutsche Stadt im Industriezeitalter. Beiträge zur modernen deutschen Stadtgeschichte*, 2. Aufl. Wuppertal 1980; Hans Jürgen Teuteberg (Hrsg.), *Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte*, Köln 1983.
 - 21 Volker Hentschel, *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im*

- wilhelminischen Deutschland. Organisierter Kapitalismus und Interventionsstaat?, Stuttgart 1978; Gerhard A. Ritter, Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München 1983; ders., Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland. Vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik, Berlin 1980; Heinrich August Winkler (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus, Göttingen 1974.
- 22 Grundlegend Adelheid von Saldern, Sozialdemokratische Kommunalpolitik in wilhelminischer Zeit, in: Karl-Heinz Naßmacher (Hrsg.), Kommunalpolitik und Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 18-62; ferner Felix Czeike, Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik (1861-1934), dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien, München 1962; Klaus Dammann, Kommunalpolitik in vergleichender Sicht, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 9, 1970, S. 314-321; Herbert Müller-Werth, Geschichte und Kommunalpolitik der Stadt Wiesbaden, Wiesbaden 1963; auch Franz Steinbach und Erich Becker, Geschichtliche Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, Bonn 1932 u. Otto Ziebill, Geschichte des deutschen Städtetages, Stuttgart 1955.
- 23 Siehe Anm. 13; ferner Klaus Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Außenpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903-1914, Düsseldorf 1974 u. ders., Der Staat und die "Mächte des Umsturzes". Ein Beitrag zu den Methoden antisozialistischer Repression und Agitation vom Scheitern des Sozialistengesetzes bis zur Jahrhundertwende, in: Archiv für Sozialgeschichte 12, 1972, S. 293-350; auch Gerold Ambrosius, Der Staat als Unternehmer, Göttingen 1984.
- 24 Zu einzelnen Betriebsarten Wilhelm Becker, Die Entwicklung des Gedankens der Verstaatlichung der Eisenbahnen in Deutschland und seine Durchführung, in: Archiv für Eisenbahnwesen 65, 1942, S. 875-918; Hans-Dieter Brunckhorst, Kommunalisierung im 19. Jahrhundert dargestellt am Beispiel der Gaswirtschaft in Deutschland, München 1978; Leiner, Elektrizitätsversorgung; Rupert Scholz, Das Wesen und die Entwicklung der gemeindlichen öffentlichen Einrichtungen, Berlin 1967; Simson, Kanalisation und Städtehygiene; Hans-Jürgen Teuteberg, Anfänge kommunaler Stromversorgung - dargestellt am Beispiel Hamburg, in: Festschrift Wilhelm Treue, München 1969, S. 363-378; Wolfgang Wehrmann, Die Entwicklung der deutschen Gasversorgung von ihren Anfängen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, wiso. Diss. Köln 1958; Kurt Wendlandt, Die Entwicklung der kommunalen Elektrizitätswerke und ihre Stellung zu den Expansionsbestrebungen der Großkraftwerke, wirtschaftswiss. Diss. Halle-Wittenberg 1931.
- 25 Dazu Croon, Hofmann und Unruh, Kommunale Selbstverwaltung; Heinrich Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, 2. Aufl. Stuttgart 1969; Hans Müthling, Die Geschichte der deutschen Selbstverwaltung, Stuttgart u. a. 1966; Otto Ziebill, Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart u. a. 1964 (Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften, Bd. 7).
- 26 Vgl. Krabbe, Kommunalpolitik, S. 5 ff.; Reulecke, Urban-

nisierung, S. 7-13.

- 27 Siehe Anm. 24; ferner Werner Kreschnak, Die Lage der Arbeiter und Angestellten der Straßenbahn in Dresden und der Kampf der Dresdner Straßenbahner um die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen in der Zeit von der Jahrhundertwende bis zum Ende der Weimarer Republik, wirtschaftswiss. Diss. (MS), Dresden 1969; Norbert Münnix, Die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Stadt Krefeld (1890-1929), phil. Diss. Köln 1977; Hugo Ott, Privatwirtschaftliche und kommunal(staats)wirtschaftliche Aspekte beim Aufbau der Elektrizitätswirtschaft. Dargestellt am Beispiel des Straßburger Elektrizitätswerkes, in: Festschrift Erich Maschke, Stuttgart 1975, S. 255-280; Manfred Schober, Arbeits- und Lebensverhältnisse der Waldarbeiter im Elbsandsteingebirge, in: Lëtöpis. Jahresschrift des Instituts für sorbische Volksforschung. Reihe C: Volkskunde, Bautzen 14, 1971, S. 90-119 u. 15, 1972, S. 61-89; Erwin Wöllmann, Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung (RPTV) in der Zeit der Vorbereitung des 1. Weltkrieges, in: Mitteilungen des Postmuseums Berlin, Berlin 2, 1967, S. 22-52.
- 28 Felix Claus, Das Koalitionsrecht der Angestellten und Arbeiter in gemeinnützigen Betrieben, in: Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt (= Soziale Praxis) 12, 1912, S. 321-328; Peter Dückers, Das Koalitionsrecht und die Organisation der Landarbeiter, Crefeld 1910; Karl Flesch, Die Arbeitsverträge der Arbeitgeber des öffentlichen Rechts und des Privatrechts, in: Soziale Praxis 20, 1913, S. 586 ff.; Hermann Göbel, Zur Handhabung des Koalitionsrechts in Deutschland (§ 152 der Reichsgewerbeordnung), in: AfS 23, 1906, S. 51-80; Viktor Leo, Die Frage des Streikrechts in öffentlichen Betrieben, in: AfS 27, 1908, S. 136-171; H. Lohse, Das Koalitionsrecht der deutschen Eisenbahnbediensteten, staatswiss. Diss. (MS), Berlin 1924; Charlotte Reichel, Der Dienstvertrag der Krankenpflegerinnen unter Berücksichtigung der sozialen Lage, Jena 1910; O. Schumann, Das Koalitionsrecht der Transport- und Verkehrsarbeiter in Deutschland, Berlin 1913; P. Wölbling, Die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags, in: AfS 29, 1909, S. 481-512 u. S. 869-894.
- 29 Gustav Cohn, Municipal Socialism, in: The Economic Journal 20, 1910, S. 561-568; Fritz Deichen, Die Kommunalisierung der Straßenbahnen in Deutschland, in: Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften, Bd. 55, 1899, S. 459-509; C. Hugo, Städteverwaltung und Municipal-Sozialismus in England, Stuttgart 1897.
- 30 Bes. Carl Johannes Fuchs (Hrsg.), Gemeindebetriebe. Neuere Versuche und Erfahrungen über die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit in Deutschland und im Ausland, Bd. I f., in: Schriften des Vereins für Socialpolitik (= VfS), Bd. 128 f., Leipzig 1908 ff.; ferner Karl Bücher, Die wirtschaftlichen Aufgaben der modernen Stadtgemeinde, Leipzig 1898; Georg Jaffe, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Städte, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Bd. 11, 1908, S. 414-437.
- 31 Erich Becker, Gemeindliche Selbstverwaltung. Grundzüge der gemeindlichen Verfassungsgeschichte, Bd. I, Berlin

- 1941; Eugen Leidig, Preußisches Stadtrecht. Die Verfassung und die Verwaltung der preußischen Städte, Berlin 1891; Franz Rotter, Die Bildung der Stadtverordnetenversammlung im Bereich der preußischen Städteordnung vom 30. Mai 1853, jur. Diss. Greifswald 1910; Steinbach und Becker, Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung.
- 32 Zu Eisenbahnern R. Giesenregen, Das Arbeitsverhältnis im staatlichen Eisenbahnbetrieb, wiso. Diss. (MS), Frankfurt a. M. 1922; W. Heissner, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter, Berlin 1911; C. Schwarz, Zur Koalitionsbewegung der Eisenbahner in Deutschland, rechts- u. staatswiss. Diss. (MS), Kiel 1923; F. Seydel, Die Organisation der preußischen Staatseisenbahnen, Berlin 1919; P. Simon, Lohnarbeiter, Lohnwesen, Nominal- und Reallöhne im Bereiche der preuß.-hess. Staatseisenbahnverwaltung, staatswiss. Diss. (MS), Würzburg 1920; zu Land- und Forstarbeitern Dückers, Koalitionsrecht; Karl Koehne, Die Arbeitsordnung in der Land- und Forstwirtschaft, Berlin 1927; Bruno Moll, Die Landerbeiterfrage im Königreich Sachsen, Leipzig 1908; Kurt Treitschke, Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der preußischen Staatsforstarbeiter, Berlin 1928; Max Weber, Die ländliche Arbeitsverfassung, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1924, S. 444-469; ders., Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landerbeiter, in: ebd., S. 470-507.
- 33 Hier bes. AfS, Soziale Praxis und VfS.
- 34 Siehe Anm. 17; ferner Kaiserliches Statistisches Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, Die Regelung der Notstandsarbeiten in deutschen Städten, Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 2, Berlin 1905 (= Beiträge Nr. 2); ders., Die Regelung des Arbeitsverhältnisses bei Vergabe öffentlicher Arbeiten insbesondere in deutschen Städten, Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 6, Berlin 1907 (= Beiträge Nr. 6); ders., Die Weiterbildung des Tarifvertrags im Deutschen Reich, Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 8, Berlin 1908 (= Beiträge Nr. 8); ders., Wohnungsfürsorge in deutschen Städten, Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 11, Berlin 1910 (= Beiträge Nr. 11); ders., Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1914, 12. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte, Berlin 1916.
- 35 Eine gute Übersicht über die Verbandspresse bietet die Bibliographie Die Presse der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen. Von den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1967. Bibliographie und Standortverzeichnis der Presse der deutschen, der österreichischen und der schweizerischen Arbeiter-, Gewerkschafts- und Berufsorganisationen (einschließlich der Protokolle und Tätigkeitsberichte), in: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, I-V, Berlin (Ost) 1968 ff.
- 36 Haupttitel: "Die Gewerkschaft"; Herausgeber: Verband der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstigen Arbeitsleute (1896); Verband der Arbeiter in Gasanstalten und anderen städtischen Betrieben (seit 1897); Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten (seit 1899); Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (seit 1906);

Erscheinungsort: Berlin; Erscheinungszeitraum: 1896/97-1933; im folgenden Gewerkschaft genannt.

- 37 Die Gewerkschaft. 25 Jahre Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, in: Gewerkschaft Nr. 39 vom 30. 9. 1921, o. S. (= 25 Jahre); Dreißig Jahre Organisationsarbeit der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Berlin. Festschrift zur Feier des dreißigjährigen Bestehens der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin 1926 (= Dreißig Jahre).

Zu Teil A

Entstehung, Struktur, Entwicklung

1. Die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit

- 1 Soziale Praxis 40, 1913, S. 1127; Gewerkschaft Nr. 19 vom 11. 5. 1917, Sp. 305.
- 2 Vgl. Reulecke, Urbanisierung, S. 9.
- 3 Vgl. Teuteberg, Anfänge kommunaler Stromversorgung, S. 378.
- 4 Gewerkschaft Nr. 45 vom 9. 11. 1906, Sp. 782 f.
- 5 Ebd.
- 6 Teuteberg, Anfänge kommunaler Stromversorgung, S. 367.
- 7 Ebd., S. 374 f.
- 8 Ebd., S. 377.
- 9 Dreißig Jahre, S. 9.
- 10 Bericht über den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Kgl. Haupt- und Residenzstadt (ab 1919: der Landeshauptstadt) München für das Jahr 1906. Erster Teil: Verwaltungsbericht (= Verwaltungsbericht 1906), S. 207 u. S. 226.
- 11 Gewerkschaft Nr. 46 vom 16. 11. 1906.
- 12 Gewerkschaft Nr. 23 vom 3. 12. 1899, Sp. 1 u. Nr. 12 vom 3. 6. 1900, Sp. 1.
- 13 München. Großmarkt und Umschlagplatz. Entstehung, Zerstörung, Wiederaufbau. Eine Denkschrift zum Abschluß der Wiederaufbauarbeiten, Düsseldorf 1959.
- 14 Beiträge Nr. 10, S. 11.
- 15 Ebd., S. 14; Gewerkschaft Nr. 14 vom 2. 4. 1909, Sp. 339; Soziale Praxis 40, 1913, S. 1127.
- 16 Beiträge Nr. 9, S. 5 f.
- 17 Vgl. Stadtarchiv München (= SAM), Personalamt (= PA) Nr. 740, Gaswerke: Stellenplan, Stellenbesetzung, Anstellung von weiblichem Personal, Teil I, 1912-1922; Verwaltungsbericht 1913-1920, S. 82.
- 18 Dreißig Jahre, S. 9.
- 19 Gewerkschaft Nr. 18 vom 22. 9. 1899, Sp. 33.
- 20 Gewerkschaft Nr. 19 vom 8. 10. 1899, Sp. 4.
- 21 Gewerkschaft Nr. 12 vom 3. 6. 1900, Sp. 1.
- 22 Gewerkschaft Nr. 38 vom 18. 9. 1908, Sp. 830.
- 23 Alle Angaben Gewerkschaft Nr. 14 vom 4. 4. 1913, Sp. 339.
- 24 Vgl. Gewerkschaft Nr. 13 vom 28. 3. 1913, Sp. 305 f.
- 25 Vgl. Gewerkschaft Nr. 3 vom 16. 1. 1914, Sp. 49-52.
- 26 Gewerkschaft Nr. 45 vom 7. 11. 1913, Sp. 1121-1124.
- 27 Gewerkschaft Nr. 14 vom 4. 4. 1913, Sp. 340.

- 28 Vgl. Gewerkschaft Nr. 7 vom 13. 2. 1914 bis Nr. 10 vom 6. 3. 1914, Sp. 174-228.
- 29 Dreißig Jahre, S. 17.
- 30 Gewerkschaft Nr. 23 vom 4. 11. 1900, Beilage (= Blg.), Sp. 2.
- 31 Gewerkschaft Nr. 19 vom 11. 5. 1917, Sp. 308.

2. Die Kommune als Arbeitgeber

- 1 Gewerkschaft Nr. 23 vom 8. 6. 1906, Sp. 388.
- 2 Vgl. Reulecke, Urbanisierung, S. 38 f. u. Matzerath, Urbanisierung, S. 347.
- 3 Vgl. Gewerkschaft Nr. 14 vom 15. 9. 1897, Sp. 1.
- 4 Gewerkschaft Nr. 21 vom 5. 11. 1899, Sp. 1.
- 5 Gewerkschaft Nr. 19 vom 11. 5. 1917, Sp. 305.
- 6 Gewerkschaft Nr. 10 vom 6. 5. 1900, Sp. 1.
- 7 Vgl. Gewerkschaft Nr. 19 vom 22. 9. 1901, Sp. 3; Nr. 26 vom 25. 12. 1903, Sp. 3 u. Nr. 19 vom 15. 9. 1905, Sp. 462.
- 8 Gewerkschaft Nr. 52 vom 27. 12. 1907, Sp. 1069.
- 9 Ebd., Sp. 1068 f.
- 10 Vgl. ebd.
- 11 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 23-26.
- 12 Vgl. u. a. Verwaltungsbericht 1905, Anlage X u. 1907, Anlage II; vgl. dazu auch die kritischen Anmerkungen bei Lotz, S. 648 ff.
- 13 Vgl. Gewerkschaft Nr. 21 vom 5. 11. 1899, Sp. 2.
- 14 Vgl. Gewerkschaft Nr. 41 vom 8. 10. 1909, Sp. 989.
- 15 Vgl. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (= HStAM), Minn 73439, Organisation der Staatsarbeiter (Koalitions- und Streikrecht), 1910, Bd. I, bayer. Verkehrsminister an sämtliche Zivilstaatsminister und den Kriegsminister, 12. 8. 1911, S. 22 f.
- 16 Vgl. Gewerkschaft Nr. 12 vom 22. 6. 1899, Blg., Sp. 1; vgl. zur Haltung der relevanten Parteien zu den Grundsätzen der gemeindlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik und zur Munizipalisierungsdebatte Krabbe, Kommunalpolitik, S. 93 ff.
- 17 Gewerkschaft Nr. 2 vom 22. 1. 1899, Sp. 1.
- 18 Gewerkschaft Nr. 13 vom 27. 6. 1902, Sp. 1.
- 19 Gewerkschaft Nr. 21 vom 17. 10. 1902, Sp. 2.
- 20 Gewerkschaft Nr. 17 vom 19. 8. 1904, Sp. 409-416.
- 21 Gewerkschaft Nr. 20 vom 22. 10. 1899, Blg., Sp. 1.
- 22 Gewerkschaft Nr. 14 vom 8. 7. 1904, Sp. 341.
- 23 Gewerkschaft Nr. 38 vom 19. 9. 1913, Sp. 944.
- 24 Gewerkschaft Nr. 14 vom 1. 7. 1900, Sp. 4.
- 25 Vgl. Gewerkschaft Nr. 22 vom 30. 10. 1903, Blg., Sp. 1.
- 26 Vgl. Gewerkschaft Nr. 21 vom 5. 11. 1899, Sp. 1 f.
- 27 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 22 vom 19. 11. 1899, Sp. 4.
- 28 Gewerkschaft Nr. 5 vom 4. 3. 1904, Sp. 106.
- 29 Gewerkschaft Nr. 16 vom 5. 8. 1904, Sp. 374; vgl. auch Krabbe, Kommunalpolitik, S. 48 f.
- 30 Gewerkschaft Nr. 19 vom 8. 10. 1899, Sp. 3; vgl. Bücher, S. 19.
- 31 Gewerkschaft Nr. 19 vom 8. 10. 1899, Sp. 3.
- 32 Gewerkschaft Nr. 10 vom 6. 5. 1900, Sp. 2.
- 33 Gewerkschaft Nr. 1 vom 10. 1. 1902, Sp. 1

- 34 Gewerkschaft Nr. 10 vom 6. 3. 1914, Sp. 227.
- 35 Vgl. u. a. Der Eisenbahner. Organ des Bayerischen Eisenbahner-Verbandes (e. V.) und seiner Wohlfahrtseinrichtungen (= Eisenbahner) Nr. 18 vom 3. 5. 1916, S. 4 u. Nr. 50 vom 11. 12. 1918, S. 1 sowie Süddeutsche Eisenbahn- und Postpersonal-Zeitung. Organ des Verbandes des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals (= SEPZ) Nr. 14 vom 2. 4. 1914, S. 102.
- 36 Vgl. Clausß, bes. S. 322 f.
- 37 Ebd., S. 323.
- 38 Gewerkschaft Nr. 37 vom 12. 9. 1913, Sp. 915; vgl. auch Krabbe, Kommunalpolitik, bes. S. 84-87: "Auf die realen Verhältnisse angewandt, bedeutete der Begriff des Munizipalsozialismus deshalb nichts anderes als den bloßen Tatbestand eines Systems von Gemeindeanstalten und -betrieben, die sich in kommunaler Hand befanden und von den Gemeinden in eigener Verantwortung verwaltet wurden." (Ebd., S. 85).
- 39 Vgl. die Berichterstattung über die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, an der für den Gemeindearbeiterverband der Verbandsvorsitzende Mohs und der Redakteur der Gewerkschaft, Dittmer, als Gäste teilnahmen (Gewerkschaft Nr. 41 vom 8. 10. 1909, Sp. 985-989).
- 40 Gewerkschaft Nr. 4 vom 24. 2. 1901, Sp. 1.
- 41 Paul Kampffmeyer, Wohin steuert die ökonomische und staatliche Entwicklung?, Berlin 1901, hier zitiert nach Gewerkschaft Nr. 4 vom 24. 2. 1901, Sp. 1.
- 42 Vgl. ebd.
- 43 Ebd.
- 44 Ebd.
- 45 Gewerkschaft Nr. 23 vom 8. 6. 1906, Sp. 388.
- 46 Bruno Poersch, Unsere Grenzstreitigkeiten und gewerkschaftliche Taktik, in: Gewerkschaft Nr. 16 vom 5. 8. 1904, Sp. 369-382; Zitat ebd., Sp. 377; der Artikel wurde von Poersch im Auftrag des Verbandsvorstandes geschrieben.

3. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse in kommunalen Betrieben

- 1 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 25.
- 2 Bes. §§ 105 a-i (Verbot der Sonn- u. Feiertagsarbeit), §§ 120 a-e (Fortbildungsschulpflicht, Schutzvorrichtungen u. ä.), §§ 122-125 u. 134 (Kündigung, sofortige Vertragsaufhebung und Vertragsbruch), §§ 126-128 (Lehrlingswesen), §§ 133 a-f (Betriebsbeamte), §§ 134 a-h (Arbeitsordnung u. Arbeiterausschüsse), §§ 135-139 a (Kinder, Jugendliche, Frauen), § 139 b (Gewerbeaufsicht) sowie §§ 152 u. 153 (Koalitionsrecht u. Koalitionsmißbrauch); vgl. ebd., S. 20 u. Soziale Praxis 14, 1914, S. 387.
- 3 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 20 ff. Bei den meisten städtischen Gärtnereien handelte es sich nicht um Kunstgärtnereien, die im Gegensatz zur Landschaftsgärtnerei unter den Geltungsbereich der Gewerbeordnung fielen.
- 4 Gemäß § 154, Abs. 3 fanden §§ 133 g bis 139 a keine Anwendung auf Heil- u. Pflegeanstalten (Soziale Praxis 9,

- 1911, S. 272).
- 5 Vgl. Gewerkschaft Nr. 11 vom 18. 3. 1910, Sp. 249-251.
- 6 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 25.
- 7 Vgl. Gewerkschaft Nr. 18 vom 3. 5. 1907, Sp. 346 f.
- 8 Vgl. ebd. u. Beiträge Nr. 10, S. 23.
- 9 Ebd., S. 23 f.
- 10 Ebd., S. 22 f.
- 11 Ebd., S. 23 f.
- 12 Gewerkschaft Nr. 18 vom 3. 5. 1907, Sp. 347.
- 13 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 24 f. u. Verwaltungsbericht 1906, S. 29.
- 14 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 3-6 u. S. 24 sowie Soziale Praxis 46, 1919, S. 810.
- 15 Vgl. Verwaltungsbericht 1906, S. 29 u. S. 113; auch Gewerkschaft Nr. 36 vom 7. 9. 1906, Sp. 609-615.
- 16 DreiBig Jahre, S. 66.
- 17 Verwaltungsbericht 1906, S. 29; die "Arbeitsordnung für die Arbeiter der Stadtgemeinde München" ist abgedruckt in: ebd., Blg. 1, S. 1-6.
- 18 Verwaltungsbericht 1906, S. 29.
- 19 Verwaltungsbericht 1913-1920, S. 43.
- 20 Soziale Praxis 25, 1913, S. 743.
- 21 Ebd., S. 742.
- 22 Gewerkschaft Nr. 11 vom 13. 3. 1908, Sp. 226.
- 23 Ebd., S. 225.
- 24 Gewerkschaft Nr. 6 vom 7. 2. 1908, Sp. 116 ff.
- 25 Gewerkschaft Nr. 32 vom 10. 8. 1906, Sp. 532; vgl. auch Gewerkschaft Nr. 38 vom 18. 9. 1908, Sp. 830.
- 26 Vgl. Gewerkschaft Nr. 6 vom 7. 2. 1908, Sp. 116 ff.
- 27 Gewerkschaft Nr. 11 vom 13. 3. 1908, Sp. 227.
- 28 Vgl. Soziale Praxis 25, 1913, S. 742 ff. u. 20, 1913, S. 586 ff.; vgl. auch Beiträge Nr. 10, S. 24.
- 29 Vgl. Soziale Praxis 25, 1913, S. 743.
- 30 Ebd., S. 742 f.
- 31 Siehe Gewerkschaft Nr. 52 vom 27. 12. 1907, Sp. 1068 f. u. Nr. 11 vom 13. 3. 1908, Sp. 227.
- 32 Adolf Wagner auf dem Evangelisch-Sozialen Kongreß, zitiert nach: Gewerkschaft Nr. 2 vom 10. 1. 1908, Sp. 25.
- 33 Gewerkschaft Nr. 38 vom 18. 9. 1908, Sp. 825.
- 34 Zu Jena vgl. Soziale Praxis 50, 1913, S. 1383; zu Oldenburg vgl. Soziale Praxis 25, 1913, S. 742; zu Bad Reichenhall vgl. Gewerkschaft Nr. 11 vom 13. 3. 1908, Sp. 226.
- 35 "Die Tarifverträge in Gemeinde- und Staatsbetrieben", in: 25 Jahre.
- 36 Ebd.; vgl. auch Beiträge Nr. 8, bes. S. 14 ff. u. S. 212 f. sowie Soziale Praxis 46, 1919, S. 810.
- 37 "Die Tarifverträge in Gemeinde- und Staatsbetrieben", in: 25 Jahre.
- 38 Siehe Teil D, S. 248-299, bes. S. 258-282.
- 39 Vgl. Soziale Praxis 25, 1913, S. 743 f.
- 40 Ebd., S. 744.
- 41 "Die Tarifverträge in Gemeinde- und Staatsbetrieben", in: 25 Jahre.
- 42 Ebd.
- 43 Vgl. Beiträge Nr. 9, S. 10; auch AfS 20, 1905, S. 203-227, bes. S. 221 ff.
- 44 AfS 20, 1905, S. 223.
- 45 Siehe Beiträge Nr. 10, S. 29 f.
- 46 Vgl. Gewerkschaft Nr. 22 vom 19. 11. 1899, Blg., Sp. 3.

- 47 Gewerkschaft Nr. 24 vom 17. 12. 1899, Sp. 1.
48 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 29 f.
49 Vgl. ebd.
50 Während der Probezeit galt eine 1tägige Kündigungs-
frist (ebd., S. 30).
51 Gewerkschaft Nr. 22 vom 19. 11. 1899, Blg., Sp. 3.
52 Beiträge Nr. 10, S. 30.
53 Vgl. ebd., S. 29-32.
54 Ebd., S. 31 f.
55 Siehe S. 47 u. S. 248 f.
56 Gewerkschaft Nr. 22 vom 19. 11. 1899, Sp. 1 f.
57 Ebd.
58 Ebd., Sp. 2.
59 Gewerkschaft Nr. 21 vom 5. 11. 1899, Sp. 2.
60 Gewerkschaft Nr. 22 vom 19. 11. 1899, Sp. 2.
61 Siehe Beiträge Nr. 10, S. 45 f.
62 Gewerkschaft Nr. 10 vom 8. 3. 1907, Sp. 180.
63 Ebd., Sp. 177 f.
64 Vgl. ebd.
65 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 46-55.
66 Ebd., S. 47.
67 Ebd., S. 47 u. S. 52.
68 Ebd., S. 46.
69 Ebd., S. 54.
70 Vgl. Ritter, Sozialversicherung, S. 68 f.
71 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 46.
72 Ebd., S. 55 ff.
73 Vgl. Soziale Praxis 46, 1911, S. 1435 u. 22, 1912, S. 691.
74 Vgl. ebd. u. Beiträge Nr. 10, S. 55 ff.
75 Vgl. Soziale Praxis 11, 1915, S. 255 f.; 35, 1916, S. 789 f. u. 37, 1916, S. 826.
76 Vgl. Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte (= Stat. Jb.), Jg. 16, Breslau 1909, S. 395.
77 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 55 ff.
78 Vgl. ebd., S. 52 f. u. S. 57 f.
79 Vgl. ebd., S. 56 f.
80 Gewerkschaft Nr. 34 vom 20. 8. 1915, Sp. 545.
81 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 61 f.
82 Vgl. Gewerkschaft Nr. 22 vom 19. 11. 1899, Sp. 2.
83 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 58-61 u. Beiträge Nr. 9, S. 25-29 sowie Tabelle II, 1-3, ebd., S. 16-111.
84 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 55 f.
85 Vgl. ebd., S. 46 u. S. 65.
86 Ebd., S. 89 f.
87 Ebd., S. 110 f.; auch Gewerkschaft Nr. 23 vom 17. 11. 1901, Sp. 1 f. u. Verwaltungsbericht 1901, S. 89 ff.
88 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 90.
89 Gewerkschaft Nr. 22 vom 21. 10. 1900, Sp. 1 u. Nr. 23 vom 17. 11. 1901, Sp. 1 f.
90 Beiträge Nr. 10, S. 90; die einzelnen Städte sind ebd., S. 92 ff. aufgeführt.
91 Vgl. ebd. u. S. 110 f.
92 Vgl. ebd., S. 90.
93 Ebd., S. 112 f.
94 Vgl. ebd. "Nach § 48, Abs. 1, Ziff. 2 des Invalidenversicherungs-Gesetzes ruht das Recht auf Bezug der Rente für die in § 6, Abs. 1 bezeichneten Personen, solange und soweit die denselben gewährten Pensionen, Wartegelder oder ähnliche Bezüge unter Hinzurechnung der ihnen nach dem genannten Gesetze zugesprochenen Rente den

7 1/2fachen Grundbetrag der Invalidenrente übersteigen. Im § 6, Abs. 1 ist die Rede von Personen, welchen vom Reiche, von einem Bundesstaat, einem Kommunalverband, einer Versicherungsanstalt oder zugelassenen besonderen Kasseneinrichtung Pensionen, Wartegelder oder ähnliche Bezüge im Mindestbetrage der Invalidenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklasse bewilligt sind." (Ebd., S. 112).

95 Vgl. Verwaltungsbericht 1906, S. 29 u. Beiträge Nr. 10, S. 112.

96 Zu allen vorausgegangenen Angaben vgl. ebd., S. 114 f.

97 Ebd., S. 116; vgl. insg. ebd., S. 115-119.

98 Vgl. ebd., S. 119; vgl. zum Motiv der Streikverhütung durch Privilegierung auch Bücher, S. 19.

99 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 92-111.

100 Vgl. ebd., S. 119-121.

101 Ebd.

102 Ebd., S. 121.

103 Ebd., S. 120 f.

104 Ebd.

105 Ebd.

106 Ebd., S. 121 f.

107 Ebd., S. 89.

108 Vgl. Krabbe, Kommunalpolitik, bes. S. 11-101.

109 Vgl. Ritter, Sozialversicherung, bes. S. 20 f.; Zitat ebd., S. 21.

110 Gewerkschaft Nr. 25 vom 31. 12. 1899, Blg., Sp. 1.

111 Vgl. Ritter, Sozialversicherung, S. 28-41.

112 Vgl. Gewerkschaft Nr. 23 vom 17. 11. 1901, Sp. 2.

113 Alfred Weber auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, zitiert nach: Gewerkschaft Nr. 41 vom 8. 10. 1909, Sp. 988.

114 Gewerkschaft Nr. 11 vom 2. 6. 1901, Sp. 2.

115 Gewerkschaft Nr. 10 vom 6. 5. 1900, Sp. 2.

4. Die Rechtslage der Gemeindearbeiter:

Koalitions- und Streikrecht vor dem Ersten Weltkrieg

1 Vgl. Leo, S. 141 f.

2 Vgl. Gewerkschaft Nr. 11 vom 18. 3. 1910, Sp. 249-251.

3 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 20 ff.

4 Vgl. Göbel, S. 53.

5 Vgl. Soziale Praxis 14, 1914, S. 385 f.

6 Vgl. die Vorgänge in: HStAM, MInn 73439, Organisation der Staatsarbeiter (Koalitions- und Streikrecht), 1910, Bd. I.

7 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 137.

8 Vgl. ebd., S. 20 f.

9 Ebd., S. 21.

10 Ebd., S. 137.

11 Vgl. Göbel, S. 55.

12 Vgl. Leo, S. 170 f. u. Beiträge Nr. 10, S. 46 u. S. 90 f.

13 Vgl. die Vorgänge in: HStAM, MInn 73439, Organisation der Staatsarbeiter (Koalitions- und Streikrecht), 1910, Bd. I.

14 Vgl. Saul, Konstitutioneller Staat, S. 315-336.

- 15 Witte, Die Ordnung der Rechts- und Dienstverhältnisse der Beamten und Arbeiter im Bereiche der Preußischen Staats-Eisenbahn-Verwaltung, Bd. 6, 2. Aufl. Elberfeld 1902, S. 205 a ff. (zitiert nach: Saul, Konstitutioneller Staat, S. 317 f.).
- 16 Vgl. Saul, Konstitutioneller Staat, S. 319 ff.
- 17 Zur Einschätzung der Bedeutung des Eisenbahnwesens aus staatlicher Sicht vgl. ebd., S. 316 f.
- 18 Vgl. Göbel, S. 51 ff.
- 19 Vgl. Soziale Praxis 14, 1914, S. 386 f. u. 43, 1912, S. 1369.
- 20 Vgl. HStAM, Minn 73439, Organisation der Staatsarbeiter (Koalitions- und Streikrecht), 1910, Bd. I; vgl. auch Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (= Correspondenzblatt) 21, 1915, S. 248 ff. u. 43, 1915, S. 470 ff.
- 21 Zitiert nach: Soziale Praxis 20, 1916, S. 467.
- 22 Ebd.
- 23 Vgl. HStAM, Minn 73439, Organisation der Staatsarbeiter (Koalitions- und Streikrecht), 1910, Bd. I u. Saul, Konstitutioneller Staat, S. 320, Anm. 28.
- 24 Vgl. ebd., S. 316 u. HStAM, Minn 73439, Organisation der Staatsarbeiter (Koalitions- und Streikrecht), 1910, Bd. I.
- 25 Vgl. Soziale Praxis 14, 1914, S. 388.
- 26 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 38 f. u. S. 139.
- 27 Vgl. ebd.
- 28 Gewerkschaft Nr. 19 vom 18. 9. 1903, Sp. 2 (Hervorhebungen im Original).
- 29 Gewerkschaft Nr. 4 vom 22. 2. 1898, Sp. 1.
- 30 Vgl. Gewerkschaft Nr. 15 vom 22. 7. 1904, Sp. 345 f.
- 31 Vgl. Leo, S. 167-171.
- 32 Ebd., S. 168.
- 33 Ebd., S. 171.
- 34 Ebd., S. 138.
- 35 Vgl. ebd., S. 170 u. Beiträge Nr. 10, S. 138.
- 36 Gewerkschaft Nr. 3 vom 17. 1. 1913, Sp. 58.
- 37 Gewerkschaft Nr. 15 vom 22. 7. 1904, Sp. 346.
- 38 Gewerkschaft Nr. 21 vom 13. 10. 1905, Sp. 521.
- 39 Ebd.
- 40 Ebd., Sp. 517 f.
- 41 Vgl. die Berichte in: Gewerkschaft Nr. 25 vom 18. 6. 1909 bis Nr. 36 vom 3. 9. 1909.
- 42 Gewerkschaft Nr. 45 vom 8. 11. 1912, Sp. 1137.
- 43 Vgl. ebd.
- 44 Gewerkschaft Nr. 3 vom 17. 1. 1913, Sp. 58.
- 45 Vgl. Gewerkschaft Nr. 45 vom 8. 11. 1912, Sp. 1137.
- 46 Gewerkschaft Nr. 3 vom 17. 1. 1913, Sp. 58.
- 47 Vgl. Gewerkschaft Nr. 23 vom 8. 6. 1906 bis Nr. 39 vom 28. 9. 1906.
- 48 Vgl. Gewerkschaft Nr. 38 vom 21. 9. 1906, Sp. 643.
- 49 Vgl. HStAM, Minn 73439, Organisation der Staatsarbeiter (Koalitions- und Streikrecht), 1910, Bd. I.
- 50 Vgl. Saul, Konstitutioneller Staat, S. 315-336.
- 51 Kommunale Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus (= Kommunale Praxis) 45, 1908, Sp. 1291.
- 52 Beiträge Nr. 10, S. 139.
- 53 Vgl. Gewerkschaft Nr. 14 vom 22. 7. 1898, Sp. 2.
- 54 "Solche Elemente dulde ich in meinem Betriebe nicht."

(Der Leiter des Wasserwerks VI in Berlin, zitiert nach: Gewerkschaft Nr. 24 vom 22. 12. 1898, Sp. 1).

- 55 So der Berliner Oberbürgermeister Kirschner (vgl. Gewerkschaft Nr. 10 vom 22. 5. 1899, Blg., Sp. 2).

Zu Teil B

Soziale Lage

1. Die Konfliktgruppenstruktur

- 1 Vgl. Gewerkschaft Nr. 26 vom 22. 12. 1905, Sp. 675.
- 2 Beiträge Nr. 10, S. 26; vgl. auch Verwaltungsbericht 1910, S. 34.
- 3 Beiträge Nr. 10, S. 27.
- 4 Ebd.
- 5 Verwaltungsbericht 1910, S. 34.
- 6 Beiträge Nr. 10, S. 26 f.
- 7 Ebd., S. 28; vgl. Verwaltungsbericht 1910, S. 34.
- 8 Vgl. Gewerkschaft Nr. 10 vom 15. 5. 1903, Blg., Sp. 1.
- 9 Vgl. Soziale Praxis 11, 1917, S. 154 f.
- 10 Beiträge Nr. 10, S. 28.
- 11 Siehe SAM, PA Nr. 757, Anzeigen über Arbeitereinstellungen in städtischen Betrieben, 1905-1919.
- 12 Verwaltungsbericht 1908, S. 196 f.
- 13 Alle Angaben ebd., S. 65.
- 14 Vgl. die monatlichen Berichte der einzelnen Betriebsleitungen betr. Arbeitereinstellung an das Magistratsdirektorium in: SAM, PA Nr. 757, Anzeigen über Arbeitereinstellungen in städtischen Betrieben, 1905-1919.
- 15 Beiträge Nr. 10, S. 28.
- 16 Vgl. ebd.
- 17 Siehe SAM, PA Nr. 126, I-IV, Stellenbewerbungen, 1909 bis 1921.
- 18 Siehe SAM, PA Nr. 739, Elektrizitätswerke: Stellenbesetzung, Stellenplan, 1902-1931 u. PA Nr. 740, Gaswerke: Stellenplan, Stellenbesetzung, Teil I, 1912-1922.
- 19 Beiträge Nr. 10, S. 18.
- 20 Vgl. Dreißig Jahre, S. 10 f. u. Lotz, S. 640.
- 21 Dreißig Jahre, S. 10 f.
- 22 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 18.
- 23 Gewerkschaft Nr. 25 vom 15. 12. 1901, Sp. 1.
- 24 Siehe SAM, PA Nr. 739, Elektrizitätswerke: Stellenbesetzung, Stellenplan, 1902-1931.
- 25 Siehe Tabelle 33, S. 365.
- 26 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 18 f.
- 27 Siehe Tabelle 34, a, S. 366.
- 28 Siehe Tabelle 34, b, S. 367.
- 29 Siehe Tabelle 35 a und b, S. 368 f.
- 30 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 14 ff.
- 31 Gewerkschaft Nr. 6 vom 7. 2. 1908, Sp. 114.
- 32 Vgl. Verwaltungsbericht 1908, Anlage II, S. 1.
- 33 Vgl. auch Krabbe, Kommunalpolitik, S. 77-101.
- 34 Vgl. Gewerkschaft Nr. 23 vom 7. 6. 1907, Sp. 459.
- 35 Soziale Praxis 31, 1913, S. 909.
- 36 Alle Angaben Soziale Praxis 46, 1912, S. 1469.
- 37 Soziale Praxis 31, 1913, S. 909.
- 38 Soziale Praxis 45, 1914, S. 1240.

- 39 Soziale Praxis 11, 1913, S. 317.
40 Vgl. ebd.
41 Ebd.
42 Siehe bayer. Verkehrsminister an das bayer. Justizministerium, 15. 7. 1919, in: HStAM, MWI 3155, Wohnungsbeschaffung für Staatsbeamte und Staatsarbeiter, Bd. I, 1913-1926.
43 Ebd., S. 3.
44 Ebd.
45 Ebd., S. 2.
46 SEPZ Nr. 51 vom 19. 12. 1912, S. 332.
47 Alles ebd.
48 Vgl. ebd.
49 Vgl. ebd.
50 Deutsche Verkehrspersonal-Zeitung. Organ für das deutsche Eisenbahn- und Postpersonal (ab 29. 6. 1916, vormals SEPZ)(= DVZ) Nr. 47 vom 22. 11. 1917, S. 169.
51 Ebd., S. 169.
52 Gewerkschaft Nr. 12 vom 22. 6. 1898, Sp. 2.
53 Gewerkschaft Nr. 13 vom 1. 9. 1897, Sp. 3.
54 Vgl. ebd.
55 Der Erhebung lagen die Rundschreiben des Kaiserlichen Statistischen Amtes vom 15. 1. und 1. 9. 1903 zugrunde. Anfang des Jahres 1909 wurde in einem erneuten Rundschreiben von den im Jahr 1903 erfaßten Städten neues Material eingeholt. Die Erhebung umfaßte neben denjenigen Städten, die nach der Volkszählung vom 1. 12. 1905 50.000 und mehr Einwohner gezählt hatten, auch "eine Anzahl Städte (...), die (...) auf dem Gebiete des Wohnungswesens bedeutsame Maßnahmen aufzuweisen hatten." Beiträge Nr. 11, S. III ff.; Zitat ebd., S. IV f.
56 Vgl. ebd., S. 472-476 u. S. 534.
57 § 2 des Regulativs betr. Dienstwohnungen in städtischen Gebäuden der Stadt Frankfurt a. M. gemäß den Beschlüssen von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung vom 18. 4. 1898; zitiert nach: Beiträge Nr. 11, S. 551.
58 Gewerkschaft Nr. 28 vom 9. 7. 1909, Sp. 676 u. Nr. 29 vom 16. 7. 1909, Sp. 709.
59 Gewerkschaft Nr. 2 vom 27. 1. 1901, Sp. 1.
60 Vgl. die Forderungen der 1. Generalversammlung, in: Gewerkschaft Nr. 10 vom 6. 5. 1900, Sp. 2.
61 Vgl. Gewerkschaft Nr. 2 vom 27. 1. 1901, Sp. 1 f.
62 Vgl. ebd.
63 Gewerkschaft Nr. 6 vom 22. 3. 1899, Sp. 3.
64 Gewerkschaft Nr. 17 vom 7. 9. 1899, Sp. 4.
65 Vgl. Beiträge Nr. 11, S. 472-476 u. S. 534.
66 Verwaltungsbericht 1910, S. XII.
67 Verwaltungsbericht 1909, Blg. 11, S. 39 f.
68 Siehe S. 392.
69 Siehe Beiträge Nr. 11, S. 477 u. S. 531-534.
70 Stat. Jb., Jg. 16, Breslau 1909, S. 392; diese Angaben gelten ebenfalls nur für die nach der Volkszählung von 1905 50.000 und mehr Einwohner zählenden Städte.
71 Ebd., S. 393.
72 Vgl. ebd., S. 393 f.
73 Vgl. Gewerkschaft Nr. 22 vom 19. 11. 1899, Sp. 2.
74 Gewerkschaft Nr. 12 vom 22. 6. 1898, Sp. 2.
75 Stadtrat/Personalreferent an die Direktion der städt. Gasanstalt, 24. 9. 1920, in: SAM, PA Nr. 740, Gaswerke, Teil I, 1912-1922.

2. Die Betriebsgruppenstruktur

- 1 Siehe u. a. Tabelle 49, S. 387.
- 2 Siehe dazu S. 132 ff. und S. 135 ff.
- 3 Gewerkschaft Nr. 18 vom 1. 9. 1905, Sp. 445.
- 4 Gewerkschaft Nr. 22 vom 21. 10. 1900, Sp. 2.
- 5 Gewerkschaft Nr. 13 vom 1. 9. 1897, Sp. 3.
- 6 Gewerkschaft Nr. 24 vom 17. 12. 1899, Sp. 1.
- 7 Vgl. Gewerkschaft Nr. 22 vom 21. 10. 1900, Sp. 2.
- 8 Ludwigshafen am Rhein (W. K.).
- 9 Gewerkschaft Nr. 7 vom 7. 4. 1898, Sp. 4.
- 10 Gewerkschaft Nr. 24 vom 17. 12. 1899, Sp. 1.
- 11 Gewerkschaft Nr. 12 vom 15. 8. 1897, Sp. 3.
- 12 Gewerkschaft Nr. 9 vom 7. 5. 1898, Sp. 1.
- 13 Vgl. Gewerkschaft Nr. 16 vom 15. 10. 1897, Sp. 3.
- 14 Alle Angaben Gewerkschaft Nr. 5 vom 11. 3. 1900, Sp. 3.
- 15 Vgl. Gewerkschaft Nr. 11 vom 1. 8. 1897, Sp. 4 u. Nr. 14 vom 15. 9. 1897, Sp. 3 f.
- 16 Vgl. Dreißig Jahre, S. 11.
- 17 Gewerkschaft Nr. 24 vom 17. 12. 1899, Sp. 1.
- 18 Vgl. ebd.
- 19 Vgl. Gewerkschaft Nr. 25 vom 15. 12. 1901, Sp. 1.
- 20 Gewerkschaft Nr. 19 vom 9. 9. 1900, Sp. 2.
- 21 Gewerkschaft Nr. 24 vom 17. 12. 1899, Sp. 1.
- 22 Gewerkschaft Nr. 19 vom 9. 9. 1900, Sp. 2.
- 23 Vgl. Gewerkschaft Nr. 24 vom 27. 11. 1903, Sp. 2.
- 24 Auszug aus dem "Willkommengruß zum fünften Verbandstag in Dresden" von Ernst Klaar, in: Gewerkschaft Nr. 21 vom 21. 5. 1909, Sp. 513. Siehe auch S. 396.
- 25 Siehe Tabelle 28, S. 361.
- 26 Siehe Gewerkschaft Nr. 11 vom 1. 8. 1897, Sp. 3 u. Nr. 20 vom 15. 12. 1897, Sp. 2.
- 27 Gewerkschaft Nr. 33 vom 18. 8. 1911, Sp. 809.
- 28 Gewerkschaft Nr. 46 vom 17. 11. 1911, Sp. 1154.
- 29 Siehe ebd.
- 30 Siehe Teil C, 2, S. 143-193.
- 31 Vgl. Gewerkschaft Nr. 17 vom 19. 8. 1904, Sp. 425.
- 32 Vgl. ebd.
- 33 Gewerkschaft Nr. 46 vom 17. 11. 1911, Sp. 1155.
- 34 Vgl. u. a. Tabelle 23, S. 358 u. Tabelle 27, S. 360.
- 35 Gewerkschaft Nr. 24 vom 17. 12. 1899, Sp. 1.
- 36 Gewerkschaft Nr. 46 vom 17. 11. 1911, Sp. 1155.
- 37 Siehe Tabellen 29 und 30, S. 362.
- 38 Vgl. Der Straßen- und Kleinbahner. Organ des Verbandes der Straßen- und Kleinbahner Deutschlands. Angeschlossen dem Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands. Mitglied des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften (= Straßen- und Kleinbahner) Nr. 8 vom 28. 8. 1912, S. 30 f.
- 39 Vgl. Straßen- und Kleinbahner Nr. 7 vom 24. 7. 1912, S. 25.
- 40 Vgl. Gewerkschaftsstimme. Organ des Zentralverbandes der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands. Mitglied des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften (= Gewerkschaftsstimme) Nr. 1 vom 4. 1. 1906, S. 1 f.; Zitat ebd., S. 2.
- 41 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 16 vom 7. 8. 1903, Sp. 1.
- 42 Gewerkschaft Nr. 46 vom 17. 11. 1911, Sp. 1155.

- 43 Vgl. SAM, PA Nr. 740, Gaswerke, Teil I, 1912-1922, hier Städt. Gasanstalt, Betr.: Schaffung statusmäßiger Stellen für Arbeiter.
- 44 Vgl. Verwaltungsbericht 1906, S. 217; 1907, Anlage III, S. 13; 1908, Anlage III, S. 5 u. S. 13 f.; 1909, Anlage III, S. 14 f.; 1913-1920, S. 81 f.
- 45 Vgl. ebd.
- 46 Vgl. Verwaltungsbericht 1905, Anlage IX, S. 4 ff.; 1908, Anlage I, S. 7; 1909, Anlage I, S. 7.
- 47 Vgl. ebd.
- 48 Vgl. Verwaltungsbericht 1905, Anlage X, S. 1-19; 1906, S. 159; 1907, Anlage II, S. 1-20 u. 1909, Anlage II, S. 1-16.
- 49 Gewerkschaft Nr. 17 vom 7. 9. 1899, Sp. 4 (aus dem Vorwärts übernommener Artikel über die Berliner Gasanstalten).
- 50 Alles ebd.
- 51 Vgl. Teil C, 3, II, S. 197-225.
- 52 Gewerkschaft Nr. 10 vom 6. 5. 1900, Sp. 2.
- 53 Vgl. Gewerkschaft Nr. 14 vom 5. 4. 1907, Sp. 273.
- 54 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 19 vom 9. 9. 1900, Sp. 2 u. Nr. 25 vom 31. 12. 1899, Sp. 3 f.
- 55 Vgl. Martin Ostwald, Die Elektrizitätsversorgung in München vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1930, Magisterarbeit München 1984.
- 56 Siehe Tabelle 49, S. 387.
- 57 Vgl. Gewerkschaft Nr. 1 vom 5. 1. 1906, Sp. 3; auch Krabbe, Kommunalpolitik; Matzerath, Urbanisierung, bes. S. 336-340.
- 58 Vgl. Gewerkschaft Nr. 3 vom 7. 2. 1899, Sp. 2.
- 59 "Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten" (ebd., Sp. 1).
- 60 In vielen Fällen wurden, je nach Ermessen der Stadtverwaltung, die Fragebögen für einzelne Betriebe ausgefüllt oder weggelassen, obwohl die fraglichen Betriebe zwischen 1902 und 1907 weder eingegangen noch neu hinzugekommen waren (vgl. Beiträge Nr. 9, S. 2 ff.).
- 61 Kommunalisierung, Erweiterung oder Zusammenfassung einzelner Betriebe konnten nicht transparent gemacht werden (vgl. ebd.).
- 62 Siehe ebd., S. 5-8.
- 63 Siehe Tabelle 23, S. 358 und Tabellen 29 u. 30, S. 362.
- 64 Beiträge Nr. 9, S. 8.
- 65 Vgl. SAM, PA Nr. 740, Gaswerke: Stellenplan, Stellenbesetzung, Anstellung von weiblichem Personal, Teil I, 1912-1922; vgl. auch Beiträge Nr. 9, S. 4.
- 66 Vgl. ebd., S. 8 f.
- 67 Ebd., S. 8.
- 68 Vgl. ebd., S. 7 f.
- 69 Stand vom 18. 6. 1913; zusammengestellt nach Stat. Jb., Jg. 21, Breslau 1916, S. 523.
- 70 Siehe ebd.
- 71 Vgl. Beiträge Nr. 9, Tabelle II, 2, S. 60-99, Tabelle III, 4, S. 116 f. u. Tabelle IV, 4, S. 128 f.
- 72 Siehe Teil D, 1, II, S. 251-256.
- 73 Siehe Tabellen 29 u. 30, S. 362.
- 74 Siehe ebd.
- 75 Straßen- und Kleinbahner Nr. 8 vom 28. 8. 1912, S. 31.
- 76 Verwaltungsbericht 1921-1923, S. 94.
- 77 Siehe Tabelle 28, S. 361.

- 78 Vgl. Gewerkschaft Nr. 10 vom 13. 5. 1904, Sp. 245 f. u. Beiträge Nr. 10, S. 34.
- 79 Gewerkschaft Nr. 25 vom 12. 12. 1902, Sp. 3.
- 80 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 34.
- 81 Vgl. ebd., S. 34 f. u. S. 148-157.
- 82 Ebd., S. 35.
- 83 Vgl. ebd., S. 35 f. u. Verwaltungsbericht 1907, S. 33.
- 84 Vgl. SAN, PA Nr. 646/3, Städtische Arbeiter: Entlassungen, Sustentationen, Schaffung von Arbeitsgelegenheit, 1823-1919, Versorgungskasse 1900-1911, bes. Denkschrift zur Versorgungskasse vom 11. 4. 1907 u. Verwaltungsbericht 1911, S. 101 ff.; vgl. auch Gewerkschaft Nr. 25 vom 12. 12. 1902, Sp. 3.
- 85 Siehe Tabelle 32, S. 364.
- 86 Vgl. S. 248; vgl. auch Tabelle 44, S. 381.
- 87 Gewerkschaft Nr. 25 vom 15. 12. 1901, Sp. 1.
- 88 Alle Angaben Verwaltungsbericht 1910, S. 33 f.
- 89 Vgl. Gewerkschaft Nr. 25 vom 12. 12. 1902, Sp. 3.
- 90 Vgl. Verwaltungsbericht 1910, S. 33 f. u. S. 39.
- 91 Alfred Weber zitiert nach: Gewerkschaft Nr. 41 vom 8. 10. 1909, Sp. 988.
- 92 Ders., ebd.
- 93 Gewerkschaft Nr. 14 vom 2. 4. 1909, Sp. 339.
- 94 Siehe Tabelle 24, S. 358.
- 95 Vgl. Gewerkschaft Nr. 21 vom 5. 11. 1899, Sp. 2.
- 96 Vgl. Gewerkschaft, Probe-Nummer vom 15. 12. 1896, Sp. 1 ff.
- 97 Vgl. Gewerkschaft Nr. 22 vom 19. 11. 1899, Sp. 1 f.
- 98 Gewerkschaft Nr. 25 vom 31. 12. 1899, Sp. 4.
- 99 Ebd., Sp. 3 f.
- 100 Gewerkschaft Nr. 23 vom 17. 11. 1901, Sp. 2.
- 101 Vgl. ebd., Sp. 1 f.
- 102 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 86.
- 103 Soziale Praxis 42, 1919, S. 736-739; Zitat ebd., S. 739.
- 104 Gewerkschaft Nr. 32 vom 6. 8. 1915, Sp. 514.
- 105 SEPZ Nr. 32 vom 7. 8. 1913, S. 212.
- 106 Vgl. ebd.
- 107 Vgl. u. a. S. 145 und S. 205.

3. Die Arbeitsbedingungen in ausgewählten kommunalen Betrieben

- 1 Siehe Tabelle 25, S. 359.
- 2 Siehe Tabelle 27, S. 360.
- 3 Vgl. Beiträge Nr. 9, S. 10 f.
- 4 Siehe Tabelle 26, S. 359.
- 5 Vgl. Gewerkschaft Nr. 10 vom 6. 5. 1900, Sp. 2.
- 6 Beiträge Nr. 9, S. 9 u. Tabelle II, 3, S. 100-111.
- 7 Vgl. ebd., S. 15 u. Tabelle I, a, 1, S. 10 f.; vgl. auch Tabellen 1-18, S. 336-353 dieser Arbeit.
- 8 Nach einer vom Transportarbeiter-Verband unter 26 gemeindlichen und 44 privaten Betrieben für den Stand von Oktober 1915 durchgeführten Erhebung waren von den 13.954 beschäftigten Frauen 12.546 als Schaffnerinnen, 1.399 als sonstige Hilfsarbeiterinnen und lediglich 9

- als Wagenführerinnen eingesetzt (Soziale Praxis 19, 1916, S. 444).
- 9 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 63.
10 Ebd., S. 64.
11 Gewerkschaft Nr. 1 vom 1. 1. 1897, Sp. 4.
12 Ebd.
13 Gewerkschaft Nr. 10 vom 8. 3. 1907, Sp. 180.
14 Vgl. Beiträge Nr. 9, S. 33.
15 Vgl. ebd., S. 35 f.
16 Siehe ebd., S. 33 f. Die Angaben gelten nach dem Stand von Januar 1907 für folgende Städte: 12-Stunden-Schicht in Remscheid, Solingen, Witten, Bochum, Osnabrück, Iserlohn, Neuß, Mühlheim-Ruhr, Koblenz, Bonn, Oberhausen, M.-Gladbach, Minden, Duisburg, Paderborn, Hagen, Münster, Mühlheim-Rhein, Siegburg und Schwelm; 8-Stunden-Schicht in Barmen, Bielefeld, Köln, Krefeld, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Mainz, Ohligs und Wiesbaden.
- 17 Gewerkschaft Nr. 13 vom 1. 9. 1897, Sp. 3.
18 Vgl. Gewerkschaft Nr. 9 vom 7. 5. 1898, Sp. 1.
19 Beiträge Nr. 9, Tabelle IV, 1, Spalte 23 u. 24, S. 120-123.
20 Vgl. ebd., Tabelle IV, 3, Spalte 23 u. 24, S. 126-129.
21 Vgl. ebd., S. 36.
22 Siehe Tabelle 22, S. 357.
23 Vgl. Gewerkschaft Nr. 10 vom 6. 5. 1900, Sp. 2.
24 Vgl. Gewerkschaft Nr. 31 vom 1. 8. 1919, Sp. 561 f.

Zu Teil C

Gewerkschaftliche Organisation

1. Frühe Versuche der Organisation

- 1 Vgl. "Die Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiterbewegung", in: 25 Jahre.
2 Gewerkschaft Nr. 9 vom 2. 3. 1906, Sp. 129.
3 Vgl. Gewerkschaft Nr. 16 vom 5. 8. 1904, Sp. 381.
4 Ebd.
5 Gewerkschaft Nr. 20 vom 22. 10. 1899, Blg., Sp. 1 u. Nr. 1 vom 6. 1. 1911, Sp. 4.
6 Vgl. "Aus Süddeutschlands Vergangenheit", in: 25 Jahre; auch Krabbe, Kommunalpolitik, S. 92.
7 Vgl. Gewerkschaft Nr. 52 vom 27. 12. 1907, Sp. 1070.
8 Dazu HStAM, Minn 73439, 1910, Bd. I.
9 Vgl. Gewerkschaft Nr. 52 vom 27. 12. 1907, Sp. 1070.
10 Gewerkschaft Nr. 14 vom 8. 7. 1904, Sp. 341.
11 Vgl. Gewerkschaft Nr. 13 vom 17. 6. 1900, Sp. 1.
12 Gewerkschaft Nr. 32 vom 11. 8. 1911, Sp. 786 f.
13 Ebd., Sp. 787.
14 Gewerkschaft Nr. 28 vom 10. 7. 1914, Sp. 757.
15 Vgl. Straßen- und Kleinbahner Nr. 6 vom 26. 6. 1912, S. 25 u. Gewerkschaft Nr. 38 vom 19. 9. 1913, Sp. 944; vgl. auch Klaus J. Mattheier, Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973.
16 Gewerkschaft Nr. 32 vom 11. 8. 1911, Sp. 787.
17 Vgl. Gewerkschaft Nr. 3 vom 20. 1. 1911, Sp. 51.

18 Siehe Teil C, 2, S. 143-193.

2. Organisationsgeschichte: Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

I. Die Anfänge der Organisation

- 1 Vgl. Dreißig Jahre, S. 11.
- 2 Vgl. "Die Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiterbewegung", in: 25 Jahre; vgl. Ritter, Arbeiterbewegung, S. 150-175.
- 3 "Die Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiterbewegung", in: 25 Jahre.
- 4 Dreißig Jahre, S. 11.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Gewerkschaft Nr. 11 vom 1. 8. 1897, Sp. 3.
- 9 Ebd.
- 10 "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
- 11 Gewerkschaft Nr. 12 vom 15. 8. 1897, Sp. 3.
- 12 Vgl. Dreißig Jahre, S. 11.
- 13 Vgl. Gewerkschaft Nr. 4 vom 1. 4. 1897, Sp. 2 u. "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
- 14 Vgl. Gewerkschaft Nr. 4 vom 1. 4. 1897, Sp. 2.
- 15 Vgl. "Die Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiterbewegung", in: 25 Jahre.
- 16 Gewerkschaft Nr. 4 vom 1. 4. 1897, Sp. 1.
- 17 "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
- 18 Vgl. ebd.
- 19 Gewerkschaft Nr. 5 vom 2. 2. 1906, Sp. 78.
- 20 Gewerkschaft Nr. 4 vom 26. 1. 1906, Sp. 59.
- 21 "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
- 22 Siehe Teil C, 2, II, S. 165-184.
- 23 Dreißig Jahre, S. 11.
- 24 Ebd., S. 14.
- 25 Ebd.
- 26 Gewerkschaft Nr. 24 vom 27. 11. 1903, Sp. 2.
- 27 Vgl. ebd., Sp. 2 f.
- 28 Vgl. Gewerkschaft Nr. 4 vom 1. 4. 1897, Sp. 2.
- 29 Vgl. u. a. "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre; Dreißig Jahre, S. 14; Gewerkschaft Nr. 20 vom 15. 12. 1897, Sp. 2.
- 30 Vgl. Gewerkschaft Nr. 11 vom 1. 8. 1897, Sp. 3 u. Dreißig Jahre, S. 14.
- 31 Vgl. Gewerkschaft Nr. 11 vom 1. 8. 1897, Sp. 3.
- 32 Vgl. ebd., Sp. 2.
- 33 Ebd., Sp. 3.
- 34 Gewerkschaft Nr. 14 vom 15. 9. 1897, Sp. 2.
- 35 Vgl. Gewerkschaft Nr. 20 vom 15. 12. 1897, Sp. 2.
- 36 Gewerkschaft Nr. 8 vom 22. 4. 1899, Sp. 1.
- 37 Vgl. Gewerkschaft Nr. 2 vom 1. 2. 1897, Sp. 1-4; Nr. 4 vom 1. 4. 1897, Sp. 3; Nr. 13 vom 1. 9. 1897, Sp. 2; Nr. 17 vom 1. 11. 1897, Sp. 2; Nr. 19 vom 1. 12. 1897, Sp. 2; Nr. 3 vom 7. 2. 1898, Sp. 3.
- 38 "Die Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiterbewegung", in: 25 Jahre.

- 39 Vgl. ebd.
40 "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
41 Gewerkschaft Nr. 9 vom 2. 3. 1906, Sp. 129 f.
42 Gewerkschaft Nr. 1 vom 1. 1. 1897, Sp. 1.
43 Vgl. ebd. u. "Aus der Geschichte unseres Verbandes",
in: 25 Jahre.
44 Gewerkschaft Nr. 1 vom 1. 1. 1897, Sp. 1 u. Nr. 5 vom
1. 5. 1897, Sp. 1.
45 Gewerkschaft Nr. 7 vom 1. 6. 1897, Sp. 2 u. Nr. 9 vom
1. 7. 1897, Sp. 1.
46 Gewerkschaft Nr. 9 vom 2. 3. 1906, Sp. 130; siehe auch
Tabelle 51, S. 389 dieser Arbeit.
47 Dreißig Jahre, S. 17.
48 "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
49 Gewerkschaft Nr. 1 vom 7. 1. 1899, Sp. 1; vgl. auch Ta-
belle 41, S. 376 dieser Arbeit.
50 "Die Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiterbewegung",
in: 25 Jahre.
51 Gewerkschaft Nr. 4 vom 22. 2. 1898, Sp. 1.
52 Dreißig Jahre, S. 10 u. S. 16 f. u. "Die Berliner Ge-
meinde- und Staatsarbeiterbewegung", in: 25 Jahre.
53 Gewerkschaft Nr. 4 vom 22. 2. 1898, Sp. 1.
54 Vgl. "Die Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiterbewe-
gung", in: 25 Jahre; danach umfaßte die Berliner Orga-
nisation Ende des 1. Geschäftsjahres 341 Mitglieder mit
einem Kassenvermögen von 83,60 M.
55 Vgl. Gewerkschaft Nr. 19 vom 1. 12. 1897, Sp. 1.
56 Ebd.
57 Kassenbericht, Geschäftsjahr 1896/97, in: Gewerkschaft
Nr. 4 vom 22. 2. 1898, Sp. 1; Erfurt 77 Mitglieder,
Königsberg 27 Mitglieder, Magdeburg 52 Mitglieder (ebd.).
58 Vgl. "Hamburg/Kiel/Lübeck", in: 25 Jahre.
59 Gewerkschaft Nr. 2 vom 1. 2. 1897, Sp. 3.
60 "Hamburg/Kiel/Lübeck", in: 25 Jahre.
61 Vgl. Gewerkschaft Nr. 1 vom 7. 1. 1899, Sp. 2.
62 Vgl. "Hamburg/Kiel/Lübeck", in: 25 Jahre; zur Mitglie-
derentwicklung in Hamburg vgl. Tabelle 43, S. 379.
63 Vgl. Gewerkschaft Nr. 4 vom 1. 4. 1897, Sp. 3.
64 Kassenbericht 1897/98, in: Gewerkschaft Nr. 1 vom 7. 1.
1899, Sp. 4.
65 Vgl. "Aus Süddeutschlands Vergangenheit", in: 25 Jahre.
66 Kassenbericht 1896/97, in: Gewerkschaft Nr. 4 vom 22.
2. 1898, Sp. 1 f. u. Gewerkschaft Nr. 4 vom 19. 2.
1904, Sp. 105; vgl. auch Tabelle 36, S. 370.
67 Vgl. Gewerkschaft Nr. 17 vom 1. 11. 1897, Sp. 2.
68 Dreißig Jahre, S. 17 f.
69 "Die Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiterbewegung",
in: 25 Jahre.
70 Dreißig Jahre, S. 17.
71 Alle Angaben Kassenbericht 1897/98, in: Gewerkschaft
Nr. 1 vom 7. 1. 1899, Sp. 4; vgl. auch Tabelle 41, S.
376.
72 Vgl. Gewerkschaft Nr. 1 vom 7. 1. 1899, Sp. 1.
73 Ebd., Sp. 2.
74 Ebd., Sp. 1.
75 Ebd., Sp. 2 u. Sp. 4.
76 Vgl. "Aus Süddeutschlands Vergangenheit", in: 25 Jahre.
77 Kassenbericht 1897/98, in: Gewerkschaft Nr. 1 vom 7. 1.
1899, Sp. 4 u. Gewerkschaft Nr. 4 vom 19. 2. 1904, Sp.
105.

- 78 Vgl. Gewerkschaft Nr. 24 vom 22. 12. 1898, Sp. 1 f. u. Dreißig Jahre, S. 21.
- 79 Dreißig Jahre, S. 17.
- 80 Vgl. ebd., S. 18.
- 81 Vgl. 25 Jahre.
- 82 Gewerkschaft Nr. 3 vom 7. 2. 1899, Sp. 1 u. Nr. 8 vom 22. 4. 1899.
- 83 Gewerkschaft Nr. 10 vom 6. 5. 1900, Sp. 2.
- 84 Siehe Gewerkschaft, Probe-Nummer vom 15. 12. 1896, Sp. 2.
- 85 Gewerkschaft Nr. 8 vom 15. 6. 1897, Sp. 2.
- 86 Gewerkschaft, Probe-Nummer vom 15. 12. 1896, Sp. 4.
- 87 "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
- 88 Vgl. Gewerkschaft Nr. 8 vom 15. 6. 1897, Sp. 2.
- 89 Vgl. "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
- 90 Vgl. Gewerkschaft Nr. 6 vom 22. 3. 1898, Sp. 1; Nr. 6 vom 22. 3. 1899, Sp. 3 u. Dreißig Jahre, S. 24.
- 91 Vgl. ebd.
- 92 "Mitgliederentwicklung und Leistungen unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
- 93 Vgl. Gewerkschaft Nr. 18 vom 26. 8. 1900, Sp. 1 f.
- 94 Der Beitrag für Frauen betrug 10 Pf/Woche, das Eintrittsgeld 25 Pf (Gewerkschaft Nr. 3 vom 7. 2. 1899, Sp. 1).
- 95 Ebd., Sp. 1 f.
- 96 "Aus Süddeutschlands Vergangenheit", in: 25 Jahre.
- 97 Vgl. "Die Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiterbewegung", in: 25 Jahre.
- 98 Siehe Teil C, 2, II, S. 165-184.
- 99 Vgl. Dreißig Jahre, S. 22.
- 100 "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
- 101 Gewerkschaft Nr. 1 vom 7. 1. 1899, Sp. 2.
- 102 Gewerkschaft Nr. 5 vom 1. 5. 1897, Sp. 2.
- 103 Siehe Gewerkschaft Nr. 10 vom 22. 5. 1899, Blg., Sp. 2 u. Nr. 11 vom 7. 6. 1899, Sp. 2.
- 104 Vgl. Gewerkschaft Nr. 12 vom 22. 6. 1899, Sp. 3.
- 105 Gewerkschaft Nr. 3 vom 7. 2. 1898, Sp. 1.
- 106 "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
- 107 Dreißig Jahre, S. 16.
- 108 "Die Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiterbewegung", in: 25 Jahre.
- 109 "Wir müssen nun konstatieren, daß im Allgemeinen die städtischen Behörden unserer Organisation keine bedeutenden Hindernisse in den Weg gelegt haben; wenigstens nicht in sofern, daß es den Arbeitern direkt verboten wurde, sich dem Verbande anzuschließen, wie dieses in den staatlichen Betrieben an der Tagesordnung ist." (Gewerkschaft Nr. 4 vom 22. 2. 1898, Sp. 1).
- 110 Vgl. ebd. u. Nr. 5 vom 7. 3. 1898, Sp. 3.
- 111 Siehe Gewerkschaft Nr. 4 vom 22. 2. 1898, Sp. 1.
- 112 Ebd.
- 113 Gewerkschaft Nr. 1 vom 7. 1. 1899, Sp. 2.
- 114 Siehe ebd.
- 115 Gewerkschaft Nr. 25 vom 31. 12. 1899, Blg., Sp. 3.
- 116 "Sachsen und Mitteldeutschland", in: 25 Jahre.
- 117 Gewerkschaft Nr. 7 vom 4. 4. 1902, Sp. 2.
- 118 Gewerkschaft Nr. 13 vom 1. 9. 1897, Sp. 2.
- 119 Gewerkschaft Nr. 25 vom 31. 12. 1899, Sp. 4.
- 120 Ebd.

- 121 Dazu später in Teil C, 4, I, S. 226-233.
122 "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
123 In der Gewerkschaft Nr. 5 vom 1. 5. 1897 mußte der
Hauptvorstand eine Richtigstellung abdrucken, um das
Gerücht aus der Welt zu schaffen, der Kassier der Char-
lottenburger Filiale hätte mit Verbandsgeldern "Stühle
und Tische" gekauft (ebd., Sp. 2).
124 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 7 vom 4. 4. 1902, Sp. 2.
125 "Hamburg/Kiel/Lübeck", in: 25 Jahre.
126 Gewerkschaft Nr. 19 vom 9. 9. 1900, Sp. 2.
127 Gewerkschaft Nr. 15 vom 25. 7. 1902, Sp. 1.
128 Gewerkschaft Nr. 1 vom 7. 1. 1899, Sp. 1.
129 "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
130 Vgl. Gewerkschaft Nr. 8 vom 15. 6. 1897, Sp. 4.
131 Gewerkschaft Nr. 14 vom 22. 7. 1899, Sp. 2.
132 Vgl. "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25
Jahre.
133 Gewerkschaft Nr. 24 vom 1. 12. 1901, Sp. 3.

II. Gewerkschaftliches Selbstverständnis

- 1 Gewerkschaft, Probe-Nummer vom 15. 12. 1896, Sp. 1.
2 Ebd., Sp. 1 f.
3 Ebd., Sp. 4; siehe auch S. 395 f. dieser Arbeit.
4 Gewerkschaft Nr. 18 vom 26. 8. 1900, Sp. 1.
5 Ebd.
6 Ebd.
7 Gewerkschaft Nr. 23 vom 4. 11. 1900, Blg., Sp. 2.
8 Gewerkschaft Nr. 4 vom 24. 2. 1901, Sp. 1.
9 Ebd.
10 Theoretisch ausgearbeitet wurde diese Position von Paul
Kampffmeyer; im Rahmen einer Rezension seiner Veröf-
fentlichung "Wohin steuert die ökonomische und staatli-
che Entwicklung?" (Berlin 1901) benennt die Redaktion
der Gewerkschaft rückwirkend ihre politische Linie:
"Unsern Lesern dürfte es nicht unbekannt sein, daß wir
schon seit Jahren mit Kampffmeyer derselben Meinung und
bemüht sind, praktisch in seinem Sinne zu arbeiten."
(Gewerkschaft Nr. 4 vom 24. 2. 1901, Sp. 1).
11 Siehe Gewerkschaft Nr. 17 vom 26. 4. 1907, Sp. 331-336.
12 Gewerkschaft, Probe-Nummer vom 15. 12. 1896, Sp. 2.
13 Gewerkschaft Nr. 3 vom 7. 2. 1899, Sp. 1.
14 Gewerkschaft Nr. 22 vom 19. 11. 1899, Sp. 2.
15 Gewerkschaft Nr. 23 vom 7. 12. 1898, Sp. 1 f.
16 Gewerkschaft Nr. 10 vom 6. 5. 1900, Sp. 2.
17 Vgl. ebd.
18 Ebd., Sp. 1.
19 "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
20 Siehe Gewerkschaft Nr. 16 vom 5. 8. 1904, Sp. 374.
21 Ebd., Sp. 378.
22 Ebd., Sp. 377.
23 Ebd., Sp. 381.
24 Vgl. Gewerkschaft Nr. 32 vom 11. 8. 1911, Sp. 786. Da-
bei sind ci. 6.000 Arbeiter in privaten gemeinnützigen
oder gemeinnützigen Betrieben, in der Privatkranken-
pflege und einigen Staatsbetrieben miteingerechnet, in
denen der Prozentsatz der in anderen freien Gewerk-

schaften organisierten Arbeiter noch höher gelegen haben dürfte als in den eigentlichen Gemeindebetrieben (ebd.).

- 25 Soziale Praxis 46, 1912, S. 1458.
- 26 Siehe Tabelle 36, S. 370.
- 27 Gewerkschaft Nr. 30 vom 28. 7. 1911, Sp. 740.
- 28 Vgl. Gewerkschaft Nr. 19 vom 18. 9. 1903, Sp. 2.
- 29 Gewerkschaft Nr. 23 vom 8. 6. 1906, Sp. 387.
- 30 Gewerkschaft Nr. 16 vom 5. 8. 1904, Sp. 369-382.
- 31 Siehe Teil C, 2, II, c, S. 174-184.
- 32 Gewerkschaft Nr. 23 vom 8. 6. 1906, Sp. 386 f.
- 33 Ebd., Sp. 386.
- 34 Vgl. ebd.
- 35 Gewerkschaft Nr. 27 vom 3. 7. 1914, Sp. 702.
- 36 Vgl. Gewerkschaft Nr. 23 vom 8. 6. 1906, Sp. 388.
- 37 Gewerkschaft Nr. 21 vom 22. 5. 1914, Sp. 548. Die Unterstreichungen (im Original Fettdruck) markieren die neu hinzugefügten Textstellen.
- 38 Ebd., Sp. 547.
- 39 Vgl. Gewerkschaft Nr. 23 vom 3. 7. 1914, Sp. 709-716.
- 40 Gewerkschaft Nr. 28 vom 10. 7. 1914, Sp. 746.
- 41 Ebd., Sp. 744; vgl. auch Klaus Schönhoven, Expansion und Konzentration: Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914, Stuttgart 1980, bes. S. 370-374.
- 42 Vgl. Gewerkschaft Nr. 37 vom 12. 9. 1919, Sp. 713.
- 43 Vgl. u. a. "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
- 44 B. Poersch in der Gewerkschaft Nr. 13 vom 1. 9. 1897, Sp. 2.
- 45 Gewerkschaft Nr. 24 vom 22. 12. 1898, Sp. 1.
- 46 B. Poersch in der Gewerkschaft Nr. 14 vom 22. 7. 1898, Sp. 1.
- 47 Alles ebd.
- 48 Geschäftlicher Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1897/98, in: Gewerkschaft Nr. 1 vom 7. 1. 1899, Sp. 2.
- 49 Ebd., Blg., Sp. 1.
- 50 Resolution des Verbandsvorstandes, zitiert nach: Gewerkschaft Nr. 25 vom 31. 12. 1899, Sp. 3.
- 51 Ebd.
- 52 Vgl. Gewerkschaft Nr. 22 vom 22. 11. 1898, Sp. 1 f.
- 53 Vgl. Gewerkschaft Nr. 23 vom 7. 12. 1898, Sp. 1.
- 54 Gewerkschaft Nr. 10 vom 6. 5. 1900, Sp. 2.
- 55 Siehe Gewerkschaft Nr. 24 vom 18. 11. 1900, Sp. 1 f. u. Nr. 3 vom 10. 2. 1901, Sp. 1.
- 56 B. Poersch in der Gewerkschaft Nr. 5 vom 4. 3. 1904, Sp. 106.
- 57 Gewerkschaft Nr. 15 vom 22. 7. 1904, Sp. 346.
- 58 Poersch, Grenzstreitigkeiten.
- 59 Siehe Anm. 19, S. 321.
- 60 Poersch, Grenzstreitigkeiten, Sp. 374.
- 61 Alles ebd., Sp. 372-377.
- 62 Ebd., Sp. 377.
- 63 Ebd., Sp. 378.
- 64 Gewerkschaft Nr. 23 vom 8. 6. 1906, Sp. 387.
- 65 Vgl. Gewerkschaft Nr. 18 vom 2. 9. 1904, Sp. 433-440.
- 66 Vgl. ebd., Sp. 433 ff.
- 67 Siehe Tabelle 36, S. 370.
- 68 Vgl. Gewerkschaft Nr. 5 vom 2. 2. 1906, Sp. 78.
- 69 Gewerkschaft Nr. 4 vom 26. 1. 1906, Sp. 59.

- 70 Zuschrift von Ernst Kroll, Sektion I, Berlin, in: Gewerkschaft Nr. 5 vom 2. 2. 1906, Sp. 78.
- 71 Ebd., Sp. 79.
- 72 Ebd.
- 73 Vgl. Gewerkschaft Nr. 23 vom 8. 6. 1906, Sp. 387 f.; Zitat ebd., Sp. 388.
- 74 Gewerkschaft Nr. 23 vom 8. 6. 1906, Sp. 389.
- 75 Gewerkschaft Nr. 38 vom 21. 9. 1906, Sp. 643.
- 76 Ebd., Sp. 642.
- 77 Vgl. ebd., Sp. 641 ff.
- 78 "Mitgliederentwicklung und Leistungen unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
- 79 Siehe Gewerkschaft Nr. 39 vom 28. 9. 1906, Sp. 657 ff.
- 80 Vgl. Gewerkschaft Nr. 2 vom 8. 1. 1909 bis Nr. 14 vom 2. 4. 1909 sowie Nr. 21 vom 21. 5. 1909 bis Nr. 24 vom 11. 6. 1909.

III. Der Ausbau der Organisation, Mitgliederentwicklung bis 1914

- 1 Vgl. "Aus Süddeutschlands Vergangenheit", in: 25 Jahre; auch Gewerkschaft Nr. 4 vom 20. 2. 1903, Sp. 4.
- 2 Gewerkschaft Nr. 1 vom 8. 1. 1904, Sp. 60.
- 3 Vgl. Gewerkschaft Nr. 20 vom 29. 9. 1905, Sp. 486-489.
- 4 Gewerkschaft Nr. 12 vom 3. 6. 1900, Sp. 1.
- 5 Vgl. ebd.
- 6 Gewerkschaft Nr. 23 vom 4. 11. 1900, Blg., Sp. 2.
- 7 Vgl. Gewerkschaft Nr. 19 vom 22. 9. 1901, Sp. 3.
- 8 Vgl. Gewerkschaft Nr. 19 vom 19. 9. 1902, Sp. 2.
- 9 Gewerkschaft Nr. 21 vom 16. 10. 1903, Sp. 3.
- 10 "Aus Süddeutschlands Vergangenheit", in: 25 Jahre.
- 11 Gewerkschaft Nr. 19 vom 22. 9. 1901, Sp. 3.
- 12 Vgl. Gewerkschaft Nr. 8 vom 17. 4. 1903, Sp. 2.
- 13 Vgl. Gewerkschaft Nr. 21 vom 16. 10. 1903, Sp. 3.
- 14 Gewerkschaft Nr. 26 vom 25. 12. 1903, Sp. 4.
- 15 Vgl. Gewerkschaft Nr. 14 vom 8. 7. 1904, Sp. 336 ff.
- 16 Gewerkschaft Nr. 3 vom 5. 2. 1904, Sp. 62.
- 17 Gewerkschaft Nr. 7 vom 31. 3. 1905, Sp. 158; siehe auch Tabelle 41, S. 376 dieser Arbeit.
- 18 Siehe ebd.
- 19 Gewerkschaft Nr. 1 vom 6. 1. 1911, Sp. 4 u. Nr. 2 vom 13. 1. 1911, Sp. 27.
- 20 Vgl. Gewerkschaft Nr. 14 vom 5. 4. 1912, Sp. 351.
- 21 Vgl. ebd., Sp. 350 f.
- 22 Siehe Tabelle 43, S. 379.
- 23 Siehe Tabelle 41, S. 376.
- 24 Vgl. "Hamburg/Kiel/Lübeck", in: 25 Jahre.
- 25 Vgl. auch Tabelle 46, S. 383.
- 26 Siehe Tabelle 43, S. 379.
- 27 Siehe ebd.
- 28 Siehe Tabelle 36, S. 370.
- 29 Gewerkschaft Nr. 5 vom 4. 3. 1904, Sp. 105.
- 30 Siehe Gewerkschaft Nr. 14 vom 2. 4. 1909, Sp. 337 f.
- 31 Gewerkschaft Nr. 32 vom 11. 8. 1911, Sp. 786 f. Die Angaben im Correspondenzblatt, nach denen 40,97 % aller Gemeindearbeiter im Verband organisiert waren, sind

- laut Gewerkschaft unzutreffend (Gewerkschaft Nr. 34 vom 25. 8. 1911, Sp. 833).
- 32 Siehe ebd.
- 33 Alle Angaben Gewerkschaft Nr. 46 vom 17. 11. 1911, Sp. 1154; siehe auch Tabellen 49 u. 50, S. 387 f.
- 34 Gewerkschaft Nr. 14 vom 2. 4. 1909, Sp. 337 f.
- 35 Siehe Gewerkschaft Nr. 46 vom 17. 11. 1911, Sp. 1155.
- 36 Vgl. Gewerkschaft Nr. 2 vom 13. 1. 1911, Sp. 25-28; vgl. auch Krabbe, Kommunalpolitik, S. 96.
- 37 Gewerkschaft Nr. 3 vom 17. 1. 1913, Sp. 57.
- 38 Vgl. Gewerkschaft Nr. 40 vom 3. 10. 1913, Sp. 993.
- 39 Vgl. Tabelle 50, S. 388.
- 40 Vgl. "Die Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiterbewegung", in: 25 Jahre.
- 41 Vgl. Gewerkschaft Nr. 23 vom 17. 11. 1901, Blg., Sp. 2.
- 42 Gewerkschaft Nr. 20 vom 3. 10. 1902, Sp. 2.
- 43 Gewerkschaft Nr. 21 vom 17. 10. 1902, Sp. 2.
- 44 Vgl. Gewerkschaft Nr. 11 vom 20. 5. 1900, Sp. 2; Nr. 19 vom 9. 9. 1900, Sp. 1 f.; Nr. 23 vom 17. 11. 1901, Blg., Sp. 2 f.
- 45 Vgl. ebd. u. Nr. 26 vom 29. 12. 1901, Sp. 4.
- 46 Vgl. "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre u. Gewerkschaft Nr. 9 vom 1. 5. 1903, Sp. 2.
- 47 Vgl. Gewerkschaft Nr. 23 vom 8. 6. 1906, Sp. 385 u. Sp. 388; Nr. 17 vom 26. 4. 1907, Sp. 336.
- 48 Vgl. Gewerkschaft Nr. 14 vom 2. 4. 1909, Sp. 338.
- 49 Siehe ebd.
- 50 Ebd., Sp. 340.
- 51 Siehe ebd.
- 52 Ebd., Sp. 338.
- 53 Siehe S. 214-225.
- 54 Gewerkschaft Nr. 27 vom 5. 7. 1912, Sp. 690.
- 55 Vgl. Gewerkschaft Nr. 23 vom 8. 6. 1906, Sp. 389 u. Nr. 27 vom 5. 7. 1912, Sp. 690 f.
- 56 Ebd., Sp. 691.
- 57 Ebd.
- 58 Vgl. Gewerkschaft Nr. 23 vom 5. 6. 1914, Sp. 585 f. u. Nr. 24 vom 12. 6. 1914, Sp. 631.

3. Gewerkschaftliches Konfliktverhalten, Arbeitskampf und Streik

- 1 Paul Mombert, Die deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter, Stuttgart 1903, hier nach: Gewerkschaft Nr. 3 vom 5. 2. 1904, Sp. 55 f.; vgl. insg. ebd., Sp. 55-58; vgl. auch Ilse Costas, Anfänge der Partizipation im Industriebetrieb. Die Arbeiterausschüsse 1889 bis 1920, in: Jürgen Bergmann, Klaus Megerle und Peter Steinbach (Hrsg.), Geschichte als politische Wissenschaft. Sozialökonomische Ansätze, Analyse politikhistorischer Phänomene, politologische Fragestellungen in der Geschichte, Stuttgart 1979, S. 335-378.
- 2 Beiträge Nr. 10, S. 130.
- 3 Gewerkschaft Nr. 3 vom 5. 2. 1904, Sp. 55 f.
- 4 Vgl. ebd.
- 5 So in Köln, Dresden, Halberstadt, Hanau, Karlsruhe, Kiel, Mannheim, Mühlhausen, Nürnberg, Pforzheim, Regens-

- burg, Rixdorf, Straßburg, Wiesbaden und Würzburg (Beiträge Nr. 10, S. 131).
- 6 Verwaltungsbericht 1911, Blg. 19, S. 69.
- 7 Gewerkschaft Nr. 3 vom 5. 2. 1904, Sp. 55 f.
- 8 Vgl. ebd., Sp. 57 f. u. Beiträge Nr. 10, S. 130 f.
- 9 Vgl. Gewerkschaft Nr. 3 vom 5. 2. 1904, Sp. 55 f.
- 10 Vgl. Beiträge Nr. 10, S. 132.
- 11 Gewerkschaft Nr. 3 vom 5. 2. 1904, Sp. 57.
- 12 Vgl. ebd., Sp. 57 f.
- 13 Ebd., Sp. 58.
- 14 Vgl. dazu Adelheid von Saldern, Gewerbeberichte im wilhelminischen Deutschland, in: Festschrift Wilhelm Treue, S. 190-203, hier S. 193 u. S. 202.
- 15 Vgl. ebd., S. 198.
- 16 Noch 1910 scheiterte die Eingabe des Gemeindearbeiterverbandes an den Reichstag und den Bundesrat, die Rechtsunsicherheiten im kommunalen Arbeitsverhältnis zu beseitigen und die Gemeindebetriebe der Gewerbeordnung und den Gewerbeberichten bei Streitfällen, die aus dem Arbeitsverhältnis erwachsen, zu unterstellen (Gewerkschaft Nr. 11 vom 18. 3. 1910, Sp. 249-251).
- 17 Vgl. dazu auch Teil B, 1, S. 80-97.
- 18 Siehe S. 206-211.
- 19 Siehe S. 214-225.
- 20 "Auf dem Rechtsboden der Arbeitsordnung fußend, konnten im jahrzehntelangen Kampf unsere Erfolge um die Ausgestaltung der Arbeiterrechte gebucht werden." ("Die Tarifverträge in Gemeinde- und Staatsbetrieben", in: 25 Jahre).
- 21 Ebd.
- 22 Vgl. Soziale Praxis 38, 1906, S. 990 f. u. Beiträge Nr. 10, S. 141.
- 23 Saul, Konstitutioneller Staat, S. 317.
- 24 Vgl. u. a. Beiträge Nr. 10, S. 145.
- 25 Dreißig Jahre, S. 11.
- 26 Vgl. die Sozialpolitische Tageschronik, in: AfS 31, 1910; 32, 1910 u. 33, 1911.
- 27 Dreißig Jahre, S. 63.
- 28 Vgl. Gewerkschaftsstimme Nr. 1 vom 4. 1. 1906, S. 2.
- 29 Vgl. Gewerkschaft Nr. 4 vom 1. 4. 1897, Sp. 2.
- 30 Gewerkschaft Nr. 22 vom 22. 11. 1898, Sp. 1.
- 31 Vgl. Gewerkschaft Nr. 19 vom 9. 9. 1900, Sp. 2.
- 32 Vgl. "Bremen - Hannover", in: 25 Jahre.
- 33 Vgl. Gewerkschaft Nr. 25 vom 11. 12. 1903, Sp. 1.
- 34 Gewerkschaft Nr. 24 vom 27. 11. 1903, Sp. 1.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Alles ebd., Sp. 1 f.
- 40 Ebd., Sp. 2.
- 41 Ebd.
- 42 Ebd.
- 43 Ebd.
- 44 Ebd.
- 45 Ebd.
- 46 Ebd.
- 47 Ebd.
- 48 Gewerkschaft Nr. 25 vom 11. 12. 1903, Sp. 1.
- 49 Vgl. ebd. u. Nr. 24 vom 27. 11. 1903, Sp. 3.

- 50 Vgl. Gewerkschaft Nr. 25 vom 11. 12. 1903, Sp. 1.
51 Gewerkschaft Nr. 24 vom 27. 11. 1903, Sp. 1 f.
52 Ebd., Sp. 2.
53 Ebd.
54 Gewerkschaft Nr. 25 vom 11. 12. 1903, Sp. 1.
55 Ebd.
56 Gewerkschaft Nr. 15 vom 22. 7. 1904, Sp. 345.
57 Vgl. Gewerkschaft Nr. 34 vom 23. 8. 1907 bis Nr. 38 vom 20. 9. 1907.
58 Gewerkschaft Nr. 3 vom 17. 1. 1908, Sp. 51 f.
59 Alles Gewerkschaft Nr. 6 vom 7. 2. 1908, Sp. 113 ff. u. Nr. 8 vom 21. 2. 1908, Sp. 161 ff.
60 Ebd., Sp. 163.
61 "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jahre.
62 Vgl. Gewerkschaft Nr. 21 vom 21. 5. 1909, Sp. 539.
63 Gewerkschaft Nr. 25 vom 18. 6. 1909, Sp. 601.
64 Gewerkschaft Nr. 21 vom 21. 5. 1909, Sp. 539 f.
65 Vgl. Gewerkschaft Nr. 25 vom 18. 6. 1909, Sp. 601.
66 Ebd., Sp. 602.
67 Aus den Angaben der Gewerkschaft geht nicht hervor, ob es sich dabei ausschließlich um E- und Wasserwerker handelte oder auch Arbeiter anderer Werke miteingerechnet waren; vermutlich ist die Gesamtzahl aller Ausgesperrten gemeint (vgl. ebd.).
68 Ebd.
69 Vgl. ebd., Sp. 602 f.
70 Vgl. ebd.
71 Ebd., Sp. 603.
72 Ebd., Sp. 603 f.
73 Vgl. Gewerkschaft Nr. 26 vom 25. 6. 1909, Sp. 629 f.
74 Ebd., Sp. 630 ff.
75 Gewerkschaft Nr. 25 vom 18. 6. 1909, Sp. 604.
76 Gewerkschaft Nr. 28 vom 9. 7. 1909, Sp. 676.
77 Ebd.
78 Gewerkschaft Nr. 29 vom 16. 7. 1909, Sp. 709.
79 Vgl. Gewerkschaft Nr. 28 vom 9. 7. 1909, Sp. 676.
80 Ebd., Sp. 677.
81 Ebd., Sp. 676.
82 Vgl. Gewerkschaft Nr. 31 vom 30. 7. 1909, Sp. 756.
83 Vgl. Gewerkschaft Nr. 32 vom 6. 8. 1909, Sp. 731.
84 Gewerkschaft Nr. 34 vom 20. 8. 1909, Sp. 825.
85 Ebd.
86 Ebd.
87 Alles ebd., Sp. 826.
88 Vgl. Gewerkschaft Nr. 40 vom 1. 10. 1909, Sp. 964 ff.
89 Gewerkschaft Nr. 36 vom 3. 9. 1909, Sp. 869.
90 Ebd., Sp. 870.
91 Vgl. Gewerkschaft Nr. 42 vom 15. 10. 1909, Sp. 1024 f.
92 Gewerkschaft Nr. 36 vom 3. 9. 1909, Sp. 869.
93 Gewerkschaft Nr. 35 vom 27. 8. 1909, Sp. 842.
94 Siehe ebd., Sp. 841.
95 Ebd.
96 Ebd., Sp. 842.
97 Ebd.
98 Vgl. Gewerkschaft Nr. 21 vom 21. 5. 1909, Sp. 540.
99 Gewerkschaft Nr. 35 vom 27. 8. 1909, Sp. 843.
100 Vgl. Gewerkschaft Nr. 26 vom 25. 6. 1909, Sp. 630 f.
101 Gewerkschaft Nr. 25 vom 31. 12. 1899, Blg., Sp. 1.
102 Vgl. Gewerkschaft Nr. 2 vom 14. 1. 1910, Sp. 25 f.
103 Gewerkschaft Nr. 34 vom 20. 8. 1909, Sp. 826.

- 104 Ebd.
105 Gewerkschaft Nr. 35 vom 27. 8. 1909, Sp. 844.
106 Vgl. Gewerkschaft, Jgg. 14, 1910 bis 18, 1914.

4. Verbandskultur

- 1 Vgl. Gewerkschaft Nr. 24 vom 22. 12. 1898, Sp. 4.
2 Vgl. Gewerkschaft Nr. 25 vom 31. 12. 1899, Sp. 4.
3 Vgl. Gewerkschaft Nr. 8 vom 15. 6. 1897, Sp. 4; Nr. 18 vom 22. 9. 1898, Sp. 4 u. Nr. 13 vom 7. 7. 1899, Sp. 4.
4 Vgl. Gewerkschaft Nr. 12 vom 22. 6. 1898, Sp. 4; Nr. 18 vom 22. 9. 1898, Sp. 4; Nr. 14 vom 22. 7. 1899, Sp. 2.
5 Gewerkschaft Nr. 5 vom 7. 3. 1899, Sp. 4.
6 Vgl. Gewerkschaft Nr. 4 vom 1. 4. 1897, Sp. 3.
7 Vgl. S. 245 f.
8 Vgl. dazu Teil C, 4, IV., S. 238-247.
9 Vgl. Saul, Der Staat und die "Mächte des Umsturzes", S. 293-350, hier S. 293-299; Zitat ebd., S. 298.
10 Vgl. Gewerkschaft Nr. 6 vom 21. 3. 1902, Sp. 4.
11 Ebd.
12 Vgl. HStAM, Minn 73439, Organisation der Staatsarbeiter (Koalitions- und Streikrecht), 1910, Bd. I, bayer. Verkehrsminister, Frauendorfer, an den bayer. Staatsminister des Innern, Brettreich, 21. 6. 1911, S. 11.
13 Gewerkschaft Nr. 17 vom 26. 4. 1907, Sp. 331-336.
14 Gewerkschaft Nr. 23 vom 8. 6. 1906, Sp. 389.
15 Vgl. Gewerkschaft Nr. 17 vom 1. 5. 1910.
16 Gewerkschaft Nr. 18 vom 1. 5. 1914, Sp. 443 f.
17 Vgl. Gewerkschaft Nr. 19 vom 7. 5. 1909, Sp. 461.
18 Der Arbeiter. Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine (= Arbeiter) Nr. 17 vom 28. 4. 1910, S. 2.
19 Gewerkschaftsstimme Nr. 20 vom 15. 5. 1912, S. 78.
20 Vgl. Gewerkschaft, Jgg. 11, 1907 ff.
21 Vgl. Gewerkschaft Nr. 19 vom 8. 10. 1899, Blg., Sp. 2.
22 Gewerkschaft Nr. 26 vom 22. 12. 1905, Sp. 673.
23 Gewerkschaft Nr. 51 vom 21. 12. 1906, Sp. 889 f.
24 Gewerkschaft Nr. 26 vom 22. 12. 1905, Sp. 673.
25 Gewerkschaft Nr. 52 vom 25. 12. 1908, Sp. 1146.
26 Gewerkschaft Nr. 51 vom 20. 12. 1907, Sp. 1035 f.
27 Alles ebd.
28 Gewerkschaft Nr. 51 vom 23. 12. 1910, Sp. 1265 f.
29 Aus dem Gedicht "Eidschwur am ersten Mai" von Robert Seidel (Gewerkschaft Nr. 8 vom 22. 4. 1899, Sp. 1).
30 Alles ebd.
31 Gewerkschaft Nr. 9 vom 29. 4. 1904, Sp. 202.
32 Ebd.
33 Gewerkschaft Nr. 18 vom 1. 5. 1908, Sp. 392.
34 Aus "Auferstehung. Eine Osterhymne von Ernst Klaar", in: Gewerkschaft Nr. 16 vom 17. 4. 1908.
35 Ebd.
36 Vgl. insg. Gewerkschaft Nr. 50 vom 16. 12. 1910, Sp. 1251-1254.
37 Gewerkschaft Nr. 7 vom 4. 4. 1902, Sp. 2.
38 Gewerkschaft Nr. 49 vom 4. 12. 1908, Sp. 1076.
39 Ebd.
40 Ebd.

- 41 Vgl. ebd.
- 42 Gewerkschaft Nr. 48 vom 27. 11. 1908, Sp. 1053.
- 43 Gewerkschaft Nr. 10 vom 13. 5. 1904, Sp. 225.
- 44 Ebd.
- 45 Vgl. Eisenbahner Nr. 7 vom 13. 2. 1918, S. 1.
- 46 Gewerkschaft Nr. 41 vom 8. 10. 1909, Sp. 989.
- 47 Vgl. SEPZ Nr. 19 vom 9. 5. 1912, S. 126 u. Nr. 23 vom 6. 6. 1912, S. 150; vgl. auch Gewerkschaftsstimme Nr. 31 vom 2. 8. 1906, S. 4.
- 48 Vgl. Gewerkschaft Nr. 48 vom 27. 11. 1908, Sp. 1051 f.
- 49 Dreißig Jahre, S. 22.
- 50 Vgl. Gewerkschaft Nr. 48 vom 27. 11. 1908, Sp. 1051.
- 51 Ebd.
- 52 Ebd., Sp. 1052.
- 53 Ebd.
- 54 Gewerkschaft Nr. 10 vom 15. 5. 1903, Sp. 3.
- 55 Vgl. Gewerkschaft Nr. 16 vom 22. 8. 1898, Sp. 4.
- 56 Gewerkschaft Nr. 8 vom 22. 4. 1899, Sp. 4.
- 57 Ebd.
- 58 Gewerkschaft Nr. 49 vom 4. 12. 1908, Sp. 1075.
- 59 Ebd.
- 60 Ebd.
- 61 Ebd.
- 62 Vgl. ebd.
- 63 Ebd.
- 64 Vgl. ebd., Sp. 1074.
- 65 Vgl. u. a. das "Familienblatt", die Unterhaltungsbeilage des Eisenbahners sowie den Feuilletonteil der SEPZ.
- 66 Gewerkschaft Nr. 43 vom 24. 10. 1913, Sp. 1075 f.
- 67 Ebd.
- 68 Aus der Fülle derartiger Beiträge seien nur beispielhaft folgende genannt: "Der Weihnachtsabend eines Weichenstellers" (SEPZ Nr. 51 vom 19. 12. 1912, S. 337); "Die Eisenbahner" (SEPZ Nr. 11 vom 13. 3. 1913, S. 70 f.); "Die entlaufenen Wagen" (SEPZ Nr. 14 vom 3. 4. 1913, S. 91) u. "Eine Winternacht in einem Rangierbahnhof" (SEPZ Nr. 16 vom 17. 4. 1913, S. 104).
- 69 Vgl. u. a. die Erzählung vom Leidensweg eines armen Webers in Paris (Gewerkschaft Nr. 6 vom 15. 5. 1897, Sp. 2).
- 70 Gewerkschaft, Probe-Nummer vom 15. 12. 1896, Sp. 4; siehe auch S. 395 f. dieser Arbeit.
- 71 Gewerkschaft Nr. 21 vom 21. 5. 1909, Sp. 513; siehe auch S. 396 dieser Arbeit.
- 72 S. 395 dieser Arbeit, Z. 25.
- 73 Ebd., Z. 28 f.
- 74 Eingabe einer Gasarbeiterversammlung vom 23. 11. 1898 an die Direktion der Ludwigshafener Gasfabrik; die Eingabe wurde von 34 Arbeitern unterschrieben (Gewerkschaft Nr. 23 vom 7. 12. 1898, Sp. 2).
- 75 SAM, PA Nr. 646/3, Versorgungskasse städtischer Arbeiter, 1900-1911, hier Denkschrift zur Versorgungskasse für niedrigere Bedienstete und ständige Arbeiter vom 11. 4. 1907.
- 76 S. 395 dieser Arbeit, Z. 1 und 3.
- 77 Ebd., Z. 26.
- 78 Ebd., Z. 15.
- 79 Ebd., Z. 17.
- 80 Ebd., Z. 16.
- 81 Ebd., Z. 7 f.

- 82 Ebd., Z. 23 f.
- 83 Vgl. u. a. Eisenbahner Nr. 18 vom 3. 5. 1916, S. 4; SEPZ Nr. 14 vom 2. 4. 1914, S. 102 u. Eisenbahner Nr. 50 vom 11. 12. 1918, S. 1.
- 84 Gewerkschaft Nr. 21 vom 21. 5. 1909, Sp. 513; siehe auch S. 396 dieser Arbeit.
- 85 Vgl. S. 395 dieser Arbeit, bes. Z. 1-8.
- 86 Ebd., Z. 1 und Z. 12.
- 87 S. 396 dieser Arbeit, Z. 1.
- 88 Vgl. ebd., Z. 1-13.
- 89 "Jeder meint, seine Tätigkeit sei die verantwortungsvollste und aufreibendste, und die des andern sei minder wichtig und nicht so sehr zu bewerten wie die eigene. Der Lokomotivführer ringt mit dem Zugführer und mit dem Weichenwärter und dieser wieder mit dem Rangierer und Bremser. Der Schaffner will die Tätigkeit des Bremers nicht anerkennen und umgekehrt. Heizer und Lokomotivführer liegen sich in den Haaren." (SEPZ Nr. 27 vom 3. 7. 1913, S. 182).
- 90 Soziale Praxis 43, 1919, S. 756 f.
- 91 Eisenbahner Nr. 18 vom 3. 5. 1916, S. 4.
- 92 SEPZ Nr. 14 vom 2. 4. 1914, S. 102.
- 93 SEPZ Nr. 34 vom 26. 8. 1915, S. 141.
- 94 Eisenbahner Nr. 40 vom 4. 10. 1916, S. 4.
- 95 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 13 vom 29. 3. 1907, Sp. 249.
- 96 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 16 vom 17. 4. 1908.
- 97 Zitiert nach: Gewerkschaft Nr. 5 vom 29. 1. 1915, Sp. 65.
- 98 Vgl. Straßen- und Kleinbahner.
- 99 Gewerkschaft Nr. 1 vom 10. 1. 1902, Sp. 1.
- 100 Vgl. Gewerkschaft Nr. 17 vom 1. 5. 1910, Sp. 1; Nr. 17 vom 1. 5. 1911; Nr. 17 vom 1. 5. 1912 u. Nr. 18 vom 1. 5. 1913.
- 101 Vgl. die Kritik auf dem Münchener Verbandstag (Gewerkschaft Nr. 23 vom 12. 6. 1912 bis Nr. 25 vom 26. 6. 1912).
- 102 Siehe 25 Jahre.

Zu Teil D

Erster Weltkrieg und Revolution

1. Soziale Lage 1914-1918

- 1 Alles Gewerkschaft Nr. 31 vom 1. 8. 1913, Sp. 766 ff.
- 2 Gewerkschaft Nr. 3 vom 15. 1. 1915, Sp. 34.
- 3 Gewerkschaft Nr. 34 vom 20. 8. 1915, Sp. 545 ff. u. Nr. 30 vom 28. 7. 1916, Sp. 484; vgl. auch Verwaltungsbericht 1913-1920.
- 4 Die Angaben für diese ersten Kriegswochen sind aufgrund sehr mangelhafter Angaben der Filialen nur Richtwerte (vgl. Gewerkschaft Nr. 40 vom 2. 10. 1914, Sp. 965).
- 5 Gewerkschaft Nr. 45 vom 6. 11. 1914, Sp. 1041 f.
- 6 Gewerkschaft Nr. 38 vom 18. 9. 1914, Sp. 929 ff.
- 7 Ebd., Sp. 931.
- 8 Vgl. Gewerkschaft Nr. 32 vom 7. 8. 1914.

- 9 Vgl. Gewerkschaft Nr. 38 vom 18. 9. 1914, Sp. 929.
- 10 Vgl. Gewerkschaft Nr. 47 vom 19. 11. 1915, Sp. 753-757.
- 11 Gewerkschaft Nr. 37 vom 11. 9. 1914, Sp. 914; siehe auch Tabelle 44, S. 381 dieser Arbeit.
- 12 Gewerkschaft Nr. 45 vom 6. 11. 1914, Sp. 1041 f.
- 13 Ebd., Sp. 1041.
- 14 Ebd., Sp. 1042.
- 15 Gewerkschaft Nr. 34 vom 20. 8. 1915, Sp. 709.
- 16 Vgl. Gewerkschaft Nr. 34 vom 21. 8. 1914, Sp. 873 f.; vgl. auch Adolf Wermuth, Ein Beamtenleben. Erinnerungen von Adolf Wermuth, früherem Reichsschatzsekretär, dann Oberbürgermeister von Berlin, Berlin 1922, bes. S. 317-357 u. S. 358-390.
- 17 Gewerkschaft Nr. 32 vom 7. 8. 1914, Sp. 833 f.
- 18 Gewerkschaft Nr. 45 vom 6. 11. 1914, Sp. 1042.
- 19 Gewerkschaft Nr. 48 vom 27. 11. 1914, Sp. 1089 f.
- 20 Vgl. Tabelle 46, S. 383.
- 21 Gewerkschaft Nr. 14 vom 2. 4. 1915, Sp. 221.
- 22 Gewerkschaft Nr. 26 vom 29. 6. 1917, Sp. 418.
- 23 Gewerkschaft Nr. 13 vom 30. 3. 1917, Sp. 201.
- 24 Vgl. Gewerkschaft Nr. 50 vom 14. 12. 1917, Sp. 802 f. u. Nr. 5 vom 1. 2. 1918, Sp. 65 f.
- 25 Alles Gewerkschaft Nr. 47 vom 19. 11. 1915, Sp. 753 ff.; Zitate ebd., Sp. 755.
- 26 Ebd., Sp. 755.
- 27 Ebd.
- 28 Ihre Stundenlöhne lagen im Durchschnitt bei 30-35 Pf; während der 1-4wöchigen Ausbildungszeit erhielten sie teils gar keinen, meist nur geringen Lohn, der zudem erst nach Ablauf einer weiteren Probefrist ausbezahlt wurde (Soziale Praxis 19, 1916, S. 444 f.).
- 29 Gewerkschaft Nr. 35 vom 29. 8. 1919, Sp. 677.
- 30 Allerdings war die Fluktuation bei den Frauen größer als bei den Männern; vgl. auch Tabelle 40, S. 375; zur Fluktuation vgl. Gewerkschaft Nr. 47 vom 23. 11. 1917, Sp. 757.
- 31 Gewerkschaft Nr. 4 vom 24. 1. 1919, Sp. 33.
- 32 Siehe Tabelle 42, S. 378.
- 33 Gewerkschaft Nr. 35 vom 29. 8. 1919, Sp. 677.
- 34 Vgl. Gewerkschaft Nr. 2 vom 14. 1. 1916 bis Nr. 14 vom 7. 4. 1916.
- 35 Vgl. Gewerkschaft Nr. 35 vom 29. 8. 1919, Sp. 677.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Verwaltungsbericht 1913-1920, S. 82.
- 39 Gewerkschaft Nr. 33 vom 13. 8. 1915, Sp. 543.
- 40 Ebd.
- 41 Vgl. Gewerkschaft Nr. 34 vom 20. 8. 1915, Sp. 545.
- 42 Vgl. Gewerkschaft Nr. 47 vom 19. 11. 1915, Sp. 753 ff.
- 43 Gewerkschaft Nr. 28 vom 14. 7. 1916, Sp. 449.
- 44 Gewerkschaft Nr. 8 vom 23. 2. 1917, Sp. 161.
- 45 Gewerkschaft Nr. 3 vom 21. 1. 1916, Sp. 33.
- 46 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 17 vom 28. 4. 1916.
- 47 Gewerkschaft Nr. 8 vom 23. 2. 1917, Sp. 113.
- 48 Vgl. Presseberichte und das Protokoll der 81. Sitzung des Finanzausschusses des bayer. Landtags betr. Haushalt der Staatseisenbahnen für die Jahre 1918 u. 1919, 22. 5. 1918, S. 41, in: HStAM, MA 92745, Die Arbeiterbewegung im Jahre 1918/19.

2. Gewerkschaftliche Organisation und Stadtverwaltung 1914-1918

- 1 Gewerkschaft Nr. 1 vom 2. 1. 1914, Sp. 1.
- 2 Vgl. HStAM, MInn 73439, Organisation der Staatsarbeiter (Koalitions- und Streikrecht), 1910-1924, Bd. I, bayer. Verkehrsminister, Seidlein, an den bayer. Staatsminister, Hertling, 22. 12. 1914, S. 5 f.; ders. an das bayer. Kriegsministerium, 16. 2. 1915, S. 3 u. bayer. Staatsminister, Hertling, an alle Zivilstaatsministerien, 10. 11. 1915, S. 1 f.
- 3 Ebd., bayer. Verkehrsminister, Seidlein, an das bayer. Kriegsministerium, 23. 3. 1915 u. bayer. Staatsminister, Hertling, an den Verband des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals, 29. 4. 1915.
- 4 Ebd., bayer. Staatsminister, Hertling, an alle Zivilstaatsministerien, 10. 11. 1915, S. 1 f.
- 5 Ebd., Niederschrift über die Berliner Regierungskonferenz am 5. 11. 1915 von Ministerialrat Rohmer, 6. 11. 1915, enthalten in dem Schreiben des bayer. Staatsministers des Innern an alle bayer. Staatsministerien, 10. 11. 1915; Zitate ebd., S. 5 u. S. 6 f.
- 6 Vgl. ebd. u. Correspondenzblatt 52, 1915, S. 553 f.
- 7 Vgl. Soziale Praxis 20, 1916, S. 466 f.
- 8 Bayerische Staatszeitung Nr. 276 vom 26. 11. 1915, in: HStAM, MInn 73439, Organisation der Staatsarbeiter (Koalitions- und Streikrecht), 1910-1924, Bd. I.
- 9 Vgl. Soziale Praxis 41, 1916, S. 910 u. 23, 1917, S. 466.
- 10 Vgl. bes. Gewerkschaft Nr. 17 vom 27. 4. 1906, Sp. 274-282; Nr. 23 vom 8. 6. 1906, Sp. 386-388.
- 11 Vgl. Gewerkschaft Nr. 45 vom 8. 11. 1912, Sp. 1137; Nr. 3 vom 17. 1. 1913, Sp. 57-60.
- 12 Zitiert nach: Beiträge Nr. 10, S. 140; vgl. dazu auch Gewerkschaft Nr. 34 vom 23. 8. 1907 bis Nr. 38 vom 20. 9. 1907.
- 13 SEPZ Nr. 26, 1911, S. 11 f.
- 14 Gewerkschaft Nr. 1 vom 1. 1. 1915, Sp. 2.
- 15 Gewerkschaft Nr. 3 vom 15. 1. 1915, Sp. 34.
- 16 Gewerkschaft Nr. 2 vom 8. 1. 1915, Sp. 19.
- 17 Ebd., Sp. 28.
- 18 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 3 vom 15. 1. 1915.
- 19 Vgl. Gewerkschaft Nr. 38 vom 18. 9. 1914, Sp. 929 f.
- 20 Siehe Gewerkschaft Nr. 2 vom 8. 1. 1915.
- 21 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 32 vom 7. 8. 1914.
- 22 Gewerkschaft Nr. 38 vom 18. 9. 1914.
- 23 Gewerkschaft Nr. 9 vom 26. 2. 1915, Sp. 130.
- 24 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 1 vom 1. 1. 1915.
- 25 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 34 vom 21. 8. 1914.
- 26 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 14 vom 2. 4. 1915.
- 27 Vgl. SEPZ Nr. 32 vom 6. 8. 1914, S. 235 ff.; Nr. 34 vom 20. 8. 1914, S. 243 ff.
- 28 SEPZ Nr. 6 vom 11. 2. 1915, S. 24.
- 29 Vgl. Gewerkschaft Nr. 28 vom 14. 7. 1916, Sp. 449 u. Nr. 35 vom 1. 9. 1916, Sp. 561.
- 30 Ebd., Sp. 563 f.
- 31 Gewerkschaft Nr. 37 vom 15. 9. 1916, Sp. 595. "Denn alle Einzelbewilligungen oder generellen Anerkennungen

durch die Stadtverwaltungen werden nur zu oft durch die unteren Organe der Betriebsverwaltung wieder zunichte gemacht, wenn keine paritätische Instanz zur dauernden Überwachung geschaffen ist." (ebd.).

- 32 Vgl. Gewerkschaft Nr. 49 vom 8. 12. 1916 u. Nr. 2 vom 12. 1. 1917, Sp. 19 f.; Zitat ebd., Sp. 19; vgl. zum Hilfsdienstgesetz auch Costas, bes. S. 360 u. S. 376, Anm. 245.
- 33 Gewerkschaft Nr. 4 vom 26. 1. 1917, Sp. 51.
- 34 Vgl. auch Gewerkschaft Nr. 37 vom 15. 9. 1916, Sp. 595.
- 35 Soziale Praxis 27, 1918, S. 408; vgl. Eisenbahner Nr. 2 vom 10. 1. 1917, S. 1 u. Gewerkschaft Nr. 52 vom 29. 12. 1916, Sp. 845.
- 36 Eisenbahner Nr. 2 vom 10. 1. 1917, S. 1.
- 37 Soziale Praxis 27, 1918, S. 408.
- 38 Vor allem in den Bezirken 1, 4-7, 9 u. 11 (Correspondenzblatt 42, 1917, S. 392 f.; 43, 1917, S. 408 f. u. 24, 1918, S. 219).
- 39 Vgl. die Ausführungen des SPD-Abgeordneten und ehemaligen Mitglieds des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes, Roßhaupter, in der 81. Sitzung des Finanzausschusses des bayer. Landtags betr. Haushalt der Staatseisenbahnen für die Jahre 1918 und 1919, 22. 5. 1918, S. 22 f. (HStAM, MA 92745, Die Arbeiterbewegung im Jahre 1918/19).
- 40 Vgl. Gewerkschaft Nr. 47 vom 23. 11. 1917, Sp. 757.
- 41 Vgl. Gewerkschaft Nr. 30 vom 28. 7. 1916, Sp. 482 ff.
- 42 Ebd., Sp. 482.
- 43 Vgl. Gewerkschaft Nr. 27 vom 7. 7. 1916.
- 44 Vgl. Gewerkschaft Nr. 2 vom 12. 1. 1917 u. Nr. 3 vom 19. 1. 1917.
- 45 Aufgrund der unzulänglichen Quellenlage ist jedoch keine abschließende Wertung möglich.
- 46 Vgl. Gewerkschaft Nr. 37 vom 15. 9. 1916, Sp. 594.
- 47 Siehe ebd., Sp. 593.
- 48 Gewerkschaft Nr. 41 vom 11. 10. 1918.
- 49 Vgl. Gewerkschaft Nr. 45 vom 8. 11. 1918.
- 50 Eisenbahner Nr. 46 vom 13. 11. 1918, S. 2.
- 51 DVZ Nr. 47 vom 21. 11. 1918, S. 107; vgl. auch DVZ Nr. 45 vom 7. 11. 1918, S. 103 f. u. Nr. 46 vom 14. 11. 1918, S. 105.
- 52 Gewerkschaft Nr. 46 vom 15. 11. 1918, Sp. 722.
- 53 Vgl. ebd.
- 54 Vgl. Soziale Praxis 9, 1918, S. 145 f.; DVZ Nr. 52 vom 26. 12. 1918, S. 119; Eisenbahner Nr. 48 vom 27. 11. 1918, S. 1.
- 55 Gewerkschaft Nr. 48 vom 29. 11. 1918, Sp. 754.
- 56 Gewerkschaft Nr. 45 vom 6. 11. 1914, Sp. 1041.
- 57 Vgl. Gewerkschaft Nr. 45 vom 8. 11. 1918.

3. Wandel 1918-1921

- 1 Soziale Praxis 9, 1918, S. 145.
- 2 Vgl. Gewerkschaft Nr. 47 vom 22. 11. 1918, Sp. 739 f.
- 3 Soziale Praxis 2, 1915, S. 45.
- 4 Vgl. Soziale Praxis 9, 1918, S. 145.
- 5 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 20 vom 14. 5. 1920, Sp. 409.

- 6 Vgl. Presseberichte in: SAM, PA Nr. 297, hier Münchner
Neueste Nachrichten Nr. 469 vom 10. 11. 1920.
- 7 Ebd.
- 8 Siehe Verwaltungsbericht 1913-1920, S. 44.
- 9 Vgl. Saldern, Gewerbeberichte, S. 202 f.; auch Costas,
S. 335 u. S. 361.
- 10 Vgl. auch Gewerkschaft Nr. 4 vom 24. 1. 1919, Sp. 34.
- 11 Vgl. Gewerkschaft Nr. 17 vom 25. 4. 1919, Sp. 249.
- 12 Gewerkschaft Nr. 5 vom 30. 1. 1920, Sp. 81.
- 13 Ebd., Sp. 84; vgl. auch Costas, S. 364.
- 14 Vgl. "Die Tarifverträge in Gemeinde- und Staatsbetrie-
ben", in: 25 Jahre.
- 15 So hatte sich der Verband 1906 in Dresden mit einer Ar-
beitsordnung einverstanden erklärt, die die Versiche-
rung der Königstreue zur Vorbedingung der ständigen An-
stellung erhob (Gewerkschaft Nr. 18 vom 4. 5. 1906, Sp.
293 ff.).
- 16 Gewerkschaft Nr. 41 vom 11. 10. 1918, Sp. 642.
- 17 Vgl. Gewerkschaft Nr. 42 vom 18. 10. 1918.
- 18 Gewerkschaft Nr. 47 vom 22. 11. 1918, Sp. 739 ff.
- 19 Siehe Gewerkschaft Nr. 7 vom 14. 2. 1919, Sp. 81 ff.
- 20 Vgl. Soziale Praxis 20, 1919, S. 333 u. 46, 1919, S.
809 f.
- 21 Vgl. ebd.
- 22 Gewerkschaft Nr. 9 vom 28. 2. 1919, Sp. 121.
- 23 Siehe Tabelle 58, S. 394.
- 24 Vgl. Soziale Praxis 23, 1917, S. 464 u. 27, 1918, S.
408.
- 25 Vgl. Soziale Praxis 32, 1918, S. 488.
- 26 "Die Tarifverträge in Gemeinde- und Staatsbetrieben",
in: 25 Jahre.
- 27 Vgl. HStAM, MWI 3069, Verhältnisse der Staatsarbeiter,
Bd. I, 1919-1935.
- 28 Siehe Tabelle 58, S. 394.
- 29 Vgl. Soziale Praxis 20, 1919, S. 333 u. 46, 1919, S.
809 f.; vgl. auch Gewerkschaft Nr. 16 vom 16. 4. 1920.
- 30 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 4 vom 24. 1. 1919, Sp. 34.
- 31 Vgl. ebd., Sp. 36.
- 32 Vgl. Gewerkschaft Nr. 8 vom 21. 2. 1919, Sp. 106.
- 33 Ebd.
- 34 Ebd.
- 35 Vgl. Verwaltungsbericht 1921-1923, S. 30 f.; zum Reichs-
besoldungssperrengesetz von 1920 vgl. Otto Ziebill, Ge-
schichte des Deutschen Städtetages. Fünfzig Jahre deut-
sche Kommunalpolitik, 2. Aufl. Stuttgart 1956, S. 122-
125.
- 36 Gewerkschaft Nr. 11 vom 14. 3. 1919, Sp. 186.
- 37 Ebd., Sp. 186 f.
- 38 Vgl. Gewerkschaft Nr. 14 vom 4. 4. 1919, Sp. 203 f.
- 39 Gewerkschaft Nr. 2 vom 10. 1. 1919 u. Nr. 3 vom 17. 1.
1919.
- 40 Gewerkschaft Nr. 35 vom 29. 8. 1919, Sp. 677.
- 41 Vgl. Gewerkschaft Nr. 34 vom 22. 8. 1919, Sp. 633 f.
- 42 Gewerkschaft Nr. 4 vom 24. 1. 1919, Sp. 33.
- 43 Dreißig Jahre, S. 44.
- 44 Ebd., S. 73 f.; vgl. auch Ziebill, Geschichte des Deut-
schen Städtetages, S. 123 f.
- 45 Vgl. "Aus der Geschichte unseres Verbandes", in: 25 Jah-
re.
- 46 Ebd. u. "Die Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiterbewe-

- gung", in: 25 Jahre.
47 Gewerkschaft Nr. 8 vom 21. 2. 1919, Sp. 106.
48 Vgl. Gewerkschaft Nr. 3 vom 16. 1. 1920, Sp. 41 f.
49 Gewerkschaft Nr. 6 vom 7. 2. 1919, Sp. 79.
50 Gewerkschaft Nr. 9 vom 28. 2. 1919.
51 Vgl. Gewerkschaft Nr. 51 vom 17. 12. 1920, Sp. 971-975.
52 Siehe Gewerkschaft Nr. 3 vom 21. 1. 1921, Sp. 49.
53 Vgl. Gewerkschaft Nr. 1 vom 7. 1. 1921, Sp. 3 f.
54 Vgl. Lotz, S. 642.
55 Vgl. u. a. Gewerkschaft Nr. 9 vom 28. 2. 1919.
56 Vgl. Verwaltungsbericht 1921-1923, S. 31.
57 Vgl. Gewerkschaft Nr. 48 vom 29. 11. 1918, Sp. 754 u.
Nr. 51 vom 20. 12. 1918.
58 Gewerkschaft Nr. 4 vom 24. 1. 1919, Sp. 35.
59 Vgl. Gewerkschaft Nr. 11 vom 14. 3. 1919, Sp. 153-156.
60 Vgl. Soziale Praxis 40, 1919, S. 702.
61 Vgl. ebd., S. 703 f.
62 Ebd., S. 703.
63 Vgl. ebd., S. 702 u. S. 705.
64 Vgl. die Aufrufe der verschiedenen Organisationen, ebd.,
S. 702.
65 Vgl. Soziale Praxis 42, 1919, S. 737.
66 Ebd.
67 Ebd.
68 Ebd., S. 736.
69 Ebd., S. 739.
70 Ebd.
71 Ebd., S. 737.
72 Alles ebd., S. 738.
73 Vgl. Soziale Praxis 40, 1919, S. 702.
74 Vgl. ebd., S. 703 f.
75 Vgl. Soziale Praxis 42, 1919, S. 739 f.
76 Soziale Praxis 18, 1919, S. 296.
77 Gerhard A. Ritter und Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente, Frankfurt a. Main 1968, S. 58 f.; vgl. auch Kurt Eisner, Die neue Zeit, München 1919, S. 5 ff. u. S. 18.
78 Vgl. den Aufruf des Zentralrats "An das Volk in Bayern!" vom 7. 4. 1919, in: Münchner Neueste Nachrichten Nr. 159 vom 7. 4. 1919.
79 Vgl. die Eingabe des Deutschen Militärarbeitervverbandes (Sitz München) an die Kriegsministerien betr. Notstandsarbeiten (Soziale Praxis 7, 1918, S. 108).
80 Vgl. Soziale Praxis 21, 1919, S. 354.
81 Vgl. HStAM, MARb. 823, Reichs- und Staatsarbeiter, Tarifvertrag, Bd. II, 1924-1927, hier Deutscher Gewerkschaftsbund/Landesstelle Bayern an das bayer. Ministerium für Soziale Fürsorge, 8. 1. 1924.
82 Vgl. Gewerkschaft Nr. 37 vom 12. 9. 1919, Sp. 715.
83 Vgl. ebd., Sp. 713 ff. u. Nr. 40 vom 3. 10. 1919, Sp. 794.
84 Vgl. Gewerkschaft Nr. 31 vom 1. 8. 1919, Sp. 561 f. u. Nr. 50 vom 12. 12. 1919, Sp. 1009 f.
85 Vgl. die Filialberichte in: Gewerkschaft Nr. 15 vom 9. 4. 1920 bis Nr. 19 vom 7. 5. 1920.
86 Gewerkschaft Nr. 15 vom 9. 4. 1920, Sp. 282.
87 Siehe Gewerkschaft Nr. 14 vom 2. 4. 1920, Sp. 277 f..
88 Ebd.
89 Gewerkschaft Nr. 15 vom 9. 4. 1920, Sp. 282.
90 Alles Gewerkschaft Nr. 19 vom 7. 5. 1920, Sp. 384.

- 91 Gewerkschaft Nr. 3 vom 21. 1. 1921, Sp. 51.
- 92 Vgl. Gewerkschaft Nr. 43 vom 22. 10. 1920, Sp. 811 f.
- 93 Gewerkschaft Nr. 3 vom 21. 1. 1921, Sp. 50.
- 94 Vgl. SAM, PA Nr. 297, Akt des Magistrats der Landeshauptstadt München betr. Generalstreik. Gehalts- und Lohnabzug für die Streiktage, 1921.
- 95 Vgl. dazu Ritter, Staat, S. 10.

Tabellen

1. Lohn und Arbeitszeit

Tabelle 1 - Zusammensetzung der Gemeindearbeiterschaft nach Lohngruppen

a) Gelernte Arbeiter

Lohngruppen	Von 100 gelernten Arbeitern entfielen auf die Lohngruppen	
Lohnsätze in Pf	1902	1907
unter 300	7,2	3,8
300 bis unter 325	10,9	9,2
325 " " 350	10,0	6,9
350 " " 375	20,0	14,8
375 " " 400	12,4	8,7
400 " " 450	23,4	25,3
450 " " 500	10,2	18,0
500 " " 550	4,1	9,2
550 " " 600	1,1	3,0
600 und mehr	0,7	1,1

b) Ungelernte Arbeiter

Lohngruppen	Von 100 ungelernten Arbeitern entfielen auf die Lohngruppen	
Lohnsätze in Pf	1902	1907
unter 200	2,2	1,2
200 bis unter 250	9,6	1,6
250 " " 275	13,4	5,6
275 " " 300	9,2	4,8
300 " " 325	34,6	14,9
325 " " 350	12,6	17,3
350 " " 375	12,6	21,5
375 " " 400	2,3	13,1
400 " " 450	2,4	15,8
450 " " 500	0,8	3,3
500 und mehr	0,3	0,9

Tabelle 2 - Zusammensetzung der gelernten Zeitlohnarbeiter
der Gaswerke nach Lohngruppen

Stadt	Von den gelernten Zeitlohnarbeitern der Gaswerke entfielen auf die Lohngruppen ^(a)															
	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	Summe			
Altona																
			1		9	6	40	33	47	10	2		132			
Barmen							34	41	4	2			97			
							36	50	6				92			
Braunschweig			1	2	50	27	31	9					120			
							10		4				14			
Bremen			2		20	10	10		4				46			
							2	66	101	24	8		201			
Charlottenburg					1	1	41	90	29				160			
					3	42	57	26	52	100	5		256			
Chemnitz					25	4	57	16	6				191			
			4	16		2	4						117			
Dresden					29	13	39	142					30			
				3	18	11	118	2					223			
Düsseldorf			1		4	2	44	95	18	1			152			
					3	54	63	7	1				165			
Elberfeld						5	59	54					128			
			1	8	7	16	63	2	5	1			118			
Essen						1	13	32	15	2			103			
Freiburg i.Br.			1	5	13	22	27	6	1				63			
		1	5	3	19	8	9						77			
Görlitz	1		9	12	28	10	11	4					49			
		18	16	5	11	1							71			
Kassel				10	14	16	17	21	4	2	2		51			
			7		14	1	17	3	2				86			
Kiel			1				12	36	50	3	2		44			
Königsberg i.Pr.				62	66	54	41	28	15	10	2		104			
			71	13	16	15	15	9	1	2			278			
Leipzig							48	23	72				142			
				1	14	26	20	95	4				143			
Lübeck					4	2	27	3	11				160			
			11	6	25	2	3	4					47			
Magdeburg							14	98	3				51			
Nürnberg			1		7	2	61	13	11	6	2	1	115			
				5	43	28	23	7	11	1		2	104			
Plauen i.B.		2	5	3	10	13	30	5					116			
				19	13	2	4						68			
Stuttgart				1	11	8	90	125	12	2	1		38			
	1	4	3	1	15	5	8	45	28				250			
													110			
Summe	1	2	18	102	212	153	723	900	428	160	24		1 2.724			
	1	23	122	82	280	256	520	348	143	11			2 1.781			

(a) Zur Aufschlüsselung der Lohngruppen nach Lohnsätzen in Pfennig siehe Tabelle 8. Die Angaben der jeweils oberen Zahlenreihe beziehen sich auf den Stand vom 1.7.1907, diejenigen der unteren Zahlenreihe auf den Stand vom 1.3.1902. Ist für eine Stadt nur eine einzige Zahlenreihe angegeben, so bezieht sich diese auf den Stand vom 1.7.1907.

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr.9, Tabelle II,
2, S. 60-99.

Tabelle 4 - Zusammensetzung der gelernten Zeitlohnarbeiter der Wasserwerke nach Lohngruppen

Stadt	Von den gelernten Zeitlohnarbeitern der Wasserwerke entfielen auf die Lohngruppen ^(a)																Summe
	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16			
Aachen				1	2	5	7	11	9	4						39	
Altona	1	1				2	12	2	3							21	
Barmen						2	2			8						13	
Braunschweig					1	4	4			4						13	
Bremen				3		19	9	9	1	22	2					41	
Breslau				2	5	4	19			4						30	
Breslau				5		6	10									21	
Breslau										3	13	6	1			23	
Breslau										9	13					22	
Breslau										1	9	5	3			31	
Chemnitz				1	5	14	17	1	9	1	1					49	
Chemnitz								1	5	7	3					16	
Dortmund				2	1		1	4	7	2	2		1			20	
Dortmund								2	19	32	8	6		2		69	
Dresden						5	19	9	6							39	
Düsseldorf						1	23	15	4							43	
Düsseldorf						11	17	3	3		1					35	
Elberfeld								1	4	6	5	4				20	
Elberfeld								7	6	2	1					16	
Essen	1					2	1	23	12	1						39	
Frankfurt a. M.					1	4	8	11	9							40	
Frankfurt a. M.								1	14	16	9	2				42	
Freiburg i. Br.					1	1	1	16	40	21	13					93	
Freiburg i. Br.					1			9	15	3	3	2	4			43	
Hannover						1		5	6	5	2					19	
Hannover								3	3	1						8	
Karlsruhe								3	2	13	11	1	4			34	
Karlsruhe						4	1	9	2	15	2	2				37	
Kassel								2	1	1						5	
Kassel						2	1									4	
Kiel								1	7	6	13	3	1			31	
Königsberg i.Pr.																5	
Königsberg i.Pr.										3	4					7	
Leipzig																4	
Leipzig										3	25	11	7	1		47	
Magdeburg										7	2					19	
Magdeburg										6	7	2	3			21	
Plauen										3	2	1				21	
Plauen																1	
Straßburg																23	
Stuttgart																17	
Stuttgart																13	
München																6	
München																15	
Nürnberg																21	
Nürnberg																13	
Nürnberg																52	
Summe	1			1	5	20	46	112	285	207	98	36	11	2		824	
(a) Wie Tabelle 2	1	2	2	6	47	54	149	98	133	52	30	5	9			588	

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr.9, Tabelle II, 2, S. 60-99.

Tabelle 5 - Zusammensetzung der ungelernten Zeitlohnarbeiter
der Wasserwerke nach Lohngruppen

Stadt	Von den ungelernten Zeitlohnarbeitern der Wasserwerke entfielen auf die Lohngruppen ^(a)														Summe
	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14			
Aachen			2	1	7	5	8						23		
Altona		2	4	5	4	7	1	9	24	1			23		
Barmen				1	9	16	1	25	13	3			34		
Braunschweig				1	36	7	2	1					28		
Bremen					2		19	7	4				41		
Breslau					1		31	28	9	2			46		
Chemnitz			2		16	5	13	7					14		
Dortmund		5	8	1	24	5	6	4	2	2	1	1	19		
Dresden			1	4			7	7					27		
Düsseldorf		4	26	4	1	1	29	13	3	1			39		
Elberfeld		2	4	2		1	5	144	5	1			42		
Essen					2	3	21	8	2				63		
Frankfurt a. M.						1	57	10	1				36		
Freiburg i. Br.					18	53	25	1	2				165		
Halle						1	3	2					36		
Hannover					7		2						69		
Karlsruhe		1				3	1	6	10	1			99		
Kassel		2	1		1	3	18	21	31	1			6		
Kiel		2		2	10	12	22	14	23	7			9		
Königsberg i.Pr.		1	12	25	57	14	12	5	6	1			22		
Leipzig				1	2	2	3	1	1				78		
Magdeburg					2	2	8	1	2				92		
München			3		40	8	1	2					133		
Nürnberg				1	2	2	3	1	1				10		
Plauen							10						7		
Straßburg													54		
Stuttgart													16		
Summe													14		
													5		
													5		
													7		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
													8		
				</											

(a) Wie Tabelle 2

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr.9, Tabelle II,
1, S. 16-59.

Tabelle 6 - Zusammensetzung der gelernten Zeitlohnarbeiter der Elektrizitätswerke nach Lohngruppen

Stadt	Von den gelernten Zeitlohnarbeitern der Elektrizitätswerke entfielen auf die Lohngruppen (a)																Summe
	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16					
Aachen			2	11	6	6	11		4							40	
Altona			3	3	8	2	5									21	
Barmen						5	15	22	9	1						41	
Bremen	1		2		6	1	4	1	1							28	
Bremen							13	39	31	13	5					161	
Chemnitz				1	4	5	13	36	2							52	
Dortmund			2	2	32	4	12	8	4		1					35	
Dortmund			4			48	9	5	2							100	
Dresden					4	15	6	4								33	
Dresden					26	33	5									97	
Düsseldorf				25	36	37	25	3		1						127	
Düsseldorf					3	1	45	28	20	1	4	3		3		105	
Elberfeld					12	10	20	5		3	2					52	
Elberfeld						4	26	21	5	6						62	
Frankfurt a. M.				1	5	1	11	6	8	2						37	
Frankfurt a. M.					21	7	38	30	35	13	8					152	
Görlitz			2	5	2	10	55	11	7	5						90	
Görlitz				4			5	1								17	
Halle	2		10	1	1											14	
Halle			7	3	9	1	18									38	
Karlsruhe				3	2	2	7	1								15	
Karlsruhe					4	2	9	3								18	
Kassel					5	2	6	2								15	
Kassel					3	10	8	10		1						32	
Kiel				5	2	1	5	1								14	
Kiel							6	21	10	3						40	
Königsberg i.Pr.					2	4	4	4								10	
Königsberg i.Pr.	6	7	1		4	16	10	13	6	4						54	
Lübeck			5	6	6	8	8	4								50	
Lübeck					5	3	6	2	1							17	
Magdeburg				13	2	2	1	2	1							21	
München						13	19	6								42	
München					3	2	22	43	19	8	5					102	
Nürnberg			1	10	12	14	10	26	1	6						80	
Nürnberg			4	6	4	6	28	7	2							57	
Plauen		2	3	2	12	5	18	4	4	1	2					53	
Stuttgart					2	2	12	4	3							23	
Stuttgart			1	1	12	25	50	23	7	2	1					122	
Stuttgart			6	5	27	18	10	8	4	2						80	
Summe			19	31	142	141	443	298	167	55	24	3				1.323	
	9	9	34	74	147	106	217	124	36	20	4					780	

(a) Wie Tabelle 2

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr.9, Tabelle II, 2, S. 60-99.

Tabelle 7 - Zusammensetzung der ungelernten Zeitlohnarbeiter der Elektrizitätswerke nach Lohngruppen

Stadt	Von den ungelernten Zeitlohnarbeitern der Elektrizitätswerke entfielen auf die Lohngruppen ^(a)															Summe
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Aachen						1	4	2								7
Altone						6	1									7
Barmen							1	5	6	2		3				8
Bremen			1				1	2	1	1		1				14
Chemnitz								1		39	22	7	4			73
Dortmund				1				5	12	4						26
Dresden								1	2	2	22					22
Düsseldorf							3	11								27
Elberfeld							1	105	6							14
Frankfurt a. M.							24	58	11	1						113
Görlitz								33	5	8						94
Halle							2	4	4	1	1					46
Karlsruhe							1	5	7							13
Kassel							11	4	2							14
Kiel							20	23	35	5	25	9				18
Königsberg i.Pr.							4									59
Lübeck							4									83
Magdeburg							4									5
München										11						4
Nürnberg							10									12
Plauen								3	2							10
Stuttgart								2	1	1						5
Summe																
	1		1	2	5	98	88	305	152	116	23	4		2		797
	2	2	58	50	171	116	108	11	5							523

(a) Wie Tabelle 2

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr.9, Tabelle II, 1, S. 16-59.

Tabelle 8 - Schlüssel für die Tabellen 2-7

Lohngruppen	Lohnsätze in Pfennig
1	unter 100
2	100 bis unter 150
3	150 " " 200
4	200 " " 250
5	250 " " 275
6	275 " " 300
7	300 " " 325
8	325 " " 350
9	350 " " 375
10	375 " " 400
11	400 " " 450
12	450 " " 500
13	500 " " 550
14	550 " " 600
15	600 " " 700
16	700 bis unter 800
17	800 und mehr

Tabelle 9 - Zusammensetzung der gelernten Arbeiter der Gaswerke nach Lohngruppen

Stadt	Von den gelernten Arbeitern der Gaswerke entfielen auf die Lohngruppen ^(a) (Stand vom 18.6.1913) ^(b)														Summe
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Aachen			4	7	6	5	3	12	17	3	8	6	1	72	
Barmen								1	29	10	28	1	5	74	
Bonn	1		1		11	10		10	5	9		4	1	52	
Brandenburg a.H.							1	1	5	6	5	4		22	
Braunschweig										2				2	
Bromberg					2		5		1	4	3			15	
Erfurt							2	7	12	9	11	4	3	48	
Freiburg i. Br.								2	5	4	12	5	6	34	
Görlitz				1	7	7	8	11	3	1				38	
Königsberg i. Pr.						1	1	23	13	12	20	12	26	108	
Ludwigshafen a.Rh.				1				4	5	6		1	8	34	
Magdeburg							1	2	4	7	13	5	2	34	
Mannheim									5	17	17	16	32	87	
München							1	1	31	41	80	110		264	
M.-Gladbach					3	5	7	7	5					27	
Neukölln											18	5	71	94	
Offenbach										1	4	6	17	28	
Saarbrücken								3	7	3	3	1		17	
Stettin						1	2	17	13	18	4	1		56	
Summe	1		5	8	20	27	31	99	141	144	189	158	283	1.106	

(a) Zur Aufschlüsselung der Lohngruppen nach Lohnsätzen in Pfennig
siehe Tabelle 15

(b) Stichtag Aachen 1.10.1913

Quelle: Stat. Jb., Jg. 21, Tabelle IV, a, S. 532.

Tabelle 10 - Zusammensetzung der ungelerten Arbeiter der Gaswerke nach Lohngruppen

Stadt	Von den ungelerten Arbeitern der Gaswerke entfielen auf die Lohngruppen ^(a) (Stand vom 18.6.1913) ^(b)														Summe
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Aachen	62				3	3	5	3	46	17	9		6	9	163
Barmen								21	13	35	1				70
Bonn	4			3		1	6	16	27	2	4	19	4	1	87
Brandenburg	1	1	7	9	1		25	9	14	14	1	2		4	88
Braunschweig						1		3			2			1	7
Bromberg			4	14	7	11	4	6							46
Elbing				18	16	17	5	5	2	1					64
Erfurt							3	31	16	6	16	11	10	1	94
Freiburg i. Br.							1	7	9	26	19	16	6	4	88
Görlitz			31	3	4	47	3	4	7	4	4				107
Königsberg i. Pr.						54	98	87	26	47	13	5	1	9	340
Ludwigshafen a.Rh.	2	2	14	1		1			8	9	7	3	5	15	67
Magdeburg						2	5	24	22	5	10	15	5		88
Mannheim			34					1	11	34	31	29	25	32	197
München (c)							5	118	93	187	60	91	57	57	668
M.-Gladbach		3	18	3	19	3	19	9	18	4	3	1			100
Neukölln										3	1	43	42	61	150
Offenbach						6		10							93
Saarbrücken				7	1	4	17	24	3	4					60
Stettin						19	18	85	25	25	7	3			182
Summe	69	6	104	23	66	155	226	444	380	423	246	248	170	199	2.759

(a) Wie Tabelle 9

(b) Wie Tabelle 9

(c) Summe inkl. 219 bei der Straßenbeleuchtung beschäftigte Arbeiter

Quelle: Stat. Jb., Jg. 21, 1916, Tabelle IV, c, S. 532.

Tabelle 11 - Zusammensetzung der gelernten Arbeiter der Wasserwerke nach Lohngruppen

Stadt	Von den gelernten Arbeitern der Wasserwerke entfielen auf die Lohngruppen ^(a) (Stand vom 18.6.1913) ^(b)										Summe
	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Aachen		1	2	6		5	2		1	17	
Barmen				1	4	4	6	3	15	33	
Bonn	3		2		1	1				7	
Brandenburg a. H.					1		1			2	
Braunschweig						3				3	
Darmstadt						8		16	2	26	
Erfurt					1		1		1	3	
Flensburg								2	1	3	
Freiburg i. Br.					1	2	3	2	5	13	
Görlitz	1	1		4		2		3		11	
Hannover							2		2	4	
Königsberg i.Pr.					3	4	2	3	7	19	
Ludwigshafen a.Rh.			1		1	1		2	8	13	
Magdeburg				1		2	2	5	1	11	
Mannheim				1	2	1	6	5	2	17	
Metz							2	2	10	14	
Mühlhausen i. Els.							2	3	1	6	
München					2	6	4	9	16	37	
M.-Gladbach				2	2	2				6	
Offenbach									4	4	
Stettin			1		3	2				6	
Summe	4	2	6	15	21	43	33	55	76	255	
(a) Wie Tabelle 9											
(b) Wie Tabelle 9											

Quelle: Stat. Jb., Jg. 21, 1916, Tabelle III, a, S. 531.

Tabelle 12 - Zusammensetzung der ungelerten Arbeiter der Wasserwerke nach Lohngruppen

Stadt	Von den ungelerten Arbeitern der Wasserwerke entfielen auf die Lohngruppen ^(a) (Stand vom 18.6.1913) ^(b)														Summe
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Aachen	1		1	1	1	1	11	6	11	5	2	3			43
Barmen								1	13	22	1			2	39
Bonn							1	5	5	2	1	1			15
Brandenburg a.H.								1	9	3	2	2			17
Braunschweig								2		2	2				6
Darmstadt										6		2			8
Elbing					1	2	3		1		1				8
Erfurt					1	2	24	12	8	2	3	1			53
Flensburg										7					7
Freiburg i. Br.								1		4	1				6
Görlitz						13	8								21
Hannover							1	6	16	10	11	7	7	9	67
Königsberg i.Pr.					1	2	28	122	18	2	4	2			179
Ludwigshafen a.Rh.									4		4		8		16
Magdeburg					1	1	6	1	5	13	5	1	2		35
Mannheim								5		1	4	1			11
Metz							2		3		5	7	1	6	24
Mühlhausen i. Els.									3		8	4		8	23
München					1	3	2		32	7	11	4	8		68
M.-Gladbach					1	7	6			5	1				20
Offenbach							1		3		8			4	16
Saarbrücken							5								5
Stettin					2			6	6	4	2				20
Summe	1		1	1	4	26	72	191	137	93	83	41	26	31	707

(a) Wie Tabelle 9

(b) Wie Tabelle 9

Quelle: Stat. Jb., Jg. 21, 1916, Tabelle III, b, S. 531.

Tabelle 13 - Zusammensetzung der gelernten Arbeiter der
Elektrizitätswerke nach Lohngruppen

Stadt	Von den gelernten Arbeitern der Elektrizitäts- werke entfielen auf die Lohngruppen ^(a) (Stand vom 18.6.1913) ^(b)														Summe
	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14				
Aachen	1	1	1	6	3	11	13	9	7		6			58	
Barmen						3	20	11	8	8	16			66	
Bonn				1	2	1	6	3	2	2	1	1		19	
Erfurt					1	1	7	5	7	4		3		28	
Frankfurt a. M.						7	24	12	19	32	80			174	
Freiburg i. Br.						4	11	13	9	1	2			40	
Görlitz			2	6	3	2	1	5	1	2	1			23	
Halle					1	1		2	8	23	2			37	
Hannover						13	27	9	18	10	6	5		88	
Linden v. H.							2	1	1	1	1	4		10	
Ludwigshafen a. Rh.			1		1				3			3		8	
Magdeburg						1	3	11	13	7	3			38	
Mannheim						4		2	13	14	18			51	
Metz		1		2	1	1	9	11	2	5	3	4		39	
München							35	15	39	82	56	60		287	
M. -Gladbach							7	4	2	2	3	10		28	
Neukölln										3	3	25		31	
Offenbach					1				4	1	9	1		16	
Saarbrücken							6	2	1	2				11	
Summe	2	4	10	16	22	130	128	146	206	147	241			1.052	

(a) Wie Tabelle 9

(b) Wie Tabelle 9

Quelle: Stat. Jb., Jg. 21, 1916, Tabelle VI, a, S. 533.

Tabelle 14 - Zusammensetzung der ungelernten Arbeiter der
Elektrizitätswerke nach Lohngruppen

Stadt	Von den ungelernten Arbeitern der Elektrizitäts- werke entfielen auf die Lohngruppen ^(a) (Stand vom 18.6.1913) ^(b)														Summe
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Aachen							3	6	10	18	2	4	4	1	48
Barmen						1		4	21	7					33
Bonn			1				2	7	7	3	1		1		22
Erfurt							7	13	20	5	2				47
Frankfurt a.M.								52	25	28	22	25	14	9	175
Freiburg i. Br.					1	5				1		1	3	1	13
Görlitz								3	2	2	3	1			11
Halle							3	1	22	5	13	10		8	62
Hannover							37	23	20	8	8	3	1	1	101
Linden v. H.								1	5		1	1	1		9
Magdeburg							1	12	10	11	18	7	3	8	72
Mannheim										3	5	3	4		15
Metz		3		5			10	28	12	2	1	1	1	2	65
München								4	16	33	10	38			101
M.-Gladbach						1	15	4	6	2		2		1	31
Neukölln										1		3	2		6
Offenbach							2		7		4	1		14	28
Saarbrücken								2							2
Summe		3		6		2	7	91	158	189	136	78	97	35	841

(a) Wie Tabelle 9

(b) Wie Tabelle 9

Quelle: Stat. Jb., Jg. 21, 1916, Tabelle VI, b, S. 534.

Tabelle 15 - Schlüssel für die Tabellen 9-14

Lohngruppen	Lohnsätze in Pfennig
1	bis 180
2	über 180 bis 210
3	" 210 " 240
4	" 240 " 270
5	" 270 " 300
6	" 300 " 330
7	" 330 " 360
8	" 360 " 390
9	" 390 " 420
10	" 420 " 450
11	" 450 " 480
12	" 480 " 510
13	über 510 bis 540
14	über 540

Tabelle 16 - Zusammensetzung der gelernten Maschinisten,
Heizer usw. nach Lohngruppen

Lohngruppen Lohnsätze in Pfennig	Von den gelernten Maschinisten, Heizern usw. ^(a) entfielen auf die Lohngruppen			
	1902		1907	
	absolut	in %	absolut	in %
unter 200	-	-	1	0,0
200 bis unter 250	4	0,3	-	-
250 " " 275	23	1,7	5	0,3
275 " " 300	26	2,0	5	0,3
300 " " 325	93	7,0	36	1,9
325 " " 350	126	9,5	70	3,8
350 " " 375	317	23,9	182	9,8
375 " " 400	200	15,0	194	10,5
400 " " 450	307	23,1	571	30,8
450 " " 500	128	9,6	408	22,0
500 " " 550	65	4,9	224	12,1
550 " " 600	21	0,6	102	5,5
600 bis unter 700	18	1,3	51	2,8
700 und mehr	1	0,1	4	0,2
Summe	1.329	99,0 ^(b)	1.853	100,0

(a) Maschinisten, Maschinenwärter, Kesselwärter,
Heizer u. dergl.

(b) Nach Beiträge Nr.9, S. 23 irrtümlicherweise 100,0 %.

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr.9, S. 22 f.

Tabelle 17 - Zusammensetzung der gelernten Schlosser nach Lohngruppen

Lohngruppen Lohnsätze in Pfennig	Von den gelernten Schlossern entfielen auf die Lohngruppen			
	1902		1907	
	absolut	in %	absolut	in %
unter 200	1	0,1	-	-
200 bis unter 250	3	0,3	3	0,2
250 " " 275	31	3,4	4	0,2
275 " " 300	12	1,3	2	0,1
300 " " 325	110	11,9	41	2,5
325 " " 350	53	5,7	49	3,0
350 " " 375	191	20,6	206	12,5
375 " " 400	168	18,1	186	11,3
400 " " 450	224	24,2	491	29,8
450 " " 500	105	11,3	424	25,8
500 " " 550	22	2,4	176	10,7
550 " " 600	5	0,5	61	3,7
600 bis unter 700	2	0,2	4	0,2
700 und mehr	-	-	-	-
Summe	927	100,0	1.647	100,0

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr.9, S. 22 f.

Tabelle 18 - Zusammensetzung der gelernten Feuerhausarbeiter
der Gaswerke nach Lohngruppen

Lohngruppen Lohnsätze in Pfennig	Von den gelernten Feuerhausar- beitern usw. ^(a) der Gaswerke entfielen auf die Lohngruppen			
	1902		1907	
	absolut	in %	absolut	in %
unter 200	-	-	-	-
200 bis unter 250	-	-	-	-
250 " " 275	17	1,3	-	-
275 " " 300	24	1,9	-	-
300 " " 325	75	5,8	1	0,1
325 " " 350	49	3,8	37	2,8
350 " " 375	169	13,0	63	4,8
375 " " 400	180	13,9	55	4,2
400 " " 450	440	33,9	348	26,7
450 " " 500	236	18,2	488	37,4
500 " " 550	102	7,9	210	16,1
550 " " 600	4	0,3	84	6,5
600 bis unter 700	-	-	14	1,1
700 und mehr	-	-	4	0,3
Summe	1.296	100,0	1.304	100,0

(a) Feuerhaus-, Ofen- und Retortenarbeiter

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr.9, S. 22 f.

Tabelle 19 - Jahreslöhne der Fahrer und Schaffner der Straßenbahnen

Stadt	Jahresdurchschnittslöhne in M	
	Fahrer	Schaffner
Bremen	1.410	1.290
Freiburg i. Br.	1.609	1.609
Große Berliner Straßenbahn	1.501	1.339
Heidelberg	1.415	1.318
Karlsruhe	1.559	1.499
Köln	1.530	1.350
Magdeburg	1.326	1.152
Mannheim	1.576	1.456
München	1.824	1.584
Nürnberg	1.619	1.419
Offenbach	1.482	1.428
Straßburg i. Els.	1.440	1.380

Quelle: Zusammengestellt nach Soziale Praxis 19, 1911, S. 595.

Tabelle 20 - Zusammensetzung des Aufsichtspersonals der Gemeindebetriebe nach Lohngruppen

Lohngruppen Lohnsätze in Pf	Von den gelern- ten Aufsichtspersonen entfielen auf die Lohngruppen		Von den ungelern- ten Aufsichtspersonen entfielen auf die Lohngruppen	
	absolut		absolut	
	1902	1907	1902	1907
unter 200	-	-	1	-
200 bis unter 250	-	-	4	4
250 " " 275	-	1	2	3
275 " " 300	-	3	4	1
300 " " 325	6	2	5	11
325 " " 350	14	5	24	12
350 " " 375	9	6	40	20
375 " " 400	13	13	13	13
400 " " 450	70	63	29	73
450 " " 500	55	62	25	23
500 " " 550	73	129	15	17
550 " " 600	47	95	4	6
600 " " 700	58	83	2	16
700 und mehr	17	48	-	-
zusammen	362	510	168	199

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr. 9, S. 22.

Tabelle 21 - Sommerarbeitszeit der kommunalen Zeitlohnarbeiter

Sommerarbeitszeit nach Abzug der Pausen	Von 100 kommunalen Zeitlohnarbeitern entfielen auf die Arbeitszeitgruppen	
Arbeitszeitgruppen in Stunden	1902	1907
weniger als 8	0,1	0,7
8	0,5	1,7
8 bis 9	2,9	0,7
9	1,8	1,5
9 bis 10	6,4	17,1
10	58,2	47,9
10 bis 11	13,2	9,5
11	7,6	3,0
11 bis 12	0,9	0,2
12	1,1	1,1
über 12	0,7	0,1
unbestimmt und unbekannt	6,6	16,5
zusammen	100,0	100,0

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr. 9, S. 31.

Tabelle 22 - Durchschnittliche jährliche Arbeitszeit der
Fahrer und Schaffner der Straßenbahnen 1910

Stadt	Zahl der jährlichen Arbeitsstunden	
	Fahrer	Schaffner
Bremen	3.039,0	3.192,0
Freiburg i. Br.	3.146,7	3.146,7
Große Berliner Straßenbahn	2.817,0	3.130,0
Heidelberg	3.050,0	3.355,0
Karlsruhe	3.140,0	3.130,0
Köln	2.925,0	2.925,0
Magdeburg	3.170,0	3.487,0
Mannheim	2.973,0	2.973,0
München	2.826,7	3.146,0
Nürnberg	2.889,0	2.889,0
Offenbach	2.762,5	2.762,5
Straßburg i. Els.	3.040,0	3.040,0

Quelle: Zusammengestellt nach Soziale Praxis 19, 1911, S. 593.

2. Betriebs- und Konfliktgruppenstruktur

Tabelle 23 - Zusammensetzung des Arbeiterpersonals der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke nach gelernten und ungelernten Arbeitern (Stand vom 18. 6. 1913)

Betrieb	Gelernte Arbeiter		Ungelernte Arbeiter	
	absolut	in %	absolut	in %
Gaswerke	1.175	29,0	2.847	70,4
Wasserwerke	256	26,6	708	73,4
Elektrizitäts- werke	1.056	55,6	817	43,0
zusammen	2.487		4.372	

Quelle: Zusammengestellt nach Stat. Jb., Jg. 21, 1916, S. 523.

Tabelle 24 - Zusammensetzung des Aufsichtspersonals der kommunalen Betriebe nach gelernten und ungelernten Arbeitern

Jahr	Ungelernte Aufseher	Gelernte Aufseher, Werkführer u. dergl.	zusammen
	absolut	absolut	
1902	168	362	530
1907	199	510	709

Quelle: Beiträge Nr. 9, S. 22.

Tabelle 25 - Zusammensetzung der Gemeindearbeiterschaft nach Tage-, Wochen- und Monatslöhnern

Stand vom	Tagelöhner ^(a)		Wochenlöhner		Monatslöhner ^(b)	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1. 3. 1902	30.809	87,3	1.761	5,0	2.709	7,7
1. 7. 1907	39.436	78,9	2.620	5,3	7.904	15,8

(a) inkl. Stundenlöhner

(b) inkl. Jahreslöhner

Quelle: Beiträge Nr. 9, S. 10.

Tabelle 26 - Zusammensetzung der Gemeindearbeiterschaft nach Stundenlöhnern, Tage- oder Schichtlöhnern und Wochen- und Monatslöhnern (Stand vom 18. 6. 1913)^(a)

a) Gelernte Zeitlohnarbeiter

Löhnungsgruppen	männlich		weiblich	
	absolut	in %	absolut	in %
Stundenlöhner	456	8,1	-	-
Tage- oder Schichtlöhner	4.069	72,5	3	100,0
Wochenlöhner	249	4,4	-	-
Monatslöhner	844	15,0	-	-

b) Ungelernte Zeitlohnarbeiter

Löhnungsgruppen	männlich		weiblich	
	absolut	in %	absolut	in %
Stundenlöhner	1.501	8,6	33	6,1
Tage- oder Schichtlöhner	12.901	73,4	446	81,6
Wochenlöhner	979	5,6	46	8,4
Monatslöhner	2.183	12,4	21	3,9

(a) Die Angaben wurden in einer von der 26. Konferenz der Vorstände Statistischer Ämter deutscher Städte (Elberfeld, 1912) beschlossenen Lohnerhebung ermittelt, an der sich insgesamt 38 Städte beteiligten (siehe Tabelle 57, S. 394); Stichtag Karlsruhe 1. 7. 1913, Aachen 1. 10. 1913.

Quelle: Zusammengestellt nach Stat. Jb., Jg. 21, 1916, S. 524.

Tabelle 27 - Zusammensetzung der Zeitlohnarbeiterschaft der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und Straßenbahnbetriebe nach Tage-, Wochen- und Monatslöhnern^(a)

Betrieb Jahr	Tagelöhner ^(b)		Wochenlöhner		Monatslöhner ^(c)	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Gaswerke						
1902	7.824	95,0	239	2,9	169	2,1
1907	9.053	93,3	460	4,7	193	2,0
Wasserwerke						
1902	1.331	93,5	58	4,1	34	2,4
1907	1.515	83,2	231	12,7	75	4,1
Elektrizitätswerke						
1902	1.418	83,8	18	1,1	255	15,1
1907	2.023	84,7	84	3,5	282	11,8
Straßenbahnen						
1902	3.123	75,7	-	-	1.002	24,3
1907	3.338	51,8	1	0,0	3.108	48,2
(b) inkl. Stundenlöhner						
(c) inkl. Jahreslöhner						

(a) Die Angaben gelten für sämtliche erfaßten Städte (siehe Tabelle 56, S. 394), jedoch bei den Gaswerken ohne Essen, Magdeburg und Wiesbaden; bei den Wasserwerken ohne Essen und Magdeburg; bei den E-Werken ohne Altona, Chemnitz, Magdeburg, Plauen, Posen und Wiesbaden; bei den Straßenbahnen ohne Dortmund, Dresden, Karlsruhe und Nürnberg.

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr. 9, S. 11.

Tabelle 28 - Feuerhausarbeiter in Relation zu sämtlichen gelernten Zeitlohnarbeitern der Gaswerke

Stadt	Gelernte Zeitlohn- arbeiter absolut		Feuerhausarbeiter absolut	
	Jahr		Jahr	
	1902	1907	1902	1907
Altona	97	132	23	25
Barmen	120	92	74	64
Braunschweig	46	14	38	5
Bremen	160	201	76	55
Charlottenburg	191	256	129	129
Chemnitz	30	117	-	2
Dresden	152	223	81	127
Düsseldorf	128	165	106	97
Elberfeld	103	118	48	80
Essen	-	63	-	30
Freiburg i. Br.	49	77	17	25
Görlitz	51	71	21	6
Kassel	44	86	26	42
Kiel	53	104	20	37
Königsberg i. Pr.	142	278	67	72
Leipzig	160	143	88	63
Lübeck	51	47	-	11
Magdeburg	-	115	-	83
Nürnberg	116	104	79	38
Plauen	38	68	24	19
Posen	-	39	8	7
Stuttgart	110	250	70	124
zusammen	1.841	2.763	995	1.141

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr. 9, Tabelle II, 2, S. 60-99 und Tabelle III, 3, S. 112-115.

Tabelle 29 - Fahrer und Schaffner in Relation zur gesamten
Zeitlohnarbeiterschaft der Straßenbahnbetriebe

Stadt	Zeitlohnarbeiter absolut		Fahrer und Schaffner absolut	
	1902	1907	1902	1907
Barmen	135	173	83	98
Breslau	16	299	-	211
Dortmund	-	452	-	302
Dresden	-	2.232	-	1.582
Düsseldorf	724	705	541	583
Frankfurt a.M.	1.385	1.822	-	1.011
Köln	1.200	2.316	-	1.464
Königsberg	393	491	248	327
Mannheim	272	641	158	424
Nürnberg	-	649	-	453
zusammen		9.780		6.455

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr. 9, Tabelle IV, 4,
S. 128 f. und Tabelle III, 4, S. 116 f.

Tabelle 30 - Fahrer und Schaffner in Relation zu den gelernt-
ten Zeitlohnarbeitern der Straßenbahnbetriebe

Stadt	Gelernte Zeit- lohnarbeiter absolut		Fahrer und Schaffner absolut	
	1902	1907	1902	1907
Barmen	111	129	83	98
Breslau	3	260	-	211
Dortmund	-	373	-	302
Dresden	-	1.920	-	1.582
Düsseldorf	618	632	541	583
Frankfurt a.M.	807	1.212	-	1.011
Köln	153	1.774	-	1.464
Königsberg	297	377	248	327
Mannheim	183	497	158	424
Nürnberg	-	551	-	453
zusammen		7.725		6.455

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr. 9, Tabelle II,
2, S. 60-99 und Tabelle III, 4, S. 116 f.

Tabelle 31 - Gesamtzahl der Maschinisten und Schlosser in allen kommunalen Betrieben

Stadt	Maschinisten absolut		Schlosser absolut	
	1902	1907	1902	1907
Aachen	22	35	8	11
Altona	19	38	5	8
Barmen	31	38	46	51
Braunschweig	25	8	3	3
Bremen	29	44	69	89
Breslau	64	115	78	114
Charlottenburg	40	45	21	34
Chemnitz	9	45	12	24
Dortmund	51	76	10	58
Dresden	67	58	45	169
Düsseldorf	56	109	58	46
Elberfeld	30	46	15	11
Essen	6	16	-	17
Frankfurt a.M.	126	167	112	136
Freiburg i.Br.	16	16	16	11
Görlitz	8	26	26	36
Halle a.S.	29	30	18	8
Hannover	36	52	1	3
Karlsruhe	16	15	15	53
Kassel	17	32	5	21
Kiel	25	68	10	34
Köln	82	140	127	323
Königsberg	38	42	39	47
Leipzig	53	39	19	21
Lübeck	61	47	30	33
Magdeburg	-	62	-	44
Mannheim	46	57	25	58
München	163	128	39	58
Nürnberg	40	92	20	54
Plauen	4	22	9	28
Posen	14	27	21	29
Straßburg i.Els.	27	25	7	10
Stuttgart	78	110	14	25
Wiesbaden	1	45	4	41
zusammen	1.329	1.915	927	1.708

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr. 9, Tabelle III, 1 und 2, S. 112-115.

Tabelle 32 - Dienstalter der Gemeindearbeiter

Dienstalter der städtischen Arbeiter in Jahren													
Stadt (Jahr)	1 und weniger		2 bis 5		6 bis 10		11 bis 20		21 bis 30		über 30		Summe
	abs.	% abs.	abs.	% abs.	abs.	% abs.	abs.	% abs.	abs.	% abs.	abs.	% abs.	
Dortmund (1905)	202	27,3	286	38,7	152	20,5	65	8,8	23	3,1	12	1,6	740
Düsseldorf (1900)	526	40,8	372	28,9	203	15,8	129	10,0	47	3,6	12	0,9	1.289
Elberfeld (1900)	169	34,3	171	34,7	62	12,6	57	11,5	34	6,9	-	-	493
Freiburg (1906)	27	23,5	58	50,4	10	8,7	15	13,1	3	2,6	2	1,7	115
Magdeburg männl. weibl. (1904)	405	28,5	464	32,6	278	19,5	207	14,5	69	4,9	-	-	1.423
	142	62,5	68	30,0	11	4,9	5	2,1	1	0,5	-	-	227
Pforzheim (1907)	186	47,5	108	27,6	57	14,5	26	6,6	13	3,3	2	0,5	392
Straßburg (1903)	156	27,2	180	31,4	115	20,0	99	17,2	20	3,5	4	0,7	574

Quelle: Beiträge Nr.10, S. 19.

Tabelle 33 - Lebensalter der Gemeindearbeiter bei der Ersteinstellung

Lebensalter der Gemeindearbeiter bei der Ersteinstellung						
Altersgruppen in Jahren		Von den Gemeindearbeitern der Stadt... entfielen auf die Altersgruppen				
		Straßburg (1903)		Magdeburg (1904)		Kiel (1905)
		ab- solut	in %	ab- solut	in %	ab- solut in %
unter 20		28	4,9	80	5,6	17 2,4
20 bis unter 30		164	28,5	465	32,7	239 33,9
30 " " 35		114	19,9	167	11,8	144 20,4
35 " " 40		107	18,6	178	12,5	108 15,3
40 " " 50		106	18,5	285	20,0	136 19,3
50 " " 60		48	8,4	201	14,1	
60 und mehr		7	1,2	47	3,3	61 8,7
zusammen		574	100	1.423	100	705 100

Quelle: Beiträge Nr. 10, S. 17.

Tabelle 34, a - Zusammensetzung der Gemeindearbeiterschaft
nach Altersgruppen

Von den städtischen Arbeitern entfielen auf die Altersgruppen							
Altersgruppen in Jahren	Stadt / Jahr						
	Bremen	Chem-	Düssel-	Elber-	Frei-	Magde-	Mün-
	1903	nitz 1907	dorf 1900	feld 1900	burg 1906	burg 1904	chen 1899
unter 20							
abs.	43	10	124	9	-	60	143
%	2,2	0,98	7,5	1,8	-	4,2	4,9
20 bis unter 30							
abs.	556	203	537	149	37	283	727
%	28,2	19,85	32,7	30,2	32,2	19,9	25,0
30 bis unter 40							
abs.	604	262	483	149	45	309	726
%	30,7	25,61	29,4	30,2	39,1	21,7	24,9
40 bis unter 50							
abs.	358	191	282	101	17	305	527
%	18,2	18,67	17,1	20,5	14,8	21,5	18,1
50 bis unter 60							
abs.	248	208	155	63	9	317	458
%	12,6	20,33	9,4	12,8	7,8	22,3	15,7
60 bis unter 70							
abs.	134	128	61	19	6	134	292
%	6,8	12,51	3,7	3,9	5,2	9,4	10,0
70 und darüber							
abs.	25	21	3	3	1	15	40
%	1,3	2,05	0,2	0,6	0,9	1,0	1,4
Summe							
abs.	1.968	1.023	1.645	493	115	1.423	2.913
%	100,0	100,00	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Beiträge Nr.10, S. 16.

Tabelle 34, b - Zusammensetzung der Industriearbeiterschaft
nach Altersgruppen

Altersgruppen in Jahren	Von den Arbeitern im Bergbau, Hütten- wesen, Industrie und Bauwesen entfie- len auf die Altersgruppen (nach der Berufs- und Gewerbezahlung vom 14.6.1895)
	in %
unter 20	28,80
20 bis unter 30	31,51
30 " " 40	18,98
40 " " 50	11,41
50 " " 60	6,37
60 bis unter 70	2,40
70 und darüber	0,53
Summe	100,00

Quelle: Beiträge Nr.10, S. 16.

Tabelle 35, a - Zusammensetzung der Gemeindearbeiterschaft
nach Familienstandsgruppen

Stadt (Jahr)	Von den städtischen Arbeitern waren							
	ledig		verheiratet		geschieden oder verwitwet		Summe	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Dortmund (1905)	188	24,9	522	69,1	45	6,0	755	100,0
Dresden (1899)	265	14,8	1.464	82,0	57	3,2	1.786	100,0
Elberfeld (1900)	96	19,5	385	78,1	12	2,4	493	100,0
Karlsruhe (März 1908)	187	18,2	805	78,4	35	3,4	1.027	100,0
Kiel (1905)	119	15,5	615	80,0	35	4,5	769	100,0
Magdeburg ^(a) (1904)	226	15,9	1.138	80,0	59	4,1	1.423	100,0
München (1899)	917	31,5	1.845	63,3	151	5,2	2.913	100,0
Pforzheim (1.1.1907)	95	24,1	289	73,4	10	2,5	394	100,0
(a) Nur männliche Arbeiter								

Quelle: Beiträge Nr.10, S. 15.

Tabelle 35, b - Zusammensetzung der Industriearbeiterschaft
nach Familienstandsgruppen

Von den Arbeitern im Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen waren nach der Berufs- und Gewerbe- zählung vom 14.6.1895:	
ledig	56,73 %
verheiratet	40,40 %
geschieden oder verwitwet	2,87 %
Summe	100,00 %

Quelle: Beiträge Nr. 10, S. 15.

3. Gewerkschaftliche Organisation

Tabelle 36 - Mitgliederentwicklung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Jahr ¹	Buchmäßige Mitglieder	Zahlende Mitglieder ²
1896 ³	ci. 200 ⁴	5
1897	924	621
1898	1.601	1.172
1899	3.479	2.371
1900	4.723	3.417
1901	5.118	3.952
1902	7.550 ¹⁵	5.126
1903	10.393	8.316
1904	13.726	10.605
1905	20.818	16.790
1906	23.238	18.579
1907	26.207	22.641
1908	29.316	24.378 ⁶
1909	32.488	28.179
1910	39.262	35.154
1911	47.376	42.838
1912	51.083	48.021
1913	53.925	48.831 ⁶
1914 ⁷	54.522	47.739
1914	34.800	33.888
1915	26.539	25.095
1916	25.390	24.585
1917	32.984	5
1918 ⁸	40.981	"
1919 ⁹	86.995 ¹⁰	"
1919 ¹¹	ci. 220.000 ¹²	"
1920	299.891	262.170
1921	289.356	281.966
1922 ¹³	280.474	5
1923 ¹⁴	263.992	"

- 1 Für die Jahre 1897-1902 zum Ende des Geschäftsjahres (30. Sept.); für die übrigen Jahre, soweit nicht anders vermerkt, zum Ende des 4. Quartals.
- 2 Zu 13 Wochenbeiträgen gerechnet.
- 3 Okt. 1896.
- 4 Gewerkschaft Nr. 8 vom 8. 4. 1900, Sp. 1; nach Gewerkschaft Nr. 5 vom 4. 3. 1904, Sp. 105 Ende 1896 150 Mitglieder; nach "Mitgliederentwicklung und Leistungen unseres Verbandes", in: 25 Jahre, Ende 1896 400 Mitglieder.
- 5 Keine Angaben.
- 6 Zu 14 Wochenbeiträgen gerechnet.
- 7 Zum Ende des 2. Quartals.
- 8 1. Nov. 1918.
- 9 1. Jan. 1919.
- 10 Nach "Mitgliederentwicklung und Leistungen unseres Verbandes", in: 25 Jahre, Ende 1918 90.705 Mitglieder.
- 11 1. Juli 1919.
- 12 Gewerkschaft Nr. 35 vom 29. 8. 1919, Sp. 677.
- 13 1. Dez. 1922.
- 14 1. Okt. 1923.
- 15 Nach Gewerkschaft Nr. 15 vom 10. 4. 1908, Sp. 313 6.974 M.

Quelle: Soweit nicht in den Anmerkungen gesondert vermerkt, zusammengestellt nach den Kassenberichten, Geschäftsberichten, Quartalsberichten und Mitgliederstatistiken in der Gewerkschaft Jgg. 1-27.

Tabelle 37 - Mitgliederentwicklung des Verbandes der
Gemeinde- und Staatsarbeiter 1914-1918

Quartal/Jahr	Buchmäßige Mitglieder
I/1914	54.647
II/ "	54.522
III/ "	37.083
IV/ "	34.800
I/1915	31.941
II/ "	29.302
III/ "	27.636
IV/ "	26.539
I/1916	26.552
II/ "	26.893
III/ "	26.139
IV/ "	25.390
I/1917	26.347
II/ "	27.521
III/ "	30.477
IV/ "	32.984
I/1918	35.193
II/ "	36.358
III/ "	39.778
1. Nov. 1918	40.981
1. Dez. 1918	53.896
1. Jan. 1919	86.995 ¹

1 Nach "Mitgliederentwicklung und Leistungen unseres Verbandes", in: 25 Jahre, Ende 1918 90.705 Mitglieder.

Quelle: Quartalsberichte und Mitgliederstatistiken in der Gewerkschaft Jgg. 18-23.

Tabelle 38 - Mitgliederentwicklung des Verbandes der
Gemeinde- und Staatsarbeiter 1919-1923

Quartal/Jahr	Buchmäßige Mitglieder
1. Jan. 1919	86.995 ¹
1. Jul. 1919	ci. 220.000 ²
I/1920	282.595
II/ "	293.138
III/ "	294.861
IV/ "	299.891
I/1921	293.947
II/ "	290.109
III/ "	285.578
IV/ "	289.356 ³
I/1922	283.261
1. Jul. 1922	280.495
1. Aug. 1922	279.150
1. Dez. 1922	280.474
1. Apr. 1923	267.752
1. Jul. 1923	271.263
1. Okt. 1923	263.992

- 1 Nach "Mitgliederentwicklung und Leistungen unseres Verbandes", in: 25 Jahre, Ende 1918 90.705 Mitglieder.
- 2 Gewerkschaft Nr. 35 vom 29. 8. 1919, Sp. 677.
- 3 Nach "Mitgliederentwicklung und Leistungen unseres Verbandes", in: 25 Jahre, Ende 1921 299.891 Mitglieder (wahrscheinlich irrtümlich mit IV/1920 verwechselt; W. K.).

Quelle: Quartalsberichte und Mitgliederstatistiken in der
Gewerkschaft Jgg. 23-27.

Tabelle 39 - Mitgliederentwicklung (männlich/weiblich) des
Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1917-
1923

Quartal/Jahr	Buchmäßige Mitglieder	
	männlich	weiblich
31. Okt. 1917	25.169	6.241
30. Nov. 1917	25.794	6.911
1. Nov. 1918	30.372	10.609
1. Dez. 1918	38.877	15.019
1. Jan. 1919	63.755	23.240
1. Apr. 1919	132.163	33.992
1. Jul. 1919	175.224	46.622
1. Okt. 1919	194.763	53.676
1. Jan. 1920	211.871	58.044
1. Mär. 1920	220.556	58.653
1. Jun. 1920	228.966	62.251
1. Sep. 1920	235.234	62.053
1. Aug. 1922	226.904	52.246
1. Dez. 1922	227.292	53.182
1. Apr. 1923	217.522	50.230
1. Jul. 1923	220.017	51.246
1. Okt. 1923	214.281	49.711

Quelle: Monatsberichte, Quartalsberichte und Mitgliederstatistiken in der Gewerkschaft Jgg. 21-27.

Tabelle 40 - Neuaufnahmen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1915-1918

Stichtag	Neuaufnahmen ¹		
	männlich	weiblich	zusammen
30. 9. 1915	- ²	- ²	- ²
31. 12. 1915	"	"	477
31. 3. 1916	"	"	627
30. 6. 1916	"	"	703
30. 9. 1916	"	"	555
31. 12. 1916	"	"	1.619
31. 3. 1917	"	"	2.964
30. 6. 1917	"	"	3.588
31. 8. 1917	"	"	2.504
30. 9. 1917	994	705	1.699
31. 10. 1917	853 ³	649 ³	1.502
30. 11. 1917	903	705	1.608
31. 12. 1917	- ²	- ²	1.299
31. 1. 1918	615	601	1.216
1. 4. 1918	1.308	1.695	3.003
1. 7. 1918	1.927	1.659	3.586
1. 9. 1918	1.583	1.183	2.766

¹ Neuaufnahmen seit dem letzten Stichtag.

² Keine Angaben.

³ Nach Gewerkschaft Nr. 47, 1917, Sp. 757 649 männl. und 853 weibl. Neuaufnahmen; die Angaben wurden wahrscheinlich irrtümlicherweise vertauscht (vgl. Gewerkschaft Nr. 47 vom 23. 11. 1917, Sp. 757 und die Angaben zur Fluktuation ebd.).

Quelle: Gewerkschaft Jgg. 19-22.

Tabelle 41 - Mitgliederentwicklung des Verbandes der Gemein-
de- und Staatsarbeiter in Berlin und München
1897-1923

Quartal/Jahr	Buchmäßige Mitglieder	
	Berlin	München
III/1897 ¹	200 ²	- ³
III/1898 ¹	856 ²	"
1899 ⁴	1.354 ⁵	"
1900 ⁴	2.612 ⁵	"
IV/1901	1.895 ⁶	- ⁷
IV/1902	2.728 ⁸	59
IV/1903	3.920	88
IV/1904	4.412 ⁹	424
IV/1905	5.455	525
IV/1906	4.909	1.170
IV/1907	5.839 ¹⁰	1.600
IV/1908	6.205 ¹¹	1.900
IV/1909	6.636	2.011
IV/1910	7.465	2.504
IV/1911	9.214	2.806
IV/1912	9.699 ¹²	3.015
IV/1913	9.805 ¹³	2.965
II/1914	9.619 ¹⁴	2.740
IV/1914	6.816	2.075
IV/1915	4.937 ¹⁵	1.822
IV/1916	4.764 ¹⁶	1.897
IV/1917	5.718 ¹⁷	2.444
II/1918	6.303	2.751
1. Nov. 1918	6.918 ¹⁸	3.670 ¹⁹
1. Jan. 1919	18.015	7.212
1. Apr. 1919	28.689	12.082
1. Jul. 1919	35.730	17.170
1. Okt. 1919	40.001	18.605
1. Jan. 1920	46.126	20.388
IV/1920	54.180 ²⁰	9.084 ²¹
IV/1921	55.469	8.297
1. Dez. 1922	48.167 ²²	11.676 ²³
1. Okt. 1923	39.033 ²⁴	8.947 ²³

- 1 Ende Geschäftsjahr (30. 9.).
- 2 Berlin ohne Charlottenburg, Rixdorf, Schmargendorf und Schöneberg.
- 3 Noch keine Verbandsmitgliedschaft.
- 4 Wahrscheinlich zum Jahresschluß (Dreißig Jahre, S. 93).
- 5 Nach Dreißig Jahre, S. 93 (m. E. unwahrscheinlich; W. K.).
- 6 Nach Gewerkschaft Nr. 7 vom 4. 4. 1902, Sp. 4; nach Dreißig Jahre, S. 93 2.305 Mitglieder.
- 7 Von der Münchener Verbandsmitgliedschaft wurde lediglich "Geld, aber keine Abrechnung eingesandt" (Gewerkschaft Nr. 7 vom 4. 4. 1902, Sp. 4).
- 8 Nach Gewerkschaft Nr. 6 vom 20. 3. 1903, Sp. 4; nach Dreißig Jahre, S. 93 3.289 Mitglieder.
- 9 Nach Gewerkschaft Nr. 7 vom 31. 3. 1905, Sp. 158; nach Dreißig Jahre, S. 93 4.422 Mitglieder.
- 10 Nach Kassenbericht; nach Dreißig Jahre, S. 93 5.436 Mitglieder.
- 11 Nach Kassenbericht; Angaben in Dreißig Jahre, S. 93 identisch mit Kassenbericht, 1. Quartal 1909.
- 12 Nach Kassenbericht; Angaben in Dreißig Jahre, S. 93 identisch mit Kassenbericht, 1. Quartal 1912.
- 13 Nach Kassenbericht; Angaben in Dreißig Jahre, S. 93 identisch mit Kassenbericht, 1. Quartal 1913.
- 14 Nach Kassenbericht; Angaben in Dreißig Jahre, S. 93 identisch mit Kassenbericht, 1. Quartal 1914.
- 15 Nach Kassenbericht; nach Dreißig Jahre, S. 93 9.724 Mitglieder (möglicherweise für Gau Berlin; W. K.).
- 16 Nach Kassenbericht; nach Dreißig Jahre, S. 93 10.318 Mitglieder.
- 17 Nach Kassenbericht; nach Dreißig Jahre, S. 93 11.085 Mitglieder.
- 18 Gau Berlin (gilt für alle nachfolgenden Angaben); nach Dreißig Jahre, S. 93 9.472 Mitglieder (wahrscheinlich zum Jahresschluß 1918; W. K.).
- 19 Gau München (gilt für alle nachfolgenden Angaben).
- 20 Groß-Berlin (wahrscheinlich identisch mit Gau Berlin; W. K.).
- 21 Nur München-Stadt.
- 22 Nach Kassenbericht; nach Dreißig Jahre, S. 93 49.409 Mitglieder (wahrscheinlich zum Jahresschluß 1922; W. K.).
- 23 Gau München.
- 24 Nach Kassenbericht; nach Dreißig Jahre, S. 93 31.120 Mitglieder (wahrscheinlich zum Jahresschluß 1923; W. K.).

Quelle: Soweit in den Anmerkungen nicht anders vermerkt, zusammengestellt nach den Kassenberichten und Mitgliederstatistiken in der Gewerkschaft Jgg. 1-27.

Tabelle 42 - Mitgliederentwicklung (männlich/weiblich) des
Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in
Berlin und München 1918-1923

Stand vom	Buchmäßige Mitglieder			
	Berlin ¹		München ²	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1. 11. 1918	4.882	2.036	2.305	1.365
1. 12. 1918	6.068	3.036	2.909	1.958
1. 1. 1919	11.529	6.486	4.024	3.188
1. 2. 1919	15.842	7.971	5.328	3.291
1. 3. 1919	18.844	9.880	7.096	3.622
1. 4. 1919	20.589	8.100	8.373	3.709
1. 5. 1919	21.739	8.700	10.330	3.930
1. 6. 1919	22.039	9.200	12.332	4.350
1. 7. 1919	25.892	9.838	12.940	4.230
1. 8. 1919	26.483	10.559	13.243	4.262
1. 9. 1919	26.794	10.661	13.866	4.238
1. 10. 1919	28.705	11.296	14.397	4.208
1. 11. 1919	29.255	11.596	14.841	4.250
1. 12. 1919	30.095	11.996	15.500	4.410
1. 1. 1920	32.526	13.600	16.091	4.297
1. 3. 1920	32.805	13.700	15.927	4.174
1. 6. 1920	31.859	14.538	6.690 ³	2.862 ³
1. 9. 1920	32.824	14.235	6.575 ³	2.600 ³
1. 8. 1922	37.343	11.275	5.924 ³	2.213 ³
1. 12. 1922	37.041	11.126	9.106	2.570
1. 4. 1923	32.096	8.466	8.417	2.523
1. 7. 1923	35.130	9.570	7.818	2.348
1. 10. 1923	30.633	8.400	6.664	2.283

1 Gau Berlin.

2 Gau München.

3 München (Stadt).

Quelle: Kassenberichte, Mitgliederstatistiken in der Gewerkschaft Jgg. 22-27.

Tabelle 43 - Mitgliederstärkste Filialen/Gaue des Verbandes
der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1905-1921

Stelle	1.	2.	3.	4.	5.
Jahr ¹	Ortsverwaltung ² /Buchmäßige Mitglieder				
1905	Berlin ³ 5.455	Hamburg 2.643	Dresden 1.230	Stuttgart 966	Breslau 911
1906	Berlin ⁴ 4.909	Hamburg 3.488	Dresden 1.477	München 1.170	Stuttgart 1.168
1907	Berlin 5.839	Hamburg 4.245	München 1.600	Dresden 1.506	Stuttgart 1.294
1908	Berlin 6.205	Hamburg 4.470	München 1.900	Dresden 1.521	Stuttgart 1.398
1909	Berlin 6.636	Hamburg 4.677	München 2.011	Dresden 1.500	Stuttgart 1.458
1910	Berlin 7.465	Hamburg 5.464	München 3.398	Stuttgart 2.522	Leipzig 2.415
1911	Berlin 9.214	Hamburg 6.344	München 3.652	Frankfurt 2.959	Stuttgart 2.723
1912	Berlin 9.699	Hamburg 6.434	München 3.716	Dresden 2.943	Leipzig 2.929
1913	Berlin 9.805	Hamburg 6.791	München 3.677	Dresden 3.255	Mannheim 3.151
1914 ⁵	Berlin 9.619	Hamburg 7.075	Dresden 3.381	München 3.367	Mannheim 3.326
1914	Berlin 6.816	Hamburg 4.794	München 2.388	Dresden 2.256	Leipzig 2.103
1915	Berlin 4.937	Hamburg 3.086	München 2.070	Dresden 1.808	Frankfurt 1.609
1916	Berlin 4.764	Hamburg 3.153	München 2.118	Dresden 1.768	Frankfurt 1.638
1917	Berlin 5.718	Hamburg 3.857	München 3.287	Breslau 2.291	Frankfurt 2.244
1918 ⁶	Berlin 6.303	Hamburg 4.208	München 3.584	Frankfurt 2.718	Breslau 2.476
1920	Berlin 54.180	Hamburg 24.762	Breslau 16.979	Frankfurt 16.027	Köln-Bonn 11.476
1921	Berlin 55.469	Hamburg 23.016	Frankfurt 15.845	Breslau 15.598	Köln-Bonn 11.803

1 Zum Ende des 4. Quartals.

2 Bis 1909 Filialen, ab 1910 Gaue.

3 Ohne 725 Mitglieder der Gruppe "Revier-Inspektion".

- 4 Ohne 687 Mitglieder der Gruppe "Revier-Inspektion".
- 5 Zum Ende des 2. Quartals.
- 6 Zum Ende des 2. Quartals.

Quelle: Kassenberichte, Geschäftsberichte in der Gewer-
schaft Jgg. 10-26.

Tabelle 44 - Zum Kriegsdienst eingezogene und arbeitslose Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1914-1917

Stand vom	München ¹		Berlin ¹		Verband	
	Einge- zogene	Arbeits- lose	Einge- zogene	Arbeits- lose	Einge- zogene	Arbeits- lose
15. 9. 1914	660 ²	33 ²	2.600	56	13.929 ³	575 ³
30. 9. 1914	728	22	2.624	48	14.569 ⁴	511 ⁴
31. 10. 1914	737	24	2.624	126	15.262 ⁵	462 ⁵
30. 11. 1914	740	5	2.801	140	15.547 ⁶	460 ⁶
31. 12. 1914	665	40	2.891	125	16.054 ⁷	523 ⁷
31. 3. 1915	780	26	3.744	25	19.296	201
30. 6. 1915	910	11	4.665	7	21.970	72
30. 9. 1915	1.017	5	5.194	9	24.044	77
31. 12. 1915	1.078	24	5.513	21	25.404	232
1. 4. 1916	1.116	6	5.723	10	25.937	158
1. 7. 1916	1.052	1	5.887	10	26.393	56
1. 10. 1916	1.210	0	6.148	20	27.307	59
1. 1. 1917	1.152	9	6.379	30	28.291	131
1. 4. 1917	1.126	0	6.521	19	28.865	57
1. 7. 1917	1.461	- ⁸	6.648	- ⁸	28.896	- ⁸

1 Gau.

2 Nicht berichtet haben 2 Filialen mit 64 Mitgliedern.

3 Nicht berichtet haben 19 Filialen mit 1.214 Mitgliedern.

4 Nicht berichtet haben 15 Filialen mit 518 Mitgliedern.

5 Nicht berichtet haben 8 Filialen mit 226 Mitgliedern.

6 Nicht berichtet haben 8 Filialen mit 224 Mitgliedern.

7 Nicht berichtet haben 4 Filialen mit 134 Mitgliedern.

8 Keine Angaben.

Quelle: Gewerkschaft Jgg. 18-21.

Tabelle 45 - Vermögen des Verbandes der Gemeinde- und
Staatsarbeiter 1897-1921

Jahr ¹	Hauptkasse	Filial- bzw. Gaukassen ²	Vermögensverwaltung des Verbandes ³
1897 ⁴	783 ⁵	-	-
1898 ⁴	2.603 ⁵	-	-
1899	7.301 ⁵	-	-
1900	11.260 ⁵	-	-
1901	15.972 ⁵	-	-
1902	21.975 ⁵	-	-
1903	30.177 ⁵	-	-
1904	48.916 ⁵	-	-
1905	60.282	35.560	-
1906	83.187	48.246	-
1907	174.745	69.896	-
1908	235.714	95.505	-
1909	217.190	109.587	-
1910	307.121	160.074	-
1911	415.445	237.077	-
1912	538.095	308.759	-
1913	747.034	374.189	-
1914	622.810	380.676	-
1915	92.879	355.648	403.095 ⁶
1916	83.788	354.481	429.895
1917	105.975	393.430	389.863
1918	216.969	475.592	474.489
1920	2.578.362	3.485.603	5.216.512
1921	8.351.295	6.641.886	9.719.912
(Angaben in Mark, auf 1 M gerundet)			

1 Zum Ende des 4. Quartals.

2 Bis 1909 Filialkassen, ab 1910 Gaukassen.

3 Ab 1915.

4 Ende Geschäftsjahr (30. 9.).

5 Gesamtes Vermögen (Haupt- u. Filialkassen zusammen).

6 Ohne Zinsen.

Quelle: Kassenberichte in der Gewerkschaft Jgg. 10-26 u.
Gewerkschaft Nr. 15 vom 10. 4. 1908, Sp. 314.

Tabelle 46 - Unterstützungsleistungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1905-1921¹

Jahr ²	Kranken- Unt.	Arbeits- losen- Unt.	Sterbe- Unt.	Streik- Unt. ⁶	Gemäß- regel- ten-Unt.	Rechts- schutz	Familien- Unt. ³	Weih- nachts- Unt. ⁽³⁾	Gefallenen- Unt. ⁴
1905	-	-	4.595	6.149	2.981	574	-	-	-
1906	-	-	7.935	19.210	5.561	1.155	-	-	-
1907	12.330	977	16.411	7.950	5.229	1.009	-	-	-
1908	53.146	8.367	22.270	14.673	4.749	3.100	-	-	-
1909	62.321	10.360	25.185	100.146	5.144	1.885	-	-	-
1910	102.014	12.759	29.568	37.485	5.817	3.588	-	-	-
1911	146.799	15.478	38.763	18.586	6.027	4.774	-	-	-
1912	191.539	23.730	46.138	24.804	6.053	6.191	-	-	-
1913	249.499	50.498	56.276	25.598	6.321	4.194	-	-	-
1914	213.174	66.983	57.221	97.613	3.533	4.817	109.969	119.214	7.190
1915	100.911	17.373 ⁵	48.518	78	45	968	149.170	83.071	25.870
1916	141.563	5.936	60.064	246	208	740	-	2.006	16.710
1917	187.654	4.043	78.571	214	2.888	741	-	-	11.550
1918	232.708	6.654	93.081	15	71	492	-	-	11.870
1919	346.679	63.418	96.096	54.138	1.347	828	-	21.014	2.880
1920	1.266.217	373.043	196.193	1.143.559	37.684	12.605	-	3.590	-
1921	1.738.212	402.343	244.978	1.512.981	62.045	32.765	-	-	-

- 1 Leistungen der Hauptkasse; Angaben in Mark, auf 1 M gerundet.
- 2 Geschäftsjahr.
- 3 An Familien eingezogener Mitglieder.
- 4 Sterbeunterstützung an die Familien gefallener Mitglieder.
- 5 Ohne 726 M Weihnachtsunterstützung an Arbeitslose.
- 6 Für die Jahre 1907-1913 ohne die Leistungen für andere Gewerkschaften:

Jahr Streik-Unt. für andere Gewerkschaften (siehe Anm. 1)

1907	1.900 M
1908	1.021 "
1909	3.500 "
1910	1.000 "
1911	1.000 "
1912	15.500 "
1913	7.508 M

Quelle: Kassenberichte in der Gewerkschaft Jgg. 10-26.

Tabelle 47 - Pro-Kopf-Leistungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1910 im Vergleich

Art	Leistung/Organisation ¹						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Arbeitslosigkeit	0,54	-	2,00	1,59	1,98	3,86	2,09
Krankheit	3,47	2,26	4,66	0,28	3,52	6,65	4,22
Sterbefälle	0,99	0,52	0,33	0,23	0,70	0,40	0,58
Notfälle	0,18	0,13	0,26	-	0,16	0,25	0,24
Maßregelungen	0,16	0,14	0,30	0,05	1,18	0,47	0,52
Rechtsschutz	0,10	0,34	0,06	0,23	0,11	0,10	0,26
Streiks	1,05	34,15	6,17	3,64	3,29	9,05	3,52

¹ Angaben in Mark.

Schlüssel: I Gemeindearbeiter
 II Bauarbeiter
 III Fabrikarbeiter
 IV Gärtner
 V Maschinisten
 VI Metallarbeiter
 VII Transportarbeiter

Quelle: Gewerkschaft Nr. 9 vom 1. 3. 1912, Sp. 214.

Tabelle 48 - Organisation der Gemeindearbeiter Ende 1910

Organisation	Mitgliederstand
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter	39.262
Verband der christlichen Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- und sonstigen Hilfsarbeiter	1.385
Sonstige christliche Organisationen	309
Lokale Vereinigungen	43
Hirsch-Dunckersche in Lokal- und Zentralverbänden	1.148
Unabhängige Vereine	1.405
Gelbe Vereine	1.531
Unabhängige Vereine für das Krankenpflegepersonal usw.	5.741
Sonstige Freie Gewerkschaften	4.364
zusammen:	55.188 ¹

1 Darunter ei. 6.000 Mitglieder in Staatsbetrieben, Privatbetrieben oder der Privatkrankenpflege.

Quelle: Gewerkschaft Nr. 32 vom 11. 8. 1911, Sp. 786 f.

Tabelle 49 - Zusammensetzung der Mitgliedschaft des Verbandes
der Gemeinde- und Staatsarbeiter Ende 1910

Arbeiterkategorie	Orte	Mitglieder	Anteil an der Gesamt-Mit- gliedschaft
Gaswerke	128	12.828	32,7 %
Straßenreinigung	82	3.891	9,9 %
Straßen- u. Wegebau	75	2.996	7,6 %
Heil-, Pflege- u. Bade- anstalten	49	2.326	5,9 %
Wasserwerke	58	1.960	5,0 %
E-Werke	51	1.466	3,7 %
Straßenbahnen	21	1.208	3,1 %
Garten- u. Parkanlagen	59	1.183	3,0 %
Kanal-, Siel- u. Schleu- ßenreinigung	61	1.147	2,9 %
Wasserbau	14	1.057	2,7 %
Hoch- u. Tiefbau	40	954	2,4 %
Hafenanlagen	15	944	2,4 %
Vieh- u. Schlachthöfe	46	889	2,3 %
Abfuhrwesen	34	882	2,2 %
Friedhöfe	30	447	1,1 %
Staatsbetriebe	35	947	2,4 %
- 1			

1 Die restlichen Kategorien liegen unter 1 % Anteil an der
Gesamt-Mitgliedschaft.

Quelle: Gewerkschaft Nr. 46 vom 17. 11. 1911, Sp. 1155.

Tabelle 50 - Organisationsgrad des Verbandes der Gemeinde-
und Staatsarbeiter in den Gemeindebetrieben
Ende 1910

Betriebsart	Mitglieder	Anteil an allen Beschäftigten
Gas-, Wasser-, E-Werke und Kanalisation	17.587	24,8 %
Straßenreinigung, Abfuhr- wesen, Müll- u. Fäkalien- verbrennung	4.992	30,1 %
Garten-, Park-, Forst-, Waldanlagen, Friedhöfe, Tiergärten	1.815	15,8 %
Badeanstalten	662	14,5 %
Theater	350	5,8 %
Feuerwehr	115	1,6 %

Quelle: Gewerkschaft Nr. 46 vom 17. 11. 1911, Sp. 1154.

Tabelle 51 - Die Gewerkschaft, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter - Auflage 1896-1920

Jahr ¹	Auflage
1896 ²	1.000
1897	1.450
1898	2.000
1899	4.500
1900	6.300
1901	7.300
1902	9.200
1903	13.000
1904	16.000
1905	24.000
1906	29.000
1907	31.250
1908	33.600
1909	37.900
1910	43.000
1911	49.950
1914 ³	40.200
1916	33.000
1920	ei. 320.000

¹ Zum Jahresschluß.

² Probe-Nummer vom 15. 12. 1896.

³ Okt.

Quelle: Gewerkschaft Nr. 1 vom 5. 1. 1912, Sp. 5 f.; Nr. 1 vom 5. 1. 1917, Sp. 3 f.; Nr. 3 vom 21. 1. 1921, Sp. 52.

Tabelle 52 - Mitgliederentwicklung des Verbandes des Süd-
deutschen Eisenbahn- und Postpersonals

Jahr	Mitgliederzahl
1899	ci. 1.000
1901	2.128
1902	2.326
1904	7.155 ¹
1905	ci. 10.000
1911 ff.	keine näheren Angaben

- ¹ Der Anstieg der Mitgliedszahlen zwischen 1902 und 1904 erklärt sich im wesentlichen aus der Verschmelzung mit den badischen und württembergischen Verbänden.

Quelle: Zusammengestellt nach HStAM, Minn 73439, Organisation der Staatsarbeiter (Koalitions- und Streikrecht), 1910, Bd. I, bayer. Verkehrsminister, Frauendorfer, an den bayer. Staatsminister, Brettreich, 3. 7. 1911, S. 2 f.

4. Sonstige

Tabelle 53 - Tätigkeit der Münchener Arbeitsnachweiszentrale
für städtische Arbeiter

Jahr	Zahl der Stellen- suchenden	davon vermittelt als gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter	davon abgewiesen
1908 ^(a)	4.687	178	3.376	1.133
1909	6.165	105	4.162 ^(b)	1.898
1910	4.977	74	3.565	1.338
1911	4.272	100	3.336	836
1912	4.268	123	2.340	1.805
(a) ab 1. März 1908				
(b) davon 2.263 beim Straßen- und Pflasterbau				

Quelle: Zusammengestellt nach SAM, Verwaltungsbericht 1908, S. 196 f.; 1909, S. 209; 1910, S. 248; 1911, S. 62 und 1912, S. 76.

Tabelle 54 - Bereitstellung von Gemeindearbeiter-Wohnungen durch die Städte

Bereitstellung von Wohnungen durch die Städte für die eigenen Arbeiter			
Stadt	Zahl der zur Verfügung gestellten Häuser bzw. Wohnungen	Berufsart der Arbeiter, denen Wohnungen zur Verfügung gestellt wurden	Mietpreis
Königsberg	75 Wohnungen	Feuerwehreute, Kutscher beim Reinigungsamt, Arbeiter der Betriebsanstalten	
Danzig	44 Wohnungen	Werkmeister und Arbeiter der Gasanstalt	3,45 M/Woche für Arbeiter
Deutschwillmersdorf	9 Wohnungen	Maschinisten, Heizer und Putzer der Pumpstation	4 x 300 M/Jahr 3 x 200 M/ " 1 x 400 M/ " 1 x 330 M/Jahr
Magdeburg	24 Häuser	Arbeiter der Gutsverwaltung Körbelitz	60-75 M/Jahr für Tagelöhner
Kiel	124 Wohnungen	vorzugsweise Gas- und Wasserwerksarbeiter und Arbeiter der Straßenreinigung	
Altona	13 Wohnungen	Maschinisten und Kesselwärter des Wasser- und Elektrizitätswerks	250-300 M/Jahr
Dortmund	13 Wohnungen	Wasserwerksarbeiter	
Aachen	40 Wohnungen	Arbeiter und Beamte des Wasserwerks und des Schlacht- und Viehhofs	96-240 M/Jahr für Arbeiter
Essen	136 Wohnungen	Gas- und Wasserwerksarbeiter, Arbeiter des Fuhrparks und des Schlacht- und Viehhofs	
Oberhausen		Kesselwärter	
Rheydt	6 Wohnungen	Elektrizitätswerks- und Straßenbahnarbeiter	
Dresden	90 Wohnungen	vorallem Gaswerksarbeiter	
Freiburg		Straßenbahnbedienstete, Gas- und Elektrizitätswerksarbeiter, Arbeiter des Schlacht- und Viehhofs, auf dem Rieselgut und von der Abfuhranstalt	
Pforzheim	7 Wohnhäuser	Gaswerksarbeiter	130-260 M/Jahr
Heidelberg	24 Wohnungen	niedere Bedienstete und Arbeiter der Abfuhranstalt	180-250 M/Jahr
Braunschweig	12 Wohnungen	Pförtner, Futtermeister, Heizer usw.	

Quelle: Zusammengestellt nach Beiträge Nr.11, S. 472-476.

Tabelle 55 - Zusammensetzung des Staatsbahnpersonals in Bayern und Preußen-Hessen nach Anstellungsverhältnissen

Dienstzweig	Staatsbahnen in	Von 100 Personen waren im Jahr 1903 beschäftigt als			Summe
		etatmäßige Beamte	historische Beamte	Arbeiter	
Verwaltungs- dienst	Preußen-Hess.	68,77	19,77	11,46	100,00
	Bayern	77,65	13,83	8,52	100,00
Fahr- u. Werk- stättendienst	Preußen-Hess.	26,92	0,60	72,49	100,01
	Bayern	35,65	0,72	63,63	100,00
Bahnhofs-, Ab- fertigungs- u. Zugbeglei- tungsdienst	Preußen-Hess.	47,29	5,98	46,73	100,00
	Bayern	67,46	6,22	26,32	100,00
Bahnunterhal- tungs- u. Be- wachungsdienst	Preußen-Hess.	19,02	1,43	79,55	100,00
	Bayern	23,93	1,44	74,63	100,00

Quelle: Lotz, S. 639-644.

Tabelle 56 - Von der Erhebung im Jahr 1907 erfaßte Städte

Aachen, Altona, Barmen, Braunschweig, Bremen, Breslau, Charlottenburg, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Görlitz, Halle, Hannover, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Köln, Königsberg, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Plauen, Posen, Straßburg, Stuttgart, Wiesbaden.

(Beiträge Nr. 9, S. 1)

Tabelle 57 - Von der Erhebung im Jahr 1913 erfaßte Städte

Aachen, Barmen, Berlin-Schöneberg, Bonn, Brandenburg a. H., Braunschweig, Bromberg, Danzig, Darmstadt, Elbing, Erfurt, Essen (Ruhr), Flensburg, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Fürth i. B., Görlitz, Halle a. S., Hannover, Hildesheim, Karlsruhe, Koblenz, Königsberg, Linden v. H., Ludwigshafen a. Rh., Magdeburg, Mannheim, Metz, Mühlhausen i. Els., München, M.-Gladbach, Neukölln, Offenbach, Rostock, Saarbrücken, Stettin, Zwickau.

(Stat. Jb., Jg. 21, 1916, S. 522, S. 527 und S. 530)

Tabelle 58 - Tarifverträge in Gemeinde- und Staatsbetrieben

Jahr	Zahl der Tarifverträge	Zahl der Betriebe	Zahl der Personen
1906	3	3	288
1907	5	70	490
1908	5	70	493
1909	8	92	945
1910	11	97	1.931
1911	16	81	2.103
1912	19	85	2.211
1913	16	79	1.480
1914	16	78	1.565
1915	13	75	1.028
1916	12	101	1.304
1917	11	100	1.331
1918	10	110	2.189
1919	150	1.137	93.527
1920	481	3.405	305.067
1921	550	5.000	400.000

Quelle: "Die Tarifverträge in Gemeinde- und Staatsbetrieben", in: 25 Jahre.

Was wir wollen.

Zur Arbeit, sagt Ihr, seien wir geboren.
Es könn' auch, sagt Ihr, jeder reich nicht sein;
Nun, darum sei kein unnütz Wort verloren,
Wir meiden gern des Reichthums äußern Schein.
Nicht wünschen Euer Geld wir zu besitzen,
Wir wollen gern von früh bis Abend schwitzen,
Nur wollen wir für unsre Müh' und Schweiß,
Was uns gebührt: Bezahlet unsern Fleiß!

5

O seid doch nur nicht so bornirt zu glauben,
Daß wir noch die sind, die wir früher war'n.
Mögt Ihr vor Wuth ob der Eröffnung

10

schnauben,

Wir kündens Euch! Wir sind nicht mehr die
Narr'n,

Daß wir gebückt vor Eurem Geldsack stehen,
Die eig'nen Wünsche unterdrückend, gehen
Nein, wir sind Menschen und woll'n Menschen-
recht,

15

Und woll'n nicht mehr behandelt sein als Knecht.

Wir wollen menschlich leben und wir können,
Mögt Ihr darob die Köpfe schütteln still,
Bei Salz und Brot zu leben, kein Leben
nennen;

Dazu gehört noch mehr und zwar sehr viel.

20

Wir wollen Stuben, Kammern, keine Ställe,
Gesunde Wohnungen auf alle Fälle.
Und das zu schaffen, ist der Lohn zu klein,
Den Ihr uns zahlt, da muß er größer sein.

Nicht woll'n wir bitten mehr, nein wir ver-
langen,

25

Verlangen unser gutes Menschenrecht.
Seht unsrer Frau'n und Kinder hohle Wangen.
O seht sie an und sagt uns: Ist es recht,
Daß Ihr in unserm sauern Schweiß prasset?
Und uns, was wir verdient, kaum halb bezahlt

30

Und dabei doch mit Eurem Reichthum prahlt?

(Quelle: Die Gewerkschaft. Probe-Nummer vom 15. 12. 1896,
Sp. 4)

Willkommengruß zum fünften Verbandstag in Dresden!

Ihr mit der rauhen Faust,

Die ihr aus Kohlen,

Den rußigen, schwarzen,

Das Licht uns zaubert

Und Wärme und Kraft. —

5

Die ihr die Straßen fegt

Und uns bereitet die stärkenden Bäder

Die ihr mit Wasser die Städte versorgt

Und den Verkehr hinlenkt durch die

Straßen

Die ihr die Kranken pflegt

10

Und die Blumen und Beete der Gärten

Die im Forst ihr die Bäume rodet

Und das Salz der Salinen uns spendet

Seid uns begrüßt!

(Quelle: Ernst Klaar in: Gewerkschaft Nr. 21 vom 21. 5.
1909, Sp. 513)

Quellen und Literatur

1. Archivalien

Stadtarchiv München

- Personalamt Nr. 126, I-IV (Stellenbewerbungen. Abgewiesene Stellenbewerbungen, Buchstabe Wa-Wil, 1909-1921).
Personalamt Nr. 297 (Generalstreik. Gehalts- und Lohnabzug für die Streiktage, 1921).
Personalamt Nr. 404 (Arbeiter: Arbeitsordnungen 1901-1911).
Personalamt Nr. 606 (Gemeindebedienstete und Gemeindearbeiter: Dienst- und Gehaltsstatut, 1904-1917).
Personalamt Nr. 646/2 (Städtische Arbeiter: Entlassungen, Sustentationen, Schaffung von Arbeitsgelegenheit, 1823-1919).
Personalamt Nr. 646/3 (Versorgungskasse städtischer Arbeiter, 1900-1911).
Personalamt Nr. 646/4 (Arbeitsordnungen: Fascikel 1, 1898-1912; Fascikel 2, 1912-1918).
Personalamt Nr. 739 (Elektrizitätswerke: Stellenbesetzung, Stellenplan, Beförderungen, Stellenbeschriebe, Vorschläge für Stellenbesetzungen, Bericht der Amtsrevision, Neuorganisation, 1902-1931).
Personalamt Nr. 740 (Gaswerke: Stellenplan, Stellenbesetzung, Anstellung von weiblichem Personal, Teil I, 1912-1922).
Personalamt Nr. 757 (Arbeitereinstellung: Anzeigen über Arbeitereinstellungen in städtischen Betrieben, 1905-1919).

- Druckschriften

- Bericht über den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Kgl. Haupt- und Residenzstadt (ab 1919: der Landeshauptstadt) München für das Jahr 1905. Erster Teil: Verwaltungsbericht; ders. für die Jahre 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913-1920 (1. 1. 1913 bis 31. 3. 1921), 1921-1923 (1. 4. 1921 bis 31. 3. 1924).

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München

- MA 92745 (Akten des K. Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußern: Die Arbeiterbewegung im Jahre 1918/19).
Marb. 305 (Akten des Bayerischen Ministeriums für Soziale Fürsorge: Arbeitseinstellungen der Eisenbahnbediensteten, 1905).
Marb. 381 (Gewerkschaften, Allgemeines 1906-1922).
Marb. 383-384 (Christliche Gewerkschaften, Bd. I, 1912/1913, Bd. II, 1914).

- M Arb. 822-823 (Akten des Bayer. Ministeriums für Soziale Fürsorge: Tarifvertrag für Reichs- und Staatsarbeiter, Bd. I, 1919-1923, Bd. II, 1924-1927).
- M Arb. 870-875 (Akten des Bayer. Ministeriums für Soziale Fürsorge: Arbeiterverhältnisse bei Staatsbetrieben und Verhältnisse der Arbeiter in den Betrieben der Marine- und Heeresverwaltung, Bd. I, 1903/04; Bd. II, 1905-1907; Bd. III, 1908-1910; Bd. IV, 1910-1911; Bd. V, 1912-1913; Bd. VI, 1914).
- MH 15954 (Gewerkschaftsberichte, 1914-1915).
- M Inn 73439 (Akten d. K. Staats-Ministeriums des Innern: Organisation der Staatsarbeiter/Koalitions- und Streikrecht, Bd. I, 1910).
- M Wi 3069 (Akten des Staatsministeriums für Industrie, Handel und Gewerbe: Verhältnisse der Staatsarbeiter, Bd. I, 1919-1935).
- M Wi 3070 (Verhältnisse der invalidisierten Staatsarbeiter, Bd. I, 1921-1922).
- M Wi 3155 (Staatsministerium für Industrie und Gewerbe: Wohnungsbeschaffung für Staatsbeamte und Staatsarbeiter, Bd. I, 1913-1926).

2. Gedruckte Quellen

- Kaiserliches Statistisches Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik: Die Regelung der Notstandsarbeiten in deutschen Städten, Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 2, Berlin 1905.
- : Die Regelung des Arbeitsverhältnisses bei Vergebung öffentlicher Arbeiten insbesondere in deutschen Städten, Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 6, Berlin 1907.
- : Die Weiterbildung des Tarifvertrags im Deutschen Reich, Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 8, Berlin 1908.
- : Die Regelung des Arbeitsverhältnisses der Gemeindearbeiter in deutschen Städten, I. Erhebungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit 1902 und 1907, Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 9, Berlin 1908.
- : Die Regelung des Arbeitsverhältnisses der Gemeindearbeiter in deutschen Städten, II. Die Arbeitsordnungen und sonstigen Bestimmungen zur Regelung des Arbeitsverhältnisses, Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 10, Berlin 1909.
- : Wohnungsfürsorge in deutschen Städten, Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 11, Berlin 1910.
- : Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1914, 12. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte, Berlin 1916.
- Der Arbeiter. Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine, Jg. 21, 1910.
- Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 20, 1905 bis Bd. 33, 1911.
- Bücher, Karl: Die wirtschaftlichen Aufgaben der modernen Stadtgemeinde, Leipzig 1898.
- Cohn, Gustav: Municipal Socialism, in: The Economic Journal 20, 1910, S. 561-568.
- Clauß, Felix: Das Koalitionsrecht der Angestellten und Ar-

- beiter in gemeinnützigen Betrieben, in: Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt 12, 1912, S. 321-328.
- Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Jgg. 25, 1915; 26, 1916; 27, 1917; 28, 1918.
- Deichen, Fritz: Die Kommunalisierung der Straßenbahnen in Deutschland, in: Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften, Bd. 55, 1899, S. 459-509.
- Dückers, Peter: Das Koalitionsrecht und die Organisation der Landarbeiter, Krefeld 1910.
- Der Eisenbahner. Organ des Bayerischen Eisenbahner-Verbandes (e.V.) und seiner Wohlfahrtseinrichtungen, Jgg. 19, 1916; 20, 1917; 21, 1918.
- Süddeutsche Eisenbahn- und Postpersonal-Zeitung, Jgg. 14, 1912; 15, 1913; 16, 1914; 17, 1915; 18, 1916.
- Flesch, Karl: Die Arbeitsverträge der Arbeitgeber des öffentlichen Rechts und des Privatrechts, in: Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt 20, 1913, S. 586-588.
- Fuchs, Carl Johannes (Hrsg.): Gemeindebetriebe. Neuere Versuche und Erfahrungen über die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit in Deutschland und im Ausland, 2 Bde., in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 128, Leipzig 1908 u. Bd. 129, Leipzig 1909.
- Die Gewerkschaft. Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Jgg. 1, 1897, bis 28, 1924.
- Die Gewerkschaft. 25 Jahre Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, in: Die Gewerkschaft Nr. 39 vom 30. 9. 1921, o. S.
- Gewerkschaftsstimme. Organ des Zentralverbandes der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands. Mitglied des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, Jgg. 5, 1906; 6, 1907; 11, 1912; 12, 1913; Organ des Zentralverbandes christlicher Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter Deutschlands, Jgg. 15, 1916; 16, 1917; Organ des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, Jg. 17, 1918.
- Göbel, Hermann: Zur Handhabung des Koalitionsrechtes in Deutschland (§ 152 der Reichsgewerbeordnung), in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 23, 1906, S. 51-80.
- Heissner, W.: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter, Berlin 1911.
- Jaffe, Georg: Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Städte, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Bd. 11, 1908, S. 414-437.
- Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte, Jgg. 13, 1906; 16, 1909 bis 21, 1916.
- Dreißig Jahre Organisationsarbeit der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Berlin. Festschrift zur Feier des dreißigjährigen Bestehens der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin 1926.
- Kulemann, Wilhelm: Die Berufsvereine, I. Abteilung: Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder, 2 Bde., 2. Aufl. Jena 1908.
- Leidig, Eugen: Preußisches Stadtrecht. Die Verfassung und die Verwaltung der preußischen Städte, Berlin 1891.
- Leo, Viktor: Die Frage des Streikrechts in öffentlichen Betrieben, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozial-

- politik 27, 1908, S. 136-171.
- Lindemann, Hugo (Pseudonym C. Hugo): Städteverwaltung und Munizipal-Sozialismus in England, Stuttgart 1897.
- Lotz, Walther: Der Fiskus als Arbeitgeber im deutschen Staatsbahnwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 21, 1905, S. 612-658.
- Moll, Bruno: Die Landarbeiterfrage im Königreich Sachsen, Leipzig 1908.
- Poersch, Bruno: Unsere Grenzstreitigkeiten und gewerkschaftliche Taktik, in: Die Gewerkschaft Nr. 16 vom 5. 8. 1904, Sp. 369-382.
- Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt, Jgg. 15, 1906; 20, 1911 bis 29, 1920.
- Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, Bd. 1, 1901.
- Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstages/der Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 2, 1900 bis 8, 1919.
- Reichel, Charlotte: Der Dienstvertrag der Krankenpflegerinnen unter Berücksichtigung der sozialen Lage, Jena 1910.
- Rotter, Franz: Die Bildung der Stadtverordnetenversammlung im Bereich der preußischen Städteordnung vom 30. Mai 1853, jur. Diss. Greifswald 1910.
- Schachner, Robert: Gemeinde und Sozialdemokratie, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 23, 1906, S. 763-785.
- Schumann, O.: Das Koalitionsrecht der Transport- und Verkehrsarbeiter in Deutschland, Berlin 1913.
- Seydel, F.: Die Organisation der preußischen Staatseisenbahnen, Berlin 1919.
- Der Staats- und Gemeindearbeiter. Organ des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter Deutschlands, Jg. 4, 1912.
- Der Straßen- und Kleinbahner. Organ des Verbandes der Straßen- und Kleinbahner Deutschlands. Angeschlossen dem Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands. Mitglied des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, Jg. 4, 1912.
- Deutsche Verkehrspersonal-Zeitung. Organ für das deutsche Eisenbahn- und Postpersonal (Verband des deutschen Verkehrspersonals), Jgg. 19, 1917; 20, 1918.
- Verordnung betr. eine vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919, erläutert von Johannes Feig, Berlin 1919.
- Verwaltungsbericht der Landeshauptstadt München 1913-1920, München 1921.
- Verwaltungsbericht des Magistrats zu Berlin für das Etatsjahr 1913, Berlin 1915.
- Wermuth, Adolf: Ein Beamtenleben. Erinnerungen von Adolf Wermuth, früherem Reichsschatzsekretär, dann Oberbürgermeister von Berlin, Berlin 1922.
- Wölbling, P.: Die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 29, 1909, S. 481-512 u. S. 869-894.

3. Sekundärliteratur

- Ambrosius, Gerold: Der Staat als Unternehmer, Göttingen 1984.
- Becker, Erich: Gemeindliche Selbstverwaltung. Grundzüge der gemeindlichen Verfassungsgeschichte, Bd. I, Berlin 1941.
- Becker, Wilhelm: Die Entwicklung des Gedankens der Verstaatlichung der Eisenbahnen in Deutschland und seine Durchführung, in: Archiv für Eisenbahnwesen 65, 1942, S. 875-918.
- Berger-Thimme, Dorothea: Wohnungsfrage und Sozialstaat. Untersuchungen zu den Anfängen staatlicher Wohnungspolitik in Deutschland (1873-1918), Frankfurt a. Main 1976.
- Bergmann, Jürgen/Megerle, Klaus/Steinbach, Peter (Hrsg.): Geschichte als politische Wissenschaft. Sozialökonomische Ansätze, Analyse politikhistorischer Phänomene, politologische Fragestellungen in der Geschichte, Stuttgart 1979.
- Blumenroth, Ulrich: Deutsche Wohnungspolitik seit der Reichsgründung. Darstellung und kritische Würdigung, Münster 1975.
- Bruch, Rüdiger vom (Hrsg.): "Weder Kommunismus noch Kapitalismus". Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer, München 1985.
- : Bürgerliche Sozialreform und Gewerkschaften im späten deutschen Kaiserreich. Die Gesellschaft für Soziale Reform (GSR) 1901-1914, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 15, 1979, S. 581-610.
- Brüggemeier, Franz J./Niethammer, Lutz: Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie. Aspekte der Arbeiterwohnungsfrage im Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg, in: Reulecke, Jürgen/Weber, Wolfhard (Hrsg.): Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 135-175.
- Brunckhorst, Hans-Dieter: Kommunalisierung im 19. Jahrhundert dargestellt am Beispiel der Gaswirtschaft in Deutschland, München 1978.
- Costas, Ilse: Anfänge der Partizipation im Industriebetrieb. Die Arbeiterausschüsse 1889 bis 1920, in: Bergmann, Jürgen/Megerle, Klaus/Steinbach, Peter (Hrsg.): Geschichte als politische Wissenschaft. Sozialökonomische Ansätze, Analyse politikhistorischer Phänomene, politologische Fragestellungen in der Geschichte, Stuttgart 1979, S. 335-378.
- Croon, Helmuth: Die Stadtvertretungen in Krefeld und Bochum im 19. Jahrhundert, in: Festschrift Fritz Hartung, Berlin 1958.
- Croon, Helmuth/Hofmann, Wolfgang/Unruh, Georg-Christoph von: Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung, Stuttgart u. a. 1971.
- Czeike, Felix: Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik (1861-1934), dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien, München 1962.
- Dammann, Klaus: Kommunalpolitik in vergleichender Sicht, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 9, 1970, S. 314-321.

- Denk, Hans Dieter: Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg, Mainz 1980.
- Eisner, Kurt: Die neue Zeit, München 1919.
- Engeli, Christian/Haus, Wolfgang: Quellen zum modernen Gemeindeverfassungsrecht in Deutschland, Stuttgart 1975.
- Fenske, Hans: Preußische Beamtenpolitik vor 1918, in: Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte, Berlin 12, 1973, S. 339-356.
- Filter, Erich: Die Entwicklung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswirtschaft in der Stadt Düsseldorf, wirtschaftswiss. Diss. Köln 1960.
- Fischer, Ilse: Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Augsburgs 1840-1914, Augsburg 1977.
- Garner, Curt: Die Entstehung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) 1945-1949, geschichtswiss. Diss. Berlin (in Vorbereitung).
- Giesenregen, R.: Das Arbeitsverhältnis im staatlichen Eisenbahnbetrieb, wiso. Diss. (MS), Frankfurt a. Main 1922.
- Gladen, Albin: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Eine Analyse ihrer Bedingungen, Formen, Zielsetzungen und Auswirkungen, Wiesbaden 1974.
- Gresser, Albert: Die Entstehung der bayerischen Gewerbeaufsicht: "Arbeiterschutz" und "Arbeiterverhältnisse" bis 1914, Diss. Regensburg 1984.
- Gröttrup, Hendrik: Die kommunale Leistungsverwaltung. Grundlagen der gemeindlichen Daseinsvorsorge, 2. Aufl. Stuttgart u. a. 1973.
- Grüttner, Michael: Arbeitswelt an der Wasserkante: Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1886-1914, Göttingen 1984.
- Heffter, Heinrich: Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, 2. Aufl. Stuttgart 1969.
- Henning, Wilhelm: Geschichte der Stadtverordnetenversammlung von Essen (1890-1914), phil. Diss. Köln, Essen 1965.
- Hentschel, Volker: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im wilhelminischen Deutschland. Organisierter Kapitalismus und Interventionsstaat?, Stuttgart 1978.
- Hofmann, Wolfgang: Die Bielefelder Stadtverordneten. Ein Beitrag zur bürgerlichen Selbstverwaltung und sozialem Wandel 1850-1914, Lübeck 1964.
- Hohorst, Gerd/Kocka, Jürgen/Ritter, Gerhard A.: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. II: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914, 22. Aufl. München 1978.
- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. III: Bismarck und das Reich, Stuttgart 1963.
- Jasper, Karlbernhard: Der Urbanisierungsprozeß dargestellt am Beispiel der Stadt Köln, Köln 1977.
- Koehne, Karl: Die Arbeitsordnung in der Land- und Forstwirtschaft, Berlin 1927.
- Köhne, Renate: Nationalliberale und Koalitionsrecht: Struktur und Verhalten der nationalliberalen Reichstagsfraktion 1890-1914, Frankfurt a. Main 1977.
- Köllmann, Wolfgang: Bevölkerung in der industriellen Revolution, Göttingen 1974.
- Krabbe, Wolfgang R.: Kommunalpolitik und Industrialisierung. Die Entfaltung der städtischen Leistungsverwaltung in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg, dargestellt am Beispiel der Städte Dortmund und Münster, Habil. Schrift Dortmund 1982.

- : Kommunalpolitik und Industrialisierung. Die Entfaltung der städtischen Leistungsverwaltung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Fallstudien zu Dortmund und Münster, Stuttgart u. a. 1985.
- Kreschnak, Werner: Die Lage der Arbeiter und Angestellten der Straßenbahn in Dresden und der Kampf der Dresdner Straßenbahner um die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen in der Zeit von der Jahrhundertwende bis zum Ende der Weimarer Republik, wirtschaftswiss. Diss. (MS), Dresden 1969.
- Leiner, Wolfgang: Anfänge und Grundlagen der Elektrizitätsversorgung in Württemberg, phil. Diss. Stuttgart 1977.
- Lohse, H.: Das Koalitionsrecht der deutschen Eisenbahnbetriebsstellen, staatswiss. Diss. (MS) Berlin 1924.
- Mai, Gunther: Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914-1918, Stuttgart 1983.
- Manegold, Karl-Heinz (Hrsg.): Wissenschaft, Wirtschaft und Technik. Studien zur Geschichte. Wilhelm Treue zum sechzigsten Geburtstag, München 1969.
- Mattheier, Klaus J.: Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973.
- Matzerath, Horst: Urbanisierung in Preußen 1815-1914, Stuttgart 1985.
- Maute, Hans-Ernst: Die Februarerlasse Kaiser Wilhelms II. und ihre gesetzliche Ausführung, unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Internationalen Arbeiterschutzkonferenz von 1890, Bielefeld 1984.
- Mommsen, Wolfgang J./Husung, Hans-Gerhard (Hrsg.): Auf dem Wege zur Massengewerkschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880-1914, Stuttgart 1984.
- Müller-Werth, Herbert: Geschichte und Kommunalpolitik der Stadt Wiesbaden, Wiesbaden 1963.
- München. Großmarkt und Umschlagplatz. Entstehung, Zerstörung, Wiederaufbau. Eine Denkschrift zum Abschluß der Wiederaufbauarbeiten, Düsseldorf 1959.
- Münix, Norbert: Die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Stadt Krefeld (1890-1929), phil. Diss. Köln 1977.
- Müthling, Hans: Die Geschichte der deutschen Selbstverwaltung, Stuttgart u. a. 1966.
- Naßmacher, Karl-Heinz (Hrsg.): Kommunalpolitik und Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1977.
- Niehuss, Merith: Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Schichtung und Lage der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910 bis 1925, Berlin 1985.
- Niethammer, Lutz/Brüggemeier, F.: Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich?, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 16, 1976, S. 61-134.
- Ostwald, Martin: Die Elektrizitätsversorgung in München vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1930, Magisterarbeit München 1984.
- Ott, Hugo: Privatwirtschaftliche und kommunal(staats)wirtschaftliche Aspekte beim Aufbau der Elektrizitätswirtschaft. Dargestellt am Beispiel des Straßburger Elektrizitätswerkes, in: Festschrift Erich Maschke, Stuttgart 1975, S. 255-280.
- Peters, Hans (Hrsg.): Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd. II, Berlin u. a. 1958.
- Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik,

Kronberg (ND Düsseldorf 1978).

Die Presse der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen. Von den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1967. Bibliographie und Standortverzeichnis der Presse der deutschen, der österreichischen und der schweizerischen Arbeiter-, Gewerkschafts- und Berufsorganisationen (einschließlich der Protokolle und Tätigkeitsberichte), in: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, I-V, Berlin (Ost) 1968 ff.

Reulecke, Jürgen: Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a. Main 1985.

— (Hrsg.): Die deutsche Stadt im Industriezeitalter. Beiträge zur modernen Stadtgeschichte, 2. Aufl. Wuppertal 1980.

Reulecke, Jürgen/Weber, Wolfhard (Hrsg.): Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978.

Ritter, Gerhard A.: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900, Berlin-Dahlem 1959.

— : Die deutschen Parteien 1830-1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985.

— : Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München 1983.

— : Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland. Vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik, Berlin 1980.

Ritter, Gerhard A./Miller, Susanne (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente, Frankfurt a. Main 1968.

Saldern, Adelheid von: Gewerbeberichte im wilhelminischen Deutschland, in: Manegold, Karl-Heinz (Hrsg.): Wissenschaft, Wirtschaft und Technik. Studien zur Geschichte. Wilhelm Treue zum sechzigsten Geburtstag, München 1969, S. 190-203.

— : Kommunalpolitik und Arbeiterwohnungsbau im Deutschen Kaiserreich, in: Niethammer, Lutz (Hrsg.): Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 344-362.

— : Sozialdemokratische Kommunalpolitik in wilhelminischer Zeit, in: Naßmacher, Karl-Heinz (Hrsg.): Kommunalpolitik und Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 18-62.

Saul, Klaus: Der "Deutsche Kriegerbund". Zur innenpolitischen Funktion eines "nationalen" Verbandes im kaiserlichen Deutschland, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, H. 2, 1969, S. 95-159.

— : Konstitutioneller Staat und betriebliche Herrschaft. Zur Arbeiter- und Beamtenpolitik der preußischen Staatseisenbahnverwaltung 1890-1914, in: Stegmann, Dirk/Wendt, Bernd-Jürgen/Witt, Peter-Christian (Hrsg.): Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum siebzigsten Geburtstag, Bonn 1978, S. 315-336.

— : Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Außenpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903-1914, Düsseldorf 1974.

— : Der Staat und die "Mächte des Umsturzes". Ein Beitrag

- zu den Methoden antisozialistischer Repression und Agitation vom Scheitern des Sozialistengesetzes bis zur Jahrhundertwende, in: Archiv für Sozialgeschichte 12, 1972, S. 293-350.
- Schneider, Dieter: Anfänge. Die Internationale der Arbeiter öffentlicher Betriebe 1907-1914, Stuttgart 1982.
- : Anfänge. Zentralorganisation der Gemeinde- und Transportarbeiter 1896/97-1906/07, Stuttgart 1986.
- Schober, Manfred: Arbeits- und Lebensverhältnisse der Waldarbeiter im Elbsandsteingebirge, in: Lëtopis. Jahreschrift des Instituts für sorbische Volksforschung. Reihe C: Volkskunde, Bautzen 14, 1971, S. 90-119 u. 15, 1972, S. 61-89.
- Schönhoven, Klaus: Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914, Stuttgart 1980.
- Scholz, Rupert: Das Wesen und die Entwicklung der gemeindlichen öffentlichen Einrichtungen, Berlin 1967.
- Schräder, Hildegard: Kommunale Sozialpolitik, in: Peters, Hans (Hrsg.): Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd. II, Berlin u. a. 1958, S. 265-282.
- Schwarz, C.: Zur Koalitionsbewegung der Eisenbahner in Deutschland, rechts- und staatswiss. Diss. (MS) Kiel 1923.
- Schwarz, Klaus Dieter: Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1971.
- Simon, P.: Lohnarbeiter, Lohnwesen, Nominal- und Reallöhne im Bereiche der preußisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung, staatswiss. Diss. (MS) Würzburg 1920.
- Simson, John von: Kanalisation und Städtehygiene im 19. Jahrhundert, Diss. Berlin 1980.
- Stegmann, Dirk/Wendt, Bernd-Jürgen/Witt, Peter-Christian (Hrsg.): Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum siebzigsten Geburtstag, Bonn 1978.
- Steinbach, Franz/Becker, Erich: Geschichtliche Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, Bonn 1932.
- Tenfelde, Klaus/Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung 1863-1914, Berichtszeitraum 1945-1975, Bonn 1981.
- Tennstedt, Florian: Sozialgeschichte der Sozialversicherung, in: Blohmke, Maria (Hrsg.): Handbuch der Sozialmedizin, Bd. 3, Stuttgart 1976, S. 385-492.
- Teuteberg, Hans J.: Anfänge kommunaler Stromversorgung - dargestellt am Beispiel Hamburg, in: Manegold, Karl-Heinz (Hrsg.): Wissenschaft, Wirtschaft und Technik. Studien zur Geschichte. Wilhelm Treue zum sechzigsten Geburtstag, München 1969, S. 363-378.
- (Hrsg.): Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte, Köln 1983.
- Treitschke, Kurt: Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der preußischen Staatsfortsarbeiter, Berlin 1928.
- Ullmann, Peter: Tarifverträge und Tarifpolitik in Deutschland bis 1914. Entstehung und Entwicklung, interessenspolitische Bedingungen und Bedeutung des Tarifvertragswesens für die sozialistischen Gewerkschaften, Frankfurt a. Main 1977.

- Umbreit, Paul: Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, in: Shotwell, James T. (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse, Stuttgart 1928.
- Varain, Hans Josef: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920), Düsseldorf 1956.
- Weber, Max: Die ländliche Arbeitsverfassung, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1924, S. 444-469.
- : Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1924, S. 470-507.
- Wehrmann, Wolfgang: Die Entwicklung der deutschen Gasversorgung von ihren Anfängen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, wiso. Diss. Köln 1958.
- Weitensteiner, Hans K.: Karl Flesch - Kommunale Sozialpolitik in Frankfurt a. Main, Frankfurt a. Main 1976.
- Wendlandt, Kurt: Die Entwicklung der kommunalen Elektrizitätswerke und ihre Stellung zu den Expansionsbestrebungen der Großkraftwerke, wirtschaftswiss. Diss. Halle-Wittenberg 1931.
- Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Organisierter Kapitalismus, Göttingen 1974.
- Wöllmann, Erwin: Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung (RPTV) in der Zeit der Vorbereitung des 1. Weltkrieges, in: Mitteilungen des Postmuseums Berlin, Berlin 2, 1967, S. 22-52.
- Wunderich, Volker: Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980.
- Ziebill, Otto: Geschichte des deutschen Städtetages, Stuttgart 1955.
- : Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart u. a. 1964.
-

Lebenslauf

Wolfgang Kugel

geb. am 7. September 1953

in Augsburg

Schulbildung

1960 - 1964 Grundschule

1964 - 1973 Peutinger-Gymnasium Augsburg

Abitur 1973

Studium

WS 1974 - SS 1975 Universität Augsburg

Studienrichtung:

Lehramt an Gymnasien

Fächerverbindung:

Anglistik, Geschichte und Sozialkunde

WS 1975 - WS 1981 Ludwig-Maximilians-Universität zu München

Hauptfach:

Neuere Geschichte

Nebenfächer:

Mittelalterliche Geschichte und

Englische Literaturwissenschaft

Magister Artium am 8. Februar 1982

WS 1983 - SS 1984 Ludwig-Maximilians-Universität zu München

Aufbaustudium

Promotion am 22. Februar 1988
